Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/3029-01	Termin 27.11.2017	Rat der Stadt
Bericht / Mitteilung			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
20.11.2017	Finanz- und Personalausschuss	K		
27.11.2017	Rat der Stadt	K		

Berichtsgegenstand

Beteiligungsbericht 2016

Sachdarstellung

Gemäß § 117 GO NRW hat die Gemeinde einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Gemeinde zu erläutern ist. Dies gilt unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören.

Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen. Da der Beteiligungsbericht somit grundsätzlich einen Bestandteil des Gesamtabschlusses darstellt, wird der Beteiligungsbericht 2016 dem Rat der Stadt gemeinsam mit der Beschlussfassung über den Gesamtabschluss 2016 nochmals vorgelegt.

Da mit der Vorlage des Gesamtabschlusses 2016 im Frühjahr 2018 zu rechnen ist, wird der Beteiligungsbericht 2016 den städtischen Gremien hiermit vorab, also unabhängig von der Beschlussfassung über den Gesamtabschluss 2016, zur Kenntnis gegeben.

Informationen zu Aufbau, Inhalt und Umfang des Beteiligungsberichts 2016 werden im Rahmen dieser Vorlage nicht dargelegt; sie sind diesem zu entnehmen.

Der Beteiligungsbericht wird im Allris-System zur Verfügung gestellt. Jede Fraktion erhält darüber hinaus eine Fassung in Papierform. Nach Kenntnisnahme durch den Rat der Stadt ist der Beteiligungsbericht für jedermann im Internetauftritt der Stadt Oberhausen unter der Rubrik Rathaus => Verwaltung => Verwaltungsführung => Gesellschaften, Beteiligungen => Beteiligungsbericht einzusehen.

Bereichsleiter/ Bereich 9-5	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Herr Willecke Datum: 26.10.2017	Datum	Herr Tsalastras Datum: 26.10.2017	Herr Schranz Datum: 08.11.2017

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beteiligung:
Kenntnisnahme (K)	Kenntnisnahme (K)	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Anlage

Hinweis:
Aufgrund der Haushaltskonsolidierung wird der Beteiligungsbericht 2016 im Allris-System zur Verfügung gestellt.

BETEILIGUNGSBERICHT

DER STADT OBERHAUSEN

2016

Stadt Oberhausen
Der Oberbürgermeister ***Bereich 9-5 / Beteiligungen***

Stand: September 2017

Vorwort Beteiligungsbericht 2016

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Palette städtischer Aufgaben ist breit und nicht an allen Stellen durch die Kernverwaltung zu erfüllen. Zahlreiche Dienstleistungen haben wir deshalb auf Unternehmen übertragen, an denen die Stadt beteiligt ist. Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht 2016 wollen wir Ihnen nun wieder Informationen liefern, die nicht nur die gesetzlichen Vorgaben erfüllen, sondern auch einen Beitrag zur Transparenz liefern, die uns auch an dieser Stelle besonders wichtig ist.

Gerne möchte ich im Rückblick auf einige wenige Entwicklungen hinweisen, die vielleicht auf Ihr besonderes Interesse stoßen.

Mit einstimmigem Beschluss hat der Rat der Stadt im vergangenen Jahr die Untersuchung der gesamten Organisationsstruktur der Oberhausener Gebäudemanagement GmbH angestoßen. Ausgerichtet war diese Untersuchung auf die strategische Neuausrichtung der wahrgenommenen Aufgaben. Im Fokus standen auch die Verbesserung der Effizienz bei der Leistungserbringung sowie die Verbesserung der Dienstleistungsqualität. Der beauftragte Wirtschaftsberater KPMG hat im Februar 2017 seinen Abschlussbericht vorgelegt. Zur Prüfung und Umsetzung der Vorschläge haben mehrere Arbeitsgruppen ihre Tätigkeit aufgenommen.

Mit dem Abschluss der Nachtragsvereinbarung zum Verbrennungsvertrag mit der GMVA wurde die rückwirkende Neuberechnung der Gebühren für die Abfallentsorgung ab dem Jahre 2012 ermöglicht. Diese führte zur Rückzahlung von Gebühren für die Jahre 2012 bis 2016. Gleichzeitig konnten wir damit im NRW-Vergleich günstige Entsorgungspreise erzielen, ohne die Existenz der GMVA und deren Arbeitsplätze zu gefährden.

Die Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) musste leider den Ausfall der Dividendenzahlung der von ihr gehaltenen RWE-Aktien in Höhe von 1,7 Millionen Euro kompensieren. Trotzdem konnte das Unternehmen die Vorgaben aus dem Haushaltsanierungsplan einhalten. Nachdem die STOAG bereits 2015 zwei rein elektrisch betriebene Batteriebusse einsetzen konnte, hat sie 2016 vom Bundesverkehrsministerium einen Zuwendungsbescheid für drei weitere Busse erhalten. Die STOAG wird in Zukunft gemeinsam mit der Vestischen Straßenbahnen GmbH eine Linie nur mit Batteriebussen betreiben: eine doppelte Vorreiterrolle für den Klimaschutz und die interkommunale Zusammenarbeit.

Ich würde mich freuen, wenn die vorliegende Broschüre an der einen oder anderen Stelle Ihre Aufmerksamkeit findet.

Oberhausen, im September 2017



Daniel Schranz
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis

Gründungshistorie 7

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2016 9

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen 12

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen 14

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2016 17

Wesentliche Leistungsbeziehungen 19

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2016 22

Einzelberichterstattung 23

Ver- und Entsorgung 25
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH 28
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 38
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 52
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 60
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH 66
evo Energieversorgung Oberhausen AG 70
Oberhausener Netzgesellschaft mbH 86
Biostrom Oberhausen Management GmbH 94
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 98
Quantum GmbH 104
strasserauf GmbH 116
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 122
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 152
STEAG GmbH 156
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 162
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. 168
FSO GmbH & Co.KG 170
FSO Verwaltungs-GmbH 184
RWE Aktiengesellschaft 188
RW Holding Aktiengesellschaft 192
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 194
GMVA GmbH & Co. KG 200
GMVA Verwaltungs-GmbH 205
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 208
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 212

Wirtschaftsförderung 225
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 228
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 236
ecce - european centre for creative economy GmbH 240
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 248
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 256

Freizeit & Tourismus *261*
Gasometer Oberhausen GmbH 264
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 268
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 276
Revierpark Vonderort GmbH 286

Wohnungsgenossenschaften *293*
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. 294

Sonstige Unternehmen *297*
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 300
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 306
ASO Service GmbH 314
Jobcenter Oberhausen 320
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH 324
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG 328
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) 334
Stadtsparkasse Oberhausen 346

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen *371*
Theater Oberhausen 374
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 382

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 31.07.2017) *391*
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen 391
Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä. 392
Besetzung der Betriebsausschüsse 396

Vergütungsbericht 2016 ..... *398*

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung *406*

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung *417*

Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen *420*

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen *431*

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis *434*

Gründungshistorie

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1898	RWE-Aktiengesellschaft	(V)
1900	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Oberhausen	(WB)
1904	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Osterfeld	(WB)
1912	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft	(V)
1922	Deutsche Städte Medien GmbH	(S)
1925	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Sterkrade	(WB)
1926	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	(S)
1946	ekz.bibliotheksservice GmbH	(S)
1952	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	(WF)
1964	Stadtwerke Oberhausen AG (jetzt STOAG GmbH)	(V)
1965	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	(F)
1968	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	(V)
1970	Landesentwicklungsgesellschaft mbH NW	(WF)
1970	Heimbau Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft	(WB)
1971	Energieversorgung Oberhausen AG	(V)
1971	Revierpark Vonderort GmbH	(F)
1988	TZU Technologiezentrum Umweltschutz (früher EGO)	(WF)
1988	Bau- und Wohnungsgenossenschaft - Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	(WB)
1989	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft GmbH	(WF)
1990	HDO High Definition Technologiezentrum GmbH	(WF)
1990	Lokalfunk Radio Mülheim/Oberhausen	(S)
1991	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH	(S)
1992	UMSICHT-Institut-Immobilienverwaltung GbR	(WF)
1992	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	(WF)
1992	RZO-Recycling-Zentrum-Oberhausen GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Finanzbeteiligungs GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	(V)
1993	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	(EB)
1993	Theater Oberhausen	(EB)
1994	Schloss Oberhausen GmbH	(F)
1994	Gasometer Oberhausen GmbH	(F)
1994	Stadion Niederrhein GmbH	(F)
1995	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	(V)
1997	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	(F)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1997	TheatrO. CentrO. GmbH	(WF)
1997	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	(WF)
1998	CPO Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH	(F)
1998	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	(F)
1999	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	(WF)
1999	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	(V)
1999	O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	(WF)
1999	O.Vision Projektgesellschaft mbH	(WF)
1999	KOSTAT-DST (Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag) GmbH	(S)
2000	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	(S)
2002	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	(S)
2002	World Games 2005 GmbH	(F)
2003	ASO Service GmbH	(S)
2003	meoline GmbH	(V)
2003	Marina Oberhausen am CentrO. GmbH	(V)
2004	FSO Verwaltungs-GmbH	(V)
2004	FSO GmbH & Co. KG	(V)
2004	ARGE SODA (Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis), ab 2011 Jobcenter Oberhausen	(S)
2006	evo Energie-Netz GmbH	(V)
2006	Public Konsortium d-NRW GbR	(S)
2009	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA RRW), Anstalt öffentlichen Rechts	(S)
2009	Quantum GmbH	(V)
2009	strasserauf GmbH	(V)
2009	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	(V)
2009	Biostrom Oberhausen Management GmbH	(V)
2010	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	(V)
2010	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	(V)
2013	Energiegenossenschaft Handwerk eG	(V)
2013	ecce european centre for creative economy GmbH	(WF)
2013	GMVA GmbH & Co. KG	(V)
2013	GMVA Verwaltungs-GmbH	(V)

V	Ver- und Entsorgung	WF	Wirtschaftsförderung
F	Freizeit und Tourismus	WB	Wohnungsgenossenschaften
S	Sonstige	EB	Eigenbetriebe

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2016

	Grundlage	Kapitalanteil vH
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Service GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	direkt	83,2493
	Gesamtquote W	83,2493
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	direkt	0,0571
	Gesamtquote W	0,0571
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	direkt	12,6000
	Gesamtquote W	12,6000
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
Biostrom Oberhausen Management GmbH	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	0,4000
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	direkt	5,5556
	Gesamtquote W	5,5556
ecce - european centre for creative economy GmbH	durchgerechnet	10,0000
	Gesamtquote W	10,0000
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	durchgerechnet	1,3960
	Gesamtquote W	1,3960
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	direkt	53,7841
	durchgerechnet	31,7254
	Gesamtquote W	85,5095
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,2772
	Gesamtquote W	0,2772
evo Energieversorgung Oberhausen AG	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	11,0600
	Gesamtquote W	11,0600
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,7811
	Gesamtquote W	0,7811
FSO GmbH & Co.KG	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
FSO Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
Gasometer Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	durchgerechnet	0,0001
	Gesamtquote W	0,0001
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	durchgerechnet	3,4834
	Gesamtquote W	3,4834
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	durchgerechnet	5,5637
	Gesamtquote W	5,5637

	Grundlage	Kapitalanteil vH
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
GMVA GmbH & Co. KG	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
GMVA Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
innogy SE	durchgerechnet	0,1470
	Gesamtquote W	0,1470
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote W	0,0006
Jobcenter Oberhausen	direkt	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	durchgerechnet	3,0044
	Gesamtquote W	3,0044
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	3,0044
	Gesamtquote W	3,0044
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	durchgerechnet	50,0735
	Gesamtquote W	50,0735
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	durchgerechnet	80,0294
	Gesamtquote W	80,0294
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	durchgerechnet	80,0294
	Gesamtquote W	80,0294
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien	durchgerechnet	0,0050
	Gesamtquote W	0,0050
Quantum GmbH	durchgerechnet	5,6262
	Gesamtquote W	5,6262
Revierpark Vonderort GmbH	direkt	25,0000
	Gesamtquote W	25,0000
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	durchgerechnet	1,6531
	Gesamtquote W	1,6531
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	durchgerechnet	1,7767
	Gesamtquote W	1,7767
RW Beteiligungs GmbH	durchgerechnet	4,8685
	Gesamtquote W	4,8685
RWE Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,1914
	Gesamtquote W	0,1914
RW Gesellschaft für Anteilsbesitz I mbH	durchgerechnet	19,4894
	Gesamtquote W	19,4894
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH	durchgerechnet	41,5920
	Gesamtquote W	41,5920
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner II mbH	durchgerechnet	24,6480
	Gesamtquote W	24,6480
RW Holding Aktiengesellschaft	durchgerechnet	1,2074
	Gesamtquote W	1,2074

	Grundlage	Kapitalanteil vH
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	direkt	0,0039
	Gesamtquote W	0,0039
S Bargeldlogistik GmbH	durchgerechnet	30,0000
	Gesamtquote W	30,0000
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,6980
	Gesamtquote W	0,6980
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	durchgerechnet	0,0019
	Gesamtquote W	0,0019
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	6,6296
	Gesamtquote W	6,6296
S-International Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	10,4000
	Gesamtquote W	10,4000
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	49,0000
	Gesamtquote W	49,0000
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	2,1810
	Gesamtquote W	2,1810
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
Stadtsparkasse Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
STEAG Fernwärme GmbH	durchgerechnet	3,0044
	Gesamtquote W	3,0044
STEAG GmbH	durchgerechnet	3,0044
	Gesamtquote W	3,0044
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
strasserauf GmbH	durchgerechnet	15,0221
	Gesamtquote W	15,0221
Theater Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	direkt	0,6280
	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	1,0280
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Wasserverbund Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,0010
	Gesamtquote W	0,0010
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	durchgerechnet	0,0000324
	Gesamtquote W	0,0000324

Grundlagen: Beteiligungsquote direkt = Unmittelbare Beteiligung der Stadt
Beteiligungsquote durchgerechnet = Mittelbare Beteiligung der Stadt
Gesamtquote = Summe aus mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen

Umfang der Präsentation

Soweit die Beteiligung der Stadt bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften an einem Unternehmen niedriger als 20 % ist, wird - insbesondere mit Blick auf die fehlenden Einflussmöglichkeiten - auf die differenzierte Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet. Die Präsentation wird in diesen Fällen auf die Beschreibung des Unternehmensgegenstandes, die Besetzung der Gesellschaftsorgane sowie die Beteiligungen der Gesellschaft beschränkt. Eine Ausnahme stellt hier die Sparte Ver- und Entsorgung dar, deren Unternehmen gemäß den aktuellen Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen unabhängig von der Beteiligungsquote umfassend dargestellt werden. Mittelbare Kleinstbeteiligungen mit einer Beteiligungsquote von unter 1% werden bis zur dritten Stufe der Beteiligungen in der Darstellung aller städtischen Beteiligungen zusammen mit den Beteiligungsquoten tabellarisch als Übersicht „Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2016 aufgeführt.

Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind in der Übersicht der Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2016 im allgemeinen Teil tabellarisch dargestellt. Dieser Aufstellung ist auch der Stand städtischer Bürgschaften zum Stichtag 31.12.2016 zu entnehmen.

Ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten der bedeutsamen Beteiligungen sowie die Finanzbeziehungen zwischen diesen sind ebenfalls tabellarisch dargestellt. Diesen Aufstellungen sind auch die jeweiligen Mitarbeiter- und Auszubildendenzahlen zu entnehmen.

Auf die Darstellung von Gesellschaften im Liquidationsverfahren wird verzichtet. Im laufenden Berichtsjahr befindet sich die nachfolgende ehemalige städtische Beteiligung im Liquidationsverfahren:

FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen GmbH i.L.

Unternehmensdaten

Die Unternehmensdaten 2014 - 2016 basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass mit der für den Jahresabschluss 2016 erstmalig zwingend vorgeschriebenen Anwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) Verschiebungen zwischen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung im Vergleich zu den Vorjahren auftreten können; auf eine analoge Umgliederung der Vorjahresabschlüsse wird verzichtet.

Durch die Auswahl des Stichtages 31.12.2016 für die Präsentation der Unternehmen werden die Planzahlen 2017 im Betrachtungszeitraum nicht mit erfasst. Da der Hauptausschuss und der Finanz- und Personalausschuss über die Statusberichte regelmäßig sehr zeitnah über die Planzahlen informiert wird, wird auf die freiwillige Angabe der Planzahlen im Beteiligungsbericht verzichtet.

Kennzahlen

Im vorliegenden Beteiligungsbericht werden für alle wesentlichen Gesellschaften Kennzahlen gebildet. Die Zusammensetzung dieser Kennzahlen wird im nächsten Abschnitt näher erläutert.

Bei der Auswertung der Kennzahlen ist zu berücksichtigen, dass die städtischen Gesellschaften insbesondere hinsichtlich der Kapitalausstattung und der Liquidität anders gewertet werden müssen als rein privatwirtschaftliche Unternehmen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die städtischen Gesellschaften in erster Linie auf Aufgaben der Daseinsvorsorge ausgerichtet sind.

Bei den für die Stadtsparkasse Oberhausen gebildeten Kennzahlen ist zu beachten, dass deren Bilanzstruktur von der einer AG oder einer GmbH abweicht. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit zwischen diesen Kennzahlen ist somit nicht gegeben.

Beteiligungen

Die Angaben über die Beteiligungen der einzelnen Unternehmen beruhen auf dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2016).

Besetzung der Gremien

Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane in den Einzeldarstellungen entsprechen dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2016).

In der Anlage zu diesem Beteiligungsbericht sind die aktuellen städtischen Vertreterinnen und Vertreter (Stand 31.07.2017) aufgeführt.

Soweit nachfolgend im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in einem Organ oder sonstigen Gremium auf § 113 GO verwiesen wird (z. B. „Mitglied gem. § 113 GO“), bezieht sich dies auf die durch § 113 Abs. 2 Satz 2 bzw. Abs. 3 Satz 3 GO NRW gesetzlich vorgeschriebene Mitgliedschaft des Oberbürgermeisters oder eines/einer von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Gemeinde in dem betreffenden Organ oder Gremium.

Vergütungsbericht

In der Anlage sind sämtliche Veröffentlichungen zusammengefasst, welche die Beteiligungen der Stadt, die in den Anwendungsbereich des Transparenzgesetzes NRW fallen, im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2016 auf der Grundlage des Transparenzgesetzes NRW veranlasst haben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind in der Anlage in Fällen, in denen nicht alle Organmitglieder oder stellvertretenden Organmitglieder Bezüge erhalten haben (z. B. Beirat der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG oder Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Oberhausen) nur diejenigen Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder aufgeführt, die tatsächlich Bezüge erhalten haben. Soweit aus anderen Gründen keine Veröffentlichung erfolgte (z. B. weil für die Tätigkeit in einem Aufsichtsrat insgesamt keine Zahlungen erfolgt sind oder wegen fehlender Zustimmung Betroffener) sind die entsprechenden Gesellschaften nicht aufgeführt.

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen

Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Umsatz}}$

Die Kennzahl ist ein Maßstab für die Effizienz der betrieblichen Tätigkeit. Sie drückt aus, in welchem Umfang sich der Umsatz für die Gesellschaft rentiert hat. Ihre Aussagekraft gewinnt die Kennzahl durch die mehrjährige Entwicklung.

Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingungen im Markt verursacht werden.

Eigenkapitalrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Eigenkapital}}$

Durch die Kennzahl wird der geschäftliche Erfolg der Gesellschaft in Relation zum eingesetzten Kapital gebracht. Der Vergleich zur am Kapitalmarkt erzielbaren Rendite gibt einen Anhaltspunkt für die Beurteilung, ob der Einsatz des Eigenkapitals im Unternehmen unter finanzwirtschaftlichen Aspekten sinnvoll ist. Aussagekräftiger als die Kennzahl an sich ist die mehrjährige Entwicklung.

Sofern die Kennzahl mittelfristig unter der Kapitalmarktrendite liegt, könnte es finanzwirtschaftlich sinnvoll sein, das Eigenkapital aus der Gesellschaft abzuziehen und anderweitig einzusetzen.

Die Kennzahl erlaubt keine umfassende Wertung der Gesellschaft.

Cash-Flow:	Jahresergebnis + Abschreibungen (-Zuschreibungen)

Der Cash-Flow dient als Indikator der Zahlungskraft und ermöglicht eine Beurteilung des Innenfinanzierungspotenzials in einem Unternehmen.

Der Cash-Flow-Wert bringt zum Ausdruck, in wie weit oder ob ein Unternehmen in der Lage ist, Vermögen, das in der Bilanz abgebildet ist, im Rahmen eines Umsatzprozesses wieder zu gewinnen und in wie weit das Unternehmen dabei die Mittel für die Substanzerhaltung und Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaften kann.

Gesamtleistung je Mitarbeiter:	$\frac{\text{Gesamtleistung *)}}{\text{Anzahl der Mitarbeiter}}$

*) = Umsatz, Bestandsveränderung, akt. Eigenleistungen, Sonstige betriebliche Erträge

Die Kennzahl drückt die Produktivität des eingesetzten Personals aus. Im Branchenvergleich kann so die Effizienz des Personaleinsatzes gewertet werden.

Je niedriger die Gesamtleistung pro Mitarbeiter im Branchenvergleich, desto intensiver sollte der Umfang des Personaleinsatzes überprüft werden.

Personalaufwandsquote:	$\frac{\text{Personalaufwand x 100}}{\text{Gesamtleistung}}$

Die Kennzahl ist ein Indikator für die Personalintensität der Gesellschaft. Im Branchenvergleich kann sie auf die Notwendigkeit personalwirtschaftlicher Maßnahmen hinweisen. Ggf. kann die Rentabilität der Gesellschaft durch den verstärkten Einsatz anderer Produktionsfaktoren verbessert werden.

Je höher die Kennzahl im Branchenvergleich, desto größer ist die Notwendigkeit, den Umfang des Personaleinsatzes zu überprüfen.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität:	$\frac{\text{Sachanlagevermögen x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Diese Kennzahl lässt Rückschlüsse auf den Automatisierungsgrad, die Kapitalintensität sowie die Konjunkturabhängigkeit zu. Überaltertes Anlagevermögen drückt sich in sinkender Anlagenintensität aus. Ein hoher Automatisierungsgrad drückt sich in hoher Anlagenintensität bzw. hohen Reinvestitionen aus.

Eigenkapitalquote: $\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Finanzierung der Aktivseite der Bilanz wird auf der Passivseite ausgewiesen. Dabei belegt der Anteil des Eigenkapitals an der Gesamtfinanzierung, wie gut das Unternehmen mit Kapital versorgt wird.

Je niedriger die Ausstattung des Unternehmens mit Eigenkapital, desto abhängiger ist es von Gläubigern bzw. desto eher werden ggf. Kapitalzuführungen von Gesellschaftern benötigt.

Fremdkapitalquote: $\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Fremdkapitalquote gibt an, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote dient dazu, das Kapitalrisiko zu beurteilen. Das heißt, dass bei steigendem kurz-, mittel- oder langfristigem Fremdkapital auch die Neuaufnahme von Krediten schwieriger werden kann oder das Risiko der Kündigung von Krediten steigt.

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2016

	Ertrags-/Betriebskostenzuschüsse	Verlustausgleich	Investitionszuschüsse	Kapitalzuführung	Darlehensgewährung	Stand der Bürgschaften	Übrige Vergünstigungen	Gewinnabführung	Konzessionsangaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen										50.000,00
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH						207.487,50				663,95
ASO Service GmbH										
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.										
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG										3.951,64
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH										
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	111.690,00									13.470,00
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG										
Biostrom Oberhausen Management GmbH										
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)										
ecce - european centre for creative economy GmbH										
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.										
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	434.600,00									
evo Energieversorgung Oberhausen AG									8.931.748,69	
FSO GmbH & Co.KG								5.776.718,60		
FSO Verwaltungs-GmbH										
Gasometer Oberhausen GmbH										
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH								0,00		
GMVA GmbH & Co. KG										
GMVA Verwaltungs-GmbH										
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	739.572,00									

	Ertrags-/Betriebskostenzuschüsse	Verlustausgleich	Investitionszuschüsse	Kapitalzuführung	Darlehensgewährung	Stand der Bürgschaften	Übrige Vergünstigungen	Gewinnabführung	Konzessionsangaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co KG										
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH										
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH		1.175.980,00				4.817.914,22				
Oberhausener Netzgesellschaft mbH										
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH						2.747.103,74				
OVP OVision Projektgesellschaft mbH						3.286.614,73				
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	1.089.999,99									
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH										
Quantum GmbH										
Revierpark Vonderort GmbH	297.600,00									
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH								235,69	3.271.830,60	
Stadtsparkasse Oberhausen										
STEAG GmbH										
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH						19.254.043,86				19.671,29
strassenauf GmbH										
Theater Oberhausen	8.311.000,00									
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH										
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH										
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH						19.218.688,36		500.000,00		
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH										

Wesentliche Leistungsbeziehungen

Leistungsempfänger

Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt **Geschäftsjahr 2016/ -in T€ - ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen bertrieblichen Erlöse der Leistungserbringer**	Stadt Oberhausen	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	ASO Service GmbH	Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	Biostrom Oberhausen Management GmbH	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	evo Energieversorgung Oberhausen AG	FSO GmbH & Co.KG
Leistungserbringer														
Stadt Oberhausen		97	1		16		18						9.000	3.400
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen			2.286											
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH														
ASO Service GmbH			1.109											
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.														
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH														
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH														
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG													5.148	
Biostrom Oberhausen Management GmbH								3						
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	497													
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG	4752													
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO														
evo Energieversorgung Oberhausen AG			361		1		3	852				14		112
FSO GmbH & Co.KG													12.003	
FSO Verwaltungs- GmbH														5
Gasometer Oberhausen GmbH														
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH														1.403
GMVA GmbH & Co. KG	7072,8													
GMVA Verwaltungs-GmbH														
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH														
Jobcenter Oberhausen														
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG														
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH														
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	1												17	
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	25		2										72.158	
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	101.827	104					3					14	25	
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH														
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	37											779	2	
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH														
Public Konsortium d-NRW GbR	1094,7													
Quantum GmbH													36.860	
Revierpark Vonderort GmbH														
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	10.048		10	3										
strasserauf GmbH														
Theater Oberhausen														
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH														
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH														
VZO Verwaltungszentrum Oberhausen GmbH														
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH														
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH														

Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt

Geschäftsjahr 2016/ -in T€ - ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen bertrieblichen Erlöse der Leistungserbringer

Leistungserbringer	Leistungsempfänger: FSO Verwaltungs- GmbH	Gasometer Oberhausen GmbH	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	GMVA GmbH & Co. KG	GMVA Verwaltungs-GmbH	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Jobcenter Oberhausen	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Oberhausener Netzgesellschaft mbH	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH
Stadt Oberhausen		35	14.781			5	49					2.474	2
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen													
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH												120	
ASO Service GmbH													
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.													
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH													
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH													
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG													
Biostrom Oberhausen Management GmbH													
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)													
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG													
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO													
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1	84						1.860		100	40.181		2
FSO GmbH & Co.KG													
FSO Verwaltungs- GmbH													
Gasometer Oberhausen GmbH													
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH					8.070							36	
GMVA GmbH & Co. KG													
GMVA Verwaltungs-GmbH													
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH												2	
Jobcenter Oberhausen													
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG													
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH								1.001					
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH							6					21	
Oberhausener Netzgesellschaft mbH										63		1.339	
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH		3				15	591			63	4		
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH													
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung												17	
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH													
Public Konsortium d-NRW GbR													
Quantum GmbH													
Revierpark Vonderort GmbH													
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH													
strasserauf GmbH													
Theater Oberhausen													
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH													
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH													
VZO Verwaltungszentrum Oberhausen GmbH													
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH													
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH													

Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt

Geschäftsjahr 2016/ -in T€ - ermittelt anhand der Umsatz- und sonstigen bertrieblichen Erlöse der Leistungserbringer

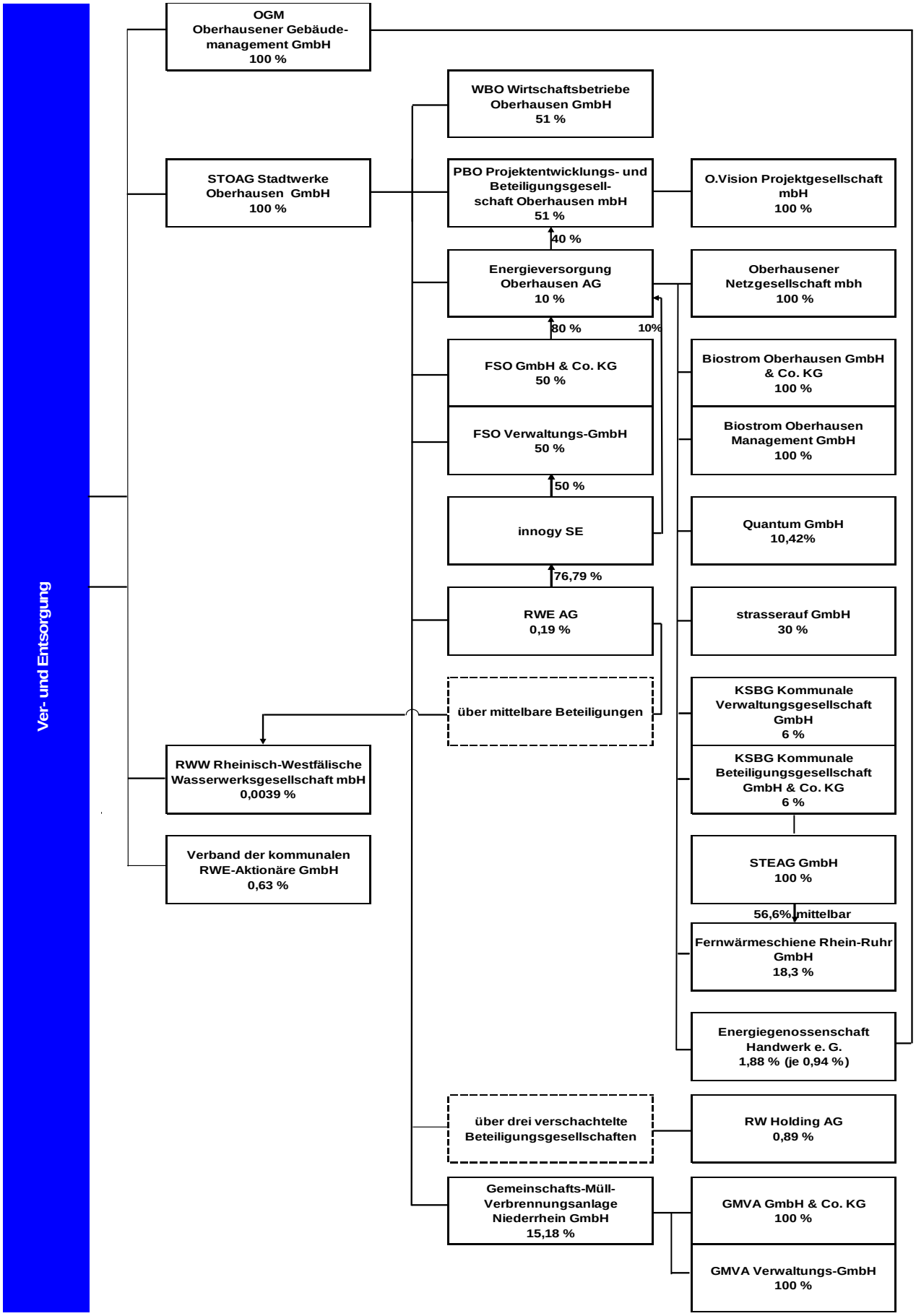
Leistungserbringer	Leistungsempfänger: OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Public Konsortium d-NRW GbR	Quantum GmbH	Revierpark Vonderort GmbH	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	strasserauf GmbH	Theater Oberhausen	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	VZO Verwaltungszentrum Oberhausen GmbH	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
Stadt Oberhausen	93	416	7		50	1.542		242	3	1	574	2.497	28
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen													
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH													
ASO Service GmbH													
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.													
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH													
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH													
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG													
Biostrom Oberhausen Management GmbH													
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)													
d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG													
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	180	33											
evo Energieversorgung Oberhausen AG	44	8		56	176	1.669	12	112	16			371	35
FSO GmbH & Co.KG													
FSO Verwaltungs- GmbH													
Gasometer Oberhausen GmbH													
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH												4	
GMVA GmbH & Co. KG													
GMVA Verwaltungs-GmbH													
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH													
Jobcenter Oberhausen													
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG													
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH													
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH													
Oberhausener Netzgesellschaft mbH					4	23						23	
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	45					7		37	29	59	659	145	6
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH		91											
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung					2	2		192		192			
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	425												
Public Konsortium d-NRW GbR													
Quantum GmbH													
Revierpark Vonderort GmbH													
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH													
strasserauf GmbH													
Theater Oberhausen													
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH													
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH													
VZO Verwaltungszentrum Oberhausen GmbH													
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH													
WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH													

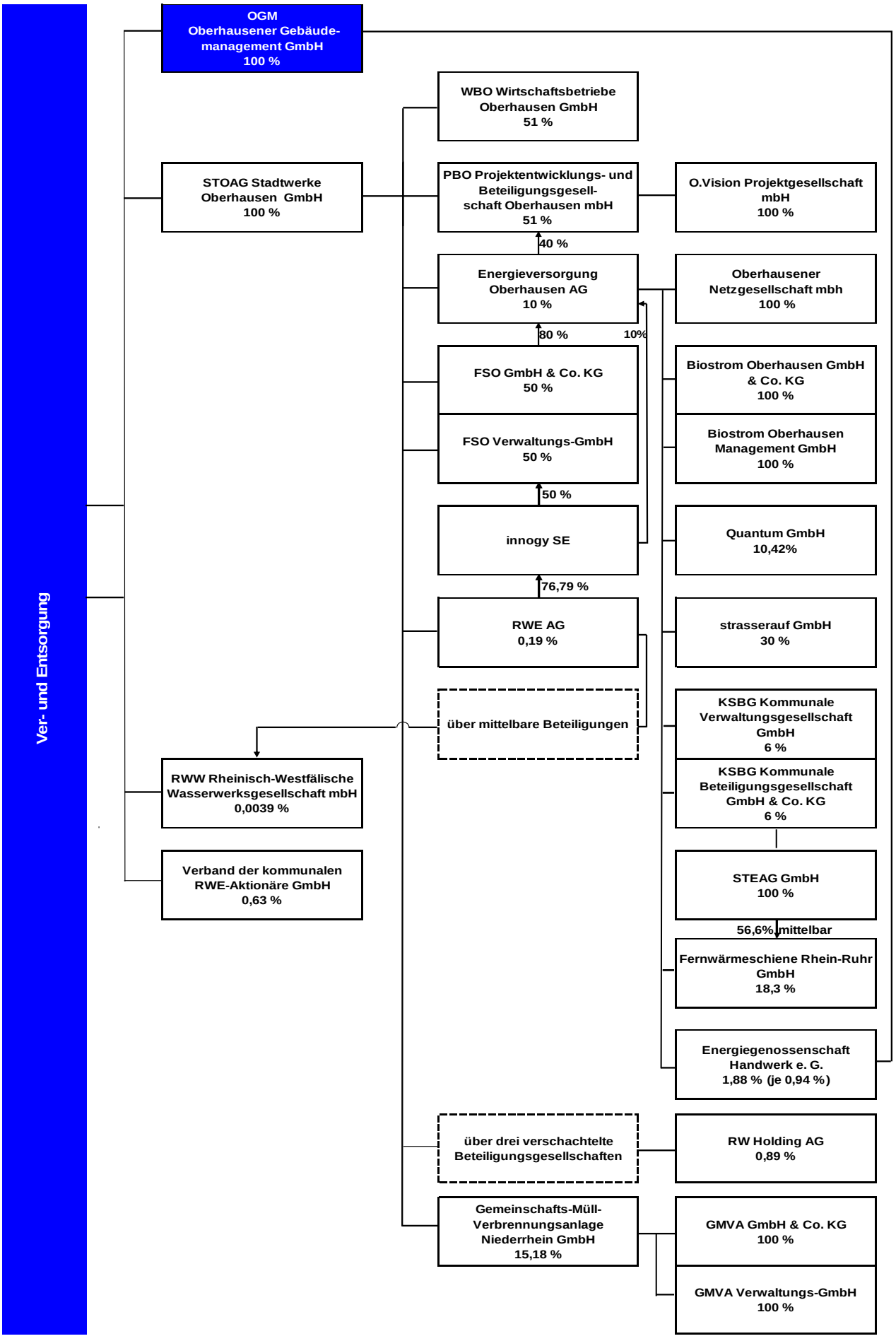
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2016

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	105.911,62	110.359,10	172,34	95.415,47	73.415,19	10.054,45	10,5	616	30
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	31.757,53	28.893,84	7.567,81	75.123,60	61.694,58	31.577,63	42,0	407	12
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	46.468,35	43.000,64	3.863,57	35.818,72	11.109,30	5.446,22	15,2	387	26
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	93,18	75,14	-224,59	7.268,30	0,00	0,00	0,0	0	0
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	19,38	44,72	-224,22	21.698,84	0,00	0,00	0,0	0	0
evo Energieversorgung Oberhausen AG	214.626,82	209.522,81	13.510,16	191.894,78	135.317,26	32.344,99	16,9	255	17
Biostrom Oberhausen Management GmbH	2,50		-0,03	33,57		31,78	94,7	0	0
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	5.192,43	5.148,46	337,24	10.979,74	10.468,28	2.760,22	25,1	0	0
Quantum GmbH	413.191,32	412.694,80	-95,01	23.464,47	262,93	3.995,76	17,0	32	0
strasserauf GmbH	0,52		-65,13	232,78		0,00	0,0	0	0
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	13.293,24	1.135,75	-113.636,27	1.116.270,24	991.413,84	405.300,02	36,3	0	0
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	1.009,24		4,65	547,13	1,88	126,40	23,1	7	0
STEAG GmbH	3.159.100,00	2.993.500,00	54.600,00	3.509.300,00	1.960.300,00	478.300,00	13,6	1552	157
FSO GmbH & Co.KG	544,46	532,82	11553,44	35.119,44	21.561,84	33.115,28	94,3	3	0
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	112.936,20	110.916,43	13.445,80	181.029,26	117.038,27	76.871,67	42,5	398	19
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	2.447,53	2.212,89	-812,92	6.929,91	2.457,35	3.584,64	51,7	25	0
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	1.132,36	684,80	-103,88	6.654,69	3.725,06	0,00	0,0	0	0
ecce - european centre for creative economy GmbH	1.225,24		0,00	231,63	7,06	25,00	10,8	13	0
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	213,17	192,56	-944,70	864,73	2,78	656,91	76,0	2	0
Gasometer Oberhausen GmbH	5.061,60	4.803,91	2.061,45	4.401,78	177,88	3.416,00	77,6	2	0
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	696,01	676,32	1.300,67	6.659,35	5.388,19	0,00	0,0	6	0
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	1.380,31	137,85	3,00	315,93	34,92	112,23	35,5	9	0
Revierpark Vonderort GmbH	3.157,60	2.345,69	-483,24	1.856,29	1.329,58	1.465,25	78,9	14	2
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	142,37	143,34	16,76	1.652,37	1.528,88	555,42	33,6	0	0
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	161,86	161,48	-26,80	117,04	0,96	87,44	74,7	3	0
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	20.842,19	19.862,61	258,91	12.741,33	9.662,88	3.728,34	29,3	275	13
ASO Service GmbH	1.148,93	1.109,14	0,00	66,89		25,00	37,4	60	0
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	17.555,25	17.552,22	-1677,68	33.469,12	8.982,10	7.745,05	23,1	105	0
Theater Oberhausen	9.968,18	578,94	14,33	877,05		121,91	13,9	119	2
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	2.321,81	2.302,66	217,71	25.426,75	22.572,92	5.792,87	22,8	0	0

Einzelberichterstattung

Ver- und Entsorgung




Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100 %
40 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr
GmbH
18,3 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstraße 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 594-5
Fax	0208 / 594-7070
e-Mail	ogminfo@ogm.de
Internet	www.ogm.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 5.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	5.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich Gebäudemanagement, insbesondere die Unterhaltung von Verwaltungsgebäuden der Stadt Oberhausen sowie die Integration von Planung, Kontrolle und Bewirtschaftung bei Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen und die Verbesserung von Nutzungsflexibilität, Arbeitsproduktivität und Kapitalrentabilität unter Berücksichtigung von Arbeitsplatz und Arbeitsumfeld, die Vermietung von Räumen sowie im Einzelfall der Erwerb und die Veräußerung von Immobilien im Stadtgebiet Oberhausens.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag vom 03.12./18.12.2009 im Bereich der Materialwirtschaft, Post- und Botendienste, Medienwerkstatt, Druck und Grafik, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit,Telekommunikation und IT
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag über Personaldienstleistungen und Versicherungen vom 19.12.2008
Stadt Oberhausen	Geschäftsbesorgungsvertrag zur Realisierung des kommunalen Wohnungsbauprogramms aus 11/1999; Übergang durch Verschmelzung der OBG auf die OGM zum 01.01.2007

Stadt Oberhausen	Mietvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Mieterin) und der OGM (Vermieterin) über das Schloss Oberhausen; Übergang durch Verschmelzung der Schloß Oberhausen GmbH auf OGM
Stadt Oberhausen	Pachtvertrag Tiergehege inkl. Zuschussvereinbarung vom 28.12.2005, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Untermietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 16.01.2009
Stadt Oberhausen	Vertrag über das Immobilien-/Flächenmanagement der Stadt Oberhausen 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über den Betrieb und die Unterhaltung des Freizeithafens am Rhein-Herne-Kanal in Oberhausen vom 28.09.2009
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Bewirtschaftung städtischer Friedhöfe, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Erstattung von Aufwendungen für Altersteilzeitverträge 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Leistungen der OGM im Bäderwesen vom 19.09.2006, modifiziert 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zu Dienstleistungen im Bereich Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zu IT- und TK-Leistungen 12/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zum Beschaffungswesen, 06/2013
Stadt Oberhausen	Vertrag zur Übereignung des gesamten beweglichen Anlagevermögens der Stadt Oberhausen auf die OGM vom 10.09.2002
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Pachtvertrag vom 22.12.2006 - Laufzeit 01.01.2007 - 31.12.2011, verlängert bis 31.12.2016
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
	Prokuristin	Jungmaier, Sandra
	Prokurist	Brinkmeier, Markus
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Zimkeit, Stefan
	stellv. Vorsitzende	Stehr, Simone Tatjana
	stellv. Vorsitzender (AN)	Heweling, Detlef
	Mitglied gem. § 113 GO	Schmidt, Jürgen
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Dr. Dilly, Mark
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Karacelik, Yusuf
	Mitglied	Nakot, Werner
	Mitglied	Röpell, Armin

Mitglied	Runkler, Hans-Otto
Mitglied (AN)	Zander, Jutta
Mitglied (AN)	Bitter, Iris
Mitglied (AN)	Gryszka, Dagmar
Mitglied (AN)	Mazura, Hubert

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	1,00	0,93
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		**2015**		**2016**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	71.616,12	74,8	71.683,64	71,7	73.415,19	76,9	1.731,55	2,42
Umlaufvermögen	22.500,62	23,5	26.692,66	26,7	20.327,26	21,3	-6.365,40	-23,85
Rechnungsabgrenzungsposten	1.658,64	1,7	1.664,29	1,7	1.673,01	1,8	8,72	0,52
Bilanzsumme	**95.775,38**	**100,00**	**100.040,59**	**100,00**	**95.415,47**	**100,00**	**-4.625,12**	**-4,62**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	10.202,35	10,7	9.882,12	9,9	10.054,45	10,5	172,33	1,74
Sonderposten mit Rücklagenanteil	1.086,67	1,1	946,45	0,9	806,23	0,8	-140,22	-14,82
Rückstellungen	6.407,95	6,7	6.894,32	6,9	5.611,82	5,9	-1.282,50	-18,60
Verbindlichkeiten	76.740,46	80,1	81.229,83	81,2	77.998,25	81,7	-3.231,58	-3,98
Rechnungsabgrenzungsposten	1.337,96	1,4	1.087,87	1,1	944,72	1,0	-143,15	-13,16
Bilanzsumme	**95.775,38**	**100,00**	**100.040,59**	**100,00**	**95.415,47**	**100,00**	**-4.625,12**	**-4,62**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	93.077,53	99.051,58	110.359,10
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.701,50	5.861,98	-5.506,84
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	
sonstige betriebliche Erträge	1.337,54	1.987,00	1.059,36
Materialaufwand	46.125,46	57.637,15	55.526,76
Personalaufwand	25.041,94	25.791,31	26.773,70
Abschreibungen	6.213,89	6.176,17	6.650,83
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.736,22	13.661,58	13.331,51
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	96,25	57,40	48,51
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.057,45	3.037,21	2.831,30
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.037,87	654,54	846,03
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	741,91	469,11	317,35
sonstige Steuern	481,67	505,66	356,35
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	814,30	-320,23	172,34
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	814,30	-320,23	172,34

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,87	-0,32	0,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,67	-3,14	1,74	%
Cash-Flow:	7.028,18	5.855,94	6.823,16	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	156,80	167,82	171,93	T€
Personalaufwandsquote:	26,05	24,13	25,28	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,22	71,28	76,64	%
Eigenkapitalquote:	10,65	9,88	10,54	%
Fremdkapitalquote:	89,35	90,12	89,46	%

e.) Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Allgemeines

Die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH - nachfolgend OGM genannt - ist eine 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen.

Das umfangreiche Aufgabenspektrum der OGM umfasst u.a. die Durchführung von Baumaßnahmen, die Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik, die Reinigung der Schulen, der städtischen Kindertageseinrichtungen und der städtischen Verwaltungsgebäude, die Versorgung der städtischen Gebäude mit Energie, die Pflege und den Betrieb der städtischen Friedhöfe, die Pflege der städtischen Sport- und Grünanlagen sowie den Betrieb von Sport- und Freizeitbädern.

Mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben deckt die OGM seit Jahren einen großen Bereich der von der Stadt Oberhausen wahrzunehmenden Aufgaben ab.

2. Gesamtwirtschaftliche Einflüsse

Die OGM unterliegt als 100%ige Tochter der Stadt Oberhausen den strengen Regelungen der §§ 107 ff. Gemeindeordnung und kann daher ihre Leistungen lediglich im Konzern „Stadt Oberhausen“ erbringen. Damit unterliegt sie nur in begrenztem Umfang gesamtwirtschaftlichen Einflüssen. Hier sind insbesondere Preissteigerungen im Energiebereich, allgemeine Preissteigerungen sowie tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerungen zu nennen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Haushaltssanierung

Die OGM steht seit Aufnahme ihres Geschäftsbetriebs vor der Herausforderung, sowohl den Anforderungen der Stadt Oberhausen und ihrer Bürgerinnen und Bürger an Umfang und Qualität der Leistungen als auch dem defizitären Haushalt der Stadt Oberhausen Rechnung zu tragen.

Durch den Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen vom 25.06.2012, mit dem die durch die OGM zu erbringenden Sanierungsbeiträge auf 8,1 Mio. EUR p.a. ab dem Jahr 2014 und bis zu 11,5 Mio. EUR p.a. ab dem Jahr 2016 festgelegt wurden, sind diese Anforderungen noch einmal deutlich verschärft worden.

2. Beteiligungen

Die OGM hält Beteiligungen / Mitgliedschaften an der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO, an der Volksbank Rhein-Ruhr eG, am KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister sowie an der Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen eG. In allen Fällen liegt die Beteiligungsquote unter 20 %.

C. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Da die Stadt Oberhausen Hauptkundin der OGM ist, werden die Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die von der Stadt Oberhausen gezahlten Entgelte geprägt.

Die Entgelte in EUR sind wie folgt zusammengesetzt:

	2016 / EUR		2015 / EUR
Umsatzerlöse Einheitspreise aus LV	28.968.160		26.359.686
Umsatzerlöse Gebäudeunterhaltung	14.349.238		16.671.257
Umsatzerlöse Objektmanagement und HOAI	13.990.174		6.812.415
Umsatzerlöse Rechnungsjournale	13.871.388		15.716.367
Mieterträge und Nebenkosten	10.280.009		9.751.950
Umsatzerlöse Bäderwesen	8.875.783		8.616.736
Erlöse Nutzungsentgelt	3.431.304		3.041.126
Versicherungserträge	2.135.355		971.774
Umsatzerlöse Friedhöfe	1.902.594		1.863.349
Umsatzerlöse Tiergehege	912.591	*	876.616
Pauschalentgelt IT und Telekommunikation	0		2.169.801
sonstige Allgemeine Umsatzerlöse	11.642.508	**	6.200.504
	110.359.104		99.051.581

Die Vergleichbarkeit der Umsätze zum Vorjahr ist eingeschränkt, da erstmalig in 2016 die Umsetzung des § 277 Abs.1 HGB erfolgt ist (s. auch 3. Sonstige betriebliche Erträge).
Nachrichtlich: Enthaltene Beträge ***** 35.309 EUR und ****** 1.132.412 EUR.

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2016 insgesamt auf 110,4 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Zunahme von 11,3 Mio. EUR bzw. 11,4 %. Im Wesentlichen sind die Umsätze im Bauwesen und des Objektmanagements zu nennen, welche durch die zusätzlichen Leistungen im Zusammenhang mit den Flüchtlingsstandorten generiert wurden. Der Umsatzzuwachs durch abgerechnete Baumaßnahmen korrespondiert mit dem Rückgang der Bestände.

Der Materialaufwand liegt mit 55,5 Mio. EUR rd. 2,2 Mio. EUR (3,7%) unter dem Vorjahr (57,7 Mio. EUR).

Die Personalkosten liegen um rd. 1,0 Mio. EUR über dem Vorjahresbetrag. Dazu beigetragen haben zusätzliche Stellen im haustechnischen Dienst und im IT-Bereich.

Die Abschreibungen liegen mit 6,7 Mio. EUR um 0,5 Mio. EUR über dem Vorjahr und resultieren aus höheren Zugängen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 13,3 Mio. EUR und liegen 2,4 % unter dem Vorjahresniveau.

Das Betriebsergebnis ist mit einem Überschuss von 3,6 Mio. EUR nahezu identisch mit dem Vorjahr und liegt mit 0,3 Mio. EUR über dem Planansatz für 2016.

Das Finanzergebnis schließt mit -2,8 Mio. EUR 6,6% besser ab als im Vorjahr.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 0,8 Mio. EUR (0,7 Mio. EUR) und liegt damit marginal über dem Ergebnis des Vorjahres.

Nach Steuern ergibt sich ein Jahresüberschuss von 0,2 Mio. EUR, dem ein Jahresfehlbetrag von 0,3 Mio. EUR im Vorjahr gegenüber steht.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur.

	2012	2013	2014	2015	**2016**
Umsatzerlöse (TEUR)	96.595	97.319	93.078	99.052	110.359
Materialaufwandsquote	48%	49%	49%	55%	53%
Personalintensität	26%	27%	28%	25%	26%
Personalaufwand pro Kopf (TEUR)	39	37	39	39	42
Jahresergebnis (TEUR)	1.144	1.372	814	-320	172
Eigenkapital (TEUR)	8.016	9.388	10.202	9.882	10.054
Eigenkapitalquote	8,40%	9,60%	10,70%	9,90%	10,54%
Investitionen (TEUR)	5.933	10.265	5.707	6.263	9.220
Verschuldungsquote*	88,40%	87,90%	86,80%	88,10%	87,63%
Anlagevermögen	73.727	77.535	71.616	71.684	73.415
Anlagenintensität	77,30%	78,90%	74,80%	71,70%	76,94%
Abschreibungsintensität	6,80%	7,00%	6,80%	6,00%	6,51%

**=((Rückstellungen+Verbindlichkeiten)/Bilanzsumme)*

2. Plan- / Ist-Vergleich

Die Umsatzerlöse liegen rd. 5,0 Mio. EUR unter dem Planansatz. Wesentliche Ursachen sind geplante aber im Geschäftsjahr nicht zur Schlussrechnung gelangte Baumaßnahmen, sowie der Verkauf eines Objektes (HDO-Gebäude), welcher sich nicht im Geschäftsjahr realisieren ließ.

Der betriebliche Aufwand liegt mit 13,9 Mio. EUR unter dem Planwert.

Der Investitionsplan, der sich auf Güter des beweglichen Anlagevermögens bezog, belief sich auf 5,1 Mio. EUR. Die Anlagenzugänge im Bereich des beweglichen Anlagevermögens belaufen sich auf 3,4 Mio. EUR. Damit wurde der Investitionsplan in Teilen nicht umgesetzt. Ursächlich ist die Reduzierung von Investitionsmaßnahmen im Bereich der Stadtverwaltung (Haushaltssperre ab September), aber auch der nicht komplett umgesetzte Ersatz im Maschinenpark bzw. nicht beschaffte Software-Lizenzen.

3. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Kontokorrentkredite, Darlehen und Leasing-Verträge.

Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

D. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Beendigung des Geschäftsjahres 2016 nicht aufgetreten.

E. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Wirtschaftsplan 2017 / Finanzplanung 2018 ff.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 weist bei einem Umsatzvolumen von 96,0 Mio. EUR ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 0,2 Mio. EUR aus. Im Investitionsplan sind Zugänge in Höhe von 4,0 Mio. EUR vorgesehen.

Basis für die Erstellung des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr 2017 war das ab 01.01.2014 gültige Vertragswerk zwischen der OGM und der Stadt Oberhausen. Über die hierin festgeschriebenen Entgelte sind die von der OGM zu erbringenden Haushaltssanierungsbeiträge und die sich daraus ergebenden Konsequenzen (Senkung von Leistungsstandards, Umstrukturierungsmaßnahmen etc.) in vollem Umfang berücksichtigt. Etwaige Indizierungen wurden angepasst.

Des Weiteren wurden qualifizierte Schätzungen zur Entwicklung der übrigen Erlöse, der Entwicklung von Besucher- bzw. Benutzerzahlen etc. vorgenommen. Auf der Aufwandseite wurden zu erwartende Preisentwicklungen, insbesondere im Energiebereich, berücksichtigt. Bei den Personalkosten wurden die zu erwartenden Zusatzbedarfe durch erweiterte Anforderungen berücksichtigt.

Der Investitionsplan umfasst Ersatz- und Neubeschaffungen im Bereich des beweglichen Anlagevermögens sowohl für den Bedarf der Stadt Oberhausen als auch für den Eigenbedarf der OGM. Es ist beabsichtigt, in diesem Zusammenhang auch zu prüfen, ob Teile des vorhandenen beweglichen Anlagevermögens über ein Leasing-Modell finanziert werden können.

Bei der Finanzplanung für die nächsten 5 Jahre wurden die weiteren ab 2018 zu erbringenden Haushaltssanierungsbeiträge, die vereinbarten Kosten-Elemente-Klauseln und Indexsteigerungen, tarifliche Lohn- und Gehaltssteigerungen, Energie- und sonstige Preissteigerungen, Investitionen auf der Basis des Planansatzes 2017, die Neuaufnahme von Darlehen zur Finanzierung der Investitionen in das bewegliche und unbewegliche Anlagevermögen und die daraus resultierenden Zins- und Tilgungsleistungen bzw. entsprechende Belastungen aus Leasingverträgen berücksichtigt.

2. Risikomanagement

Die OGM hat im Geschäftsjahr 2005 ein Risiko-Chancen-Management eingeführt. Es werden grundsätzlich halbjährlich Risiko-Inventuren durchgeführt, in denen eine Beschreibung der jeweiligen Risiken sowie die Eintrittswahrscheinlichkeit und die möglichen finanziellen Auswirkungen, aber auch Chancen in der künftigen Entwicklung erfasst werden.

Im Rahmen der Risiko-Inventuren werden alle bestehenden oder abzusehenden Risiken wirtschaftlicher, finanzieller, fachlicher und personeller Art erfasst, soweit sie sich nicht grundsätzlich aus dem Betrieb eines Objektes oder aus bekannten gesetzlichen und vertraglichen Regelungen ergeben.

Das auf dieser Basis erstellte Risiko-Chancen-Portfolio gibt dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung sowie den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen regelmäßigen Überblick über die Chancen und Risiken in den einzelnen Bereichen und ermöglicht allen Verantwortlichen die Früherkennung und Steuerung der Risiken. Zum aktiven Einfluss auf ein Chancenpotential wird auf die einschränkenden Ausführungen zu A 2. verwiesen.

Risikoinventuren wurden im September 2016 und zuletzt zum 31.01.2017 durchgeführt.

Unternehmensgefährdende oder sonstige bestandsgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt.

Im Geschäftsjahr wurde der Bereich der internen Revision personell erweitert, von dort wird das zentrale Risikomanagement koordiniert.

Datenschutzrechtliche Risiken sollen wegen der speziellen Anforderungen durch juristische Unterstützung abgedeckt werden. Hierzu soll ein externer Dienstleister bemüht werden.

3. Steuerung des Unternehmens

Die OGM verfügt über ein Controlling, das als Stabsstelle bei der Geschäftsführung angesiedelt ist. Hier erfolgen monatliche Analysen im Rahmen von Plan- / Ist-Vergleichen auf der Basis eines detaillierten Kostenstellen- und Auftragsnummernsystems sowie eine Überwachung der mit der Hauptkundin Stadt Oberhausen vereinbarten Budgets. Das entsprechende Datenmaterial wird der Geschäftsführung und den leitenden Mitarbeitern/innen monatlich zur Verfügung gestellt und ermöglicht diesen eine zeitnahe Steuerung.

Darüber hinaus, erfolgt im Bereich Finanzen eine tägliche Überwachung der Finanzströme und eine regelmäßige Liquiditätsplanung.

Ziel der Geschäftsführung für die Geschäftsjahre 2017 ff. ist es, dass die OGM auch in den kommenden Jahren

- die vertraglich vereinbarten Leistungen in vollem Umfang und in guter Qualität erbringen wird,
- für die Stadt Oberhausen und ihre Bürgerinnen und Bürger ein verlässlicher Partner sein wird,
- wichtige Beiträge zur Stadtentwicklung erbringen wird,
- die Vorgaben des Rates der Stadt Oberhausen zur Erbringung von Haushaltssanierungsbeiträgen erfüllen wird,
- weiterhin positive Betriebsergebnisse erzielen wird,
- die Stadt Oberhausen weiterhin in den Aufgaben aus der Zuwanderung von Flüchtlingen unterstützt.

Auf der Basis der vorliegenden Planungen geht die Geschäftsführung davon aus, dass diese ambitionierten Ziele erreicht werden können und die OGM einen entscheidenden Beitrag dazu leistet, dass die Lebensqualität in der Stadt erhalten und verbessert wird.

Eingeschränkt wird diese mittel- und langfristige Zielorientierung durch ggf. zukünftige Änderungsvorhaben in der Gesellschaftsstruktur durch den Gesellschafter. Zum jetzigen Zeitpunkt sind nur Szenarien veröffentlicht, Form und Umfang einer Veränderung sind noch nicht absehbar.

F. Sonstige Angaben

1. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zielerreichung

Wie bereits unter Punkt A 1. ausgeführt wurde, ist die OGM in erheblichem Umfang direkt und indirekt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen tätig.

Diese Aufgaben wurden im Geschäftsjahr 2016 in dem vertraglich vereinbarten Umfang und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des städtischen Haushalts erledigt und haben dazu beigetragen, für die Bürgerinnen und Bürger ein angemessenes städtisches Umfeld mit attraktiven Angeboten sicherzustellen.

Über das planbare Tagesgeschäft hinaus hat die OGM nach wie vor die Stadt Oberhausen bei teils sehr kurzfristigen Unterbringungsaufgaben von Flüchtlingen unterstützt.

2. Besetzung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung ist wie folgt besetzt:

Horst Kalthoff	Diplom-Ingenieur, Architekt, Beamter der Stadt Oberhausen
Hartmut Schmidt	Angestellter, Sprecher der Geschäftsführung

3. Angaben gemäß § 6 Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die OGM betreibt auf dem in ihrem Eigentum stehenden Bergbau-Erlebnis-Bad AQUApark eine Photovoltaik-Anlage. Die für das Bad nicht benötigte Energie wird in das Netz des örtlichen Energieversorgers, der Energieversorgung Oberhausen AG, eingespeist. Ein Entgelt von 11 TEUR wurde im Geschäftsjahr vereinnahmt.

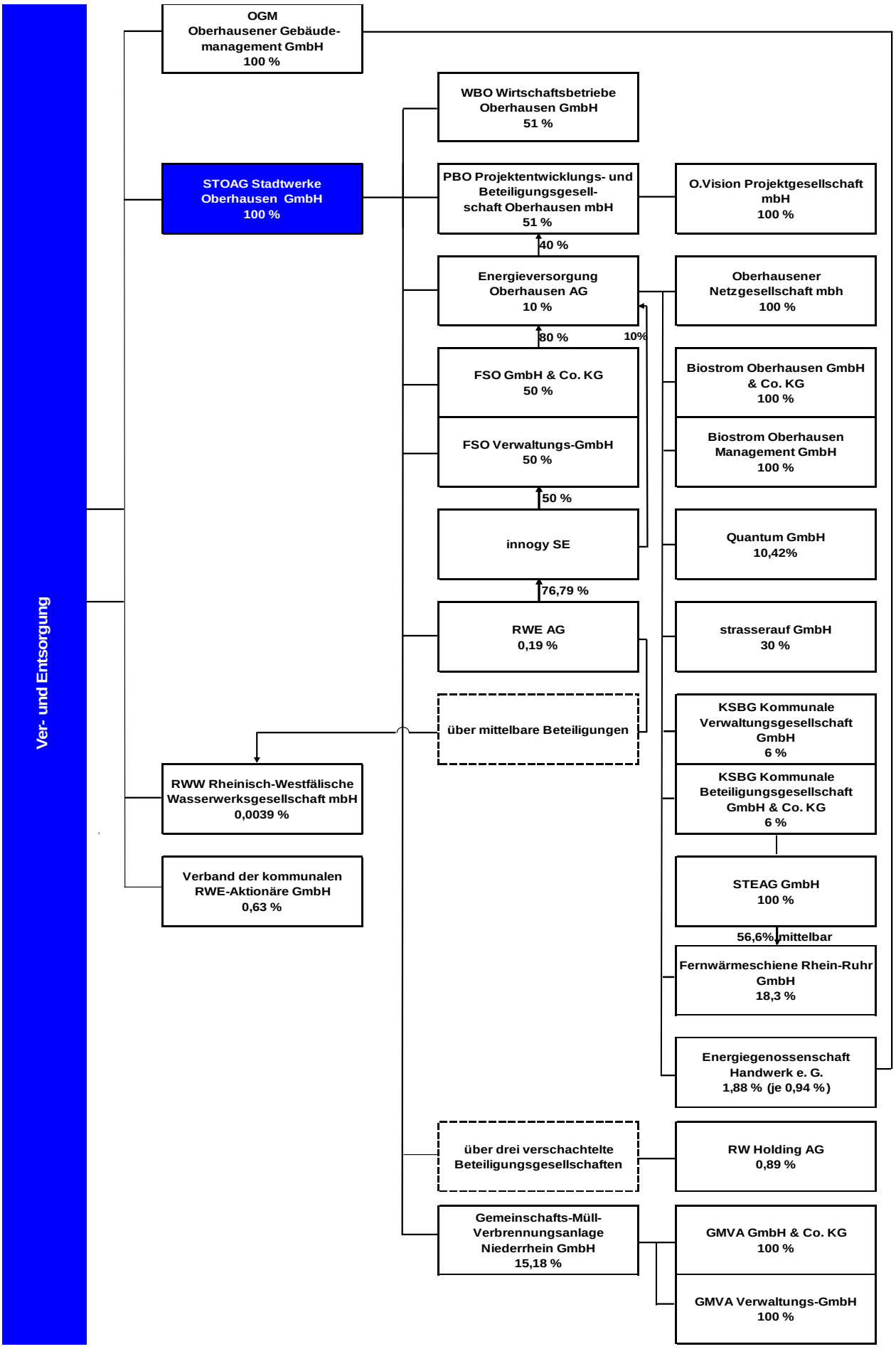
Weitere Tätigkeiten im Sinne von § 6 b Abs. 3 EnWG werden von der OGM nicht ausgeübt.

Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, 24. Februar 2017

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

Hartmut Schmidt / Horst Kalthoff
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100 %
40 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr
GmbH
18,3 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Max-Eyth-Str. 62
46149 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5000
Fax	0208/ 835 5009
e-Mail	info@stoag.de
Internet	www.stoag.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25.600,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25.600,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Bedienung des Nahverkehrs sowie die Beteiligung an Energieversorgungs- und anderen Ver- und Entsorgungsunternehmen. Daneben kann das Unternehmen andere, ihm von der Stadt Oberhausen zugewiesene Aufgaben wahrnehmen.
Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe einrichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
Mülheimer Verkehrsgesellschaft mbH	Betriebsführungsvertrag zwischen den Betrieben der Stadt Mülheim an der Ruhr und der STOAG in der Fassung vom 27.05.2010 (Straßenbahn).
Stadt Oberhausen	Gestattungs- und Nutzungsvertrag über den Personennahverkehr zwischen der Stadt Oberhausen und der STOAG in der Fassung vom 12.01.2007 sowie Zusatzvereinbarung über die Einrichtung eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems vom 29.11.1989

Verkehrsverbund Rhein Ruhr	Vertragswerk über den Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) i.d.F. vom 31.12.1989 bestehend aus: - der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband VRR - Satzung der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR - Richtlinie zur Finanzierung des ÖSPV im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr - dem Kooperationsvertrag für den VRR - dem Einnahmenaufteilungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Overkamp, Werner
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bongers, Sonja
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Runkler, Hans-Otto
	1. stellv. Vorsitzender	Osmann, Denis
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Michalik, Herbert
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Axt, Birgit
	Mitglied	Müthing, Christa
	Mitglied	Nowak, Werner
	Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	Mitglied	Real, Ulrich
	Mitglied	Scheffler, Stefan
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied (AN)	Kamps, Thorsten
	Mitglied (AN)	Michalik, Manfred
	Mitglied (AN)	Ricken, Norbert
	Mitglied (AN)	Stemmer, Michael
Prokura:	Prokurist	Achterfeld, Uwe
	Prokurist	Thurm, Stefan
	Prokurist	Walenciak, Olaf

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22
evo Energieversorgung Oberhausen AG	2.600,00	10,00
FSO GmbH & Co.KG	15,00	50,00
FSO Verwaltungs-GmbH	15,00	50,00
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	38,81	15,18
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	130,38	51,00
RWE Aktiengesellschaft	3.012,68	0,19

RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner III mbH	10,40	41,59
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	637,50	51,00
	T€	**%**
mittelbar		
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	500,00	50,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	12,50	50,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,50	0,47
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,63	4,26
evo Energieversorgung Oberhausen AG	10.400,00	40,00
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	11,04	11,04
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	124,80	0,78
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	0,80	3,48
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	8,95	5,56
GMVA GmbH & Co. KG	151,80	15,18
GMVA Verwaltungs-GmbH	3,79	15,18
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,03	3,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	3,00	3,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	15,00	50,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	17,75	71,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	51,13	20,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	41,25	5,62
RW Beteiligungs GmbH	0,89	3,57
RW Gesellschaft für Anteilsbesitz I mbH	3,58	14,30
RW Holding Aktiengesellschaft	658,93	0,89
STEAG Fernwärme GmbH	615,00	3,00
STEAG GmbH	3.840,00	3,00
strasserauf GmbH	3,75	15,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	80.315,85	82,9	65.320,32	82,2	61.694,58	82,1	-3.625,74	-5,55
Umlaufvermögen	16.494,56	17,0	14.155,74	17,8	13.411,80	17,9	-743,94	-5,26
Rechnungsabgrenzungsposten	15,99	0,0	16,30	0,0	17,22	0,0	0,92	5,64
Bilanzsumme	**96.826,40**	**100,00**	**79.492,36**	**100,00**	**75.123,60**	**100,00**	**-4.368,76**	**-5,50**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	42.748,62	44,1	31.577,63	39,7	31.577,63	42,0	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	903,06	0,9	556,62	0,7	153,37	0,2	-403,25	-72,45
Rückstellungen	17.488,83	18,1	15.161,69	19,1	13.663,17	18,2	-1.498,52	-9,88
Verbindlichkeiten	35.583,19	36,7	32.064,80	40,3	29.579,06	39,4	-2.485,74	-7,75
Rechnungsabgrenzungsposten	102,70	0,1	131,62	0,2	150,37	0,2	18,75	14,25
Bilanzsumme	**96.826,40**	**100,00**	**79.492,36**	**100,00**	**75.123,60**	**100,00**	**-4.368,76**	**-5,50**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	27.115,24	28.193,84	28.893,84
sonstige betriebliche Erträge	4.897,11	4.534,17	2.863,70
Materialaufwand	14.714,24	15.408,46	13.511,64
Personalaufwand	21.996,45	22.655,88	23.125,74
Abschreibungen	5.321,97	4.481,65	4.253,35
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.056,00	4.563,00	5.248,94
Erträge aus Beteiligungen	7.562,60	7.852,35	8.110,31
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.514,74	1.721,42	5,67
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	211,71	128,03	64,53
Aufwendungen aus Verlustübernahmen		50,00	50,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	226,59	11.170,99	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.751,48	1.474,79	1.244,79
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6.765,33	-17.374,96	-7.496,41
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-71,67	
sonstige Steuern	66,56	71,82	71,40
Erträge aus Verlustübernahmen	6.831,89	6.204,12	7.567,81
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	-11.170,99	0,00
Gewinnvortrag/Verlustvortrag			-3.733,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		-7.438,00	-3.733,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	-3.733,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-25,20	-61,63	-26,19	%
Eigenkapitalrentabilität:	-15,98	-49,21	-23,97	%
Cash-Flow:	-1.283,33	-1.722,47	-3.314,46	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	81,66	82,65	78,03	T€
Personalaufwandsquote:	68,71	69,22	72,82	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	41,14	45,40	43,29	%
Eigenkapitalquote:	44,15	39,72	42,03	%
Fremdkapitalquote:	55,85	60,28	57,97	%

e.) Lagebericht

1. Geschäftstätigkeit und Unternehmensziele

Die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) ist als hundertprozentige Tochter der Stadt Oberhausen der kommunale Anbieter für den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen. Mit 123 Bussen und sechs Straßenbahnen befördert sie auf 39 Linien täglich im Durchschnitt 96.000 Fahrgäste und trägt dadurch maßgeblich dazu bei, den Klimaschutz und die Ziele der Stadtentwicklung und Verkehrsplanung der Stadt Oberhausen zu unterstützen.
Vier Unternehmensziele stehen gleichberechtigt im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und strategischen Handelns:

- Wahrnehmung der Regie- und Managementaufgaben für den kommunalen ÖPNV
- Optimierung der Markt- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Sicherung der Arbeitsplätze

2. Rahmenbedingungen

Die Stadt Oberhausen legt in diesem Jahr erstmals seit 25 Jahren einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vor. Die gemeinsamen Anstrengungen des Konzerns Stadt und die Finanzmittel des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen haben zu diesem positiven Ergebnis geführt. Mit einer Verbesserung des Wirtschaftsergebnisses in Höhe von 3,5 Mio. EUR gegenüber der Mittelfristplanung aus dem Jahr 2012 beteiligt sich die STOAG an der erfolgreichen Konsolidierung des städtischen Haushaltes.

Die Einwohnerzahl der Stadt Oberhausen ist gegenüber den Vorjahren gestiegen. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 lebten 212.460 Bürgerinnen und Bürger in der Stadt, 572 Personen mehr als im Vorjahr. Der Bestand an Kraftfahrzeugen lag bei 507 Fahrzeugen pro 1.000 Einwohner und damit geringfügig über dem Vorjahresbestand von 501 pro 1.000 Einwohner. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote ging auf 11,1% zurück. Das verfügbare Nettoeinkommen in Oberhausen liegt etwa 10% unter dem Bundesdurchschnitt und dem Durchschnitt in Nordrhein-Westfalen.

<u>Direktvergabe</u>

Die STOAG strebt die nach Art. 5 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehene Direktvergabe an einen internen Betreiber an. Der Rat der Stadt Oberhausen hat bereits im November 2015 durch die Teilnahme der Stadt Oberhausen an einer vom Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) organisierten Gruppe von Behörden zur Betrauung städteübergreifender Linien einen ersten wichtigen Schritt in Richtung Direktvergabe unternommen. Die Stadt Oberhausen und die STOAG bereiten mit Unterstützung externer Berater die Umsetzung der Direktvergabe vor.

Aufgrund der aktuellen Marktentwicklungen sehen der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und Kommunal- und Landespolitiker über die Parteigrenzen hinweg einen Ergänzungs- oder Anpassungsbedarf beim Personenbeförderungsgesetz (PBefG) hinsichtlich der Aufnahme sozialer Standards in die Vorabbekanntmachung für eine geplante Direktvergabe der kommunalen ÖPNV-Leistung und der Konkretisierung der Begrifflichkeit in der Vorabbekanntmachung

für die zu erbringenden Verkehre. Ein Novellierungsantrag der Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, dem sich Brandenburg angeschlossen hat, wurde durch den Bundesrat angenommen. Die Bundesregierung wird die Länderinitiative zusammen mit ihrer Stellungnahme an den Bundestag zur Entscheidung weiterleiten.

ÖPNV-Finanzierung

Bund und Länder haben sich am 24. September 2015 über die Fortschreibung von Regionalisierungsmittel und Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) geeinigt. Vereinbart wurde die Erhöhung der Regionalisierungsmittel im Jahr 2016 auf 8 Mrd. EUR. Am 16. Juni 2016 haben die Regierungschefs von Bund und Ländern beschlossen, die Regionalisierungsmittel im Jahr 2016 um zusätzliche 200 Mio. EUR auf 8,2 Mrd. EUR aufzustocken und den Gesamtbetrag ab dem Jahr 2017 mit 1,8 % pro Jahr zu dynamisieren. Die Verteilung des Sockelbetrags in Höhe von 8 Mrd. EUR erfolgt auf alle Bundesländer nach den Festlegungen des so genannten Kieler Schlüssels, auf den sich die Länderverkehrsminister im Oktober 2014 in Kiel verständigt hatten. Der Kieler Schlüssel sieht vor, dass der Anteil von Nordrhein-Westfalen an den Mitteln für den Öffentlichen Personennahverkehr bis zum Jahr 2030 auf 18,99 Prozent angehoben wird. Bisher erhält NRW nur einen Anteil von 15,76 Prozent. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet dies einen Anstieg der Regionalisierungsmittel in Höhe von 1.286,6 Mio. EUR im Jahr 2016 auf 1.985,3 Mio. EUR im Jahr 2031. Die zusätzlichen Regionalisierungsmittel (Aufstockungsbetrag) in Höhe von 200 Mio. EUR werden mit einem gesonderten Verteilungsschlüssel auf die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verteilt.

Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) von 1971, das den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gewährt, wurde vor zehn Jahren weitgehend durch das Entflechtungsgesetz abgelöst. Die Mittel aus beiden Gesetzen laufen 2019 aus. Während die GVFG-Mittel (für Großprojekte mit einer Gesamtinvestitionssumme über 50 Mio. EUR) in gleicher Höhe auch über das Jahr 2019 hinaus fortgeführt werden, wird es die Mittel aus dem Entflechtungsgesetz in der heutigen Form nach dem Jahr 2019 nicht mehr geben. Das Entflechtungsgesetz sichert den Ländern jährlich 1,33 Mrd. EUR für den Ausbau der kommunalen Infrastruktur zu. Rund 740 Mio. EUR davon fließen in den ÖPNV. Ab dem Jahr 2020 sollen die Entflechtungsmittel nicht mehr zweckgebunden für die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur zur Verfügung stehen, sondern nur noch im Rahmen von allgemeinen Zahlungen aus dem Umsatzsteueraufkommen. Ausgaben für den ÖPNV stehen damit in Konkurrenz zu anderen kommunalen Ausgaben. Dem kommunalen Nahverkehr fehlt somit trotz der zentralen Rolle, die dieser in der Diskussion um Klimaschutz und Mobilitätsstrategie einnimmt, die Planungssicherheit zweckgebundener Investitionen.

Mit der Novellierung des ÖPNV-Gesetzes des Landes NRW (ÖPNVG NRW) werden u. a. Investitionsmaßnahmen im besonderen Landesinteresse als neue Fördertatbestände in das Gesetz aufgenommen. Demnach sollen Investitionen zur Erneuerung der Infrastrukturen von Straßen- und Stadtbahnsystemen, zur Herstellung von Barrierefreiheit von Stadtbahn-, Straßenbahn und Bushaltestellen sowie Investitionen im Bereich der Elektromobilität von Linienbussen künftig durch das Land gesondert gefördert werden. Die ÖPNV-Pauschale wird ab dem Jahr 2017 um 20 Mio. EUR auf landesweit 130 Mio. EUR erhöht. Das Land Nordrhein-Westfalen will somit den ÖPNV stärken und mehr Finanzmittel für Bus, Bahn und Straßenbahn zur Verfügung stellen.

3. Geschäftsentwicklung und Lage

Fahrgäste

Im Jahr 2016 waren 35,1 Mio. Fahrgäste mit Bussen und Straßenbahnen der STOAG unterwegs. Der Rückgang um 500.000 Fahrgäste beruht zu gleichen Teilen auf der geringeren Anzahl an Schwerbehinderten, die den ÖPNV genutzt haben, und an den weiter rückläufigen Schülerzahlen in Oberhausen. Diese Entwicklung der Fahrgastzahlen betrifft den VRR in seiner Gesamtheit.

Die Anzahl der Fahrgäste in Oberhausen, die den Bartarif genutzt haben, ist nahezu konstant geblieben (+0,1%). Während das Einzel- und MehrfahrtenTicket weniger häufig genutzt wurde als im Vorjahr (EinzelTicket -2,8%, MehrfahrtenTicket -5,5%), konnte mit dem CityO.Ticket ein Ausgleich erzielt werden. 36,5% mehr Fahrgäste als im Jahr 2015 entschieden sich für dieses Ticket. Ein starker Rückgang ist bei dem NRW-weit gültigen Schönes WochenendeTicket zu verzeichnen (-29,8%).

Bei den Zeitfahrausweisen haben sich weniger Kunden als im Vorjahr für ein Abonnement entschieden, während die monatlich erworbenen Zeitfahrausweise Ticket1000 und Ticket2000 einen leichten Zuwachs erzielten (Ticket1000 +0,7%, Ticket2000 +4,2%). Das am 1. Januar 2014 eingeführte 7-Tage-Ticket wurde mit einem Plus von 20,3% deutlich mehr nachgefragt als im Vorjahr. Diese Entwicklung zeigt, dass Fahrgäste bedarfsgerechter das Ticket wählen und weniger häufig einen Jahresvertrag abschließen. 22,2% mehr Fahrgäste besaßen das subventionierte SozialTicket, genannt MeinTicket. Hier ist seit mehreren Jahren ein Zuwachs um einen meist zweistelligen Prozentsatz zu verzeichnen. Die Entwicklung der Fahrgastzahlen im Zeitkartenbereich über alle Ticketarten lag gegenüber dem Vorjahr bei 1,1%.

Im Ausbildungsverkehr sind die Fahrgastzahlen um 2,5% zurückgegangen. Besonders stark rückläufig war die Entwicklung bei den Auszubildenden, die mit einem YoungTicket unterwegs sind. Hierin spiegelt sich der kontinuierliche Rückgang der Schülerzahlen seit dem Schuljahr 2003/2004 um 25% wider.

Entwicklung der Fahrgastzahlen

Jahr	Fahrgäste in Mio.	Veränderung zum Vorjahr in %
2011	38,4	
2012	38,1	- 0,8
2013	37,0	- 2,9
2014	36,1	- 2,4
2015	35,6	- 1,4
2016	35,1	- 1,4

Entwicklung der Abonnentenzahlen

Jahr	Anzahl der Abonnenten	Veränderung in %
2011	33.103	
2012	31.628*	- 4,5
2013	30.103*	- 4,8
2014	29.172*	- 3,1
2015	27.720*	- 5,2
2016	27.164*	- 2,0

*ohne SozialTicket

Entwicklung der Monatskarten

Jahr	Anzahl der Gesamtmo-natskarten	Veränderung in %	davon Anzahl SozialTicket/MeinTicket	Monatskarte
2011	39.305		3.823*	35.482
2012	53.849	37,0	26.132	27.717
2013	60.180	11,8	32.571	27.609
2014	62.669	4,2	35.421	27.248
2015	70.412	12,4	42.693	27.719
2016	79.693	13,2	52.176	27.514

*nur November und Dezember

Entwicklung der Fahrgastzahlen im Ausbildungsverkehr

Jahr	Fahrgäste	Veränderung zum Vorjahr in %
2011	16.113.865	
2012	15.489.841	- 3,9
2013	14.685.114	- 5,2
2014	14.233.888	- 3,1
2015	13.722.570	- 3,6
2016	13.383.567	- 2,5

Entwicklung der Fahrgastzahlen MeinTicket/SozialTicket

Jahr	Fahrgäste	Veränderung zum Vorjahr in %
2011	233.203*	
2012	1.594.052	
2013	1.986.831	24,6
2014	2.160.681	8,8
2015	2.604.273	20,5
2016	3.182.919	22,2

* Einführung zum 01.11.2011

Anteile der Ticketgruppen in % (Fahrten)

Ticketgruppe	Fahrgastanteil in %
Bartarif	8,6
Zeitkarten	42,4
Ausbildungsverkehr	45,9
Firmenservice	2,4
FerienTickets	0
DB 1. Klasse Zuschlag	0
Sonderangebote/Sonstiges	0,7
Gesamt	100

Betriebsleistung

Die Betriebsleistung der STOAG in Oberhausen und in den benachbarten Stadtgebieten setzte sich im Jahr 2016 aus 8,64 Mio. Buskilometern und 0,34 Mio. Straßenbahnkilometern zusammen und lag mit einer Gesamtbetriebsleistung von 8,98 Mio. Nutzwagenkilometern (Nwkm) ähnlich hoch wie im Vorjahr. Die geringfügige Veränderung von 0,08 Mio. Nwkm resultierte aus dem Baustellenumleitungsverkehr der Linien 954 und 112.

Entwicklung der Betriebsleistung

Jahr	Betriebsleistung in Nwkm
2008	10.669.261
2009	10.065.418
2010	9.892.509
2011	9.786.123
2012	9.510.653
2013	9.171.297
2014	8.987.190
2015	8.977.769
2016	8.985.172

Entwicklung der Betriebsleistung nach Fahrzeugart

Verkehrsmittel	Betriebsleistung 2015 in %	Betriebsleistung 2016 in %
Solobus	56	56
Gelenkbus	40	40
Straßenbahn	4	4

Ertragslage

Die wirtschaftliche Entwicklung der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH im Jahr 2016 war - wie in den Vorjahren - positiv. Das Betriebsergebnis blieb nahezu konstant und betrug -14.454 TEUR (Vorjahr: -14.453 TEUR). Der Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen erhöhte sich von 6.204 TEUR im Jahr 2015 um 1.364 TEUR auf 7.568 TEUR für das Jahr 2016. Der in den vergangenen Jahren erfolgreiche Weg der Restrukturierung und damit der Aufwandsreduzierung wurde fortgesetzt, der Wegfall der Dividende der RWE AG führte jedoch zu einem erhöhten Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen.

Im Geschäftsjahr 2016 erzielte die STOAG Umsatzerlöse in Höhe von 28,89 Mio. EUR. Diese lagen mit 0,22 Mio. EUR über dem Vergleichswert des Vorjahres (28,67 Mio. EUR). Darin enthalten sind die Verkaufserlöse, die sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,61% erhöhten und bei 26,26 Mio. EUR lagen (Vorjahr: 26,10 Mio. EUR).

Die Abgeltungszahlungen für die unentgeltliche Beförderung von Schülern und Studenten, die sogenannte Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW (vormals § 45a PBefG), wurden im Jahr 2016 in Höhe von 1.229 TEUR ausgezahlt (Vorjahr: 1.180 TEUR).

Bei Aufstellung des Jahresabschlusses lag vom VRR eine endgültige Auswertung zur Einnahmeaufteilung 2015 noch nicht vor. Im Jahresergebnis 2016 wurden somit die bereits geleisteten Anzahlungen auf die Einnahmeaufteilung 2016 zuzüglich einer Preissteigerungsrate im gewichteten Mittel von 3,8% für das Jahr 2015 und von 2,9% für das Jahr 2016 berücksichtigt, sodass innerhalb des Jahresergebnisses 2016 bei den Übersteigerbeträgen (Kommunale Verkehrsunternehmen, Deutsche Bahn AG und Busverkehr Rheinland GmbH) mit Verbindlichkeiten in Höhe von 2.505 TEUR gerechnet wird. Davon sind bereits 2.344 TEUR als Anzahlungen an den VRR geleistet worden. Die Abrechnung der Einnahmeaufteilung 2015 wird für das 3. Quartal 2017 erwartet.

Durch geringere Provisionsvergütungen veränderten sich die sonstigen Umsatzerlöse von 0,51 Mio. EUR im Jahr 2015 auf 0,36 Mio. EUR im Jahr 2016.

Aus der ÖPNV-Pauschale gem. § 11 Absatz 2 ÖPNVG-NRW konnte im Jahr 2016 ein Betrag in Höhe von 1.711 TEUR vereinnahmt werden. Die sonstigen betrieblichen Erträge veränderten sich von 2,41 Mio. EUR auf 1,15 Mio. EUR. Im Vorjahreswert waren insbesondere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (1,6 Mio. EUR) enthalten.

Somit ergeben sich Gesamtbetriebserträge in Höhe von 31.758 TEUR (Vorjahr: 32.728 TEUR).

Der Energie-, Material- und Fremdleistungsaufwand verringerte sich von 15,41 Mio. EUR auf 13,51 Mio. EUR.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 470 TEUR auf 23,1 Mio. EUR. Die gezahlten Entgelte stiegen gegenüber dem Vorjahr um 914 TEUR auf 18.059 TEUR (Vorjahr: 17.145 TEUR). Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Geschäftsführung, geringfügig Beschäftigte und Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit erhöhte sich von 409 zu Beginn des Jahres auf 412 am Jahresende.

Die Abschreibungen veränderten sich von 4,5 Mio. EUR auf 4,3 Mio. EUR.

Der sonstige betriebliche Aufwand betrug im Jahr 2016 5,2 Mio. EUR und ist gegenüber dem Vorjahr (= 4,6 Mio. EUR) um 0,6 Mio. Euro erhöht.

Das Finanzergebnis veränderte sich um 9,9 Mio. EUR von -3,0 Mio. EUR auf 6,9 Mio. EUR. Innerhalb des Jahresabschlusses 2015 war im Finanzergebnis eine Wertberichtigung der Geschäftsanteile an der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) in Höhe von 7,4 Mio. EUR und der RW GöR Anteilseigner III GmbH in Höhe von 3,7 Mio. EUR eingeflossen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der STOAG zum 31. Dezember 2016 betrug 75,1 Mio. EUR. Die Veränderung zum Vorjahreswert (79,5 Mio. EUR) resultiert aus der Reduzierung des Anlagevermögens um 3,6 Mio. EUR, einer leichten Erhöhung der Vorräte um 0,52 Mio. EUR, der Erhöhung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 1,0 Mio. EUR sowie einer Reduzierung der liquiden Mittel um 1,8 Mio. Euro.

Im Sonderposten für Investitionszuwendungen im Anlagevermögen sind erhaltene Zuschüsse beispielsweise für das Projekt E-Mobilität und digitales Funksystem enthalten, die noch nicht mit getätigten Investitionen verrechnet werden konnten.
Die Rückstellungen belaufen sich auf 13,7 Mio. EUR und sind gegenüber dem Vorjahr (15,2 Mio. EUR) reduziert. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich auf 7,08 Mio. EUR (Vorjahr: 6,92 Mio. EUR).

Die Verbindlichkeiten verminderten sich um 2,49 Mio. EUR. Dies ist auf die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 25,90 Mio. EUR um 4,30 Mio. EUR auf 21,60 Mio. EUR und die leichte Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-0,04 Mio. EUR) zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, stiegen von 0,7 Mio. Euro um 1,6 Mio. Euro auf 2,32 Mio. Euro. Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um 0,7 Mio. von 1,7 Mio. Euro auf 2,4 Mio. Euro erhöht.

Die STOAG verfügte auch im Jahr 2016 über eine ausreichende Liquidität, die auf erzielten Umsatzerlösen in Höhe von 28,89 Mio. EUR, auf Erträgen aus Wertpapieren und anderen Beteiligungen in Höhe von 8,1 Mio. EUR, auf der Zahlung der ÖPNV-Pauschale in Höhe von 1.711 TEUR sowie auf sonstige Einnahmen innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge beruhte.

Die laufende Finanzierung ist durch die im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr geschlossene Finanzierungsvereinbarung und die mit dem Aufgabenträger im Bedienungsgebiet erzielten Betrauungsvereinbarungen bis zum Jahr 2019 gewährleistet.

Investitionen und Förderprojekte

Die Summe der Investitionen belief sich im Geschäftsjahr 2016 nur auf 1,0 Mio. EUR, weil die Busersatzbeschaffung auf das Jahr 2017 verschoben werden musste (Auslieferung erst im April 2017). Größte Position mit 266 TEUR waren die Investitionen für das Projekt Redesign von Fahrausweisautomaten, sowie 61 TEUR für Restarbeiten beim zentralen ÖPNV-Verknüpfungspunkt Bahnhof OB-Holten (u.a. Fertigstellung des Sanitärgebäudes für den Fahrdienst). Weitere 110 TEUR sind für die bereits im Jahr 2016 erworbene Nachrichtentechnik und die Videoüberwachung für die Busersatzbeschaffung verausgabt worden.

4. Risikobericht

Die STOAG führt jährlich eine Risikoinventur durch, um die Risiken in der Wahrscheinlichkeit ihres Entstehens und in den Schadensfolgen im Falle der Realisierung des Risikos zu erfassen und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) besteht ein Risikomanagementsystem, bei dem alle erfassten Risiken durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung analysiert und eingestuft werden.

In der Risikoinventur 2016 wurden acht Risiken erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr sind in der Risikoinventur drei Risiken weniger enthalten.

Das potenzielle Risiko „Nichtabschluss einer D&O – Versicherung (Directors-and-Officers-Versicherung)“ wurde nicht mehr erfasst, da diese Vermögensschadenhaftpflicht-versicherung inzwischen abgeschlossen worden ist.

Das Risiko „Werthaltigkeit der Beteiligung an der GMVA“ ist nicht mehr Bestandteil der Inventur, da die Beteiligung bis auf 1 EUR abgeschrieben worden ist.

Das finanzielle Ergebnis aus der Beteiligung an der GMVA ist in hohem Maße von der Entwicklung der Verbrennungskapazitäten und damit von der Wettbewerbssituation auf diesem hart umkämpften Markt und vor allem vom kommunalen Verbrennungsentgelt abhängig.

Die STOAG sowie die weiteren Gesellschafter der GMVA haben sich mit dem Vertrag vom 1. Dezember 2016 über die Bewältigung der finanziellen Folgen einer Anpassung des Verbrennungsentgelts auf der Grundlage der 3. Nachtragsvereinbarungen zu den Verträgen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen aus dem Jahre 2000 u.a. zur Leistung von Einlagen von 8,0 Mio. EUR entsprechend ihrer Beteiligungsquote verpflichtet. Bezogen auf den Geschäftsanteil der STOAG beträgt die zu leistende Einlage 1.215 TEUR.

Das Risiko „Verlust von Konzessionen“ wurde nicht mehr erfasst, da dieses durch das Risiko zum Betrauungszeitraum berücksichtigt wird.

Das Risiko „Betrauungszeitraum ab dem Jahr 2020“ wurde zuvor bereits als potenzielles Risiko mit eingeschränkter Risikorelevanz erfasst. Der Betrauungszeitraum durch die Stadt Oberhausen endet am 31. Dezember 2019. Die Stadt Oberhausen beabsichtigt, Verkehrsleistung mittels Direktvergabe nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 an die STOAG zu vergeben. Es wird deshalb als sehr unwahrscheinlich eingestuft, dass die STOAG keine Direktvergabe durch die Stadt Oberhausen erhält, oder dass ein Antrag eines anderen Unternehmens auf Eigenwirtschaftlichkeit erfolgt und erfolgreich ist.

Keines der erfassten Risiken wurde als inakzeptabel eingestuft. Für die STOAG wurde kein Risiko identifiziert, das von den Risiko – Paten in seiner Auswirkung als bestandsgefährdend und dessen Eintrittswahrscheinlichkeit als relativ hoch betrachtet wird.

5. Ausblick und Prognose

Fahrgastentwicklung und Tarifstruktur

Fast die Hälfte aller Fahrgäste der STOAG (46%) sind Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende. Ein Rückgang in diesem Segment wirkt sich negativ auf die gesamte Fahrgastentwicklung aus. Trotz leicht steigender Einwohnerzahlen in Oberhausen ist davon auszugehen, dass der Ausbildungsverkehr und damit die Fahrgastzahlen insgesamt weiter leicht zurückgehen werden.

Für das Jahr 2018 ist ein verbundweit gültiges YoungTicketPlus geplant. Gerade die Zielgruppe der Auszubildenden ist es aus ihrer Schulzeit gewohnt, sich im gesamten Verbundraum zu bewegen und legt Wert auf Flexibilität. Sie erhält damit ein attraktives neues Angebot.

Zum 1. Januar 2017 wurden Tickets, die als Pilotprojekt von einigen Verkehrsunternehmen erprobt wurden, in den Regeltarif übernommen: das HappyHourTicket für Fahrten zwischen 18 Uhr und 6 Uhr am Folgetag, das 30-Tage-Ticket, eine Monatskarte mit flexiblem Beginn sowie ein preislich reduziertes 10er-Ticket. Für das erfolgreiche CityO.Ticket wurde die Pilotphase verlängert.

Die Tarifstrukturreform im VRR wurde weiter umgesetzt. Zum 1. Januar 2016 entfiel die Preisstufe „E“, die Tarifkennzeichnung Preisstufe „D-Nord“ und „D-Süd“ wurden zu einer Preisstufe „D“ für den gesamten Verbundraum zusammengefügt. Zum 1. Juni 2016 wurde die Kurzstreckenreform durchgeführt: Als Kurzstrecke wird verbundweit die Einstiegshaltestelle plus drei Haltestellen ohne Umstieg definiert - in Oberhausen auch ohne Nutzung der NachtExpress-Linien.

Rund 1.500 VRR-Kunden haben im Jahr 2017 die Möglichkeit, den elektronischen Tarif (eTarif) zu testen. Mit diesem Angebot verfolgt der VRR eine neue Berechnungsgrundlage für Fahrpreise. Eine streckenabhängige Bezahlung soll Gelegenheitskunden die Möglichkeit bieten, ohne tarifliche Vorkenntnisse ein Ticket zu erwerben, dessen Preis auf der tatsächlich zurückgelegten Strecke basiert. Nach erfolgreich abgeschlossener Testphase wird der eTarif als zusätzliches tarifliches Angebot ergänzend zum bestehenden Flächen-/Zonentarif zur Verfügung stehen.

Vertriebswege

Dem elektronischen Vertrieb gehört die Zukunft. VRR und Verkehrsunternehmen stärken das Internet als Vertriebskanal, attraktive Tickets wie das 10er-Ticket oder das HappyHourTicket sind ausschließlich online erhältlich. Das Ticketing soll weiter vereinfacht werden - in Pilotprojekten wird derzeit der elektronische Ticketkauf ohne vorherige Registrierung getestet. Die Abrechnung erfolgt über die Telefonrechnung.

Neben dem HandyTicket als elektronischer Vertriebsweg bietet STOAG seit dem Jahr 2015 den Ticketerwerb im Online-Ticketshop an. Durch den aufgedruckten Barcode ist dieses Ticket im Fahrzeug elektronisch lesbar. Ziel im Verkehrsverbund ist es, dass Kunden zwischen der Nutzung des elektronischen Tickets auf Papier oder auf ihrem mobilen Endgerät wählen können. Mit der neuen App werden elektronische Auskunft und Ticketerwerb in einer Anwendung zusammengeführt und erleichtern den Kunden den Zugang und den Umgang mit dem ÖPNV.

Seit März 2017 verkauft die STOAG im KundenCenter Sterkrade Tickets der DB, nachdem die DB-Agentur im Bahnhofsgebäude Oberhausen-Sterkrade im Vorjahr geschlossen und eine Nachfolgelösung seitens der Bahn nicht in Betracht gezogen wurde. Aus Kundensicht ist der zusätzliche Verkauf von Tickets aus dem Fernverkehr eine sinnvolle Erweiterung und Ergänzung zum bereits bestehenden VRR-Angebot.

Verbund-App

Mit der Fortentwicklung der VRR-App wird der Zugang zur Nutzung des ÖPNV einfacher und verständlicher und entspricht damit der Erwartungshaltung der Kunden. Die grundlegend überarbeitete Oberfläche ermöglicht eine optimierte Benutzerführung. Störmeldungen, verbesserte Streckenplanungen und Tarifcheck sind neue Komfortfunktionen nicht nur für Pendler. Nutzungsanreize bietet die neue App auch den Gelegenheitskunden. Ohne Orts- und Tarifkenntnisse lassen sich Informationen abrufen und das benötigte Ticket per Online-Zahlungsverfahren direkt im Ticketshop erwerben. Durch flexibles Design, regionalen Datenfokus und individuelle Funktionalitäten wird die Verbund-App unternehmensbezogen angepasst. Für die STOAG bieten sich individuelle Werbe- und Kommunikationsmöglichkeiten. Die neue App ist seit dem 7. April 2017 verfügbar.

Angebot

Die Entwicklung des Verkehrsangebots steht im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP). Der Nahverkehrsplan wurde in der Ratssitzung vom 13. Februar 2017 beschlossen. Die bedeutendste Maßnahme – der 15-Minuten-Takt auf der Linie 112 – wurde bereits zum 8. Januar 2017 umgesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Ausbau von Stadtgrenzen übergreifender Linien. Hier stehen zum Beispiel die Verlängerung der SB94 nach Essen-Dellwig, die Verlängerung der SB90 vom Ruhrpark bis zum Bahnhof Styrum in Mülheim, die Anbindung des Landschaftspark Nord bzw. des Mercator-Centers in Duisburg und eine NachtExpress-Verbindung zwischen Oberhausen-Sterkrade B. und Duisburg Marxloh im Mittelpunkt der Planungen. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen finden Abstimmungsgespräche mit den Nachbarverkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern statt.

Linie 112

Alle sechs Niederflurstraßenbahnen vom Typ NF6D des Herstellers Siemens-DUEWAG aus dem Jahr 1996 wurden zwischen November 2014 und Dezember 2016 sukzessive bei der Firma FWM Fahrzeugwerke Miraustrasse GmbH in Berlin/Henningsdorf instandgesetzt. Die Beseitigung von Korrosionserscheinungen, die Aufbereitung der Fahrgestelle sowie Maßnahmen zur Erfüllung der aktuellen Brandschutznormen standen im Mittelpunkt der Arbeiten. Damit erhöht sich die Verfügbarkeit und somit die Zuverlässigkeit auf der Linie 112. Seit dem 8. Januar 2017 verdichtet sich werktags in der Hauptverkehrszeit die Taktlage der Straßenbahn in Oberhausen von einem 20-Minuten-Takt auf einen 15- Minuten-Takt. Mit dem Fahrplanwechsel verkehren in der Hauptverkehrszeit alle Straßenbahnen wieder einheitlich durchgängig zwischen Mülheim Hauptfriedhof und Oberhausen Neumarkt.

Ausbau von Haltestellen

Im Stadtgebiet Oberhausen mit seinen 339 Haltestellen baut die STOAG seit 1996 in einem mehrstufigen Ausbauprogramm Bushaltestellen niederflurgerecht um. Die Höhendifferenz und Spaltbreite zwischen Fahrzeug und Haltestellenplattform werden minimiert, sodass ein niveaugleicher Ein- und Ausstieg in das Fahrzeug möglich ist. Zusätzlich werden die Haltestellen mit einem Blindenleitsystem ausgestattet.

Bis heute wurden 605 Haltepunkte komplett ausgebaut und mit Hochbord und taktilen Elementen versehen. Im Jahr 2016 wurden keine Zuwendungen nach §12 ÖPNVG NRW gewährt und der Umbau von Haltestellen ausgesetzt. Im Jahr 2017 plant die STOAG den barrierefreien Ausbau von 13 Haltestellen, davon drei mit Fahrgastunterständen. Die Haltestellen werden ergänzend zu den Niederflurbussen niederflurgerecht ausgebaut und mit taktilen Leitstreifen versehen. Die Gesamtausgabe beläuft sich auf 404.000 EUR, hiervon sind 231.800 EUR zuwendungsfähig. Eine positive Einplanungsmitteilung des VRR liegt vor.

Weiterentwicklung der E-Mobilität

Seit Oktober 2015 werden bei der STOAG zwei rein elektrisch betriebene Batteriebusse auf den Linien 962 und 966 im Linienverkehr eingesetzt. Die vorhandene Gleichspannungsinfrastruktur der Straßenbahn wird zur Schnellladung der beiden Elektrofahrzeuge genutzt. Die Ladeenergieentnahme zur Versorgung der zwei Busse erfolgt aus einem Unterwerk sowie aus der Fahrleitung der Straßenbahn. Die Erfahrungen mit diesem Batterieladesystem sind positiv. Die vorhandene Infrastruktur soll für den weiteren Ausbau der Elektromobilität genutzt werden. Es ist geplant, die Linie 979 von Oberhausen Sterkrade nach Bottrop, die von der STOAG und der Vestische Straßenbahnen GmbH gemeinsam betrieben wird, auf den Betrieb mit Batteriebussen umzustellen. Aktuell verkehren auf dieser Linie vier Busse. Einen Zuwendungsbescheid vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) für drei Busse hat die STOAG erhalten. In Abstimmung mit der Vestische Straßenbahnen GmbH erfolgt die Ausschreibung der Busse im Jahr 2017.

Änderung des ÖPNVG NRW

Mit Wirkung zum 6. Januar 2017 ist das ÖPNVG NRW novelliert worden. Mehrere Änderungen betreffen die ÖPNV-Finanzierung, so unter anderem folgende Neuerungen:

a) Für einen Teil der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW wird eine Zweckbindung eingeführt. Ein Anteil von 30% der Mittel sind nun als Anreiz zum Einsatz neuwertiger und barrierefreier Fahrzeuge zu verwenden.

b) In § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW wurde gestrichen, dass der weiterzuleitende Anteil der Ausbildungsverkehr-Pauschale auf der Grundlage einer allgemeinen Vorschrift nach Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 erfolgen soll.

c) Für den Nahverkehrsplan wird in § 8 Abs. 3 Satz 2 ÖPNVG NRW ein neuer pflichtiger Inhalt vorgegeben. Hiernach muss die Entlohnung des eingesetzten Personals nach Maßgabe einschlägiger und repräsentativer Tarifverträge dargestellt werden. Damit soll die Tariftreue im ÖPNV auch im eigenwirtschaftlichen Bereich (jenseits des TVgG-NRW) erreicht werden.

Es bleibt abzuwarten, ob Tariftreue durch Entlohnungsvorgaben in Nahverkehrsplänen und Vorabbekanntmachungen erreicht werden kann, denn hierfür ist das in der Gesetzgebungskompetenz des Bundes liegende PBefG, das hierzu keine Regelung trifft, maßgeblich.

Wie bereits unter a) aufgeführt, sind mindestens 80 vom Hundert der Pauschale für Zwecke des ÖPNV mit Ausnahme des SPNV und dabei mindestens 30% der Pauschale als Anreiz zum Einsatz neuwertiger und barrierefreier Fahrzeuge an öffentliche und private Verkehrsunternehmen weiterzuleiten, die den Gemeinschaftstarif nach § 5 Absatz 3 anwenden.
Die konkrete Ausgestaltung der Anreize kann der Pauschalenempfänger innerhalb des europarechtlichen Rahmens selbst regeln. Dabei kommen investive Förderungen von den Verkehrsunternehmen einschließlich ihrer Subunternehmen einzusetzender Fahrzeuge oder deren Qualitäten ebenso wie die Regelung der Anforderungen in den öffentlichen Dienstleistungsaufträgen nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 in Betracht.

Die STOAG wird auch im Hinblick auf die geänderte Rechtslage in den nächsten Jahren kontinuierlich in ihre Busflotte investieren. Für das Jahr 2017 ist die Neuanschaffung von zehn Gelenk- und fünf Solobussen vorgesehen.

Beteiligungen

Die Energieversorgung Oberhausen AG (evo) hat im Geschäftsjahr 2016 ein Ergebnis in Höhe von 13,4 Mio. EUR erzielt und damit das mindestens vereinbarte Volumen von 11 Mio. EUR übertroffen. Das Ergebnis der evo im Geschäftsjahr 2016 ist insbesondere durch die Reduzierung der Höhe der Pensionsrückstellungen bedingt. Dies rechtfertigte, dass aus dem Ergebnis der evo die Einstellung eines Teils des Jahresüberschusses in die Gewinnrücklagen bei der evo erfolgte.

Die STOAG geht derzeit weiter davon aus, dass die FSO GmbH eine Ergebnisabführung für die Jahre 2017 bis 2021 von jährlich insgesamt 11,0 Mio. EUR erwirtschaftet und dem RWE und der STOAG somit jeweils 5,5 Mio. EUR pro Wirtschaftsjahr zufließen.

Das finanzielle Ergebnis aus der Beteiligung an der GMVA in Oberhausen ist in hohem Maße von der Entwicklung der Verbrennungskapazitäten und damit von der Wettbewerbssituation auf diesem hart umkämpften Markt und vor allem vom kommunalen Verbrennungsentgelt abhängig. Die Reduzierung der Ertragssituation der GMVA und damit verbunden eine geringere bzw. keine Ergebnisausschüttung hat auch Einfluss auf die Beteiligungserträge der STOAG und somit auf den verbleibenden Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen. Weder im Jahresergebnis 2016 noch in den Wirtschaftsplanungen 2017 bis 2021 sind Ergebnisausschüttungen seitens der GMVA erzielt bzw. eingeplant worden.

Aus den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen RWE-Aktien wurde für das Jahr 2016 eine Dividende in Höhe von 1,00 EUR pro Stamm- und Vorzugsaktie erwartet. Der Vorstand der RWE AG hat in seiner Sitzung am 17. Februar 2016 beschlossen, der am 20. April 2016 stattgefundenen Hauptversammlung zur Stärkung der Finanzkraft des Unternehmens eine Dividende von 0,13 EUR je Vorzugsaktie und eine Aussetzung der Dividende für Stammaktien vorzuschlagen. Dieser Dividendenvorschlag wurde in der Hauptversammlung der RWE AG beschlossen.

Durch diesen Beschluss der Hauptversammlung der RWE AG erhielt die STOAG lediglich einen Betrag von ca. 6 TEUR als Dividendenzahlung. Dies hatte zur Folge, dass ein um 1.169 TEUR geringeren Dividendenertrag aus dem Besitz der RWE-Aktien im Wirtschaftsjahr 2016 erzielt wurde.

Da die Gesellschaft öffentlicher Anteilseigner mbH in der Vergangenheit grundsätzlich dem Dividendenvorschlag bzw. der Ausschüttung der RWE AG gefolgt ist, bedeutete dies eine weitere Reduzierung der Beteiligungserträge in Höhe von 255 TEUR.

In den vergangenen Jahren konnte der verbleibende Finanzierungsbetrag der Stadt Oberhausen kontinuierlich gesenkt werden, die Reduzierung der Beteiligungserträge wird für die zukünftigen Jahre zu einem erhöhten Finanzierungsbetrag führen.

ÖPNV-Pauschale

Die Stadt Oberhausen und die STOAG haben sich dahingehend verständigt, dass 10% der ÖPNV-Pauschale bei der Stadt verbleiben und 90% der STOAG bei Anwendung der Variante B (Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der Ausgleichsleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen aus der Anwendung der Tarife für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs im VRR-Gemeinschaftstarif) zukommen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2017 bis 2021 weist für das Jahr 2017 nach derzeitiger Planung bei leicht steigenden Umsatzerlösen gegenüber dem Jahresergebnis 2016 einen erhöhten Verlust aus. Die mittelfristige Planung weist für das Jahr 2017 einen verbleibenden Finanzierungsbetrag in Höhe von 9.335 TEUR aus. Für den Zeitraum von 2018 bis 2021 werden verbleibende Finanzierungsbeträge in Höhe von ca. 12,0 Mio. EUR erwartet. Gründe hierfür sind neben geringeren Beteiligungserträgen auch die Reduzierung der Abgeltungsleistungen für die Beförderung von Schülern und Schwerbehinderten.

Die STOAG geht für das Jahr 2017 von einer stabilen Entwicklung der Verkaufserlöse aus.

Die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren werden in den kommenden Jahren zurückgehen und im Jahr 2017 voraussichtlich 7.765 TEUR betragen. Der Vorstand der RWE AG hat in seiner Sitzung am 22. Februar 2017 beschlossen, der am 27. April 2017 stattfindenden Hauptversammlung eine Dividende in Höhe des letztjährigen Vorschlags von 0,13 EUR je Vorzugsaktie und eine Aussetzung der Dividende für Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen. Dies bedeutet für die STOAG, dass sie im Jahr 2017 einen Dividendenertrag in Höhe von 6 TEUR erhalten wird. Dies entspricht der Ausschüttung des Jahres 2016. Die STOAG hat in ihrem Wirtschaftsplan 2017 bis 2021 keine Dividendenzahlung der RWE AG für die Stamm- und Vorzugsaktien eingeplant.

Eine Ausschüttung seitens der GMVA ist im Wirtschaftsplan 2017 nicht berücksichtigt.

Die Pensionsverpflichtungen entwickeln sich langfristig gesehen rückläufig.
Ein möglicher Anstieg der Rohstoffpreise im Energiebereich kann zukünftig zu Mehrbelastungen für die STOAG führen. Als energieintensive Unternehmen, für die im Rahmen des Steuerrechtes nur unzureichende Ausnahmeregelungen vom Gesetzgeber zugelassen wurden, sind hier alle Nahverkehrsunternehmen gleichermaßen betroffen. Allerdings hat sich im ersten Quartal des Jahres 2017 die bereits im letzten Quartal des Jahres 2016 abzeichnende Beruhigung auf dem Rohölmarkt nicht fortgesetzt. Die STOAG musste leicht steigende Einkaufspreise verzeichnen, die derzeitig leicht über dem Planwert des Jahres 2017 liegen.

6. Chancen

Die Digitalisierung verändert die Lebensweise der Menschen und wirkt sich auf das Mobilitätsverhalten aus. Die Nutzung intermodaler Mobilitätsangebote schreitet mit neuen IT-Applikationen weiter fort und erlaubt zumindest im urbanen Raum eine individuelle, wechselnde Nutzung und Kombination verschiedener Verkehrsträger. Häufiger als in der Vergangenheit entscheiden Kunden immer öfter neu, welche Verkehrsmittel sie auf ihren täglichen Wegen nutzen. Durchgehende Verkehrsketten von Tür zu Tür, so der Kundenanspruch, müssen einfach zugänglich, planbar und buchbar sein.

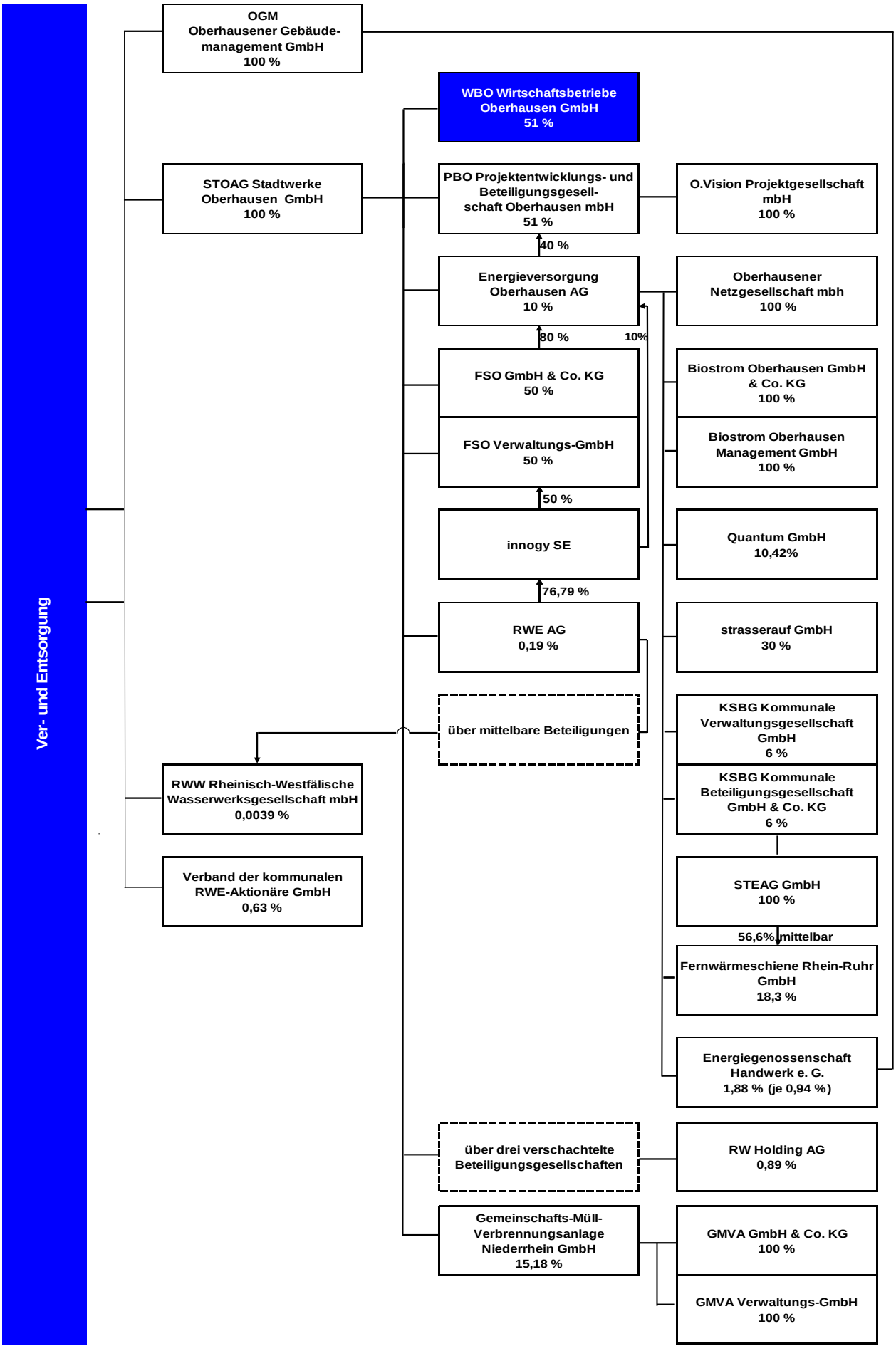
Für die STOAG gilt es, die Rolle als Mobilitätsdienstleister aktiv zu gestalten und sich als kompetenter Ansprechpartner zu präsentieren. Der Verkauf von DB-Tickets ist ein Schritt in diese Richtung. Die Weiterentwicklung von vernetzter Mobilität und die Umsetzung weiterer digitaler Innovationen bieten interessante Optionen für neue Zielgruppen.

Mit der Möglichkeit zum Onlineerwerb von Tickets und zur Onlineverwaltung von Abonnements bei der STOAG im Jahr 2016 sind wichtige Dienstleistungen digitalisiert worden. Die vom VRR neu entwickelte App optimiert die Bereitstellung von Informationen für Fahrgäste. Das im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Klimaschutz im Radverkehr“ geplante VRR-Projekt der neuen, digital gesteuerten Rad-Abstellanlagen mit elektronischem Zugangs- und Hintergrundsystem, an dem auch Oberhausen teilnehmen wird, erleichtert die Verknüpfung von Radverkehr und ÖPNV innerhalb einer Reisekette. Alles das sind wichtige Schritte auf dem Weg vom klassischen ÖPNV hin zu einem innovativen, digitalen Öffentlichen Personennahverkehr der Zukunft.

Oberhausen, 11. Mai 2017

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Werner Overkamp
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße 149
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 8587-30
Fax	0208 / 8578-404
e-Mail	info@wbo-online.de
Internet	www.wbo-online.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.250,00

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	612,50	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	637,50	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens sind insbesondere Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen

1.1 in den gebührenrelevanten Bereichen
- Entwässerung
- Müllabfuhr
- Straßenreinigung

1.2 in den nichtgebührenrelevanten Bereichen
- Fließgewässer
- Straßenunterhaltung
- Kfz-Werkstattbetrieb
- Aufgaben im Rahmen des DSD
- Abfallwirtschaft
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen

2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

3. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag vom 15.01.2008
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 12.01.1996
Stadt Oberhausen	Personalgestellungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995

Stadt Oberhausen	Überleitungstarifvertrag zwischen der Stadt Oberhausen, der WBO GmbH und der ÖTV (nunmehr ver.di) vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Vereinbarung Geobasisdaten vom 03.03.2006
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Laub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Straßenlaub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Kanalbau vom 22.01.1998
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Straßenbau vom 26.01.2001
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Regelung der Grundsätze der Alttextilerfassung in Oberhausen vom 08.03.2000; Nachtrag vom 19.11.2004
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Reinigung der Bundesautobahn-Anschlussstellen im Stadtgebiet Oberhausen vom 20.08.2008

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Woidtke, Karsten
	Mitglied	Guthoff, Maria
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzender	Hanning, Guido
	stellv. Vorsitzende (AN)	Herrmann, Regina
	Mitglied gem. § 113 GO	Lauxen, Sabine
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Erlenbach, Klaus
	Mitglied	von Hebel, Antonius
	Mitglied	Jeppel, Jürgen
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Rudolph, Karl-Ulrich
	Mitglied	Schuler, Immanuel
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied (AN)	Bohnes, Ralf
	Mitglied (AN)	Croonenbroeck, Andreas
	Mitglied (AN)	Horatz, Stefan
	Mitglied (AN)	Langenbusch, Jürgen
	Mitglied (AN)	Leprich, Anke
	Mitglied (AN)	Althoff, Claudia

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		**2015**		**2016**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	10.644,37	39,9	10.791,71	34,4	11.109,30	31,0	317,59	2,94
Umlaufvermögen	16.009,74	60,1	20.579,58	65,6	24.709,42	69,0	4.129,84	20,07
Rechnungsabgrenzungsposten	0,27	0,0					0,00	
Bilanzsumme	**26.654,38**	**100,00**	**31.371,28**	**100,00**	**35.818,72**	**100,00**	**4.447,44**	**14,18**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.943,82	22,3	6.158,05	19,6	5.446,22	15,2	-711,83	-11,56
Rückstellungen	4.409,85	16,5	4.485,30	14,3	5.091,31	14,2	606,01	13,51
Verbindlichkeiten	16.300,71	61,2	20.727,93	66,1	25.281,19	70,6	4.553,26	21,97
Bilanzsumme	**26.654,38**	**100,00**	**31.371,28**	**100,00**	**35.818,72**	**100,00**	**4.447,44**	**14,18**

bb) GuV

	2014	**2015**	**2016**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	51.108,56	41.232,27	43.000,64
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-8.436,47	6.587,12	3.052,17
andere aktivierte Eigenleistungen		93,92	6,07
sonstige betriebliche Erträge	434,53	506,74	409,46
Materialaufwand	13.413,17	18.011,54	16.525,99
Personalaufwand	19.671,58	20.073,05	20.667,09
Abschreibungen	1.418,07	1.197,46	1.287,97
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.688,45	1.757,42	1.668,02
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11,04	3,06	0,03
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	50,00	50,00	54,42
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	216,03	142,21	31,29
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.660,37	7.191,43	6.233,58
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.219,80	2.538,02	2.288,95
sonstige Steuern	84,84	79,58	81,05
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	4.355,73	4.573,83	3.863,57
Gewinnvortrag/Verlustvortrag		4.364,39	4.577,83
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		4.360,00	4.575,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.355,73	4.578,23	3.866,40

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,52	11,09	8,98	%
Eigenkapitalrentabilität:	274,27	289,52	244,56	%
Cash-Flow:	5.823,79	5.821,29	5.205,97	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	111,68	125,44	120,07	T€
Personalaufwandsquote:	45,63	41,46	44,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	39,58	34,09	30,62	%
Eigenkapitalquote:	22,30	19,63	15,20	%
Fremdkapitalquote:	77,70	80,37	84,80	%

e.) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einer Gesamtleistung von TEUR 46.468 ab (-4,0 % gegenüber Vorjahr). Nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Entwicklung der zur Gesamtleistung beitragenden Positionen sowie einen Vergleich zum Vorjahr:

	2016	2015	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	43.001	41.232	1.769	4,3
Bestandsveränderungen	3.052	6.587	-3.535	-53,7
Aktivierte Eigenleistungen	6	94	-88	-93,6
Sonstige betriebliche Erträge	409	507	-98	-19,3
Gesamtleistung	**46.468**	**48.420**	**-1.952**	**-4,0**

Die Erhöhung des Umsatzvolumens gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 4,3 % ist insbesondere auf höhere Erlöse in der Kategorie „Sonderbauprogramme“ zurückzuführen. Darüber hinaus sind jedoch auch die Umsätze mit der Stadt Oberhausen und den städtischen Beteiligungen sowie die sonstigen Umsätze gestiegen.

Der Bestand der nicht abgeschlossenen Kanalbaumaßnahmen erhöht sich um TEUR 3.029 (Vorjahr: TEUR 6.481). Gemeinsam mit den Bestandserhöhungen für sonstige Maßnahmen des Betriebes Kanäle und Straßen in Höhe von TEUR 23 ergibt sich in Summe eine Bestandserhöhung in Höhe von TEUR 3.052.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind insbesondere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 145, aus Versicherungserstattungen in Höhe von TEUR 87, aus der Auflösung von Forderungsberichtigungen in Höhe von TEUR 59, Bonuserstattungen in Höhe von TEUR 46 sowie aus Anlagenabgängen in Höhe von TEUR 39 enthalten.
In der folgenden Tabelle sind die Umsatzerlöse der WBO dargestellt:

	2016	2015		Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Leistungsvertrag Stadt OB	29.176	28.878		298	1,0
andere Umsätze Stadt OB / städt. Beteiligungen	2.463	2.230		233	10,4
Sonderbauprogramme Stadt OB	5.403	4.290	*)	1.113	25,9
sonstige Umsätze	5.959	5.834	*)	125	2,1
Summe Umsatzerlöse	**43.001**	**41.232**		**1.769**	**4,3**

*) Die Erstattungsbeiträge Dritter für Kanalbaumaßnahmen wurden in der Vergangenheit als sonstige Umsätze ausgewiesen. Die Zuordnung erfolgt ab sofort zu „Sonderbauprogramme Stadt Oberhausen“. Die Beträge für 2015

wurden im Vergleich zum letzten Lagebericht angepasst (Sonderbauprogramme Stadt OB: + TEUR 284 / sonstige Umsätze: - TEUR 284).

Für den Leistungsvertrag ist die Steigerung der Umsatzerlöse von 1,0 % auf die Erhöhung der Preisindizes zurückzuführen.

Die anderen Umsätze mit der Stadt Oberhausen und städtischen Beteiligungsgesellschaften sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10,4 % gestiegen, was insbesondere auf höhere Umsätze der Sparte Stadtentwässerung im Zusammenhang mit der Sanierung verwurzelter Hausanschlüsse zurückzuführen ist.

Die Umsatzerlöse aus Sonderbauprogrammen mit der Stadt Oberhausen sind im Verhältnis zum Vorjahr um 25,9 % gestiegen. Unter Berücksichtigung der zugehörigen Bestands-veränderungen an Kanalbaumaßnahmen ergibt sich hingegen eine Verminderung der Gesamtleistung der Sparte in Höhe von 21,7 % zum Vorjahr.

	2016	2015	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse Sonderbauprogramme	5.403	4.290	1.113	25,9
Bestandsveränderungen Sonderbauprogramme	3.029	6.481	-3.452	-53,3
Leistungen Sonderbauprogramme	**8.432**	**10.771**	**-2.339**	**-21,7**

Die sonstigen Umsätze sind gegenüber 2015 um 2,1 % gestiegen. Hier sind insbesondere höhere Erlöse der Sparte Abfall zur Verwertung zu erwähnen.

	2016	2015	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	100	47	53	112,8
Grundstücke und Bauten	107	109	-2	-1,8
andere Anlagen, BGA	1.427	1.095	332	30,3
Anlagen im Bau	0	155	-155	-100,0
Finanzanlagen	50	50	0	0,0
Summe Investitionen	**1.684**	**1.456**	**228**	**15,7**

Die Investitionstätigkeit (TEUR 1.684) hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 15,7 % erhöht. Dabei entfällt der größte Teil auf die Position andere Anlagen, BGA (Betriebs- und Geschäftsausstattung). Insbesondere sind Neuanschaffungen von Fahrzeugen und Arbeits-maschinen in Höhe von TEUR 1.095 sowie eine Modernisierung der Portalwaschanlage in Höhe von TEUR 85 durchgeführt worden.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

Der Jahresüberschuss vermindert sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 4.574 auf TEUR 3.864. Auf der Erlösseite sind hierfür geringere HOAI-Erlöse/-Bestandsveränderungen aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr geringeren Bauvolumens verantwortlich. Zudem sind im Berichtsjahr geringere sonstige betriebliche Erträge aus Anlagenverkäufen angefallen. Auf der Aufwandsseite sind in 2016 insbesondere Mehraufwendungen aufgrund zusätzlicher Entsorgungskosten am Wertstoffhof (kostenlose Annahme von Grünschnitt, Bauschutt und Styropor), höhere Reparaturaufwendungen für Gebäude auf dem zentralen Betriebshof sowie erhöhte Rückstellungen für diverse Bauprojekte zu verzeichnen.

Die Kennzahlen des Unternehmens stellen sich wie folgt dar:

	2016	**2015**
Umsatzrentabilität*	9,0%	11,1%
Gesamtkapitalrentabilität**	10,9%	15,0%
Eigenkapitalrentabilität***	244,6%	289,5%

* Gewinn x 100 / Umsatz
** (Gewinn + Fremdkapitalzinsen) x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Gewinn x 100 / gezeichnetes Kapital + Rücklage

Aufgrund des geringeren Jahresergebnisses bei leichter Erhöhung des Umsatzvolumens sinkt die Umsatzrentabilität gegenüber dem Vorjahr.

Die rückläufige Gesamtkapitalrentabilität ist Folge des geringeren Jahresergebnisses sowie der höheren Bilanzsumme, welche sich wiederum aus den gestiegenen erhaltenen Anzahlungen für das Kanalbauprogramm erklärt. Die erhaltenen

Anzahlungen für Bauleistungen erhöhen das Fremdkapital, ohne einen entsprechenden Ergebnisbeitrag zu liefern, da die Aufwendungen für Bauleistungen im Geschäftsjahr überwiegend zu Bestandsveränderungen der unfertigen Leistungen und nicht zu Umsätzen mit entsprechenden Ergebnisbeiträgen führen.

Die Vermögens- und Finanzlage spiegeln folgende Kennzahlen wider:

	2016	2015
Eigenkapital	TEUR 5.446	TEUR 6.158
Eigenkapitalquote*	15,2%	19,6%
Verschuldungsgrad**	84,8%	80,4%
Anlagendeckungsgrad***	49,0%	57,1%

* Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
** Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen

Das zum Bilanzstichtag ausgewiesene Eigenkapital verringert sich gegenüber dem Vorjahr analog zur Veränderung des Bilanzgewinns.

Die geringere Eigenkapitalquote sowie der gestiegene Verschuldungsgrad erklären sich aus der Verringerung des Eigenkapitals sowie aus der Erhöhung des Fremdkapitals aufgrund der erhöhten Anzahlungen für die Bauleistungen.

Der gesunkene Anlagendeckungsgrad ist Konsequenz aus der Erhöhung des Anlagevermögens und der Verringerung des Eigenkapitals.

Die Innenfinanzierungskraft (Jahresüberschuss + Abschreibungen + Veränderung der langfristigen Rückstellungen) nimmt insbesondere bedingt durch das geringere Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr ab (-TEUR 290).

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres 2016

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres 2016 sind nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WBO agiert auf der Grundlage langfristig abgeschlossener Verträge mit der Stadt Oberhausen und ihren Gesellschaften sowie aufgrund von mehrjährigen Verträgen mit Remondis relativ unabhängig von Marktentwicklungen.

Die Stadt Oberhausen hat der WBO in 2015 einen Kündigungsverzicht bis zum 30.06.2022 in einigen Leistungsbereichen ausgesprochen.

Die WBO erhielt den Zuschlag für das DSD-Ausschreibungsverfahren (Duales System Deutschland) bei der Erfassung von Leichtverpackungen im Stadtgebiet Oberhausen für die Jahre 2017 bis 2019.

Die WBO erhielt die Zuschläge für den Auftrag der Stadt Oberhausen hinsichtlich Annahme, Transport und Entsorgung von Straßenfalllaub und Kehricht aus der maschinellen Straßenreinigung bis 2019 sowie hinsichtlich Annahme, Transport und Entsorgung von Bioabfällen bis Ende 2017 im Stadtgebiet Oberhausen.

Die KPMG hat in ihrem Abschlussbericht zur „Organisationsuntersuchung der OGM“ die Empfehlung ausgesprochen, die Zuständigkeit für die Straßen in eine Hand bei der WBO zu geben. Dies entspricht den Vorstellungen der WBO, um die Koordination und Leistungserbringung der Pflege des Straßenbegleitgrüns zu vereinfachen.

Die WBO ermittelt regelmäßig ihre Risiken im Rahmen des Risikomanagements, um Chancen rechtzeitig zu erkennen, zu bewerten und der Geschäftsführung die Möglichkeit zur rechtzeitigen Gegensteuerung zu geben

Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WBO haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

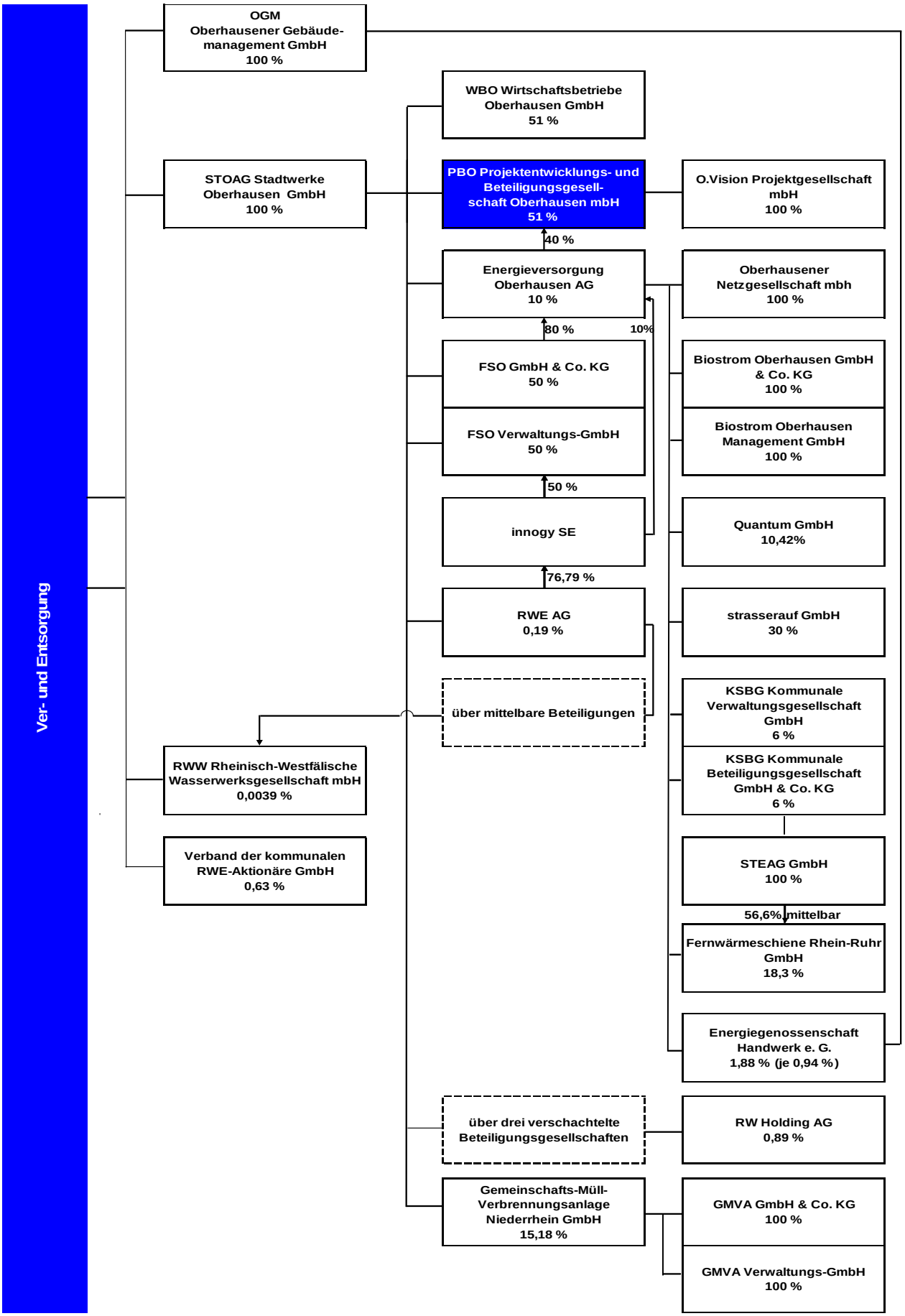
Die gegenwärtig kreditfinanzierten Fahrzeuge verursachen Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 67 bis zum Jahre 2023.

Bestandsgefährdende Risiken sind von der Geschäftsführung derzeit nicht zu erkennen.

Unser besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft im Jahre 2016. Wir vertrauen auch weiterhin auf den Einsatz und die Leistungsbereitschaft der Belegschaft.

Oberhausen, 22. Februar 2017

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
Maria Guthoff / Karsten Woidtke
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5301
Fax	0208/853983
e-Mail	lichtenheld@eno-gmbh.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	102,26	40,00
Stadtsparkasse Oberhausen	23,01	9,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	130,38	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	stellv. Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied	Homberg, Bernd
	Mitglied	Müthing, Christa
	Mitglied	Overkamp, Werner
	Mitglied	Uppenkamp, Bernhard
	Mitglied	Wittmann, Regina

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		**2015**		**2016**		**Veränderungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	
Umlaufvermögen	4.815,31	61,8	4.717,41	60,0	3.903,31	53,7	-814,10	-17,26
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.975,91	38,2	3.140,40	40,0	3.364,99	46,3	224,59	7,15
Bilanzsumme	**7.791,21**	**100,00**	**7.857,81**	**100,00**	**7.268,30**	**100,00**	**-589,51**	**-7,50**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	1.210,46	15,5	1.212,60	15,4	723,77	10,0	-488,83	-40,31
Verbindlichkeiten	6.580,75	84,5	6.645,21	84,6	6.544,53	90,0	-100,68	-1,52
Bilanzsumme	**7.791,21**	**100,00**	**7.857,81**	**100,00**	**7.268,30**	**100,00**	**-589,51**	**-7,50**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	229,12	63,32	75,14
sonstige betriebliche Erträge	0,37	1,02	18,04
Personalaufwand	3,00	0,70	
sonstige betriebliche Aufwendungen	82,52	474,27	574,72
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	388,08	386,70	385,98
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	151,89	139,76	128,62
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	380,17	-163,70	-224,19
sonstige Steuern	-0,09	0,79	0,40
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	380,25	-164,49	-224,59
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	380,25	-164,49	-224,59

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	165,96	-259,80	-298,89	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	380,25	-164,49	-224,59	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	1,31	1,09		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e.) **Lagebericht**

Rechtsstreit EAI

Im März 2014 hatte das LG Duisburg wegen der schwebenden Vergleichsverhandlungen das Ruhen des Verfahrens beschlossen. Die Gespräche zwischen Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) und PBO/OVP wurden 2016 fortgesetzt. Zu einem Vergleichsschluss ist es bislang noch nicht gekommen.

Jahresabschluss 2016

Im Geschäftsjahr 2016 hat die PBO (einschließlich der zum 1. Januar 2008 verschmolzenen O.Vision Zukunftspark Oberhausen - OVZ) Umsatzerlöse in Höhe von 36 T€ aus zwei Grundstücksverwertungen durch EAI erzielt.

Die PBO weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2016 einen Jahresfehlbetrag von 225 T€ aus. Das negative Eigenkapital hat sich hierdurch auf 3.365 T€ erhöht.

Einer Überschuldung wurde durch entsprechende Rangrücktritte vorgebeugt.

Die Aufwandsseite ist im Wesentlichen von einer Erhöhung der Einzelwertberichtigung auf Forderungen gegen OVP (500 T€) und Zinsaufwendungen (129 T€) geprägt. Die Erlösseite wird durch Umsatzerlöse aus Grundstücksverwertungen (36 T€) sowie durch Zinserträge (386 T€), insbesondere aus interner Verrechnung mit der OVP, bestimmt.

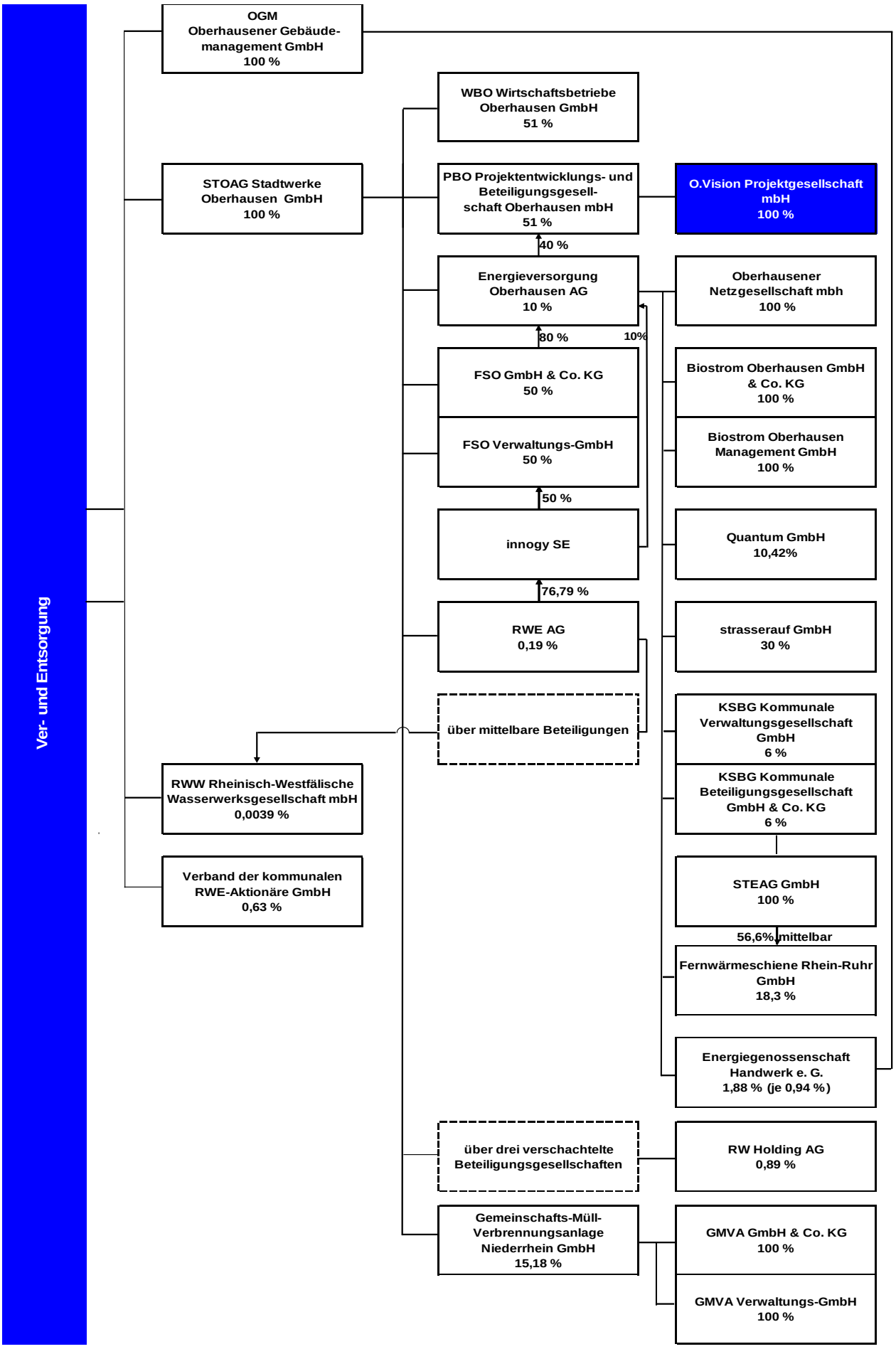
Ausblick

In 2017 werden weitere Umsatzerlöse von EAI aus Grundstücksverwertungen erwartet.

Oberhausen, 24. Februar 2017

Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

Frank Lichtenheld
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 825 2010
Fax	0208/ 825 5222
e-Mail	-
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH
Stadt Oberhausen	Erklärung einer Mittelverwendungsbürgschaft der Stadt über 18.491 TDM vom 17.11.1999 zur Sicherung des Investitionszuschusses des Landes an die O.Vision Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränderungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	1.917,22	9,2	1.963,18	9,1	1.940,15	8,9	-23,03	-1,17
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	18.835,69	90,8	19.534,47	90,9	19.758,69	91,1	224,22	1,15
Bilanzsumme	**20.752,91**	**100,00**	**21.497,64**	**100,00**	**21.698,84**	**100,00**	**201,20**	**0,94**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Rückstellungen	9.475,33	45,7	273,21	1,3	7,60	0,0	-265,61	-97,22
Verbindlichkeiten	11.277,58	54,3	21.224,43	98,7	21.691,24	100,0	466,81	2,20
Bilanzsumme	**20.752,91**	**100,00**	**21.497,64**	**100,00**	**21.698,84**	**100,00**	**201,20**	**0,94**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	36,86	24,10	44,72
sonstige betriebliche Erträge	8,81	9,53	146,66
Materialaufwand	0,00		
Personalaufwand	0,00		
Abschreibungen	0,00		
sonstige betriebliche Aufwendungen	56,13	60,27	52,03
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	82,47	82,47	82,47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	385,56	385,56	445,15
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-313,55	-329,73	-223,33
außerordentliche Aufwendungen	451,00	368,15	
außerordentliches Ergebnis	-451,00	-368,15	
sonstige Steuern	0,83	0,90	0,90
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-765,38	-698,78	-224,22
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-765,38	-698,78	-224,22

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2.076,45	-2.899,64	-501,40	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-765,38	-698,78	-224,22	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	#DIV/0	#DIV/0	#DIV/0	T€
Personalaufwandsquote:	0,00			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e.) **Lagebericht**

Rechtsstreit NRW.Bank

Der Rechtsstreit mit der NRW.Bank über die Rückzahlung von Zuschüssen wurde 2016 beendet. In dem Rechtsstreit mit der NRW.Bank wurden die Beklagten O.VISION Projektgesellschaft und Stadt Oberhausen verurteilt, an die NRW.Bank 6,2 Mio. € nebst Zinsen zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Rechtsstreit EAI

Im März 2014 hatte das LG Duisburg wegen der schwebenden Vergleichsverhandlungen das Ruhen des Verfahrens beschlossen. Die Gespräche zwischen Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) und PBO/OVP wurden 2016 fortgesetzt. Zu einem Vergleichsschluss ist es bislang noch nicht gekommen.

Jahresabschluss 2016

Umsatzerlöse aus dem Vertrag mit EAI konnten im Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 36 TEUR erzielt werden. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 224 TEUR resultiert in erster Linie aus den Zinsbelastungen im Zusammenhang mit den Gesellschafterdarlehen.

Zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft hat die PBO auch im Geschäftsjahr 2016 Gesellschafterdarlehen zur Verfügung gestellt. Zum 31. Dezember 2016 bestehen Rang- rücktritte der Gesellschafterin PBO im Zusammenhang mit ihren Forderungen in Höhe von 12,1 Mio. EUR sowie der Stadt Oberhausen in Höhe von 9,6 Mio. EUR. Eine Überschuldung der OVP im insolvenzrechtlichen Sinne ist damit zum 31. Dezember 2016 nicht gegeben.

Ausblick / Risiken

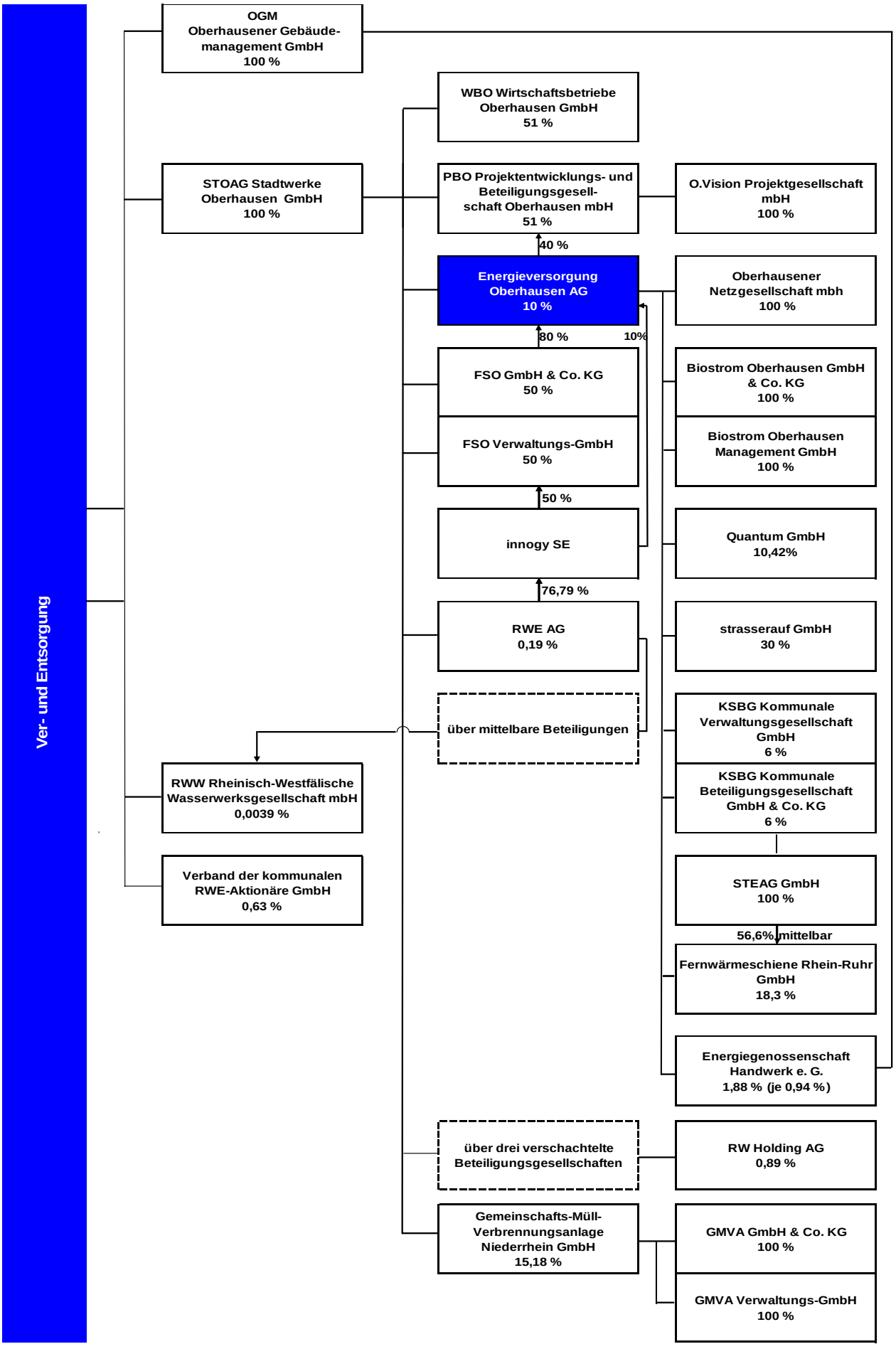
Aufgrund der Gestaltung des mit EAI abgeschlossenen Vertrages bestehen in den nächsten Jahren weitere Chancen auf Verwertungsprovisionen im Zusammenhang mit den von EAI getätigten Grundstücksverkäufen. Voraussichtlich werden diese nicht ausreichen, die Gesellschafterdarlehen in vollem Umfang zurückzuzahlen.

Eine eigene operative Geschäftstätigkeit der OVP ist für das Jahr 2017 und auch für die Folgejahre weiterhin nicht geplant.

Oberhausen, 24. Februar 2017

O.VISION Projektgesellschaft mbH

Frank Lichtenheld
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100 %
40 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr
GmbH
18,3 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

evo Energieversorgung Oberhausen AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.evo-energie.de

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 26.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
FSO GmbH & Co.KG	20.800,00	80,00
innogy SE	2.600,00	10,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	2.600,00	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

-jedwede Art der Erzeugung, gewerblichen Nutzung und Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) und Wasser im jeweiligen Gebiet der Stadt Oberhausen sowie im Zusammenhang damit die Abgabe solcher Energien in Netze außerhalb des Stadtgebietes;

-die Entsorgung von Abfällen jeglicher Art;

-die Planung und Durchführung von baulichen und maschinellen Anlagen auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung und -verteilung sowie der Abfallentsorgung auch für Dritte;

-die Erbringung von Dienstleistungen;

-sowie die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Telekommunikation.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.
Sie kann insbesondere

-Dienstleistungen erbringen,

-Anlagen und Einrichtungen aller Art erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, für eigene oder fremde Rechnung;

-Forschung und Entwicklung betreiben,

-Patente oder sonstige gewerbliche Schutzrechte, Kenntnisse oder Erfahrungen erwerben, verwerten und veräußern,

-Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen vom 1.10.2000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006 sowie erste Änderungsvereinbarung vom 05./06.12.2007; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für WFO und deren Tochtergesellschaften
RWE Gesellschaften	Rahmenvertrag über den Kauf/Verkauf von elektrischer Energie und Optionen vom 28.06.2006; Vertrag über die "bilanzkreistechnische Abwicklung von Lieferungen in Regelzonen der E.ON, Vattenfall und EnBW" und Lieferung von Ausgleichsenergie in diesen Regelzonen; Vertrag über Kauf und Rückgabe von Fahrplänen und Lieferung von Ausgleichsenergie vom 17.07.2008
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Gasverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Stromverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für die Fernwärmeversorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Vorstand:	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Homberg, Bernd
Hauptversammlung:		Geschäftsführung der STOAG

Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	1. stellv. Vorsitzender	Dr. Schröder, Achim
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Püttmann, Uwe
	Mitglied	Axt, Norbert
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Dr. Glimpel, Thomas
	Mitglied	Jacobs, Silke
	Mitglied	Reichardt, Jürgen
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Rauhut, Diana
	Mitglied (AN)	Ludwig, Andreas
	Mitglied (AN)	Michel, Ralf
	Mitglied (AN)	Neuhaus, Jürgen
	Mitglied (AN)	Tirbs, Markus

Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Basler, Christian
	Prokurist	Mucke, Arnd
	Prokurist	Seifert, Eckhard

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,00	100,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	1,00	0,93
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	12,50	4,22
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	18,30	18,30
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	1,60	6,96
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	17,90	11,11
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,06	6,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	6,00	6,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	30,00	100,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	102,26	40,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	82,50	11,24
strasserauf GmbH	7,50	30,00

mittelbar	**T€**	**%**
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	3,79	3,79
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	249,60	1,56
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	10,00	40,00
STEAG Fernwärme GmbH	1.230,00	6,00
STEAG GmbH	7.680,00	6,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	128.818,48	71,5	131.230,11	70,2	135.317,26	70,5	4.087,15	3,11
Umlaufvermögen	50.500,08	28,0	55.126,13	29,5	55.893,55	29,1	767,42	1,39
Rechnungsabgrenzungsposten	770,44	0,4	626,95	0,3	683,97	0,4	57,02	9,09
Bilanzsumme	**180.089,00**	**100,00**	**186.983,19**	**100,00**	**191.894,78**	**100,00**	**4.911,59**	**2,63**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	30.304,99	16,8	30.304,99	16,2	32.344,99	16,9	2.040,00	6,73
Sonderposten mit Rücklagenanteil	7.389,56	4,1	7.534,56	4,0	7.520,19	3,9	-14,37	-0,19
Rückstellungen	64.562,84	35,9	61.835,63	33,1	60.120,97	31,3	-1.714,66	-2,77
Verbindlichkeiten	77.501,61	43,0	86.978,01	46,5	91.578,63	47,7	4.600,62	5,29
Rechnungsabgrenzungsposten	330,00	0,2	330,00	0,2	330,00	0,2	0,00	0,00
Bilanzsumme	**180.089,00**	**100,00**	**186.983,19**	**100,00**	**191.894,78**	**100,00**	**4.911,59**	**2,63**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	217.888,36	216.134,45	209.522,81
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00	8,43
andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	1,53	6,47
sonstige betriebliche Erträge	3.261,91	6.081,80	5.089,12
Materialaufwand	159.804,44	155.122,31	142.148,67
Personalaufwand	20.988,03	21.289,76	21.888,74
Abschreibungen	8.860,50	8.866,64	8.866,49
sonstige betriebliche Aufwendungen	14.880,72	15.107,46	13.804,29
Erträge aus Beteiligungen	1.502,00	1.860,00	1.861,39
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	202,75	93,18	77,43
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	981,92	430,90	274,59
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	3.205,40	5.327,34	7.895,67
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	329,62	703,60	2.034,03
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.225,83	4.437,07	2.547,01
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.542,41	13.747,69	17.655,33
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			3.956,33
sonstige Steuern	1.497,25	2.556,16	188,84
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	11.045,17	11.191,54	11.470,16
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	2.040,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen			2.040,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,07	5,18	6,45	%
Eigenkapitalrentabilität:	36,45	36,93	41,77	%
Cash-Flow:	20.235,29	20.761,78	24.410,67	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	857,17	874,87	841,67	T€
Personalaufwandsquote:	9,49	9,58	10,20	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	56,47	56,15	57,65	%
Eigenkapitalquote:	16,83	16,21	16,86	%
Fremdkapitalquote:	83,17	83,79	83,14	%

e.) Lagebericht

1. Unternehmen

Die Energieversorgung Oberhausen AG (evo), Oberhausen, wurde 1971 durch Ausgliederung der Energieversorgungsbereiche aus der STOAG – Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG), Oberhausen, gemeinsam mit der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG – heute RWE AG –, Essen, gegründet. Aufgrund der Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) erfolgte mit Wirkung zum 1. Januar 2007 die Ausgliederung sämtlicher Netzaktivitäten auf die neu gegründete 100-prozentige Tochtergesellschaft, die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz), Oberhausen.

Das Grundkapital der evo beträgt TEUR 26.000 und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre der Gesellschaft sind die Innogy SE, Essen, und die STOAG, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren derzeit ein Grundkapital von je TEUR 2.600 für die Innogy und die STOAG sowie ein anteiliges Grundkapital von TEUR 20.800 für die FSO. Sowohl zwischen der FSO und der evo als auch zwischen der evo und der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge (EAV) im Rahmen des gesetzlich Zulässigen. Darüber hinaus ist eine ertragsteuerliche Organschaft mit der FSO (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben. Als Konzerntochter ist die evo in den FSO-Konzern eingebunden.

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Sie hat damit eine signifikante regionale Stellung. Fernwärme und Strom werden nicht nur in zwei eigenen Heizkraftwerken (HKWs), sondern auch in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) als 100-prozentige Tochter der evo, an den Standorten Alt-Oberhausen und Sterkrade erzeugt. Weitere Wärmebezugsquellen sind die Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA; nur Wärme) und die OXEA Group (nur Abwärme).

2 In- und externe Rahmenbedingungen

Die Beschäftigtenzahl des Unternehmens ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Zum 31. Dezember 2016 waren 259 Personen bei der evo beschäftigt. Im Jahresmittel waren es inklusive der Auszubildenden und der Beschäftigten in Altersteilzeit (ATZ) 272. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt gemäß Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) in der Fassung des 11. Änderungstarifvertrages vom 29. April 2016. Für die Beschäftigten besteht eine betriebliche Altersversorgung über die Rheinische Zusatzversorgungskasse (RZVK).
Die evo legt traditionell Wert auf die Qualifizierung und Förderung der eigenen Mitarbeiter. So wurden auch 2016 zahlreiche interne und externe Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt. Darüber hinaus begegnet das Unternehmen den Herausforderungen des demografischen Wandels mit einem umfassenden „Betrieblichen Gesundheitsmanagement“ (BGM).
Der Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Erdgasmarkt ist unverändert hoch. Auf dem Strommarkt konkurriert die evo im Oberhausener Netzgebiet mit 229 Anbietern, im Gasbereich sind es 154 (Stand: 31. Dezember 2016). Damit hat sich der Wettbewerbsdruck insgesamt im Vergleich zum Vorjahr (Strom: 208; Erdgas: 126) nochmals spürbar erhöht.
Die politischen Rahmenbedingungen bleiben unverändert unklar und erschweren damit weiterhin die Zukunftsplanungen nicht nur der evo, sondern der Branche insgesamt.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Absatz- / Preisentwicklung

3.1.1 Vertrieb Strom

Im Geschäftsjahr 2016 ging der Stromabsatz im Netzgebiet Oberhausen zurück. Er sank insgesamt um -1,8 Prozent auf 467,7 GWh. Diese Reduzierung findet sich bei den Kundengruppen Privat- und Gewerbekunden mit -4,0 Prozent. Die Werte für den Vertrieb werden durch den Verlust eines sehr großen Kunden dominiert, der seit Anfang 2016 nicht mehr in Belieferung ist. Wegen der geringen Absatzmenge, die die evo außerhalb von Oberhausen verzeichnet, muss in diesem Segment ein Absatzrückgang um -42,0 Prozent ausgewiesen werden. Der Gesamtabsatz des Vertriebes sank in Summe um -6,4 Prozent auf 503,9 GWh.
Die Strompreise des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden stiegen zum
1. Januar 2016 um 0,67 ct/kWh (Netto). Für Geschäfts- und Industriekunden wurden die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2016 neu festgesetzt.
Der Marktanteil Strom lag im Netzgebiet der OB-Netz zum Jahreswechsel bei ca. 84 Prozent.

3.1.2 Vertrieb Erdgas

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2016 zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses um -0,7 Prozent unter dem Wert des Jahres 2015.
Im Geschäftsjahr 2016 sank der Erdgasabsatz insgesamt um 6,6 Prozent auf 700,5 GWh. Bei den Privat- und Gewerbekunden lag der Absatz mit 6,1 Prozent unter dem des Vorjahres. Bei den Geschäfts- und Industriekunden sank der Absatz erheblich um -16,1 Prozent. Dieser Wert wird durch den Verlust eines Kunden beeinflusst, der seit Anfang 2016 nicht mehr in Belieferung ist.
Die Absatzpreise der Sondertarife für nicht leistungsgemessene Kunden wurden zum 1. August 2016 um -0,45 Cent/kWh (Netto) an die gesunkenen Bezugskosten angepasst.
Der Marktanteil Erdgas lag im Netzgebiet der OB-Netz zum Jahreswechsel bei ca. 85 Prozent.

3.1.3 Vertrieb Fernwärme

Im Bereich der Fernwärme liegt der Gesamtabsatz (Heizwasser und Dampf) mit 424,4 GWh, bei einer Abweichung von 0,7 Prozent, nahezu auf dem Niveau von 2015. Die Fernwärmepreise wurden zum 1. Oktober 2016 um -0,35 Cent/kWh (Netto) gesenkt.

3.1.4 Energiebereitstellung

Die Energiebereitstellung der evo erfolgt im Rahmen der Energieerzeugung durch eigene Erzeugungseinheiten und der externen Energiebeschaffung. Zur externen Energiebeschaffung bedient sich die evo seit 2010 eines Dienstleisters, der Quantum. Die Höhe des zu beziehenden Erdgas- und Strombedarfs orientiert sich an dem zukünftigen prognostizierten Vertriebsbedarf. Insofern richtet sich das Beschaffungsportfolio konsequent am Absatzportfolio aus.
Durch ein Risikomanagementsystem ist dieses risikoaverse Vorgehen in den Arbeitsabläufen implementiert. Entsprechend der am Energiemarkt geübten Praxis, besteht innerhalb der Quantum eine strikte Funktionstrennung zwischen Geschäftsabschluss, Bearbeitung und Abrechnung von Beschaffungsvorgängen.

3.2 Technische und kaufmännische Dienstleistungen

Die evo erbringt kaufmännische oder technische Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören unter anderem die BSO KG, die OB-Netz, die Infratec Duisburg GmbH und die GMVA.

Weiterhin betreut die evo als professioneller Dienstleister seit vielen Jahren vorwiegend kommunale Oberhausener Beteiligungsgesellschaften (darunter STOAG, WBO u.a.) mit kompetenten Dienst- und Outsourcing-Leistungen in den Bereichen Buchhaltung, Controlling, IT, Personalmanagement, Einkauf und Materialwirtschaft. Dabei sind die individuelle und kompetente Betreuung der Kunden sowie die hohe Datensicherheit die Basis für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaushalte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz beim Gebäude-Energieservice (GES) lag bei ca. 4,1 GWh. Die Energielieferung konnte im Berichtszweitraum um weitere 1,9 GWh ausgebaut werden. Das Produkt „TOB-WärmeKomplett“ findet bei den Kunden eine große Resonanz. Ein neues Produkt „TOB Nahwärme“ wurde von den Kunden in 2016 gut angenommen. Auch im Großanlagencontracting ist ein Zuwachs zu verzeichnen.

3.3 Partner und strategische Beteiligungen

Die evo ist ein starker Partner der Stadt Oberhausen und ein wichtiges Beteiligungsunternehmen im RWE-Konzern. Um in diesem Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, kann die evo – und damit auch der gesamte Konzern – auf ihre operativen und strategischen Beteiligungen zählen.
Um nachhaltig die lokale Entwicklung in der Stadt Oberhausen zu fördern, ist die evo auch an den Gesellschaften Entwicklungsgesellschaft Neu-**Oberhausen** mbH - ENO, **GfKO** Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik **Oberhausen** mbH & Co., Kabel-Service KG, PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH und der mit Vertretern des hiesigen Handwerks gegründeten Oberhausener Energiegenossenschaft beteiligt.
Die in den nachfolgenden Unterpunkten gesondert aufgeführten weiteren Beteiligungen waren für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung.

3.3.1 Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz)

Die OB-Netz ist eine 100-prozentige Tochter der evo. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verteilung von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme) im Versorgungsgebiet Oberhausen. Die dazu benötigten Verteilnetze sind von der evo gepachtet. Die Gesellschaft ist neben dem Betrieb für den Neu- und Ausbau sowie die Instandhaltung der gepachteten Anlagen verantwortlich, außerdem für die Vermarktung der bestehenden Netzkapazitäten.

Die Leistungsbeziehung zwischen der evo und der OB-Netz beinhaltet neben den regulierten Segmenten Strom und Erdgas auch den Bereich der Fernwärme, da dieser aufgrund der Synergieeffekte mit an die OB-Netz verpachtet wurde.

Die OB-Netz unterliegt hinsichtlich der Netznutzungsentgelte im Strombereich der Aufsicht der Bundesnetzagentur und im Gasbereich der Landesregulierungskammer NRW, die jeweils die Höhe der beantragten, nach den jeweiligen regulatorischen Bestimmungen ermittelten Netznutzungsentgelte prüfen beziehungsweise vorgeben.

3.3.2 Biostrom

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit – d.h. der Betrieb des Biomasse-Heizkraftwerks – obliegt der BSO KG. Die evo ist 100-prozentige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung und technische Dienstleistungen.

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern von TEUR 337. Dies ist auf einen störungsfreien Betrieb der Anlage zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung in Höhe von TEUR 5.148,5 sind im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um TEUR 13 gestiegen. Gleichzeitig kam es zu einer Minderung bei den Materialaufwendungen um TEUR 39 auf TEUR 3.183,6.

Durch die im Jahr 2016 durchgeführten Optimierungsmaßnahmen und insbesondere durch die Onlinereinigung in einem Turnus von ca. zwei Monaten sind die 8.000 Betriebsstunden pro Jahr für 2017 als realistisch einzustufen. Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung für die folgenden beiden Geschäftsjahre Ergebnisse vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. TEUR 1.600 vor.

3.3.3 KSBG – STEAG

Gemeinsam mit sechs weiteren Stadtwerken ist die evo zum 31. Dezember 2016 mittelbar mit 100 Prozent an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist.

Der STEAG-Konzern, einer der bedeutendsten deutschen Stromerzeuger, sieht sich in der deutschen Energiewirtschaft nach wie vor mit einem Umfeld restriktiver und sich weiter verändernder regulatorischer Rahmenbedingungen konfrontiert. Der forcierte Ausbau Erneuerbarer Energien führt zu einem Preisverfall an den Strombörsen und stellt somit alle Energieunternehmen mit konventionellen Erzeugungsanlagen vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen.

Der STEAG-Konzern verfügt mit den vorhandenen vielfältigen Geschäftsfeldern und Erzeugungskapazitäten über ein breites Portfolio, wodurch die Auswirkungen aus dem inländischen Strommarkt abgemildert werden können. Zur Stabilität tragen insbesondere die drei ausländischen Steinkohlekraftwerke bei.

Künftig werden zudem verstärkt Dienstleistungen, wie z.B. der Bau dezentraler Anlagen, der Rückbau von Kernkraftanlagen und andere zukunftsorientierte Energielösungen zur Weiterentwicklung beitragen. Der STEAG-Konzern reagiert auf die Herausforderungen der Energiewende und die sich verschärfenden Marktbedingungen mit einem umfassenden Transformationsprogramm: das konzernweite Projekt STEAG 2022 umfasst Effizienzsteigerungen ebenso wie Maßnahmen im Portfolio und die Forcierung von Wachstumsprojekten. So sollen Kosten gesenkt, das Ergebnis verbessert und

Freiräume für Investitionen geschaffen werden. Das Projekt dient der Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie der Entwicklung der mittelfristigen strategischen Perspektive. Der umfassende Ansatz von STEAG 2022 und die Ausrichtung der Geschäftsmodelle des STEAG-Konzerns an den Marktperspektiven sind wichtige Schritte, den genannten Herausforderungen zu begegnen.
Die sich aus der strategischen Ausrichtung ergebenden Chancen und insbesondere die geplanten Investitionen in Wachstumsfeldern werden künftig dazu beitragen, dass der STEAG-Konzern seine Position in wichtigen Geschäftsfeldern ausbauen wird.

Die von STEAG für den Mittelfristplanungszeitraum vorgelegten Ergebnisabführungen sind ausreichend, um den Kapitaldienst inklusive Zinsaufwand sowie Betriebsaufwendungen der KSBG zu bedienen. Die vorgelegte Ergebnisprognose der STEAG für das Geschäftsjahr 2016 bestätigt die budgetierte Ergebnisabführung an die KSBG von rund 55 Millionen Euro im Jahr 2017.

Die KSBG plant für das Geschäftsjahr 2016 eine Ausschüttung von 15 Millionen Euro. Die evo wird mit ihren Anteil von 6 Prozent an der Gewinnausschüttung der KSBG partizipieren. Der auf evo entfallende Gewinnanteil an dem Jahresergebnis 2016 wird dabei dem Ergebnis der evo im folgenden Jahr, also in 2017, zugerechnet. Für die Geschäftsjahre 2017 und 2018 verzichtet die evo zugunsten einer Stärkung der Finanzkennzahlen der KSBG auf eine Ausschüttung.

Aus Sicht der beteiligten Stadtwerke ergeben sich Zukunftschancen insbesondere aus:

- einer zukunftsfähigen Aufstellung des Deutschlandgeschäfts,
- der Schaffung der Rahmenbedingungen durch die vom Land Nordrhein-Westfalen unterstützten Verknüpfung der „Fernwärmeschienen“ an Rhein und Ruhr,
- einem verstärkten Ausbau der Dienstleistungskompetenz,
- Investitionen in leitungsgebundene Infrastruktur sowie Wind- und Solar-Anlagen und
- dem Eingehen strategischer Partnerschaften.

Ergänzend zu diesen, die Mittelfristplanung der STEAG spiegelnden Ausführungen wird die KSBG in ihrem Jahresabschluss 2016 eine signifikante Wertberichtigung der STEAG-Beteiligung vornehmen und damit ihre Eigenkapital-Rücklagen belasten. Eine unmittelbare Belastung in den handelsrechtlichen Jahresabschlüssen der Konsorten ist nicht gegeben.

Als autonom bilanzierendes Unternehmen kommt die evo ferner zu dem Ergebnis, dass der Buchwert der KSBG angemessen zu berichtigen ist: die tendenziell optimistischen Erwartungen der STEAG an die künftige nationale Energiepreisentwicklung sowie die hohe Abhängigkeit der KSBG-/STEAG-Mittelfristplanung vom Projekt „STEAG 2022“ inklusive Projekt Akquisition und -entwicklung erfordern – aus Vorsichtsgründen – einen konservativen Wertansatz. Der Höhe nach wurden die KSBG-Beteiligungserträge 2016 mit TEUR 1.860 (entsprechend 8,34 Prozent) analog durch eine Abwertung „neutralisiert“ mit der Folge, dass für das Geschäftsjahr 2016 weder eine Belastung noch ein Erfolg aus der STEAG-/KSBG-Beteiligung zu verzeichnen ist. In den kommenden Jahren ist aus Sicht der evo mit weiteren Abwertungen zu rechnen, sofern sich die Rahmenbedingungen für die STEAG nicht wieder deutlich verbessern.

3.3.4 Quantum

Hauptaufgabe der Quantum ist der Handel mit Energie und Dienstleistungen im Bereich der Energiebeschaffung. Ziel ist es, die örtliche Energieversorgung in den Kommunen zu stärken. Für die evo übernimmt die Quantum aktuell das Bilanzkreismanagement Strom und beschafft Strom und inzwischen auch Erdgas direkt an den Großhandelsmärkten. Dadurch kann der personelle Zusatzaufwand bei der evo in Grenzen gehalten werden.

Zur Stärkung der Bonität der Quantum besteht ein Besicherungskonzept, das unter anderem auf Gesellschafterbürgschaften beruht. Die evo als einer der drei größten Anteilseigner der Quantum stellt sich dabei im Außenverhältnis als Primärsicherungsgeber zur Verfügung und bürgt so für die Quantum. Die Gesellschafterbürgschaften der Primärsicherungsgeber sind im Innenverhältnis aller Quantum-Gesellschafter durch Patronatserklärungen, die sogenannten Binnen- oder Rückpatronate, abgesichert.

Im Rahmen einer vertieften Kooperation auf Grundlage von Dienstleistungsverträgen mit der Energie-Einkaufs- und Service GmbH (EEGmbH), Henstedt-Ulzburg, ist das Besicherungskonzept auf die EEGmbH ausgedehnt worden. Eine Fusion beider Unternehmen zum 1. Januar 2018 wird vorbereitet.

Die evo hält einen Anteil von 10 Prozent am Stammkapital der Quantum.

3.3.5 Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR)

Anfang September 2016 hat die FWSRR, an der die evo mit 18,3 Prozent beteiligt ist (STEAG Fernwärme GmbH: 56,6 Prozent; Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH: 25,1 Prozent), die im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens benötigten Unterlagen bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingereicht. Seitens der FWSRR wird eine etwa einjährige Prüfung durch die Behörde kalkuliert, sodass für den Spätsommer 2017 mit einem positiven Bescheid zum Planfeststellungsbeschluss gerechnet wird.

Ende September 2016 wurden mit der Notifizierung der Förderung des Landes NRW und nach Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWK-G) bei der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Union ein wesentlicher Zwischenschritt für die Finanzierung des Projektes vollzogen. Unmittelbar nach Bestätigung der Notifizierung folgte die Einreichung des Antrags auf Fördermittel des Landes.

4 Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der evo war im Geschäftsjahr 2016 gut, die Um-satzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr signifikant gesunken.

Umsatzerlöse

	EUR 2016	EUR Vorjahr
Energieverkäufe		
Strom	98.518.490,40	103.389.082,80
Erdgas	38.451.488,52	42.170.374,73
Fernwärme	32.105.206,55	30.645.102,19
Energieservice	367.358,74	232.014,32
	169.442.544,21	176.436.574,04
Sonstige Umsatzerlöse	40.080.263,16	39.697.880,44
	209.522.807,37	216.134.454,48

Das anhaltend herausfordernde Wettbewerbsumfeld und die weiteren Einsparmaßnahmen der Kunden sind die Ursachen für den geringeren Stromabsatz. Des Weiteren führt im Geschäftskundenbereich das niedrigere Preisniveau auf dem Strommarkt zu einer Senkung der Umsatzerlöse. Der weiterhin sehr lebhafte Wettbewerb auf dem Strommarkt spiegelt sich auch in der Entwicklung des Marktanteils wider.

Der Erdgasumsatz wird mit TEUR 38.451 im Vergleich zur Planung um rund TEUR 1.800 unterschritten. Im erzielten Umsatz spiegelt sich das niedrigere Preisniveau wider. Positiv wirken sich die Gutschriften aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung aus. Die Mehr-/Mindermengen ergeben sich aus der Differenz zwischen der prognostizierten und der später tatsächlich durch den Vertrieb verkauften Energiemenge. Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen und zunehmend lebhaftem Wettbewerb geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar, als ein Indikator dient die Summe der Gradtagszahlen eines Jahres. Diese liegen für 2016 unter dem der Planung zu Grunde gelegtem Wert.

Im Bereich der Fernwärme führen im Wesentlichen Effekte aus der Vorperiode zur Erhöhung der Umsatzerlöse.
Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten hauptsächlich die Leistungsbeziehungen zwischen der evo und der OB-Netz; sie liegen fast auf Vorjahresniveau.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von TEUR 2.583,6 enthalten.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für den Energiebezug, die Brennstoffkosten und den Materialdirektverbrauch sowie die bezogenen Leistungen sind im Berichtsjahr um TEUR 12.974 auf TEUR 142.149 gesunken. Ursächlich für diese Entwicklung sind der Absatzrückgang (Strom) und das niedrige Preisniveau. Periodenfremde, positive Effekte aus den Vorjahren wurden durch die Berücksichtigung drohender Verluste gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB, welcher vorsieht, dass bereits abgeschlossene Energielieferverträge zum Stichtag mit Marktpreisen bewertet und mit einer entsprechenden Drohverlustrückstellung berücksichtigt werden, kompensiert. Der Materialdirektverbrauch und die bezogenen Leistungen sind im Vergleich zum Vorjahr relativ stabil.

Der Personalaufwand steigt im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 599 auf TEUR 21.889, dies ist einer Tariferhöhung im Februar des Berichtsjahres geschuldet.

Die Abschreibungen liegen auf dem Vorjahresniveau.

Aufgrund einer Steuerumlage des Organträgers wurde die evo für das Jahr 2016 mit TEUR 3.956 Gewerbesteuer belastet.

Insgesamt ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 13.510, von dem TEUR 2.040 in die Gewinnrücklage gemäß Gesellschafterbeschluss vom 12. Mai 2016 zur zukünftigen Gewinnverwendungsstrategie eingestellt wurden. Die Gesellschafterversammlung der FSO hatte dieser Einstellung in die evo-Gewinnrücklage mit Beschluss vom 30.11.2016 (Innogy) bzw. 14. Februar 2017 (STOAG) im Einklang mit den Regelungen des EAV zugestimmt und die Geschäftsführung der FSO wiederum zu einer korrespondierenden Zustimmung ermächtigt, welche mit Datum vom 14. Februar 2017 von der FSO an die evo erfolgt ist.

Mit einer anschließenden Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.470 an die FSO konnte die evo ihre Prognose aus dem Vorjahr von geplanten TEUR 11.000 übertreffen.

Tätigkeitenabschluss

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sind nach § 6b Abs. 3 Nr. 1 - 6 EnWG verpflichtet, für jede ihrer dort genannten Tätigkeiten einen gesonderten Tätigkeitenabschluss zu erstellen.

Im Rahmen des Pachtmodells werden die Erträge aus der Verpachtung des Strom- und Gasnetzes in der evo ausgewiesen. Für diese Tätigkeiten gibt es eine gesonderte Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung. Demnach wurde im Berichtsjahr in der Strompacht ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von TEUR 2.200 erzielt; der Bereich Gas-Pacht weist einen Überschuss in Höhe von TEUR 3.829 aus.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 betrug die Bilanzsumme der Tätigkeit Strompacht TEUR 20.539; dies sind rund 11 Prozent der gesamten Bilanzsumme der evo. Die Tätigkeit Gas-Pacht steuerte mit einer Bilanzsumme in Höhe von TEUR 34.270 ca. 18 Prozent zur gesamten Bilanzsumme der evo bei.

Neben den Tätigkeitsbereichen Strom- und Gas-Pacht werden in den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gasbereiches nach § 6b Abs. 3 Satz 3 EnWG die Beschaffung und der Vertrieb von Strom und Gas erfasst. Für die Bereiche Dienstleistung Strom und Dienstleistung Gas wurden intern gesonderte Tätigkeitenabschlüsse entsprechend RS ÖFA 2 erstellt und damit den Empfehlungen der Bundesnetzagentur und des IDW gefolgt.

Unter den sonstigen Aktivitäten werden neben der Erzeugung und Verteilung von Fernwärme, dem Contracting und weiteren Dienstleistungen für Dritte, auch die Tätigkeiten des Verwaltungsbereiches zusammengefasst.

5 Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit mindert sich in 2016 um rund TEUR 1.382 auf TEUR 16.954. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist die Erhöhung der Forderungen und die Verminderung der Verbindlichkeiten. Das höhere Jahresergebnis hat einen positiven Effekt auf den Cashflow.

Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf TEUR -14.987 (Vorjahr TEUR -11.983). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100 Prozent durch die Abschreibungen finanziert werden (siehe hierzu auch Punkt 5.2).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem abgelaufenen Berichtsjahr (TEUR -11.470) auch die Aufnahme eines langfristigen Kredits in Höhe von TEUR 10.000. Des Weiteren sind Tilgungen von TEUR 3.120 enthalten.

Es kam zu einer Abnahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres von TEUR 1.427, dieser stellt sich mit TEUR 11.269 positiv dar.

5.2 Investitionen

Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2016 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 78,1 Prozent.

	Budget 2016 in TEUR	**Ist 2016 in TEUR**	**Ist 2015 in TEUR**
Investitionen	12.632	15.090	12.073
Abschreibungen	9.100	10.901	9.570

Neben den Investitionen in Höhe von TEUR 9.486 zur Erneuerung der Netze sieht das Investitions-Budget 2016 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von TEUR 3.146 vor.

Die Investitionen betrugen TEUR 15.090 und teilen sich wie folgt auf:

	Ist 2016 in TEUR	**Ist 2015 in TEUR**
Immaterielle Vermögensgegenstände	395	72
Sachanlagen		
▪ Stromversorgung	4.410	2.994
▪ Erdgasversorgung	2.319	3.641
▪ Fernwärmeversorgung	5.360	3.492
▪ Energieservice	1.785	831
▪ Gemeinsame Anlagen	667	908
Finanzanlagen	154	135
Gesamtbetrag	**15.090**	**12.073**

Im Bereich der Finanzanlagen kam es zu Investitionen in Höhe von TEUR 154.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2017 wurde bereits im Dezember 2016 ein Darlehen in Höhe von TEUR 10.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen 2017 aufgenommen.

5.3 Finanzlage

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der OB-Netz und der FSO KG getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Dazu zählen unter anderem umfangreiche Rückstellungen für abgeschlossene Altersteilzeitverträge. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas.

Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen (vorwiegend der Personalrückstellungen wie ATZ) sowie der jährlichen Gewinnabführung an die FSO KG.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich weiterhin – wie unter 5.2 erläutert – ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen.

Ebenso ist geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten gegenüber. Zum Bilanzstichtag belief sich die Eigenkapitalquote auf 16,9 Prozent. Die langfristigen Aktiva sind zu 23,9 Prozent durch Eigenkapital gedeckt.

Zusammenfassend ist eine solide Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

6 Risikobericht

6.1 Risikomanagement

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

In der letzten Risikoinventur wurden 30 Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und mit einer Ausnahme den Risikoklassen mit minimalen und niedrigen Ausmaßen zugeordnet. Die Werthaltigkeit der Beteiligung der evo an der KSBG hängt maßgeblich von deren Ergebnis ab. Für den Jahresabschluss 2016 wird aus Vorsichtsgründen auf Ebene der evo eine Abwertung i.H.v. TEUR 1.860 vorgenommen. Das Risiko wurde daher mit mittlerem Ausmaß bewertet.

Es wurden keine Risiken gestrichen und auch keine neuen Risiken identifiziert.

6.2 Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen, getrieben u.a. durch von Kundenwechseln profitierenden neuen Marktteilnehmern in Form von Vergleichs- und Wechselportalen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen sind.

6.3 Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtabsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken. Operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen bei der Quantum minimiert.

Ferner hat die evo hinsichtlich der isoliert zu betrachtenden Preisrisiken bei der Strombeschaffung eines 7-MW-Bandes bei der RWE für die Jahre 2016 bis 2020 mit Blick auf einen möglichen Preisverfall an der Energiebörse eine Drohverlustrückstellung in Höhe von TEUR 5.080 gebildet, sowie für weitere bestehende Energielieferverträge TEUR 1.511 für den Bereich Strom und TEUR 2.474 für den Bereich Gas.

6.4 Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Zu den Betriebsrisiken der evo gehören auch Risiken steigender Cyberkriminalität, die aufgrund der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung entstehen. Hierzu gehören die Risiken, die sowohl die Verfügbarkeit der entsprechenden IT-Systeme und der damit zu verarbeitenden Daten und Informationen, als auch die Verletzung der Vertraulichkeit und der Integrität betreffen. Immer weiter in den Fokus rücken hier vor allem der unbeabsichtigte Datenabfluss, sowie die Nichtverfügbarkeit von Teilen der IT-Infrastruktur. Diesen begegnet die evo mit einem strukturierten Vorgehen, indem geeignete Maßnahmen wie z.B. regelmäßige Updates, Datensicherungen, die Analyse von Schwachstellen und deren Behebung, wenn solche aufgedeckt werden, ergriffen werden. Weiterhin erfolgt permanent eine Sensibilisierung der Mitarbeiter für das Thema in Form von Schulungen, Beiträgen im Intranet oder Mailings bei aktuellen Entwicklungen, die für alle Geschäftsbereiche relevant sind. Einem erhöhten Risiko durch Cyberkriminalität sieht sich die evo derzeit nicht ausgesetzt.

6.5 Finanzrisiken

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar.
Zur strategischen Ausrichtung hat die evo Geld- und Kapitalanlagen in Wertpapieren angelegt. Wertpapiere unterliegen Kursrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu einem maximal leichten Schaden führen könnten. Das Kursrisiko wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden.

6.6 Umfeldrisiken

Auf Grundlage der beiden Risikoinventuren 2016 konnten für den Bereich wirtschaftliche oder rechtliche Umfeldrisiken jenseits der Thematik Energiewende keine Risiken mit Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder mit Bestandsgefährdung identifiziert werden.

6.7 Umweltrisiken

Die Dampfkessel der Heizkraftwerke der evo wurden in den Jahren 2011 und 2012 aufgrund gesetzlicher Auflagen mit NOx-armen Brennern ausgerüstet. Durch die Novellierung der 13. BImSchV wurden die NOx-Grenzwerte erneut mit Wirkung zum 1. Januar 2016 von 150 mg/Nm3 auf 100 mg/Nm³ abgesenkt. Zur Sicherstellung notwendiger Umbaumaßnahmen wurde eine Rückstellung über TEUR 1.700 gebildet. Der Kessel 2 wurde im Herbst 2015 umgerüstet und befindet sich in der Optimierung. Der Umbau des Kessels 5 wurde im Sommer 2016 durchgeführt. Für den Kessel 4 im HKW2 besteht der Ausnahmetatbestand, dass die Anlage bis 2023 mit den alten Grenzwerten betrieben werden kann. Somit werden sämtliche Umweltauflagen erfüllt, die zu einem Risikopotenzial hätten führen können.

Für den Bereich der Abfallentsorgung hat die Geschäftsführung einen Abfallbeauftragten benannt. Alle anfallenden Reststoffe werden, soweit möglich, getrennt gesammelt und einer Wiederverwertung zugeführt.
Erhöhten Umweltrisiken ist die evo zurzeit nicht ausgesetzt.

6.8 Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

7 Prognosebericht

7.1 Gesetzgeberische Ausgestaltung der Energiewende

Ein Ende der beständigen Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft ist weiterhin nicht absehbar. Für 2017 steht laut Ankündigungen des federführenden Bundeswirtschaftsministeriums eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017) an. Zudem werden sich in 2017 die grundlegenden Bestimmungen des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Strommarktes spürbar niederschlagen; gleiches gilt für das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende.

Im Unklaren liegt auch die Zukunft der internationalen Energie- und Klimaschutzpolitik: Insbesondere nach den Präsidentschaftswahlen in den USA ist völlig offen, in welcher Form etwa die Beschlüsse des Pariser Klimagipfels vom November 2015 in konkretes, nationales Handeln umgesetzt werden.

7.2 Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr (FWSRR)

Parallel zu dem bis voraussichtlich Spätsommer 2017 bei der Bezirksregierung Düsseldorf laufenden Planfeststellungsverfahren ist bereits eine Ausführungsplanung des Projektes in Auftrag gegeben worden. Dies dient dem Zweck, die technischen Details fortlaufend zu konkretisieren und die Ausschreibungsunterlagen entsprechend vorzubereiten. Bis Sommer 2017 sollen konkrete Angebote vorliegen, die dann entsprechend zu verhandeln sind. Ziel ist es, im Laufe des Jahres 2017 einen Baubeschluss zu fassen, sofern die mittelfristig absehbare Entwicklung der Energiemärkte die Umsetzung des Projektes weiterhin sinnvoll erscheinen lässt. Hier prüft die evo nicht zuletzt aufgrund der im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens absehbaren Baukostensteigerungen alternative Szenarien, wie die Fortführung einer Standalone-Lösung.

7.3 Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt. Dieses Berichtswesen, das zugleich Steuerungsinstrument ist, mündet in eine differenzierte Erfolgsrechnung. Analysiert werden dabei sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich beispielsweise die Abweichungen der Kostenpositionen. In den technischen Bereichen wird der Quartalsbericht noch um einen Aufwandsbericht auf Ein-

zelmaßnahmenebene ergänzt, der mit voranschreitender Zeit im Geschäftsjahr in kürzeren Berichtszyklen zur Verfügung gestellt wird. Dies gewährleistet, im Bedarfsfall zeitnah Steuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Im Rahmen der Prognosetätigkeit im Vorfeld der beiden Aufsichtsratssitzungen der Konzernmutter im Mai und November werden mit den Spartenverantwortlichen die jeweiligen Geschäftsentwicklungen analysiert. Dabei stehen insbesondere die Bereiche Investitionen und Personalentwicklung im Fokus. Dadurch sind Abweichungen frühzeitig erkennbar, um bei unplanmäßigen Entwicklungen gezielte Gegenmaßnahmen einleiten zu können.
Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im gesamten Konzernverbund unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange der Kunden, der Umwelt sowie der Belegschaft berücksichtigt.

7.4 Perspektiven 2017

Die geschilderten, weiterhin nur schwer berechenbaren Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Versorger weiterhin vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte zugestandene Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht ein deutlich zunehmender Wettbewerb.

Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck. Alle Unternehmensbereiche sind weiterhin dabei, zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen.

Die evo ist ein gut aufgestelltes sowie insbesondere am Oberhausener Markt positioniertes Unternehmen. Die ambitionierte Mittelfristplanung für 2017/2018 zeigt, dass weiterhin Ergebnisse in Höhe von TEUR 11.000 angestrebt werden. Auch für das Berichtsjahr 2016 war mit einem Ergebnis und einer entsprechenden Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.000 Höhe geplant worden (vgl. eingehend Kap. 4). Dieser Planansatz konnte mit einer tatsächlichen Gewinnabführung von TEUR 11.470 an die FSO sogar noch übertroffen werden. Zudem flossen aus dem Jahresergebnis TEUR 2.040 in eine Gewinnrücklage.

Für die kommenden Jahre gelten folgende Annahmen für die Entwicklung des Strom- und Gas-Vertriebs: Mittelfristig muss die evo beim Strom mit einem weiteren Rückgang des Marktanteils im Stammgebiet Oberhausen rechnen. Insbesondere im SLP-Kundensegment (Standardlastprofilkunden; Privat- und Kleingewerbekunden) wird – wie schon in den Vorjahren – eine stärkere Wechselbereitschaft unterstellt. Im bereits wettbewerbsintensiven RLM-Kundensegment (Kunden mit registrierender Lastgangmessung; größere Geschäfts- und Industriekunden) wird ein konstantes Niveau an Vertragsabschlüssen unterstellt. Der Ausbau des Vertriebs außerhalb des Netzgebietes Oberhausen wirkt sich entsprechend positiv auf die Umsatzentwicklung aus. Ziel ist es, die Absatzrückgänge innerhalb Oberhausens durch vermehrten Absatz außerhalb zu kompensieren. Um die vertrieblichen Aktivitäten außerhalb des Netzgebietes der OB-Netz zukünftig zu erleichtern, wird zurzeit die (Re-)Integration der Marken „RevierKraft“ und „Strasserauf“ in die Abrechnungssysteme der evo betrieben.

Beim Erdgas geht die evo ebenfalls von einer zunehmenden Wechselbereitschaft der Kunden aus. Die evo reagiert drauf, indem sie ab 2017 unter der Marke „RevierKraft“ auch Erdgas außerhalb des Oberhausener Netzgebietes vertreiben wird.

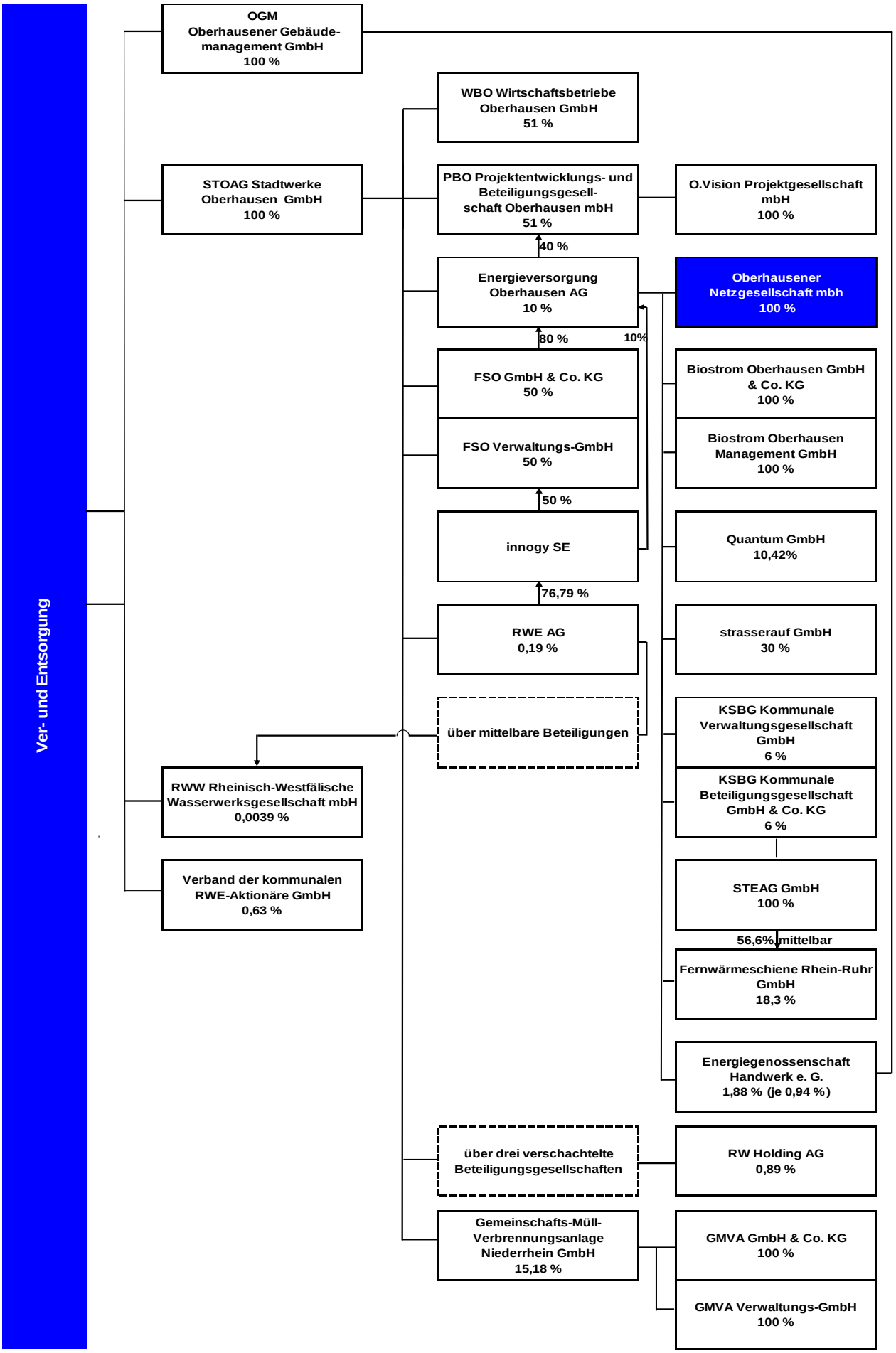
7.5 Fazit

Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich die evo grundsätzlich für alle zukünftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

Oberhausen, den 14. Februar 2017

Energieversorgung Oberhausen
Aktiengesellschaft

Gieske / Homberg
Vorstand


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-3000
Fax	0208/835-2697
e-Mail	info@ob-netz.de
Internet	www.ob-netz.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	30,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist
- die Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) an Weiterverteiler und Letztverbraucher,
- die Erbringung von energienahen Dienstleistungen,
- die Planung, der Neu- bzw. Ausbau, die Änderung und der Betrieb (Bedienung, Überwachung bzw. Inspektion, Wartung, Reparaturen und Erneuerungen) der Verteilungsanlagen,
- die Vermarktung der Kapazitäten der Verteilungsanlagen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Pachtvertrag über Strom- und Gasversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006 sowie erste Änderungsvereinbarung vom 05./06.12.2007; Pachtvertrag über Fernwärmeversorgungsnetze zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006; Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH vom 16.11.2006

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schneider, Jörn

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Prokura:	Prokurist	Hell, Bernd Paul

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränderungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	296,85	1,5	316,34	1,5	346,79	1,7	30,45	9,63
Umlaufvermögen	19.344,40	98,5	20.786,12	98,5	20.057,00	98,3	-729,12	-3,51
Bilanzsumme	**19.641,25**	**100,00**	**21.102,45**	**100,00**	**20.403,80**	**100,00**	**-698,65**	**-3,31**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.142,48	5,8	1.142,48	5,4	1.142,48	5,6	0,00	0,00
Rückstellungen	5.439,37	27,7	6.496,95	30,8	6.087,72	29,8	-409,23	-6,30
Verbindlichkeiten	4.070,66	20,7	2.899,10	13,7	2.341,03	11,5	-558,07	-19,25
Rechnungsabgrenzungsposten	8.988,74	45,8	10.563,93	50,1	10.832,57	53,1	268,64	2,54
Bilanzsumme	**19.641,25**	**100,00**	**21.102,45**	**100,00**	**20.403,80**	**100,00**	**-698,65**	**-3,31**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	87.562,07	92.866,94	91.221,83
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	10,64	22,62	-16,34
sonstige betriebliche Erträge	1.323,12	1.009,80	1.745,74
Materialaufwand	38.443,63	44.508,92	45.047,11
Personalaufwand	12.551,99	12.981,60	13.249,01
sonstige betriebliche Aufwendungen	40.781,34	41.523,01	42.330,77
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	192,44	54,99	8,24
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	516,72	268,15	228,25
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.205,40	-5.327,34	-7.895,67
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.555,16	958,98	-1.460,42
Erträge aus Verlustübernahmen	1.650,23	4.368,36	6.435,25
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1,88	-4,70	-7,05	%
Eigenkapitalrentabilität:	-144,44	-382,36	-563,27	%
Cash-Flow:	-1.650,23	-4.368,36	-6.435,25	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	559,09	590,56	584,60	T€
Personalaufwandsquote:	14,12	13,83	14,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	5,82	5,41	5,60	%
Fremdkapitalquote:	94,18	94,59	94,40	%

e.) Lagebericht

1 Unternehmen

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz) ist eine 100-prozentige Tochter der Energieversorgung Oberhausen AG (evo). Das Kerngeschäft der OB-Netz ist darauf ausgerichtet, das Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Um vorhandene Synergiepotenziale im Netzbereich zu erhalten, wurde in die Gesellschaft zusätzlich das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehören die Unterhaltung der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen und die Wartung von Nahwärme-Anlagen zur Geschäftstätigkeit der OB-Netz. Alle Netzanlagen verbleiben im Eigentum der evo und werden zur Bewirtschaftung an die OB-Netz verpachtet.

Zwischen der OB-Netz und der evo besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (EAV). Darüber hinaus ist eine ertragsteuerliche Organschaft mit der FSO GmbH & Co. KG, als Konzernmutter (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Regulierungssituation

Die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen für die OB-Netz werden im Folgenden dargestellt.

Novelle Anreizregulierungsverordnung

Im Juni 2016 hat die Bundesregierung die Novellierung der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) beschlossen. Ziel der Neufassung ist es, für Verteilnetzbetreiber ab der dritten Regulierungsperiode einen Kapitalkostenaufschlag einzuführen. Mit einem solchen Aufschlag auf die festgelegte Erlösobergrenze soll der Zeitverzug zwischen getätigter Investition und Anrechnung der dafür anfallenden Kosten im Rahmen der Kalkulation der Erlösobergrenze beseitigt werden. Im Gegenzug wird dafür der bisher gewährte Sockeleffekt wegfallen. Im Rahmen einer Übergangsregelung wird lediglich für Anlagegüter, die zwischen 2007 und 2015 bilanziell aktiviert wurden, ein solcher Sockelbetrag in der dritten Regulierungsperiode fortgeschrieben. Ebenfalls entfallen werden die nach bisheriger Verordnungslage bestehenden Möglichkeiten für Verteilnetzbetreiber, entweder einen Erweiterungsfaktor oder außerordentliche Investitionsbedarfe geltend zu machen. Welche Auswirkungen diese Änderungen ggf. auf die OB-Netz haben werden, wird derzeit geprüft.
Die im Zuge der Novelle ebenfalls erfolgte Verschiebung des Stichtags für die Berücksichtigung von Personalzusatzkosten des Netzbetreibers als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile auf den 31. Dezember 2016 hatte für die OB-Netz keine Auswirkungen.

Kostenantrag Erdgas

Der Kostenantrag Gas zur Festschreibung der Erlösobergrenze für die kommende Regulierungsperiode ist gestellt. Zurzeit läuft das entsprechende Prüfverfahren bei der Landesregulierungskammer. Alle Nachfragen der Behörde hat die OB-Netz umfassend beantwortet.

Die OB-Netz geht davon aus, dass im Ergebnis des Prüfverfahrens alle in die Mittelfristplanung eingestellten Summen erreicht werden.

Lieferantenrahmenverträge Erdgas

Die Lieferantenrahmenverträge (Erdgas) wurden entsprechend der Vorgaben der Kooperationsvereinbarung (KoV) IX angepasst.

2.2 Belegschaft

Die Beschäftigtenzahl des Unternehmens ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Zum 31. Dezember 2016 waren 160 Personen bei der OB-Netz beschäftigt. Im Jahresmittel waren es inklusive der Beschäftigten in Altersteilzeit (ATZ) 159. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt gemäß Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) in der Fassung des 11. Änderungstarifvertrages vom 29. April 2016. Für die Beschäftigten besteht eine betriebliche Altersversorgung über die Rheinische Zusatzversorgungskasse (RZVK).

Die OB-Netz legt traditionell Wert auf die Qualifizierung und Förderung der eigenen Mitarbeiter. So wurden auch 2016 zahlreiche interne und externe Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt, um die Mitarbeiter bei der Ausübung ihrer anspruchsvollen Tätigkeiten zu unterstützen. Darüber hinaus begegnet das Unternehmen den Herausforderungen des demografischen Wandels mit einem umfassenden „Betrieblichen Gesundheitsmanagement“ (BGM)

3 Geschäftsverlauf

3.1 Netz Strom

Es wurde in 2016 eine Menge von 716,1 GWh durch die gepachteten Stromnetze der OB-Netz geleitet (2015: 741,6 GWh). Der Netzlastrückrückgang im Vergleich zum Vorjahr beträgt -3,4%. Damit setzt sich ein bundesweiter Trend fort, der vor allem auf ein verändertes Verbraucherverhalten und den vermehrten Einsatz energieeffizienter Geräte zurückzuführen ist.

3.2 Netz Erdgas

Im Geschäftsjahr 2015 wurden durch die gepachteten Erdgasnetze der OB-Netz 966,4 GWh an Erdgaskunden verteilt. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr (2015: 929,1 GWh) einen Anstieg von 4,0%. Verantwortlich dafür sind im Wesentlichen Witterungsgründe.

3.3 Netz Fernwärme

Das Fernwärmenetz ist im Gegensatz zu den Netzen Strom und Gas kein regulierter Bereich. Die OB-Netz übernimmt dienstleistend für die evo den Betrieb und die Wartung des Fernwärmenetzes.

4 Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der OB-Netz war im Geschäftsjahr 2016 zufriedenstellend, der Jahresfehlbetrag wurde im Vergleich zum aufgestellten Budget überschritten.

Umsatzerlöse

	EUR 2016	EUR Vorjahr
Netznutzungsentgelte	64.558.080,52	65.486.748,03
Sonstige Umsatzerlöse	26.663.750,92	27.380.188,57
	91.221.831,44	92.866.936,60

Die Umsätze aus Netznutzungsentgelten Strom und Gas umfassen die internen und externen Erlöse aus der Netznutzung, das Regulierungskonto und die Mehr-/Mindermengenabrechnung (MMA) der Vorjahre. Im Bereich Netzentgelte Strom ist eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen; die Erlöse aus Netznutzungsentgelten Gas sinken im Jahr 2016 jedoch aufgrund von höheren Vorjahreserlösen aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung.

Die Sonstigen Umsatzerlöse vermindern sich aufgrund der im Vorjahr weiterberechneten Beschaffung von LED Leuchten an die Stadt Oberhausen, dies spiegelt sich ebenfalls in den Aufwendungen wider. Dem gegenüber stehen gestiegene Erlöse aus Contracting-Maßnahmen. Weiterhin sind in dieser Position die Erlöse aus einem Dienstleistungsvertrag mit der evo sowie aus der Kostenerstattung Fernwärme enthalten.
In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von TEUR - 344,7 enthalten.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für Netznutzungsentgelte der vorgelagerten Netze sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Dies ist im Wesentlichen durch höhere Umlagen begründet.

Der Materialverbrauch sowie die bezogenen Leistungen für die Unterhaltung der Netze belaufen sich auf TEUR 5.235 und vermindern sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der Beschaffung von LED-Leuchten für die Stadt Oberhausen im Jahr 2015 (siehe auch Umsatzerlöse). Der Personalaufwand steigt leicht auf TEUR 13.249 (Vorjahr TEUR 12.981,6). Aufgrund des negativen Ergebnisses wurden der OB-Netz auf Basis einer Gewerbesteuerumlage vom Gesellschafter TEUR 1.460 Steuer erstattet.

Jahresergebnis

Das negative Ergebnis in Höhe von TEUR 6.435 liegt über dem budgetierten Jahresfehlbetrag von TEUR 4.700 und wird von der evo aufgrund eines EAV erstattet. Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus Mengeneffekte der Netznutzungsentgelte, sowie aus erhöhten Materialaufwendungen für die vorgelagerte Netznutzung.

Tätigkeitenberichte

In der OB-Netz werden drei Tätigkeitsbereiche ausgewiesen. Dies sind die Verteilnetze Strom und Gas sowie die sonstigen Aktivitäten.

Im Verteilnetz Strom wurde in 2016 ein Verlust in Höhe von TEUR 4.184 realisiert; der Bereich Verteilnetz Gas weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 2.664 aus. Im Rahmen der Ergebnisabführung an die evo werden diese Beträge ausgeglichen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 betrug die Bilanzsumme der Tätigkeit Verteilnetz Strom TEUR 13.245. Die Tätigkeit Verteilnetz Gas steuerte eine Bilanzsumme in Höhe von TEUR 6.846 zur Gesamtbilanz der OB-Netz bei. Die sonstigen Tätigkeiten umfassen die nicht regulierten Bereiche wie das Verteilnetz Fernwärme, die Netzdokumentation, Öffentliche Beleuchtung, das Zählerdatenmanagement und weitere sonstige Dienstleistungen für Dritte außerhalb des Strom- und Gasbereichs.

5 Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit minderte sich in 2016 gegenüber dem Vorjahr geringfügig um rund TEUR 18 auf TEUR -6.547. Dies ist im Wesentlichen auf ein negativeres Periodenergebnis (TEUR -6.435) im Vergleich zum Vorjahr (TEUR -4.368) zurückzuführen, welches durch die Abnahme der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen nahezu kompensiert wird.

Die Summe der Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belief sich im Berichtsjahr auf TEUR -23 (Vorjahr TEUR -8). In der Position der Investitionstätigkeit spiegeln sich ausschließlich der Zugang und die Tilgung bei Arbeitgeberdarlehen wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Verlustübernahme der evo in Höhe von TEUR 6.435 (Vorjahr TEUR 4.368) auch den Zugang von Baukostenzuschüssen von TEUR 925 (Vorjahr TEUR 2.139).

Somit kam es zu einer Erhöhung des Finanzmittelfonds um TEUR 790 auf TEUR 971.

5.2 Finanzstrategie

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo getroffen, wobei die Verzinsung sowohl der Forderungen als auch der Verbindlichkeiten zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt.

Die OB-Netz besitzt kein eigenes Sachanlagevermögen, die Vermögenslage ist im Wesentlichen durch Forderungen gegen verbundene Unternehmen (evo) geprägt.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der OB-Netz wird im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses aufgrund der Cash-Pooling-Vereinbarung und des vorhandenen EAV mit der evo und trotz des erhöhten Jahresfehlbetrages im Vergleich zum Budget als zufriedenstellend betrachtet.

6 Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Grundsätzlich schützt sich die OB-Netz gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen, um Netzausfälle zu vermeiden.

Im Rahmen der Risikoinventur wurden sieben Risiken identifiziert. Diese entfallen mit einer Ausnahme in die niedrigen Risikoklassen. Das Risiko Ausfall der Stromnetze ist von rechtlich/technischer Art. Bei einem Ausfall, bzw. Störfall könnte es unter bestimmten Umständen zu Schadensersatzansprüchen von einigen wenigen Kunden in unbegrenzter Höhe kommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird jedoch als gering erachtet, sodass es insgesamt zu einer mittleren Risikoeinstufung kommt. Im Rahmen des Asset-Managements wurden Maßnahmen zur Schadensminimierung und Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und werden laufend durchgeführt.

Folgende zwei Risiken wurden im Laufe des Jahres 2016 gestrichen:

Die FlexStrom-Gruppe, zu der namentlich die FlexStrom AG, die FlexGas GmbH, die Löwenzahn Energie GmbH und die OptimalGrün GmbH gehören, ist seit Juli 2013 im Insolvenzverfahren. Der Insolvenzverwalter der FlexStrom hat der OB-Netz einen Klageentwurf zugestellt. Darin fordert er rückwirkend seit 2009 gezahlte Netznutzungsentgelte im Wege der Vorsatzanfechtung zurück. Es wurde eine Prozesskostengemeinschaft mit anderen betroffenen Netzbetreibern unter der Leitung der Rechtsanwaltskanzlei (BBH) gebildet. Da eine außergerichtliche Einigung über alle Forderungen stattgefunden hat, kann dieses Risiko gestrichen werden.

In 2015 hat der Gesetzgeber das neue KWKG verabschiedet. Die Notifizierung durch die EU stand aber noch aus, sodass sowohl der Erhalt als auch der Zeitpunkt der Förderung für FW-Netzausbau und –Verstärkung bisher nicht gesichert waren. Im Rahmen der ausstehenden Notifizierung des KWKG wurde die Förderung zwischenzeitlich gewährt. Dieses Risiko wird daher gestrichen.

Die geplante Änderung der Anreizregulierungsverordnung ist in 2016 in Kraft getreten. Da derzeit die genauen Auswirkungen für die OB-Netz noch nicht abschließend sondiert wurden, bleibt das Risiko vorerst unter Beobachtung.

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb des genehmigten Rahmes der Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo. Aus dem Kerngeschäft ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken.

Die OB-Netz ist zurzeit keinen erhöhten Umweltrisiken ausgesetzt.

Abschließend bleibt festzustellen: Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar

7 Prognosebericht

7.1 Messstellenbetriebsgesetz

Die OB-Netz hat die Dienstleistung für die Gateway-Administration bereits ausgeschrieben. Für das Frühjahr 2017 sind eine Vergabeentscheidung und ein entsprechender Vertragsabschluss vorgesehen. Nach Umsetzung eines Pilotprojektes sollen dann bis zum Herbst alle technischen Voraussetzungen geschaffen werden, dass schließlich zu Jahresbeginn 2018 mit dem Start des Roll-outs, d.h. dem Einbau intelligenter Messsysteme bei den Endverbrauchern, begonnen werden kann.

7.2 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung setzt die OB-Netz ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen ein. Dieses Berichtswesen, das zugleich Steuerungsinstrument ist, kommt sowohl bei der evo als auch bei der OB-Netz auf die jeweiligen Anforderungen abgestimmt mit der gleichen Methodik zur Anwendung und mündet in eine differenzierte Erfolgsrechnung. Analysiert werden dabei sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich beispielsweise die Abweichungen der Kostenpositionen. In den technischen Bereichen wird der Quartalsbericht noch um einen Aufwandsbericht auf Ein-

zelmaßnahmenebene ergänzt, der mit voranschreitender Zeit im Geschäftsjahr in kürzeren Berichtszyklen zur Verfügung gestellt wird. Dies gewährleistet, im Bedarfsfall zeitnah Steuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigt die OB-Netz unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange unserer Kunden, der Umwelt sowie unserer Belegschaft.

7.3 Weitere Entwicklung der Ertragslage

Die weiterhin volatilen Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Verteilnetzbetreiber vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich Gewinne im Wesentlichen durch Kostenoptimierung und Effizienzsteigerung realisieren. Gleichzeitig sind die Netze aufgrund der Energiewende zukunftsfähig auszubauen.

Vor diesem Hintergrund, d.h. dem steigenden Erlös- und Kostendruck, sind alle Abteilungen der OB-Netz weiterhin bemüht, im Rahmen des ELAN-Projektes kontinuierlich Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 sind die Erträge aus Verlustübernahme um TEUR 2.580 größer als in der 2. Prognose erwartet. Dies liegt im Wesentlichen an Mengeneffekten aus Netznutzungsentgelten für die Bereiche Strom- und Gasnetz. Des Weiteren lagen die Materialaufwendungen für vorgelagerte Netznutzung zum Jahresabschluss höher als prognostiziert.

In den Jahren 2017 und 2018 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich bestimmt sein durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas. Es wird jeweils ein Umsatz in Höhe von ca. TEUR 86.000 pro Jahr erwartet. Unter Berücksichtigung von Personal- und sonstigen Kostensteigerungen werden für 2017 Erträge aus Verlustübernahme in Höhe von TEUR -5.800 bzw. TEUR -5.300 für 2018 erwartet. Aufgrund des konzerninternen Gewinn-/Verlustausgleichs wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 0 EUR erwartet. Allerdings ist das Ergebnis der OB-Netz im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Als innovativer und gut aufgestellter Verteilnetzbetreiber arbeitet die OB-Netz an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

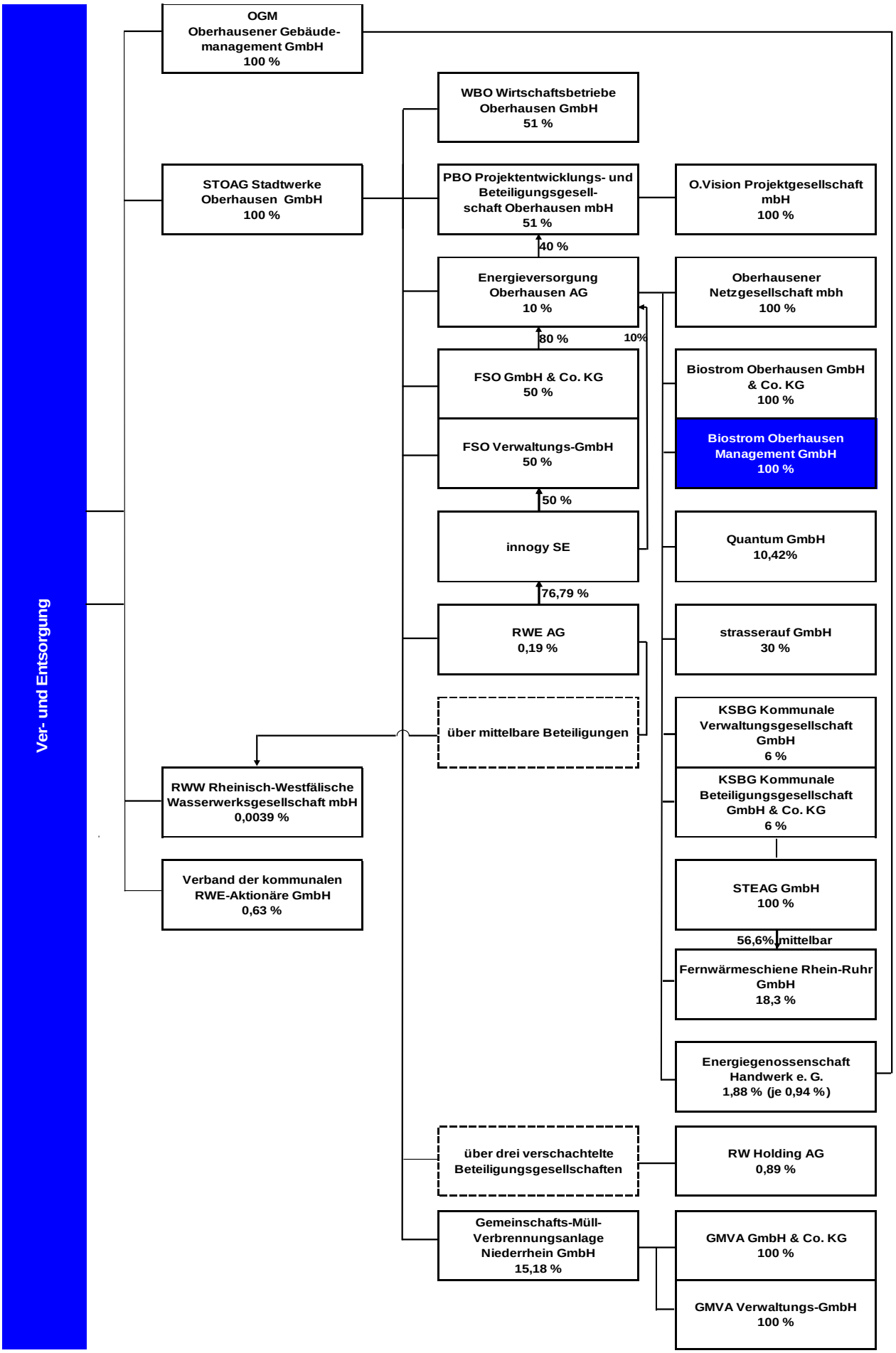
8 Nachtragsbericht

Vom Geschäftsjahres-Ultimo bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2016 sind keine Tatsachen aufgetreten oder bekannt geworden, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage wesentlich beeinflussen.

Oberhausen, 14. Februar 2017

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Jörn Schneider
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

Biostrom Oberhausen Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.evo-energie.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Funktion als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme von Geschäftsführungsaufgaben der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Basler, Christian
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Prokura:	Prokurist	Engel, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	33,39	100,0	33,73	100,0	33,57	100,0	-0,16	-0,47
Bilanzsumme	**33,39**	**100,00**	**33,73**	**100,00**	**33,57**	**100,00**	**-0,16**	**-0,47**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	31,77	95,2	31,81	94,3	31,78	94,7	-0,03	-0,09
Rückstellungen	1,22	3,7	1,41	4,2	1,50	4,5	0,09	6,38
Verbindlichkeiten	0,39	1,2	0,52	1,5	0,29	0,9	-0,23	-44,23
Bilanzsumme	**33,39**	**100,00**	**33,73**	**100,00**	**33,57**	**100,00**	**-0,16**	**-0,47**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	2,50	2,50	2,50
sonstige betriebliche Aufwendungen	2,35	2,46	2,53
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,15	0,04	-0,03
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,02	0,01	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,13	0,04	-0,03
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,13	0,04	-0,03

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

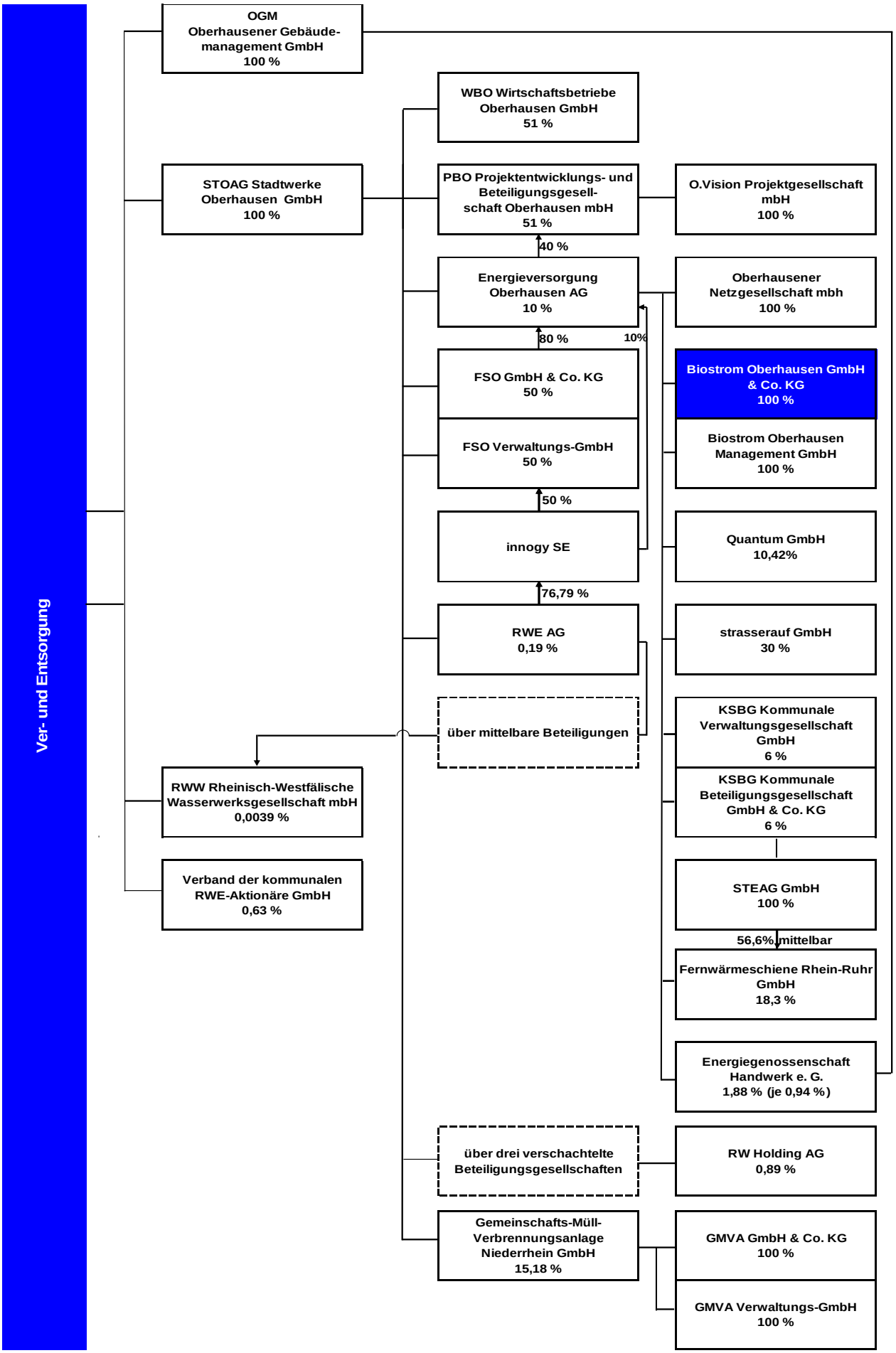
	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,40	0,11	-0,11	%
Cash-Flow:	0,13	0,04	-0,03	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	#DIV/0	#DIV/0	#DIV/0	T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	95,17	94,30	94,66	%
Fremdkapitalquote:	4,83	5,70	5,34	%

e.) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	www.evo-energie.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb eines Biomasseheizkraftwerkes in Oberhausen sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	12.006,60	94,5	11.229,55	98,0	10.468,28	95,3	-761,27	-6,78
Umlaufvermögen	697,78	5,5	226,62	2,0	511,46	4,7	284,84	125,69
Bilanzsumme	**12.704,38**	**100,00**	**11.456,17**	**100,00**	**10.979,74**	**100,00**	**-476,43**	**-4,16**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.884,44	14,8	2.422,98	21,1	2.760,22	25,1	337,24	13,92
Rückstellungen	448,00	3,5	388,37	3,4	351,62	3,2	-36,75	-9,46
Verbindlichkeiten	10.371,94	81,6	8.644,83	75,5	7.867,90	71,7	-776,93	-8,99
Bilanzsumme	**12.704,38**	**100,00**	**11.456,17**	**100,00**	**10.979,74**	**100,00**	**-476,43**	**-4,16**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.789,54	5.135,33	5.148,46
sonstige betriebliche Erträge	261,77	1.131,21	43,98
Materialaufwand	3.632,15	3.222,43	3.183,57
Abschreibungen	781,41	780,64	761,28
sonstige betriebliche Aufwendungen	563,57	657,29	655,29
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	6,03
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	433,02	1.065,75	57,03
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-358,84	540,44	541,30
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1,90	204,05
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-358,84	538,54	337,24
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-358,84	538,54	337,24
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-7,49	10,49	6,55	%
Eigenkapitalrentabilität:	-19,04	22,23	12,22	%
Cash-Flow:	422,57	1.319,17	1.098,52	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	#DIV/0	#DIV/0	#DIV/0	T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,51	98,02	95,34	%
Eigenkapitalquote:	14,83	21,15	25,14	%
Fremdkapitalquote:	85,17	78,85	74,86	%

e.) Lagebericht

Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

1. Vorbemerkungen

Die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (im Weiteren „BMK“) errichtet, welches über eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2031 betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen. Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff wird ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

2. Gesellschaftsrechtliche Situation

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d. h. der Betrieb des BMK - obliegt der BSO KG.

Die evo ist 100%-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung.
Herr Christian Basler ist Geschäftsführer der BSO GmbH und gleichzeitig Leiter der Energieerzeugung bei der evo.

3. Technische Bestandsanalyse

Im Jahr 2016 wurden in der Anlage 43.501 Tonnen Holzhackschnitzel verbrannt. Der Anteil der Rostasche im Verhältnis zur eingesetzten Brennstoffmenge lag bei 1,8 %, der Anteil der Feinasche bei 0,3%. Dies spricht für eine gute Qualität des eingesetzten Brennstoffs.
Die hohe Brennstoffmenge in Verbindung mit der guten Qualität des eingesetzten Materials spiegeln die hohe Verfügbarkeit der Anlage im Jahr 2016 wieder. Die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag in 2016 bei 7670 Bh.

Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2016 bei 20.219 MWh. Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 69.866 MWh. Die Zahlen im Jahr 2016 sind geringfügig niedriger als die Erzeugungsdaten im Jahr 2015. Hintergrund ist hier, dass aufgrund aufwendiger Schamottsanierungen die Kesselrevision länger dauerte, als geplant.

Im Rahmen der Revision im Juni 2016 wurden Auffälligkeiten am Mauergewölbe im Bereich zwischen dem Feuerraum und dem ersten Zug festgestellt. In Abstimmung mit dem Kesselhersteller und der Versicherung wurde das Gewölbe komplett erneuert. Nach Einschätzungen von den beauftragten Gutachtern ist der Schaden am Gewölbe eine übersehene Folge des großen Mauerwerksschaden aus dem Jahr 2014. Da noch keine Rechnung vom Kesselhersteller zu der Gewölbesanierung gestellt wurde, konnte auch keine weitergehende Klärung mit der Versicherung zur Schadensregulierung erzielt werden.

Im Zuge der Generatorüberprüfung wurden auffällig schlechte Isolationswerte des Generatorständers festgestellt. Eine Revision des Generators wurde im Werk der Firma Benning durchgeführt. Eine Neuimprägnierung, Neuisolation des Wickelkopfes sowie ein „Umsternen" des Generators haben nur eine geringfüge Verbesserung der Isolationswerte gebracht. Mit der Versicherung wurde sich darauf verständigt, dass der geschädigte Generator bis zur Revision 2017 mit vollem Versicherungsschutz weiterbetrieben werden darf. Zur Sicherstellung der Anlagenverfügbarkeit und Optimierung der Stillstandszeit der Revision wurde durch die BSO im Dezember 2016 ein neuer optimierter Generator bestellt. Dieser wird im Rahmen der Revision im Juni 2017 eingebaut.

4. Optimierungsmaßnahmen am Kessel

Das seit 2015 eingesetzte Online-Reinigungsverfahren „Bang & Clean" hat auch im Jahr 2016 zur Anlagenverfügbarkeit wesentlich beigetragen. Die Reinigung mittels dosierter Gasexplosionen soll auch in den nächsten Jahren eingesetzt werden.

Im Rahmen der Revision im Juni 2016 wurden weitere Anlagenoptimierungen umgesetzt.

Im Bereich der Entaschung unter dem Gewebefilter gab es in der Vergangenheit vielfach Probleme mit Verstopfungen in den Ascheschnecken. Ursache ist, dass die Feinasche beim Abkühlen zum „Verklumpen" neigt. Die Firma Polytechnik hat die störanfällige Ascheschnecke durch ein Becherwerk ausgetauscht. Das Becherwerk läuft seit der Inbetriebnahme störungsfrei und hat zum einen die Verfügbarkeit des Ascheaustrages deutlich gesteigert und zum anderen die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter durch Reduktion des Staubanfalls wesentlich verbessert.

Im Bereich des Rauchgasfuchs wurden die Entaschungstrichter mit sogenannten Druckluftkanonen ausgestattet. Die heißen Aschen neigen dazu, in den Entaschungstrichtern haften zu bleiben. Dies geht soweit, dass die gesamten Aschetrichter nach relativ kurzer Zeit mit Asche zugewachsen sind. Um dies zu vermeiden, wurde in der Vergangenheit mit Hitzeschutzanzügen händisch der Bereich der Trichter mit Druckluft gereinigt. Die in der Revision 2016 installierten Druckluftkanonen haben diesen Reinigungsprozess automatisiert. Hierbei wird in Tanks gespeicherte Druckluft per Knopfdruck durch eine Düse mit Hochgeschwindigkeit in die verschmutzten Bereiche geleitet und damit die Staubablagerungen abgetragen. Dies hat eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Verschmutzungsgrad der Kesselanlage bewirkt.

Weiterhin wurde der Aschequerförderer unter dem Feuerraum durch eine modifizierte Variante ersetzt. Der Aschequerförderer transportiert die bei der Verbrennung entstehende Rostasche ab. Die Rostasche ist sehr grob, hart und teilweise versehen mit Störstoffen. Der Querförderer ist daher einem hohen Verschleiß ausgesetzt. Die ursprüngliche Ausführung des Aschequerförderers hatte bei fortgeschrittenem Verschleiß einen Komplettaustausch zur Folge. Die im Rahmen der Revision 2016 eingebaute Variante des Querförderers hat gezielte Verschleißbleche, die nachdem sie aufgebraucht sind, gewechselt werden können. Dies führt zu einer deutlichen Reduzierung des Revisionsaufwands in diesem Bereich.

5. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern von 337,2 T€. Dies ist auf einem störungsfreien Betrieb der Anlage zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aus der Strom- und Wärmeeinspeisung in Höhe von 5.148,5 T€ sind im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 13,1 T€ gestiegen. Gleichzeitig kam es zu einer Minderung bei den Materialaufwendungen um 38,9 T€ auf 3.183,6 T€.

Im Dezember 2015 hat die BSO KG ihre bis dahin bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten abgelöst, hierdurch kam es im Vergleich zum Vorjahr in 2016 zu einer Reduzierung des Zinsaufwandes um 1.014,7 T€. Aufgrund der auch zukünftig geringeren Zinszahlungen und der dadurch bedingten verbesserten Liquidität wird weiterhin davon ausgegangen, dass die Verbindlichkeiten aus den technischen/kaufmännischen Dienstleistungen sowie Grundstückspacht gegenüber der evo, welche im größeren Umfang erst ab dem Geschäftsjahr 2016 reguliert werden konnten, sukzessive in den nächsten Jahren abgebaut werden können. Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen hat die evo der Gesellschaft weiterhin einen Kreditrahmen von bis zu 400 T€ eingeräumt.

Die Eigenkapitalquote der BSO KG liegt in 2016 bei 25,1 % (Vj. 21,1 %), daraus resultiert eine entsprechende Fremdkapitalquote in Höhe von 74,9 % (Vj. 78,9 %).

6. Chancen- und Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Hierbei werden auch mögliche Risiken die BSO KG betreffend untersucht.

Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem, das auch die BSO KG einschließt, gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert.
In den beiden halbjährlichen Risikoinventuren wurden keine bestandsgefährdenden Risiken für die BSO KG erkennbar. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken abzusehen.

7. Prognosebericht

Durch die im Jahr 2016 durchgeführten Optimierungsmaßnahmen und insbesondere durch die Onlinereinigung in einem Turnus von ca. zwei Monaten sind die 8.000 Betriebsstunden pro Jahr für 2017 als realistisch einzustufen.

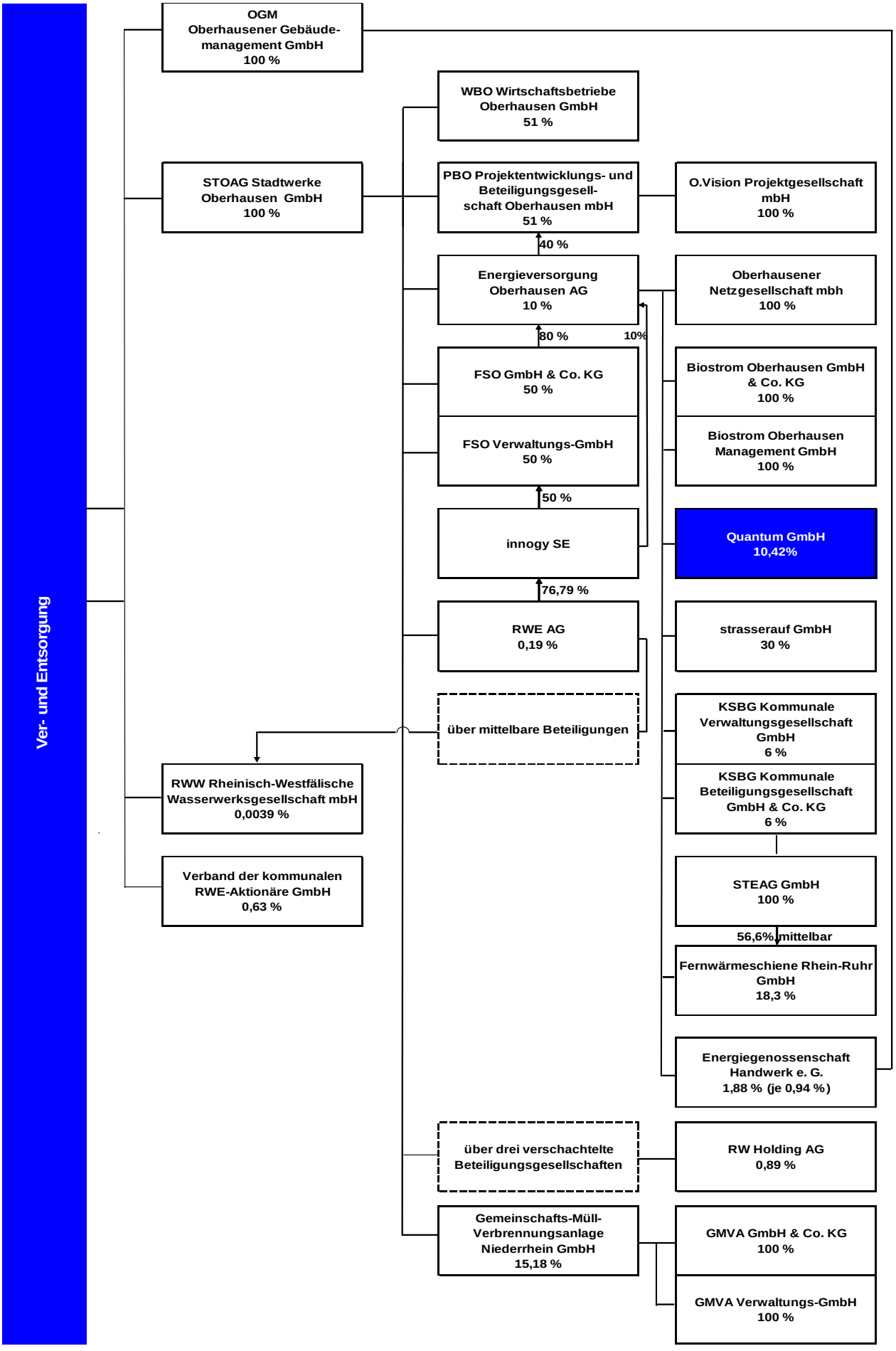
Im Rahmen der Revision im Juni 2017 sollen weitere Bereiche des Kessels mit Druckluftkanonen zur Reinigung ausgestattet werden. Hierdurch soll die Verfügbarkeit der Anlage noch weiter erhöht werden sowie die händischen Eingriffe im Bereich der hohen Temperaturen minimiert werden.
Wie bereits zuvor berichtet konnten in 2016 ca. 7.670 Volllastbenutzungsstunden mit der Anlage erzielt werden, somit lag man im Vergleich zur letztjährigen Prognose nur leicht unter dem angestrebten Zielwert. Weiterhin haben höhere Kosten der Revision dazu geführt, dass auch der angestrebte EBITDA von ca. 1,6 Mio. € um ca. 200 T€ unterschritten wurde.

Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung für die folgenden beiden Geschäftsjahre Ergebnisse vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. 1,6 Mio. € vor.

Oberhausen, 16. Januar 2017

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

Christian Basler
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

Quantum GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Balcke-Dürr-Allee 1
40882 Ratingen

Kontakt:

Telefon	02102 939 77-0
Fax	02102 939 77-33
e-Mail	info@quantum.de
Internet	www.quantum.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 825,00

Gesellschafter:

	T€	%
Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH	57,75	7,87
evo Energieversorgung Oberhausen AG	82,50	11,24
Gemeindewerke Grefrath GmbH	16,50	2,25
Klever Versorgungsbetriebe GmbH	57,75	7,87
Stadtwerke Brühl GmbH	33,00	4,49
Stadtwerke Goch GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Jülich GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Kempen GmbH	33,00	4,49
Stadtwerke Neuwied GmbH	57,75	7,87
Stadtwerke Radevormwald GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Rees GmbH	16,50	2,25
Stadtwerke Willich GmbH	33,00	4,49
SWK Energie GmbH	247,50	33,71
WBM Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	33,00	4,49

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hardt, Dirk
	Geschäftsführer	Tschuschke, Hubert
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Gieske, Hartmut
	1. stellv. Vorsitzender	Liedtke, Carsten
	2. stellv. Vorsitzender	Lopez, Albert
	Mitglied	Elmer, Jürgen
	Mitglied	Ix, Erik
	Mitglied	Kamburg, Ulf
	Mitglied	Dr. Kapsa, Marion
	Mitglied	Ferling, Siegfried
	Mitglied	Herschbach, Stefan
Prokura:	Prokurist	Schäfer, Michael
	Prokurist	Schechinger, Klaus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränderungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	343,28	0,9	389,67	1,3	262,93	1,1	-126,74	-32,52
Umlaufvermögen	36.195,34	99,0	28.800,17	98,5	23.199,22	98,9	-5.600,95	-19,45
Rechnungsabgrenzungsposten	39,22	0,1	37,76	0,1	2,32	0,0	-35,44	-93,86
Bilanzsumme	**36.577,84**	**100,00**	**29.227,60**	**100,00**	**23.464,47**	**100,00**	**-5.763,13**	**-19,72**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	4.253,23	11,6	4.090,77	14,0	3.995,76	17,0	-95,01	-2,32
Rückstellungen	6.704,04	18,3	5.035,91	17,2	3.754,20	16,0	-1.281,71	-25,45
Verbindlichkeiten	25.620,58	70,0	20.100,93	68,8	15.714,51	67,0	-4.386,42	-21,82
Bilanzsumme	**36.577,84**	**100,00**	**29.227,60**	**100,00**	**23.464,47**	**100,00**	**-5.763,13**	**-19,72**

b) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	524.134,45	464.438,26	412.694,80
sonstige betriebliche Erträge	282,09	165,58	496,51
Materialaufwand	518.720,66	459.241,44	406.567,44
Personalaufwand	2.939,68	3.021,79	3.623,43
Abschreibungen	165,03	172,66	137,10
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.235,55	2.142,64	2.685,96
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15,60	12,82	4,12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	202,37	228,23	275,48
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	168,84	-190,10	-93,98
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	81,36	-28,49	0,00
sonstige Steuern		0,84	1,03
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	87,48	-162,46	-95,01
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	87,48	-162,46	-95,01

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,02	-0,03	-0,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,10	-3,82	-2,32	%
Cash-Flow:	252,51	10,20	42,09	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	18.083,33	14.518,87	12.912,23	T€
Personalaufwandsquote:	0,56	0,65	0,88	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,50	0,62	0,78	%
Eigenkapitalquote:	11,63	14,00	17,03	%
Fremdkapitalquote:	88,37	86,00	82,97	%

e.) Lagebericht

1. Grundlagen der Quantum GmbH

1.1 Geschäftsmodell

Die Quantum versteht sich als Dienstleister mit überregionalem Betätigungsfeld. Alle Dienstleistungen werden überwiegend für die Gesellschafter erbracht.

Die Quantum bietet umfassende Portfoliomanagement-Dienstleistungen, die auf den wirtschaftlichen Erfolg und damit auf die Stärkung ihrer Gesellschafter und Partner im wettbewerblichen Umfeld ausgerichtet sind. Sie zielen darauf ab:

die Eigenständigkeit der kommunalen Versorgungsunternehmen zu wahren,
das Erreichen und Ausgestalten einer vorteilhaften Wettbewerbsposition zu ermöglichen, sowie
die Professionalisierung und Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu fördern.

Die Basis- und Zusatzdienstleistungen der Quantum werden entsprechend der Marktentwicklung und den Kundenwünschen ständig verbessert und erweitert.

Die Basisdienstleistungen der Quantum decken dabei die Kernfunktionen eines professionellen Beschaffungs-Portfoliomanagements ab.

Basisdienstleistungen

Beschaffungsportfoliomanagement
Beschaffungsabwicklung
Bilanzkreismanagement
Prognosedienstleistung
Risiko- und Vertragsmanagement

Um dem individuell auch weiterreichenden Unterstützungsbedarf der Gesellschafter und Partner entsprechen zu können, bietet die Quantum ausgewählte Zusatzdienstleistungen an, die ergänzend beauftragt werden.

Zusatzdienstleistungen

Absatzportfoliomanagement
Erzeugungsportfoliomanagement
Vertriebsunterstützung
Erweitertes Prognosemanagement
Speicherportfoliomanagement
Erweitertes Bilanzkreismanagement
Projektbegleitung
Direktvermarktung nach dem Erneuerbare Energien Gesetz
Management von Überführungszeitreihen nach dem Erneuerbare Energien Gesetz
Energiedatenmanagement für Netzbetreiber
Führen von Netzbilanzkreisen
Vermarktung von Sekundärregelleistung und Minutenreserve

Das Unternehmen steht als Kooperation im kommunalen Umfeld weiteren Gesellschaftern, Partnern und Kunden offen.

1.2 Strategien und Ziele

Quantum-Beschaffungsstrategien

In der Gasbeschaffung wurde ab dem 01.03.2016 die Anpassungen in der Sukzessiven- und Pool-Beschaffung umgesetzt. Die Überarbeitung der Strategien ermöglicht den Gesellschaftern werktägliche und damit flexiblere Bestellanpassungen (Sukzessive). Zudem werden den Kunden im Rahmen der Pool-Beschaffung zur besseren Kundenbepreisung täglich drei Price-Forward-Curves (PFC) zur Verfügung gestellt. Des Weiteren können Bestellungen in beiden Strategien nun auch kWh-genau ausgeführt werden.

Kurzfristoptimierung

Als Reaktion auf die in der Vergangenheit aufgetretenen teils extremen Ausgleichsenergiepreise, haben Bundesnetzagentur und Übertragungsnetzbetreiber in 2016 die Preisbildungssystematik angepasst. Dies führte zu einer abnehmenden Volatilität bei eher zunehmender Liquidität am Intraday-Markt. Quantum nutzt weiterhin Optimierungschancen am Kurzfristmarkt, beispielsweise durch die Glattstellung von ¼ h-Positionen im fortlaufenden Handel.
Mithilfe eines in 2016 eingeführten Handelssystems können solche Positionen im kurzfristigen Markt auch automatisiert und nach vordefinierten Strategien und Algorithmen risikominimierend gehandelt werden, mit dem weiteren Ziel, dabei zusätzliche Erlöse zu erwirtschaften.

Vertriebs – Informations – Management (VIM)

Die Dienstleistung Absatzportfoliomanagement (ehemals Vertriebs – Informations – Management) wird aktuell von sechs Quantum-Gesellschaftern in Anspruch genommen. Über die Dienstleistung wird mittlerweile rund die Hälfte des Gesamtabsatzes der Quantum abgewickelt. Es wurden bereits erste Gespräche mit EEGmbH-Gesellschaftern über einen Bezug dieser Dienstleistung geführt. Mit fortschreitender Integration der EEGmbH-Gesellschafter in die Beschaffungsstrategien der Quantum kann auch von einem Wachstum dieser Dienstleistung ausgegangen werden. Das der Dienstleistung zu Grunde liegende System bildet mittlerweile nicht mehr die Software SOPTIM VIM, sondern das Nachfolgeprodukt SE Sales. Drei der sechs Gesellschafter arbeiten bereits mit dem neuen System. Die verbleibenden werden sukzessive auf das neue System überführt. Auch SE Sales unterstützt die Vertriebe bei der Kalkulation, Angebotslegung und Auslösung des Strom- / Gaseinkaufs am Großhandelsmarkt. Das integrierte Reporting verschafft einen detaillierten Ertrags- / Kosten-Überblick einzelner Vertriebssegmente. Insbesondere im Bereich der Nachkalkulation und der Bedienerfreundlichkeit bietet SE Sales deutliche Vorteile gegenüber dem Vorgängersystem. Auch für 2017 wird von einem positiven Beitrag der Zusatzdienstleistung zum Gesamtergebnis ausgegangen.

Virtuelles Kraftwerk

Aufgrund der im Projektverlauf stark gefallenen Preise am Regelleistungsmarkt wurde die Entscheidung getroffen, auf eine aktive Bewirtschaftung eines eigenen virtuellen Kraftwerks bis auf Weiteres zu verzichten.

Quantum – Kunden – Portal

Der Fokus bei der Weiterentwicklung des Kunden-Portals lag 2016 darauf, das Portal auch für die Kunden der EEGmbH zur Verfügung zu stellen. Anpassungen bei Layout, Inhalten und Berechnungsabläufen verbesserten die allgemeine Skalierbarkeit und die Rechenzeiten wesentlich. Zudem wurde der Funktionsumfang des Online-Kalkulationstools um kundenindividuelle Risikobetrachtungen erweitert und der neue Bereich „Transparenz“ zur Meldung von REMIT-relevanten Ereignissen eingeführt. Das Portal wird in Lizenz von schweizerischen Energieversorgen in einer auf den Schweizer Energiemarkt angepassten Version genutzt.

1.3 Organisation

Die organisatorische Trennung von energetischen und finanziellen Vorgängen spiegeln die Säulen Front Office, Optimierung, Operations, Middle Office und Back Office wider. Ab der Jahresmitte wurde Hubert Tschuschke als zweiter Geschäftsführer bestellt. Er ist gleichzeitig weiterhin Sprecher der Geschäftsführung beim Kooperationspartner EEGmbH **(Energie- Einkaufs- und Service GmbH) in Henstedt-Ulzburg**. Die Bereichsleiter bilden zusammen mit den Geschäftsführern die Geschäftsleitung der Quantum. Dadurch ist die im Handelsumfeld übliche Funktionstrennung bis auf Ebene der Geschäftsleitung umgesetzt. Der Bereich Operations wurde aufgelöst, indem Aufgaben größtenteils intern umverteilt bzw. vom Kooperationspartner EEGmbH erbracht werden.

Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wird grundsätzlich durch das Middle Office überwacht und sorgt für den reibungslosen Ablauf der Kernprozesse und den damit verknüpften Schlüsselkontrollen. Das interne Regelwerk wurde fortlaufend im Risikomanagementhandbuch und den Prozessdokumentationen angepasst.

1.4 Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

Die Quantum GmbH hat im Geschäftsjahr 2016 der aus ihrer gesellschaftsvertraglichen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung entsprochen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen der europäischen Finanzmarkt- und der Energiemarktregulierung waren fortgesetzt wichtiger Beobachtungsgegenstand des Risikomanagements. Das regulatorische Umfeld wurde geprägt von der vollständigen Umsetzung der energie-regulatorischen Transparenzanforderungen für alle Marktteilnehmer. Die auf den Finanzmarkt gerichtete MiFID II (Markets in Financial Instruments Directive) wird mit Wirkung 2018 in Kraft gesetzt.

Durch die verstärkten Regulierungsanforderungen u. a. ziehen sich Clearingbanken aus dem Strom- und Gashandel zurück. In der Folge wechselte Quantum zu einem anderen Dienstleister, um den direkten Börsenzugang aufrecht zu erhalten.

Die im Oktober 2015 gestarteten Berichtspflichten der REMIT (Regulation on Energy Market Integrity and Transparency) zur Verhinderung von Marktmanipulation und Insiderhandel wurden ab April 2016 auf alle physikalischen Transaktionen ausgeweitet. Seitdem wickelt Quantum die täglich anfallenden Transparenzmeldungen für die eigenen Marktaktivitäten, für die EEGmbH und weitere Kunden ab.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Gesellschafterangelegenheiten

Im Jahr 2016 gab es keine Veränderungen im Gesellschafterkreis der Quantum GmbH.

2.2.2 Strommarkt

Der Abwärtstrend bei den Strompreisen blieb auch in 2016 weiter erhalten. Mit einem erneuten Minus von 2,65 EUR/MWh im Vergleich zum Vorjahr, mittelte der Baseloadpreis in 2016 bei 28,98 EUR/MWh im Vergleich zu 31,63 EUR/MWh in 2015. Der Preis für die Spitzenlast (Peak) fiel etwas stärker um 3,05 EUR/MWh auf 32,01 EUR/MWh. Die Zahl der negativen Stundenpreise im Spothandel ging im Vergleich zum Vorjahr zurück.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland schritt in 2016 weiter voran. Der Zubau an Onshore-Windenergie legte im Vergleich zum Vorjahr wieder zu und erreichte ein Niveau von knapp 4,6 GW. Die Zubaurate neuer Photovoltaik-Anlagen bewegte sich unterdessen mit ca. 1,5 GW nahe dem Vorjahresniveau.

Der Base-Preis für das Kalenderjahr 2017 schloss das Jahr bei 34,34 EUR/MWh, der Peak-Preis bei 42,08 EUR/MWh.

2.2.3 Gasmarkt

In 2016 sanken die Preise im Vergleich zum Vorjahr deutlich. So fielen die Tagesreferenzpreise an der EEX an den beiden deutschen virtuellen Handelspunkten NetConnect Germany (NCG) und Gaspool sowie den Niederlanden (TTF) im Durchschnitt um etwa 6 EUR/MWh auf etwa 14 EUR/MWh. Der niedrigste Preis, wurde im NCG-Marktgebiet mit 10,74 EUR/MWh im August erzielt. Der höchste Preis stellte sich mit 19,56 EUR/MWh kurz vor dem Jahreswechsel ein. Eine Gaslieferung für das NCG-Cal16 wurde im Terminmarkt zuletzt noch mit 15,89 EUR/MWh bewertet.

Der 2017er-Kontrakt für das NCG-Marktgebiet setzte den Abwärtstrend noch bis zum Jahrestief bei 13,31 EUR/MWh Anfang April fort. Im Anschluss folgte eine Erholung, die bis zum Jahresende Bestand hatte. So erreichte der Kontrakt mit 18,33 EUR/MWh den Höchststand am letzten Handelstag Ende Dezember.

2.2.4 Brennstoffe und CO_2

An den CO_2-Märkten kam es zu Beginn des Jahres zu einem starken Preiseinbruch. Ausgehend von einem Niveau von über 8 EUR/t wurde der längerfristige Aufwärtstrend verlassen. Bis Anfang Februar notierte der Kontrakt nur noch bei etwa 5 EUR/t. Nach einer leichten Erholung im April mit einem Zwischenhoch von knapp über 7 EUR/t setzte sich der neu etablierte Abwärtstrend bis September fort mit einem Jahrestief bei 3,87 EUR/t. Bis Ende Dezember handelte der Future in einer breiten Seitwärts-Range zwischen 4 EUR/t am unteren Ende und etwa 6,50 EUR/t am oberen Ende.

Kurz vor Jahresende konnte sich der Umweltausschuss des EU-Parlaments unterdes auf eine Reform des CO_2-Handels einigen. Geplant ist eine Erhöhung der Markstabilitätsreserve (MSR), in die überschüssige Zertifikate aufgenommen werden sollen, auf 24 % zwischen 2018 und 2024.

2.3 Ertragslage

Auch im Geschäftsjahr 2016 hat die Quantum GmbH ihre wirtschaftlichen Ziele erreicht. Da gemäß dem Geschäftsmodell der Quantum GmbH alle am Großhandelsmarkt realisierten Preiskonditionen grundsätzlich "1:1" an die Kunden weitergegeben werden, ist sie von den Auswirkungen der allgemeinen Marktpreisentwicklung nicht betroffen.

Die Umsatzerlöse, welche fast ausschließlich mit Gesellschaftern erzielt wurden, betrugen in 2016 412,7 Mio. €. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Reduktion von 11,1 %, die praktisch ausschließlich auf den Verfall der Großhandelspreise von Strom und Gas zurück zu führen ist. Während bei der Elektrizität sich die Umsätze um 15,1% verminderten, reduzierten sich die Erdgaslieferungen um 6,5%. Etwas mehr als die Hälfte der Umsatzerlöse stammen aus dem Stromverkauf und etwas weniger als die Hälfte resultieren aus Erdgaslieferungen. Die übrigen Erlöse gehen auf die Dienstleistungen an Gesellschafter und Partner sowie auf Erlöse mit Zertifikaten, Managementprämien und Ähnlichem zurück.
Auf der Einkaufsseite unterhält die Quantum Handelsbeziehungen zu etablierten nationalen und internationalen Unternehmen der Energiebranche.

Die Gesellschaft hat ein Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT) i. H. v. T€ -94 erzielt und damit das sich aus dem Finanz- und Wirtschaftsplan ableitende EBT um T€ 17 überschritten (T€ -111,2).

Neben allgemeinen Kostenerhöhungen verursachte die Auflösung der Abteilung Operations sowie die Umstrukturierung / Zusammenlegung des Frontoffices mit der Optimierung im Wesentlichen den Anstieg der Personalaufwendungen in Höhe von ca. 180 T€ gegenüber den Planaufwendungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Berichtsjahr um 543 T€ gestiegen. Zu den Posten mit Kostensteigerungen gehören die IT-Kosten (virtuelles Kraftwerk 319 T€), Geschäftsbesorgungsverträge (mit der EEGmbH 233 T€) sowie Gebühren und Beiträge (64 T€). Einsparungen ergeben sich in weiteren Positionen. Die größte Position betrifft die Übrigen Aufwendungen (in 2015 war diese Position mit einer Rückstellung in Höhe von 130 T€ belastet, nicht aber in 2016).

		2016 T€	2015 T€	Veränderung T€	%
+	Umsatzerlöse	412.695	464.438	-51.743	-11,1
-	Materialaufwand	406.568	459.241	-52.673	-11,5
Rohertrag		**6.127**	**5.197**	**930**	**17,9**
-	Personalaufwand	3.623	3.022	601	19,9
-	Abschreibungen	137	173	-36	-20,8
-	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.686	2.143	543	25,3
+	Sonstige betriebliche Erträge	496	166	330	198,8
Betriebsergebnis		**177**	**25**	**152**	**608,0**
+	Zinserträge	4	13	-9	-69,2
-	Zinsaufwendungen	275	228	47	20,6
Finanzergebnis		**-271**	**-215**	**-56**	**-26,0**
+	Ertragsteuern	0	28	-28	-100,0
Ergebnis nach Steuern		-94	-162	68	42,0
-	Sonstige Steuern	1	1	0	-
Jahresüberschuss		**-95**	**-163**	**68**	**41,7**

2.4 Finanz- und Vermögenslage

	Kapitalflussrechnung	**2016 - T€ -**	**2015 - T€ -**
	Periodenergebnis (Jahresfehlbetrag)	-95	-162
±	Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	+137	+173
±	Abnahme / Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-4.953	14.268
±	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-5.668	-7.188
±	Gewinn/ Verlust aus Abgängen von Anlagevermögen	52	0
=	**Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**-10.527**	**7.091**
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-57	-57
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-5	-162
=	**Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit**	**-62**	**-219**
=	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds**	**-10.589**	**6.872**
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	25.088	18.216
=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**14.499**	**25.088**

Insbesondere durch den starken Aufbau der Forderungen aus Energielieferungen und den gleichzeitigen Abbau der Verbindlichkeiten aus Energielieferungen wurde ein negativer Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit erzielt. Dies führte zu einer entsprechenden Verringerung des Finanzmittelfonds.

Kapitalstruktur

	2016	2015	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Summe Eigenkapital	3.996	4.091	-95	-2,3
Summe Fremdkapital	19.468	25.137	-5.669	-22,6
Bilanzsumme	**23.464**	**29.228**	**-5.764**	**-19,7**

	%	%
Eigenkapitalquote	17,0	14,0
Fremdkapitalquote	83,0	86,0

Das Anlagevermögen der Quantum ist in voller Höhe durch das Eigenkapital gedeckt.

2.5 Liquidität

Die Quantum verfügte im Geschäftsjahr 2016 stets über ausreichende Liquidität. Der eingerichtete Dispositionskredit wurde nicht in Anspruch genommen.

2.6 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Quantum hat sich auf gutem Niveau stabilisiert. Die Eigenkapitalquote stieg aufgrund der gesunkenen Bilanzsumme auf 17,0 %. Der ausgewiesene Jahresverlust wird planmäßig durch die Inanspruchnahme der gebildeten Gewinnvorträge aus den Jahresergebnissen 2013 und 2014 ausgeglichen. Die freien Rücklagen sind weiterhin in Höhe von 3,2 Mio. € vorhanden. Bei einem Verkauf der eigenen Anteile können die freien Rücklagen auf den Zielwert von 3,5 Mio. € aufgefüllt werden.

2.7 Organisation

Im Jahr 2016 waren alle Bereiche der Quantum mit 32 qualifizierten Mitarbeitern planmäßig besetzt.

3. Risikobericht, Prognose- und Chancenbericht

3.1 Risikobericht

Die Quantum GmbH wurde gegründet, um ihren Gesellschaftern und Kunden einen transparenten, effizienten, Synergie nutzenden Zugang zu den Beschaffungsmärkten des Energie - Großhandelsmarktes zu ermöglichen. Satzungsgemäß können Gesellschafter nur Unternehmen werden, die zu mindestens 50 % in kommunalem Eigentum stehen.

Die gute Bonität der Gesellschafter erleichtert das Management der Kreditrisiken aus Energiebeschaffung und Energiepreissicherung. Für die in den letzten Jahren nachhaltige Abwärtsentwicklung und zuletzt beobachtete starke Schwankung der Preise begehren die Lieferanten Sicherheiten für ihr Wiederabsatz- und Zahlungsausfallrisiko.

Das Besicherungskonzept zur Verstärkung der Eigenbonität der Quantum wurde überprüft und gefestigt. Bei Bedarf stehen ein oder mehrere Gesellschafter als Sicherheitengeber zur Verfügung. Das für Quantum bei Drittbürgschaftgebern abrufbare Besicherungsvolumen konnte auf dem bestehenden Niveau fortgeführt werden.

Das wesentliche Merkmal des Geschäftsmodells besteht darin, dass keine Marktpreisrisiken von der Quantum getragen werden. Auf dieser Grundlage entwickelt die Quantum die ihren Gesellschaftern und Kunden angebotenen Produkte weiter. Die Optimierung am Spotmarkt wurde im Berichtsjahr aufgenommen. Dabei bestimmt die Quantum in eigener Verantwortung über den günstigsten Zeitpunkt der Glattstellung. Unverändert hält die Quantum GmbH keine Termin-Positionen am Markt auf eigenes Risiko und gibt Energie zu den am Markt erzielten Konditionen an die Gesellschafter und Partner weiter. Diese erhalten damit Zugriff auf die Großhandelspreise ohne Margenaufschläge. Die Betriebskosten der Quantum werden durch Dienstleistungsentgelte finanziert, über deren Höhe die Gesellschafterversammlung im Zuge der Wirtschaftsplanung beschließt.

Rechtliche Risiken begrenzt Quantum durch standardisierte Rahmenvertragswerke mit den Marktpartnern, die weitestgehend kongruent bzw. spiegelbildlich gegenüber den Kunden ausgestaltet sind. Im operativen Vertragsmanagement standen die Abschlüsse neuer Standardbeschaffungsverträge (EFET oder individuelle Rahmenverträge) an. Im Risikohandbuch der Quantum sind die Grundsätze für die risikobewusste Ausgestaltung des Geschäftsbetriebs beschrieben.

Die Umsetzung überwacht das Risikokomitee, das aus Vertretern der Gesellschafter, der Geschäftsführung und dem für Risikomanagement zuständigen Geschäftsleiter der Quantum besteht. Alle wesentlichen Entwicklungen der Quantum erfolgen in enger Abstimmung mit dem Risikokomitee, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung.

Für die Quantum GmbH wesentliche Risiken liegen weiterhin im operativen Bereich. Zur Minimierung von Risiken bei der Bearbeitung - insbesondere von Beschaffungsvorgängen - sind die wesentlichen Prozesse mit Kontrollschritten dokumentiert; diese werden ständig weiterentwickelt. Die eingesetzten IT-Systeme werden ebenfalls ständig weiter entwickelt und entsprechen den aktuellen Markt- und Regulierungsanforderungen. Wiederkehrende unabhängige Audits bestätigen Quantum die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems nach dem IDW PS 951 neue Fassung.

Ausblick regulatorische Rahmenbedingungen

Die europäischen und nationalen Aufsichtsbehörden für den Finanz- und den Energiesektor gewinnen schrittweise mehr Kontrolle und Einblick in die Märkte. Davon wird auch weiterhin die Tätigkeit der Quantum auf dem Energiemarkt, insbesondere der Großhandel mit elektrischer Energie, Erdgas und Treibhaus-Emissionsrechten betroffen sein. Der Schwerpunkt wird sich weiter auf die praktische Ausgestaltung der Gesetzesnormen und des für die Markttransparenz notwendigen Meldewesens verlagern.

3.2 Prognosebericht / Chancenbericht

Wirtschaftliche Aussichten

Die Quantum rechnet mit weiterhin niedrigen Preisen an den Energiemärkten, sodass insgesamt mit Erlösen geplant wird, die die 400 Mio. € Grenze nicht überschreiten werden.

Die Gesellschaft beobachtet fortlaufend die sich ändernden Rahmenbedingungen im Hinblick auf die möglichen direkten und indirekten Einflüsse auf den Geschäftsbetrieb. Nach Analyse und Bewertung werden bei erfolgsversprechenden Handlungsfeldern entsprechende Produktentwicklungsprozesse angestoßen. Diese laufende Überprüfung und Ergänzung des Produktportfolios stellt die maßgebliche Basis für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft dar. Für die Folgejahre wird ein moderates Wachstum sowohl bei der Anzahl der Verträge als auch bei den erlösten Dienstleistungsentgelten angestrebt.

Im Sommer 2016 haben die Gremien sowohl der Quantum als auch der EEGmbH beschlossen, dass die jeweiligen Geschäftsführungen alle notwendigen Maßnahmen zu treffen haben, um eine gesellschaftsrechtliche Verflechtung der beiden Unternehmen beschlussreif vorzubereiten.

In diesem Zusammenhang wurde mit Wirkung zum 1. Juli 2016 der Geschäftsführer der EEGmbH, Herr Hubert Tschuschke, neben seiner bisherigen Aufgabe zum Geschäftsführer der Quantum GmbH bestellt. Ebenso wurde der Geschäftsführer der Quantum, Herr Dirk Hardt, neben seiner bisherigen Aufgabe zum Geschäftsführer der EEGmbH bestellt. Beide Geschäftsführer sind in beiden Unternehmen jeweils zusammen vertretungsberechtigt. Es wird ein Geschäftsverteilungsplan angewendet.

Die Umsetzung des Kooperationsprojektes wird das Wirtschaftsjahr 2017 noch belasten. Die Wirtschaftsplanung der Quantum für das Jahr 2017 geht von einem negativen „Ergebnis vor Steuern“ in Höhe von -152 T€ aus. Der aktualisierte Forecast für das Jahr 2018 sieht für das fusionierte Unternehmen zum Zeitpunkt der Berichtserstellung ein positives „Ergebnis vor Steuern“ von +33,9 T€ vor.

Mit der Liberalisierung der Energiemärkte hat sich die Anzahl der Marktrollen und Marktteilnehmer vervielfacht. Sowohl die Sparte Strom als auch die Sparte Gas unterliegt zwischenzeitlich dem vollen Wettbewerb nicht nur auf der Großhandelsseite, sondern auch im Endkundenmarkt. Das eröffnet für kommunale Versorgungsunternehmen regional aber auch überregional vertrieblich die Chance, neue Kunden für Energielieferungen und Dienstleistungen zu akquirieren.

Der gesellschaftspolitisch gewollte Umbau der Energieversorgung in Deutschland ("Energiewende") setzt die gesamte Branche in Zugzwang. Auf die kommunalen Versorgungsunternehmen wird im neuen Marktdesign weitere Verantwortung zukommen, die bei fairen Rahmenbedingungen wesentlich mehr Chancen eröffnet, als Risiken mit sich bringt.

Zur Abbildung der komplexen Anforderungen werden sich jedoch kleine und mittlere Versorgungsunternehmen Dritter bedienen oder über Kooperationen Synergieeffekte erzielen müssen.

Durch die jahrelange Erfahrung bei Dienstleistungen für Energieversorgungsunternehmen und die Stärkung durch die Kooperation mit der EEGmbH sieht sich die Quantum für die neuen Anforderungen im Markt gut positioniert und erwartet für ihre Dienstleistungen eine steigende Nachfrage.

Weiterhin im Fokus stehen bei der Quantum die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen für Kunden. Durch eine stetige Weiterentwicklung der IT-Systeme, Fortbildung der Mitarbeiter und organisatorische Anpassungen von Prozessen und Strukturen ist die Quantum auf kommende Herausforderungen gut vorbereitet.

Energie für Morgen (EFM)

Unter der Marke EFM ("Energie für morgen") hat die Quantum GmbH zusammen mit der EEGmbH eine offene Innovations-Plattform für die Energiebranche ins Leben gerufen. Diese Plattform soll innovativen Stadtwerken und Energie-Unternehmen den Zugang zu einer kollaborativen Gemeinschaft von wegweisenden Partnern ermöglichen, um gemeinsam an neuen, wertschöpfenden und zukunftssicheren Geschäftsmodellen arbeiten zu können.

Die EFM-Innovations-Plattform besteht einerseits aus einem stetig wachsendem Netzwerk von inzwischen über 100 digital verbundenen Personen und Meinungsbildnern aus etablierten (Energie-)Unternehmen, Start-ups, Acceleratoren, Tecnologie- und Beratungsunternehmen sowie aus Forschungsinstitutionen.

Andererseits wird im Rahmen der EFM-Innovations-Plattform an konkreten Projekten gearbeitet. So entwickelte das EFM-Team in enger, agiler Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Kempen sowie dem EFM-Netzwerk ein Mieterstrom-Projekt für die Wohnungsbau-Branche. Gemeinsam mit dem Start-up logarithmo GmbH & Co. KG wurde ein cloud-basiertes Risiko-Analyse-Tool erstellt und mit Studenten der School of Design Thinking (dschool) des Potsdamer Hasso-Plattner-Instituts wurde ein 14-wöchiges Projekt gestartet, das sich mit den Möglichkeiten der Rückgewinnung von "Energie-Prosumenten" durch Stadtwerke beschäftigen wird.

Im Dezember 2016 haben die Gesellschafter der Quantum GmbH zudem beschlossen, die EFM-Initiative in 2017 mit dezidierten, finanziellen Mitteln auszustatten, um die bisherige Arbeit erfolgreich weiter führen zu können.

Kunden-Portal

Der weitere Ausbau des Quantum-Portals konzentriert sich in 2017 auf die Umsetzung verschiedener Kundenwünsche. Schwerpunkte sind dabei die inhaltliche Erweiterung der Portfolioberichte, ein verbesserter Ablauf zwischen Online-Kalkulation und Online-Bestellung sowie die Darstellung von monatsgenauen Berichten.

Gesellschafterangelegenheiten

Die Kooperationspartner Quantum GmbH und EEGmbH verfolgen den Weg einer weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit und bereiten eine gesellschaftsrechtliche Zusammenführung vor. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass sich im kommenden Jahr mehrere Gesellschafter der EEGmbH an der Quantum GmbH beteiligen werden.

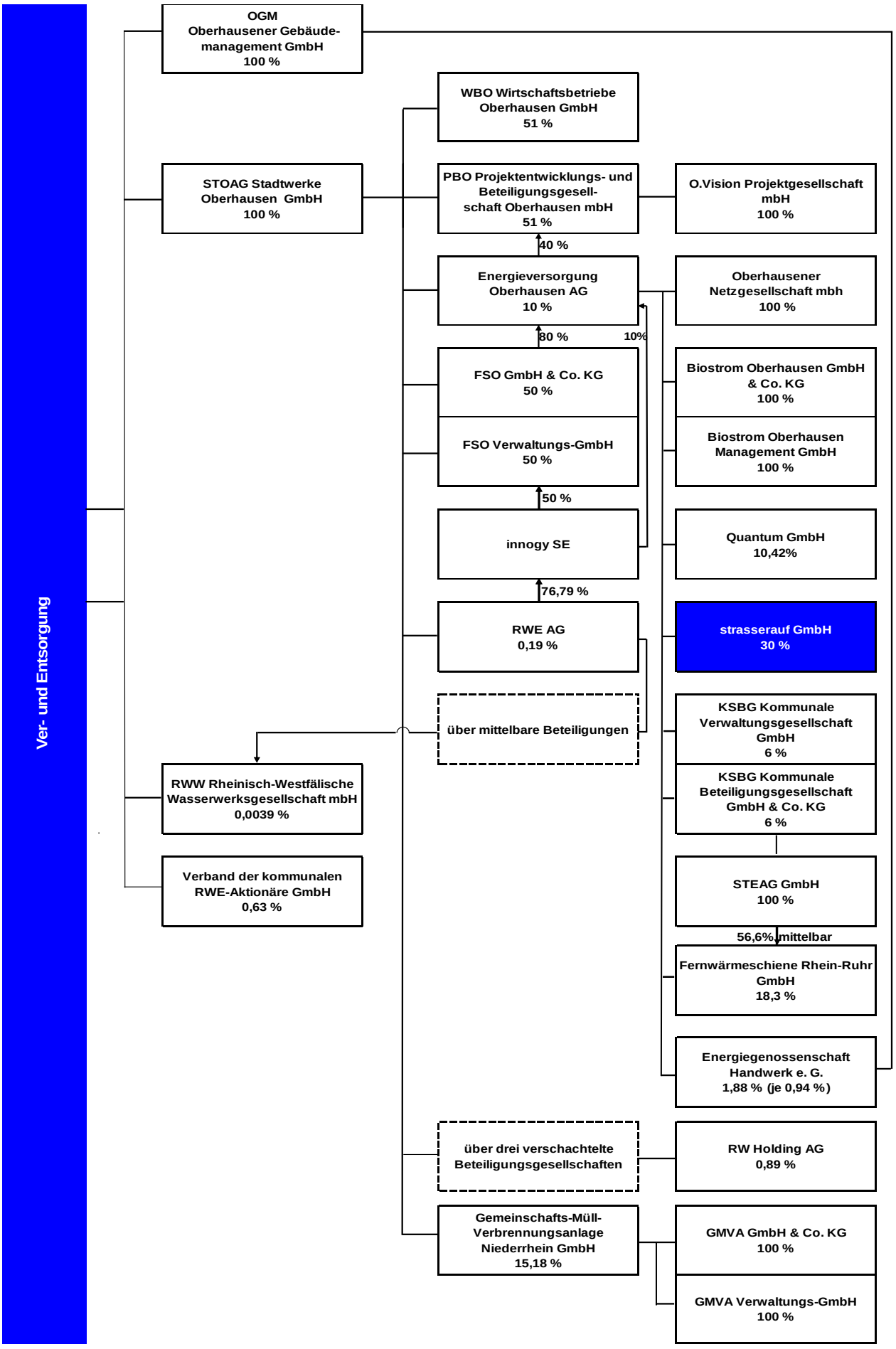
Organisation

Die Quantum hat zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 einen Personalbestand von 28 (Vollzeit-) Mitarbeitern. Die in 2016 durchgeführten organisatorischen Veränderungen in den Abteilungen Frontoffice, Optimierung und Operations sind damit vorläufig abgeschlossen. Die Geschäftsführung behält sich jedoch vor, aufgrund aktueller Entwicklungen im Markt der Gesellschafterversammlung Vorschläge für eine angemessene Weiterentwicklung der Organisation zu unterbreiten.

Düsseldorf, 30. März 2017

Quantum GmbH

Dirk Hardt / Hubert Tschuschke
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

strasserauf GmbH

Die Gesellschaft wurde zum 31.12.2016 aufgelöst.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	7,50	30,00
Energie Nordeifel GmbH & Co.KG	2,50	10,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	7,50	30,00
Stadtwerke Duisburg AG	7,50	30,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb und der Handel mit Energie vorrangig in den Vertriebsgebieten der Gesellschafter sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Energieversorgung im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen. Die Produkte und Dienstleistungen sollen das Leistungsspektrum der Gesellschafter und damit der mittelbar beteiligten Kommunen ergänzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Mucke, Arnd
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	148,47	12,2	92,52	51,5	80,36	34,5	-12,16	-13,14
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.072,39	87,8	87,29	48,5	152,42	65,5	65,13	74,61
Bilanzsumme	**1.220,85**	**100,00**	**179,81**	**100,00**	**232,78**	**100,00**	**52,97**	**29,46**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Rückstellungen	44,33	3,6	6,50	3,6	56,37	24,2	49,87	767,23
Verbindlichkeiten	1.176,52	96,4	173,31	96,4			-173,31	-100,00
Bilanzsumme	**1.220,85**	**100,00**	**179,81**	**100,00**	**232,78**	**24,22**	**52,97**	**29,46**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0,00	0,00	
sonstige betriebliche Erträge	11,43	1,25	0,52
Materialaufwand	21,70	-1,78	-0,32
sonstige betriebliche Aufwendungen	25,97	17,98	20,27
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,25	0,04	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-36,00	-14,91	-19,43
außerordentliche Erträge	1.000,00	1.000,00	
außerordentliches Ergebnis	1.000,00	1.000,00	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			45,70
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	964,00	985,09	-65,13
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	964,00	985,09	-65,13

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	#DIV/0	#DIV/0		%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	964,00	985,09	-65,13	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	#DIV/0	#DIV/0	#DIV/0	T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e.) Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft und damit nach dem HGB nicht zur Aufstellung eines Lageberichts verpflichtet. Ein Lagebericht ist jedoch nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags in entsprechender Anwendung der Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften aufzustellen.

Der Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf.

Nach der Gründung der strasserauf GmbH (strasserauf) im September 2009 startete am 22. Oktober 2009 der Online-Stromvertrieb von strasserauf an private Endkunden. strasserauf liefert ausschließlich Ökostrom aus vom TÜV-Süd zertifizierter Schweizer Wasserkraft. Neben hoher Transparenz und einer fairen Preisgestaltung sollte durch innovative Produktmerkmale das Leistungsspektrum der Gesellschafter und damit der mittelbar beteiligten Kommunen ergänzt werden. Im stark umkämpften wettbewerblichen Strommarkt sollte strasserauf zudem als Erfahrungsfeld fungieren und die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschafter sichern.

Entsprechend dem Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 3. Mai 2011 wurde der Geschäftsbetrieb von strasserauf unter Einsatz von eigenem Personal zum 31. Dezember 2011 eingestellt.

Vorrangiges Ziel des Geschäftsjahres 2016 war die ordnungsgemäße Abwicklung der Einstellung des operativen Geschäfts, die Verwaltung der Unternehmenshülle und die Auflösung der Gesellschaft zum 31.12.2016.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Seit dem Jahr 2010 wird der Jahresabschluss in Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt.

Das Geschäftsjahr 2016 wurde maßgeblich durch die Folgen der Abwicklung und Einstellung des operativen Betriebes zum 31. Oktober 2012 beeinflusst. Das Jahresergebnis schließt mit einem Fehlbetrag von 65 TEUR ab. Dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 152 TEUR stehen Gesellschafterdarlehen in Höhe von 173 TEUR gegenüber, die im Rang hinter sämtlichen Verbindlichkeiten zurückstehen.

	2016 Ist	**2015 Ist**	**Abweichung**
Umsatz in TEUR	**0**	0	0
Jahresergebnis in TEUR	**-65**	985	-1.050

Im Berichtszeitraum wurden keine Investitionen vorgenommen. Die Liquidität der Gesellschaft war durch die Bereitstellung eines Gesellschafterdarlehens zu jedem Zeitpunkt gesichert. Hauptziel des Finanzmanagements des Unternehmens ist auch weiterhin die Sicherstellung der Unternehmensliquidität. Diese ist durch vertraglich zugesagte und abgerufene Gesellschafterdarlehen, sowie durch die Auflösung der Gesellschaft zum 31.12.2016 gesichert. Ein mögliches Liquiditätsrisiko besteht hinsichtlich der Rechtssicherheit zur steuerlichen Behandlung im Zeitraum der Liquidation.

Aufgrund der Unternehmensgröße ist ein formales Risikomanagementsystem nicht implementiert. Die Geschäftsführung wurde in 2016 kontinuierlich über vorliegende Erkenntnisse in allen Bereichen durch regelmäßige stattfindende Sitzungen informiert. Falls notwendig wurden risikobegrenzende Maßnahmen in diesen Sitzungen besprochen, festgelegt und die Risiken in ihrer Entwicklung verfolgt. Auf diese Weise wurde die Risikoerfassung eng mit dem bestehenden Controlling-Prozess verbunden.

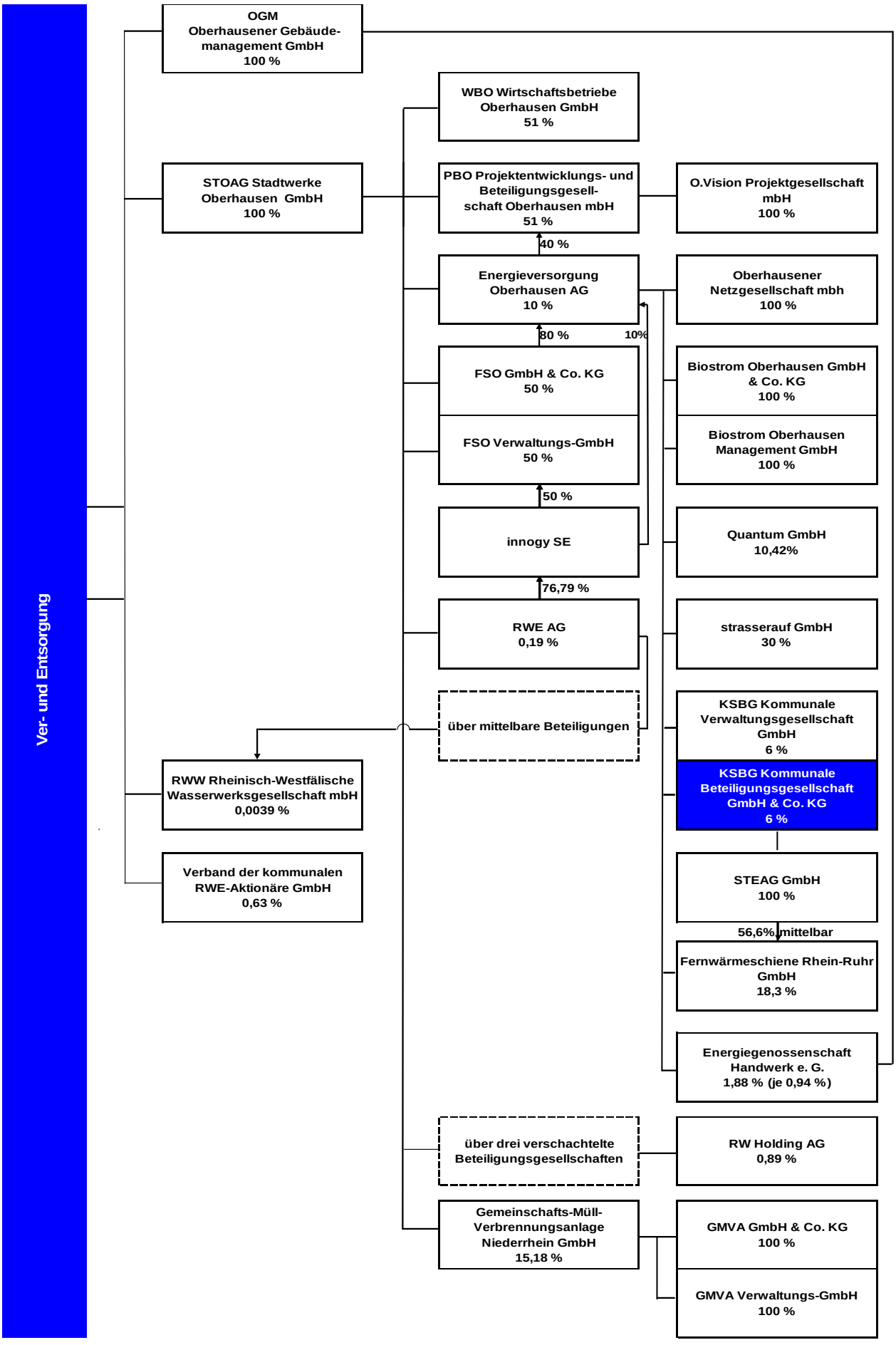
Ausblick

Die aktive Geschäftstätigkeit mit eigenem Personal wurde zum 31. Dezember 2011 eingestellt. Die operative Führung des ab dem 1. Januar 2012 weiter notwendigen Geschäftsbetriebs der strasserauf zur Überleitung der Kunden auf die evo AG hat die evo AG mit Wirkung zum 1. Januar 2012 übernommen. Zum 01. November 2012 wurden die Kunden auf die evo AG übergeleitet. Die ordnungsgemäße Einstellung des operativen Geschäfts schließt auch die finanziellen Verpflichtungen der Gesellschafter über den 31. Dezember 2013 hinaus ein. Auf die Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens wurde durch entsprechende Erklärungen der Gesellschafter gestaffelt bis zum Jahr 2015 verzichtet. Die Liquidität der Gesellschaft war für 2016 aus den vorhandenen liquiden Mitteln gesichert, da das operative Geschäft in 2012 auf die evo AG übergegangen ist und die Gesellschafter auf die Verzinsung Ihres Gesellschafterdarlehens verzichten. Eine entsprechende Zinsverzichtsvereinbarung wurde im Jahr 2012 verabschiedet.

Im Gesellschafterbeschluss vom 01.12.2016 wurde die Gesellschaft zum 31.12.2016 einstimmig aufgelöst. Diese wurde im Bundesanzeiger am 19.01.2017 veröffentlicht. Zum Liquidator wurde der bisherige Geschäftsführer Herr Arnd Mucke bestellt.

Düsseldorf, 18. April 2017

strasserauf GmbH i.L.
Liquidator


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 27-37
45128 Essen

Kontakt:

Telefon 0201/801-1280
e-Mail info-ksbg@ksbg-gmbh.de
Internet www.stadtwerke-konsortium.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	0,18	18,00
Dortmunder Stadtwerke AG	0,18	18,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	0,06	6,00
Stadtwerke Bochum GmbH	0,18	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	0,06	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	0,19	19,00
Stadtwerke Essen AG	0,15	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Evonik Steag GmbH als Unternehmen der Energieversorgung, die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern und der Evonik Steag GmbH, sowie die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
STEAG GmbH	128.000,00	100,00
mittelbar	**T€**	**%**
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	63,13	63,13
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	4.160,00	26,00
STEAG Fernwärme GmbH	20.500,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		**2015**		**2016**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.097.290,39	85,1	1.096.575,31	85,0	991.413,84	88,8	-105.161,47	-9,59
Umlaufvermögen	187.252,87	14,5	189.387,51	14,7	121.197,20	10,9	-68.190,31	-36,01
Rechnungsabgrenzungsposten	5.604,68	0,4	4.628,82	0,4	3.659,20	0,3	-969,62	-20,95
Bilanzsumme	**1.290.147,94**	**100,00**	**1.290.591,64**	**100,00**	**1.116.270,24**	**100,00**	**-174.321,40**	**-13,51**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	526.874,97	40,8	549.936,29	42,6	405.300,02	36,3	-144.636,27	-26,30
Rückstellungen	18.514,36	1,4	17.282,73	1,3	12.901,13	1,2	-4.381,60	-25,35
Verbindlichkeiten	744.758,61	57,7	723.372,63	56,0	698.069,09	62,5	-25.303,54	-3,50
Bilanzsumme	**1.290.147,94**	**100,00**	**1.290.591,64**	**100,00**	**1.116.270,24**	**100,00**	**-174.321,40**	**-13,51**

bb) GuV

	2014	**2015**	**2016**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.396,69	1.304,80	1.135,75
sonstige betriebliche Erträge	41,55	28,06	12.157,49
Materialaufwand	897,77	758,07	608,82
Abschreibungen	88,42	88,42	53.973,24
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.053,43	3.807,17	5.057,19
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	86.032,00	80.175,00	55.035,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.133,92	1.287,61	1.566,73
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens			105.100,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	22.579,93	21.252,69	22.047,23
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	58.984,60	56.889,13	-116.891,51
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.169,29	2.827,11	-3.255,89
sonstige Steuern	8.010,61	0,69	0,64
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	49.804,71	54.061,32	-113.636,27
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	49.804,71	54.061,32	-113.636,27

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3.565,92	4.143,26	-10.005,41	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,44	10,90	-21,90	%
Cash-Flow:	49.893,12	54.149,74	45.436,98	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	#DIV/0	#DIV/0	#DIV/0	T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,13	0,12	0,14	%
Eigenkapitalquote:	40,84	42,61	36,31	%
Fremdkapitalquote:	59,16	57,39	63,69	%

e.) Lagebericht

Bei diesem Lagebericht handelt es sich um einen zusammengefassten Lagebericht für die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG) und ihre Tochterunternehmen (zusammen „KSBG-Konzern“) und die KSBG KG. Auf die wirtschaftliche Entwicklung der KSBG KG wird in einem gesonderten Abschnitt eingegangen. Der Konzernabschluss wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und der Einzelabschluss nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

Grundlagen des KSBG-Konzerns
Geschäftstätigkeit und Struktur

Geschäft

Die KSBG KG ist ein Konsortium aus sieben deutschen Stadtwerke-Gesellschaften der Rhein-Ruhr-Region. Gegenstand des Unternehmens ist neben der Beteiligung an der STEAG GmbH und der Erbringung von Dienstleistungen gegenüber Gesellschaftern und der STEAG GmbH insbesondere die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung. Dieser öffentliche Zweck wurde mit der Beteiligung an der STEAG GmbH erreicht. Darüber hinaus betreibt die KSBG KG drei dezentrale Energieerzeugungsanlagen.

Mit Kaufvertrag vom 17./18. Dezember 2010 hat die KSBG KG insgesamt 51,0 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH von der Evonik Industries AG (Evonik) sowie der RBV Verwaltungs-GmbH (RBV), einem 100-prozentigen Tochterunternehmen der Evonik, erworben. Der Vollzug des Kaufvertrags (Closing) ist am 2. März 2011 erfolgt. Somit ist die KSBG KG gem. § 290 HGB zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet, in den neben der STEAG GmbH alle wesentlichen in- und ausländischen Tochterunternehmen einbezogen werden.

Im Geschäftsjahr 2014 hat die KSBG KG die mit RBV vertraglich vereinbarte Call-Option ausgeübt und mit Kaufvertrag vom 29. August 2014 die verbleibenden 49,0 Prozent an der STEAG GmbH erworben. Mit dem wirtschaftlichen Übergang am 5. September 2014 ist die KSBG KG Alleingesellschafterin der STEAG GmbH.
Da die KSBG KG im Wesentlichen Holdingfunktionen ausübt, wird die Tätigkeit des KSBG-Konzerns durch die Tätigkeit der STEAG GmbH und ihrer Tochtergesellschaften bestimmt. Darüber hinaus nutzt die KSBG KG im Wesentlichen die bei der STEAG GmbH eingerichteten Prozesse und Systeme, um die Geschäftstätigkeit des Konzerns zu überwachen. Hierzu zählen beispielweise Risiko- und Finanzmanagement sowie weitere kaufmännische Prozesse.

Der KSBG-Konzern ist ein international tätiges Unternehmen, das seinen Kunden integrierte Lösungen im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung sowie technische Dienstleistungen anbietet. Zu den Kernkompetenzen gehören Planung, Realisierung und Betrieb sowohl von Großkraftwerken als auch von dezentralen Anlagen, die kraftwerksbasierte Stromvermarktung sowie mit der Kraftwirtschaft verbundene technische Dienstleistungen. Grundlagen für die Strom- und Wärmeerzeugung sind neben Spezialbrennstoffen sowohl fossile Brennstoffe als auch Erneuerbare Energien.

Erzeuger konventioneller Energien

Als einer der größten Stromerzeuger Deutschlands verfügt der KSBG-Konzern über eine installierte Leistung von insgesamt 10.130 Megawatt elektrisch (MW), davon allein rund 8.000 MW in Deutschland.

In Deutschland betreibt der KSBG-Konzern Kraftwerke an neun Standorten sowie über 200 dezentrale Anlagen zur Energieerzeugung aus Erneuerbaren Energien bzw. dezentrale Anlagen für die Industrie und zur Wärmeversorgung.

Im Ausland betreibt der KSBG-Konzern eigene Kraftwerke in Kolumbien, auf den Philippinen und in der Türkei und arbeitet hierbei eng mit lokalen Partnern zusammen. Das türkische Kraftwerk in Iskenderun ist der größte ausländische Kraftwerksstandort des KSBG-Konzerns und hat eine installierte Leistung von 1.320 MW.

Die deutsche Energiewirtschaft befindet sich nach der politisch determinierten Energiewende in einem umfassenden Transformationsprozess. Der privilegierte und forcierte Ausbau Erneuerbarer Energien führt zu einem Preisverfall an den Strombörsen und stellt somit alle Energieunternehmen mit konventionellen Erzeugungsanlagen vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen. Dies macht eine Überprüfung der aktuellen Geschäftstätigkeit erforderlich. Insbesondere steht der Weiterbetrieb einzelner Kraftwerke auf dem Prüfstand. Fünf Blöcke an vier Standorten wurden 2016 zur Stilllegung angemeldet.

Bereits 2015 hatte der RWE-Konzern die Stilllegung des Kraftwerks Voerde, an dem beide Konzerne gemeinschaftlich beteiligt waren, zum 1. Oktober 2016 gegenüber dem KSBG-Konzern gefordert. Über die kartellrechtliche Wirksamkeit dieses Verlangens bestand Uneinigkeit. Im KSBG-Konzern wurde der Erhalt des Standortes angestrebt. Das sich seit Ankündigung der Stilllegung nochmals deutlich verschlechterte Strompreisniveau ließ jedoch einen dauerhaft wirtschaftlichen Betrieb der beiden Kraftwerksblöcke Voerde A und B nicht mehr zu. So wurde zwischen der RWE Generation SE und der STEAG GmbH die Vereinbarung getroffen, dass RWE Generation SE die eigenständige unternehmerische Entscheidung für die Blöcke Voerde A und B erhält und auf dieser Basis Einsatz, Instandhaltung und Laufzeit festlegt. Die beiden Blöcke sind mit Wirkung zum 1. Juli 2016 in den Auslaufbetrieb gegangen und werden am 31. März 2017 stillgelegt.

Daneben sind die STEAG GmbH und die RWE Generation SE über das Gemeinschaftskraftwerk Bergkamen A beschränkt haftende OHG gemeinschaftlich am Steinkohlekraftwerk Bergkamen beteiligt. Im Zuge der Verhandlungen mit dem RWE-Konzern wurde der STEAG GmbH das Recht eingeräumt, die Anteile der RWE Generation SE an der Gesellschaft zum 01. Januar 2019 zu übernehmen.

Erzeuger Erneuerbarer Energien

Im Jahr 2016 hat der KSBG-Konzern sein Engagement im Bereich Erneuerbare Energien weiter verstärkt. Die französischen Windparks Hauteville und Cormainville mit einer elektrischen Leistung von 27 MW bzw. 17,5 MW befinden sich seit September 2016 im Betrieb.

Durch den konsequenten Ausbau der letzten Jahre verfügt der KSBG-Konzern zum 31. Dezember 2016 über eine installierte Leistung von insgesamt rund 800 MW auf Basis erneuerbarer und dezentraler Erzeugung.

Kompetenter Handelspartner

Auf der Grundlage langjähriger Erfahrung im Strom-, Kohle- und CO_2-Geschäft hat der KSBG-Konzern nicht nur ein breites Produkt- und Dienstleistungsportfolio geschaffen, sondern auch eine hohe Handelskompetenz aufgebaut. Dazu zählen die Beschaffung und Vermarktung von Strom, Brennstoffen und CO_2-Emissionsberechtigungen ebenso wie die Kapazitäts- und Energievermarktung von Strom, Wärme und Dampf. Daneben ist der KSBG-Konzern einer der führenden Importeure und Vermarkter für Steinkohle in Deutschland. Das Unternehmen importiert Steinkohle aus den wichtigsten Produzentenländern für die Versorgung sowohl der KSBG-Kraftwerke als auch für Drittkunden.

Professioneller Dienstleister

Energiedienstleistungen gewinnen im KSBG-Konzern zunehmend an Bedeutung. Der KSBG-Konzern hat sich über Jahrzehnte eine große Expertise in der Modernisierung bestehender Verstromungsanlagen erarbeitet und gilt heute als einer der führenden Anbieter von Lösungen für eine maßgeschneiderte Energieversorgung, die umweltfreundlich und zugleich wirtschaftlich ist.

So ist der KSBG-Konzern nicht nur Vorreiter bei effizienten Technologien zur Steinkohleverstromung, die sich durch einen hohen Wirkungsgrad und Ressourcenschonung auszeichnen, sondern darüber hinaus auch Spezialist in der Optimierung der gesamten Wertschöpfungskette innerhalb des Kraftwerksprozesses. Auch in der Verwertung und Vermarktung von Reststoffen aus Steinkohlekraftwerken ist der KSBG-Konzern in Europa stark positioniert.

Führend ist der KSBG-Konzern in der EU in der Erzeugung von Strom und Wärme aus Grubengas und in Deutschland im Bereich der geothermischen Wärmegewinnung. Zudem ist der KSBG-Konzern einer der größten Fernwärmeversorger und Contracting-Anbieter sowie Betreiber von Biomasse-Heizkraftwerken in Deutschland.

Professionelle Engineering- und Betreiberlösungen für alle Bereiche der Energieerzeugung gehören zum Kompetenzfeld des KSBG-Konzerns. Dafür sind die Ingenieure der Tochtergesellschaft STEAG Energy Services GmbH international im Einsatz zum Beispiel in Brasilien, Botswana, Rumänien, der Türkei, der Schweiz, den USA und Indien, wo die STEAG Energy Services (India) Pvt. Ltd. mit rund 1.000 Mitarbeitern die personalstärkste ausländische Tochtergesellschaft des KSBG-Konzerns ist.

Partner der Energiewende

Als aktiver Partner der Energiewende in Deutschland steht der KSBG-Konzern für einen ganzheitlichen Blick auf den Wandel in der Energiewirtschaft.

Neben der Speicherung von Energie zwecks Flexibilisierung der Stromversorgung sind die effiziente Bündelung und Vermarktung dezentraler Anlagen sowie die konsequente Einbeziehung des Wärmemarktes in die Umsetzung der Energiewende wesentliche Elemente für deren Gelingen. Der KSBG-Konzern fokussiert sich in Deutschland auf diese Schwerpunktthemen.

Integriertes Geschäftsmodell

Die KSBG KG mit Sitz in Essen ist das Mutterunternehmen des KSBG-Konzerns. Sie hält 100,0 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH mit Sitz in Essen. Diese wiederum hält direkt und indirekt die Anteile an den zum Konzern gehörenden Tochterunternehmen. Die KSBG KG hat Leitlinien für die Gesellschaften der STEAG-Gruppe entwickelt. Hierauf basierend obliegt der STEAG GmbH die strategische und operative Leitung der Unternehmensbereiche des Konzerns, bestehend aus dem Unternehmensbereich Kraftwirtschaft (Geschäftsbereiche Kraftwerke (Erzeugung und Handel), Fernwärme, Power Minerals, Energy Services, Technischer Service) sowie dem Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen (Geschäftsbereich New Energies, ab 2017 zusätzlicher Geschäftsbereich Waste to Energy). Diese Stammhausorganisation entspricht dem integrierten Geschäftsmodell des KSBG-Konzerns.

Im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft bildet das nationale und internationale Projektgeschäft die Grundlage für hochwertige technische Lösungen im Kraftwerksbetrieb. Im Geschäftsbereich Kraftwerke sind der Bereich Trading & Optimization (T&O) für die Vermarktung der Stromprodukte und der Bereich Erzeugung für den Betrieb von Kraftwerken des KSBG-Konzerns verantwortlich.

Die deutschen Erzeugungsaktivitäten werden ergänzt durch den Geschäftsbereich Fernwärme, durch den Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen erfolgreich vermarktet wird.

Die Reststoffe aus den deutschen sowie den ausländischen Erzeugungsaktivitäten wiederum werden durch den Geschäftsbereich Power Minerals wirtschaftlich vermarktet. Abnehmer ist vor allem die Zement- und Bauindustrie.

Innerhalb des Geschäftsbereichs Energy Services entwickeln STEAG-Ingenieure bereits seit Jahrzehnten Konzepte für konventionelle und erneuerbare Anlagen, planen und realisieren diese Anlagen und bieten auch im internationalen Markt Dienstleistungen sowie IT-Lösungen für die Optimierung dieser Anlagen an.

Das über Jahrzehnte gewachsene Know-how für Servicedienstleistungen mit den Schwerpunkten Instandhaltung von Kraftwerken sowie Dienstleistungen für elektrische Netze ist im Geschäftsbereich Technischer Service zusammengefasst.

Der zweite Unternehmensbereich schließlich ist der Bereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen. Hierin sind sämtliche Aktivitäten zur dezentralen Energieerzeugung (auf Basis Erneuerbarer Energien und industrielle bzw. kommunale Versorgungslösungen) gebündelt. Der Geschäftsbereich New Energies ist darauf spezialisiert, dezentrale maßgeschneiderte Energielösungen auf Basis effizienter und nachhaltiger Konzepte zu entwickeln. Neben konventionell erzeugter Energie reicht das Energieangebot von der Wind-, Bioenergie- und Grubengas- bis hin zur Geothermienutzung. Fernwärme und energetische Grubengasnutzung sind Produkte, mit denen der Bereich New Energies auch im Ausland, zum Beispiel in Polen, erfolgreich ist.

Ab dem Geschäftsjahr 2017 wird der Unternehmensbereich durch den Geschäftsbereich Waste to Energy ergänzt, nachdem im Geschäftsjahr 2016 eine Einigung über den vollständigen Erwerb der beiden Müllverbrennungsanlagen Industriekraftwerk Rüdersdorf und T.A. Lauta der strategische Eintritt in den Waste to Energy Markt erfolgt ist.

Organisatorische Veränderungen

Im Jahr 2016 wurden die gesellschaftsrechtlichen Strukturen im KSBG-Konzern optimiert. Die Anteile an der STEAG Energy Services GmbH, der STEAG Power Minerals GmbH sowie der STEAG Fernwärme GmbH wurden durch die STEAG GmbH im Wege einer Sacheinlage in die STEAG 2. Beteiligungs-GmbH eingebracht. Für alle Gesellschaften ist über Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge eine Einbindung in die im Konzern bestehende steuerliche Organschaft sichergestellt. Zusätzlich wurde die RAG Saarberg GmbH auf die STEAG 2. Beteiligungs-GmbH verschmolzen. Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2017 wird zudem die STEAG Power Saar GmbH auf die STEAG 2. Beteiligungs-GmbH rückwirkend verschmolzen, welche anschließend die Beteiligungen an der STEAG Netz GmbH sowie der Fernwärme-Verbund Saar GmbH hält.
Die geplante Verschmelzung der STEAG Powitec GmbH mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2017 auf die STEAG Energy Services GmbH gilt der Bündelung der operativen Aktivitäten im Inland.

Die genannten Maßnahmen führen zu Einsparungen interner und externer Kosten. Darüber hinaus prüft der KSBG-Konzern fortwährend Abläufe und Prozesse in der Verwaltung.

Neue wesentliche Verträge

Die STEAG Power Minerals GmbH und die HAWAR Group aus Doha (Katar) haben im Rahmen konstruktiver Gespräche eine langfristige strategische Kooperation vereinbart. Die Geschäftsbeziehungen mit der HAWAR Group umfassten bisher vor allem die Entsorgung von Flugasche aus Kraftwerken in Indien sowie die internationale Vermarktung von Flugasche in der Golfregion. Dabei hat sich die HAWAR Group als verlässlicher, gut vernetzter Partner bewährt und stellt eine Ergänzung zu den Kompetenzen der STEAG Power Minerals GmbH dar. Das Potenzial dieser Geschäftsbeziehung wurde bereits 2015 konsequent weiter entwickelt. Um die internationale strategische Ausrichtung der STEAG Power Minerals GmbH weiter voranzutreiben und vom internationalen Netzwerk der HAWAR Group, insbesondere im Nahen Osten, zu profitieren, wurde 2016 eine langfristige Partnerschaft mit einer Minderheitsbeteiligung der HAWAR Group von 30 Prozent an der STEAG Power Minerals GmbH realisiert. Darüber hinaus wurde eine Option zum Erwerb von weiteren 19 Prozent vereinbart.

An dem im Jahre 2014 in Betrieb genommenen Windpark Ullersdorf (Brandenburg) erwarb die Stadtwerke Wesel GmbH im Geschäftsjahr 2016 Anteile. Hauptanteilseigner bleibt die STEAG New Energies GmbH. Außerdem baute die STEAG New Energies GmbH im Jahr 2016 ihre Position auf dem Gebiet der dezentralen Energieerzeugung in Deutschland weiter aus, unter anderem durch die Errichtung einer Blockheizkraftwerk-Anlage für die Karlsberg Brauerei und neuer Energiezentralen für das Ford-Werk in Saarlouis und die TU Darmstadt. Darüber hinaus wurde in 2016 durch eine Tochtergesellschaft der STEAG New Energies GmbH die Mehrheit der Anteile an der Fernwärmegesellschaft Elektrocieplownia Mielec Sp. z o.o. (Polen) erworben. Elektrocieplownia Mielec Sp. z o.o. ist ein Fernwärmeversorgungsunternehmen mit einer installierten Kapazität von 160 MWth und 39 MWel. Mit der Übernahme baut die STEAG New Energies GmbH ihre Position im polnischen Wärmemarkt deutlich aus.

Die STEAG Energy Services GmbH ist erfolgreich im internationalen Wettbewerb um Energiedienstleistungen und Kraftwerksbetriebsführungen. So konnten im Geschäftsjahr 2016 zusätzlich Betriebsführungen für indische Großkraftwerke mit insgesamt rund 2.000 MW sowie für eine Gasaufbereitungsanlage in Brasilien übernommen werden.

Durch den Erwerb der beiden Müllverbrennungsanlagen Industriekraftwerk Rüdersdorf und T.A. Lauta mit einer Verbrennungskapazität von 475.000 Tonnen pro Jahr wird der KSBG-Konzern sein Portfolio durch zusätzliche grundlastfähige Erzeugungskapazitäten ergänzen. Bisher hielt die STEAG GmbH bereits 25,1 Prozent der Anteile an der Thermischen Abfallbehandlung Lauta GmbH & Co. oHG. Die Übernahme dieser Kraftwerke, die CO_2-neutral eingestuft sind, stellt einen strategischen Markteintritt in den derzeit wachsenden Waste to Energy Markt dar und erhöht den konzernweiten Anteil erneuerbarer Strom- und Wärmeproduktion. Sämtliche Aktivitäten auf dem Müllverbrennungsmarkt sind nun in der STEAG Waste to Energy GmbH gebündelt.

Die STEAG Beteiligungsgesellschaft mbH hat im Geschäftsjahr 2016 mit der Macquarie Corporate Holdings Pty Limited (Hongkong) das Gemeinschaftsunternehmen Asia Power Development Platform Joint Venture Pte. Ltd. gegründet, welches sich in der Region Südostasien auf Energieprojekte in den Bereichen Gas, Kohle, Wind, Solar, Wasserkraft und thermische Abfallbehandlung ausrichten wird. Das Joint Venture wird die gesamte Wertschöpfungskette der Projektentwicklung und -realisierung, von der Entwicklung und der Finanzierung über die Errichtung und den Betrieb von Kraftwerksprojekten sowie den Verkauf nach erfolgreicher Inbetriebnahme, bearbeiten. Aktuell werden weitere Investoren eingeworben. Die Ansprache ist erfolgt und erste Verhandlungen über den Abschluss von Term Sheets wurden aufgenommen.

Die zwischen KSBG KG und EVONIK /RBV geschlossenen Verträge über den Kauf von STEAG-Anteilen enthalten eine Freistellungsregelung (§ 14 SPA) in Bezug auf das zum Zeitpunkt des Kaufes noch nicht fertiggestellte Kraftwerk Walsum 10. Mit diesen Freistellungsansprüchen werden solche Ansprüche verrechnet, die Unternehmen des KSBG-Konzerns in diesem Zusammenhang gegen Dritte realisieren können.

Die rechtliche Auseinandersetzung der STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH (SEK) mit dem Auftragnehmer, dem Generalunternehmerkonsortium (Hitachi), bestehend aus Hitachi Ltd. und Hitachi Power Europe GmbH, wird im Rahmen eines Schiedsverfahrens, einschließlich Widerklage durch Hitachi geführt. Ende November 2016 wurde in einem Teilendschiedsspruch das Verfahren zu den wirtschaftlich wichtigsten Ansprüchen von dem nach den Regeln der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris bestellten Schiedsgericht überwiegend zu Gunsten der gemeinsamen Projektgesellschaft STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH entschieden.

Durch den Erlass des Teilendschiedsspruchs wurde ein Großteil der zuvor unklaren gegenseitigen Ansprüche zwischen KSBG KG und EVONIK /RBV unter § 14 SPA dem Grunde und der Höhe nach fixiert und damit ein für die Endabrechnung maßgeblicher Aspekt entschieden.

Vor diesem Hintergrund sowie angesichts der weiteren Risiken von Erstattungsansprüchen seitens EVONIK/RBV lag eine abschließende Einigung im Hinblick auf die Freistellungsregelung in § 14 SPA im Interesse von der KSBG KG.

Dementsprechend haben KSBG KG und EVONIK/RBV am 23. Dezember 2016 einen Vergleich geschlossen mit dem sämtliche wechselseitigen Ansprüche und Pflichten der Parteien in Bezug auf das Projekt Walsum 10 abgegolten und erledigt sind. Dabei verpflichtete sich EVONIK /RBV, einen Betrag in Höhe von 5 Millionen € an KSBG KG zu zahlen.

Strategie
Strategische Weiterentwicklung

Die Energiewende in Deutschland führt zu einem nachhaltigen Umbruch in der Energiewirtschaft. Der KSBG-Konzern hat wie die gesamte vergleichbare Energiebranche aufgrund der schwierigen Marktbedingungen seit dem Jahr 2011 signifikante Ergebniseinbußen hinnehmen müssen. Ein Trend als Folge der politisch bedingten Energiewende, der noch nicht gestoppt ist. Der KSBG-Konzern verfolgt konsequent seine strategische Ausrichtung als technologieoffener Strom- und Wärmeproduzent und Dienstleister. Der KSBG-Konzern wird weiterhin auf vielen Feldern der Energiewirtschaft, die sich gegenseitig bedingen oder ineinandergreifen, aktiv und erfolgreich vertreten sein - im Inland wie im Ausland.

Frühzeitig hatte der KSBG-Konzern auf die Marktveränderungen mit Effizienzmaßnahmen, kontinuierlicher Optimierung von Kraftwerksprozessen sowie der Erhöhung der technischen und organisatorischen Flexibilität reagiert. Somit konnte die Wirtschaftlichkeit gestärkt und die Laufzeiten der Kraftwerke trotz schwieriger Rahmenbedingungen verlängert werden.

Die seit dem vergangenen Jahr erneut erheblich gesunkenen Großhandelspreise für Strom in Deutschland erhöhen jedoch den Druck auf die Rentabilität konventioneller Kraftwerke und haben im KSBG-Konzern zu einer Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der inländischen Kraftwerkskapazitäten geführt. Der KSBG-Konzern wird nur diejenigen Kraftwerke weiterbetreiben, deren Wirtschaftlichkeit unter den derzeitigen Prämissen darstellbar ist. Entsprechend hat die Geschäftsführung der STEAG GmbH entschieden, fünf Kraftwerksblöcke stillzulegen. Dies wurde der Bundesnetzagentur sowie dem Übertragungsnetzbetreiber Amprion GmbH im November 2016 angezeigt. Geplant war, den Block Herne 3 am 30. Juni 2017 und die Blöcke West 1/2 am 31. März 2017 endgültig sowie die Blöcke Bexbach und Weiher 3 am 30. Juni 2017 vorläufig stillzulegen.

Im Januar 2017 hat der Übertragungsnetzbetreiber die saarländischen Kraftwerke Bexbach und Weiher als systemrelevant eingestuft und die STEAG GmbH als Betreiber aufgefordert, die Betriebsbereitschaft der beiden Kraftwerke bis November 2019 aufrechtzuerhalten. Die Kraftwerksblöcke West 1/2 sowie Herne 3 in Nordrhein-Westfalen wurden hingegen als nicht systemrelevant eingestuft.

Die Situation auf dem deutschen Kraftwerksmarkt hat sich auf Grund der veränderten politischen Rahmenbedingungen und des niedrigen Strompreises, der 2016 nochmals rapide gesunken ist, weiter verschärft. Um dieser Situation zu begegnen und um den KSBG-Konzern zukunftsorientiert auszurichten, wurde das konzernweite Programm STEAG 2022 aufgelegt. In einem ganzheitlichen Ansatz wurden sämtliche Geschäftsaktivitäten, Prozesse und Kostenstrukturen unter Berücksichtigung des Marktumfelds überprüft. Es wurden ergänzende Perspektiven erarbeitet, um Geschäftsaktivitäten mit rückläufigen Ergebnissen zu substituieren. STEAG 2022 ist ein Transformationsprojekt, das die Weichen für eine zukunftsfähige Ausrichtung des Konzerns stellt. Das Programm wird durch Erhöhung der Effizienz, mit Portfolioveränderungen sowie mit der Umsetzung von Wachstumsprojekten bis 2022 das Ergebnis verbessern, Kosten senken und Freiräume für Investitionen in Wachstumsfeldern schaffen.

Diese Veränderungen und das konzernweite Programm STEAG 2022 bedingen einen Umbruch im Unternehmen, der voraussichtlich mit dem Abbau von bis zu 1.000 Arbeitsplätzen einhergehen wird.

Deutschlandgeschäft zukunftsfähig aufstellen

Ein wesentlicher Schwerpunkt der strategischen Weiterentwicklung ist es, das Deutschlandgeschäft des KSBG-Konzerns zukunftsfähig aufzustellen.

Weiterhin setzt der KSBG-Konzern auf kontinuierlich optimierte Kraftwerksprozesse und Flexibilität ihrer Kraftwerke. Eine wichtige Rolle spielt dabei das Stammhauskonzept, wonach der Konzern aus einer Hand – aus der STEAG GmbH heraus – geführt wird. Daneben können Wettbewerbsvorteile durch den Einsatz von Sonderbrennstoffen erwirtschaftet werden.

Mit dem Kraftwerk Walsum 10 betreibt der KSBG-Konzern eines der derzeit effizientesten Steinkohlekraftwerke weltweit, dessen deutlich überwiegende Leistung langfristig gesichert vermarktet ist. Der wirtschaftlich erfolgreiche Betrieb und die Vermarktung von thermischen Kraftwerken stellen eine maßgebliche Kompetenz des KSBG-Konzerns dar. Er nimmt auf diesem Gebiet eine Spitzenposition ein, die behauptet werden soll, getragen von der Überzeugung, dass thermische Leistung auch zukünftig unverzichtbar für die Energiewende sein wird.

Ein weiterer Aspekt und von hoher Bedeutung für das Gelingen der Energiewende ist die Einbeziehung des Wärmemarkts. Der KSBG-Konzern treibt als Mehrheitsgesellschafter zusammen mit den Partnern Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH und der Energieversorgung Oberhausen AG das Projekt Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr weiter voran, das die zwischen Bottrop und Duisburg bereits bestehenden Fernwärmeschienen Niederrhein und Ruhr miteinander verbinden soll. Die Fernwärmeschiene ist ausgezeichnet als qualifiziertes Projekt der KlimaExpo.NRW und ein zentrales Referenzprojekt des Klimaschutzplanes des Landes Nordrhein-Westfalen. 2016 wurde mit der Einreichung des Planfeststellungsantrags bei der Bezirksregierung Düsseldorf ein weiterer wichtiger Meilenstein zur Realisierung des europaweit einzigartigen ökologischen Projekts erreicht.

Ein wesentliches Ziel dieses Projektes ist die Diversifizierung des Erzeugungsportfolios. Wärme aus KWK-Standorten des KSBG-Konzerns, aus Müllverbrennungsanlagen sowie aus Industrie- und Biomasse-Kraftwerken sollen zur CO_2-armen Wärmeversorgung im Ruhrgebiet beitragen.

Zur weiteren Stärkung des Wärmegeschäfts konnte die STEAG Fernwärme GmbH im Dezember 2016 mit der Hertener Energiehandelsgesellschaft GmbH und der Uniper Wärme GmbH langfristige Verträge über die Wärmelieferung aus dem Abfallkraftwerk RZR Herten abschließen. Auf Basis dieser Verträge wird ab der Heizperiode 2018/19 das Abfallkraftwerk RZR Herten Fernwärme in die Fernwärmeschiene des KSBG-Konzerns liefern.

Wesentlich für die Etablierung der Erneuerbaren Energien sind Speichersysteme, die Netzschwankungen ausgleichen. Vor diesem Hintergrund hat die STEAG GmbH bereits 2015 die Investitionsentscheidung für die Realisierung von sechs Großbatteriesystemen getroffen und Ende 2016 die Batteriesysteme auf Lithium-Ionen-Basis mit jeweils 15 MW an sechs deutschen Kraftwerksstandorten in Betrieb genommen. Mit dieser Investition hat der KSBG-Konzern eine Vorreiterrolle bei der Etablierung von Batteriespeichern und der Vermarktung der darin gespeicherten Energie in Deutschland eingenommen. Die effiziente Bündelung und Vermarktung dezentraler Anlagen stellt eine wesentliche Herausforderung der Energiewende dar. Virtuelle Kraftwerke sind eine mögliche Lösung, die der KSBG-Konzern schon seit Jahren aktiv nutzt. Dezentrale Erzeugungsanlagen und Erzeugungsanlagen auf Grundlage Erneuerbarer Energien werden mit konventionellen thermischen Anlagen und neuen Technologien wie Batteriespeichern zusammengeschaltet und bewirtschaftet. Durch die gemeinsame Vermarktung mit dem konventionellen Kraftwerkspark der STEAG GmbH können Synergien basierend auf der gegenseitigen Besicherung genutzt werden.

Eine weitere Veränderung in der Energiebranche zeigt sich in der zunehmenden Dezentralität der Energieversorgung, dem Streben nach Autarkie verbunden mit aktivem Management der Energiekosten und umweltschonender Energieversorgung vor Ort. Auf Basis der bisherigen Erfolge – wie zuletzt beispielsweise die Errichtung der Energiezentrale für Ford Saarlouis durch die STEAG New Energies GmbH – wird der KSBG-Konzern seine außerordentliche Expertise offensiv am Markt platzieren, um weitere Unternehmen und Industriekunden zu gewinnen und die Geschäftstätigkeit im Bereich Dezentrale Energien auszubauen. Die Erschließung zusätzlicher Marktpotenziale in kleineren Anlagengrößen sowie neuer Kundengruppen und der effektive Vertrieb bei wettbewerbsfähigen Kostenstrukturen stehen im Vordergrund.

Diversifizierung und Technologieoffenheit sind wesentliche Elemente für die Zukunftsfähigkeit des KSBG-Konzerns im deutschen Energiemarkt. Einen Beitrag dazu leistet der strategische Markteintritt in den derzeit wachsenden Waste to Energy Markt durch die Akquisition von zwei Müllverbrennungsanlagen des Vattenfall-Konzerns.

Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts

Der KSBG-Konzern ist erfolgreich im internationalen Wettbewerb um Energiedienstleistungen und im Betreiben von Energieerzeugungsanlagen. Planung, Errichtung sowie Betriebsführung von Energieerzeugungsanlagen auf Basis konventioneller und Erneuerbarer Energien für Dritte gehören zum Kerngeschäft der STEAG Energy Services GmbH. Der KSBG-Konzern blickt auf langjährige Kraftwerkskompetenz zurück, die erfolgreich in Deutschland, aber vor allem auch im Ausland, so in Indien, Brasilien oder Botswana, über Tochtergesellschaften der STEAG Energy Services GmbH an Dritte vermarktet wird. Dabei steigt sukzessive auch der Anteil der Erneuerbaren Energien im Portfolio. Die internationalen Aktivitäten werden in den nächsten Jahren signifikant ausgebaut.

Weiteres großes Potenzial für die Zukunft zeichnet sich im Rückbau von Nuklearanlagen ab. Bereits seit mehreren Jahrzehnten erbringt die STEAG Energy Services GmbH Planungs-, Dienst- und Beratungsleistungen, entwickelt und liefert Systeme und Komponenten zum Rückbau und zur Abfallbehandlung kerntechnischer Anlagen. Mit Blick auf den deutschen Kernenergieausstieg verspricht dieses Thema interessante Wachstumsperspektiven - auch für den Einstieg in den internationalen Markt.

Der Fokus der STEAG Power Minerals GmbH als Dienstleister der Industrie und Bauwirtschaft liegt auf der Übernahme von Kraftwerksnebenprodukten, der Produktion und Lieferung von Baustoffen, Strahlmitteln und Industriemineralien sowie der Versorgung von Kraftwerken mit sekundären Brennstoffen sowie Absorbenzien für die Rauchgasreinigung.

Der Leistungsumfang und die Wettbewerbsfähigkeit des KSBG-Konzerns im Bereich Dienstleistungen werden durch Partnerschaften verstärkt: Die im letzten Jahr abgeschlossene Kooperation mit der Kraftanlagen Heidelberg GmbH bringt Kompetenzen zusammen und ist eine vielversprechende Ausgangsbasis für nationale und internationale Projekte beim Rückbau kerntechnischer Anlagen.

Portfoliostrategie und Neuprojekte

Investoren zeigen aufgrund sicherer Renditen verstärkt Interesse an leitungsgebundener Infrastruktur sowie an Wind- und Solar-Anlagen. Hier zeichnet sich für einen Teil des Portfolios des KSBG-Konzerns eine attraktive Bewertung ab, die eine vollständige Veräußerung von Anlagen oder eine Aufnahme von Partnern sinnvoll machen kann. Ziel ist es, Liquidität für Investitionen in neue Projekte, insbesondere zur Diversifizierung des Deutschlandgeschäftes und zur Realisierung von Investitionen in Wachstumsmärkte, zu generieren.

Ein Beispiel ist der Wärmemarkt in Polen, der erhebliches Wachstumspotenzial verspricht. Mit der Übernahme der Anteilsmehrheit der Fernwärmegesellschaft Elektrociepłownia Mielec Sp. z o.o. baut die STEAG New Energies GmbH über

ihre polnische Tochtergesellschaft die Position im polnischen Wärmemarkt weiter aus. Die Chance, bereits einen längeren Zeitraum vor Ort vertreten und als Spezialist anerkannt zu sein, soll genutzt werden, um das Engagement kurzfristig auszuweiten. Der KSBG-Konzern kann seine Expertise bei der Optimierung bestehender Wärmeversorgungen einbringen und somit Potenziale heben.

Durch die Entwicklung von Projekten in Fokusländern werden technologieunabhängig Wachstumschancen aufgegriffen. Durch lokale Netzwerke, ein hohes Maß an Flexibilität und durch Marktnähe können attraktive Projektansätze frühzeitig identifiziert, Marktveränderungen zeitnah antizipiert und so Wettbewerbsvorteile erzielt werden.
Neben Geothermie, wie bei dem Investitionsvorhaben in Indonesien, wo eine Tochtergesellschaft der KSBG KG mit einem lokalen Partner den Bau eines Geothermiekraftwerks vorbereitet, ist die Windkraft ein wichtiges Element, um den Anteil der Erneuerbaren Energien im Erzeugungsportfolio des KSBG-Konzerns anzuheben. Die KSBG KG hat bereits frühzeitig in Windenergieanlagen investiert: Unter anderem wurden rund 300 MW Windenergie in Deutschland, Frankreich, Polen, Rumänien und der Türkei installiert.

Aufgrund des massiven Engagements von Banken und Versicherern hat sich die Marktsituation im Bereich Windenergie deutlich verändert: Einerseits haben sich die Kaufsummen in Bieterverfahren aufgrund der Zinslandschaft in vielen Fällen so erhöht, dass der KSBG-Konzern teilweise von einer Beteiligung und damit den Erwerb von Neuanlagen absehen musste. Andererseits führen in einigen Ländern neue regulatorische Rahmenbedingungen dazu, dass sich die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen maßgeblich verschlechtert hat.

Gleichzeitig bleiben Erneuerbare Energien und insbesondere die Windkraft ein Zukunftsmarkt. Deshalb wird der Konzern mit einem veränderten Geschäftsmodell weiter auf Erneuerbare Energien setzen. Die veränderten Investitionsbedingungen schaffen einen Verkäufermarkt, den sich der KSBG-Konzern nutzbar machen will. Bei künftigen Investitionen liegt der Fokus in Zukunft nicht mehr auf dem langfristigen Besitz von Vermögenswerten. Vielmehr sind ein früherer Einstieg in die Entwicklung von Projekten, die Übernahme der Betriebsführung, die Nutzung des energiewirtschaftlichen Know-hows sowie ein flexiblerer Abverkauf in Entwicklung befindlicher bzw. fertiggestellter Windparks vorgesehen.

Strategische Partnerschaften

Als kompetenter, innovativer und erfahrener Anlagenbauer und Kraftwerksbetreiber hat der KSBG-Konzern nicht allein in Deutschland einen Namen, auch im Ausland setzen Energieunternehmen bei der Suche nach geeigneten Partnern bereits seit Jahrzehnten auf das Know-how aus Essen. Ob in Kolumbien (seit 1999), der Türkei (seit 2003) und auf den Philippinen (seit 2006) – der KSBG-Konzern steht auch international für verlässliche und effiziente Energieerzeugung. Gerade jetzt, da die Bedingungen auf dem politisch determinierten deutschen Energiemarkt Unternehmen dieser Branche erheblich unter Druck setzen, erweisen sich die internationalen Tätigkeiten des Konzerns als ein wichtiger Parameter für den wirtschaftlichen Erfolg. Auch der KSBG-Konzern geht vermehrt initiativ auf potenzielle Partner zu.

Auf Basis der bisherigen Erfahrungen und mit Blick auf das internationale Wachstumspotential hat der Konzern mit der Macquarie Corporate Holdings Pty Limited ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet, das mit einzuwerbenden Investorengeldern Energieprojekte in Südostasien, vornehmlich in Indonesien, Malaysia, Thailand, Vietnam und auf den Philippinen entwickeln, realisieren und betreiben soll. Die genannten Emerging Countries sind Länder, die einen hohen oder wachsenden Bedarf an Energieinfrastruktur und verlässlicher Energieversorgung haben. Der KSBG-Konzern liefert das auf langjähriger Erfahrung beruhende technische Know-how. Darüber hinaus kann der KSBG-Konzern Dienstleistungen in der Projektentwicklung, der Realisierung und der Betriebsführung erbringen und es besteht die Möglichkeit der Beteiligung an den zu realisierenden Projekten. Der technologische Fokus der Plattform wird auf klassischen Energieträgern wie Kohle und Gas, auf Erneuerbaren Energien (Wind, Solar, Wasserkraft) sowie auf der thermischen Abfallbehandlung liegen. Eine erste Projektpipeline ist in Prüfung; für die ersten Projekte wurde Exklusivität mit den Entwicklern vereinbart.

Mit der Umsetzung von STEAG 2022 wird sich der Konzern zukünftig noch stärker als technologieoffener, innovativer und agiler Anbieter für den Betrieb von Energieerzeugungsanlagen, Energiedienstleistungen und Energiehandel im In- und Ausland positionieren.

Forschung und Entwicklung
Forschung und Entwicklung 2016

Der KSBG-Konzern betreibt keine Grundlagenforschung. Der Schwerpunkt der Forschungs– und Entwicklungsaktivitäten liegt in der Entwicklung von Techniken, die der Konzern im Geschäft direkt einsetzen kann. Die Forschungs- und Entwicklungsstrategie wird durch die aktuellen Rahmenbedingungen der Energiewende geprägt.

Stromspeicher stellen einen wesentlichen Baustein zum Gelingen der Energiewende dar. Mit den 2016 in Betrieb genommenen Großbatteriespeichern wurde eine wichtige Forschungs- und Entwicklungsaktivität nun auf industriellem Niveau realisiert. Dieser durch ein Forschungs- und Entwicklungsthema initiierte Erfolg zeigt, wie wichtig es ist, die Batterietechnik intensiv weiter zu verfolgen.

Daneben liegt der Fokus auf speziellen Hardwarelösungen und Dienstleistungen für Stromnetze sowie auf Lösungen im Zusammenhang mit der Schwachstellenanalyse von Energieerzeugungsanlagen (BigData Anwendung).

Darüber hinaus werden Einzelthemen untersucht, um jederzeit in aktuelle Entwicklungen auf dem Energiemarkt einsteigen zu können. Diese Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte werden mit begrenztem Mitteleinsatz bearbeitet.

An Bedeutung gewinnt das Thema Sektorenkopplung, bei dem die Verbindung von Strom- und Wärmemarkt sowie Verkehrssektor im Vordergrund steht. Es wurden Möglichkeiten zur stärkeren Nutzung von Strom zur Erzeugung von Wasserstoff oder Synthesegas oder die Umsetzung von CO_2 in synthetische Kraftstoffe untersucht, um einen Beitrag zur Dekarbonisierung zu leisten. Der KSBG-Konzern hat insbesondere die Methanoltechnik betrachtet.

Einen wichtigen Schritt im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten stellt die Beteiligung des KSBG-Konzerns am Vorhaben „Designetz" im Rahmen der SINTEG-Initiative des Bundeswirtschafts-ministeriums dar. „Designetz" ist das technisch bislang umfassendste Demonstrationsprojekt zur Integration erneuerbarer und zunehmend dezentraler Energien in das Versorgungssystem. Das im KSBG-Konzern bearbeitete Teilvorhaben untersucht und demonstriert, welche Maßnahmen, Bauteile und Strategien zukünftig dazu führen können, dass große und verbundene Netze mit zahlreichen Akteuren stabil, zuverlässig und wirtschaftlich betrieben werden können. Insbesondere soll die Frage beantwortet werden, wie Flexibilitäten unabhängig von lokalen Erzeugungsstandorten eingesetzt werden können. Nachdem Ende 2016 die finale Entscheidung zur Realisierung dieses Vorhabens getroffen wurde und die entsprechenden Förderbescheide vorliegen, werden die Arbeiten 2017 offiziell aufgenommen.

Eine weitere Untersuchung im Berichtszeitraum stand unter dem Stichwort „Salzspeicher-Kraftwerk". Ziel war es, die technisch-wirtschaftlichen Konsequenzen einer Umrüstung eines vorhandenen Kraftwerks auf einen elektrisch beheizten Salzspeicher zu verstehen.

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsstrategie untersucht, wie Windenergieanlagen nach einer erwarteten Nutzungsdauer von 20 Jahren wirtschaftlich weiterbetrieben werden können. Die Erkenntnisse aus dieser Untersuchung sollen sowohl bei potenziellen Erwerben älterer Windparks als auch zur Optimierung bestehender Windanlagen und –parks genutzt werden.

Weitere Projekte betreffen unter anderem Flugaschen und deren weitergehende, hochwertige Nutzung, beispielsweise für die Herstellung hochwertiger Betone, die sogenannte Augmented Reality-Technik, die zur kurzfristigen Lösung von Problemen in weit entfernten Kraftwerken genutzt werden kann sowie Flexibilitätsoptionen konventioneller Kraftwerke. Das Vorhaben FLEXI-TES behandelt die Integration von Speichertechniken in konventionelle Kraftwerke.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung [1]

Die Weltwirtschaft hat im Verlauf des Jahres 2016 die konjunkturelle Talsohle durchschritten und entwickelt sich besser als im Vergleich zu den vergangenen Jahren. Das globale Bruttoinlandsprodukt stieg mit einer Rate von 3,1 Prozent (2015: 3,0 Prozent). In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften beschleunigte sich der Produktionsanstieg, die konjunkturelle Dynamik ist insgesamt aber weiterhin moderat. Sowohl in den Vereinigten Staaten, in Japan als auch im europäischen Währungsraum legte die Wirtschaftsleistung in sämtlichen Ländern ungeachtet der wirtschaftlichen Probleme einzelner Staaten (Portugal, Griechenland) und des geplanten EU-Austritts des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (Brexit) zu. Die Wirtschaft der Schwellenländer expandierte 2016 zuletzt wieder stärker. Angesichts weiterhin relativ niedriger Rohstoffpreise und ungelöster struktureller Probleme dürfte diese wirtschaftliche Expansion aber keine große Dynamik entfalten.

Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas ist weiterhin ein wesentlicher Einflussfaktor für die Weltwirtschaft. Die chinesische Wirtschaft ist aufgrund einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik 2016 um 6,6 Prozent gewachsen, nach 6,9 Prozent im Vorjahr. Somit setzte sich die trendmäßige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums weiter fort. Ursache für die sinkenden Wachstumsraten ist das politische Ziel, auf einen ökonomisch und ökologisch nachhaltigeren Wachstumspfad zu steuern, mit Richtung auf eine expansive Binnenwirtschaft und stärkeren privaten Konsum. Für die weitere Entwicklung werden eher abflachende Expansionsraten erwartet.

Insgesamt dürfte sich das gegenwärtige Wachstumstempo der Schwellenländer weiter beschleunigen (2016: 4,6 Prozent vs. 2015: 4,5 Prozent), die Risiken bleiben jedoch bestehen. Das Wachstum der Industrieländer wird sich aufgrund einer weiter expansiven Geld- und Fiskalpolitik und einer wieder steigenden Nachfrage in den Schwellenländern in den kommenden Jahren allmählich weiter verstärken (2016: 1,7 Prozent vs. 2015: 2,0 Prozent).

In Deutschland setzte sich der Konjunkturaufschwung weiter fort. Seit drei Jahren durchläuft die deutsche Wirtschaft eine ausgedehnte Aufschwungphase. Geprägt ist diese Entwicklung von einer kräftigen binnenwirtschaftlichen Dynamik, vor

[1] *Die nachfolgenden Ausführungen basieren im Wesentlichen auf Kieler Konjunkturberichte, Institut für Weltwirtschaft (IFW) Kiel, Weltkonjunktur, Nr. 25 (2016/Q4), Nr. 21 (2016/Q3), Deutsche Konjunktur, Nr. 26 (2016/Q4), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, Wochenbericht Nr. 50/2016.*

allem im Bereich der Investition in den Wohnungsbau. Trotz eines unruhigen internationalen Umfeldes ziehen die Exporte an. Auch der private Konsum wird aufgrund der günstigen Lage am Arbeitsmarkt und weiterhin hohen staatlichen Transferzahlungen weiter ausgeweitet. Angesichts der steigenden Inflation aufgrund abschwächender preisdämpfender Effekte bei den Ölpreisen wird sich das Expansionstempo des privaten Konsums zukünftig abschwächen. Verglichen mit dem Vorjahr ist aktuell davon auszugehen, dass sich die positive Entwicklung der Konjunktur weiter fortsetzt (2016: 1,9 Prozent vs. 2015: 1,7 Prozent).

Energieverbrauch und –erzeugung*2*

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Prozent gestiegen. Dieser Zuwachs basiert im Wesentlichen auf dem Einfluss der gegenüber dem Vorjahr kälteren Witterung, dem diesjährigen Schalttag, dem Wirtschaftswachstum sowie dem Bevölkerungszuwachs. Verbrauchsdämpfend wirkten die weiteren Verbesserungen bei der Energieeffizienz. Die Erneuerbaren Energien erhöhten ihren Beitrag um 2,9 Prozent. Damit liegt der Anteil der Erneuerbaren Energien am gesamten Primärenergieverbrauch bei 12,6 Prozent (Vorjahr: 12,4 Prozent). Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Deckung des Stromverbrauchs lag 2016 bei 32,3 Prozent und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Prozentpunkte. Der Primärenergieverbrauch von Erdgas (10,0 Prozent) stieg kräftig, der Mineralölverbrauch verzeichnete einen Zuwachs von 1,8 Prozent. Der Verbrauch an Steinkohle und Braunkohle sank 2016 deutlich (minus 4,0 Prozent bzw. minus 2,6 Prozent), der Anteil der Kernenergie ging noch deutlicher zurück (minus 7,4 Prozent). Aufgrund des gestiegenen Gesamtenergieverbrauchs werden sich die CO_2-Emissionen in Summe gegenüber dem Vorjahr aber erhöhen (0,9 Prozent).

Stromverbrauch

Der Stromverbrauch 2016 ist in Summe gegenüber 2015 um 0,4 Prozent gefallen. Die Bruttostromerzeugung nahm um 0,2 Prozent zu (2016: 648,2 TWh vs. 2015: 646,9 TWh). Der Exportüberschuss betrug 55,5 TWh (2015: 51,8 TWh).

Energiepreisentwicklung

Seit Anfang des Jahres 2016 zeichnete sich eine Stabilisierung der internationalen Rohstoffmärkte ab und der seit einigen Jahren anhaltende Abwärtstrend konnte gestoppt werden.

Der Rohölpreis setzte seinen Rückgang zu Beginn des Jahres 2016 weiter fort. Am 20. Januar 2016 erreichte der Preis für ein Barrel der Nordseesorte Brent einen Tiefpunkt von 27,88 $/bbl. So ein niedriges Niveau wurde zuletzt im Jahr 2003 erreicht. Der durchschnittliche Brent-Preis für das Jahr 2016 lag bei 45,11 $/bbl und somit rund 8,60 $/bbl niedriger als 2015. Diese Entwicklung ist, wie schon in den Jahren zuvor, in einem strukturellen Angebotsüberschuss begründet. So konnten auf der Angebotsseite die Schieferöl-Produzenten aus Nordamerika durch massive Kostenoptimierung deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den konventionellen Anbietern gewinnen. Darüber hinaus versuchten die OPEC-Länder sich durch eine unverändert hohe Förderung von Rohöl Marktanteile zu sichern. Seit dem historischen Tief im Januar 2016 hat sich der Ölpreis wieder erholt und lag am 31. Dezember 2016 bei 56,82 $/bbl. Der Preisanstieg in den letzten Wochen des Jahres 2016 resultierte vor allem aus der Einigung der OPEC-Staaten und anderer Förderländer, die Fördermengen im kommenden Jahr moderat zu senken.

Der im Vorjahr beobachtete Abwärtstrend der Steinkohlepreise wurde 2016 gestoppt. Zu Jahresbeginn fiel der API#2, ein für Europa relevanter Preisindex für Steinkohle, aufgrund der weltweit schwachen Nachfrage noch leicht und erreichte im Februar 2016 mit einem Monatsdurchschnitt von 43,88 $/t den Jahrestiefststand. Anschließend stiegen die Preise kontinuierlich. Dies ist insbesondere auf die Förderkürzung in China zurückzuführen. Zum Herbstanfang verstärkte sich der Preisanstieg, da die einsetzende Kälte die Kohlenachfrage in China unerwartet stark anstiegen ließ. Darüber hinaus legte die Nachfrage nach Kohle in Europa durch die außerplanmäßige Abschaltung von mehreren Atomkraftwerken in Frankreich stärker zu als ursprünglich gedacht. Der API#2 wies einen Jahresdurchschnitt von 60,10 $/t auf (Vorjahr: 56,64 $/t). Der Höchststand lag mit einem Monatsdurchschnitt von 90,08 $/t im Dezember 2016.

In der zweiten Jahreshälfte 2016 nahmen die Diskussionen über die anstehende Reform des europäischen Emissionshandels für die vierte Handelsperiode (2021-2030) Fahrt auf. Ziel der Reform ist es den europäischen Emissionshandel als Leitinstrument der europäischen Klimapolitik zu stärken. Daher geht es bei den bisherigen Reformvorschlägen vor allem um einen schnelleren Abbau des weiterhin bestehenden Überangebots an Zertifikaten. So soll die jährliche EU-weit zulässige Emissionsmenge deutlich stärker abgesenkt werden als bisher. Zudem soll zu Beginn der vierten Handelsperiode das Überangebot im größeren Umfang in die Marktstabilitätsreserve, die 2019 in Kraft tritt, überführt werden. Bisher zeigte sich der Emissionshandel von den anhaltenden Diskussionen aber noch unbeeindruckt. Der Durchschnittspreis für CO_2-Zertifikate im Jahr 2016 lag mit 5,37 €/t rund 30 Prozent niedriger als im Vorjahr (7,68 €/t).

Der Abwärtstrend der Strompreise aus den Vorjahren setzte sich 2016 fort. Der durchschnittliche Spotpreis an der Strombörse EPEX Spot lag bei 29,01 €/MWh und damit mehr als 8 Prozent niedriger als noch 2015 (31,65 €/MWh). Der Peak-Kontrakt verlor 2016 mit knapp 9 Prozent ebenfalls deutlich an Wert (2016: Ø 32,05 €/MWh vs. 2015: Ø 35,10 €/MWh). Allerdings zogen die Strompreise gegen Ende des Jahres an. So lagen der durchschnittliche Base-Preis im vierten Quartal 2016 bei rund 37,64 €/MWh und der Peak-Preis bei 44,02 €/MWh. Hauptgründe dafür sind die

[2] Alle Daten zu Energieverbrauch und -erzeugung sind vorläufige Angaben der AG Energiebilanzen e. V. und des BDEW.

im gleichen Zeitraum deutlich gestiegenen Kohlepreise sowie die außerplanmäßigen Abschaltungen französischer Kernkraftwerke.

Ertragslage
Ergebnis 2016

Im Geschäftsjahr 2016 hat der KSBG-Konzern seine geplanten operativen Ertragsziele erreicht.

EBITDA und EBIT KSBG-Konzern

in Millionen €	**2016**	2015	Veränd. in %
Umsatzerlöse	3.840,9	3.532,5	8,7
EBITDA	253,3	347,6	-27,1
EBIT	81,2	167,3	-51,5
EBITDA-Marge in %	**6,6%**	**9,8%**	
EBIT-Marge in %	**2,1%**	**4,7%**	

Zur internen Steuerung und als Indikator für die nachhaltige Ertragskraft des Konzerns werden die Kennzahlen EBITDA und EBIT verwendet. Es handelt sich um das um Sondereffekte (Neutrales Ergebnis) bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) bzw. vor Zinsen und Steuern (EBIT).

Im Vergleich zum Budget wurde das EBIT im Geschäftsjahr übertroffen und liegt mit 81,2 Millionen € entsprechend der Vorjahresprognose deutlich unter dem Vorjahreswert von 167,3 Millionen €. Die EBIT-Marge (EBIT/Umsatz) verringerte sich in diesem Zusammenhang von 4,7 Prozent im Vorjahr auf 2,1 Prozent.

Das EBITDA hat mit 253,3 Millionen € das Budget um 1,9 Millionen € leicht unterschritten und liegt deutlich unter dem Vorjahreswert von 347,6 Millionen €. Die EBITDA-Marge (EBITDA /Umsatz) blieb mit 6,6 Prozent deutlich unter dem Niveau des Vorjahres von 9,8 Prozent.

Die Entwicklung des operativen Ergebnisses im Geschäftsjahr 2016 ist weitergehend durch den anhaltenden Margenverfall im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft gekennzeichnet.

Der Konzern hat auf diese marktseitigen Einwirkungen reagiert. So wurden im neutralen Ergebnis (außerhalb des EBIT/EBITDA) diverse Sondermaßnahmen für die Schließung unrentabler Kraftwerksstandorte sowie für die notwendige Senkung der Kosten in Fach- und Zentralbereichen erfasst.

Diese Entwicklung führt zu einer Verringerung des Ergebnisses vor Finanzergebnis und Ertragsteuern von 106,0 Millionen € im Geschäftsjahr 2015 auf minus 32,4 Millionen € im laufenden Berichtsjahr.

Die nachfolgende Überleitung vom Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern zum EBIT/EBITDA stellt die oben genannten neutralen Sondereffekte dar:

Überleitung EBIT und EBITDA KSBG-Konzern

in Millionen €	**2016**	2015
Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern	-32,4	106,0
Transformationsprogramm STEAG 2022	160,1	-
Weitere Effekte	-46,5	61,3
EBIT	81,2	167,3
Abschreibungen und Wertminderungen	304,2	220,4
Wertaufholungen	-4,4	-3,9
Neutrale Wertaufholungen und Wertberichtigungen	-127,7	-36,2
EBITDA	253,3	347,6

Die unter dem Transformationsprogramm STEAG 2022 zusammengefassten neutralen Maßnahmen betreffen Rückstellungen für Restrukturierungen, Anpassungen der Abbruchverpflichtungen und Standortsicherungs-maßnahmen für stillzulegende Kraftwerke, Wertberichtigungen im Anlage- und Umlaufvermögen der Inlandskraftwerke sowie Kosten der Implementierung des Transformationsprogramms. Diese Maßnahmen gelten als Investition in die künftige Neuausrichtung des KSBG-Konzerns zur nachhaltigen Stärkung des operativen Ergebnisses.
Im Geschäftsjahr 2017 ist dadurch ein Anstieg des EBIT um rund 31,4 Millionen € geplant. Aus dem Transformationsprogramm STEAG 2022 wird ab dem Jahr 2021 eine nachhaltige Verbesserung des jährlichen EBIT bis zu 120 Millionen € angestrebt.

Gewinn- und Verlustrechnung KSBG-Konzern

in Millionen €	**2016**	**2015**
Umsatzerlöse	3.840,9	3.532,5
Bestandsveränderung der Erzeugnisse	-4,1	3,2
Andere aktivierte Eigenleistungen	4,0	1,7
Sonstige betriebliche Erträge	1.464,7	342,7
Materialaufwand	-3.118,7	-2.673,2
Personalaufwand	-501,3	-404,3
Abschreibungen und Wertminderungen	-304,2	-220,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.413,7	-476,2
Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern	**-32,4**	**106,0**
Zinserträge	79,4	59,0
Zinsaufwendungen	-134,3	-106,6
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	5,3	21,1
Sonstiges Finanzergebnis	5,3	0,4
Finanzergebnis	**-44,3**	**-26,1**
Ergebnis vor Ertragsteuern	**-76,7**	**79,9**
Ertragsteuern	-160,4	-88,9
Ergebnis nach Steuern	**-237,1**	**-9,0**
davon entfallen auf		
andere Gesellschafter	108,1	50,6
Anteilseigner der STEAG GmbH (Konzernergebnis)	-345,2	-59,6

Außenumsatz nach Unternehmensbereichen

in Millionen €	**2016**	2015	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	3.578,3	3.288,4	8,8
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	262,6	244,1	7,6
KSBG-Konzern	**3.840,9**	**3.532,5**	**8,7**

Die Umsatzerlöse stiegen insgesamt um 8,7 Prozent auf 3.840,9 Millionen € (Vorjahr: 3.532,5 Millionen €) im Wesentlichen bedingt durch eine Erhöhung des Handelsvolumens bei Strom im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft.

Der gesamte Energieabsatz aus eigener und für Kunden betriebener Leistung sowie aus zugekauften Handelsmengen im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft ist um 57,3 Prozent gegenüber 2015 auf 114.163 $GWh_ä$[3] (Vorjahr: 72.588 $GWh_ä$) gestiegen. Der Wärmeabsatz aus dem Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale

[3] *Energieabsatz in $GWh_ä$ umfasst elektrische und thermische Energie, wobei die thermische in eine äquivalente elektrische Menge umgerechnet wurde.*

Anlagen stieg um 13,8 Prozent auf 2.296 GWh_{th} (Vorjahr: 2.017 GWh_{th}) und der Stromabsatz nahm um 8,7 Prozent auf 2.369 GWh_{el} (Vorjahr: 2.179 GWh_{el}) zu.

Die Bestandsveränderungen der angearbeiteten Leistungen sind mit minus 4,1 Millionen € (Vorjahr: 3,2 Millionen €) gesunken; die anderen aktivierten Eigenleistungen sind mit 4,0 Millionen € (Vorjahr: 1,7 Millionen €) leicht gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr von 342,7 Millionen € um 1.122,0 Millionen € auf 1.464,7 Millionen € im Berichtsjahr gestiegen.

Die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen zurückzuführen auf höhere Erträge aus der Derivatebewertung (ohne Zinsderivate) in Höhe von 1.139,8 Millionen € (Vorjahr: 262,6 Millionen €). Die Entwicklung liegt begründet in stark gestiegenen Handelsvolumina gepaart mit Schwankungen in den Marktpreisen und zeigt sich ebenso in höheren Aufwendungen aus der Derivatebewertung. Des Weiteren sind hier Erträge aus Schiedsgerichtsverfahren in Höhe von 188,0 Millionen € (Vorjahr: keine) enthalten. Diese betreffen die rechtliche Auseinandersetzung zum Kraftwerk Walsum 10. Ende November 2016 erging ein Teilendschiedsspruch, in dem festgelegt wurde, die wirtschaftlich wichtigsten Ansprüche überwiegend zu Gunsten der gemeinsamen Projektgesellschaft STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH zu entscheiden.

Die Erhöhung des Materialaufwands um 445,5 Millionen € ist insbesondere auf ein im Vergleich zum Vorjahr gestiegenes Handelsvolumen bei Strom im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft zurückzuführen.

Der Personalaufwand ist um 97,0 Millionen € auf 501,3 Millionen € (Vorjahr: 404,3 Millionen €) gestiegen. Dies ist insbesondere bedingt durch Zuführungen zu Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen im Inland in Höhe von 106,2 Millionen € (Vorjahr: 2,5 Millionen €).

Die Abschreibungen und Wertminderungen von 304,2 Millionen € (Vorjahr: 220,4 Millionen €) betreffen mit 165,1 Millionen € (Vorjahr: 177,6 Millionen €) planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das Anlagevermögen von Windparks im Ausland um 37,9 Millionen € im Wert gemindert. Im Vorjahr wurde eine Neuausrichtung der bestehenden Inlandskraftwerke in Anlagen mit klar unterstelltem Auslaufbetrieb und Anlagen mit der Strategie zur weiteren Fortführung durchgeführt. Im Berichtsjahr wurden 3,6 Millionen € (Vorjahr: 36,0 Millionen €) des Anlagevermögens der Inlandskraftwerke mit klar unterstelltem Auslaufbetrieb im Wert gemindert. Darüber hinaus ergeben sich mit dem Erlass des positiven Teilendschiedsspruchs Walsum 10 im KSBG-Konzern Abschreibungen von Forderungen gegenüber EVONIK/RBV in Höhe von 82,9 Millionen €. Da die wirtschaftlich wichtigsten Ansprüche überwiegend zu Gunsten der gemeinsamen Projektgesellschaft STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH entschieden wurden, sind aus Sicht der KSBG KG keine weiteren Zahlungen von EVONIK/RBV aus der Freistellungsvereinbarung zu erwarten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr von 476,2 Millionen € um 937,5 Millionen € auf 1.413,7 Millionen € gestiegen. Die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen zurückzuführen auf höhere Aufwendungen aus der Derivatebewertung (ohne Zinsderivate) in Höhe von 1.144,5 Millionen € (Vorjahr: 257,0 Millionen €). Die Entwicklung liegt begründet in stark gestiegenen Handelsvolumina gepaart mit Schwankungen in den Marktpreisen und zeigt sich ebenso in höheren Erträgen aus der Derivatebewertung. Des Weiteren wirken sich insbesondere höhere Aufwendungen aus der Zuführung von Rückstellungen in Höhe von 67,0 Millionen € (Vorjahr: 4,9 Millionen €) aus. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die Zuführung von Rückstellungen für Standortsicherungsverpflichtungen bei den Kraftwerksstandorten Lünen und West in Höhe von 59,4 Millionen €.

Das Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern hat sich gegenüber dem Vorjahr um 138,4 Millionen € auf minus 32,4 Millionen € (Vorjahr: 106,0 Millionen €) vermindert.

Im Finanzergebnis 2016 haben sich die Zinserträge um 20,4 Millionen € erhöht. Gegenläufig sind die Zinsaufwendungen um 27,7 Millionen € im Finanzergebnis des Geschäftsjahres 2016 gestiegen. In den Zinsaufwendungen sind Zinsen auf periodenfremde Steuern aus einem Steuerverfahren der Tochtergesellschaft Iskenderun Enerji Üretim ve Ticaret A.S. (Türkei) in Höhe von 15,4 Millionen € (Vorjahr: keine) enthalten.

Die Verringerung des Ergebnisses aus at Equity bilanzierten Unternehmen um 15,8 Millionen € bedingt einen weiteren Rückgang des Finanzergebnisses. Die Verringerung resultiert im Wesentlichen aus dem Wegfall des im Vorjahr enthaltenen anteiligen Ergebnisses an der REG Raffinerie-Energie GmbH & Co. oHG, Köln, von insgesamt 16,3 Millionen € aufgrund der Veräußerung der Gesellschaft.

Das Ergebnis vor Ertragsteuern sank von 79,9 Millionen € auf minus 76,7 Millionen €.

Der Ertragsteueraufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr von 88,9 Millionen € um 71,5 Millionen € auf 160,4 Millionen € erhöht. Die Entwicklung der originären Ertragsteuerbelastungen ist geprägt durch periodenfremde Steuern aus einem Steuerverfahren der Iskenderun Enerji Üretim ve Ticaret A.S. (Türkei) in Höhe von 31,2 Millionen € (Vorjahr: keine).

Finanzlage
Finanzwirtschaftliches Risikomanagement

Das Finanzmanagement im Konzern wird für die Konzerngesellschaften im Wesentlichen von der STEAG GmbH vorgenommen. Die STEAG GmbH führt dies im Rahmen eines im Jahr 2011 mit der KSBG KG sowie der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH als Komplementärin der KSBG KG geschlossenen Dienstleistungsvertrags auch für diese Gesellschaften durch.

Die wesentlichen Ziele des Finanzmanagements sind die Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit und die Begrenzung von Refinanzierungsrisiken für den KSBG-Konzern.
Die STEAG GmbH steuert grundsätzlich zentral die Mittelaufnahmen sowie die Bürgschaften und Garantien der STEAG-Konzerngesellschaften. Die STEAG GmbH verfügt über flexible Möglichkeiten zur Absicherung der Kapitalerfordernisse aus laufender Geschäftstätigkeit sowie aus Investitionen und Tilgungen von Finanzschulden.

Ein weiteres wesentliches Ziel des Finanzmanagements ist es, die Einhaltung der in Verträgen der KSBG KG und der STEAG GmbH enthaltenen Kennzahlen sicherzustellen. Die KSBG KG hat zur Finanzierung eines Teils des Kaufpreises für die Anteile an der STEAG GmbH einen Kreditvertrag mit einem Bankenkonsortium geschlossen. Zu den wesentlichen Konditionen dieses Konsortialkreditvertrags gehört die Einhaltung von Finanzkennzahlen, die auf Basis des Konzernabschlusses der KSBG KG zu ermitteln sind. Es sind Vorgaben zum Nettoverschuldungsgrad als Verhältnis von Nettoverschuldung und adjustiertem EBITDA sowie ein Zinsdeckungsgrad einzuhalten[4].

Zu den wesentlichen Konditionen der Schuldscheindarlehen der STEAG GmbH und der EFET-Verträge gehört die Einhaltung von Finanzkennzahlen, die auf Basis des Konzernabschlusses der STEAG GmbH zu ermitteln sind. Hierbei handelt es sich um eine Vorgabe zum Nettoverschuldungsgrad als Verhältnis von Nettoverschuldung zu adjustiertem EBITDA[5], sowie bei den EFET-Verträgen um Vorgaben zum Tangible Net Worth[5] und/oder zur Eigenkapitalquote.

Finanzierungspolitik

Im Rahmen des Erwerbs der restlichen 49,0 Prozent an der STEAG GmbH in 2014 wurde die Finanzierung der KSBG KG in 2014 neu strukturiert. Ein Bankenkonsortium, bestehend aus dreizehn Banken, hat der KSBG KG einen Konsortialkredit mit einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren zur Verfügung gestellt.

Innerhalb des Konzerns stellt die STEAG GmbH für die Gesellschaften des Konzerns die Finanzmittel zur Verfügung und übernimmt von den Gesellschaften überschüssige Liquidität zu jeweils marktüblichen Bedingungen. In geringem Umfang nehmen Nicht-Projektgesellschaften auch selbst Fremdmittel im Bankenmarkt auf bzw. legen überschüssige Liquidität dort an. In diesen Fällen erfolgt die Mittelaufnahme unter Besicherung der STEAG GmbH. Die Projektgesellschaften haften grundsätzlich mit ihren Cashflows und ihren Vermögenswerten und sind im Regelfall non-recourse finanziert. Ein Rückgriff auf die STEAG GmbH ist in diesen Fällen nicht möglich. Zum Beispiel sind die zwei Kraftwerke im Ausland Mindanao und Termopaipa non-recourse projektfinanziert.

Das Cashpooling im Inland wird bei der STEAG GmbH geführt. Um externe Kreditaufnahmen zu minimieren, werden Liquiditätsüberschüsse im Inland in einem Cashpool auf STEAG-Konzernebene genutzt. Dadurch wird der Finanzbedarf im Konzern insgesamt optimiert.

Finanzierungsstruktur

Zum 31. Dezember 2016 standen den Finanzverbindlichkeiten von 2.853,9 Millionen € (Vorjahr: 2.342,5 Millionen €) flüssige Mittel in Höhe von 568,1 Millionen € (Vorjahr: 602,3 Millionen €) gegenüber.
Ein wesentlicher Bestandteil der langfristigen Finanzverbindlichkeiten in Höhe von 1.806,6 Millionen € sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, insbesondere für die KSBG KG, die Schuldscheindarlehen der STEAG GmbH, das Kraftwerk Walsum 10, die im Geschäftsjahr erhaltenen Anzahlungen auf Stromlieferverträge sowie Kraftwerksgesellschaften im Ausland.

Wesentlicher Bestandteil der finanziellen Vermögenswerte sind die Forderungen aus Finanzierungsleasing in Höhe von 1.168,8 Millionen € (Vorjahr: 1.231,8 Millionen €). Hiervon entfallen 113,4 Millionen € (Vorjahr: 194,4 Millionen €) auf kurzfristige Forderungen.

Der KSBG-Konzern verfügt über keine außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente, die einen wesentlichen Einfluss auf die derzeitige und zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Die KSBG KG hat den Erwerb der Anteile an der STEAG GmbH teilweise fremdfinanziert. In diesem Zusammenhang hat sie ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 152,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 30. April 2020, ein Akquisitionsdarlehen in Höhe 50,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 30. September 2024, ein Akquisitionsdarlehen in Höhe 200,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2020 sowie ein Akquisitionsdarlehen in Höhe von 173,0 Millionen € mit einer Laufzeit bis zum 18. August 2020 aufgenommen.

[4] *Definition gemäß Konsortialkreditvertrag.*
[5] *Definition gemäß den Schuldscheindarlehensverträgen und den EFET-Verträgen.*

Die Passivseite ist ebenfalls geprägt durch die Schuldscheindarlehen der STEAG GmbH, welches 2014 in Höhe von 400,0 Millionen € aufgenommen wurde. Außerdem hat die STEAG GmbH mit Banken weitere Kreditvereinbarungen getroffen, um die verfügbare Liquidität zu erhöhen, die über die aktuellen Notwendigkeiten hinausgeht.
Für den KSBG-Konzern ist die Liquidität gesichert.

Investitionen

Der KSBG-Konzern verfolgt mit zielgerichteten Investitionsprojekten den Erhalt guter Wettbewerbspositionen und die Expansion in Geschäfte und Märkte, in denen Potenziale für nachhaltiges, profitables Wachstum und angemessene Renditen gesehen werden. Jedes Projekt wird detaillierten strategischen und wirtschaftlichen Analysen unter Berücksichtigung von Sensitivitäten und Szenarien zur Abbildung wesentlicher Risiken unterzogen. Die Projekte müssen geschäftsspezifische und risikoadjustierte Mindestrenditeanforderungen erfüllen.

Sach- und Finanzinvestitionen

in Millionen €	**2016**	2015	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	111,5	68,8	62,1
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	91,5	149,5	-38,8
Sonstige	20,1	1,0	1.910,0
KSBG-Konzern	**223,1**	**219,3**	**1,7**

Die Investitionen betrugen insgesamt 223,1 Millionen € (Vorjahr: 219,3 Millionen €) und übertrafen damit die planmäßigen Abschreibungen von 165,1 Millionen € (Vorjahr: 177,6 Millionen €) deutlich. Die Sachinvestitionen sanken 2016 um minus 6,9 Prozent auf 161,2 Millionen € (Vorjahr: 173,2 Millionen €).

Mit 62,5 Prozent entfiel der größte Teil der Sachinvestitionen auf den Unternehmensbereich Kraftwirtschaft (100,8 Millionen €; Vorjahr: 58,5 Millionen €). Diese Investitionen betreffen vor allem Batteriespeichersysteme in Deutschland und stellen auch das größte Einzelprojekt in 2016 dar. Weitere 36,9 Prozent der Sachinvestitionen entfielen auf den Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen (59,5 Millionen €; Vorjahr: 113,8 Millionen €). Diese Investitionen betreffen vor allem zwei Windparks in Frankreich.

Regional lagen die wesentlichen Schwerpunkte der Sachinvestitionen des KBSG-Konzerns mit einem Anteil von 59,9 Prozent in Deutschland (96,5 Millionen €; Vorjahr: 62,7 Millionen €), mit einem Anteil von 21,1 Prozent in Frankreich (34,0 Millionen €; Vorjahr: 20,3 Millionen €) und mit einem Anteil von 6,5 Prozent in Polen (10,5 Millionen €; Vorjahr: 12,4 Millionen €).
Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen bestehen in Höhe von 19,3 Millionen € (Vorjahr: 93,0 Millionen €), von denen 10,8 Millionen € auf ein Geothermie Projekt in Indonesien entfallen.

In den Finanzinvestitionen in Höhe von 61,9 Millionen € (Vorjahr: 46,1 Millionen €) in 2016 sind die Anteile der im Geschäftsjahr erstkonsolidierten Elektrocieplownia Mielec Sp. z o.o. (Polen) enthalten. Des Weiteren wurden die restlichen 5,1 Prozent an der RAG Saarberg GmbH erworben.

Im Vorjahr wurden die Finanzinvestitionen geprägt durch die Erwerbe der Anteile an der PT Sejahtera Alam Energy (Indonesien), der Ferme Eolienne de La Madeleine SAS (Frankreich) und der Ferme Eolienne des Onze Muids SAS (Frankreich).

Cashflow

Kapitalflussrechnung KSBG-Konzern (Kurzfassung)

in Millionen €	**2016**	2015
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	244,9	313,5
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-83,8	-194,3
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-199,5	-259,0
Einfluss von Wechselkurs- und sonstigen Wertänderungen auf die flüssigen Mittel	4,2	25,1
Flüssige Mittel zum 31. Dezember	**568,1**	**602,3**

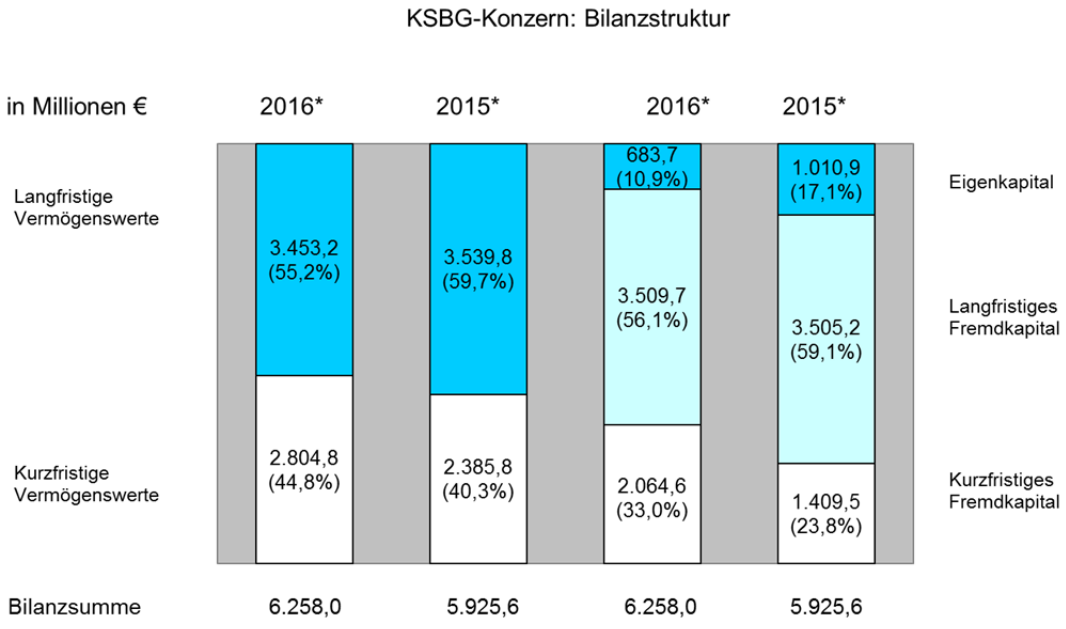
Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit lag mit 244,9 Millionen € unter dem Vorjahreswert von 313,5 Millionen € und ist wesentlich durch die Verringerung des Ergebnisses vor Finanzergebnis und Ertragsteuern fortgeführter Aktivitäten sowie stichtagsbedingter Veränderungen in den übrigen Vermögenswerten und Schulden geprägt.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit lag mit minus 83,8 Millionen € auf einem geringeren Niveau verglichen mit dem Vorjahreswert von minus 194,3 Millionen €. Der niedrigere Mittelabfluss im Berichtsjahr ist im Wesentlichen durch die gesunkenen Auszahlungen für Sachanlagevermögen, höheren Einzahlungen aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen und einer größeren Einzahlung aus kurzfristig angelegtem Termingeld begründet.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit lag mit minus 199,5 Millionen € über dem Vorjahreswert von minus 259,0 Millionen €, was im Wesentlichen auf höhere Auszahlungen an andere Gesellschafter im Vorjahr und einer Einzahlung anlässlich einer Anteilsveräußerung an Tochterunternehmen ohne Kontrollverlust zurückzuführen ist.

Der Buchwert der flüssigen Mittel, die als Sicherheiten verpfändet wurden, beträgt 45,6 Millionen € (Vorjahr: 243,2 Millionen €).

Vermögenslage
Bilanzstruktur



*jeweils Stichtag 31. Dezember

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem 31. Dezember 2015 von 5.925,6 Millionen € um 332,4 Millionen € auf 6.258,0 Millionen € zum 31. Dezember 2016. Die langfristigen Vermögenswerte sanken um 86,6 Millionen € auf 3.453,2 Millionen € (Vorjahr: 3.539,8 Millionen €).

Den Sachinvestitionen in Höhe von 161,2 Millionen € (Vorjahr: 173,2 Millionen €) stehen planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien in Höhe von insgesamt 165,1 Millionen € (Vorjahr: 177,6 Millionen €) sowie Wertminderungen von 48,4 Millionen € (Vorjahr: 35,6 Millionen €) gegenüber. Des Weiteren wurde Anlagevermögen in Höhe von 3,1 Millionen € (Vorjahr: 0,0 Millionen €) im Wert aufgeholt. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen betrug 55,2 Prozent (Vorjahr: 59,7 Prozent). Die langfristigen Vermögenswerte sind zu 121,4 Prozent durch langfristiges Kapital gedeckt (Vorjahr: 127,6 Prozent).

Die kurzfristigen Vermögenswerte lagen mit 2.804,8 Millionen € (Vorjahr: 2.385,8 Millionen €) um 419,0 Millionen € über dem Wert zum Geschäftsjahresende 2015. Dies liegt im Wesentlichen in einem Anstieg der kurzfristigen Forderungen aus Derivaten um 566,2 Millionen € auf 833,8 Millionen € (Vorjahr: 267,6 Millionen €) begründet. Die Entwicklung resultiert aus stark gestiegenen Handelsvolumina gepaart mit Schwankungen in den Marktpreisen. Des Weiteren erhöhten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 131,3 Millionen € auf 534,7 Millionen € (Vorjahr: 403,4 Millionen €). Gegenläufig verringerten sich die kurzfristigen Forderungen aus Finanzierungsleasing um 81,0 Millionen € sowie die übrigen sonstigen finanziellen Vermögenswerte um 89,6 Millionen €. Die kurzfristigen Vermögenswerte überstiegen das kurzfristige Fremdkapital um 35,9 Prozent (Vorjahr: 69,3 Prozent).

Das Eigenkapital sank um 327,2 Millionen € auf 683,7 Millionen € (Vorjahr: 1.010,9 Millionen €). Die Eigenkapitalquote verringerte sich im Wesentlichen aufgrund des gesunkenen Eigenkapitals durch das negative Ergebnis nach Steuern sowie aufgrund von Effekten im sonstigen Ergebnis von 17,1 Prozent auf 10,9 Prozent.
Das langfristige Fremdkapital erhöhte sich um 4,5 Millionen € bzw. 0,1 Prozent auf 3.509,7 Millionen € (Vorjahr: 3.505,2 Millionen €). Dies ist durch einen Anstieg der langfristigen sonstigen Rückstellungen um 59,8 Millionen € auf 346,0 Millionen € (Vorjahr: 286,2 Millionen €) bedingt. Die Pensionsrückstellungen stiegen um 57,5 Millionen € auf 1.093,8 Millionen € (Vorjahr: 1.036,3 Millionen €). Dies beruht insbesondere auf Anpassungen der Parameter zur Bewertung der Pensionsverpflichtungen. Wesentlich war dabei das Absinken des Zinssatzes von 2,2 Prozent im Vorjahr auf 1,8 Prozent im Berichtsjahr. Einen kompensatorischen Effekt hatten die Anpassungen der künftigen Entgeltsteigerungen von 2,5 Prozent im Vorjahr auf 2,1 Prozent sowie die Absenkung der erwarteten Rentensteigerungen von 1,8 Prozent auf 1,5 Prozent. Die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind um 115,8 Millionen € auf 1.513,9 Millionen € (Vorjahr: 1.629,7 Millionen €) gesunken.

Das kurzfristige Fremdkapital ist um 655,1 Millionen € auf 2.064,6 Millionen € gestiegen (Vorjahr: 1.409,5 Millionen €). Hierbei erhöhten sich die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Derivaten um 598,1 Millionen € auf 831,0 Millionen € (Vorjahr: 232,9 Millionen €). Die Entwicklung resultiert aus stark gestiegenen Handelsvolumina gepaart mit Schwankungen in den Marktpreisen. Des Weiteren erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 148,9 Millionen € auf 482,6 Millionen € (Vorjahr: 333,7 Millionen €). Gegenläufig sanken die sonstigen Rückstellungen um 93,6 Millionen € auf 333,8 Millionen € (Vorjahr: 427,4 Millionen €). Dies ist im Wesentlichen dadurch verursacht, dass die Begründung für die im Vorjahr ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 134,8 Millionen € im Zusammenhang mit dem Schiedsverfahren Walsum 10 im Berichtsjahr entfallen sind.

Wirtschaftliche Entwicklung der KSBG KG
Ertragslage

in Millionen €	**2016**	**2015**
Umsatzerlöse	1,1	1,3
Sonstige betriebliche Erträge	12,2	0,0
Materialaufwand	-0,6	-0,8
Abschreibungen und Wertminderungen	-54,0	-0,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5,1	-3,8
Beteiligungsergebnis	55,0	80,2
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-105,1	-
Finanzergebnis	-20,4	-20,0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	3,3	-2,8
Ergebnis nach Steuern	**-113,6**	**54,0**
Sonstige Steuern	0,0	0,0
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	**-113,6**	**54,0**

Mit dem Verkauf von Wärmelieferungen aus den Heizwerken erzielte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 1,1 Millionen €. Diese Erlöse entfallen ausschließlich auf Kunden im Inland.

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus dem mit EVONIK/RBV geschlossenen Vergleich zur Freistellungsvereinbarung Walsum 10 sowie der Auflösung von Steuerrückstellungen.
Der Betrieb der Heizwerke verursachte einen Materialeinsatz von 0,6 Millionen €, der im Wesentlichen auf den Heizöleinsatz zurückzuführen war. Die im normalen Umfang vorgenommenen Wartungsarbeiten beeinflussten den Materialaufwand nur geringfügig.

Mit dem für die STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH positiven Ausgang des Schiedsverfahrens ergeben sich im KSBG Einzelabschluss Abschreibungen von Forderungen gegenüber Evonik in Höhe von 53,9 Millionen €. Der von SEK erhaltene Bürgschaftsbetrag in Höhe von 124,3 Millionen € wurde in Höhe von 43,34 Prozent (53,9 Millionen €) von der KSBG KG an EVONIK /RBV gemäß vertraglicher Vereinbarung (Term Sheet) erstattet und bei der KSBG KG als Forderung bilanziert. Dies resultierte aus der damaligen konservativen Einschätzung des STEAG- und KSBG-Managements zum Ausgang des Schiedsverfahren im Rahmen der Jahresabschlusserstellung 2015, dass SEK die Bürgschaft mit dem Schiedsspruch wieder an Hitachi zurückzuerstatten hat und analog KSBG die anteilige Zahlung von EVONIK /RBV zurückerhalten werde. Nach nun vorliegenden positiven Schiedsurteil kann die SEK die Vertragserfüllungsbürgschaft einbehalten und muss diese nicht an Hitachi zurückerstatten. Die ursprüngliche Forderung der KSBG KG aus der weitergeleiteten Bürgschaftszahlung an Evonik ist in Folge dessen nicht mehr werthaltig.

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden im Wesentlichen Rechts- und Beratungskosten, Aufwendungen aus kaufmännischen- und technischen Dienstleistungsverträgen sowie die von der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH im Rahmen der Geschäftsführung entstandenen und weiterbelasteten Geschäftsführungsaufwendungen, ausgewiesen.

Aus dem mit der STEAG GmbH geschlossenen Gewinnabführungsvertrag erzielte die Gesellschaft Beteiligungserträge inklusive Gewerbesteuerumlagen in Höhe von 55,0 Millionen €, die Gewerbesteuerumlagen belaufen sich auf 0,4 Millionen €.

Der Beteiligungsbuchwert an der STEAG GmbH musste im laufenden Geschäftsjahr um 105,1 Millionen € wertberichtigt werden.

Das im Berichtszeitraum negative Finanzergebnis in Höhe von 20,4 Millionen € wurde wesentlich durch die bestehenden Konsortialkredite bestimmt. Den angefallenen Zinsaufwendungen und Provisionen in Höhe von 22,0 Millionen € standen Zinserträge von 1,6 Millionen € gegenüber.

Die Steuern beinhalten für das Geschäftsjahr 2016 Gewerbesteuererstattungen in Höhe von 1,4 Millionen € sowie die Auflösungen von Gewerbesteuerrückstellungen für die Geschäftsjahre 2011, 2012 und 2015 von insgesamt 1,9 Millionen €.

Vermögenslage
Bilanzstruktur

Der Abschluss der KSBG KG weist zum 31. Dezember 2016 eine im Vergleich zum Vorjahr um 174,3 Millionen € geringere Bilanzsumme von 1.116,3 Millionen € (Vorjahr: 1.290,6 Millionen €) aus.

Aktiva

in Millionen €	31.12.2016	31.12.2015
Sachanlagen	1,5	1,6
Finanzanlagen	989,9	1.095,0
Anlagevermögen	**991,4**	**1.096,6**
Vorräte	0,1	0,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	89,9	160,3
Flüssige Mittel	31,2	29,0
Umlaufvermögen	**121,2**	**189,4**
Rechnungsabgrenzungsposten	**3,7**	**4,6**
Summe Aktiva	**1.116,3**	**1.290,6**

Passiva

in Millionen €	31.12.2016	31.12.2015
Kapitalanteile	0,0	0,0
Rücklagen	518,9	495,9
Jahresüberschuss	-113,6	54,0
Eigenkapital	**405,3**	**549,9**
Rückstellungen	**12,9**	**17,3**
Verbindlichkeiten	**698,1**	**723,4**
Summe Passiva	**1.116,3**	**1.290,6**

Das Finanzanlagevermögen in Höhe von 989,9 Millionen € betrifft ausschließlich die 100 prozentige Beteiligung an der STEAG GmbH. Der Beteiligungsbuchwert musste im Geschäftsjahr 2016 um 105,1 Millionen € wertberichtigt werden.

Das Umlaufvermögen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 68,2 Millionen € auf 121,2 Millionen €. Dies ist im Wesentlichen auf die um 44,1 Millionen € gesunkenen Forderungen gegenüber Evonik Industries AG und den im Vergleich zum Vorjahr um 25,2 Millionen € gesunkenen Forderungen aus dem mit der STEAG GmbH am 28. Juni 2011 geschlossenen Gewinnabführungsvertrag zurückzuführen. Während sich die Forderungen gegenüber Gesellschafter um 2,1 Millionen € auf 23,2 Millionen € reduzierten, erhöhten sich die Forderungen aus Steuern um 1,0 Millionen € und die liquiden Mittel um 2,2 Millionen € auf 31,2 Millionen €.
Die Veränderungen im Rechnungsabgrenzungsposten werden wesentlich durch den am 21. Juli 2014 abgeschlossenen Konsortialkreditvertrag und den damit verbundenen Kreditnebenkosten beeinflusst. Die Auflösung des Rechnungsabgrenzungspostens erfolgt linear über die Laufzeit der Kredite.

Das Eigenkapital verringerte sich um 144,6 Millionen €. Der Jahresüberschuss 2015 wurde gemäß Gesellschafterbeschluss mit 31,0 Millionen € den Darlehenskonten und mit 23,1 Millionen € den Rücklagekonten zugerechnet. Die Kommanditisten erhielten eine Zahlung in Höhe von 31,0 Millionen €. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresfehlbetrag von 113,6 Millionen € aus. Die Eigenkapitalquote reduzierte sich um 6,3 Prozent auf 36,3 Prozent.

Die ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 12,9 Millionen € berücksichtigen im Wesentlichen mögliche Risiken aus der Endabrechnung der Kaufpreisverbindlichkeit, die im Zusammenhang mit dem Beteiligungserwerb der STEAG GmbH stehen, und Steuerrück-stellungen für die Geschäftsjahre 2011 bis 2015.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten um 25,3 Millionen € auf 698,1 Millionen € ist im Wesentlichen auf die planmäßigen und vorgezogenen Tilgungen der bestehenden Kreditverbindlichkeiten zurückzuführen. Während sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 30,0 Millionen € auf 510,0 Millionen € und die Verbindlichkeiten gegenüber der STEAG GmbH aus anrechenbaren Ertragsteuern um 2,4 Millionen € reduzierten, erhöhte sich das von STEAG GmbH gewährte Aufwärtsdarlehen um die in 2016 angefallenen Zinsen von 6,3 Millionen € auf insgesamt 164,3 Millionen €.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
Mitarbeiter

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen

Zum Jahresende 2016 waren im KSBG-Konzern 6.104 Mitarbeiter beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug weltweit 12 Prozent, das Durchschnittsalter der Mitarbeiter lag bei 43 Jahren. Knapp 43 Prozent der Beschäftigten waren außerhalb Deutschlands tätig.

Der Personalstand im Konzern ist gegenüber dem Vorjahr insgesamt um rund 184 Mitarbeiter gestiegen. Hierfür waren folgende Veränderungen ursächlich: Der Personalstand im Unternehmensbereich Kraftwirtschaft erhöhte sich um 58 Mitarbeiter. Diese Entwicklung lag insbesondere am Personalaufbau von 175 Mitarbeitern im Geschäftsbereich Energy Services aufgrund steigender Personalzahlen in den Betriebsführungsprojekten der STEAG Energy Services (India) Pvt. Ltd (+267) und bei der STEAG Energy Services do Brasil Ltda. (+71). Gegenläufig verzeichnete der Geschäftsbereich Energy Services bei der botswanischen Tochtergesellschaft eine Personalreduzierung von 45 Mitarbeitern. Zudem hatte die Entkonsolidierung der STEAG Energy Services LLC (USA) einen Rückgang der Konzernmitarbeiterzahl um 99 Mitarbeiter zur Folge.

Der Personalstand im Bereich Erzeugung reduzierte sich um 78 Mitarbeiter. Infolge des Stilllegungsbeschlusses der RWE Generation SE zu den Blöcken Voerde A und B zum 31. März 2017 kam es zu einem Stellenbesetzungsstopp. Stellen wurden über Arbeitnehmerüberlassung temporär fremdbesetzt. Darüber hinaus wurden Effizienzmaßnahmen umgesetzt, die zu einem Rückgang der Mitarbeiterzahlen führten. Im Bereich Beteiligung Kraftwirtschaft hat sich der Personalstand ebenfalls verringert (-20). Diese Personalreduzierung resultierte im Wesentlichen aus dem geringeren Personaleinsatz in den ausländischen Kraftwerken.

Im Unternehmensbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen gab es einen Zuwachs von 133 Mitarbeitern. Grund hierfür war die Konsolidierung der polnischen Tochtergesellschaft Elektrocieplownia Mielec Sp. z o.o.

Mitarbeiter nach Unternehmensbereichen	**31.12.2016**	**31.12.2015**
Kraftwirtschaft	4.657	4.599
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	941	808
Verwaltung	506	513
KSBG-Konzern	**6.104**	**5.920**

In Folge der geplanten Kraftwerksstilllegungen und im Rahmen des Programms STEAG 2022 ist im KSBG-Konzern in den nächsten Jahren ein Stellenabbau von mehreren hundert Arbeitsplätzen avisiert. Die Geschäftsführung der STEAG GmbH, der Konzernbetriebsrat und die Gewerkschaft IG BCE haben einen Konzernsozialplan und Rahmeninteressenausgleich verabschiedet mit dem Ziel, den Stellenabbau sozialverträglich zu vollziehen.

Ausbildung

Im Dezember 2016 wurden insgesamt 251 Auszubildende in den unterschiedlichsten Berufen ausgebildet. Dies entspricht einer Quote von konzernweit 4,3 Prozent. Der KSBG-Konzern sichert eine qualitativ hochwertige und attraktive Berufsausbildung.

Personalentwicklung

Im Jahr 2016 lag ein Fokus auf den Nachwuchskräfteentwicklungsprogrammen des Konzerns. Die Angebote für High Potentials oder Potenzialträger wurden fortgeführt.

Die „Executive Development Group“ (EDG) bereitet High Potentials aus verschiedenen Teilen des Konzerns auf die Anforderungen einer möglichen zukünftigen Konzern-Führungsaufgabe vor. Die Schwerpunkte lagen 2016 in den Themenfeldern Führung und Strategie. High Potentials sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über eine mehrjährige Berufserfahrung verfügen und bereits disziplinarische oder fachliche Führungserfahrungen gesammelt haben.

Die Potenzialträgerinnen und Potenzialträger – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Regel drei bis fünf Jahre Berufserfahrung nach Ausbildung oder Studium haben – haben im Rahmen eines „General Management Program“ (GMP) an den Kompetenzfeldern „Kommunikation und Kooperation“ sowie „Markt und Kunde“ gearbeitet und Netzwerke im Konzern aufgebaut. Dabei wurden sie von erfahrenen Führungskräften des Konzerns als Mentoren begleitet.

Auch für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Energy Development Program“ (EDP) steht die Bildung von Netzwerken neben dem Auf- und Ausbau von Kompetenzen im Fokus. 2016 haben 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Unternehmensbereichen des Konzerns das EDP beendet; 15 weitere Teilnehmer starteten im September 2016 mit diesem internen Entwicklungsprogramm für junge bzw. neue Mitarbeiter.
Bei der STEAG Energy Services GmbH hat die zweite internationale Gruppe das interne Entwicklungsprogramm „EMotion“ im Herbst 2016 erfolgreich beendet. „EMotion“ steht für „Energy in Motion“ und ist seit dem Jahr 2006 ein zentraler Bestandteil der Mitarbeiterentwicklung der STEAG Energy Services GmbH. Zentrale Themenstellungen in dem Programm sind u.a. die Ausrichtung auf die Internationalisierung der Projektstrukturen und die Netzwerkbildung über alle Gesellschaften der STEAG Energy Services GmbH hinweg.

Um die persönliche Entwicklung unserer Mitarbeiter weiter zu unterstützen und zu fördern, wurde die individuelle Entwicklungsberatung und -begleitung durch gezielte Inhouse-Veranstaltungen erweitert. Als Grundlage dient das STEAG-Kompetenzmodell, welches anhand von Themen- und Kompetenzfeldern die persönlichen Fähigkeiten, Eigenschaften und Verhaltensweisen für eine gute und erfolgreiche Arbeit im Konzern beschreibt. Mit dem aktuellen Angebot werden die zentralen Bedarfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgedeckt und das Lernen im gemeinsamen Erfahrungsfeld ermöglicht.

Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzmanagement

Die Anzahl der Betriebsunfälle ist um 16 Prozent von 44 auf 37 gesunken. Die Anzahl der Wegeunfälle hat sich um 50 Prozent von 12 auf 18 Unfälle erhöht. Besonders hervorzuheben ist das Kraftwerk Mindanao auf den Philippinen, das seit 10 Jahren keine Unfälle zu verzeichnen hat. Darüber hinaus sind weitere Standorte/Gesellschaften, wie die STEAG Fernwärme GmbH, RKB Leuna und die STEAG Netz GmbH seit mehr als drei Jahren unfallfrei. Die Anzahl der Standorte/Gesellschaften, die seit mehr als einem Jahr unfallfrei sind, konnte deutlich gesteigert werden, u.a. betrifft dies das Heizkraftwerk Herne, die Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P. (Kolumbien) und die STEAG Energy Services GmbH.

Mit der Einführung der Vision ZERO „Kollegialer Mitarbeiterschutz“ mit seinen sechs Erfolgsfaktoren konnte die gute kontinuierliche Entwicklung im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz mit allen Beteiligten weiter verbessert werden. 2016 wurden mehr als 1.000 Führungskräfte und Mitarbeiter mittels Schulungen, Unterweisungen, Vorträgen, Selbsteinschätzungen sowie Seminaren zur verhaltensorientierten Arbeitssicherheit in den Arbeitsschutz eingebunden. Positiv ist der im Bereich Erzeugung zu verzeichnende Rückgang der Unfälle um 50 Prozent. Diese Maßnahmen werden in 2017 fortgeführt und intensiviert.

Die Fortführung der zertifizierten Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsysteme gemäß den Anforderungen der Occupational Health- and Safety Assessment Series (OHSAS) 18001:2007 im Inland seit 2008 hat sich weiter bewährt. Mit den durch die Berufsgenossenschaft in den letzten Jahren durchgeführten erfolgreichen Re-Zertifizierungen an allen Standorten und in allen Gesellschaften zeigte sich eine stetige Verbesserung, die den hohen Stand des Arbeits- und Gesundheitsschutzes wiederspiegelt. Die STEAG Technischer Service GmbH konnte 2016 zusätzlich zu den bestehenden Berufsgenossenschaft (BG)-Zertifikaten gemäß dem Sicherheits Certifikat Contraktoren/Sicherheits Certifikat Personaldienstleister (SCC/SCP) -Standard zertifiziert werden.
Auch die Standorte im Ausland haben 2016 den gleichen hohen und zertifizierten Standard im Arbeits- und Umweltschutz sichergestellt und werden regelmäßig auditiert.
Im Rahmen der standortbezogenen, durch die Behörden durchgeführten Inspektionen gemäß der Industrie-Emissions-Richtlinie (IED) im Umweltschutz wurden unser Umweltschutzmanagementsystem und die Auflagenerfüllung überprüft. Es wurden keine Mängel in den überprüften Kraft- und Heizwerken festgestellt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Aus dem unternehmerischen Auftrag „Gesunde STEAG“ und den damit verbundenen intensiven Auseinandersetzungen im Rahmen von Führungskräfteworkshops wurden zahlreiche Maßnahmen abgeleitet. Unter anderem ist das Präventionsprogramm Ste-aktiv, eine trägerübergreifende Kooperationsvereinbarung zwischen Unternehmen und verschiedenen Sozialversicherungsträgern, an den Start gegangen.

Eine familienbewusste Unternehmensführung ist Ausdruck der gesellschaftlichen Verantwortung des Konzerns und Bestandteil unserer Personalstrategie. Eine Konzernbetriebsvereinbarung zum Thema „Beruf und Familie“ beinhaltet verschiedene Angebote, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen. Die Angebote werden z.T. in Zusammenarbeit mit verschiedenen Trägern, wie zum Beispiel der AWO erstellt.

Betriebliches Vorschlagswesen

Im Jahr 2016 wurde der KSBG-Konzern vom Deutschen Institut für Betriebswirtschaft zum wiederholten Mal ausgezeichnet. In der Sparte „Energie, Energieversorgung“ ging der erste Platz an das Vorschlagswesen der STEAG GmbH. Der Konzern hat somit schon über Jahrzehnte eine Spitzenposition in diesem Bereich inne.
Durch umgesetzte Verbesserungsvorschläge im Jahr 2016 erzielte der KSBG-Konzern insgesamt einen quantifizierbaren Jahresnutzen in Höhe von 4,2 Millionen €. Dafür wurden an die Mitarbeiter Prämien in Höhe von 0,6 Millionen € ausgezahlt. Die hohe Mitarbeiterbeteiligung im betrieblichen Vorschlagswesen beweist auch die hohe Motivation sowie

die Verbundenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Unternehmen in einem immer schwieriger werdenden Marktumfeld.

Corporate Governance

Corporate Governance setzt sich aus den Werten und Grundsätzen zur Leitung und Überwachung eines Unternehmens sowie den Richtlinien und Maßnahmen zu deren praxisorientierter, verantwortungsbewusster Umsetzung zusammen. Eine Zusammenfassung dieser Prinzipien findet sich im Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK).

Sowohl die Geschäftsführung als auch der Aufsichtsrat der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH orientieren sich an den Bestimmungen des DCGK.

Gute Unternehmensführung bedeutet für den Konzern, sich nicht nur in jeder Hinsicht rechtskonform entsprechend den gesetzlichen nationalen und internationalen Regeln und Standards zu verhalten, sondern darüber hinaus verantwortungsvoll und werteorientiert zu handeln. Diese zweifache Vorgabe stellt die Zielsetzung und Erfolgsgrundlage dar, an der sich nicht nur die Geschäftsführung, sondern alle Mitarbeiter orientieren und an der sie die tägliche Praxis ausrichten.

Unterstützt werden sie dabei durch einen Verhaltenskodex, das Richtliniensystem, welches zentral im Organisationshandbuch geregelt ist, sowie dem Compliance Managementsystem des KSBG-Konzerns. Alle Bestimmungen und deren Zusammenwirken unterliegen fortlaufender Weiterentwicklung und Fortschreibung.
2016 wurden die erfolgreichen Maßnahmen und Tätigkeiten der Vorjahre im Themenfeld Compliance fortgeführt. Zugleich erfolgte eine Kontrolle der Wirksamkeit der Tätigkeiten der vergangenen fünf Jahre seit Einführung eines eigenständigen Compliance Managementsystems.

Die Maßnahmen konzentrierten sich auf die Identifizierung potentieller Risikoquellen und die entsprechenden Präventionsmaßnahmen. Ferner ist die Beratung der operativ tätigen Konzerngesellschaften und Fachbereiche im Hinblick auf Rechtskonformität und verantwortungsvolles Handeln bei der Aushandlung von Verträgen und Vereinbarungen ein Schwerpunkt der täglichen Arbeit im Bereich Compliance.

Die Risikoanalysen zu den Themen Korruption und Kartellrecht wurden 2016 weitergeführt. Darüber hinaus identifizierte die Fachabteilung Compliance gemeinsam mit relevanten Konzernabteilungen die Bereiche Geldwäsche, Insiderhandel und Außenwirtschaftsrecht als Themen, zu denen detailliertere Präventionskonzepte eingeführt werden sollen.

Als Ergänzung zu den turnusmäßigen, zielgruppenorientierten Präsenzschulungen wurde entschieden, ein E-Learning-Modul zu entwickeln, um weltweit mehr Mitarbeiter noch effektiver für das Thema Korruptionsprävention zu sensibilisieren. Neben Präsenzveranstaltungen im Inland erfolgten 2016 Schulungen mit gleicher Zielsetzung auch im Ausland, zum Beispiel in Kolumbien und Polen.

Der KSBG-Konzern ist weiterhin aktiver Teilnehmer am UN Global Compact und unterstützt die Einhaltung der zehn Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung.
Die zehn Prinzipien sind in den Vereinbarungen mit den Geschäftspartnern, sowohl individuell als auch über die allgemeinen Geschäftsbedingungen des KSBG-Konzerns, enthalten und genießen weltweit Beachtung und hohe Akzeptanz. Daher richtet der Konzern auch die Aktivitäten im Bereich Corporate Responsibility an ihnen aus. Im Ausland zielen die entsprechenden Maßnahmen im Wesentlichen auf die Stärkung der örtlichen Infrastruktur sowie auf soziales Engagement in der Gesellschaft vor Ort.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Verwirklichung und Kontrolle nachhaltiger Lieferketten. Über die gemeinsam mit dem Fachbereich Einkauf entwickelte Selbstbefragung zu Governance, Compliance und Nachhaltigkeit werden Lieferanten und Dienstleister auf effektive Weise einer ersten Kontrolle unterzogen und sensibilisiert. Auf der anderen Seite steigen die Nachfragen der Kunden, Anteilseigner oder Finanzpartner zu diesen Themen ebenso kontinuierlich an.

Risiko-, Chancen- und Prognosebericht
Risikobericht

Risikostrategie

Durch seine vielfältigen Geschäftsaktivitäten ergeben sich für den KSBG-Konzern kontinuierlich Chancen und Risiken. Das Risikomanagement ist daher ein zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und dient der gezielten Sicherung bestehender und künftiger Erfolgspotenziale, insbesondere durch Vermeidung und Verminderung von Risiken und daraus resultierender Folgen. Die frühzeitige Erkennung und Realisierung von Chancen kann den Unternehmenserfolg erhöhen.

Der KSBG-Konzern ist aufgrund seiner Betätigungsfelder sich ständig ändernden politischen, gesellschaftlichen, demografischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Den sich daraus ableitenden Risiken wird entsprochen, indem das gesamte Umfeld beobachtet und analysiert wird und daraus Marktentwicklungen antizipiert werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse werden genutzt, um das Portfolio konsequent entsprechend der Konzernstrategie weiterzuentwickeln.

Aufbau und Organisation des Risikomanagements

Grundlage des betrieblichen Risikomanagements des KSBG-Konzerns bildet ein konzernweites internes Risikomanagementsystem aus dem gleichermaßen Risiken im Sinne von potenziell negativen Zielabweichungen, aber auch positive Zielabweichungen durch das Aufzeigen von Chancen im Fokus stehen.

Das Risikomanagementsystem hat – der Organisationsstruktur des KSBG-Konzerns folgend – einen dezentralen Aufbau. Die originäre Risikoverantwortung liegt bei den Bereichen, die für Früherkennung, Abschätzung der Auswirkungen, Erarbeitung und Umsetzung geeigneter Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen sowie die konzerninterne Kommunikation der Chancen und Risiken verantwortlich sind. Innerhalb dieser Organisationseinheiten koordinieren Risikobeauftragte die jeweiligen Risikomanagementaktivitäten. Für den KSBG-Konzern nimmt das Konzerncontrolling die Steuerungs- und Kontrollfunktionen für Abläufe und Systeme wahr. Es ist Ansprechpartner für alle Risikobeauftragten und zuständig für die Koordination, Information und Dokumentation auf Konzernebene. Gleichzeitig verantwortet es die methodische Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Neben organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und einem internen Kontrollsystem unterstützt dabei auch die Revision als prozessunabhängige Kontroll- und Beratungsinstanz das Risikomanagement.

Risikomanagement ist auf allen Ebenen ein wesentliches Element der Controllingprozesse des KSBG-Konzerns. Zu diesen zählen die strategische und operative Planung, die Vorbereitung von Investitionsentscheidungen sowie die Monatsberichterstattungen und Hochrechnungen und – ab einem bestimmten Schwellenwert – eine Risiko-Sofortberichterstattung. Die Organisationseinheiten führen einmal jährlich in Verbindung mit der Mittelfristplanung eine umfassende Inventur von Chancen und Risiken durch. Alle Sachverhalte werden systematisch erfasst, dokumentiert und hinsichtlich ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Für bei der Inventur erkannte Chancen und Risiken müssen sämtliche Organisationseinheiten Sicherungsmaßnahmen benennen, deren Umsetzung verfolgt wird. Die Inventur, die Sachverhalte kurzfristig für ein Jahr sowie mittelfristig über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren betrachtet, wird ergänzt durch monatliche Chancen- und Risikoberichte, in denen Veränderungen bei den bereits identifizierten sowie neu aufgetretenen Sachverhalten, bezogen auf das laufende Jahr, erfasst werden.

Gesamtrisikosituation

Aus der Gesamtheit der identifizierten Risiken (gegliedert nach strategischen, operativen, finanzwirtschaftlichen und sonstigen Risiken) können – in einer individuellen Betrachtung, aber auch unter Berücksichtigung von Interdependenzen zwischen Risiken sowie vor dem Hintergrund von bereits initiierten und geplanten Maßnahmen – zum heutigen Zeitpunkt keine bestandsgefährdenden Auswirkungen für den KSBG-Konzern abgeleitet werden.

Strategische Risiken

Veränderungen der bestehenden regulatorischen Rahmenbedingungen können die geplanten Investitionen und die Ertragslage des KSBG-Konzerns signifikant beeinflussen. Die Geschäfte des KSBG-Konzerns sind einem dynamischen und starken Wettbewerb ausgesetzt, der Mengen- und Preisrisiken verstärkt.

Das geänderte Marktumfeld in Deutschland wird zu einem wirtschaftlich begründeten Rückgang der konventionellen Kraftwerkskapazitäten führen. Hierzu tragen insbesondere auch die nachfrageunabhängige Förderung und der Einspeisevorrang Erneuerbarer Energien bei. Mit dem derzeitigen Förderregime wird eine Markt- und Systemintegration von Erneuerbaren Energien verhindert und nicht nur Braun- und Steinkohlekraftwerke werden verdrängt, sondern auch hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung-Anlagen (KWK-Anlagen). Zudem wird eine politische Diskussion über eine fest terminierte Beendigung der Verstromung fossiler Brennstoffe in Deutschland als Beitrag zur Begegnung des globalen Klimawandels geführt, deren konkreter Ausgang zum heutigen Zeitpunkt nicht absehbar ist.

Durch Kapitalanlagegarantien der Bundesrepublik Deutschland wurden die politischen Risiken in den Ländern, in denen die Auslandskraftwerke Iskenderun, Mindanao, Termopaipa, und der Windpark Crucea betrieben werden, abgesichert. Hierdurch ist ein Verlust des Kapitalanteils des KSBG-Konzerns weitgehend ausgeschlossen.

Operative Risiken

Im Rahmen des Kraftwerksgeschäfts kommt dem vorbeugenden Risikomanagement aus kommerzieller, aber auch gesellschaftlicher, politischer, technologischer und umweltbezogener Hinsicht eine besondere Bedeutung zu. Aufgrund der hohen Kapitalintensität und -bindungsdauer sind die sorgfältige Analyse der Markt- und Rahmenbedingungen, die bewusste Steuerung der relevanten Risiken durch eine systematische und ausgeglichene Risikopolitik, die hohe Qualität der eingesetzten Technik und die Akzeptanz der Anlagen in ihrem Umfeld zentrale Elemente im Hinblick auf eine proaktive und nachhaltige Sicherung des Bestandes der Gesellschaft. Eine vertrauensvolle, d.h. offene und transparente Kommunikation mit Kunden, Lieferanten und Nachbarn sowie der Betrieb der Anlagen nach höchsten Umwelt- und Sicherheitsstandards sind konzernweit ein Selbstverständnis sowie Grundlage des langfristigen Erfolgs.

Konzernintern abgestimmte Regelwerke geben den Rahmen vor, innerhalb dessen die finanzwirtschaftlichen Preisrisiken im Handelsbereich (Commodity-Preise, Währungen) sowie die damit verbundenen Kontrahentenausfall- und Liquiditätsrisiken gesteuert werden. Entsprechende Kennzahlen wie zum Beispiel Positionslimits, Verlustlimits oder auch Value at Risk dienen dabei der Einhaltung der gesetzten Grenzen. Während die Preisrisiken insbesondere durch den Einsatz von

Derivaten auf Basis entsprechender Finanzmodelle gesteuert werden, liegt der Fokus bei den Kontrahentenausfallrisiken auf der sorgfältigen Bonitätsprüfung der Vertragspartner, der Angemessenheit der zugrunde liegenden Rahmenverträge sowie einer kontinuierlichen Überprüfung der daraus abgeleiteten Kreditlinien. Für das Handelsgeschäft wird die Einhaltung aller relevanten Kennzahlen durch das Back Office im Handelsbereich überwacht. Eine umfassende Aktualisierung des Risikorahmens für die Handelsaktivitäten wurde im dritten Quartal 2016 vorgenommen.

Im Rahmen der Terminvermarktung schließt die STEAG GmbH Handelsverträge ab, welche Verpflichtungen zur Einhaltung bestimmter Finanzkennzahlen beinhalten, bei deren Unterschreitung ein Nachbesicherungsrecht seitens der Vertragspartner ausgelöst werden kann. Zum 31. Dezember 2016 wurden nicht sämtliche vereinbarte Finanzkennzahlen eingehalten. Das Gesamtrisiko der STEAG GmbH aus der Nichteinhaltung wird als gering eingestuft.

Risiken für den KSBG-Konzern ergeben sich auch aus dem regulatorischen Umfeld zum Betrieb der Kraftwerke. Die an den Kraftwerksbetrieb gestellten Umweltschutzanforderungen werden in vollem Umfang erfüllt. Weitere Risiken ergeben sich aus den energiepolitischen Rahmenbedingungen, die Einfluss auf den Geschäftserfolg des KSBG-Konzerns haben.

Investitionsentscheidungen bergen in ihrer Umsetzung aufgrund des hohen Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung vielfältige und komplexe Risiken. Das Investitionsvorhaben zur Realisierung eines Geothermiekraftwerks in Indonesien ist mit dem Risiko des Nichtvorhandenseins eines kommerziell ausreichenden geothermischen Systems verbunden. Der KSBG-Konzern führt daher die Vorbereitung und Umsetzung solcher Entscheidungen entlang festgelegter und differenzierter Zuständigkeitsregelungen und Genehmigungsprozesse durch.

Regulatorische Veränderungen haben auch außerhalb Deutschlands Einfluss auf die Ge-schäftsaktivitäten des KSBG-Konzerns. Beispielsweise führen Eingriffe der rumänischen Regierung in den Grünstromzertifikatemarkt zu einem Überangebot an Zertifikaten. Dies wirkt sich negativ auf die Möglichkeit zur Vermarktung der Zertifikate für den Windpark Crucea aus.

In der Türkei wurde im August 2016 eine Abgabe für Kohleimporte eingeführt. Betreiber von Steinkohlekraftwerken werden mit dieser Abgabe belastet, sofern Kohle aus ausgewählten Staaten importiert wird. In gleicher Höhe, wie ein bestimmter Referenzpreis unterschritten wird, erfolgt eine Belastung. Auf den KSBG-Konzern wirkt sich diese Abgabe erst nach Auslaufen des bestehenden Stromliefervertrags des Kraftwerks Iskenderun im Jahr 2019 aus.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Das Ergebnis des KSBG-Konzerns kann durch Zins- und Währungsschwankungen beeinflusst werden.

Das Marktzinsniveau wirkt sich auf die Höhe der Refinanzierungskosten ebenso aus wie die Einschätzung der Bonität des KSBG-Konzerns. Diese wiederum wird unter anderem durch die Marktsituation der konventionellen Kraftwerke bestimmt. Hierdurch kann eine Verschlechterung der Bonitätseinschätzung eintreten, wodurch zusätzliche Kosten für die Aufnahme von Fremdkapital entstehen können.

Die Bewertung der Rückstellungen wird ebenfalls durch das Marktzinsniveau beeinflusst. Sinkende Zinsen erhöhen das Niveau der Rückstellungen und umgekehrt. Risiken aus Fremdwährung bestehen insbesondere bei der Beschaffung und Preisabsicherung von benötigten Brennstoffen. Sie werden mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert.

Hinsichtlich der Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten wird auf den Abschnitt im Anhang zum Konzernabschluss verwiesen.

Geplante Dividendenausschüttungen ausländischer Konzerngesellschaften außerhalb des Euroraumes werden strukturiert gegen Wechselkursschwankungen gesichert. Zusätzlich werden bei der Gesellschaft Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P. (Kolumbien) die auf kolumbianischem Peso basierten Kosten gegen Wechselkursschwankungen gegenüber dem US-Dollar abgesichert. Nicht gegen Wechselkursschwankungen absicherbar sind hingegen so genannte „Translationsrisiken“, die sich bei der Umrechnung von Jahresabschlüssen ausländischer Tochtergesellschaften in Euro mit dem aktuellen Wechselkurs gegenüber dem budgetierten Wechselkurs ergeben.

Sonstige Risiken

Die Geschäftstätigkeit des KSBG-Konzerns birgt geschäftsübliche rechtliche Risiken aus Vertragsbeziehungen zu Kunden und Geschäftspartnern sowie technische Risiken aus dem Anlagenbetrieb, insbesondere von Großanlagen, für die – in Abstimmung mit den Fachbereichen – in angemessenem Umfang bilanzielle Risikovorsorge gebildet wurde.

Von besonderer Bedeutung sind vor diesem Hintergrund die rechtlichen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Kraftwerk Walsum 10. Dabei wurde ein Austausch von Kesselteilen notwendig, mit dem eine Verzögerung des Baufortschritts gegenüber der ursprünglichen Planung einherging. Hieraus ergaben sich Risiken in Form von Mehrausgaben, verzögerten Ergebnissen durch die verspätete Inbetriebnahme sowie ein Zwischenfinanzierungsbedarf. Den Risiken wurde seit dem Jahresabschluss 2011 auf Basis einer umfassenden Bewertung Rechnung getragen. Der Beginn des kommerziellen Betriebs erfolgte im Dezember 2013. Die rechtliche Auseinandersetzung mit dem Auftragnehmer, dem Generalunternehmerkonsortium (Hitachi), bestehend aus Hitachi Ltd. und Hitachi Power Europe GmbH, wird im Rahmen eines Schiedsverfahrens, einschließlich Widerklage durch Hitachi geführt. Ende November 2016 wurde in ei-

nem Teilendschiedsspruch das Verfahren zu den wirtschaftlich wichtigsten Ansprüchen von dem nach den Regeln der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris bestellten Schiedsgericht überwiegend zu Gunsten der gemeinsamen Projektgesellschaft STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH entschieden. Aufgrund der Verfehlung vertraglich zugesicherter Leistungskennzahlen im Kraftwerksbetrieb hat die STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH Ende 2015 ein weiteres Schiedsverfahren gegen das Generalunternehmerkonsortium eingeleitet.

Ein weiteres geschäftsübliches rechtliches Risiko aus Vertragsbeziehungen stellt die Kündbarkeit des Rahmenvertrags für die Einräumung der Leitungsverlegungsrechte zum Zweck der Fernwärmeversorgung in der Stadt Essen dar. Der Rahmenvertrag wurde 1981 zwischen der Stadt Essen und der STEAG Fernwärme GmbH geschlossen und ist zum 30. Juni 2017 mit Wirkung zum 30. Juni 2020 durch die Stadt Essen kündbar. Basierend auf dem Rahmenvertrag wurden für die Mitbenutzung städtischer Grundstücke in einer Vielzahl von Fällen Gestattungsverträge geschlossen. STEAG und die Stadt Essen führen derzeit Gespräche über den Ausbau der Fernwärme in Essen. Bei positivem Ausgang der Gespräche wird die bestehende Gestattung nicht gekündigt.

Risiken der KSBG KG

Die KSBG KG mit Sitz in Essen hat als Konzernmutter mit der STEAG GmbH einen Gewinnabführungsvertrag geschlossen. Die STEAG GmbH wiederum hat als Führungsgesellschaft und Stammhaus der STEAG-Gruppe mit dem Großteil der inländischen Tochtergesellschaften Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge geschlossen. Dadurch steuert die STEAG GmbH einen Großteil der inländischen Risiken im Konzern. Die KSBG KG steuert mit der STEAG GmbH die größte Einzelgesellschaft des Konzerns. Die vorgenannte Darstellung der risikobezogenen Situation des KSBG-Konzerns bildet somit auch die wesentlichen Risiken der KSBG KG ab.
Darüber hinaus ist die KSBG KG gemäß Konsortialkreditvertrag vom 21. Juli 2014 dazu verpflichtet, für die zwei folgenden Kennzahlen die im Kreditvertrag genannten Grenzen einzuhalten:

das Verhältnis der konsolidierten Nettoverschuldung zu konsolidiertem EBITDA („Nettoverschuldungsgrad) ≤ 3,75 auf Ebene des KSBG Konzernabschlusses

das Verhältnis des konsolidierten adjustierten EBITDA zu konsolidiertem Nettozinsaufwand („Zinsdeckungsgrad“) ≥ 3,00 auf Ebene des KSBG Konzernabschlusses

Ein Überschreiten der Kennzahlen würde zu einem Kreditvertragsbruch führen.

Chancenbericht

In Deutschland hat der KSBG-Konzern eine bedeutende Stellung im Bereich der konventionellen Stromerzeugung, aber auch bei erneuerbaren und dezentralen Energien sowie energienahen Dienstleistungen erreicht, die weiter ausgebaut werden soll.

Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des inländischen Geschäftes geht zu einem erheblichen Teil mit der kontinuierlichen Optimierung von Bestandskraftwerken einher, durch welche die technische und organisatorische Flexibilität der Kraftwerke erhöht werden soll. In der Konsequenz wird die Wirtschaftlichkeit der Standorte gesteigert und die jeweilige Laufzeit der Kraftwerksblöcke – unter Berücksichtigung der geänderten und sich weiter verändernden Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund der energiepolitischen Neuausrichtung in Deutschland – maximiert.

Durch weiteres gezieltes Wachstum in Deutschland vor allem im Bereich der dezentralen Energieerzeugung, den Eintritt in das Geschäftsfeld der Müllverbrennung durch die neu gegründete STEAG Waste to Energy GmbH und den Ausbau der Erneuerbaren Energien eröffnen sich weitere Ertragsquellen für den Konzern. Weitere Opportunitäten werden in der Weiterentwicklung von Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und Fernwärme (vor allem über die in Entwicklung befindliche Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr) sowie (bei positiver Gesamtbeurteilung, die zum heutigen Zeitpunkt aufgrund der energiepolitischen Rahmenbedingungen jedoch fraglich erscheint) auch partiell im Bereich der konventionellen Energieerzeugung im Inland gesehen.

Mit der Weiterentwicklung und Ausweitung der Handelsaktivitäten kann einerseits das Inlandsgeschäft stabilisiert, andererseits auch das internationale Wachstum forciert werden.

In der Realisierung von ertragsstarken Auslandsprojekten sieht der KSBG-Konzern – basierend auch auf seiner langjährigen Expertise u.a. durch Projekte in Kolumbien, der Türkei und Indonesien – eine weitere Chance im Hinblick auf eine Stabilisierung sowie eine weitere Verbesserung der Ertragslage. Dabei wird neben der Entwicklung von konventionellen Kraftwerken auch der Ausbau Erneuerbarer Energien wie beispielsweise die Realisierung eines Geothermiekraftwerks in Indonesien vorangetrieben, um das Erzeugungsportfolio weiter zu diversifizieren.

Potenziale im weiteren Ausbau von Dienstleistungen (Services im In- und Ausland vor allem durch die STEAG Energy Services GmbH, die STEAG Power Minerals GmbH sowie die STEAG Technischer Service GmbH) runden das Portfolio der wesentlichen zukünftigen Chancen des Konzerns ab.
Begleitet werden die vorgenannten (marktbezogenen) Initiativen durch Optimierungsprogramme mit Fokus auf interne Strukturen, Prozesse und Systeme. 2016 wurde mit dem Programm STEAG 2022 ein Transformationsprojekt begonnen, welches zur nachhaltigen Ergebnisverbesserung erhebliche Beiträge liefern wird. Hierzu wurden umfassende Hebel zur

Steigerung der Effizienz sowie zu Portfolio- und Wachstumsinitiativen erarbeitet, die sich nun in der Umsetzung befinden.

Chancen der KSBG KG

Analog zur risikobezogenen Situation steuert die KSBG KG als Konzernmutter die STEAG GmbH als Führungsgesellschaft des KSBG-Konzerns und somit auch alle wesentlichen Chancen des Konzerns. Die vorgenannte Darstellung der chancenbezogenen Situation des KSBG-Konzerns bildet somit auch die wesentlichen Chancen der KSBG KG ab.

Prognosebericht
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Deutsche Bundesbank sieht die Wirtschaft Deutschlands in einem moderaten Aufschwung und erwartet für das Jahr 2017 einen Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 1,8 Prozent.

Hauptstütze ist weiterhin die lebhafte Binnennachfrage, die von der günstigen Arbeitsmarktlage und steigenden Einkommen der privaten Haushalte profitiert. In den kommenden Jahren werden sich die gegenwärtig für den privaten Konsum sehr vorteilhaften Rahmenbedingungen etwas eintrüben. Infolge einer niedrigeren Zuwanderung, ungünstigen Perspektiven für die heimische Demografie und einer steigenden Arbeitskräfteknappheit ist tendenziell von einer geringeren Dynamik der Beschäftigung und steigenden Löhnen auszugehen.
Ferner wird ein Auslaufen der Ölpreisrückgänge der jüngeren Vergangenheit und ein Anstieg der Energiepreise insgesamt prognostiziert. Preistreibend wirken dabei im Bereich der Stromtarife vor allem die durch einen erheblichen Ausbaubedarf gekennzeichneten Netze, die in steigende Netzentgelte münden.

Die Auslandsgeschäfte werden sich im kommenden Jahr verstärken, leiden aber noch unter dem verhaltenen Wachstum des Welthandels und bieten voraussichtlich keinen vollständigen Ausgleich für die zukünftig weniger schwungvolle Binnenkonjunktur.

In diesem Szenario könnte die deutsche Wirtschaft 2018 und 2019 mit 1,6 Prozent beziehungsweise mit 1,5 Prozent etwas weniger stark zulegen.

Die Risiken für das erwartete Wirtschaftswachstum erscheinen insgesamt ausgeglichen, weil mögliche höhere Preisanstiege, insbesondere durch höhere Rohstoffpreise, durch geringere Arbeitskostenanstiege gegenkompensiert werden könnten.

Energiewirtschaftliche Entwicklung

Die Geschäftsentwicklung des KSBG-Konzerns wird weiterhin durch besondere (energiewirtschaftliche) Rahmenbedingungen geprägt, die sowohl das Inlandsgeschäft aber auch die internationalen Geschäftsaktivitäten betreffen.

Mit der Energiewende soll in Deutschland die Energieerzeugung aus Erneuerbaren Energien vorangetrieben werden, wobei ein Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen ist und konventionelle Kraftwerke durch die fortwährende Erhöhung der installierten Leistung wirtschaftlich verdrängt werden. Das KWKG 2016 hat inzwischen die beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission erhalten. Das EEG 2017 festigt die Ziele des EEG 2014. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch soll von derzeit rund 30 Prozent (Stand: Ende 2015) bis 2025 auf 40 bis 45 Prozent und bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent ansteigen. 2050 soll der Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch mindestens 80 Prozent betragen. Mit der EEG-Novelle wird der Systemwechsel der Erneuerbare-Energien-Finanzierung auf ein Ausschreibungsmodell für die wesentlichen Technologien vollzogen. Die Vergütungshöhe soll zukünftig auf Basis der Leistung wettbewerblich ermittelt werden. Die energiewirtschaftliche Integration der Erneuerbaren Energien erfolgt dabei nur begrenzt. Mit dem Strommarktgesetz wird der Energy-only-Markt als Leitbild erhalten. Flankiert wird dieser jedoch durch Reservemechanismen (Netzreserve, Kapazitätsreserve und Braunkohle-Sicherheitsbereitschaft), die die Versorgungssicherheit gewährleisten sollen. Das alternative Konzept eines Kapazitätsmarktes kommt nicht zum Tragen. Die Frage der dauerhaften Versorgungssicherheit bleibt ungeklärt.

In den Jahren 2017/18 wird der europäische Emissionshandel für die Zeit nach 2020 reformiert. Über die Einführung der Marktstabilitätsreserve über 2019 hinaus werden voraussichtlich der Reduktionsfaktor im Bereich der auktionierten Zertifikate verschärft und dem System zusätzliche Zertifikate entzogen. Zudem wird eine Reihe von Ausnahmen für die Industrie und Osteuropa die verfügbaren Zertifikate faktisch begrenzen. Eingriffe auf nationaler Ebene sollen voraussichtlich grundsätzlich ermöglicht werden.

Die Börsenstrompreise liegen derzeit auf einem historisch niedrigen Niveau. Diese Situation wird sich erwartungsgemäß kurzfristig nicht entscheidend ändern. Analysten und Händler gehen mittelfristig weiterhin von einem niedrigen Niveau der Börsenstrompreise aus. Die niedrigen Börsenstrompreise sind die Konsequenz einer Kombination mehrerer Effekte: niedrige Commodity-Preise für Steinkohle, Erdgas und CO_2-Zertifikate, steigende Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien, Überkapazitäten an konventionellen Erzeugungskapazitäten. Das niedrige Niveau der Börsenstrompreise bringt Betreiber konventioneller Kraftwerke zunehmend unter Druck, da sowohl die Auslastung ihrer Anlagen als auch die Erlöse insgesamt sinken.

Aufgrund der Ziele der Bundesregierung zur Reduktion des Primärenergieverbrauchs und Steigerung der Energieeffizienz geht das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) trotz guter Konjunkturaussichten davon aus, dass der Bruttostromverbrauch in den kommenden Jahren in Deutschland leicht sinken wird.

Der weltweite Energiebedarf wächst weiterhin stark, wobei die Nachfrage durch Erneuerbare Energien und fossile Energieträger gedeckt wird. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird anhalten, wobei Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit in Einklang zu bringen sind. Fossile Brennstoffe werden noch für einen längeren Zeitraum wesentliche Stützen des globalen Energiesystems bleiben.

Strategische und operative Herausforderungen

Die Darstellung der voraussichtlichen gesamt- und energiewirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden Jahren zeigt, dass der KSBG-Konzern auch künftig mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sein wird. Vor allem die energiepolitische Neuausrichtung in Deutschland hat die Rahmenbedingungen für Kraftwerksbetreiber substanziell geändert, was speziell die Betreiber fossiler Kraftwerke unter Ergebnisdruck setzt.

Der KSBG-Konzern vertritt in diesem Kontext jedoch auch weiterhin die Position, dass Steinkohlekraftwerke einen wesentlichen Beitrag in Bezug auf Versorgungssicherheit und insbesondere der Flexibilität der Leistungsdarbietung erbringen und zu einer wirtschaftlichen, umweltverträglichen und sicheren Energieerzeugung beitragen. Auch in Zukunft werden in Europa Steinkohlekraftwerke für die Versorgungssicherheit benötigt.

Die drastische und längerfristige Verschlechterung der Marktentwicklung verhindert jedoch einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb einzelner Kraftwerksblöcke. Grundsätzlich behält sich der KSBG-Konzern die Entscheidung über die tatsächliche Stilllegung von Kraftwerksblöcken bis zum letztmöglichen Zeitpunkt vor.
Der asset-basierte Stromhandel wird kontinuierlich weiterentwickelt, um die Vermarktung des von den eigenen in- und ausländischen Kraftwerken produzierten Stroms zu optimieren. Dies erlangt eine besondere Bedeutung vor dem Hintergrund des Endes der Laufzeit der Stromlieferverträge der beiden ausländischen Kraftwerksgesellschaften Iskenderun Enerji Üretim ve Ticaret A.S. (Türkei) und Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P. (Kolumbien) im Jahr 2019. Beide Kraftwerke wurden als BOO-Projekte (Build, Own, Operate) errichtet und verbleiben dementsprechend im Eigentum des KSBG-Konzerns.
Parallel soll durch den forcierten Ausbau von Anlagen auf Basis Erneuerbarer Energien im In- und Ausland eine Diversifizierung der Erzeugungskapazitäten erfolgen. Das Dienstleistungsgeschäft soll ausgebaut und internationalisiert werden.

Der KSBG-Konzern ist überdies als Betriebsführer von Kraftwerksanlagen für Dritte bereits etablierter Marktpartner im In- und Ausland. Außerdem stellt der KSBG-Konzern für Dritte erfolgreich Bedienpersonal unterschiedlichster Qualifikation im Kraftwerksbereich und in kraftwerksnahen Branchen zur Verfügung.
Anfang 2016 hat der KSBG-Konzern ferner das Transformationsprogramm STEAG 2022 begonnen. Dabei stehen im Fokus:

Effizienzen heben,
Portfolio fokussieren,
Wachstum treiben.

Durch das Transformationsprogramm sollen in den kommenden Jahren Ergebnispotenziale in erheblichem Umfang realisiert werden.

Effizienzen sollen insbesondere in den Verwaltungs- und Fachbereichen, der Neuausrichtung der Projektentwicklung, dem Betrieb von Kraftwerken sowie der Beschaffung von Lieferungen und Leistungen gehoben werden.
Bei den Portfoliomaßnahmen sollen im Hinblick auf eine Fokussierung und Komplexitätsreduktion bestimmte Aktivitäten eingestellt oder entsprechende Gesellschaften mehrheitlich verkauft werden. Darüber hinaus sind weitere Verkäufe von Minderheitsanteilen vorgesehen.

Die Wachstumsfelder umfassen insbesondere den weiteren Ausbau der Aktivitäten im Bereich der Erneuerbaren Energien, dezentralen und KWK-Anlagen sowie energienahen Dienstleistungen.

Operatives Ergebnis

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte ein Umsatz in Höhe von 3,8 Milliarden € erwirtschaftet werden, der – vor allem begründet durch eine Ausweitung der Handelsaktivitäten – rund 9 Prozent oberhalb des Vorjahresumsatzes lag. Demgegenüber lag das hierauf basierende Ergebnis vor Zinsen und Steuern des Konzerns jedoch unterhalb des Vorjahresniveaus, was insbesondere auf rückläufige Margen aus den Aktivitäten der inländischen Kraftwirtschaft zurückzuführen ist.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird für den Konzern im Wesentlichen aufgrund der geplanten Abschaltungen der inländischen Kraftwerksbetriebe sowie vertraglich und bilanziell bedingter rückläufiger Erlöse bei den Auslandskraftwerken eine Verringerung des Umsatzes auf 3,3 Milliarden € erwartet.

Die operativen Ergebnisgrößen EBIT und EBITDA hingegen werden moderat höher als 2016 erwartet. Dabei wird davon ausgegangen, dass weitere Ertragsrückgänge in der operativen Geschäftstätigkeit im In- und Ausland durch Ergebnisbeiträge insbesondere aus Portfolio-, Wachstums- und Beschaffungsmaßnahmen im Rahmen des Programms STEAG 2022 überkompensiert werden können.
Die künftige Entwicklung des Konzerns wird zu einem bedeutenden Teil auch durch die geplanten Investitionen geprägt.

Für das Jahr 2017 sind Investitionen von knapp 316 Millionen € vorgesehen. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit ist der Ausbau des Neugeschäftes mit rund 195 Millionen €. Einen wesentlichen Anteil hieran wird der Mitte November 2016 initiierte Erwerb aller Anteile des Energieversorgers Vattenfall an der Thermische Abfallbehandlung Lauta GmbH & Co. oHG in Sachsen, der im Januar 2017 abgeschlossen werden konnte, sowie am Industriekraftwerk Rüdersdorf bei Berlin durch die neu gegründete STEAG Waste to Energy GmbH, dessen Abschluss zur Jahresmitte 2017 vorgesehen ist, tragen.
Im Bestandsgeschäft soll mit gezielten Maßnahmen an den Kraftwerksstandorten die bereits hohe Verfügbarkeit gesichert und die Effizienz im Anlagenbetrieb weiter gesteigert werden.

Ausblick zur voraussichtlichen Entwicklung der KSBG KG

Das Ergebnis der KSBG KG war im abgelaufenen Geschäftsjahr von negativen Einmaleffekten beeinflusst (Wertberichtigung STEAG Beteiligung, Abschreibung von Forderungen gegenüber Evonik).
Auch wenn sich das von der STEAG GmbH im Geschäftsjahr 2017 an die KSBG KG abzuführende Ergebnis - vor allem vor dem Hintergrund weiter rückläufiger Margen der inländischen Kraftwerke - gegenüber dem Vorjahr nochmals verringern wird, erwartet die KSBG KG im Geschäftsjahr 2017 wieder ein positives Ergebnis.

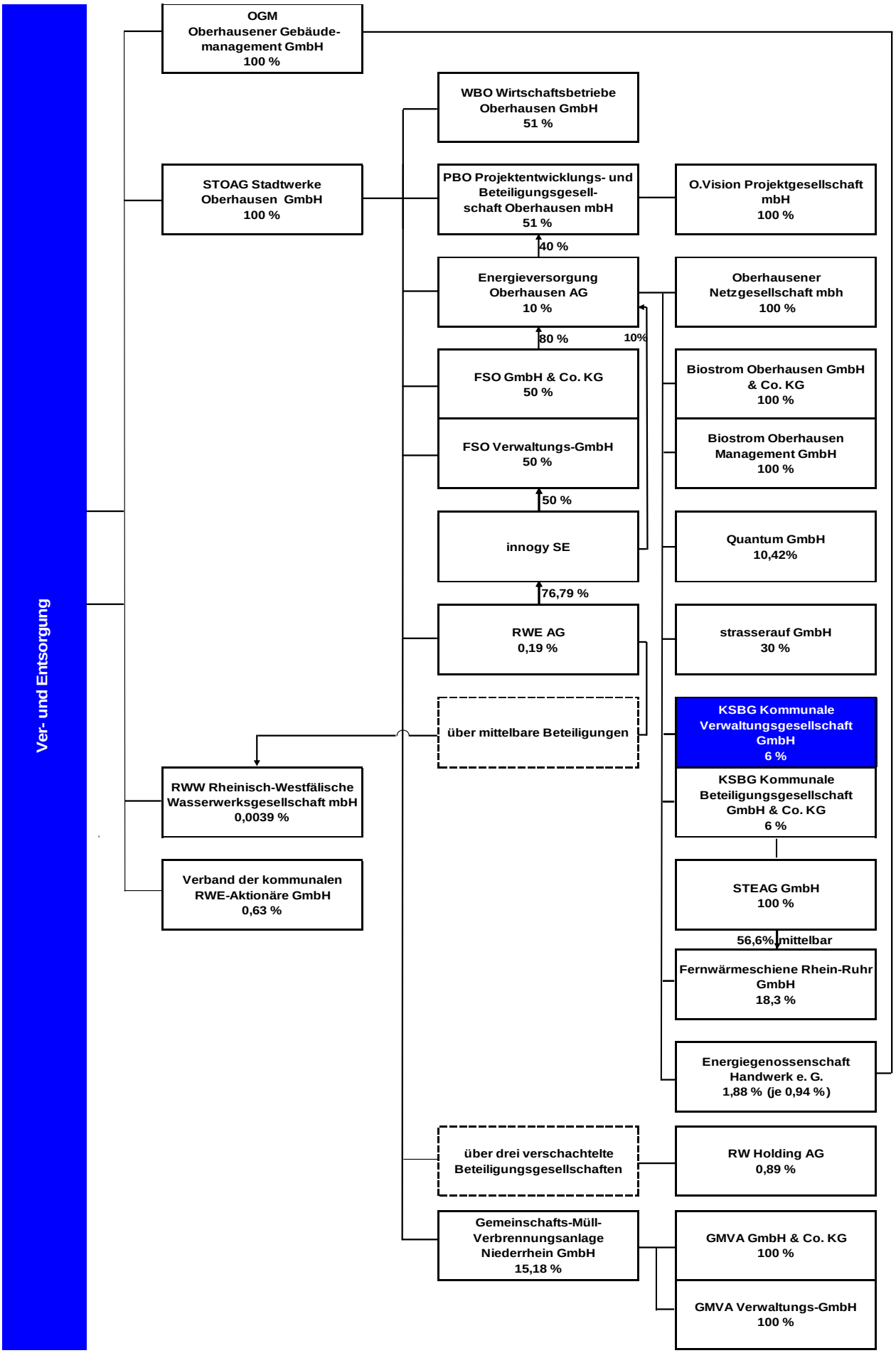
Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung

Der KSBG-Konzern geht davon aus, dass die sich aus der strategischen Ausrichtung ergebenden Chancen und insbesondere die geplanten Investitionen in Wachstumsfeldern zukünftig dazu beitragen werden, dass der KSBG-Konzern weiterhin eine gute Position im Energiemarkt einnehmen wird. Parallel hierzu werden Risiken aus dem Geschäftsumfeld und den Aktivitäten des Konzerns im Rahmen der Risikostrategie systematisch identifiziert, gesteuert sowie überwacht.

Essen, 10. März 2017

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG

Dr. Schäfer / Schröder
Die Geschäftsführer der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 27-37
45128 Essen

Kontakt:

Telefon 0201/801-1280
e-Mail info-ksbg@ksbg-gmbh.de
Internet www.stadtwerke-konsortium.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Energie- und Wasserversorgungs- GmbH	18,00	18,00
Dortmunder Stadtwerke AG	18,00	18,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	6,00	6,00
Stadtwerke Bochum GmbH	18,00	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	6,00	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	19,00	19,00
Stadtwerke Essen AG	15,00	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin und die Übernahme der Geschäftsführung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Bückemeyer, Dietmar
	Geschäftsführer	Schröder, Carsten
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Kufen, Thomas
	1. stellv. Vorsitzender	Sikorski, Ralf
	2. stellv. Vorsitzender	Link, Sören
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Halbeisen, Karl-Josef
	Mitglied	Dr. Heidinger, Michael
	Mitglied	Jung, Andreas
	Mitglied	Melis, Ralf
	Mitglied	Monegel, Ulrich
	Mitglied	Muth, Heiner
	Mitglied	Pehlke, Guntram
	Mitglied	Rohde, Horst
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Sierau, Ulrich
	Mitglied	Süpke, Sabine
	Mitglied	Wolff, Christine
	Mitglied	Woll, Klaus Dieter
	Mitglied	Eiskirch, Thomas
	Mitglied	Prof. Dr. Hermanns, Julia
	Mitglied (AN)	Straus, Michael
Prokura:	Prokuristin	Cronauge, Anke
	Prokuristin	Unterberg, Carina
	Prokurist	Jacoby, Jörg
	Prokurist	Seifert, Eckhard
Präsidium:	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Link, Sören
	Mitglied	Rohde, Horst
	Mitglied	Sikorski, Ralf
	Mitglied	Eiskirch, Thomas
	Mitglied	Kufen, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen					1,88	0,3	1,88	
Umlaufvermögen	533,08	98,9	180,79	96,9	545,25	99,7	364,46	201,59
Rechnungsabgrenzungsposten	5,80	1,1	5,80	3,1			-5,80	-100,00
Bilanzsumme	**538,87**	**100,00**	**186,59**	**100,00**	**547,13**	**100,00**	**360,54**	**193,23**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	120,02	22,3	121,75	65,2	126,40	23,1	4,65	3,82
Rückstellungen	22,51	4,2	32,71	17,5	28,09	5,1	-4,62	-14,12
Verbindlichkeiten	396,35	73,6	32,13	17,2	392,63	71,8	360,50	1.122,00
Bilanzsumme	**538,87**	**100,00**	**186,59**	**100,00**	**547,13**	**100,00**	**360,54**	**193,23**

bb) GuV

	2014	**2015**	**2016**
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge	1.019,44	931,93	1.009,24
Personalaufwand	698,05	680,32	717,58
Abschreibungen			0,54
sonstige betriebliche Aufwendungen	316,25	246,48	286,03
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,14	5,14	5,10
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,57	3,27	0,35
sonstige Steuern	0,14	0,14	0,10
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	4,43	1,73	4,65
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4,43	1,73	4,65

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

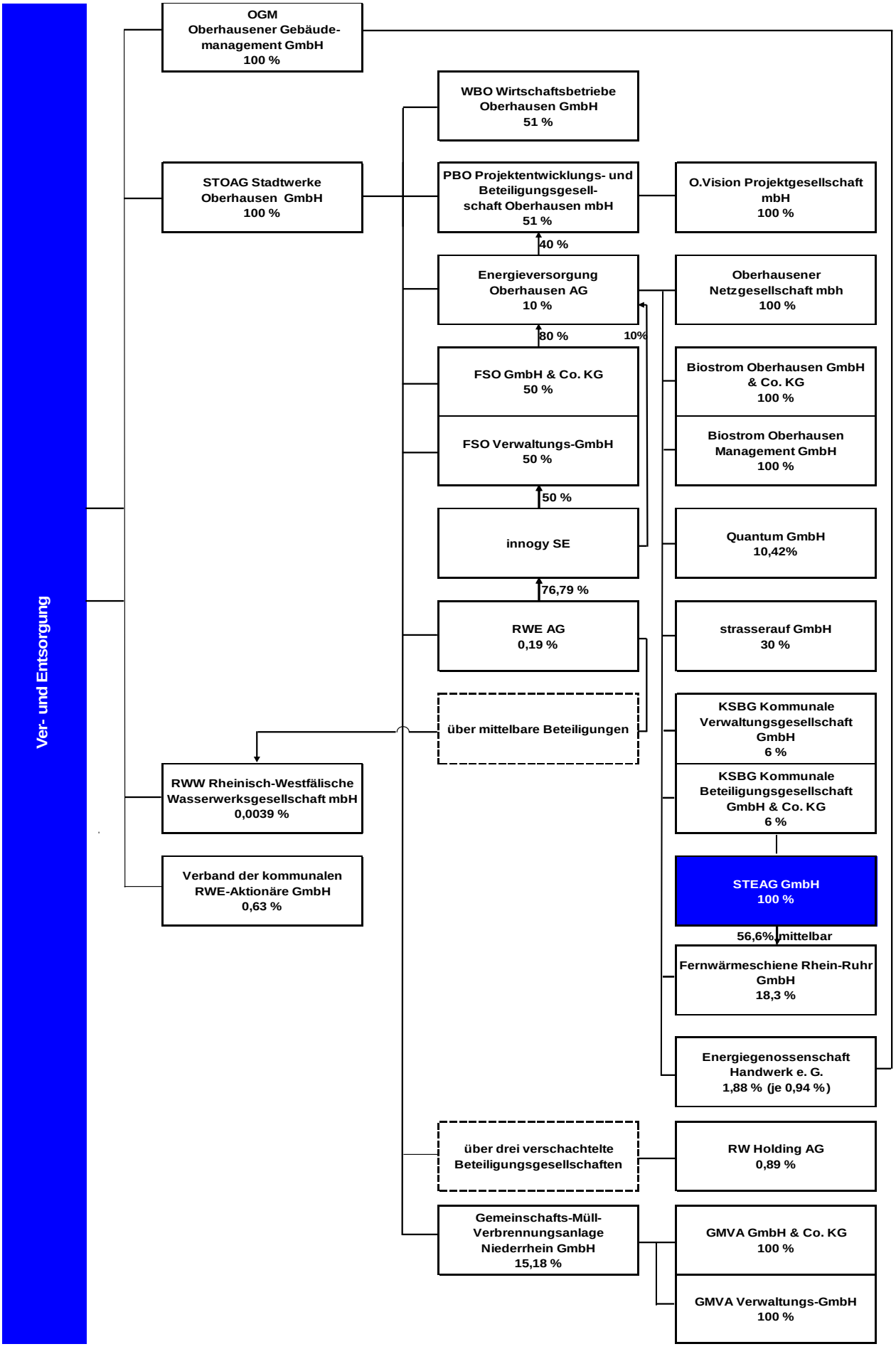
	31.12.2014	**31.12.2015**	**31.12.2016**	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	3,83	1,45	3,82	%
Cash-Flow:	4,43	1,73	5,19	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	127,43	133,13	144,18	T€
Personalaufwandsquote:	68,47	73,00	71,10	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	**31.12.2015**	**31.12.2016**	Angaben in
Sachanlagenintensität:			0,34	%
Eigenkapitalquote:	22,27	65,25	23,10	%
Fremdkapitalquote:	77,73	34,75	76,90	%

e.) **Lagebericht**

Der zusammengefasster Lagebericht für die KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG) und Ihre Tochtergesellschaft (zusammen „KSBG-Konzern“) und die KSBG KG ist unter der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG nachzulesen.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100 %
40 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr
GmbH
18,3 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

STEAG GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 1-3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon +49 201 801-00

Fax +49 201 801-6388

Internet www.steag.com

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 128.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	128.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind
a) Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Energieerzeugungsanlagen und hiermit verbundene Dienstleistungen,
b) Beschaffung und Vermarktung, Vertrieb und Handel von Energien, Energieträgern, sonstigen Medien hauptsächlich Hilfsstoffe für den Kraftwerksbetrieb genannt, so z. B. Schmierstoffe oder Feststoffe zur Abgasreinigung sowie Reststoffen und Herstellung, Anschaffung sowie Vorhaltung der diesen Zwecken dienenden Anlagen sowie verbundene Dienstleistungen, Leistungen, die notwendig sein können, um die vorgenannten Aktivitäten zu erbringen, z. B. Ingenieurdienstleistungen bei der Herstellung von Anlagen sowie die Reststoffverwertung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Rumstadt, Joachim
	Mitglied	Baumgärtner, Michael
	Mitglied	Dr. Cieslik, Wolfgang
	Mitglied	Geißler, Alfred

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Pehlke, Guntram
	stellv. Vorsitzender	Vassiliadis, Michael
	Mitglied	Auerhahn, Karlheinz
	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Dr. Brinkmann, Frank
	Mitglied	Bückemeyer, Dietmar
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	Dr. Götz, Thomas
	Mitglied	Held, Stefan
	Mitglied	Jochum, Gerhard
	Mitglied	Prof. Dr. Knorre, Susanne
	Mitglied	Dr. Neuhaus, Arndt
	Mitglied	Schifferings, Christof
	Mitglied	Straus, Michael
	Mitglied	Spohn, Dietmar
	Mitglied (AN)	Hagemeier, Bernd
	Mitglied (AN)	Halbeisen, Karl-Josef
	Mitglied (AN)	Melis, Ralf
	Mitglied (AN)	Muth, Heiner
	Mitglied (AN)	Rohde, Horst
	Mitglied (AN)	Woll, Klaus Dieter

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
STEAG Fernwärme GmbH	20.500,00	100,00
mittelbar	**T€**	**%**
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	63,13	63,13
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	4.160,00	26,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.728.600,00	55,0	1.838.300,00	56,7	1.960.300,00	55,9	122.000,00	6,64
Umlaufvermögen	1.409.300,00	44,8	1.373.400,00	42,3	1.544.900,00	44,0	171.500,00	12,49
Rechnungsabgrenzungsposten	5.000,00	0,2	33.200,00	1,0	4.100,00	0,1	-29.100,00	-87,65
Bilanzsumme	**3.142.900,00**	**100,00**	**3.244.900,00**	**100,00**	**3.509.300,00**	**100,00**	**264.400,00**	**8,15**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	478.300,00	15,2	478.300,00	14,7	478.300,00	13,6	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	11.500,00	0,4	9.900,00	0,3	300,00	0,0	-9.600,00	-96,97
Rückstellungen	796.700,00	25,3	1.009.800,00	31,1	1.067.500,00	30,4	57.700,00	5,71
Verbindlichkeiten	1.849.700,00	58,9	1.738.200,00	53,6	1.955.700,00	55,7	217.500,00	12,51
Rechnungsabgrenzungsposten	6.700,00	0,2	8.700,00	0,3	7.500,00	0,2	-1.200,00	-13,79
Bilanzsumme	**3.142.900,00**	**100,00**	**3.244.900,00**	**100,00**	**3.509.300,00**	**100,00**	**264.400,00**	**8,15**

bb) GuV

	2014	**2015**	**2016**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	2.241.900,00	2.647.200,00	2.993.500,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-29.100,00	600,00	-500,00
andere aktivierte Eigenleistungen	300,00	1.000,00	100,00
sonstige betriebliche Erträge	47.600,00	89.900,00	166.000,00
Materialaufwand	1.986.400,00	2.442.900,00	2.869.900,00
Personalaufwand	147.700,00	145.700,00	234.800,00
Abschreibungen	18.100,00	32.500,00	47.600,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	143.600,00	123.400,00	173.500,00
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	95.900,00	93.000,00	128.600,00
Erträge aus Beteiligungen	120.500,00	90.800,00	249.400,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	7.600,00	15.400,00	15.200,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.000,00	6.000,00	6.500,00
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	63.500,00	20.200,00	25.000,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	100,00	3.600,00	96.700,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	61.400,00	101.900,00	51.700,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	70.900,00	73.700,00	59.600,00
außerordentliche Erträge	55.200,00	29.200,00	
außerordentliche Aufwendungen	35.700,00	19.200,00	
außerordentliches Ergebnis	19.500,00	10.000,00	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11.600,00	10.700,00	3.600,00
sonstige Steuern	900,00	100,00	1.400,00
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	77.900,00		
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	72.900,00	54.600,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	72.900,00	54.600,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	**31.12.2015**	**31.12.2016**	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,47	2,75	1,82	%
Eigenkapitalrentabilität:	16,29	17,98	12,89	%
Cash-Flow:	96.100,00	109.000,00	198.900,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.716,55	1.674,02	2.035,50	T€

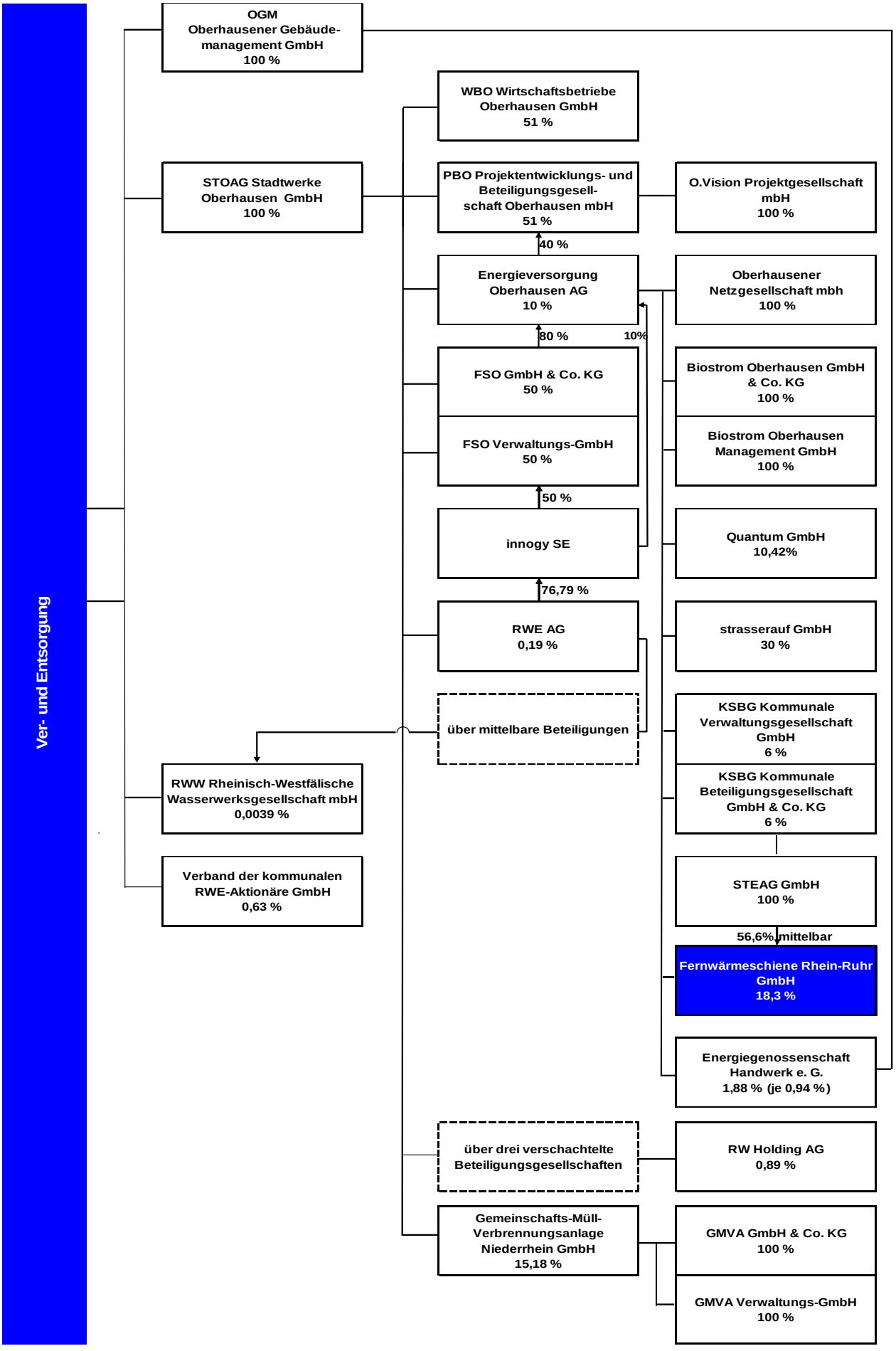
Personalaufwandsquote:	6,53	5,32	7,43	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	**31.12.2015**	**31.12.2016**	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,97	6,12	6,34	%
Eigenkapitalquote:	15,22	14,74	13,63	%
Fremdkapitalquote:	84,78	85,26	86,37	%

e.) **Lagebericht**

Der Lagebericht der STEAG GmbH wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter https://www.steag.com unter dem Stichwort „Konzernlagebericht" nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100 %
40 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr
GmbH
18,3 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 1-3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	+49 201 801-4262
Fax	+49 201 801-4250
e-Mailt	info@fwsrr.de
Internet	www.fwsrr.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	18,30	18,30
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	25,10	25,10
STEAG Fernwärme GmbH	56,60	56,60

Gegenstand des Unternehmens:

Die Planung, Errichtung und der Betrieb einer neu zu errichtenden Verbindungsleitung zwecks Herstellung einer überörtlichen Fernwärmeverbundleitung (Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr), bestehend aus der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr sowie der neu zu errichtenden Verbindungsleitung zwischen diesen Fernwärmeschienen, sowie die Beschaffung und der Verkauf von Wärme.
Zweck der Gesellschaft ist ferner der optimierte Betrieb der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der effizienten Wärmeversorgung im Interesse des Klimaschutzes, der Primärenergieeinsparung und einer langfristigen sowie nachhaltigen Sicherung der Wärmeversorgung im Einzugsgebiet der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Engel, Michael
	Geschäftsführer	Döking, Thomas Josef
	Geschäftsführer	Dr. Spindler, Klaus
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Wichert, Udo

stellv. Vorsitzender	Dr. Heidinger, Michael
Mitglied	Gieske, Hartmut
Mitglied	Homberg, Bernd
Mitglied	Buchmann, Jürgen
Mitglied	Dr. Kalkühler, Kathrin
Mitglied	Dr. Schiele, Ralf
Mitglied	Klement, Roland
Mitglied	Manderfeld, Markus
Mitglied	Wansing, Heinz

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.580,92		4.875,34		3.294,42	208,39
Umlaufvermögen	461,85		1.741,83		1.279,98	277,14
Bilanzsumme	**2.042,77**		**6.617,17**		**0,00**	

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	100,00		100,00		0,00	0,00
Rückstellungen	8,50		7,27		-1,23	-14,47
Verbindlichkeiten	1.934,27		6.509,90		4.575,63	236,56
Bilanzsumme	**2.042,77**		**6.617,17**		**0,00**	

bb) GuV

	2015	2016
	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	29,06	34,44
sonstige betriebliche Aufwendungen	29,06	34,44
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00

e.) Lagebericht

Grundlagen der Gesellschaft

Geschäft und Strategie

Die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR) ist eine Projektgesellschaft. Zweck des Projektes ist es, durch eine Verbindung der bestehenden Fernwärmeschiene Niederrhein mit der Fernwärme-schiene Ruhr eine effiziente Wärme-

versorgung im Interesse des Klimaschutzes, der Primärenergieeinsparung und einer langfristigen sowie nachhaltigen Sicherung der Wärmeversorgung im Einzugsgebiet der FWSRR zu erreichen.

Die FWSRR wurde im Jahr 2015 gegründet und am 13. April 2015 beim Amtsgericht Essen unter der Nr. B 26267 in das Handelsregister eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Essen. Gesellschafter der Fernwärme-schiene Rhein-Ruhr GmbH sind die Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH, die Energieversorgung Oberhausen AG und die STEAG Fernwärme GmbH.

Die Aufgaben der FWSRR sind in der Projektentwicklungsphase insbesondere folgende Punkte:

- Klärung förderrechtlicher Rahmenbedingungen sowie Beantragung von Fördermitteln.
- Klärung technischer und wirtschaftlicher Umsetzung der Errichtung der Verbindungsleitung zwischen der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr und deren Einbindung in die FWSRR.
- Klärung der genehmigungsrechtlichen Situation einschließlich möglicher Trassierungen und der dafür erforderlichen Gestattungen und Einholung erforderlicher öffentlich-rechtlicher Genehmigungen (insbesondere Durchführung des Planfeststellungsverfahrens mit Umweltverträglichkeitsprüfung/Einholung des Planfeststellungsbeschlusses).
- Festlegung der Liefer- und Leistungsgrenzen für den Wärmebezug bzw. die Wärmelieferung.
- Erstellung der Entwurfs- und Ausführungsplanung für den Bau der Verbindungsleitung zwischen der Fernwärmeschiene Niederrhein und der Fernwärmeschiene Ruhr einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen.
- Ermittlung des Investitionsbudgets für die Realisierung des Projektes.
- Klärung der Bezugskonditionen für Wärme, differenziert nach den jeweiligen Quellen.
- Erstellung eines Finanzierungskonzeptes.
- Erarbeitung und Verhandlung aller wesentlichen Verträge und Durchführung erforderlicher Vergabeverfahren.
- Erstellung eines Projektplans für die Realisierung des Projekts.
- Klärung sonstiger Bedingungen oder Voraussetzungen für die Realisierung des Projektes.
- Dokumentation der Ergebnisse und Entscheidungsgrundlagen.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt in der Projektphase bis zur Entscheidung über den Baubeschluss durch Gesellschafterdarlehen. Bei positivem Baubeschluss erfolgt die Finanzierung entsprechend des noch zu erstellenden Finanzierungskonzeptes, das eine Grundlage für die Entscheidung über den Baubeschluss ist. Die Liquidität war im Geschäftsjahr jederzeit sichergestellt.

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf und Geschäftsergebnis

Der Antrag auf Planfeststellung für das Vorhaben der Fernwärme-schiene Rhein-Ruhr GmbH wurde am 6. September 2016 bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingereicht. Die offizielle Erklärung der Vollständigkeit des Antrages wurde durch die Bezirksregierung am 19. Dezember 2016 vorgenommen. Bereits am 17. November 2016 wurde nach mündlich erteilter Feststellung der Vollständigkeit des Antrages die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange als vorgezogene Beteiligung von der Bezirksregierung gestartet. Aus den bisher vorliegenden Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange ergeben sich keine gravierenden oder gar unüberwindlichen Änderungsnotwendigkeiten an der beantragten Planung.

FWSRR hat am 14. Dezember 2016 zusätzlich und auf eigene Initiative auch die betroffenen Fremd-Leitungsnetzbetreiber beteiligt. Auch hieraus liegen keine Rückmeldungen vor, die zu grundsätzlichen Anpassungen des Antrages führen. Die öffentliche Auslegung des Antrages findet vom 1. bis 31. März 2017 statt, die Einwendungsfrist endet am 18. April 2017. Der Erörterungstermin ist geplant für die 20. KW oder alternativ die 24. KW 2017 abhängig vom Umfang der eingehenden Einwendungen. Damit ist der Planfeststellungsbeschluss im Quartal 3/2017 zu erwarten.

Die Aufwendungen der FWSRR für die Entwicklung des Vorhabens der Verbindung der Fernwärmeschienen an Rhein und Ruhr sind grundsätzlich aktivierungsfähig. Die Gesellschaft weist daher zum 31. Dezember 2016 geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau in Höhe von 4.875.338,87 € aus.

Nicht aktivierungsfähige Aufwendungen der Gesellschaft werden entsprechend der mit den Gesellschaftern geschlossenen Vereinbarung im Rahmen des Projektbudgets von max. 11.300.000,00 € proportional zu deren Beteiligungsquote an die Gesellschafter verrechnet. Für 2016 waren dieses in Summe 34.437,56 €. Dies führt bei der FWSRR zu einem ausgeglichenen Ergebnis.

Die Gesellschaft verfügt über Eigenkapital in Höhe von 100.000,00 €, welches mit Gründung der Gesellschaft durch die Gesellschafter in voller Höhe eingezahlt wurde.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die wesentliche finanzielle Auswirkungen haben.

Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

Chancen- u. Risikobericht

Bei positivem Baubeschluss und Realisierung bietet die Verbindung der Fernwärmeschienen an Rhein und Ruhr die Basis für eine langfristige Sicherung des Wärmebezuges und damit die Voraussetzungen für einen weiteren wirtschaftlichen und umweltschonenden Ausbau der Fernwärmeversorgung mit hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung.
Demgegenüber besteht für die FWSRR das Hauptrisiko, dass die Ergebnisse aus der Projektentwicklung keinen positiven Baubeschluss zulassen. In diesem Fall wird die Gesellschaft abgewickelt.

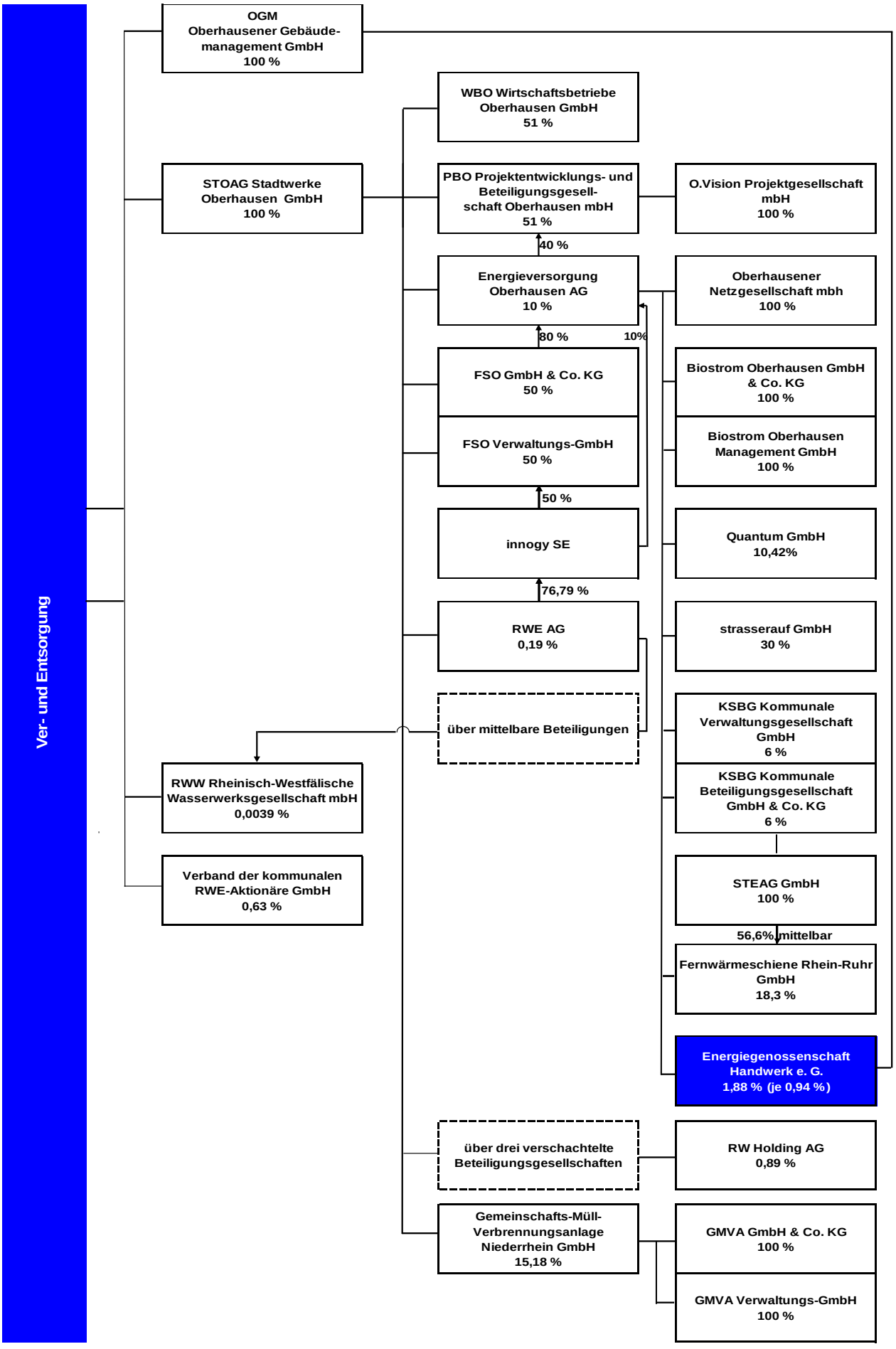
Prognosebericht

Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2017, dass die Gesellschaft und das Vorhaben der Verbindung der Fernwärmeschienen an Rhein und Ruhr planmäßig bis zum Baubeschluss weiterentwickelt werden.

Essen, März 2017

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH, Essen

Dr. Klaus Spindler / Thomas Josef Döking / Michael Engel


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

Energiegenossenschaft Handwerk e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Zunftmeisterstraße 26
45468 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/960040
Fax	0208/9600429
e-Mail	info@energiegenossenschaft-handwerk.de
Internet	www.energiegenossenschaft-handwerk.de

Rechtsform: eG
Stammkapital in T€: 107,50

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,00	0,93
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	1,00	0,93
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	105,50	98,14

Gegenstand des Unternehmens:

a) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung und dem Verkauf von Energien
b) der Absatz von Energie in Form von Strom und/oder Wärme
c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung einschließlich einer Information von Mitgliedern und Dritten, sowie einer Öffentlichkeitsarbeit
d) gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte
e) Contracting

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

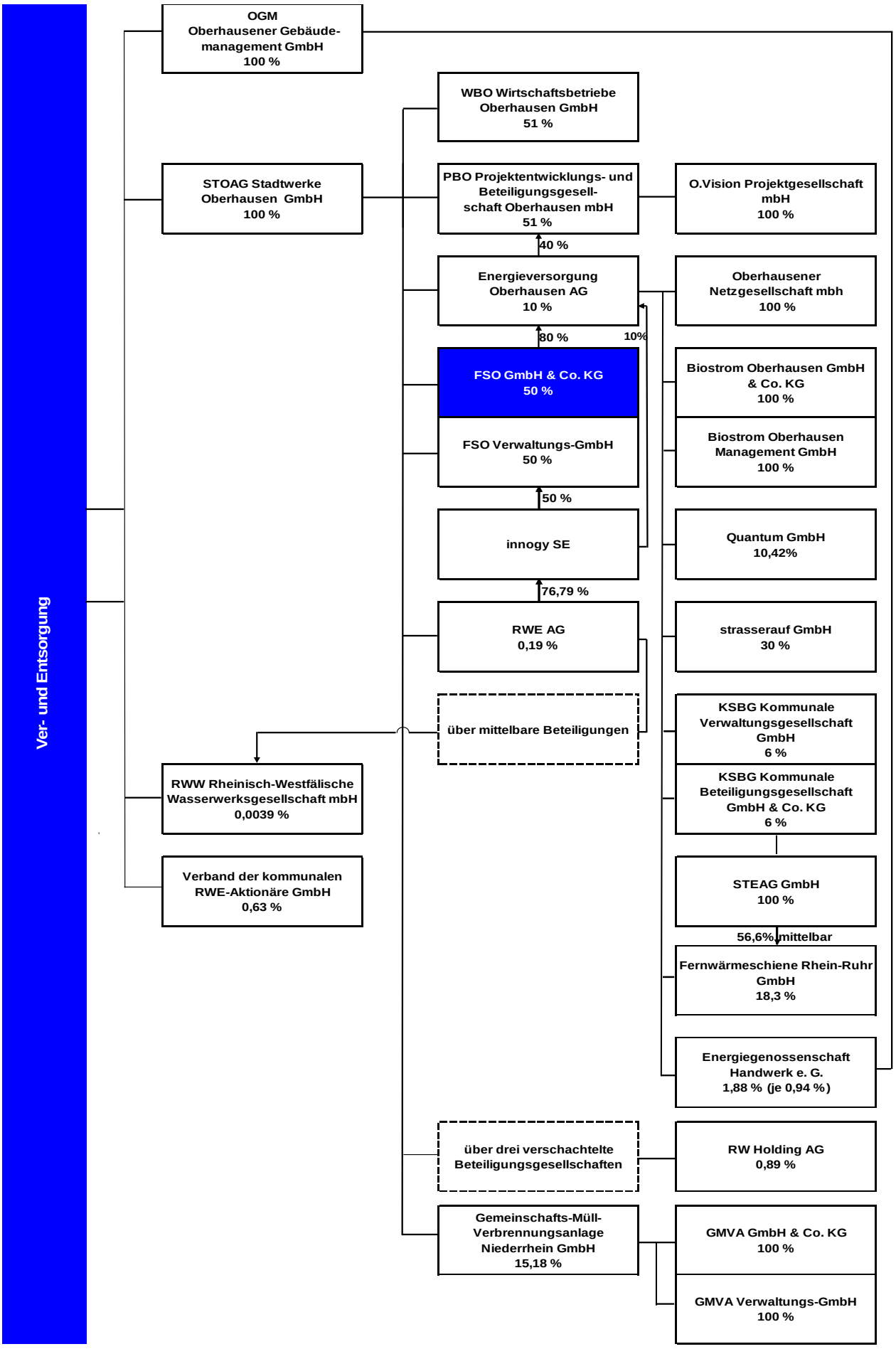
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Vorstand:	Mitglied	Pezzei, Barbara
	Mitglied	Poth, Gabriele

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

FSO GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:

	T€	%
innogy SE	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind

-das Erbringen von Dienstleistungen für die Energieversorgung Oberhausen AG, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes
-das Halten einer Beteiligung an der Energieversorgung Oberhausen AG mit Sitz in Oberhausen und deren Verwaltung.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:

Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH

Bevollmächtigte/r der STOAG

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	20.800,00	80,00
mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	800,00	80,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	20,00	80,00
Energiegenossenschaft Handwerk e.G.	0,80	0,74
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	10,00	3,37
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	17,67	17,67
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	199,68	1,25
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	1,28	5,57
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	14,32	8,89
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,05	4,80
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	4,80	4,80
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	24,00	80,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	8,00	32,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	81,81	32,00
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/Italien		0,01
Quantum GmbH	66,00	8,99
STEAG Fernwärme GmbH	984,00	4,80
STEAG GmbH	6.144,00	4,80
strasserauf GmbH	6,00	24,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		**2015**		**2016**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	21.561,84	56,9	21.561,84	63,2	21.561,84	61,4	0,00	0,00
Umlaufvermögen	16.348,36	43,1	12.555,42	36,8	13.557,60	38,6	1.002,18	7,98
Bilanzsumme	**37.910,20**	**100,00**	**34.117,26**	**100,00**	**35.119,44**	**100,00**	**1.002,18**	**2,94**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	32.829,44	86,6	32.817,81	96,2	33.115,28	94,3	297,47	0,91
Rückstellungen	2.323,82	6,1	184,81	0,5	702,81	2,0	518,00	280,29
Verbindlichkeiten	2.756,94	7,3	1.114,65	3,3	1.301,36	3,7	186,71	16,75
Bilanzsumme	**37.910,20**	**100,00**	**34.117,26**	**100,00**	**35.119,44**	**100,00**	**1.002,18**	**2,94**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	519,08	529,20	532,82
sonstige betriebliche Erträge	148,04	20,33	11,64
Materialaufwand	180,71	175,81	198,45
Personalaufwand	107,81	124,02	135,85
sonstige betriebliche Aufwendungen	99,63	106,89	99,13
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	11.045,17	11.191,54	
Erträge aus Beteiligungen	1.497,25	2.556,16	15.426,49
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	454,97	0,10	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	464,60	11,67	9,08
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.811,75	13.878,93	15.528,45
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.544,15	2.622,96	3.975,01
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	11.267,60	11.255,97	11.553,44
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	11.267,60	11.255,97	11.553,44

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2.170,68	2.126,98	2.168,34	%
Eigenkapitalrentabilität:	52,26	52,20	53,58	%
Cash-Flow:	11.267,60	11.255,97	11.553,44	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	222,37	183,18	181,49	T€
Personalaufwandsquote:	16,16	22,57	24,95	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	86,60	96,19	94,29	%
Fremdkapitalquote:	13,40	3,81	5,71	%

e.) Lagebericht

1. Konzernunternehmen

Der FSO-Konzern umfasst neben der FSO GmbH & Co. KG (FSO) als Konzernmutter auch die Konzerntochter Energieversorgung Oberhausen AG (evo) sowie die Konzernenkelinnen Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz), Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) und Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG).

Als Kommanditisten sind die Innogy SE (Innogy) und die Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) jeweils zur Hälfte am Festkapital der FSO beteiligt. Das Jahresergebnis der FSO wird aufgrund der satzungsgemäßen Gewinnverteilungsabrede an die beiden Kommanditisten hälftig abgeführt.

Sowohl zwischen der FSO und der evo als auch zwischen der evo und der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge (EAV). Darüber hinaus ist eine ertragssteuerliche Organschaft mit der FSO (Organträger) und den evo-Gesellschaften (Organgesellschaften) gegeben.

Die FSO legt ihren Fokus auf die Erbringung von Dienstleistungen für die evo, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes.

Die evo nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme und Energieservice), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Sie hat damit eine signifikante regionale Stellung. Das frühere Kerngeschäft der Verteilung wird seit dem 01.01.2007 durch die OB-Netz wahrgenommen. Nach Planung und Bau betreibt die BSO KG seit Februar 2011 das Biomasse-Heizkraftwerk in Oberhausen und speist Wärme in das Netz der evo sowie Strom in das Netz der OB-Netz ein.

Alle Konzerngesellschaften haben sich zum Ziel gesetzt, durch ihr unternehmerisches Handeln eine Balance innerhalb des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks – bestehend aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit - zu gewährleisten, um ihren Kunden langfristig eine bezahlbare Energieversorgung garantieren zu können. Dabei ist dem Gesichtspunkt der sicheren und umweltverträglichen Versorgung Rechnung zu tragen.

2. Rahmenbedingungen

2.1 In- und externe Faktoren

Die Beschäftigtenzahl ist im Vergleich zum Vorjahr nur marginal verändert. Zum 31. Dezember 2016 waren 422 Personen im FSO-Konzern beschäftigt (2015: 419). Im Jahresmittel waren es inklusive der Auszubildenden und der Beschäftigten in Altersteilzeit (ATZ) 434. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt gemäß Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) in der Fassung des 11. Änderungstarifvertrages vom 29. April 2016. Für die Beschäftigten besteht eine betriebliche Altersversorgung über die Rheinische Zusatzversorgungskasse (RZVK).
Der FSO-Konzern legt traditionell Wert auf die Qualifizierung und Förderung der eigenen Mitarbeiter. So wurden auch 2016 zahlreiche interne und externe Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt. Darüber hinaus begegnet das Unternehmen den Herausforderungen des demografischen Wandels mit einem umfassenden „Betrieblichen Gesundheitsmanagement“ (BGM).

Der Wettbewerbsdruck auf dem Strom- und Erdgasmarkt ist unverändert hoch. Auf dem Strommarkt konkurriert die evo im Oberhausener Netzgebiet mit 229 Anbietern, im Gasbereich sind es 154 (Stand: 31. Dezember 2016). Damit hat sich der Wettbewerbsdruck insgesamt im Vergleich zum Vorjahr (Strom: 208; Erdgas: 126) nochmals spürbar erhöht.

Die politischen Rahmenbedingungen bleiben unverändert unklar und erschweren damit weiterhin die Zukunftsplanungen nicht nur der evo, sondern der Branche insgesamt.

2.2 Regulierungssituation

Die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen für die OB-Netz werden im Folgenden dargestellt.

Novelle Anreizregulierungsverordnung

Im Juni 2016 hat die Bundesregierung die Novellierung der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) beschlossen. Ziel der Neufassung ist es, für Verteilnetzbetreiber ab der dritten Regulierungsperiode einen Kapitalkostenaufschlag einzuführen. Mit einem solchen Aufschlag auf die festgelegte Erlösobergrenze soll der Zeitverzug zwischen getätigter Investition und Anrechnung der dafür anfallenden Kosten im Rahmen der Kalkulation der Erlösobergrenze beseitigt werden. Im Gegenzug wird dafür der bisher gewährte Sockeleffekt wegfallen. Im Rahmen einer Übergangsregelung wird lediglich für Anlagegüter, die zwischen 2007 und 2015 bilanziell aktiviert wurden, ein solcher Sockelbetrag in der dritten Regulierungsperiode fortgeschrieben. Ebenfalls entfallen werden die nach bisheriger Verordnungslage bestehenden Möglichkeiten für Verteilnetzbetreiber, entweder einen Erweiterungsfaktor oder außerordentliche Investitionsbedarfe geltend zu machen. Welche Auswirkungen diese Änderungen ggf. auf die OB-Netz haben werden, wird derzeit geprüft.
Die im Zuge der Novelle ebenfalls erfolgte Verschiebung des Stichtags für die Berücksichtigung von Personalzusatzkosten des Netzbetreibers als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile auf den 31. Dezember 2016 hatte für die OB-Netz keine Auswirkungen.

Kostenantrag Erdgas

Der Kostenantrag Gas zur Festschreibung der Erlösobergrenze für die kommende Regulierungsperiode ist gestellt. Zurzeit läuft das entsprechende Prüfverfahren bei der Landesregulierungskammer. Alle Nachfragen der Behörde hat die OB-Netz umfassend beantwortet.
Die OB-Netz geht davon aus, dass im Ergebnis des Prüfverfahrens alle in die Mittelfristplanung eingestellten Summen erreicht werden.

Lieferantenrahmenverträge Erdgas

Die Lieferantenrahmenverträge (Erdgas) wurden entsprechend der Vorgaben der Kooperationsvereinbarung (KoV) IX angepasst.

3. Geschäftsverlauf
3.1 Absatz- / Preisentwicklung

Die Ausführungen in den Kapiteln 3.1.1 und 3.1.2 betreffen die Aktivitäten der OB-Netz bezogen auf assoziierte und fremde Vertriebe. Die nachfolgenden Unterkapitel geben dagegen durchgängig die Aktivitäten aller Konzerngesellschaften wieder.

3.1.1 Netz Strom

Es wurde in 2016 eine Menge von 716,1 GWh durch die gepachteten Stromnetze der OB-Netz geleitet (2015: 741,6 GWh). Der Netzlastrückrückgang im Vergleich zum Vorjahr beträgt -3,4%. Damit setzt sich ein bundesweiter Trend fort, der vor allem auf ein verändertes Verbraucherverhalten und den vermehrten Einsatz energieeffizienter Geräte zurückzuführen ist.

3.1.2 Netz Erdgas

Im Geschäftsjahr 2016 wurden durch die gepachteten Erdgasnetze der OB-Netz 966,4 GWh an Erdgaskunden verteilt. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr (2015: 929,1 GWh) einen Anstieg von 4,0%. Verantwortlich dafür sind im Wesentlichen Witterungsgründe.

3.1.3 Vertrieb Strom

Im Geschäftsjahr 2016 ging der Stromabsatz im Netzgebiet Oberhausen zurück. Er sank insgesamt um -1,8 Prozent auf 467,7 GWh. Diese Reduzierung findet sich bei den Kundengruppen Privat- und Gewerbekunden mit -4,0 Prozent. Die Werte für den Vertrieb werden durch den Verlust eines sehr großen Kunden dominiert, der seit Anfang 2016 nicht mehr in Belieferung ist. Wegen der geringen Absatzmenge, die die evo außerhalb von Oberhausen verzeichnet, muss in diesem Segment ein Absatzrückgang um -42,0 Prozent ausgewiesen werden. Der Gesamtabsatz des Vertriebes sank in Summe um -6,4 Prozent auf 503,9 GWh.
Die Strompreise des Allgemeinen Stromtarifs für Privat- und Gewerbekunden stiegen zum 1. Januar 2016 um 0,67 ct/kWh (Netto). Für Geschäfts- und Industriekunden wurden die Preise individuell kalkuliert und überwiegend zum Jahresbeginn 2016 neu festgesetzt.
Der Marktanteil Strom lag im Netzgebiet der OB-Netz zum Jahreswechsel bei ca. 84 Prozent.

3.1.4 Vertrieb Erdgas

Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. Als ein Indikator dient die Summe der Gradtagzahlen eines Jahres. Diese liegt für 2016 zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses um -0,7 Prozent unter dem Wert des Jahres 2015.

Im Geschäftsjahr 2016 sank der Erdgasabsatz insgesamt um 6,6 Prozent auf 700,5 GWh. Bei den Privat- und Gewerbekunden lag der Absatz mit 6,1 Prozent unter dem des Vorjahres. Bei den Geschäfts- und Industriekunden sank der Absatz erheblich um -16,1 Prozent. Dieser Wert wird durch den Verlust eines Kunden beeinflusst, der seit Anfang 2016 nicht mehr in Belieferung ist.

Die Absatzpreise der Sondertarife für nicht leistungsgemessene Kunden wurden zum 1. August 2016 um -0,45 Cent/kWh (Netto) an die gesunkenen Bezugskosten angepasst.
Der Marktanteil Erdgas lag im Netzgebiet der OB-Netz zum Jahreswechsel bei ca. 85 Prozent.

3.1.5 Vertrieb Fernwärme

Im Bereich der Fernwärme liegt der Gesamtabsatz (Heizwasser und Dampf) mit 424,4 GWh, bei einer Abweichung von 0,7 Prozent, nahezu auf dem Niveau von 2015. Die Fernwärmepreise wurden zum 1. Oktober 2016 um -0,35 Cent/kWh (Netto) gesenkt.

3.1.6 Energiebereitstellung

Die Energiebereitstellung der evo erfolgt im Rahmen der Energieerzeugung durch eigene Erzeugungseinheiten und der externen Energiebeschaffung. Zur externen Energiebeschaffung bedient sich die evo seit 2010 eines Dienstleisters, der Quantum. Die Höhe des zu beziehenden Erdgas- und Strombedarfs orientiert sich an dem zukünftigen prognostizierten Vertriebsbedarf. Insofern richtet sich das Beschaffungsportfolio konsequent am Absatzportfolio aus.

Durch ein Risikomanagementsystem ist dieses risikoaverse Vorgehen in den Arbeitsabläufen implementiert. Entsprechend der am Energiemarkt geübten Praxis, besteht innerhalb der Quantum eine strikte Funktionstrennung zwischen Geschäftsabschluss, Bearbeitung und Abrechnung von Beschaffungsvorgängen.

3.2 Technische und Kaufmännische Dienstleistungen

Die evo erbringt kaufmännische oder technische Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören unter anderem die BSO KG, die OB-Netz, die Infratec Duisburg GmbH und die GMVA.

Weiterhin betreut die evo als professioneller Dienstleister seit vielen Jahren vorwiegend kommunale Oberhausener Beteiligungsgesellschaften (darunter STOAG, WBO u.a.) mit kompetenten Dienst- und Outsourcing-Leistungen in den Bereichen Buchhaltung, Controlling, IT, Personalmanagement, Einkauf und Materialwirtschaft. Dabei sind die individuelle und kompetente Betreuung der Kunden sowie die hohe Datensicherheit die Basis für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaushalte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz beim Gebäude-Energieservice (GES) lag bei ca. 4,1 GWh. Die Energielieferung konnte im Berichtszeitraum um weitere 1,9 GWh ausgebaut werden. Das Produkt „TOB-WärmeKomplett“ findet bei den Kunden eine große Resonanz. Ein neues Produkt „TOB Nahwärme“ wurde von den Kunden in 2016 gut angenommen. Auch im Großanlagencontracting ist ein Zuwachs zu verzeichnen.

3.3 Partner und strategische Beteiligungen

Die evo ist ein starker Partner der Stadt Oberhausen und ein wichtiges Beteiligungsunternehmen im RWE-Konzern. Um in diesem Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben, kann die evo – und damit auch der gesamte Konzern – auf ihre operativen und strategischen Beteiligungen zählen.
Um nachhaltig die lokale Entwicklung in der Stadt Oberhausen zu fördern, ist die evo auch an den Gesellschaften Entwicklungsgesellschaft Neu-**Oberhausen** mbH - ENO, **GfKO** Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik **Oberhausen** mbH & Co., Kabel-Service KG, PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH und der mit Vertretern des hiesigen Handwerks gegründeten Oberhausener Energiegenossenschaft beteiligt.
Die in den nachfolgenden Unterpunkten gesondert aufgeführten weiteren Beteiligungen waren für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung.

3.3.1 KSBG – STEAG

Gemeinsam mit sechs weiteren Stadtwerken ist die evo zum 31. Dezember 2016 mittelbar mit 100 Prozent an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist.

Der STEAG-Konzern, einer der bedeutendsten deutschen Stromerzeuger, sieht sich in der deutschen Energiewirtschaft nach wie vor mit einem Umfeld restriktiver und sich weiter verändernder regulatorischer Rahmenbedingungen konfrontiert. Der forcierte Ausbau Erneuerbarer Energien führt zu einem Preisverfall an den Strombörsen und stellt somit alle Energieunternehmen mit konventionellen Erzeugungsanlagen vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen.

Der STEAG-Konzern verfügt mit den vorhandenen vielfältigen Geschäftsfeldern und Erzeugungskapazitäten über ein breites Portfolio, wodurch die Auswirkungen aus dem inländischen Strommarkt abgemildert werden können. Zur Stabilität tragen insbesondere die drei ausländischen Steinkohlekraftwerke bei.

Künftig werden zudem verstärkt Dienstleistungen, wie z.B. der Bau dezentraler Anlagen, der Rückbau von Kernkraftanlagen und andere zukunftsorientierte Energielösungen zur Weiterentwicklung beitragen. Der STEAG-Konzern reagiert auf die Herausforderungen der Energiewende und die sich verschärfenden Marktbedingungen mit einem umfassenden Transformationsprogramm: das konzernweite Projekt STEAG 2022 umfasst Effizienzsteigerungen ebenso wie Maßnahmen im Portfolio und die Forcierung von Wachstumsprojekten. So sollen Kosten gesenkt, das Ergebnis verbessert und Freiräume für Investitionen geschaffen werden. Das Projekt dient der Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie der Entwicklung der mittelfristigen strategischen Perspektive. Der umfassende Ansatz von STEAG 2022 und die Ausrichtung der Geschäftsmodelle des STEAG-Konzerns an den Marktperspektiven sind wichtige Schritte, den genannten Herausforderungen zu begegnen.

Die sich aus der strategischen Ausrichtung ergebenden Chancen und insbesondere die geplanten Investitionen in Wachstumsfeldern werden künftig dazu beitragen, dass der STEAG-Konzern seine Position in wichtigen Geschäftsfeldern ausbauen wird.

Die von STEAG für den Mittelfristplanungszeitraum vorgelegten Ergebnisabführungen sind ausreichend, um den Kapitaldienst inklusive Zinsaufwand sowie Betriebsaufwendungen der KSBG zu bedienen. Die vorgelegte Ergebnisprognose der STEAG für das Geschäftsjahr 2016 bestätigt die budgetierte Ergebnisabführung an die KSBG von rund 55 Millionen Euro im Jahr 2017.

Die KSBG plant für das Geschäftsjahr 2016 eine Ausschüttung von 15 Millionen Euro. Die evo wird mit ihren Anteil von 6 Prozent an der Gewinnausschüttung der KSBG partizipieren. Der auf evo entfallende Gewinnanteil an dem Jahresergebnis 2016 wird dabei dem Ergebnis der evo im folgenden Jahr, also in 2017, zugerechnet. Für die Geschäftsjahre 2017 und 2018 verzichtet die evo zugunsten einer Stärkung der Finanzkennzahlen der KSBG auf eine Ausschüttung.

Aus Sicht der beteiligten Stadtwerke ergeben sich Zukunftschancen insbesondere aus:

einer zukunftsfähigen Aufstellung des Deutschlandgeschäfts,
der Schaffung der Rahmenbedingungen durch die vom Land Nordrhein-Westfalen unterstützten Verknüpfung der „Fernwärmeschienen“ an Rhein und Ruhr,
einem verstärkten Ausbau der Dienstleistungskompetenz,
Investitionen in leitungsgebundene Infrastruktur sowie Wind- und Solar-Anlagen und
dem Eingehen strategischer Partnerschaften.

Ergänzend zu diesen, die Mittelfristplanung der STEAG spiegelnden Ausführungen wird die KSBG in ihrem Jahresabschluss 2016 eine signifikante Wertberichtigung der STEAG-Beteiligung vornehmen und damit ihre Eigenkapital-Rücklagen belasten. Eine unmittelbare Belastung in den handelsrechtlichen Jahresabschlüssen der Konsorten ist nicht gegeben.

Als autonom bilanzierendes Unternehmen kommt die evo ferner zu dem Ergebnis, dass der Buchwert der KSBG angemessen zu berichtigen ist: die tendenziell optimistischen Erwartungen der STEAG an die künftige nationale Energiepreisentwicklung sowie die hohe Abhängigkeit der KSBG-/STEAG-Mittelfristplanung vom Projekt „STEAG 2022“ inklusive Projekt Akquisition und -entwicklung erfordern – aus Vorsichtsgründen – einen konservativen Wertansatz. In den kommenden Jahren ist aus Sicht der evo mit weiteren Abwertungen zu rechnen, sofern sich die Rahmenbedingungen für die STEAG nicht wieder deutlich verbessern.

3.3.2 Quantum

Hauptaufgabe der Quantum ist der Handel mit Energie und Dienstleistungen im Bereich der Energiebeschaffung. Ziel ist es, die örtliche Energieversorgung in den Kommunen zu stärken. Für die evo übernimmt die Quantum aktuell das Bilanzkreismanagement Strom und beschafft Strom und inzwischen auch Erdgas direkt an den Großhandelsmärkten. Dadurch kann der personelle Zusatzaufwand bei der evo in Grenzen gehalten werden.

Zur Stärkung der Bonität der Quantum besteht ein Besicherungskonzept, das unter anderem auf Gesellschafterbürgschaften beruht. Die evo als einer der drei größten Anteilseigner der Quantum stellt sich dabei im Außenverhältnis als Primärsicherungsgeber zur Verfügung und bürgt so für die Quantum. Die Gesellschafterbürgschaften der Primärsicherungsgeber sind im Innenverhältnis aller Quantum-Gesellschafter durch Patronatserklärungen, die sogenannten Binnen- oder Rückpatronate, abgesichert.

Im Rahmen einer vertieften Kooperation auf Grundlage von Dienstleistungsverträgen mit der Energie-Einkaufs- und Service GmbH (EEGmbH), Henstedt-Ulzburg, ist das Besicherungskonzept auf die EEGmbH ausgedehnt worden. Eine Fusion beider Unternehmen zum 1. Januar 2018 wird vorbereitet.

Die evo hält einen Anteil von 10 Prozent am Stammkapital der Quantum.

3.3.3 Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH (FWSRR)

Anfang September 2016 hat die FWSRR, an der die evo mit 18,3 Prozent beteiligt ist (STEAG Fernwärme GmbH: 56,6 Prozent; Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH: 25,1 Prozent), die im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens benötigten Unterlagen bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingereicht. Seitens der FWSRR wird eine etwa einjährige Prüfung durch die Behörde kalkuliert, sodass für den Spätsommer 2017 mit einem positiven Bescheid zum Planfeststellungsbeschluss gerechnet wird.

Ende September 2016 wurden mit der Notifizierung der Förderung des Landes NRW und nach Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWK-G) bei der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Union ein wesentlicher Zwischenschritt für die Finanzierung des Projektes vollzogen. Unmittelbar nach Bestätigung der Notifizierung folgte die Einreichung des Antrags auf Fördermittel des Landes.

4. Ertragslage

Die wesentlichen Angaben zu den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften mit dem jeweiligen operativen Ergebnisbeitrag zum Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2016 stellen sich wie folgt dar:

Gesellschaft ---------- Position	**FSO TEUR**	**BSO GmbH TEUR**	**BSO KG TEUR**	**evo TEUR**	**OB-Netz TEUR**	**Summe TEUR**	**Konzern TEUR**
Umsatzerlöse	533	0	5.148	209.523	91.222	306.426	193.623
Materialaufwand	198	0	3.184	142.149	45.047	190.578	111.612
Personalaufwand	136	0	0	21.889	13.249	35.274	35.274
Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen	0	0	761	8.867	0	9.628	9.684
Konzessionsabgabe	0	0	0	0	8.952	8.952	8.952
Steuern vom Ertrag (einschl. Steuerumlage)	19	0	204	5.416	- 1.460	4.179	3.844
Ergebnis nach Steuern	83	0	337	20.134	- 6.435	14.119	14.561
Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (vor Ergebnisabführung)	83	0	337	19.945	- 6.435	13.930	14.372
Mitarbeiter *(Köpfe im Jahresdurchschnitt)*	3	0	0	272	159	434	434

Zur Ermittlung des Jahresüberschusses für den FSO-Konzern sind die jeweiligen Einzelabschlüsse um die Leistungsinterdependenzen zwischen den Konzerngesellschaften - im Wesentlichen Netznutzungs- und Dienstleistungsentgelte, Strom- und Wärmeeinspeisung bzw. Bezug, verrechnete Personalkosten und Mieten - zu korrigieren.

Neben der Abschreibung des Firmenwerts der BSO KG ist das Konzernergebnis im Wesentlichen durch die Erhöhung der aktiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 335 positiv (Vorjahr TEUR 130 positiv) geprägt. Bis auf die BSO GmbH sind die Konzerngesellschaften nur gewerbesteuerpflichtig. Zur Berechnung wird ein Ertragsteuersatz von 19,25 % (Vorjahr 19,25 %) zugrunde gelegt.

Das Konzernergebnis wird auch weiterhin im Wesentlichen durch die evo geprägt.
Die Umsatzerlöse betreffen hauptsächlich die Erlöse aus Energieverkäufen (TEUR 186.691). Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Minderung um TEUR 3.594 zu verzeichnen.

Das anhaltend herausfordernde Wettbewerbsumfeld und die weiteren Einsparmaßnahmen der Kunden sind die Ursachen für den geringeren Stromabsatz. Des Weiteren führt im Geschäftskundenbereich das niedrigere Preisniveau auf dem Strommarkt zu einer Senkung der Umsatzerlöse. Der weiterhin sehr lebhafte Wettbewerb auf dem Strommarkt spiegelt sich auch in der Entwicklung des Marktanteils wider.

Im erzielten Erdgasumsatz spiegelt sich das niedrigere Preisniveau wider. Positiv wirken sich die Gutschriften aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung aus. Die Mehr-/Mindermengen ergeben sich aus der Differenz zwischen der prognostizierten und der später tatsächlich durch den Vertrieb verkauften Energiemenge. Der Erdgasabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen und zunehmend lebhaftem Wettbewerb geprägt. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar. So machen sich die Temperaturen und die Dauer der Heizperiode eines Jahres bemerkbar, als ein Indikator dient die Summe der Gradtagszahlen eines Jahres. Diese liegen für 2016 unter dem der Planung zu Grunde gelegtem Wert.

Im Bereich der Fernwärme führen im Wesentlichen Effekte aus der Vorperiode zur Erhöhung der Umsatzerlöse.
Die Aufwendungen für den Energiebezug, die Brennstoffkosten und den Materialdirektverbrauch sowie die bezogenen Leistungen sind im Berichtsjahr um TEUR 9.035 auf TEUR 111.612 gesunken. Ursächlich für diese Entwicklung sind der Absatzrückgang und das niedrige Preisniveau. Periodenfremde, positive Effekte aus den Vorjahren wurden durch die Berücksichtigung drohender Verluste gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB, welcher vorsieht, dass bereits abgeschlossene Energielieferverträge zum Stichtag mit Marktpreisen bewertet und mit einer entsprechenden Drohverlustrückstellung berücksichtigt werden, kompensiert. Der Materialdirektverbrauch und die bezogenen Leistungen bleiben im Vergleich zum Vorjahr relativ stabil.

5. Finanz- und Vermögenslage

5.1 Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit vermindert sich in 2016 um rund TEUR 6.493 auf TEUR 20.004. Dies ist im Wesentlichen auf eine Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie einer deutlichen Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und der Rückstellungen zurückzuführen.

Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf TEUR -14.887 (Vorjahr TEUR -10.151). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100% durch die Abschreibungen finanziert werden (siehe hierzu auch Punkt 5.2).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem Vorjahr (TEUR -11.256) auch die Aufnahme von langfristigen Krediten in Höhe von insgesamt TEUR 10.000. Des Weiteren werden Kredittilgungen von TEUR -3.120 abgebildet.

Es kommt zu einer geringen Abnahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres von TEUR 344, dieser stellt sich mit TEUR 12.844 positiv dar.

Die tabellarische Kapitalflussrechnung ist in der Anlage dargestellt.

5.2. Investitionen

Die Investitionen im Anlagevermögen des Konzerns sind fast ausschließlich durch Maßnahmen der evo geprägt. Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2016 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 78,1 %.

	Budget 2017 in TEUR	Ist 2016 in TEUR	Ist 2015 in TEUR
Investitionen	9.816	15.167	12.125
Abschreibungen	9.500	11.544	9.704

Neben den Investitionen in Höhe von TEUR 7.130 zur Erneuerung der Netze sieht das Investitions-Budget 2017 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von TEUR 2.686 vor. Die Investitionen betrugen TEUR 15.167 und teilen sich wie folgt auf:

			Ist 2016 in TEUR		**Ist 2015 in TEUR**
Immaterielle Vermögensgegenstände			395		72
Sachanlagen					
Stromversorgung			4.410		2.994
Erdgasversorgung			2.319		3.641
Fernwärmeversorgung			5.360		3.492
Energieservice			1.785		831
Gemeinsame Anlagen			666		912
Finanzanlagen			232		183
Gesamtbetrag			**15.167**		**12.125**

Im Bereich der Finanzanlagen kam es zu Investitionen in Höhe von TEUR 232.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Für das Geschäftsjahr 2017 wurde bereits im Dezember 2016 ein Darlehen in Höhe von TEUR 10.000 zur anteiligen Finanzierung der Sachinvestitionen 2017 aufgenommen.

5.3 Finanzlage

Die Finanzlage des Konzerns wird im Wesentlichen durch die evo geprägt. Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung zwischen der evo und der OB-Netz sowie der FSO KG getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bei der evo bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Dazu zählen unter anderem umfangreiche Rückstellungen für abgeschlossene Altersteilzeitverträge. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas der evo.

Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit der evo, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen (vorwiegend der Personalrückstellungen wie ATZ) sowie der jährlichen Gewinnabführung.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich weiterhin – wie unter 5.2 erläutert – ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen.

Weiterhin ist bei der evo geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen angemessene Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber.

Zusammenfassend ist eine solide Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses zu verzeichnen.

6. Risikobericht

6.1 Risikomanagement

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird für alle Konzerngesellschaften wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

In der letzten Risikoinventur wurden 30 Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und mit einer Ausnahme den Risikoklassen mit minimalen und niedrigen Ausmaßen zugeordnet. Die Werthaltigkeit der Beteiligung der evo an der KSBG hängt maßgeblich von deren Ergebnis ab. Für den Jahresabschluss 2016 wird aus Vorsichtsgründen auf Ebene der evo eine Abwertung i.H.v. TEUR 1.860 vorgenommen. Das Risiko wurde daher mit mittlerem Ausmaß bewertet.

Neue Risiken wurden in 2016 nicht identifiziert; jedoch erfolgte die Streichung zweier Risiken insbesondere im Bereich der OB-Netz:

Die FlexStrom-Gruppe, zu der namentlich die FlexStrom AG, die FlexGas GmbH, die Löwenzahn Energie GmbH und die OptimalGrün GmbH gehören, ist seit Juli 2013 im Insolvenzverfahren. Der Insolvenzverwalter der FlexStrom hatte der OB-Netz einen Klageentwurf zugestellt. Darin forderte er rückwirkend seit 2009 gezahlte Netznutzungsentgelte im Wege der Vorsatzanfechtung zurück. Es wurde eine Prozesskostengemeinschaft mit anderen betroffenen Netzbetreibern unter der Leitung der Rechtsanwaltskanzlei (BBH) gebildet. Da eine außergerichtliche Einigung über alle Forderungen stattgefunden hat, kann dieses Risiko gestrichen werden.

In 2015 hat der Gesetzgeber das neue KWKG verabschiedet. Die Notifizierung durch die EU stand aber noch aus, sodass sowohl der Erhalt als auch der Zeitpunkt der Förderung für FW-Netzausbau und –Verstärkung bisher nicht gesichert waren. Im Rahmen der ausstehenden Notifizierung des KWKG wurde die Förderung zwischenzeitlich gewährt. Dieses Risiko wird daher gestrichen.
Die geplante Änderung der Anreizregulierungsverordnung ist in 2016 in Kraft getreten. Da derzeit die genauen Auswirkungen für den Konzern noch nicht abschließend sondiert wurden, bleibt das Risiko vorerst unter Beobachtung.

6.2 Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen, getrieben u.a. durch von Kundenwechseln profitierenden neuen Marktteilnehmern in Form von Vergleichs- und Wechselportalen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen sind.

6.3 Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden, die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt eine große Streuung über die Produktart (Standardprodukte und Fahrpläne) und den Zeitpunkt der zu beschaffenden Energien. Aufgrund des großen Anteils von Haushaltskunden und kleineren Sondervertragskunden am Gesamtabsatz ergeben sich nur geringe Mengenrisiken. Operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen bei der Quantum minimiert.

Ferner hat die evo hinsichtlich der isoliert zu betrachtenden Preisrisiken bei der Strombeschaffung eines 7-MW-Bandes bei der RWE für die Jahre 2016 bis 2020 mit Blick auf einen möglichen Preisverfall an der Energiebörse eine Drohverlustrückstellung in Höhe von TEUR 5.080 gebildet, sowie für weitere bestehende Energielieferverträge TEUR 1.511 für den Bereich Strom und TEUR 2.474 für den Bereich Gas.

6.4 Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.
Zu den Betriebsrisiken der evo gehören auch Risiken steigender Cyberkriminalität, die aufgrund der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung entstehen. Hierzu gehören die Risiken, die sowohl die Verfügbarkeit der entsprechenden IT-Systeme und der damit zu verarbeitenden Daten und Informationen, als auch die Verletzung der Vertraulichkeit und der Integrität betreffen. Immer weiter in den Fokus rücken hier vor allem der unbeabsichtigte Datenabfluss, sowie die Nicht-

verfügbarkeit von Teilen der IT-Infrastruktur. Diesen begegnet die evo mit einem strukturierten Vorgehen, indem geeignete Maßnahmen wie z.B. regelmäßige Updates, Datensicherungen, die Analyse von Schwachstellen und deren Behebung, wenn solche aufgedeckt werden, ergriffen werden. Weiterhin erfolgt permanent eine Sensibilisierung der Mitarbeiter für das Thema in Form von Schulungen, Beiträgen im Intranet oder Mailings bei aktuellen Entwicklungen, die für alle Geschäftsbereiche relevant sind. Einem erhöhten Risiko durch Cyberkriminalität sieht sich die evo derzeit nicht ausgesetzt.

6.5 Finanzrisiken

Auf Basis einer kurz- bis langfristigen Liquiditätsplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen keine weiteren Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar.
Zur strategischen Ausrichtung hat die evo Geld- und Kapitalanlagen in Wertpapieren angelegt. Wertpapiere unterliegen Kursrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu einem maximal leichten Schaden führen könnten. Das Kursrisiko wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden.

6.6 Umfeldrisiken

Auf Grundlage der beiden Risikoinventuren 2016 konnten für den Bereich wirtschaftliche
oder rechtliche Umfeldrisiken jenseits der Thematik Energiewende keine Risiken mit Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder mit Bestandsgefährdung identifiziert werden.

6.7 Umweltrisiken

Die Dampfkessel der Heizkraftwerke der evo wurden in den Jahren 2011 und 2012 aufgrund gesetzlicher Auflagen mit NOx-armen Brennern ausgerüstet. Durch die Novellierung der 13. BImSchV wurden die NOx-Grenzwerte erneut mit Wirkung zum 1. Januar 2016 von 150 mg/Nm3 auf 100 mg/Nm³ abgesenkt. Zur Sicherstellung notwendiger Umbaumaßnahmen wurde eine Rückstellung über TEUR 1.700 gebildet. Der Kessel 2 wurde im Herbst 2015 umgerüstet und befindet sich in der Optimierung. Der Umbau des Kessels 5 wurde im Sommer 2016 durchgeführt. Für den Kessel 4 im HKW2 besteht der Ausnahmetatbestand, dass die Anlage bis 2023 mit den alten Grenzwerten betrieben werden kann. Somit werden sämtliche Umweltauflagen erfüllt, die zu einem Risikopotenzial hätten führen können.
Für den Bereich der Abfallentsorgung hat die Geschäftsführung einen Abfallbeauftragten benannt. Alle anfallenden Reststoffe werden, soweit möglich, getrennt gesammelt und einer Wiederverwertung zugeführt.
Erhöhten Umweltrisiken ist die evo zurzeit nicht ausgesetzt.

6.8 Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

7. Prognosebericht

Sofern nicht anderweitig gekennzeichnet, beziehen sich die Ausführungen dieses Kapitels auf alle Konzerngesellschaften. Lediglich die Kapitel 8.3.3 und 8.3.4 betreffen ausschließlich die Belange der OB-Netz.

7.1 Gesetzgeberische Ausgestaltung der Energiewende

Ein Ende der beständigen Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft ist weiterhin nicht absehbar. Für 2017 steht laut Ankündigungen des federführenden Bundeswirtschaftsministeriums eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017) an. Zudem werden sich in 2017 die grundlegenden Bestimmungen des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Strommarktes spürbar niederschlagen; gleiches gilt für das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende.

Im Unklaren liegt auch die Zukunft der internationalen Energie- und Klimaschutzpolitik: Insbesondere nach den Präsidentschaftswahlen in den USA ist völlig offen, in welcher Form etwa die Beschlüsse des Pariser Klimagipfels vom November 2015 in konkretes, nationales Handeln umgesetzt werden.

7.2 Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt. Dieses Berichtswesen, das zugleich Steuerungsinstrument ist, mündet in eine differenzierte Erfolgsrechnung. Analysiert werden dabei sowohl im Plan-/Ist als auch Ist/Ist-Vergleich beispielsweise die Abweichungen der Kostenpositionen. In den technischen Bereichen wird der Quartalsbericht noch um einen Aufwandsbericht auf Ein-

zelmaßnahmenebene ergänzt, der mit voranschreitender Zeit im Geschäftsjahr in kürzeren Berichtszyklen zur Verfügung gestellt wird. Dies gewährleistet, im Bedarfsfall zeitnah Steuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Im Rahmen der Prognosetätigkeit im Vorfeld der beiden Aufsichtsratssitzungen der Konzernmutter im Mai und November werden mit den Spartenverantwortlichen die jeweiligen Geschäftsentwicklungen analysiert. Dabei stehen insbesondere die Bereiche Investitionen und Personalentwicklung im Fokus. Dadurch sind Abweichungen frühzeitig erkennbar, um bei unplanmäßigen Entwicklungen gezielte Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im gesamten Konzernverbund unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit die Belange der Kunden, der Umwelt sowie der Belegschaft berücksichtigt.

7.3 Perspektiven 2017

Die geschilderten, weiterhin nur schwer berechenbaren Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft stellen alle Versorger weiterhin vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In den regulierten Netzgeschäften Strom und Erdgas lassen sich nur noch verminderte zugestandene Gewinne realisieren; im Bereich Energievertrieb herrscht ein deutlich zunehmender Wettbewerb.

Aus diesen Umständen resultiert ein steigender Erlös- und Kostendruck. Alle Konzerngesellschaften sind weiterhin dabei, zusätzliche Effizienzpotenziale zu identifizieren und umzusetzen. Dabei zeigt die ambitionierte Mittelfristplanung für 2017/2018, dass weiterhin Ergebnisse in Höhe von TEUR 11.000 angestrebt werden. Auch für das Berichtsjahr 2016 war mit einem Ergebnis und einer entsprechenden Gewinnabführung durch die evo in Höhe von TEUR 11.000 Höhe geplant worden (vgl. eingehend Kap. 4). Dieser Planansatz konnte mit einer tatsächlichen Gewinnabführung von TEUR 11.470 an die FSO sogar noch übertroffen werden. Zudem flossen aus dem Jahresergebnis der evo TEUR 2.040 in eine Gewinnrücklage.

Für die kommenden Jahre gelten folgende Annahmen für die Entwicklung des Strom- und Gas-Vertriebs: Mittelfristig muss die evo beim Strom mit einem weiteren Rückgang des Marktanteils im Stammgebiet Oberhausen rechnen. Insbesondere im SLP-Kundensegment (Standardlastprofilkunden; Privat- und Kleingewerbekunden) wird – wie schon in den Vorjahren – eine stärkere Wechselbereitschaft unterstellt. Im bereits wettbewerbsintensiven RLM-Kundensegment (Kunden mit registrierender Lastgangmessung; größere Geschäfts- und Industriekunden) wird ein konstantes Niveau an Vertragsabschlüssen unterstellt. Der Ausbau des Vertriebs außerhalb des Netzgebietes Oberhausen wirkt sich entsprechend positiv auf die Umsatzentwicklung aus. Ziel ist es, die Absatzrückgänge innerhalb Oberhausens durch vermehrten Absatz außerhalb zu kompensieren. Um die vertrieblichen Aktivitäten außerhalb des Netzgebietes der OB-Netz zukünftig zu erleichtern, wird zurzeit die (Re-)Integration der Marken „RevierKraft“ und „Strasserauf“ in die Abrechnungssysteme der evo betrieben.

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr

Parallel zu dem bis voraussichtlich Spätsommer 2017 bei der Bezirksregierung Düsseldorf laufenden Planfeststellungsverfahren ist bereits eine Ausführungsplanung des Projektes in Auftrag gegeben worden. Dies dient dem Zweck, die technischen Details fortlaufend zu konkretisieren und die Ausschreibungsunterlagen entsprechend vorzubereiten. Bis Sommer 2017 sollen konkrete Angebote vorliegen, die dann entsprechend zu verhandeln sind. Ziel ist es, im Laufe des Jahres 2017 einen Baubeschluss zu fassen, sofern die mittelfristig absehbare Entwicklung der Energiemärkte die Umsetzung des Projektes weiterhin sinnvoll erscheinen lässt. Hier prüft die evo nicht zuletzt aufgrund der im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens absehbaren Baukostensteigerungen alternative Szenarien, wie die Fortführung einer Standalone-Lösung.

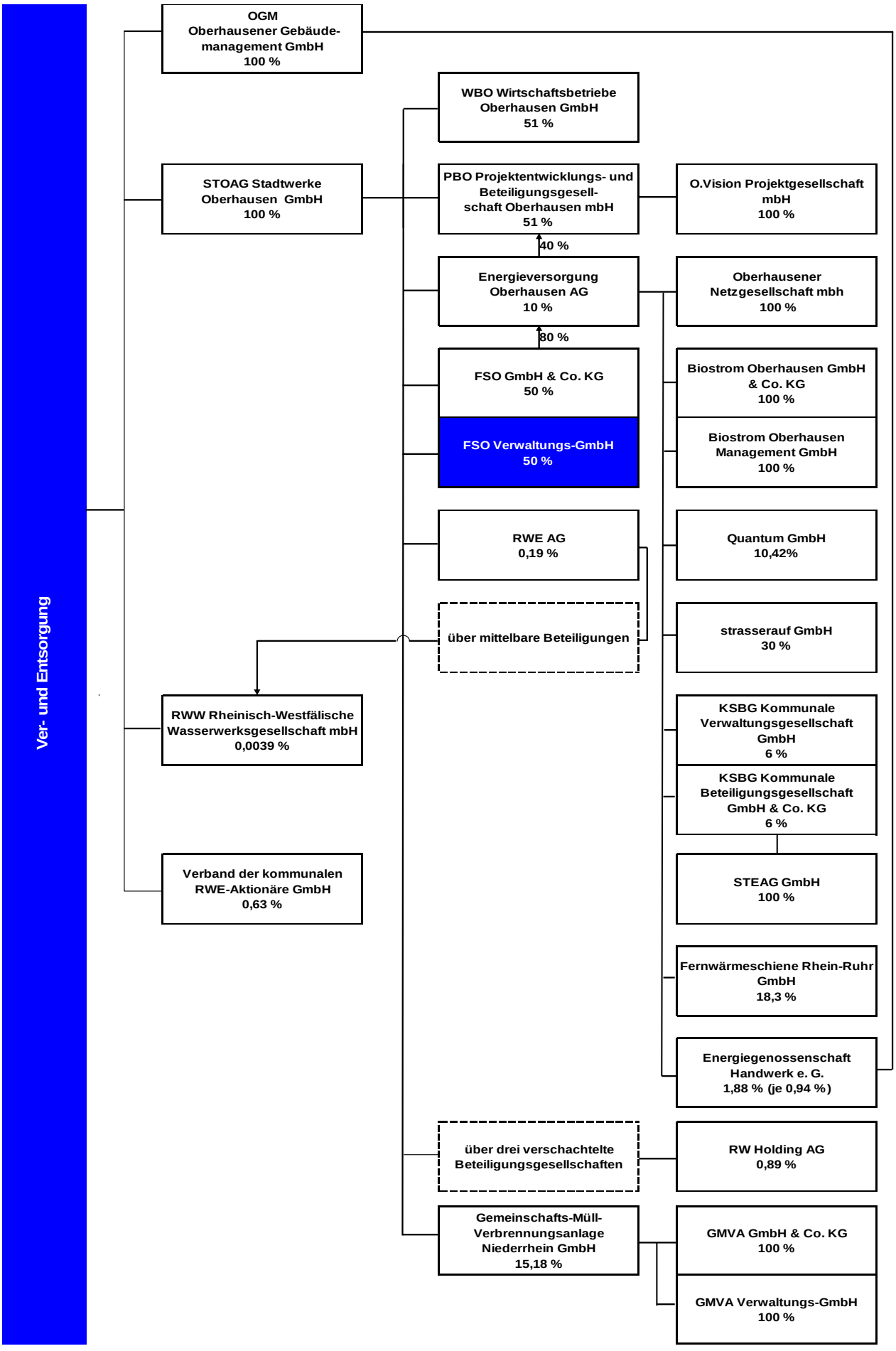
7.4 Fazit

Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich der Konzern grundsätzlich für alle zukünftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

Oberhausen, 20. März 2017

FSO GmbH & Co. KG
vertreten durch die Geschäftsführung
der FSO Verwaltungs-GmbH

Hartmut Gieske / Bernd Homberg


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100 %
40 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100 %
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr
GmbH
18,3 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

FSO Verwaltungs-GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:

	T€	%
innogy SE	15,00	50,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der FSO GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gieske, Hartmut
	Geschäftsführer	Homberg, Bernd
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG
Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia

Prokurist Seifert, Eckhard

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	35,78	100,0	36,06	100,0	36,11	100,0	0,05	0,14
Bilanzsumme	**35,78**	**100,00**	**36,06**	**100,00**	**36,11**	**100,00**	**0,05**	**0,14**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	33,04	92,3	33,51	92,9	33,72	93,4	0,21	0,63
Rückstellungen	1,89	5,3	1,89	5,2	1,95	5,4	0,06	3,17
Verbindlichkeiten	0,85	2,4	0,66	1,8	0,44	1,2	-0,22	-33,33
Bilanzsumme	**35,78**	**100,00**	**36,06**	**100,00**	**36,11**	**100,00**	**0,05**	**0,14**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	4,87	4,86	4,86
sonstige betriebliche Aufwendungen	4,27	4,31	4,62
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,01	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,61	0,56	0,25
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,10	0,09	0,04
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,52	0,47	0,21
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,52	0,47	0,21

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

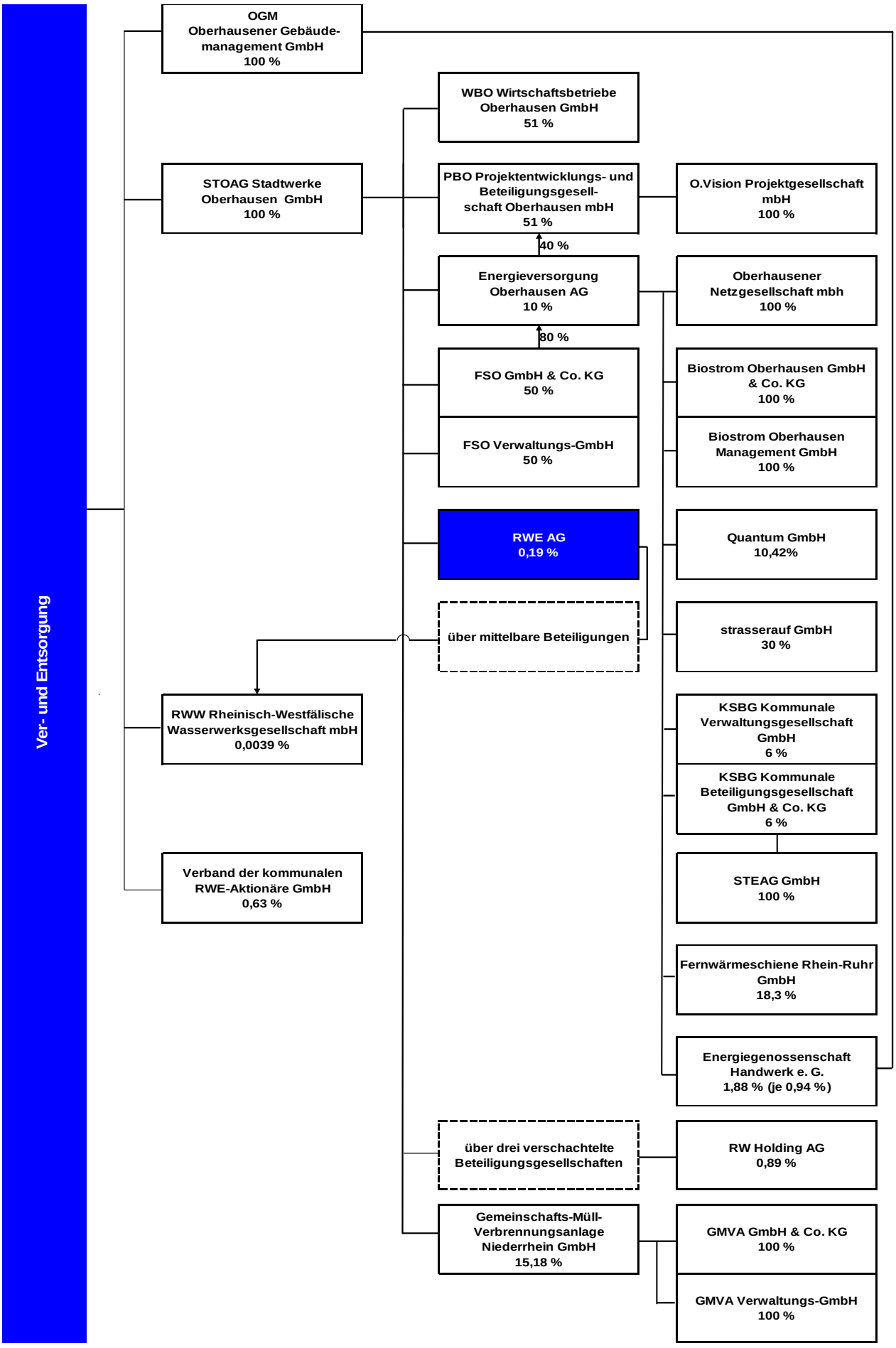
	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	1,59	1,42	0,63	%
Cash-Flow:	0,52	0,47	0,21	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	#DIV/0	#DIV/0	#DIV/0	T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	92,34	92,94	93,39	%
Fremdkapitalquote:	7,66	7,06	6,61	%

e.) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100 %
40 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100 %
RWE AG
0,19 %
Quantum GmbH
10,42%
über mittelbare Beteiligungen
strasserauf GmbH
30 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr
GmbH
18,3 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

RWE Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Opernplatz 1
(seit 18.5.2017: Huyssenallee 2)
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 1200
Fax	0201/ 1215199
e-Mail	-
Internet	www.rwe.de

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 1.573.748,48

Gesellschafter:

	T€	%
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	3.012,68	0,19

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

-Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,

-Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,

-Versorgung und Handel mit Energie,

-Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,

-Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,

-Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den in Absatz 1 bezeichneten Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann auch andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

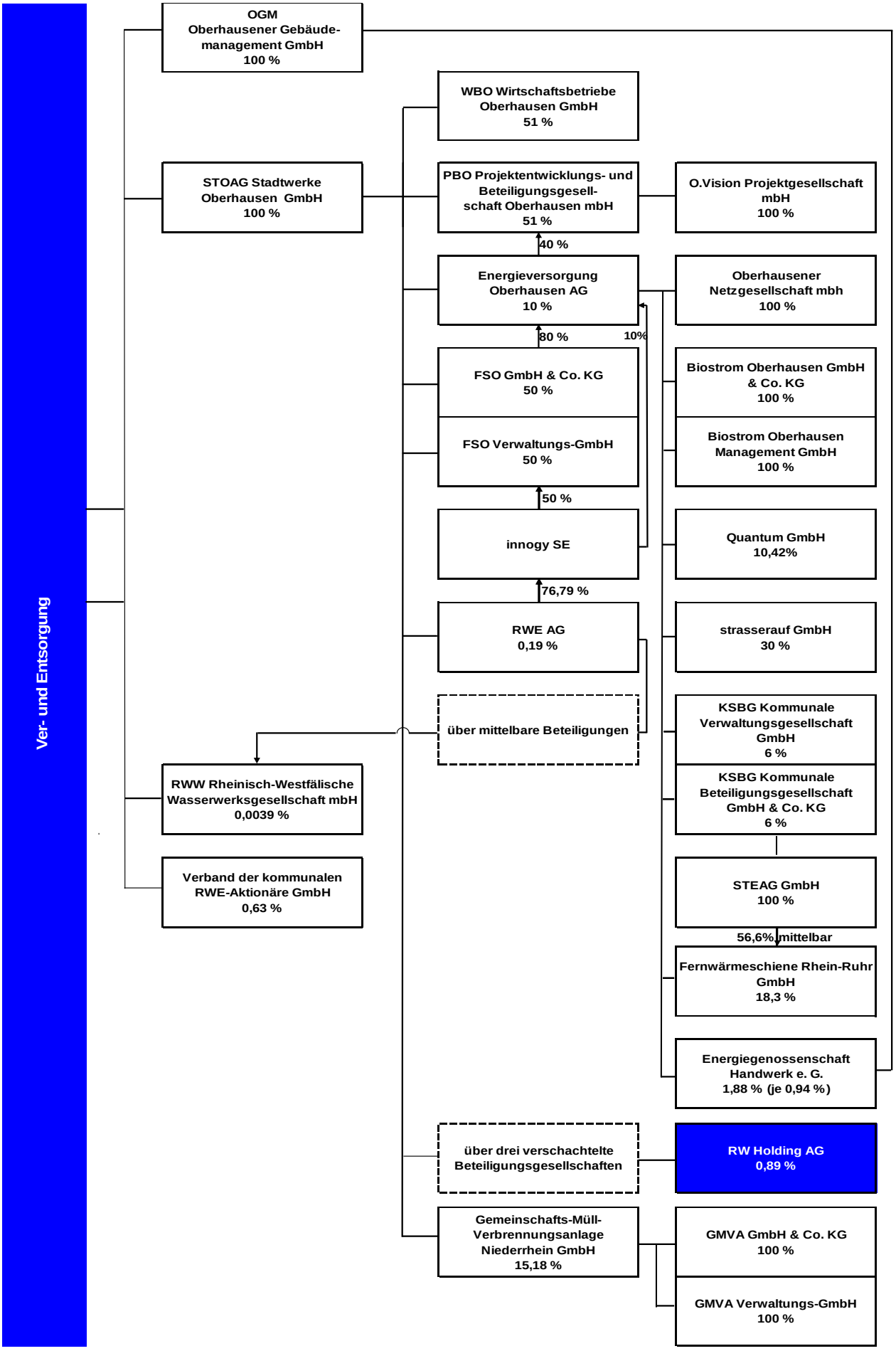
Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Schmitz, Rolf-Martin
		Dr. Krebber, Markus
		Tisses, Uwe
Hauptversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG

e.) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutungen dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet. Der Lagebericht der RWE AG wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.rwe.com unter dem Stichwort „Konzerngeschäftsbericht 2016“ nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100 %
40 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr
GmbH
18,3 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

RW Holding Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Georg-Glock-Str. 8
40474 Düsseldorf

Kontakt:

Telefon 0211 1371-303

Fax 0211 1371170

e-Mail info@rwholding.de

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 74.362,86

Gesellschafter:

	T€	%
Nicht gepoolte Aktionäre RWH	55.920,87	75,20
RW Beteiligungs GmbH	18.441,99	24,80

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Vorstand: Josten, Ralf
Kühn, Frithjof

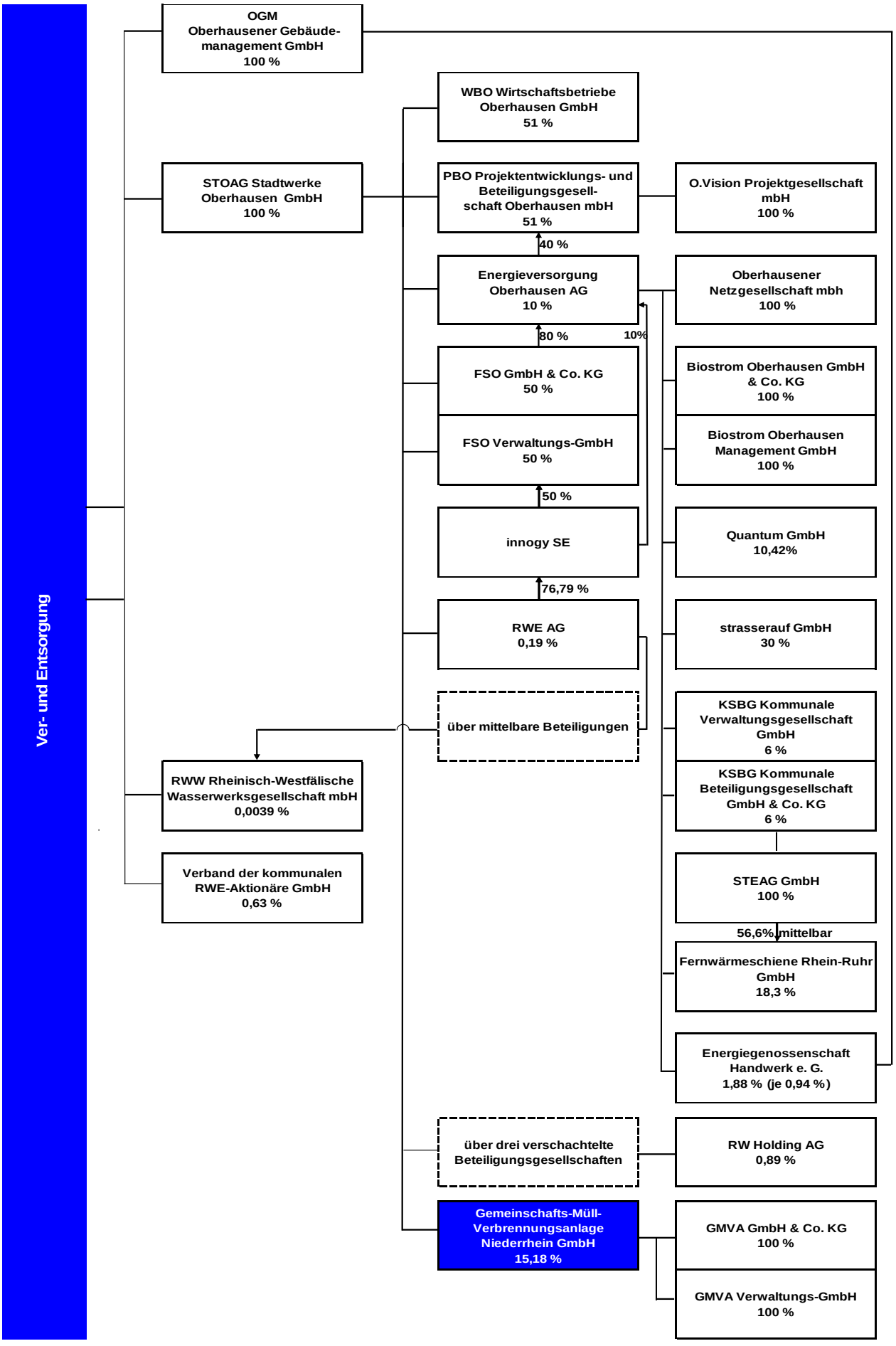
Hauptversammlung: Bevollmächtigte/r der STOAG

Aufsichtsrat: neun Mitglieder

e.) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.

Die Beteiligung dient im Übrigen der Verwaltung der Anteile an der RWE AG, ohne ein operatives Geschäft zu betreiben.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100 %
40 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr
GmbH
18,3 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8594-0
Fax	0208/8594-210
e-Mail	info@gmva.de
Internet	www.gmva.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	125,27	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	38,81	15,18
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	91,57	35,82

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Dabei ist sie verpflichtet, sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten vorrangig zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen. Beim Betrieb der Anlage sind die gesetzlichen Ziele der Abfallentsorgung nach den für die Abfallentsorgung erlassenen Gesetzen und Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung, der Immissionsschutzgesetzgebung sowie die im Einzelfall festgesetzten Auflagen und Bedingungen einzuhalten.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
Gesellschaft für Schlackenaufbereitung mbH	Vertrag zwischen der GMVA und der Gesellschaft für Schlackenaufbereitung (GfS) über die Müllschlackenabfuhr und -aufbereitung in der Fassung vom 10.09.1996
GMVA GmbH & Co. KG	Unterauftragsverträge hinsichtlich der Aufgabenerfüllung der sich aus den Vereinbarungen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen ergebenden Verpflichtungen der GMVA GmbH & Co. KG durch die GMVA
GMVA Verwaltungs-GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 02.12.2013 (mit Wirkung 01.01.2014)

Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbh	Abfallanliefervertrag zwischen der GMVA und der Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH vom 16.08.1996

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schellenberger, Ingo
	Mitglied	Dr. Sabac-el-Cher, Angela
	Mitglied	Schröder, Michaela
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Enzweiler, Rainer
	stellv. Vorsitzender	Hanning, Guido
	1. stellv. Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	3. stellv. Vorsitzender	von Häfen, Werner
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied	Bandel, Frank
	Mitglied	Dr. Fendel, Ansgar
	Mitglied	Dr. Foppe, Johannes-Gerhard
	Mitglied	Dr. Greulich, Peter
	Mitglied	Maaßen, Thomas
	Mitglied	Mauthe, Jürgen
	Mitglied	Schmidt, Markus
	Mitglied	Slykers, Manfred
	Mitglied	Steinberg, Wolfgang
	Mitglied	Susen, Thomas
	Mitglied	Woidtke, Karsten
	Mitglied	Patermann, Thomas
	Mitglied	Vüllings, Karsten
	Mitglied (AN)	Küster, Helmut
	Mitglied (AN)	Linden, Stefan
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Lauxen, Sabine
	stellv. Mitglied	Axt, Norbert
	stellv. Mitglied	Müthing, Christa
		Schwolow, Reiner
Prokura:	Prokurist	Arens, Matthias

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
GMVA GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
GMVA Verwaltungs-GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	83.314,12	52,2	65.106,66	40,7
Umlaufvermögen	76.155,42	47,7	94.754,35	59,3
Rechnungsabgrenzungsposten	141,40	0,1	5,70	0,0
Bilanzsumme	**159.610,94**	**100,00**	**159.866,70**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	18.820,28	11,8	17.645,21	11,0
Rückstellungen	28.807,71	18,0	4.714,48	2,9
Verbindlichkeiten	12.741,64	8,0	54.805,95	34,3
Rechnungsabgrenzungsposten	99.241,31	62,2	82.701,07	51,7
Bilanzsumme	**159.610,94**	**100,00**	**159.866,70**	**100,00**

bb) GuV

	2014	2015
	T€	**T€**
Umsatzerlöse	75.487,63	61.470,49
sonstige betriebliche Erträge	392,77	820,97
Materialaufwand	22.402,90	18.203,36
Personalaufwand	13.030,30	13.128,59
Abschreibungen	21.189,87	20.379,09
sonstige betriebliche Aufwendungen	13.330,10	10.630,15
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	152,77	46,15
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	773,82	4,26
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	476,32	430,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.829,86	-437,84
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.114,13	604,10
sonstige Steuern	140,52	133,13
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	3.575,21	-1.175,07
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.575,21	-1.175,07

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,74	-1,91	%
Eigenkapitalrentabilität:	23,45	-6,24	%
Cash-Flow:	24.765,07	19.204,01	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	401,48	342,26	T€

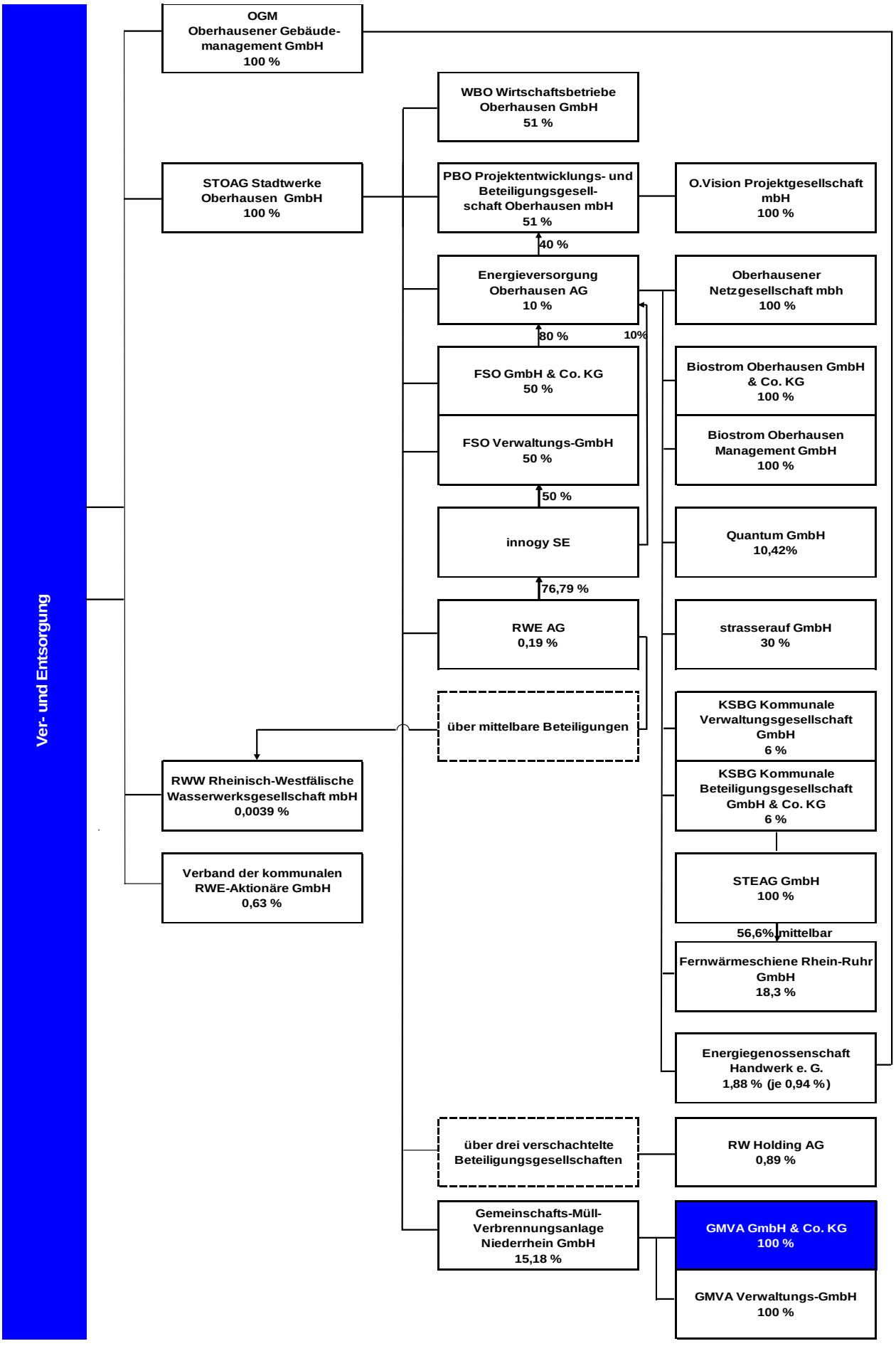
Personalaufwandsquote:	17,17	21,08	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	**31.12.2015**	Angaben in
Sachanlagenintensität:	51,53	40,06	%
Eigenkapitalquote:	11,79	11,04	%
Fremdkapitalquote:	88,21	88,96	%

e.) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2016 der Gesellschaft noch nicht vor.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100 %
40 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr
GmbH
18,3 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

GMVA GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Unterauftragsverträge hinsichtlich der Aufgabenerfüllung der sich aus den Vereinbarungen über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen ergebenden Verpflichtungen der GMVA GmbH & Co. KG durch die GMVA
GMVA Verwaltungs-GmbH	
Stadt Oberhausen	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Oberhausen in der Fassung vom 30.10.2001
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Duisburg in der Fassung vom 10.10.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	GMVA Verwaltungs-GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	1.875,27	100,0	19.774,69	100,0
Bilanzsumme	**1.875,27**	**100,00**	**19.774,69**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.087,58	58,0	1.171,02	5,9
Rückstellungen	786,09	41,9	798,09	4,0
Verbindlichkeiten	1,61	0,1	17.805,59	90,0
Bilanzsumme	**1.875,27**	**100,00**	**19.774,69**	**100,00**

bb) GuV

	2014	2015
	T€	**T€**
Umsatzerlöse	32.895,52	16.824,44
Materialaufwand	32.757,09	16.683,19
sonstige betriebliche Aufwendungen	35,86	58,36
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,19	0,75
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	105,76	83,63
außerordentliche Erträge	771,68	0,00
außerordentliches Ergebnis	771,68	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	786,20	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	91,24	83,63
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	91,24	83,63

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

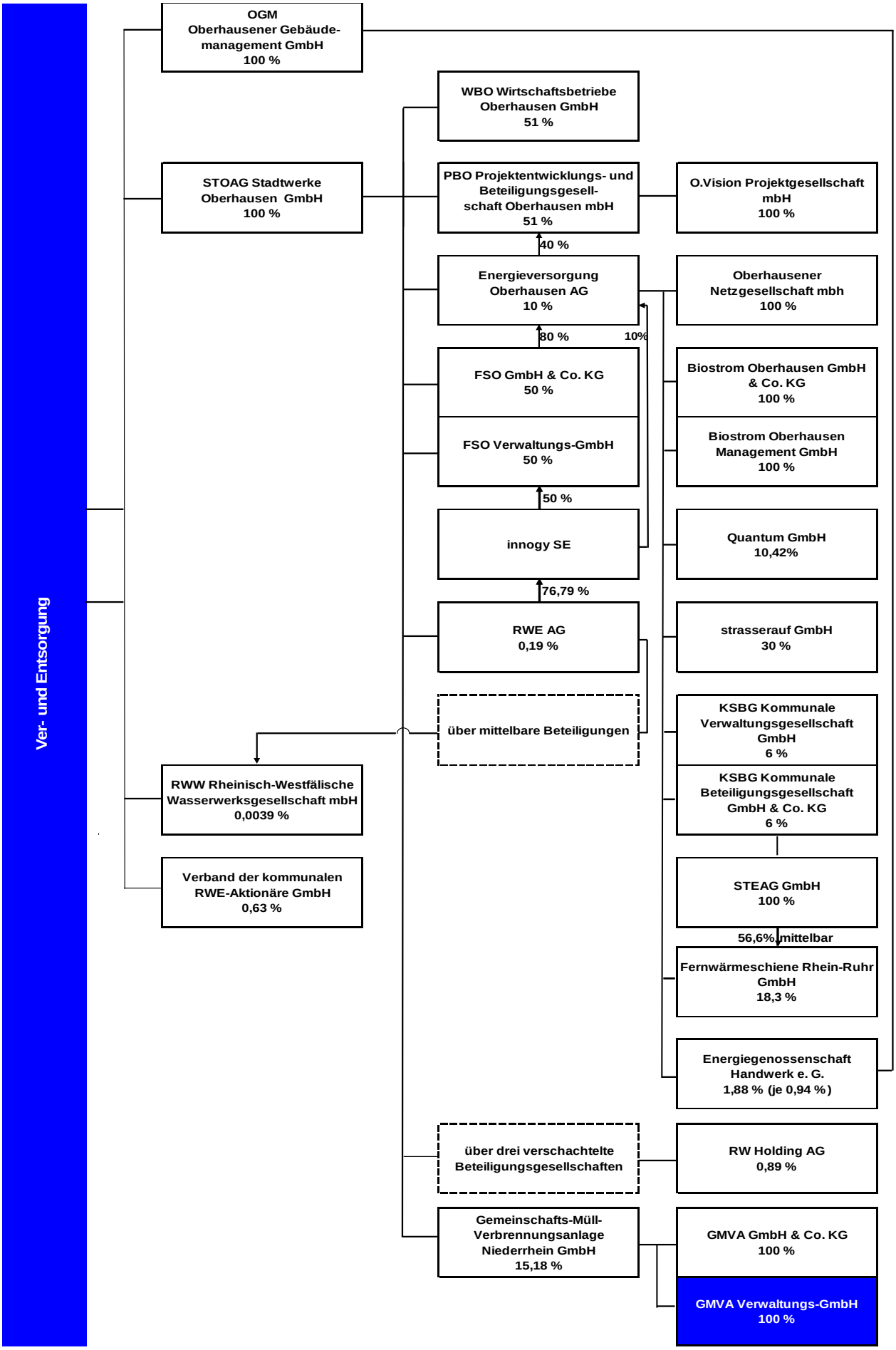
	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,28	0,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,16	7,69	%
Cash-Flow:	91,24	83,63	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Eigenkapitalquote:	58,00	5,92	%
Fremdkapitalquote:	42,00	94,08	%

e.) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2016 der Gesellschaft noch nicht vor.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100 %
40 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr
GmbH
18,3 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

GMVA Verwaltungs-GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der GMVA GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Oberhausen (nachfolgend Kommanditgesellschaft genannt), die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Gesellschaftszwecks der vorgenannten Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH GMVA GmbH & Co. KG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 02.12.2013 (mit Wirkung 01.01.2014)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schellenberger, Ingo
	Mitglied	Dr. Sabac-el-Cher, Angela
	Mitglied	Schröder, Michaela

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	27,10	100,0	27,80	100,0		
Bilanzsumme	**27,10**	**100,00**	**27,80**	**100,00**		

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	24,30	89,7	24,30	87,4		
Rückstellungen	2,80	10,3	3,50	12,6		
Bilanzsumme	**27,10**	**100,00**	**27,80**	**100,00**		

bb) GuV

	2014	2015
	T€	T€
sonstige betriebliche Aufwendungen	3,39	5,51
Erträge aus Beteiligungen	1,25	1,25
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2,14	-4,26
Erträge aus Verlustübernahmen	2,14	4,26
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

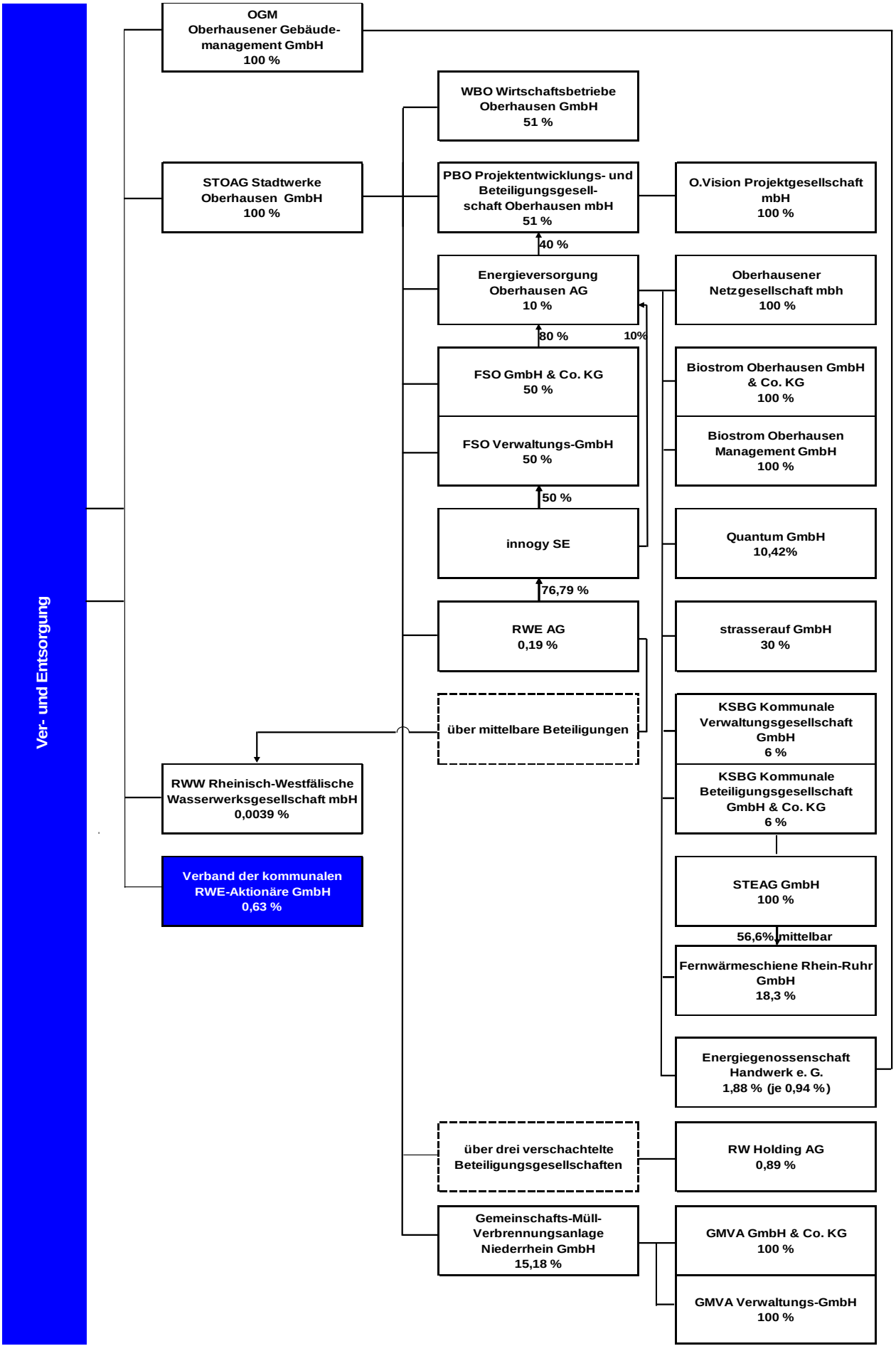
	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Umsatzrentabilität:			%
Eigenkapitalrentabilität:	-8,82	-17,55	%
Cash-Flow:	-2,14	-4,26	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	Angaben in
Sachanlagenintensität:			%
Eigenkapitalquote:	89,67	87,41	%
Fremdkapitalquote:	10,33	12,59	%

e.) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2016 der Gesellschaft noch nicht vor.


Ver- und Entsorgung
OGM
Oberhausener Gebäude-
management GmbH
100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe
Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesell-
schaft Oberhausen mbH
51 %
O.Vision Projektgesellschaft
mbH
100 %
40 %
Energieversorgung
Oberhausen AG
10 %
Oberhausener
Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen
Management GmbH
100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH
10,42%
76,79 %
RWE AG
0,19 %
strasserauf GmbH
30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale
Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale
Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr
GmbH
18,3 %
Energiegenossenschaft
Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte
Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG
0,89 %
Gemeinschafts-Müll-
Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG
100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH
100 %

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Str. 62
45130 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 221377
Fax	0201/ 222974
e-Mail	info@vka-rwe.de
Internet	www.vka-rwe.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127,82

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	0,80	0,63
Stadtsparkasse Oberhausen	0,51	0,40

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben

-die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
-die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

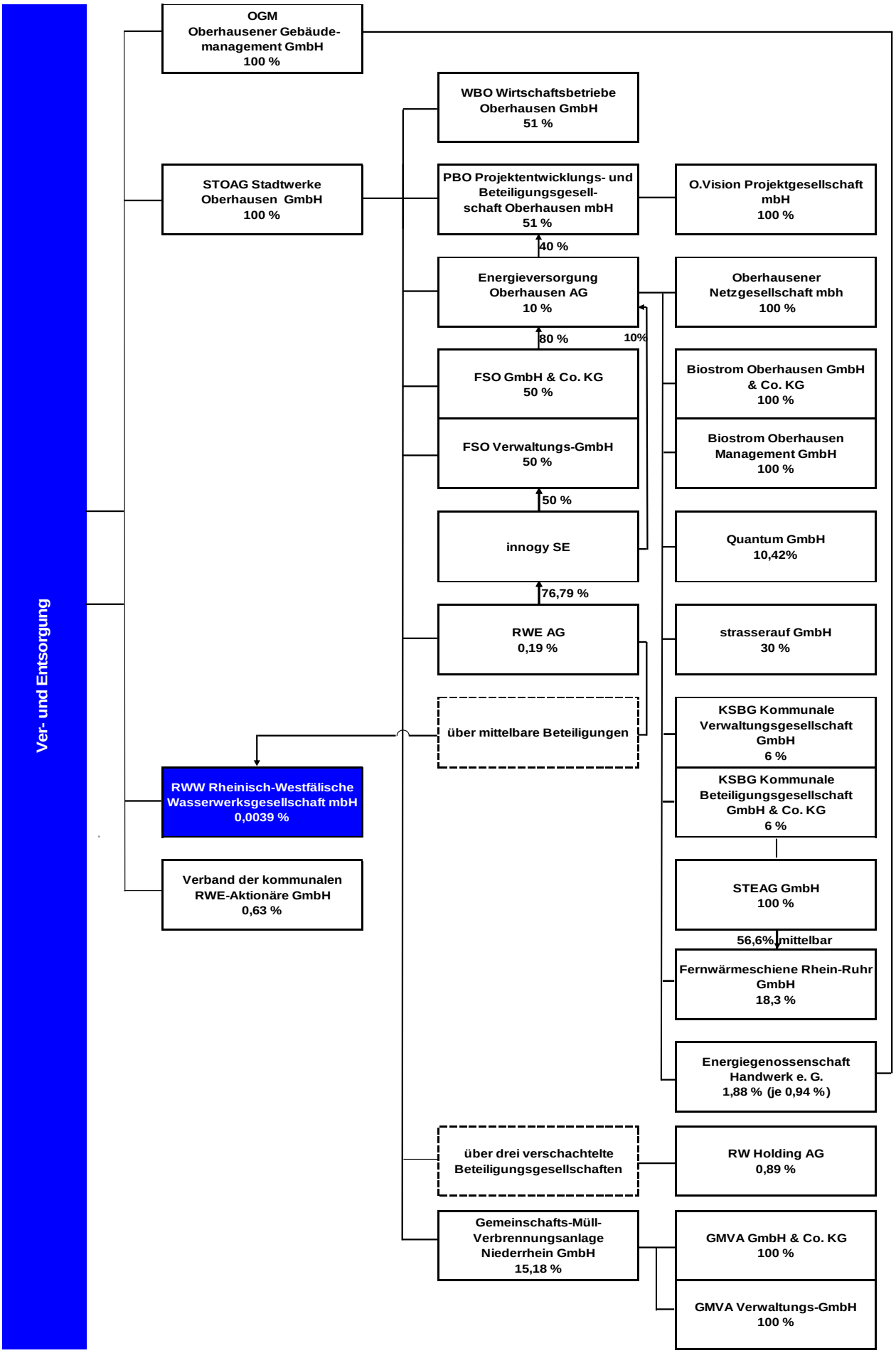
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Gerlach, Ernst
	Geschäftsführer	Ottmann, Peter
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Schranz, Daniel

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Schartz, Günther
	1. stellv. Vorsitzender	Geisel, Thomas
	2. stellv. Vorsitzender	Adenauer, Sven-Georg
		sowie weitere 10 Mitglieder
Prokura:		Berndmeyer, Günter
		Roßberg, Judith

e.) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
OGM Oberhausener Gebäude-management GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesell-schaft Oberhausen mbH 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
innogy SE
Quantum GmbH 10,42%
76,79 %
RWE AG 0,19 %
strasserauf GmbH 30 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
56,6% mittelbar
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 18,3 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
über drei verschachtelte Beteiligungsgesellschaften
RW Holding AG 0,89 %
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %
GMVA GmbH & Co. KG 100 %
GMVA Verwaltungs-GmbH 100 %

RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Schloß Broich 1-3
45479 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/ 44331
Fax	0208/ 4433233
e-Mail	rww@rwe.com
Internet	www.rww.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 15.381,95

Gesellschafter:

	T€	%
innogy Aqua GmbH	12.272,45	79,78
Kreis Recklinghausen	55,15	0,36
Stadt Bottrop	862,85	5,61
Stadt Gladbeck	652,70	4,24
Stadt Mülheim	1.538,20	10,00
Stadt Oberhausen	0,60	0,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung wassertechnischer und wasserwirtschaftlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf dem Wasser- und Abwassersektor.

Dies gilt, beschränkt auf Deutschland, auch außerhalb des Versorgungsgebietes und für die Betätigung im Bereich der Energiewirtschaft mit Ausnahme des Energievertriebs an Erdkunden aller Art.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Schulte, Franz-Josef
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Flore, Manfred

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Böddeling, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Bonan, Uwe
	stellv. Vorsitzender	Hirschfelder, Herrmann
	Mitglied	Dorsch-Kellermann, Andrea
	Mitglied	Püll, Markus
	Mitglied	Brinkel, Birgit
	Mitglied	Dr. Sanfleber, Martina
	Mitglied	Jüttermann, Jürgen
	Mitglied (AN)	Brockmann, Bernd
	Mitglied (AN)	Wehling, Tim
Prokura:	Prokurist	Schubert, Achim

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	6,39	2,16
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	0,83	3,13
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	184,30	15,31
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	24,60	48,00
Wasserverbund Niederrhein GmbH	600,60	26,00
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	2,55	0,83

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		**2015**		**2016**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	155.431,85	74,6	152.492,90	84,0	117.038,27	64,7	-35.454,63	-23,25
Umlaufvermögen	52.811,63	25,3	28.978,75	16,0	63.912,61	35,3	34.933,86	120,55
Rechnungsabgrenzungsposten	114,47	0,1	131,92	0,1	78,38	0,0	-53,54	-40,59
Bilanzsumme	**208.357,94**	**100,00**	**181.603,58**	**100,00**	**181.029,26**	**100,00**	**-574,32**	**-0,32**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	74.409,74	35,7	70.425,87	38,8	76.871,67	42,5	6.445,80	9,15
Sonderposten mit Rücklagenanteil	6.026,82	2,9	5.779,92	3,2	5.642,65	3,1	-137,27	-2,37
Rückstellungen	123.309,99	59,2	97.837,34	53,9	94.187,09	52,0	-3.650,25	-3,73
Verbindlichkeiten	4.539,65	2,2	7.521,31	4,1	4.320,15	2,4	-3.201,16	-42,56
Rechnungsabgrenzungsposten	71,74	0,0	39,14	0,0	7,71	0,0	-31,43	-80,30
Bilanzsumme	**208.357,94**	**100,00**	**181.603,58**	**100,00**	**181.029,26**	**100,00**	**-574,32**	**-0,32**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	106.073,80	108.280,30	110.916,43
andere aktivierte Eigenleistungen	600,73	597,61	417,28
sonstige betriebliche Erträge	9.448,27	6.955,29	1.602,49
Materialaufwand	27.710,39	29.123,33	28.437,62
Personalaufwand	30.702,61	27.494,64	28.848,31
Abschreibungen	8.909,84	8.893,52	8.583,01
sonstige betriebliche Aufwendungen	24.182,32	24.637,58	26.032,52
Erträge aus Beteiligungen	362,75	327,79	342,41
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	8,35	8,22	0,10
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	518,08	354,74	138,82
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.685,55	14.611,65	1.739,06
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14.821,28	11.763,23	19.777,01
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.581,47	5.747,10	6.331,20
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	8.239,81	6.016,13	13.445,80
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	8.239,81	6.016,13	13.445,80

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,77	5,56	12,12	%
Eigenkapitalrentabilität:	12,45	9,34	21,20	%
Cash-Flow:	17.149,65	14.909,65	22.028,81	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	286,72	291,77	283,76	T€
Personalaufwandsquote:	26,44	23,74	25,54	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	55,16	63,32	62,08	%
Eigenkapitalquote:	35,71	38,78	42,46	%
Fremdkapitalquote:	64,29	61,22	57,54	%

e.) Lagebericht

1. Geschäftsgrundlagen

<u>Das Geschäftsmodell von RWW</u>

Die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mülheim an der Ruhr (im Folgenden „RWW“ genannt), gehört als regionaler Trinkwasserdirektversorger zu den größten deutschen Wasserversorgungsunternehmen. RWW wurde 1912 gegründet und versorgt in Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Gladbeck, Dorsten, Reken, Velen, Gescher, Schermbeck und Raesfeld ca. 750.000 Einwohner als Direktversorger mit Trinkwasser. Darüber hinaus versorgt RWW als Trinkwasservorlieferant der Stadtwerke Velbert, Wülfrath, Ratingen und Borken indirekt weitere ca. 250.000 Einwohner.

Im Bereich der unteren Ruhr in Essen-Kettwig, in Mülheim an der Ruhr sowie am Rhein in Duisburg-Mündelheim betreibt RWW fünf Flusswasserwerke. Diese liefern, ausgehend von der traditionell im Ruhrtal weit verbreiteten künstlichen Grundwasseranreicherung, durch den Einsatz eines modernen und leistungsfähigen mehrstufigen Aufbereitungsprozesses, qualitativ hochwertiges Trinkwasser. Im nördlichen Versorgungsgebiet verfügt RWW im Verbreitungsgebiet der

„Halterner Sande“ über drei Wasserwerke, die Grundwasser fördern. Betriebswasser gewinnt RWW mit dem Seewasserwerk in Dorsten.

Die Wasserverteilung erfolgt über ein weit verzweigtes Rohrnetz mit einer Gesamtlänge von ca. 2.900 km. Zur Instandhaltung des Rohrnetzes sind vier regionale Service-Points im Versorgungsgebiet eingerichtet, die über die zentrale Betriebsdirektion in Bottrop gesteuert werden.

Das Unternehmen ist funktional gegliedert. Die Linienfunktionen umfassen die Organisationseinheiten Technik, Recht/Personal, Finanzen, Controlling sowie Geschäftsentwicklung inklusive Marketing, Vertrieb und Kommunikation. Der Bereich Technik gliedert sich in die Organisationseinheiten Stabsstelle Technik, Engineering, Produktion, Netze, Instandhaltung, Facility Management und Qualität. Die Organisationseinheiten Revision sowie Arbeitssicherheit/Umweltmanagement sind der Geschäftsführung als Stabsfunktionen zugeordnet.

Innogy Aqua GmbH (Sitz Mülheim an der Ruhr) ist mit 79,8% Hauptgesellschafter der RWW. Die Städte Mülheim an der Ruhr, Bottrop, Gladbeck, Oberhausen sowie der Kreis Reck-linghausen sind die weiteren Gesellschafter des Unternehmens und unmittelbar in den Aufsichtsgremien des Unternehmens vertreten. Die Gesellschaft erfüllt mit ihrer Tätigkeit vollumfänglich den dringenden öffentlichen Zweck der Trinkwasserversorgung (§§ 107 f. GO NRW).

Managementseitig geführt wird die RWW von der innogy SE. Die Gesellschaft mit Sitz in Essen bündelt die deutschen Aktivitäten des RWE Konzerns in den Bereichen Netz, Vertrieb und Energieeffizienz und führt die deutschen Regionalgesellschaften. RWW stellt als regionales Kompetenzcenter Wasser die Expertise der innogy SE im Wassergeschäft dar.

Ziele und Strategien

Wir verfolgten auch in 2016 die konsequente Weiterentwicklung der innerbetrieblichen Prozesse sowie der strategischen Planung und Umsetzung von Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen zur Sicherung von Qualität und Versorgungssicherheit. Basierend auf dem RWW-Fachwissen und dem wasserwirtschaftlichen Anlagevermögen konnten zielgerichtet vertriebliche Themenstellungen bearbeitet und mit kommunalen sowie industriellen Partnern und Kunden umgesetzt werden.

Im Geschäftsjahr wurde ein neuer langfristiger Wasserlieferungsvertrag mit der Stadtwerke Velbert GmbH geschlossen. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre.

Im Bereich der nachhaltigen, regionalen Energieerzeugung erfolgte bereits im Geschäftsjahr 2015 das gesellschaftsrechtliche Engagement an der Windenergie-Schermbeck Rüste GmbH & Co KG mit einer Kommanditeinlage in Höhe von 35 T€. In weiteren Schritten wird eine Erhöhung der Kommanditeinlage angestrebt.

Die Strategie, unser ausgeprägtes Fachwissen in den verschiedenen Bereichen der Trinkwasserversorgung für die Vermarktung von Dienstleistungen einzusetzen, wurde im Jahr 2016 erfolgreich und konsequent weitergeführt. Die verschiedenen technischen Dienstleistungen im Netzbetrieb (Armaturenkontrolle, Wasserverlustanalyse und Leckortung) werden gezielt von Wasserwirtschafts- und Industrieunternehmen nachgefragt. Im Rahmen der Produktentwicklung erfolgte die konsequente Erweiterung im Bereich Leckagewarnsystem (LEWAS), das sich auch in Praxistests als ein hochwertiges Produkt etablieren konnte.

Seit der Entwicklung und Einführung des Systempreismodells für Trinkwasserpreise in 2012 behaupten wir weiterhin eine führende Position bei innovativen Preissystemen. In Kooperation mit der Hochschule Ruhr West (HRW) wurde dieses Know-how in ein Beratungsprodukt umgewandelt, das mittlerweile bundesweit nachgefragt wird. Das Angebot zielt auf die Entwicklung individueller Preissysteme für Trinkwasserversorger ab und besteht aus modular aufgebauten Beratungselementen. Die Beratung zur Entwicklung eines Systempreismodells wurde weiter in 2016 bei Wasserversorgungsunternehmen bzw. Stadtwerken erbracht. Die in 2015 begonnene Ausweitung der Projekte auf Abwasser und Fernwärme wurde weiter verfolgt.

RWW erhält mit der traditionellen Ausrichtung auf Kundenzufriedenheit und Preis-/Leistungs-transparenz eine anhaltend gute Resonanz. Diese kommt in hohen Zufriedenheitswerten bei den jährlichen Kundenbefragungen sowie geringen Beschwerderaten zum Ausdruck.

Benchmarking hat sich in der Wasserwirtschaft in NRW zu einem festen Bestandteil der effizienz- und kundenorientierten Unternehmenssteuerung entwickelt. RWW betreibt Benchmarking aktiv auf zwei verschiedenen Ebenen. Zum einen auf der Ebene der Landes-Benchmarkingprojekte in NRW, zum anderen durch Beteiligung an konkreten Vergleichen mit wenigen anderen Unternehmen zu einzelnen operativen Prozessen, die sich auf Leistungs- und Effizienzaspekte beziehen.

Verfahrenstechnische Beratung z. B. im Bereich des Aktivkohlemanagements oder der Energieeffizienz werden weiterhin bei RWW nachgefragt. Durch das RWW-Engagement u. a. in der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Maßnahme „energieeffiziente und ressourcenschonende Wasserwirtschaft“ (ERWAS) wird gezielt die Kompetenz im Bereich Energieeffizienz und –management in Zusammenarbeit mit anderen Systempartnern weiter ausgebaut. RWW beteiligt sich an zwei Verbundprojekten innerhalb der Fördermaßnahme ERWAS. Zum einen beschäftigt sich das Projekt ENERWA mit der energetischen Optimierung des wasserwirtschaftlichen Gesamtsystems und zum

anderen wird mit EWave ein innovatives Energie-Managementsystem entwickelt und bei uns pilotiert. In beiden Forschungs- und Entwicklungsprojekten konnten in der laufenden Bearbeitung wesentliche Erkenntnisgewinne für RWW und die Projektpartner erzielt werden. Die vertrieblichen Aktivitäten und die zielgerichtete Produktentwicklung zeigen, dass RWW sich gezielt wandelnden Marktanforderungen anpasst, auch um eine weitere Geschäftsentwicklung im Nicht-Tarifbereich („Drittgeschäft") zu erzielen.

Gesetze, Verordnungen, technische Regelwerke und Sicherheitsvorschriften stellen hohe Anforderungen an das Unternehmen. RWW verfolgt eine stringente Zertifizierungsstrategie (z. B. Technisches Sicherheitsmanagement, DIN14001, EMAS III und zukünftig ggf. DIN50001). Die Umsetzung und Einhaltung der Regeln und Normen soll gewährleistet sein. Dies gilt sowohl für Arbeiten an eigenen Anlagen und Netzen als auch für Arbeiten im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen für Dritte. Wir forcieren im Rahmen einer Unternehmensinitiative „Sicher vorweg" die Verringerung bzw. Vermeidung von Gefährdungen und Risiken für Personen, sowohl für die eigene Mitarbeiterschaft als auch für bei RWW beschäftigte Fremdunternehmen. RWW hat das ambitionierte Ziel, den Wert „Häufigkeit der unfallbedingten Arbeitszeitausfälle" (engl. Lost Time Injury Frequency (LTIF)) zu reduzieren. Arbeitsschutz und –sicherheit haben bei RWW einen sehr hohen Stellenwert.

Auf Basis des DVGW-Regelwerkes W1001/1002 führt RWW ein Krisenmanagementtraining zu verschiedenen Krisenszenarien durch. Hierzu wurde ein weiterer Austausch mit kommunalen und industriellen Krisenstäben innerhalb der Versorgungsgebiete initiiert, um eine Optimierung der Einbindung der RWW über geeignete Schnittstellenkommunikation zu gewährleisten.

Am 6. Juli 2016 hat der Landtag in NRW mit seiner Mehrheit die Änderung des Landeswassergesetzes beschlossen. Die Novelle sieht vor, dass die Kommunen ein Wasserversorgungskonzept zu erstellen haben. Die Gemeinde soll die zukünftige Entwicklung und die entsprechende Gewährleistung der Trinkwasserversorgung als kommunale Pflichtaufgabe darstellen. Die Gesetzesbegründung sieht ausdrücklich die Unterstützung durch den des jeweiligen Wasserversorger bei der Erstellung des Konzeptes vor, das durch den Gemeinderat beschlossen und der Bezirksregierung vorzulegen ist. Eine Aktualisierung hat alle sechs Jahre stattzufinden. RWW begrüßt, dass dieses neue Instrument die herausragende Bedeutung der Trinkwasserversorgung schon in der Planungsphase unterstreicht und wird den versorgten Gemeinden mit Zahlen, Daten und Fakten bei der Erstellung des Wasserversorgungskonzeptes zur Verfügung stehen.

Mit der 3. Änderung der Trinkwasserverordnung besteht die Verpflichtung, Trinkwasser auf radioaktive Stoffe zu untersuchen. RWW hat hierzu im Geschäftsjahr 2016 Untersuchungsreihen begonnen. Es ist bereits jetzt erkennbar, dass im RWW-Trinkwasser die in der Trinkwasserverordnung hierzu festgelegten Parameter deutlich unterschritten werden. Hinsichtlich der Vorkommen von Mikroverunreinigungen wurde ebenfalls im Geschäftsjahr 2016 festgestellt, dass in der Ruhr Röntgenkontrastmittel sowie deren Abbauprodukte in erhöhter Konzentration nachweisbar sind. Diese Substanzen werden durch das bei RWW eingesetzte Mülheimer Verfahren zurückgehalten bzw. eliminiert. Auch die Untersuchungen „neuer" Mikroverunreinigungen, wie die als schwer entfernbar geltenden Süßstoffe, werden ebenfalls beherrscht. Neben den chemischen Substanzen wurden in 2016 zusätzlich Viren mittels neuer biochemischer Methoden durch Kombination unterschiedlicher Desinfektions- und Filtrationsstufen beseitigt. Ein weiteres Thema war der mögliche Eintrag von Polychlorierten Biphenylen (kurz. PCB) aus den Grubenwassereinleitungen des Steinkohlenbergbaus. Die derzeit bestehenden Grubenwassereinleitungen an der Ruhr sollen auch zukünftig nach Auskunft des Bergbaus und der zuständigen Behörden bestehen bleiben und mögliche PCB-Belastungen in der Ruhr hervorrufen. RWW hat diese Tatsache zum Anlass für eine Überprüfung der PCB-Gehalte des Trinkwassers ihrer Ruhrwasserwerke genommen. In sämtlichen untersuchten Proben konnte PCB nicht nachgewiesen werden.

In Oberflächengewässern aber auch in oberflächennahen Grundwasservorkommen wurde die chemische Substanz Trifluoracetat (kurz: TFA) oberhalb des für diese Substanz festgelegten Gesundheitlichen Orientierungswertes (GOW) nachgewiesen. Diese Substanz wird durch industrielle Einleitungen in die Gewässer eingetragen, kann aber auch durch den photochemischen Abbau von bestimmten fluor-haltigen Pflanzenschutzmitteln oder Kältemitteln entstehen. Diese Substanz ist sehr gut wasserlöslich, hoch mobil und persistent und wird in der Natur kaum abgebaut. Nach den mittlerweile vorliegenden Untersuchungsergebnissen wird der vom Umweltbundesamt festgelegte GOW von 1 Mikrogramm pro Liter in allen untersuchten Roh- und Trinkwasserproben bei RWW deutlich unterschritten.

Forschung und Entwicklung

Das Multibarrierensystem des Mülheimer Verfahrens stellt einen hohen technischen Standard dar. Als ein Trinkwasserversorgungsunternehmen, das von den Standortrahmenbedingungen schon immer besondere Herausforderungen für die Trinkwasseraufbereitung gestellt bekommt, gehört es zur Grundstrategie, neben dem Engagement zur Vermeidung von Stoff-einträgen in das Rohwasser, sich auch vorausschauend auf zukünftige Anforderungen einzustellen.

Projektbeteiligungen werden im Rahmen der angewandten Forschung und Entwicklung zur Optimierung der Anlagen- und Prozesstechnik (inkl. Mess-, Steuer- und Regeltechnik) sowie Organisation und Management aktiv weiterentwickelt. RWW engagiert sich besonders bei der Vermeidung von Schadstoffeinträgen und Transformationsprodukten in die Oberflächen- und Grundwässer. Hervorzuheben ist das von der Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderte Projekt zur Erfassung von Röntgenkontrastmittel an der Quelle („Minimierung von Röntgenkontrastmitteln im Einzugsgebiet der Ruhr"). Aufgrund des langjährigen Engagements ist Mülheim als Pilotstandort für diese erste Projektphase ausgewählt worden. In der zweiten Phase soll ein „Roll-out" über das Ruhreinzugsgebiet erfolgen.

Im Projekt ReAktiv wird die Verlängerung der Wertschöpfungskette von Wasserwerksaktivkohlen hin zur Nutzung in der Abwasserreinigung untersucht. Hier konnte durch das Forschungsprojekt gezeigt werden, dass eine nachhaltige Nachnutzung ökonomisch und ökologisch vorteilhaft ist.

Im Bereich der Hausinstallation tritt ein neues Schadenphänomen durch Lochkorrosion an Kupferinstallationen auf. Sachverständige haben über folgende Beobachtungen von Schäden berichtet:

- an alten, hartgelöteten Installationen mit Erstellungsdatum bis 1996, in denen singulär Schäden auftreten (Wellenbewegung der Schadensmaxima) oder nach langen Betriebszeiten (> als 20 Jahre),
- an Installation aus halbharten Kupferrohren, sowohl im Kalt- als auch im Warmwasserbereich.

Während im ersten Fall die Wasserbeschaffenheit eine ausschlaggebende Rolle spielen könnte, sind die Ursachen der heutigen Schäden an halbharten Rohren noch völlig ungeklärt. Es besteht in der Fachwelt allgemein der Konsens, dass Kupferlochkorrosion eine Systemeigenschaft ist, bei der die Faktoren Werkstoff, Lagerung, Verarbeitung, Inbetriebnahme, Betriebsbedingungen sowie die Wasserbeschaffenheit einen Einfluss auf die Korrosionswahrscheinlichkeit ausüben. Erst eine Kombination mehrerer ungünstiger Systemzustände bestimmt die Schadenswahrscheinlichkeit und deren Ausmaß. Die Sachverständigen haben für das neue Schadenphänomen in einem Expertengremium des DVGW folgende Aussagen getroffen:

- Es handelt sich um ein neues Schadensbild, das nicht mit den bisher bekannten Schadensbildern vergleichbar ist.
- Es tritt scheinbar bundesweit und zum Beispiel auch in den Niederlanden auf.

Wir engagieren uns aktiv im Rahmen eines DVGW-Forschungsprojektes, welches sich seit 2016 dieser Fragestellung widmet. Erste Ergebnisse zeigen ein deutschlandweites Auftreten von Schäden, die sowohl an Leitungen für Kalt- als auch Warmwasser auftreten. Die Ursachenanalyse wird weitergehend verfolgt und der gewonnene Erkenntnisstand im Rahmen des Projektes kommuniziert.

Das Forschungsvorhaben „3SmartX“ – intelligente Netzautomatisierung in der Wasserversorgung – erprobt innovative Ansätze im Rahmen der Automatisierung von Netzarmaturen sowie neuartige Sicherheitskonzepte in der Wasserversorgung.

Die Wasserwerke an der Ruhr stehen in einem kontinuierlichen Dialog mit Aufsichtsbehörden und Öffentlichkeit (Medien) zu den Themen „Eignung des Flusswassers für die Trinkwassergewinnung“, „toxikologische Bewertung von im Ruhrwasser festgestellten organischen Spurenstoffen“ und „Mikroverunreinigungen“. Ergänzt wird dies durch den Ansatz, Stoffe an der Quelle zu erfassen und diese erst gar nicht in den Wasserkreislauf gelangen zu lassen (Verursacherprinzip).

Das Umweltministerium NRW diskutiert und verfolgt im Rahmen des Programms „Reine Ruhr“ als Anschlussaktivität zur „Arnsberger Vereinbarung“ beim integrierten Gewässerschutz mehrere Ansätze:

- Vermeidung von Schadstoffeinträgen an der Quelle
- Verschärfte Kontrollen der industriellen Direkteinleitungen
- Weitere Aufrüstung der Kläranlagen
- Einführung von Mindeststandards bei der Trinkwasseraufbereitung in den Ruhrwasserwerken
- Verbesserung der Information der Öffentlichkeit über naturwissenschaftliche Zusammenhänge bei der Diskussion um das Thema „Wie rein muss Trinkwasser sein?“

Obwohl nicht unmittelbar betroffen, stehen die aktuell geführten Diskussionen zur möglichen Weiterentwicklung der Abwasserreinigungsstufe mit den vorangehend aufgeführten Aspekten in Zusammenhang. Die Umweltqualitätsnorm-Richtlinie (RL 2008/105/EG) legt auf europäischer Ebene für bestimmte prioritäre und prioritär gefährliche Stoffe Umweltqualitätsnormen (= Immissionsgrenzwerte für den guten Zustand von Oberflächengewässern) fest. Die Liste der diesbezüglichen Stoffe wird in regelmäßigen Abständen (nun sechs Jahre) auf der Basis von wissenschaftlichen Daten und Risikobewertungen überarbeitet.

Nach Artikel 4 der Wasserrahmen-RL sind die Einleitungen, Emissionen und Verluste schrittweise zu reduzieren und für die prioritär gefährlichen Stoffe letztlich zu beenden. Neben der fachlich und kommunikationsrelevanten Diskussion zur Bewertung von Grenzwerten zum Schutz für das aquatische Leben und den humantoxikologischen Ansätzen für den Bereich der Trinkwasserversorgung, wird auch die Kostenträgerschaft für die Maßnahmenum-setzung kontrovers diskutiert. RWW als Trinkwasserversorger mit einer Rohwassergewinnung u. a. aus dem Oberflächenwasser der Ruhr ist bestrebt, die Perspektive der Trinkwasserversorgung aktiv in diesen Prozess einzubringen. Für den Grundwasserbereich zeigt sich sehr deutlich, dass die intensive Diskussion zur Implementierung von weitergehenden Maßnahmen zur Reduktion von Nitrateinträgen ein Schwerpunktthema für den Bereich des Münsterlandes (Grundwasserleiter Halterner Sande) bleiben wird. Nach annähernd zwanzig Jahren der gemeinsamen Kooperationsarbeit mit der Landwirtschaft laufen aktuell die Bewertungen von neuen Handlungsoptionen hinsichtlich der künftigen Ausgestaltung der Zielerreichung. Beide Parteien führen einen intensiven Dialogprozess, um sich auf ein weitergehendes Ziel- und Maßnahmenprogramm ab 2017 zu einigen. Hervorzuheben ist, dass es best-practice-Betriebe gibt, die schon heute die Kooperationsziele erreichen. Das Ziel von uns ist es, auch die anderen Betriebe zu erreichen und gemeinsam die Verringerung des Nitrateintrages anzustreben. Es geht hierbei um die nachhaltige Sicherung der Ressource Wasser. RWW begrüßt die Klage der EU

hinsichtlich des mangelnden Grundwasserschutzes wegen steigender Nitratwerte im Grundwasser. Seit Jahren hat Deutschland das Problem ignoriert, so die Klageschrift. Spätestens 2012 hätten Bund und Länder die Vorschriften zum Schutz der Gewässer vor zu viel Nitrat aus der Landwirtschaft verschärfen müssen. Eine strengere gesetzliche Regelung muss zeitnah erfolgen, da eine Konzentration über dem gültigen Grenzwert nach Angaben der EU-Kommission erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen haben kann.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das hydrologische Jahr (auch Abflussjahr oder Wasserwirtschaftsjahr) weicht vom Kalenderjahr ab. Es beginnt am 1. November und endet am 31. Oktober. Das Wasserwirtschaftsjahr 2016 war im Vergleich zum langjährigen Mittelwert der Zeitreihen 1981/2010 mit +1°C erneut deutlich zu warm. Die Niederschlagsmengen lagen mit ca. -10% deutlich unter dem langjährigen Mittel von 918 mm/m².

Die Temperaturen im Winter 2015/2016 lagen mit durchschnittlich 5,8°C sogar um 3°C über denen der Langfristreihe. Die Niederschläge hingegen zeigten sich in diesem Zeitraum nahezu im Mittel der Aufzeichnungen.

Fasst man die Frühlings- und Sommermonate zusammen, so ergeben sich sowohl bei den Temperaturen als auch den Niederschlägen gemessen am langjährigen Mittel der Jahre 1981/2010 nur geringfügige Niederschlagsdefizite bzw. leicht erhöhte Durchschnittstemperaturen von +0,3°C. Allerdings sind die Monatsschwankungen insbesondere bei den Niederschlägen erheblich, so z. B. im Juni 2016 mit +212% gegenüber dem langjährigen Mittel.

Ganz anders der Herbst 2016: Hier lagen die Niederschläge mit 59% deutlich unter dem langjährigen Mittel. Die Förder- und Absatzsituation bei RWW wurde durch diesen Jahresverlauf beeinflusst.

Die gesamte Absatzmenge von 73,1 Mio. m³ liegt mit 1,4 Mio. m³ unter der Vorjahresmenge. Während im Bereich des Betriebswassers ein Mengenrückgang von 2,3 Mio. m³ und im Tarifkundensegment ein Anstieg von 0,7 Mio. m³ zu verzeichnen war, konnten die Absatzmengen im Bereich der Sondervertragskunden um 0,2 Mio. m³ gesteigert werden.

Geschäftsverlauf

Die Schwerpunkte der Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen im Sachanlagevermögen (einschl. der Anlagen im Bau) lagen unverändert zum Vorjahr im Verteilnetz sowie in der Wassergewinnung und –aufbereitung (Gesamtinvestitionen in Höhe von 5,0 Mio. €; Vorjahr: 7,8 Mio. €).

RWW baut gezielt auf Basis der Software PiReM (Pipe Rehabilitation Management System) die Rehabilitationsplanung auf und hat die daraus priorisierten Maßnahmen im Bereich des (Netz-) Asset Managements weiter umgesetzt. Die Erneuerungsplanung der Netzinfrastruktur der RWW wurde systematisch weiterentwickelt. Abgeleitete Ergebnisse sind entsprechend in die Maßnahmenplanung integriert. Hauptleitungen („Magistralen“) stellen den wesentlichen kritischen Teil des Versorgungsnetzes dar. Mit dem in 2016 weitergeführten Erneuerungsprogramm hat RWW konsequent die Versorgungssicherheit erhöht.

So entfällt auch im Geschäftsjahr 2016 der wesentliche Teil der getätigten Investitionen auf die Erneuerung bzw. Erweiterung des Versorgungsnetzes einschließlich Wasserzähler (3,5 Mio. €; Vorjahr: 4,6 Mio. €).

Im Bereich des Zählermanagements hat RWW die Installation von prozessorgesteuerten Speichereinheiten (sog. Datenlogger) bei ausgewählten Kunden mit der Zielsetzung, Informationen zum Verbrauchsverhalten der Kundengruppe zu erlangen, weitergeführt. Hierdurch kann der für den Kunden geeignete Zähler (Typ und Dimensionierung) ausgewählt werden. Des Weiteren bieten die „Datenlogger“ die Möglichkeit, Kundenanlagen zu schützen, da Leckagen frühzeitig erkannt werden können.

Das gesamte Investitionsvolumen im Bereich der Wasserwerke beläuft sich auf 1,5 Mio. € (Vorjahr: 3,2 Mio. €) einschließlich der Anlagen im Bau.

Berichterstattung nach EnWG / Wasserlaufkraftwerk Kahlenberg:
RWW ist ein im Sinne des § 3 Nr. 38 EnWG vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen mit den Folgen der Kontentrennungspflicht nach § 6 b Abs. 3 EnWG und der erweiterten Pflicht zur Lageberichterstattung nach § 6 b Abs. 7 S. 4 EnWG. Im Geschäftsjahr 2016 wurden innerhalb des Elektrizitätssektors ausschließlich „andere Tätigkeiten“ gemäß § 6 b Abs. 3 S. 3 EnWG durchgeführt.

Die Energieeigenerzeugung aus dem RWW-Wasserlaufkraftwerk Kahlenberg an der Ruhr stellt eine wichtige Komponente des RWW-Energiemanagements dar. Das Kraftwerk entnimmt dem Ruhrschifffahrtskanal jeweils so viel Wasser, dass die drei Turbinen effizient zur Stromerzeugung eingesetzt werden können. Eine direkte wirtschaftliche Abhängigkeit von der Wasserführung der Ruhr ist gegeben. Im Wasserlaufkraftwerk wurde planmäßig bis Mai 2016 die Kaplan-S-Turbine 2 aus dem Baujahr 1989 einer großen Revision unterzogen. Aufgrund von Rissen musste die Turbinenwelle erneuert und die Anbindung an das Laufrad neu konstruiert werden. Auch an der Turbine 1 wurden in 2016 im Flanschbereich der Turbinenwelle Risse entdeckt. Diese konnten vor Ort durch entsprechende Beschichtungsverfahren beseitigt

werden, so dass auf eine Neuanschaffung der Welle verzichtet werden konnte. In 2017 werden die kritischen Stellen nochmals in Augenschein genommen. Die Überprüfung erfolgt im Rahmen einer Wartung.

Mit einer erzeugten Leistung von 14,5 GWh in 2016 (Vorjahr: 17,0 GWh) gehört dieser Jahreswert zu den Niedrigerzeugungsjahren wesentlich beeinflusst durch Inspektionen bzw. Revisionen der Turbinen. Die erzeugte Strommenge setzte RWW fast ausschließlich im eigenen Unternehmen ein.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt RWW verschiedene Kennzahlen. Im Bereich Finanzen werden das Betriebsergebnis, die Dividende und die Höhe der Investitionen als wesentliche Steuerungsgrößen verwendet. Im nichtfinanzbezogenen Bereich steuert RWW die unternehmerischen Aktivitäten im Wesentlichen anhand der Kennzahl Absatzmenge.

Betriebliches Ergebnis und Absatzmenge: Die Kennziffer betriebliches Ergebnis definiert sich aus dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, bereinigt um das Zinsergebnis sowie die Erträge aus Ausleihungen und Genossenschaftsanteilen des Finanzanlagevermögens zuzüglich der Beteiligungserträge. Das betriebliche Ergebnis reduzierte sich im Geschäftsjahr um 4,6 Mio. € auf 21,4 Mio. € und liegt damit auf Prognoseniveau.

Gegenüber 2015 wurden in 2016 1,4 Mio. m³ weniger abgesetzt. Während im Trinkwasserbereich der Tarif- und Sondervertragskunden ein Mengenanstieg um insgesamt 0,9 Mio. m³ zu verzeichnen war, ging die Betriebswassermenge um 2,3 Mio. m³ zurück.

Investitionen: Das Geschäft der RWW ist anlagenintensiv. Daher bildet die optimale Höhe der Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen eine weitere Zielgröße. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betrugen im Geschäftsjahr 6,5 Mio. € (Vorjahr: 9,4 Mio. €).

Die Höhe der vorgesehenen Dividende liegt mit 7,0 Mio. € auf Vorjahresniveau. Darüber hinaus sollen den Gewinnrücklagen 6,4 Mio. € zugeführt werden. Der Anstieg des Jahresergebnisses auf 13,4 Mio. € ist ganz wesentlich auf die Bewertungsänderung der Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Nach der Neufassung des § 253 Abs. 2 S. 1 HGB durch das Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften vom 11.03.2016 sind Rückstellungen von Altersversorgungsverpflichtungen anstelle des 7jährigen Durchschnittszinssatzes mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre abzuzinsen.

Lage

Ertragslage

Die nachfolgende Gewinn- und Verlustrechnung gibt einen Überblick über wesentliche Posten:

	2016 Mio. €	2015 Mio. €
Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistungen)	111,3	111,8[1)]
Sonstige betriebliche Erträge	1,6	4,0[1)]
Materialaufwand	-28,4	-29,1
Personalaufwand	-28,8	-27,5
Abschreibungen	-8,6	-8,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschl. sonstige Steuern)	-26,0	-24,6
Zins- und Finanzergebnis	-1,3	-13,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6,3	-5,8
Jahresüberschuss	13,5	6,0

1) Vorjahreszahl aus Vergleichsgründen wegen des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) angepasst

Die Umsatzerlöse aus Hausanschlüssen einschließlich der Weiterbrechnungserlöse verzeichneten einen geringfügigen Anstieg um 0,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Alle übrigen Erlöskategorien (Wasserabsatz, Strom, Hausanschlüsse und sonstige) zeigten einen geringfügigen Rückgang, so dass die im Geschäftsjahr erzielten Umsatzerlöse einschließlich der aktivierten Eigenleistungen um 0,5 Mio. € unter dem Vorjahreswert liegen.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick der Wasserbeschaffung bzw. der Wasserabgabe bei RWW:

	2016 in Mio. m³	2015 in Mio. m³
Wasserbeschaffung		
Eigenerzeugung	68,0	68,8
Fremdbezug	12,3	11,7
	80,3	**80,5**
Wasserabgabe		
Sondervertragskunden		
Trinkwasser	25,6	25,4
Betriebswasser	11,0	13,3
	36,6	**38,7**
Tarifkunden	36,5	35,8
	73,1	**74,5**
Eigenverbräuche, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülungen, Netz-verluste (unentgeltliche Verbräuche)	**7,2**	**6,0**

Mit 73,1 Mio. m³ lag die Gesamtabgabe an Trink- und Betriebswasser um 1,4 Mio. m³ unter der Vorjahresmenge. Auf das Kundensegment Sondervertragskunden einschließlich Weiterverteiler (Trink- und Betriebswasser) entfiel eine Abgabemenge von 36,6 Mio. m³, das sind 2,1 Mio. m³ weniger als im Vorjahr. Auf die gesamte Trinkwasserabgabe entfielen 62,1 Mio. m³, davon 36,5 Mio. m³ auf die Trinkwasserlieferungen an Tarifkunden, das sind 0,7 Mio. m³ mehr als im Vorjahr. Die Mengen im Sondervertragskundenbereich verminderten sich im Wesentlichen aufgrund des Rückgangs im Segment der Betriebswasserlieferung.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 1,6 Mio. € um 2,4 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres, im Wesentlichen bedingt durch geringere Erträge aus Anlagenabgängen.

Der Materialaufwand liegt mit 28,4 Mio. € um 0,7 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Während die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie die Energieaufwendungen auf Vorjahresniveau lagen, reduzierten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Mio. € auf 28,8 Mio. €. Während die Aufwendungen für Löhne und Gehälter und die Aufwendungen für soziale Abgaben annähernd gleich blieben, erhöhten sich die Erträge der Altersversorgung aufgrund der reduzierten Anzahl der Anspruchsberechtigten.

Zum Stichtag 31.12.2016 beschäftigte RWW 420 (Vorjahr 414) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 24 Mitarbeiter befinden sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Diese Mitarbeiter werden gesondert ausgewiesen, da sie nicht in der Stammbelegschaft geführt werden. Die Zahl der Angestellten blieb unverändert bei 216 Mitarbeitern. Im gewerblichen Bereich sind 204 Mitarbeiter beschäftigt. Im Berichtsjahr beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten 16,9% der Gesamtbelegschaft, bezogen auf den Angestelltenbereich beträgt ihr Anteil 28,7%. Auch im Berichtsjahr bildete RWW über den eigenen Bedarf aus. Am 31.12.2016 befanden sich 22 Jugendliche in einer Ausbildung in den Berufsbildern Industriekaufmann/-frau, Elektroniker/-in für Betriebstechnik, Industriemechaniker/-in und Anlagenmechaniker/-in mit Fachrichtung Rohrsystemtechnik. RWW beschäftigte zum Jahresende 30 anerkannt schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon befinden sich zwei Mitarbeiter in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen lagen mit 8,6 Mio. € (Vorjahr: 8,9 Mio. €) nahezu auf Vorjahresniveau und folgen dem langjährigen Trend.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (einschließlich der sonstigen Steuern) dotieren mit 26,0 Mio. € um 1,4 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Hauptgrund des Anstiegs sind die Aufstockungsbeträge zur Altersteilzeit (+0,9 Mio. €) sowie erhöhte technische und kaufmännische Beratungsleistungen (+0,3 Mio. €).

Das Zins- und Finanzergebnis verbesserte sich um 12,6 Mio. € auf -1,3 Mio. €. Diese Ergebnisverbesserung steht im Wesentlichen in Zusammenhang mit der Bewertungsänderung der Pensionsrückstellungen. Nach der Neufassung des § 253 Abs. 2 S. 1 HGB durch das Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften vom 11.03.2016 sind Rückstellungen von Altersversorgungsverpflichtungen anstelle des 7jährigen Durchschnittszinssatzes mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre abzuzinsen. Der aktuelle Abzinsungssatz beträgt bei 4,01%, Vorjahr: 3,89%.
Darüber hinaus wurden Zinserträge in Höhe von 0,8 Mio. € als Folge der CTA-Wertentwicklung gebucht. Das Beteiligungsergebnis bleibt mit 0,3 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Die Steuerquote für das Geschäftsjahr 2016 beträgt ca. 32%.

Finanzlage

RWW ist in den Cash Pool der innogy SE einbezogen. Das Cash Management umfasst die Durchführung von Zahlungsverkehr, Liquiditätsdisposition und Liquiditätsausgleich sowie die Anlage und die Aufnahme von Tages- und Termingeldern sowie Darlehen. Zum 31.12.2016 waren insgesamt 56,1 Mio. € bei der innogy SE verzinslich angelegt.

Wie der nachfolgend wiedergegebenen Kurzfassung der Kapitalflussrechnung zu entnehmen ist, ergibt sich ein zahlungswirksamer Anstieg des Finanzmittelfonds um 4,4 Mio. €. Der Finanzmittelfonds wird definiert als Summe aus Kassenbestand einschließlich Geldbestand bei der Sparkasse Mülheim sowie der konzerninternen Geldanlagen.

	2016 Mio. €	2015 Mio. €
Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit	18,2	-7,8
Cash flow aus Investitionstätigkeit	-6,8	-5,8
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-7,0	-10,0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**4,4**	**-23,6**

Der deutliche Anstieg des Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit um 26,0 Mio. € ist im Wesentlichen mit 7,4 Mio. € auf den verbesserten Jahresüberschuss sowie mit 21,8 Mio. € auf den Rückgang der Rückstellungen des Vorjahres zurückzuführen – im Wesentlichen bedingt durch die CTA-Dotierung. Cash flow belastend wirkte sich der stichtagsbedingte Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aus.

Der Cash flow aus Investitionstätigkeit ging um 1,0 Mio. € auf -6,8 Mio. € zurück. Die Einzahlungen in das Anlagevermögen reduzierten sich um 3,8 Mio. € (im Wesentlichen bedingt durch geringere Anlagenverkäufe) sowie durch geringere Auszahlungen für Investitionen (-2,8 Mio. €).

Ausschüttungsbedingt erhöhte sich der Cash flow aus Finanzierungstätigkeit um 3,0 Mio. €.

Das Manageable Working Capital (im Wesentlichen Differenz zwischen Umlaufvermögen und kurzfristigen Verbindlichkeiten) beläuft sich auf 3,8 Mio. € exakt auf Vorjahresniveau und unterschreitet somit deutlich die Zielvorgabe von maximal 10,5 Mio. €.

Vermögenslage

Nachfolgende Bilanzstruktur gibt einen Überblick über die wesentlichen Posten:

	31.12.2016 Mio. €	31.12.2015 Mio. €
Anlagevermögen	117,0	152,5
Umlaufvermögen	63,9	29,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,1
Bilanzsumme	**181,0**	**181,6**
Eigenkapital	76,9	70,4
Rohrnetzkostenzuschüsse	5,6	5,8
Rückstellungen	94,2	97,8
Verbindlichkeiten (einschl. passive Rechnungsabgrenzung)	4,3	7,6
Bilanzsumme	**181,0**	**181,6**

Die Bilanzsumme reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 0,6 Mio. € auf 181,0 Mio. €. Die unter der Position Ausleihungen an verbundene Unternehmen im Vorjahr ausgewiesenen Darlehen an die RWE Deutschland AG waren zum 30.06.2016 fällig und sind nicht verlängert worden. Der gesamte Geldanlagebestand ist nunmehr Bestandteil des Umlaufvermögens. Das Eigenkapital des Berichtsjahres erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund des um 7,4 Mio. € gestiegenen Jahresüberschusses. Die Rückstellungen reduzierten sich um 3,6 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch den Anstieg des Abzinsungssatzes der Pensionsrückstellungen auf 4,01 %. Zum Berichtsjahresende beläuft sich der Zeitwert des Fondsvermögens des CTA auf 31,7 Mio. € (Vorjahr: 30,9 Mio. €). Der Rückgang der Verbindlichkeiten (einschl. des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens) ergibt sich im Wesentlichen aufgrund geringerer Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen des Berichtsjahres.

Das Anlagevermögen nahm um 35,5 Mio. € auf 117,0 Mio. € ab: Gesamtinvestitionen von 6,7 Mio. €, Abgängen von 34,1 Mio. € (inklusive Finanzanlagen von 33,1 Mio. €) und verrechneten Abschreibungen (einschließlich Zuschreibungen) von 8,1 Mio. €. Die Gesamtinvestitionen (einschließlich der Zuordnung der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau) entfallen auf:

	31.12.2016 Mio. €	31.12.2015 Mio. €
immaterielle Vermögensgegenstände	0,3	0,3
Grundstücke	0,0	0,2
technische Anlagen und Maschinen	1,5	3,2
Rohrnetz und Wasserzähler	3,5	4,6
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,2	1,0
Finanzanlagen	0,2	15,2
	6,7	**24,5**

RWW weist für das Geschäftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss von 13,4 Mio. € aus. Im Geschäftsjahr 2016 sind den Gewinnrücklagen 1,0 Mio. € entnommen und 7,0 Mio. € ausgeschüttet worden. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich auf 42,5% (Vorjahr 38,8%).

3. Chancen- und Risikobericht

Wir sind vollständig in das Risikomanagement der innogy SE eingebunden. Die Risikomanagementprozesse der Gesellschaft sind daher auf die Vorgehensweisen und Berichtsstrukturen der Führungsgesellschaft innogy SE abgestellt. Innerhalb der RWW ist ein Risikomanagement-Ausschuss implementiert, der sich aus Vertretern der wesentlichen Bereiche der Gesellschaft zusammensetzt. So ist sichergestellt, dass alle Risikokategorien berücksichtigt und bewertet werden können. Alle identifizierten Risiken, unabhängig von deren Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikohöhe, werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Der Risikomanagement-Ausschuss tagt regelmäßig, um diesen Katalog entsprechend zu aktualisieren. Der Risikomanagement-Ausschuss-Vorsitzende berichtet direkt an die Geschäftsführung, die die Funktion des Risikokoordinators wahrnimmt. Zu den vorbeugenden Maßnahmen des Risikomanagements zählen detaillierte Arbeits- und Verfahrensanweisungen, regelmäßige Wartungen und Überprüfungen der Anlagen, Schulungen sowie Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und, entsprechend dem Bedarf, Versicherungen. Hierdurch soll das Risikopotenzial minimiert werden. Die interne Revision, die direkt der Geschäftsführung zugeordnet ist, verfolgt in ihrer Tätigkeit einen risikoorientierten Prüfungsansatz und ist ebenfalls in die Revisionsprozesse der Führungsgesellschaft eingebunden.

Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu sein, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil unserer strategischen Ausrichtung. Ein Ziel besteht in der systematischen und dauerhaften Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen.

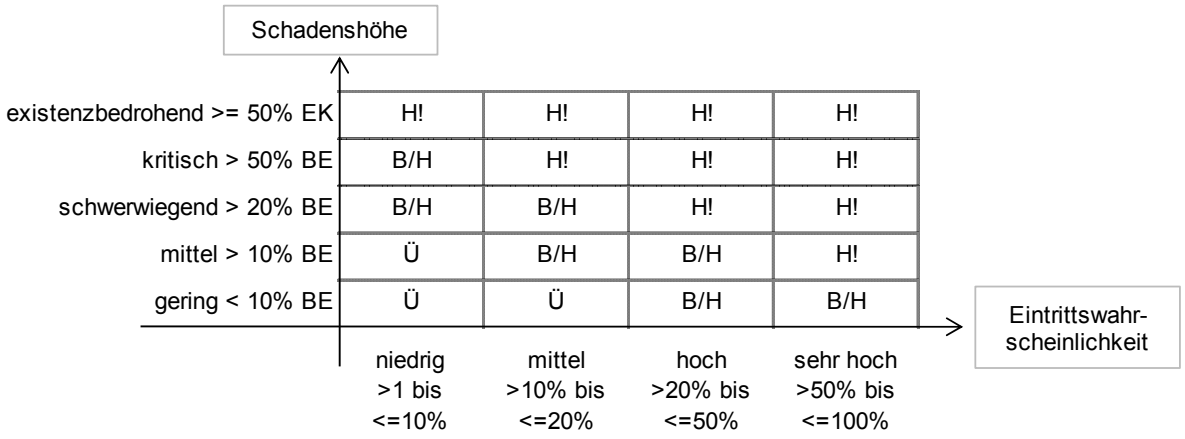
Die wesentlichen Risiken lassen sich wie folgt strukturieren:

Marktrisiken: Preisrisiken sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust bzw. Gewinn von Konzessionsverträgen begegnet RWW unter anderem durch eine aktive Vertriebspolitik, eine weitgehend absatzorientierte Beschaffung sowie ein effektives Kostenmanagement.

Betriebsrisiken: Betriebsrisiken, auch als operative Risiken bezeichnet, umfassen negative Effekte aus der spezifischen Geschäftstätigkeit. Durch die systematische Wartung von Leitungen und Anlagen sowie die kontinuierliche Optimierung entsprechender Prozesse werden Störungen vorgebeugt und sind Basis für eine hohe Versorgungssicherheit.

Finanzrisiken: Im Rahmen des unternehmerischen Handelns können auch Risiken und Chancen aus Kredit-, Zins- und Preisänderungen entstehen. Als Ursachen werden die Zinsentwicklung, die Geld,- Finanz- und Lohnpolitik genannt. RWW trägt diesen Risiken mit einer konservativen Anlagestrategie Rechnung. Da Kunden ihren Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen, sind mit dem Vertriebsgeschäft grundsätzlich Risiken verbunden, denen RWW durch ein striktes Forderungsmanagement begegnet.

Die folgende Abbildung skizziert die Risikoportfolio-Matrix, bestehend aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit in % und erwartete Schadenshöhe in Mio. €, die von RWW als Analyse der Risiken genutzt wird. Die Wesentlichkeitsgrenze wird definiert in Abhängigkeit vom Betriebsergebnis bzw. vom Eigenkapital der Gesellschaft.



H!…aktueller Handlungsbedarf; B/H…beobachten, ggf. handeln; Ü…überwachen
EK…Eigenkapital nach HGB; BE…betriebliches Ergebnis

Die kritische Prüfung des Risikoportfolios lässt die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Risiken bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für das Geschäftsjahr 2017 nicht erkennbar sind, da sämtliche Risiken der Kategorie Ü zuzuordnen sind.

4. Prognosebericht

Wir sind bestrebt, unsere Marktposition als leistungsfähiger regionaler Wasserversorger stetig auszubauen. Das Unternehmen wird sich als „Regionales Kompetenzcenter Wasser“ der innogy SE weiter etablieren, die Stärken und fachlichen Kompetenzen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft weiter systematisch einbringen und Synergien in der Zusammenarbeit mit Unternehmen der innogy SE erschließen. RWW ist bestrebt, ihre Leistungsfähigkeit, Kosten- und Kundenorientierung auch mit Dritten kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Wachstum für RWW, das auf dem Tagesgeschäft aufbaut, Unterstützung für das Wassergeschäft der innogy SE, die kontinuierliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die nachhaltige Absicherung der erreichten Wertsteigerungen sind die wesentlichen mittel- und langfristigen Ziele des Unternehmens. Erfolge im Vertriebsbereich und damit verbundenes externes Wachstum sind wichtig für das Erreichen der gesetzten Ziele. RWW wird sich daher zukünftig weiter auf den Ausbau der vertrieblichen Aktivitäten und den Aufbau von Kooperationen mit benachbarten Versorgern konzentrieren. Die Überprüfung der Effizienz der Kernprozesse des Unternehmens und hiermit verbundene Anpassungen gehören für RWW zur Routine im Hinblick auf eine stetige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Absicherung der derzeitigen Position des Unternehmens im Versorgungsgebiet bildet zukünftig ebenso einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der RWW wie das Erreichen eines organischen Wachstums in den Bereichen Trinkwasser-Konzessionen und Vorlieferantenpositionen für Weiterverteiler sowie die Übernahme von Betriebsführungs- und Dienstleistungsfunktionen. In den folgenden Jahren wird RWW sich darauf konzentrieren, auslaufende Konzessionsverträge zu verlängern. In der Position als Vorlieferant für Trinkwasser und in dem Ausbau von wassernahen Dienstleistungen sieht RWW die Chance, weitere Wachstumsziele zu generieren.

Die Aktivitäten zur Ausweitung von Tätigkeiten im Abwassersektor werden auch in den kommenden Geschäftsjahren fortgesetzt. Darüber hinaus wird Wachstum durch den Erwerb ausgewählter Beteiligungen an Wasser- und Abwasserunternehmen angestrebt.

RWW steht – in sich langsam verändernden Wasserteilmärkten – im Wettbewerb zu anderen Wasserversorgungsunternehmen. Die Gesellschaft wird daher zur Erreichung der gesteckten Ziele insbesondere auch Chancen zur Zusammenarbeit mit Partnern innerhalb und außerhalb des innogy SE Konzerns nutzen. Auch in diesem Zusammenhang spielen die Möglichkeiten von Kooperationen mit benachbarten Versorgungsunternehmen eine strategische Rolle.

Die vorgesehenen Investitionen in das Sachanlagevermögen des kommenden Jahres konzentrieren sich mit einem Volumen von ca. 12,5 Mio. € auf Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen sowie verschiedene Sondermaßnahmen (u. a. Notstromaggregat Wasserwerke, Automatisierung der Wasserwerke etc.).

Für das kommende Geschäftsjahr wird ein Betriebliches Ergebnis von ca. 21,5 Mio. € erwartet. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass RWW bei annähernd gleich hohen Aufwendungen den vertrieblichen Bereich weiterentwickelt und somit seine Marktposition als leistungsfähiger Wasserversorger ausbaut. Das prognostizierte Betriebsergebnis basiert auf einer Absatzmenge von ca. 72,0 Mio. m³. Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang die „Zinsschmelze“ auf den Kapitalmärkten fortschreitet und damit den Jahresüberschuss durch hohe Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen zukünftig wieder belastet.

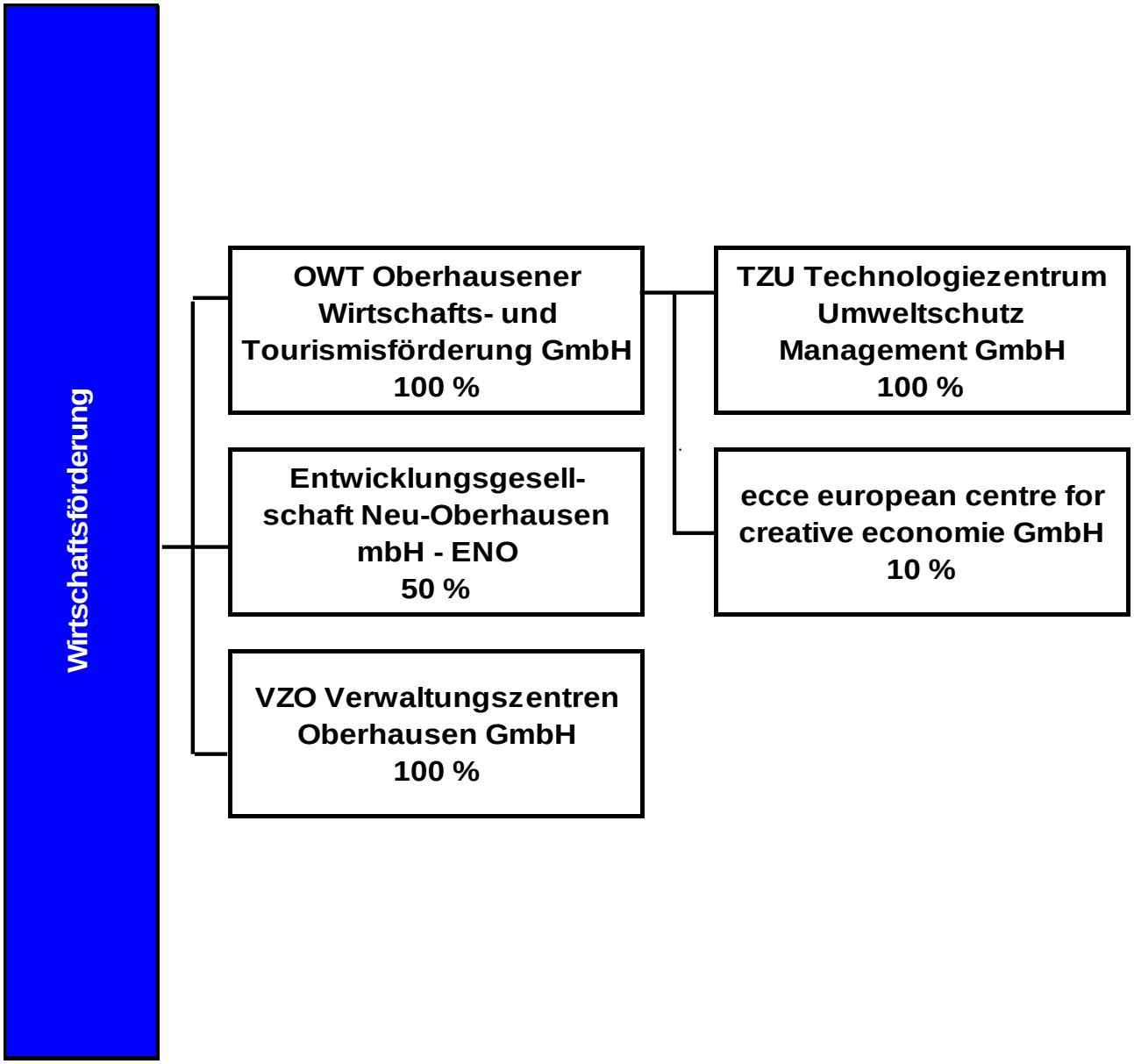
Die Geschäftsführung geht daher von einer Dividendenzahlung in 2017 in Höhe von 7,0 Mio. € aus.

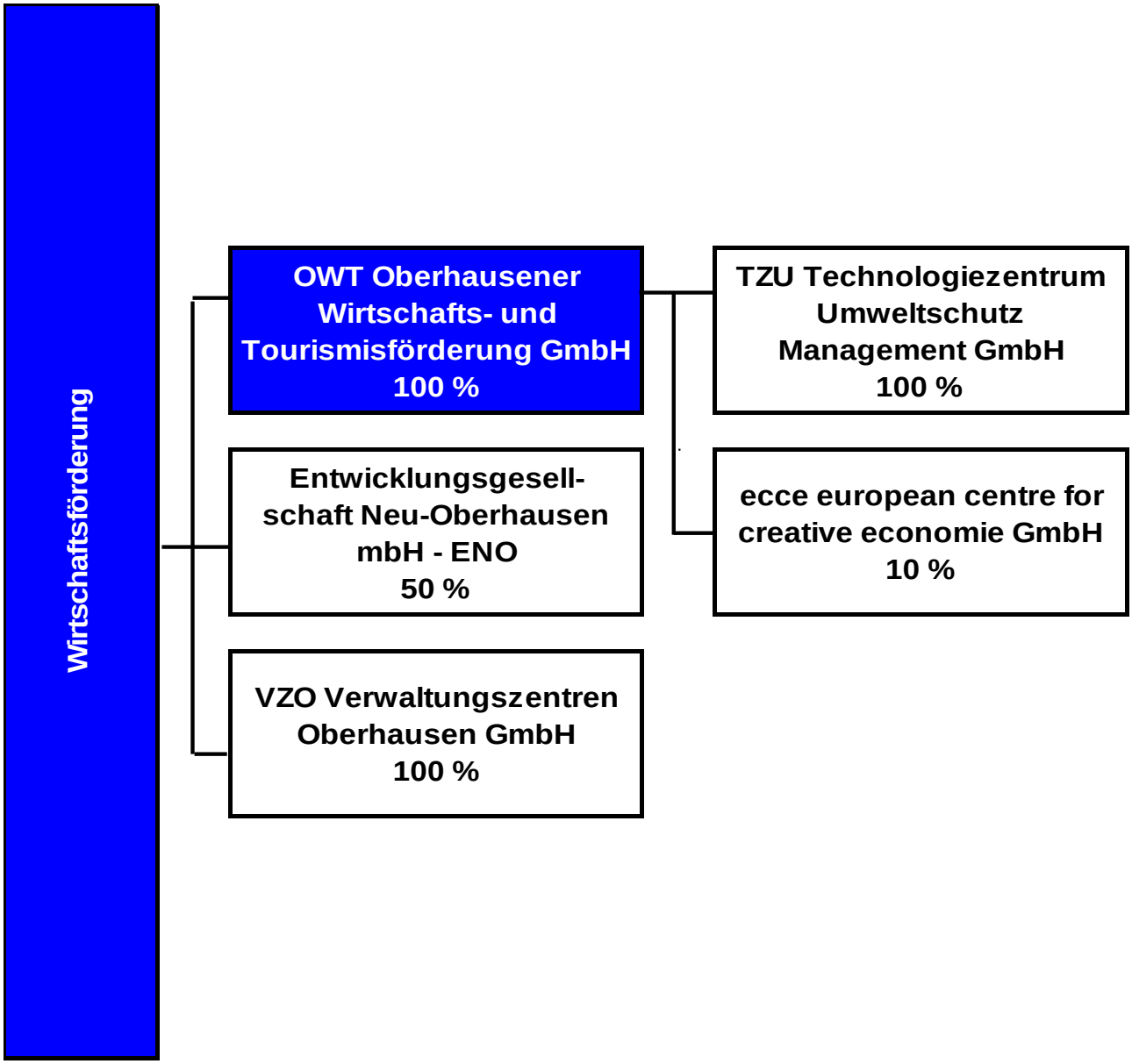
Mülheim an der Ruhr, 27. Januar 2017

RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung

Wirtschaftsförderung




Wirtschaftsförderung
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismisförderung GmbH 100 %
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50 %
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100 %
ecce european centre for creative economie GmbH 10 %

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85036-0
Fax	0208 / 8503610
e-Mail	info@owtgmbh.de
Internet	www.owtgmbh.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	26,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen, touristischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Tourismus und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes. Zur Verwirklichung des Unternehmensgegenstand der Gesellschaft gehören insbesondere folgende Aufgaben:
a. Förderung des touristischen Marketings für die Stadt Oberhausen, durch Netzwerkmanagement für die Neue Mitte Oberhausen und die touristischen Leistungsträger, Koordination, Entwicklung und Vertriebsunterstützung von touristischen Angeboten sowie Information und Betreuung von Touristen vor Ort,
b. Service für Oberhausener Unternehmen, erweitert um eine Schlüsselkundenbetreuung für ausgewählte Unternehmen; insbesondere zu den Themen: räumliche Standortentwicklung, Sicherung von Fachkräften, Förderung des Netzwerkmanagements und Beratung über die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Fördermitteln,
c. Ressourcenschonende Entwicklung von Flächen und Immobilien für die Industrie, Gewerbe und Büro in der Stadt Oberhausen, insbesondere durch Einleitung und Koordinierung von Maßnahmen zur Baureifmachung und Erschließung in Zusammenarbeit mit Dritten,
d. die Mitwirkung an der Entwicklung von Nutzungskonzepten für Industrie- und sonstige Grundstücke auf dem Gebiet der Stadt Oberhausen sowie die Aufbereitung der Grundstücke zum Zwecke der Vermarktung einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten,
e. Gewinnung von Unternehmen zur An- und Umsiedlung in Oberhausen,
f. Beantragung und Verwirklichung von Fördermaßnahmen im Bereich der Infrastrukturförderung, insbesondere unter Beteiligung Dritter sowie Mitwirkung an Fördermaßnahmen Dritter,
g. Marketing für des Wirtschaftsstandort Oberhausen im In- und Ausland.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für WFO und deren Tochtergesellschaften
Gasometer Oberhausen GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
Gasometer Oberhausen GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
Gasometer Oberhausen GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Überlassung des LaGa-Grundstücks vom 04.10.1999
Theater Oberhausen	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 25.10.1995

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	stellv. Vorsitzender	Tüzün, Saadettin
	Mitglied gem. § 113 GO	Schranz, Daniel
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Boos, Regina
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Ingendoh, Holger
	Mitglied	Marx, Petra
	Mitglied	Uppenkamp, Bernhard
	Mitglied	Walterfang, Heinrich
	Mitglied	Wischermann-Bruckschlegel, Ursula
Prokura:	Prokurist	Suhr, Rainer
	Prokurist	Sprenger, Detlef

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ecce - european centre for creative economy GmbH	2,50	10,00
Gasometer Oberhausen GmbH	50,00	100,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	300,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	2.736,81	39,2	2.591,95	40,1	2.457,35	35,5	-134,60	-5,19
Umlaufvermögen	4.245,13	60,8	3.871,83	59,9	4.465,86	64,4	594,03	15,34
Rechnungsabgrenzungsposten					6,70	0,1	6,70	
Bilanzsumme	**6.981,94**	**100,00**	**6.463,78**	**100,00**	**6.929,91**	**100,00**	**466,13**	**7,21**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.547,12	50,8	3.181,57	49,2	3.584,64	51,7	403,07	12,67
Sonderposten mit Rücklagenanteil	715,46	10,2	651,82	10,1	588,17	8,5	-63,65	-9,76
Rückstellungen	144,16	2,1	93,60	1,4	156,00	2,3	62,40	66,67
Verbindlichkeiten	2.575,20	36,9	2.536,79	39,2	2.601,10	37,5	64,31	2,54
Bilanzsumme	**6.981,94**	**100,00**	**6.463,78**	**100,00**	**6.929,91**	**100,00**	**466,13**	**7,21**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	780,00	780,00	2.212,89
sonstige betriebliche Erträge	1.047,90	1.081,18	234,64
Materialaufwand			463,37
Personalaufwand	916,38	947,93	1.668,10
Abschreibungen	145,98	146,26	148,96
sonstige betriebliche Aufwendungen	704,90	1.062,34	879,63
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,95	0,11	0,08
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	43,35	42,83	36,57
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18,22	-338,07	-749,04
außerordentliche Erträge	270,72		
außerordentliches Ergebnis	270,72		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	36,41	-36,40	
sonstige Steuern	58,90	63,88	63,88
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	193,63	-365,55	-812,92
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	3.035,86	3.229,49	2.863,94
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.229,49	2.863,94	2.051,02

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	24,82	-46,87	-36,74	%
Eigenkapitalrentabilität:	60,96	-115,09	-53,01	%
Cash-Flow:	339,62	-219,29	-663,96	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	152,32	155,10	97,90	T€
Personalaufwandsquote:	50,13	50,93	68,15	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	18,52	17,76	14,62	%
Eigenkapitalquote:	50,80	49,22	51,73	%
Fremdkapitalquote:	49,20	50,78	48,27	%

e.) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand der OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH ist die Verbesserung der räumlichen, sozialen, touristischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Tourismus und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Standortförderung ist eine permanente Aufgabe der Wirtschafts- und Tourismusförderung. Nur wenn die Voraussetzungen stimmen, können sich Unternehmen erfolgreich entwickeln. Es gilt, die Stärken zu bewahren und den Wirtschafts- und Tourismusstandort weiterzuentwickeln, um ihn am Markt wettbewerbsfähig zu halten.

2. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2016 wurden die Planungen zur Neustrukturierung der Wirtschafts- und Tourismusförderung umgesetzt. Die bisher eigenständige Gesellschaft TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH wurde auf die WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH verschmolzen und anschließend zur OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH umfirmiert. Mit Eintragung im Handelsregister wurden die Änderungen am 13.07.2016 rechtskräftig. Die bisher von der TMO GmbH erbrachten Leistungen der Tourismusförderung werden seitdem durch die OWT GmbH erfüllt und in der neu aufgestellten Sparte „Tourismus“ abgebildet. Der Teilbereich des Veranstaltungsmanagements ist mit den hier tätigen Mitarbeiterinnen zum 01.07.2016 in die Organisation der Stadtverwaltung übergeleitet worden.

Unternehmensservice - Die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung beinhaltet eine Intensivierung der pro-aktiven Schlüsselkundenbetreuung und eine stärkere Fokussierung auf die Leitmärkte „Tourismus Shopping Entertainment“ und „Zukunft Stadt“. Die bisherigen Beratungs- und Unterstützungsleistungen der gesamten Oberhausener Wirtschaft und der startups werden beibehalten. Neben den allgemeinen Beratungen in allen Fragen der Wirtschaftsförderung sind neue inhaltliche Themenschwerpunkte hinzugekommen: Innovationen und Fachkräfte.

Im Dezember 2016 erfolgte der operative Start des EU-Förderprojektes greentech.ruhr mit dem Ziel, kleine und mittlere Unternehmen in ausgewählten Teilmärkten der Umweltwirtschaft zu unterstützen und die Kompetenzen der Umweltwirtschaft der Metropole Ruhr zu vermarkten.

Wettbewerb Zukunftsstadt 2030+ - Operativ durch die Stadtverwaltung und wissenschaftlich durch das Fraunhofer Institut UMSICHT begleitet ist es auch den Bürgern Oberhausens gelungen, eine Vision für Oberhausen zu entwickeln, die im Wettbewerb „Zukunftsstadt 2030+“ in Phase 1 überzeugen konnte. Nun gilt es in Phase 2 bis Mitte 2018 ein konkretes Handlungskonzept vorzulegen, um in Phase 3 weitere Fördergelder des auslobenden Bundesministeriums für

Bildung und Forschung zur Umsetzung ausgesuchter Maßnahmen zu erhalten. Die Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH unterstützt das Zukunftsstadtteam durch Hinweise auf bereits geplante Maßnahmen wie das EU-Förderprojekt greentech.ruhr beispielsweise oder durch Anregungen und Impulse für neue, denn nur eine Stadt, in der Infrastruktur, Ausbildung, Arbeit und Umwelt Hand in Hand ein attraktives Wohn- und Lebensumfeld für ihre Bewohner und Gäste bereithalten, hat auch langfristig Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg.

Die Digitalisierung ist ein entscheidender Wegbereiter der Standortentwicklung. Um ihre enormen Potentiale für neue Geschäftsmodelle und betriebliche Prozesse nutzen zu können, müssen jedoch wesentliche Voraussetzungen in der Region gegeben sein – allem voran eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur. Die OWT und die Stadt haben sich deshalb auch im vergangenen Jahr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und für die Unternehmen Lösungen geschaffen. Ende 2016 waren fast alle Gewerbegebiete durch das Unternehmen Versatel, das mehrere Millionen Euro in den Ausbau investiert hat, an das schnelle Glasfasernetz angeschlossen.

Gewerbeflächen- und Objektvermittlung - Nach wie vor verfügt die Wirtschaftsförderung über sehr wenige eigene Flächen, die für die Realisierung gewerblicher Maßnahmen geeignet sind. Die vermarktbaren Flächen, die verfügbar sind, befinden sich im Eigentum privater Gesellschaften. Im Wesentlichen handelt es sich um die Bereiche des ehemaligen Stahlwerksgeländes - den sogenannten BusinessPark.O, die MAN-GHH-Flächen an der Kirchhellener- und der Steinbrinkstraße sowie eine Restfläche im Bereich des Marina-Parks.

Im Hinblick auf die noch zu entwickelnden Gewerbe-Großflächen im Bereich Waldteich (ehem. nationale Kohlenreserve/ Gewerbepark Waldteich - Thyssen Krupp) und an der von-Trotha-Straße (ehem. Zeche Sterkrade) ist die Wirtschaftsförderung im engen Kontakt mit der Stadt und den jeweiligen Eigentümern. Hier sind es insbesondere Fragen zur Erschließung und zum beabsichtigten Bau- und Planungsrecht, die für die künftige Nutzung dieser Areale eine entscheidende Bedeutung haben werden.

Die Vermarktungsbemühungen zur Entwicklung des ca. 2. ha großen, nach derzeitigem Baurecht für gewerbliche Dienstleistungen und nicht störendes Gewerbe zu nutzenden Grundstücks im Bereich der ehemaligen „Zeche Osterfeld“ wurden im Geschäftsjahr 2016 intensiv fortgesetzt. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Verhandlungen über den Verkauf der Fläche im Jahr 2017 zum Abschluss gebracht werden.

Die Immobilien der OWT - das Steigerhaus, das Große Torhaus, und das Kleine Torhaus - waren auch im Geschäftsjahr 2016 durchgängig zu 100 Prozent vermietet. Im Jahr 2016 sind im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügige Aufwendungen für Reparatur-, Sicherheits- und Instandsetzungsmaßnahmen angefallen.

Kreativwirtschaft - Wie im Vorjahr dient auch im Jahr 2016 die Zusammenarbeit sowohl mit der ecce european centre for creative economy GmbH, als auch mit der Stadt Oberhausen der Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft in der Stadt. Gemeinsame Projekte und Aufgaben, die insbesondere über das Kulturdezernat und das Kulturbüro bearbeitet werden, konnten weitergeführt werden (bspw. Netzwerktreffen/Treffen in diversen Arbeitskreisen). Da das kulturelle Umfeld einer Kommune oder Region mehr und mehr eine entscheidende Rolle als Standortfaktor bei der Ansiedlung von Unternehmen spielt, ist Kultur- und Kreativwirtschaft zugleich Wirtschaftsförderung.

Wirtschaftsfaktor Tourismus - Oberhausen zählte 2016 mehr Übernachtungsgäste als je zuvor: Bei einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 2,1 Tagen bedeuteten 219.864 Ankünfte einen Rekordwert von insgesamt 464.872 Übernachtungen. Mit einem Zuwachs von 8,2 Prozent gegenüber 2015 bei den Gästeankünften und 4,2 Prozent bei den Übernachtungen wurden die bisherigen Spitzenwerte aus dem Jahr 2014 noch übertroffen. Damit lag Oberhausen klar über dem positiven Trend des gesamten Ruhrgebiets (plus 2,8 Prozent bei den Ankünften, plus 2,5 Prozent bei den Übernachtungen) und noch deutlicher über dem Landesdurchschnitt in Nordrhein-Westfalen (plus 2 Prozent bzw. plus 1,9 Prozent). Binnen zehn Jahren hat sich die Zahl der Übernachtungen in Oberhausen mehr als verdoppelt (2006: 230.491).

Neben einem sehr guten Messegeschäft 2016 sieht die OWT Oberhausens steigende Attraktivität in Bezug auf seine Sehenswürdigkeiten und Freizeitattraktionen als wichtigen Grund für den Übernachtungsrekord. Beispielhaft sind hier vor allem die aktuelle Ausstellung „Wunder der Natur“ im Gasometer Oberhausen sowie der überaus erfolgreiche Start des Disney-Musicals Tarzan im Metronom Theater zu nennen. Ebenfalls punkten konnte das Städtereiseziel Oberhausen erneut mit dem CentrO, der König-Pilsener-Arena, aber auch mit neuen Attraktionen im Angebot von Sea Life und Legoland Discovery Center sowie mit dem neuen Trampolinpark Tiger-Jump an der Marina.

Der wichtigste ausländische Quellmarkt waren 2016 erneut die Niederlande gefolgt von Belgien, Großbritannien, Österreich und Spanien.

Sehr hoch ist weiterhin die Bettenauslastung in den Oberhausener Betrieben. Mit 55,6 Prozent nimmt Oberhausen 2016 noch vor Städten wie Köln und Aachen den ersten Platz unter allen kreisfreien Städten in NRW ein. Selbst nach Abzug der Übernachtungen des Berufsförderungswerks liegt die Bettenauslastung mit 51,9 Prozent NRW-weit an der Spitze. Damit sich die aktuelle Dynamik des Marktes bei weiterhin wachsender Nachfrage nicht in die Nachbarstädte verlagert, hält die OWT einen behutsamen Ausbau der Hotelkapazitäten am Standort Oberhausen für wünschenswert. Wichtig für den Tourismusstandort Oberhausen ist in diesem Zusammenhang eine gesunde Balance bei der Entwicklung zwischen Nachfrage und Angebot. Mit Planungen für ein Holiday-Inn-Express-Hotel an der Centroallee und eine Super-8-Budget-Hotel auf dem ehemaligen Stahlwerksgelände wurden erste Schritte zum Ausbau des Bettenangebots eingeleitet.

Die erfreuliche Entwicklung der Übernachtungsstatistik aus 2016 hat sich in den Monaten Januar und Februar nach Erhebungen von IT.NRW fortgesetzt. Die Neueröffnung des „Hotel & Restaurant Schmachtendorf" am Traditionsstandort Gerlach-Thiemann im vergangenen August und die wachsende Nachfrage am neuen Wohnmobilstellplatz an der Heinz-Schleußer-Marina dürften in angelaufenen Tourismusjahr ebenfalls zu einer erfolgreichen Gesamtentwicklung beitragen. Prägend für die Arbeit in der Tourismussparte war im Berichtsjahr 2016 zweifellos die Integration von Mitarbeitenden und Aufgaben in die neugründete OWT und die Trennung von bisherigen Mitarbeitenden und Aufgaben des Veranstaltungs- und Innenstadtmanagements. Im September erfolgte die Verabschiedung des bisherigen TMO-Geschäftsführers Franz Josef Muckel.

In der kaufmännischen Betrachtung besonders erwähnenswert war der höchste Umsatz in der Geschichte der Tourist-Information am Hauptbahnhof, die Ende Mai mit einer Aktionswoche „Entdecke Dein Oberhausen – als Tourist in der eigenen Stadt" ihr 20jähriges Bestehen feiern wird. Diese Aktionswoche dient wie eine Reihe weiterer Maßnahmen zu ihrer Ertüchtigung auch der Neupositionierung der Tourist-Information am Hauptbahnhof im Hinblick auf die für 2017 beabsichtigte Eröffnung eines weiteren Standortes im CentrO.

Deutlich verbessert werden konnte zudem die Erlössituation des „Stadtmagazins Oh!" als wichtigstem und nachhaltigstem Instrument des Binnenmarketings. Es konnte erstmals einen positiven Beitrag zum Gesamtergebnis erzielen; deutliche Zuwächse waren ebenfalls bei der Vermarktung von Werbekontingenten an touristische Partner auf Basis der Konzessionsverträge mit Ströer/Deutsche Städte Medien zu verbuchen.

III. Lage des Unternehmens

Im Geschäftsjahr 2016 wurden die eigenständigen Gesellschaften TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH und WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH zur OWT GmbH zusammengeführt. Die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Kontenkreise stellte auch die Buchführung vor eine Herausforderung. Durch die Neustrukturierung des Kontenplans wird für die Zukunft eine transparente Finanzierungsdarstellung sichergestellt. Ein Vergleich der Vorjahresabschlüsse der Einzelgesellschaften ist durch die teilweise unterschiedliche Buchungssystematik nur erschwert möglich. Dazu wirken sich noch die sich durch die Vorgaben des Mitte 2015 beschlossenen Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) aus. Mit dieser Vorschrift wurden unter anderem Umgruppierungen zwischen den einzelnen Finanzpositionen verbindlich vorgeschrieben. Für die OWT bedeutet dies insbesondere, dass die bisher unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen verbuchten Kostenerstattungen für die Geschäftsbesorgung (Gasometer GmbH und TZU Management GmbH) nunmehr als Umsatzerlöse ausgewiesen werden. Darüber hinaus sind nun auch Vermietungserträge als Umsatzerlöse auszuweisen. Hieraus ergibt sich eine Verschiebung zwischen den genannten Finanzpositionen. Aussagekräftige Vergleiche zwischen den Geschäftsjahren können somit erst in den Folgejahren angestellt werden.

Die OWT wurde durch die Zuschussgewährung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen. Durch positive Verläufe beinahe aller Projekte konnten die auf Basis der Ergebnisse von TMO und WFO erstellten Planvorgaben teilweise deutlich verbessert werden.

a) Ertragslage

Das Jahresergebnis der OWT des Geschäftsjahres 2016 weist einen Jahresfehlbetrag von T€ 813 aus. Gegenüber der Planvorgabe von T€ - 1.084 bedeutet dies eine Verbesserung von T€ 212.

Bei der Kalkulation der Planvorgaben wurden insbesondere Kosten der Neustrukturierung, wie Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattungen, die sich mit den entsprechenden Abschreibungen auf das Jahresergebnis auswirken, aber auch diesbezüglicher Aufwand, vorsichtig kalkuliert. Durch die Weiter- und Wiederverwendung vorhandener Ausstattungsgegenstände konnten hier teilweise erhebliche Mittel eingespart werden. Darüber hinaus haben sich einige Projekte, wie z. B. die Einführung eines einheitlichen CRM-Systems, im Jahresverlauf verschoben, so dass hierfür die Abrechnung im folgenden Geschäftsjahr erfolgen wird.

Die Umsatzerlöse aus der Geschäftsbesorgung mit der ENO wurden im Geschäftsjahr 2016 planmäßig von T€ 780 im Vorjahr auf T€ 750 reduziert. Die Umsatzerlöse der TMO haben sich durchweg positiv entwickelt, wobei ein expliziter Vergleich zum Vorjahr wegen der oben genannten Umstrukturierung der Kontenkreise sowie der Verlagerung des Bereichs Veranstaltungsmanagement zum 01.07.2016 in die Organisationshoheit der Stadt nicht möglich ist.

Auch bei den Aufwandspositionen wirkt sich die oben genannte Neustrukturierung der Kontenkreise aus, so dass eine Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr nicht gegeben ist. Die neu angelegten Konten bieten für die OWT auch hier eine gesteigerte Transparenz und Übersicht.

Der Personalaufwand liegt im Geschäftsjahr 2016 bei T€ 1.668. Die entsprechende Planung sah Aufwendungen in Höhe von T€ 1.762. Die Reduzierung ergibt sich insbesondere aus der zeitlichen Verschiebungen von Personaleinstellungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei T€ 880. Hier wirken sich ebenfalls die Umstrukturierungen der Kontenkreise aus. Teile der in den Vorjahren und der Planvorgabe unter dieser Finanzposition verbuchten Aufwendungen werden seit der Verschmelzung dem Materialaufwand zugeordnet. Bei der WFO wurden in den Vorjahren Materialaufwendungen unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag 2016 von T€ 813 mit dem Bilanzgewinn aus Vorjahren in gleicher Höhe zu verrechnen.

b) Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2016 beträgt T€ 6.930. Der Jahresfehlbetrag soll durch Verrechnung mit dem Bilanzgewinn aus Vorjahren ausgeglichen werden. Der Zuschussbetrag der Gesellschafterin Stadt Oberhausen wird der Kapitalrücklage zugeführt. Nach der sich mittelfristig durch Verrechnung von Jahresfehlbeträgen ergebenden Auflösung des Bilanzgewinns aus Vorjahren, steht die Kapitalrücklage zum Ausgleich der Jahresfehlbeträge zur Verfügung.

Das gesamte Eigenkapital der OWT liegt mit T€ 3.585 um T€ 403 über dem Eigenkapital der WFO zum 31.12.2015. Hier wirkt sich neben dem Jahresergebnis die Verschmelzung von WFO und TMO und die Zusammenführung der Vermögensgegenstände aus.

Das Vermögen der OWT ist durch umfängliche liquide Mittel und eine hohe Eigenkapitalquote von 51,7% geprägt. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

IV. Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Im Rahmen der Neustrukturierung wurde kurz- bis mittelfristig bewusst eine Ergebnisvakanz in Kauf genommen. Die Geschäftsführung hatte die Aufgabe übernommen, diesen ab dem Jahr 2017 drohenden, nicht durch Zuschusszahlungen der Gesellschafterin Stadt Oberhausen ausgeglichenen, Fehlbetrag durch eigene Projekte bzw. Kostenreduzierungen zu eliminieren. Unter Berücksichtigung des tatsächlichen Jahresfehlbetrages ist absehbar, dass die OWT bei konstanter Zuschusszahlung zumindest mittelfristig eine Ergebnisvakanz aus eigenen Mitteln ausgleichen kann, sofern diese überhaupt entsteht.

Der Gesellschaft stehen für die anstehenden neuen Aufgaben ausreichende Mittel zur Verfügung, um die mit diesen Projekten verbundenen finanziellen Risiken tragen zu können. Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf der Einrichtung eines zweiten Standortes der Tourist Information. Die Umsetzung dieses Projektes wird im Jubiläumsjahr der Tourist Information am Hauptbahnhof einen besonderen Stellenwert im Geschäftsjahr 2017 einnehmen.

Die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung hin zu einer pro-aktiven Schlüsselkundenbetreuung wird die OWT auch weiterhin intensiv beschäftigen. Die hiermit eng zusammenhängenden Unternehmensbesuche werden bereits laufend durchgeführt und stoßen bei den Unternehmen auf eine hohe Akzeptanz und Zustimmung.

Im Geschäftsjahr 2017 wird die Revitalisierung des ehemaligen Babcock-Areals an der Duisburger Str. 375 durch den Grundstückseigentümer intensiviert. Die OWT unterstützt diesen Prozess und wirkt mit an der Entwicklung des an dieser Stelle entstehenden QUARTIER231 (Quartier an der Bundesstraße 231), wo sowohl Platz für großflächige Ansiedlungen, als auch flexible Möglichkeiten für Start Ups geschaffen werden sollen.

Die Repräsentation des Wirtschafts- und Tourismusstandortes Oberhausen auf den maßgeblichen Messen und Ausstellungen stellt einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt dar. Die Einwerbung von kofinanzierenden Mitausstellern gestaltet sich hierbei unverändert anspruchsvoll.

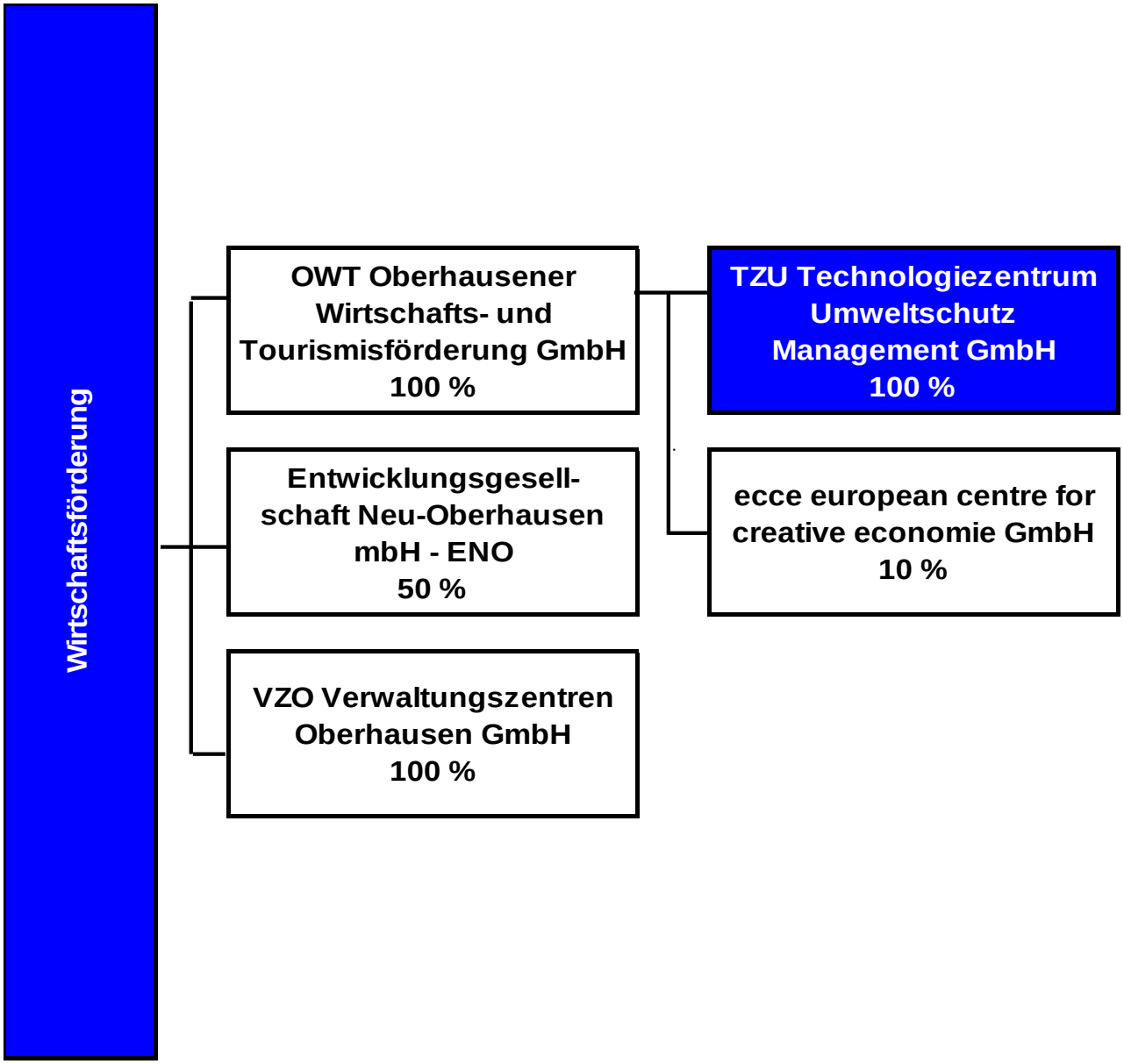
Die im Geschäftsjahr 2016 forcierten Vermarktungsbemühungen zur Restfläche der ehemaligen Zeche Osterfeld werden voraussichtlich im Geschäftsjahr 2017 zu einem erfolgreichen Verkaufsabschluss führen. Der OWT werden hierdurch weitere liquide Mittel zur Verfügung stehen.

Aus Sicht der Geschäftsführung war die Zusammenführung von WFO und TMO folgerichtig, da so die Ziele einer einheitlichen Förderung des Wirtschafts- und Tourismusstandortes Oberhausen optimal verfolgt werden können. Die sich aus der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung ergebenden Synergien wirken sich auf die finanzielle Lage der OWT positiv aus.

Oberhausen, 2. Mai 2017

OWT - Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH

Frank Lichtenheld
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismisförderung GmbH 100 %
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50 %
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100 %
ecce european centre for creative economie GmbH 10 %

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-0
Fax	0208/851518
e-Mail	lerch@tzu.de
Internet	www.tzu.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in TDM: 300,00

Gesellschafter:

	TDM	%
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	300,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die Weiterentwicklung und der Betrieb des Technologiezentrums Umweltschutz sowie die Förderung der Technologiezentren
- die Entwicklung von Grundstücken mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten, insbesondere die Erarbeitung von Nutzungskonzepten sowie die Aufbereitung und Vermarktung der Grundstücke
- die Entwicklung, Betreuung und der Betrieb von Projekten mit besonderer Strukturrelevanz für den Standort Oberhausen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Pachtvertrag vom 22.12.2006 - Laufzeit 01.01.2007 - 31.12.2011, verlängert bis 31.12.2016
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 25.10.1995
Stadt Oberhausen	Tilgungsvereinbarung Stadt/GEG/TZU/SSO

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lerch, Klaus
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	5.206,67	67,1	4.464,88	62,1	3.725,06	56,0	-739,82	-16,57
Umlaufvermögen	1.659,42	21,4	1.838,25	25,6	1.932,42	29,0	94,17	5,12
Rechnungsabgrenzungsposten	5,26	0,1	1,76	0,0	5,37	0,1	3,61	205,11
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	891,94	11,5	887,96	12,3	991,84	14,9	103,88	11,70
Bilanzsumme	**7.763,29**	**100,00**	**7.192,86**	**100,00**	**6.654,69**	**100,00**	**-538,17**	**-7,48**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.258,31	42,0	2.823,87	39,3	2.389,43	35,9	-434,44	-15,38
Rückstellungen	368,10	4,7	395,16	5,5	399,57	6,0	4,41	1,12
Verbindlichkeiten	4.136,88	53,3	3.973,82	55,2	3.865,69	58,1	-108,13	-2,72
Bilanzsumme	**7.763,29**	**100,00**	**7.192,86**	**100,00**	**6.654,69**	**100,00**	**-538,17**	**-7,48**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	680,00	680,00	684,80
sonstige betriebliche Erträge	482,66	451,52	447,56
Personalaufwand	1,20	1,94	2,96
Abschreibungen	742,09	741,78	742,10
sonstige betriebliche Aufwendungen	348,83	240,63	360,69
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,82	0,13	0,07
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	145,20	142,35	130,57
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-73,84	4,94	-103,88
außerordentliche Erträge	4,48	4,48	
außerordentliche Aufwendungen	5,44	5,44	
außerordentliches Ergebnis	-0,96	-0,96	
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-74,79	3,98	-103,88
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-34.317,18	-34.391,97	-34.387,99
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-34.391,97	-34.387,99	-34.491,87

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-11,00	0,59	-15,17	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,22	0,01	-0,30	%
Cash-Flow:	667,30	745,77	638,22	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				

Personalaufwandsquote:	0,10	0,17	0,26	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	**31.12.2015**	**31.12.2016**	Angaben in
Sachanlagenintensität:	67,07	62,07	55,98	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e.) Lagebericht

Geschäftsverlauf und Lage

Die Liquidität der TZU Management GmbH (TZU) war durch die vertraglich vereinbarte Pachtzinszahlung i. H. v. 680.000 EUR der Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) im gesamten Jahr 2016 gesichert.

Auch in 2016 kam es wie schon in den Vorjahren zu unvorhersehbaren Mängeln an den TZU-Gebäuden. Da lt. Pachtvertrag die Kosten für Wartung, Instandhaltung und Instandsetzung auf 200.000 EUR gedeckelt sind, wurden die darüber hinaus gehenden Kosten i. H. v. ca. 94.000 EUR vertragsgemäß von der TZU übernommen.

Um eine gewisse Kostensicherheit über notwendige Investitionen für die Gebäude zu bekommen, wurden außerplanmäßig eine Zustandsbewertung der Liegenschaft sowie ein Brandschutzgutachten i. H. v. insgesamt ca. 35.000 EUR beauftragt.

Vorgenannte (Mehr-) Aufwendungen führten vor allem zu dem ausgewiesenen Jahresfehlbetrag in Höhe von ca. 104.000 EUR.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

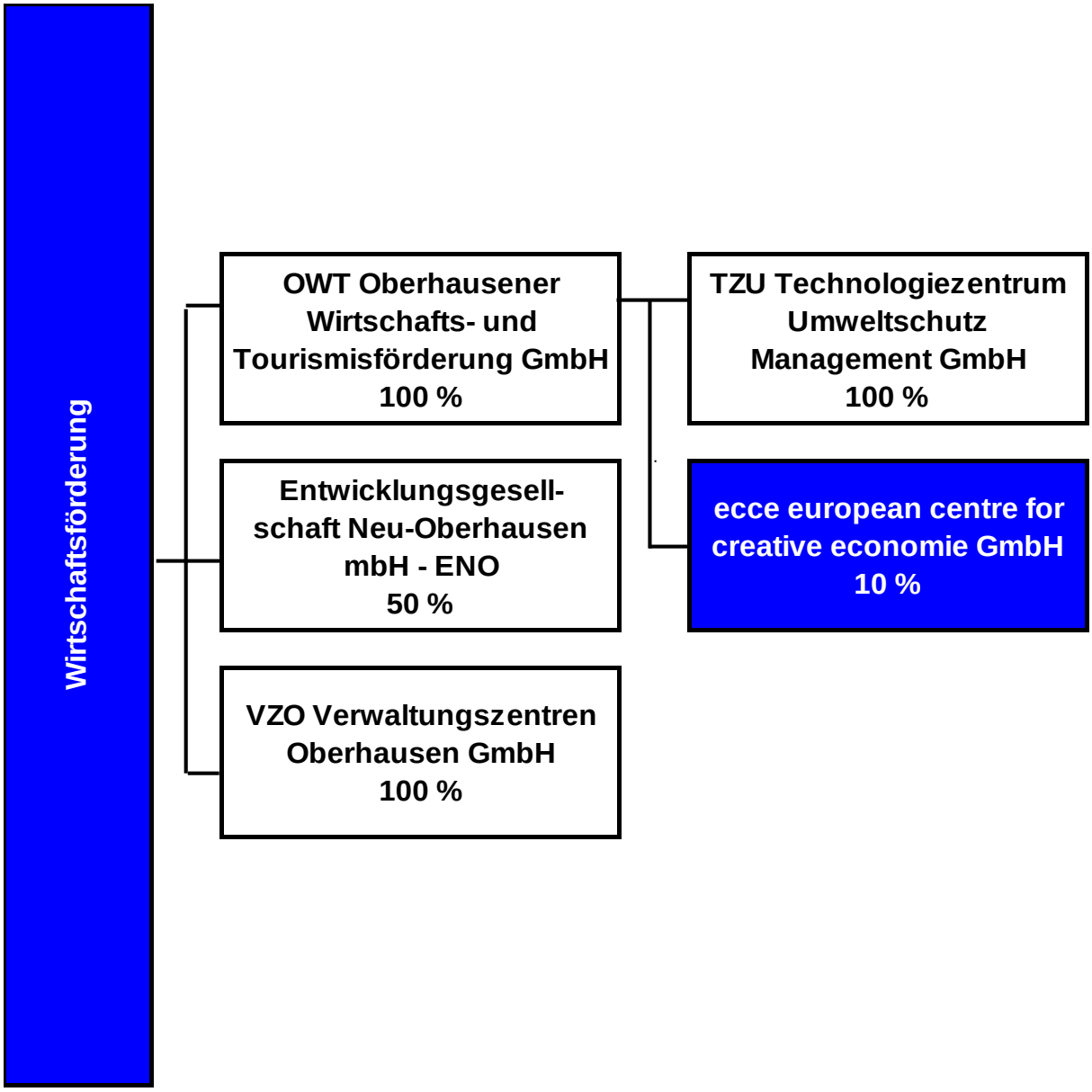
In 2016 sollte ursprünglich die Entscheidung getroffen werden, ob die Gebäude des Technologiezentrums veräußert werden sollen oder ob ein Weiterbetrieb des Technologiezentrums durch die TZU angestrebt wird.
Da man vor Einstellung des dann benötigten Personals eine gewisse Kostensicherheit über anstehende Investitionen mit Hilfe der genannten Gutachten erreichen und zeitlich dabei nicht unter Druck geraten wollte, wurde mit der OGM über eine Verlängerung des Pachtvertrages bis zum 31.12.2017 verhandelt.
Im Dezember 2016 wurde der Pachtvertrag mit einer entscheidenden Veränderung unterschrieben. Danach muss jetzt die TZU die Kosten für Schönheitsmaßnahmen und Instandsetzung, die OGM die Kosten für die Instandhaltung tragen. Etwaig bei der OGM anfallende Verluste aus dem Vermietungsgeschäft müssen ebenfalls durch die TZU getragen werden.
Somit ist schon jetzt eine erhöhte finanzielle Belastung der TZU in 2017 abzusehen, deren Höhe entscheidend von den anfallenden Reparaturen abhängt.
Es ist geplant, in 2017 und den Folgejahren mindestens 1,5 Mio. in die Gebäude zu investieren, um vor allem Instandsetzungs- und Verschönerungsarbeiten durchzuführen, wodurch das Vermietungsrisiko reduziert wird.
Vor der Aufnahme eines dazu benötigten Darlehens wird auch der Verkauf des Gebäudes TZU II geprüft, um mit Hilfe eines evtl. Verkaufserlöses die beschriebenen Arbeiten zu finanzieren. Es muss dabei berücksichtigt werden, dass das bei der Stadtsparkasse Oberhausen aufgenommene Partiarische Darlehen i. H. v. ca. 1,2 Mio. EUR sofort zurückgezahlt werden muss, so dass nur der darüberhinausgehende Betrag verfügbar ist.
Sollte die TZU die Gebäude als Technologiezentrum weiter betreiben, müsste spätestens Ende August 2017 entsprechendes Personal eingestellt werden.
Durch den Weiterbetrieb des Technologiezentrums besteht die Chance für die Stadt Oberhausen, durch die Ansiedlung innovativer Unternehmen Arbeitsplätze zu schaffen und vermehrt Gewerbesteuer zu generieren.
Die TZU verfügt zurzeit über ca. 1,7 Mio. EUR liquider Mittel, so dass es auch bei einem erhöhten Reparaturbedarf nicht zu Liquiditätsproblemen kommen sollte.

Da der Marktwert der Gebäude um mindestens 5,0 Mio. EUR über dem Buchwert liegt, ergeben sich auch keine Überschuldungsprobleme.

Oberhausen, 9. März 2016

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

Klaus Lerch
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismisförderung GmbH 100 %
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50 %
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100 %
ecce european centre for creative economie GmbH 10 %

ecce - european centre for creative economy GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Emil-Moog-Platz 7
44137 Dortmund

Kontakt:

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Folkwang Universität der Künste	2,50	10,00
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	2,50	10,00
Stadt Bochum	2,50	10,00
Stadt Dortmund	7,50	30,00
Stadt Essen	2,50	10,00
Stadt Gelsenkirchen	2,50	10,00
Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH	5,00	20,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Zweck der Gesellschaft ist es, die Erfolge der Kulturhauptstadt RUHR.2010 nachhaltig abzusichern, die Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropole RUHR zu fördern und deren europäische Potentiale weiterzuentwickeln.

2. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Zweck durch
- die Unterstützung von kreativen Quartiersentwicklungen (z. b. Kreativ.Quartiere Ruhr);
- Maßnahmen zur Förderung kultureller Bildung sowie Projekte zum Aufbau und zur Etablierung von regionalen und überregionalen Netzwerken, wie bspw. Messen, Veranstaltungen und Wettbewerbe;
- die Stärkung und Bewerbung des Kreativstandortes Ruhr in Europa durch Veranstaltungen, internationale Foren, Fachkontakte und neue Kommunikationsformen (z.B. LABKULTUR.tv)

3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

4. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

5. Die Gesellschaft wird sich im Rahmen des jährlich zu beschließenden Wirtschaftsplans zu wesentlichen Teilen aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanzieren. Darüber hinaus können Gelder für Projektfinanzierungen und Forschungsaufträge eingeworben werden. Die Gesellschaft wird alle ihr zu Verfügung stehenden Mittel ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke verwenden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Prof. Gorny, Dieter
	Prokuristin	Löhr, Claudia
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Lichtenheld, Frank
Kuratorium:	Vorsitzender	Stüdemann, Jörg
	stellv. Vorsitzende	Geiß-Netthöfel, Carola
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Dr. Bandelow, Volker
	Mitglied	Best, Hans-Jürgen
	Mitglied	Bomheuer, Andreas
	Mitglied	Buchloh, Volker
	Mitglied	Dustmann, Heinz Herbert
	Mitglied	Prof. Dr. Gather, Ursula
	Mitglied	Krämer, Reinhard
	Mitglied	Obereiner, Jörg
	Mitglied	Townsend, Michael
	Mitglied	Westphal, Thomas
	Mitglied	Dr. Fischer, Hans-Dieter
	Mitglied	Fleskes, Heinz-Dieter
	Mitglied	Laupenmühlen, Janine
	Mitglied	Peters, David
	Mitglied	Prof. Mehnert, Kurt
	Mitglied	Timmerberg, Vera
	Mitglied	Dr. Kaluza, Hildegard

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränderungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	14,23	9,0	8,90	4,9	7,06	3,0	-1,84	-20,67
Umlaufvermögen	144,07	90,9	172,36	94,3	217,78	94,0	45,42	26,35
Rechnungsabgrenzungsposten	0,13	0,1	1,51	0,8	6,79	2,9	5,28	349,67
Bilanzsumme	**158,44**	**100,00**	**182,77**	**100,00**	**231,63**	**100,00**	**48,86**	**26,73**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	15,8	25,00	13,7	25,00	10,8	0,00	0,00
Sonderposten mit Rücklagenanteil	14,23	9,0	8,90	4,9	7,06	3,0	-1,84	-20,67
Rückstellungen	19,97	12,6	17,74	9,7	15,25	6,6	-2,49	-14,04
Verbindlichkeiten	99,15	62,6	116,31	63,6	178,63	77,1	62,32	53,58
Rechnungsabgrenzungsposten	0,08	0,1	14,83	8,1	5,69	2,5	-9,14	-61,63
Bilanzsumme	**158,44**	**100,00**	**182,77**	**100,00**	**231,63**	**100,00**	**48,86**	**26,73**

bb) GuV

	2014	**2015**	**2016**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	46,27	12,30	
sonstige betriebliche Erträge	1.147,84	1.026,20	1.225,24
Materialaufwand	385,93	308,33	297,54
Personalaufwand	552,24	532,27	637,75
Abschreibungen	21,00	6,17	6,73
sonstige betriebliche Aufwendungen	234,93	191,72	283,22
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	**31.12.2015**	**31.12.2016**	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00		%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	21,00	6,17	6,73	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	91,85	94,41	94,25	T€
Personalaufwandsquote:	46,25	51,25	52,05	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	**31.12.2015**	**31.12.2016**	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,39	4,87	3,05	%
Eigenkapitalquote:	15,78	13,68	10,79	%
Fremdkapitalquote:	84,22	86,32	89,21	%

e.) Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Nach Gründung am 28.11.2011 durch die Stadt Dortmund als Ankergründerin und einziger Gesellschafterin hat die ecce GmbH ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen.

Das Land NRW und der Regionalverband Ruhr haben sich 2011 im Nachhaltigkeitspapier zur Kulturhauptstadt RUHR.2010 darauf geeinigt, dass „die von Ruhr 2010 begonnene Entwicklung der Kreativwirtschaft in einer gesicherten Trägerstruktur fortgeführt werden" soll. Zwischen dem Land NRW und dem RVR wurde mit der ecce GmbH eine Zielvereinbarung für die Jahre 2016-2018 abgeschlossen, die die Ziele der durchzuführenden Projekte festlegt und die Finanzierung der Betriebskosten für die Jahre 2016-2018 absichert.

Die Gesellschafter-Struktur der ecce GmbH ist per 31.12.2015 unverändert wie folgt:

Stadt Dortmund	30 %
Stadt Bochum	10 %
Stadt Gelsenkirchen	10 %
Stadt Essen	10 %
Wirtschaftsförderung Oberhausen	10 %
Wirtschaftsförderung metropoleruhr	20 %
Folkwang Universität der Künste	10 %

Die ecce GmbH hat für das Geschäftsjahr 2016 Bewilligungen für folgende Fördermittel und Projekte (des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW, des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk NRW sowie des Regionalverbandes Ruhr) erhalten:

Betriebskosten in Höhe von 500.000,00 €
Kreativ-Quartiere in Höhe von 286.040,00 €
Forum d'Avignon Ruhr in Höhe von 242.191,00 €
EU Strategie 215.677,00 €
Standort NRW 11.365,00 €
Entwicklung IKF 20.150,00 und Jurysoftware 8.540,00 €
Recherche künstlerische Produktion 20.150,00 €
Creative Industries Dialog 43.657,00 €
NICE Award 61.490,00 €

Diese Projekte sind die zentralen Handlungsfelder, die sich gegenseitig in einer nachhaltigen Gesamtstrategie ergänzen, um die Ziele von ecce effizient einzulösen, die lokale und regionale Kultur- und Kreativwirtschaft sowie der entsprechenden urbanen Verortung unter Nutzung der europäischen Potenziale zu stärken.

Im Folgenden sind einige herausragende Ergebnisse bzw. Kernfakten zusammengefasst:

Die Zahl der teilnehmenden Städte am Programm **Kreativ.Quartiere Ruhr** ist gestiegen, auch die Zahl der Kreativ.Quartiere. In 2016 wurden 10 Projekte aus 7 Städten mit einem Volumen von 415.000,00 € bewilligt, dabei erstmals auch Mehrfachbespielungen mehrerer KQ`s durch regional angesetzte Projekte. Das Gesamtfördervolumen 2012-2016 beträgt 2.205.299,00 €.

Die Broschüre „Urbaner Wandel“ Teil 2 über die kulturellen MacherInnen im Ruhrgebiet wurde veröffentlicht und muss bereits neu aufgelegt werden, da sie vergriffen ist.

Es haben zwei Netzwerktreffen stattgefunden mit über 100 VertreterInnen aus Kultur- und Bildungsinstitutionen, Städten sowie AkteurInnen der Kultur- und Kreativszene, die gleichzeitig als Dialogprozess für die Entwicklung der individuellen KünstlerInnenförderung dienten.

Das Projekt „Kreativ.Quartiere Ruhr“ wurde erneut auf die Konferenz Nationale Stadtentwicklung eingeladen, allerdings mit höherer Sichtbarkeit und Eigenständigkeit als noch 2015. Dazu hat ein eigener Workshop in Kooperation mit „Stadt als Campus“ stattgefunden.
Es gab erstmals Anfragen außerhalb des Ruhrgebiets auf Durchführung des Kreativ.Quartier Programms - z.B. aus Köln, um der Gentrifizierung entgegen zu treten.

2016 wurde der Start des neuen Förderstranges **Individuelle KünstlerInnen Förderung** (IKF) gemäß dem Kulturfördergesetz und auf Grundlage der Prognos Studie zu den Lebensbedingungen von KünstlerInnen und Kreativen in NRW vorbereitet. Dazu gehörte die Entwicklung der Förderbedingungen in Absprache mit dem MFKJKS und den Bezirksregierungen (und im oben erwähnten partizipatorischen Dialogprozess) ebenso wie die Bereitstellung von Formularen und Informationsmaterial, einem online System zur Antragstellung sowie die Gewinnung von Jurys zur Bewertung der Anträge.

Zu den ersten Antragfristen im Herbst 2016 gingen insgesamt 144 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 2.342.000,00 € an, damit wurde das Fördervolumen 2016 von max. 350.000,00 deutlich überzeichnet, was das rege Interesse am Programm belegt.

Die Positionierung der Kulturmetropole Ruhr in Europa und in der Europäischen Debatte über Kultur und Wandel wurde erneut durch das **Forum d’ Avignon Ruhr** erfolgreich mit dem Konferenzthema „Kreativität – Rohstoff, Ressource, Zukunft“ umgesetzt.

Das Thema beleuchtete kritisch den Begriff Kreativität in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft, Stadt und Gesellschaft. Kreativität hat sich vom Branchenbegriff der Kultur- und Kreativwirtschaft zu einer scheinbar universellen Eigenschaft entwickelt, um Zukunft zu gestalten. Die Konferenz thematisierte 2016 Kreativität als elementaren Bestandteil im heutigen gesellschaftlichen Kontext und als ein neues Produktionsmittel der Wissensökonomien ebenso wie der klassischen Industrien. Dabei wurden die Rahmenbedingungen der Ressource Kreativität diskutiert, und die daraus

entstehenden Zukunftsszenarien in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur und Politik wurden präsentiert und kritisch diskutiert.

Mit 225 TeilnehmerInnnen fand die Konferenz in der Philharmonie Essen statt. Zusätzlich fanden drei Paneldiskussionen statt (Kreativität und Wirtschaft – Transformation, Innovation, Intervention; Kreativität und Kultur – Politik, Plattform, Struktur; Kreativität und Raum – Best Practice Für Urbane Perspektiven), eine Performance sowie ein Impulsvortrag, u.a. mit Prof. Dr. Richard David Precht, Charles Landry und Pius Knüsel.

Am 24. August fanden die Events des **N.I.C.E. Award 2016** in der Philharmonie Essen statt. Die Jury hat aus einer Bewerbungsauswahl von 105 Bewerbungen aus 25 Ländern den N.I.C.E. Award 2016 an vier Projekte verliehen: 1. Preis ging an zwei Projekte in Höhe von je 8.000€: „Makerversity" (Amsterdam/NL) und „ROC21" (Berlin/D). Der 2. Preis in Höhe von 4.000€ ging an „Public Residence: Die Chance" (Dortmund/D). Außerdem verlieh die Jury einen nicht dotierten Achievement Award an das Projekt „Julie's Bicycle" (London/UK).
Alle Projekte der Shortlist wurden am 24. August auf persönliche Einladung des NRW-Wirtschaftsministers Garrelt Duin einem ausgewählten Kreis aus Kulturpolitik und Wirtschaft beim ersten N.I.C.E. Executive Dinner vorgestellt. An diesem exklusiven Abend nahmen knapp 100 Gäste teil.

Am 25. August bekamen die nominierten Projekte beim Forum d'Avignon Ruhr die Möglichkeit sich mit Institutionen und Schlüsselfiguren aus dem Ruhrgebiet zu vernetzen. Beim Networking-Format Meet&Match wurde jedes Projekt mit einem eigenen Stand präsentiert. Die VertreterInnen standen dem Publikum der gesamten Konferenzen in persönlichem Austausch Rede und Antwort. Das Format unterstützte die Bestrebungen des N.I.C.E. Awards, die Projekte der Shortlist in die Region zu tragen und die Ideen auch im Ruhrgebiet umzusetzen.

Die **Regionalkooperation** mit der Metropolregion Rhein-Neckar wurde mit dem schon 2015 erfolgreichen Format einer Foto-Ausstellung im C-HUB fortgeführt. Es wurde um gezieltes Kontaktmanagement vor Ort ergänzt. So hat eine Künstlerin noch am Abend der Vernissage eine Galerie gefunden.

Mit der Region Nord Pas de Calais wurde 2016 das erste Kooperationsprojekt von 3D Druckzentrum in Essen und Rencontres Audiovisuelles in Lille zum Thema Video Mapping realisiert. Die Kooperation wurde durch eine Delegationsreise von ecce in 2015 vermittelt; sie wurde von der Stadt Essen finanziert.

ecce konnte erneut Förderanfragen bzw. –partnerschaften ins Ruhrgebiet vermitteln: Ein Antrag im Programm EYE unter Beteiligung von Gelsenkirchen war erfolgreich: Das sogenannte EXCITE Programm wird seit Anfang 2015 umgesetzt.

Die Forschung über „Spillover-Effekte" wurde durch die Beauftragung von vier Case Studies fortgesetzt - in Lucca, Rotterdam, Poznan und Helsinki. Sie dienen dazu, qualitative und quantitative Evaluierungsmethoden an realen Institutionen zu testen und daraus ein Toolkit für die Forschungspraxis an Kulturinstituten wie an der Kreativwirtschaft zu entwickeln. Das EU-Parlament hat Ergebnisse dieser Forschungen in ihre Resolution vom 13. Dezember 2016 über die Zukunft der Kreativwirtschaft aufgenommen. In weiteren Gesprächen mit EU Kommissaren wurde für eine Erhöhung der Forschungsgelder im Kulturbereich geworben. Das Projekt ist so ein wesentlicher Beitrag für die Verbesserung der Forschungsagenda für Kultur und Kreativwirtschaft in Europa - über die vier beauftragten Projekte hinaus.

Der **Creative Industries Dialog** in Kooperation dem Wirtschaftsministerium NRW wurde nach drei nichtöffentlichen Arbeitskreisen erstmals im Jahr 2016 als öffentliche Veranstaltung im Dortmunder U realisiert und erreichte aus dem Stand ca. 175 Anmeldungen. Es wurden führende Politiker und Forscher als Redner gewonnen - von der Prognos AG bis zu Martin Schulz (damals EU-Parlamentspräsident) und Minister Duin. Thema war die Digitalisierung der Kreativwirtschaft. Das Ergebnis ist die Erstellung einer Digitalen Strategie des NRW-Wirtschaftsministeriums für die Kreativwirtschaft. ecce hat die zweite Ausgabe von to be debated mit Autor Charles Landry unter dem Titel „The Digitized City" herausgegeben. Dazu fand ein internationaler Studenten-Workshop mit ca. 20 TeilnehmerInnen großen Anklang.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Aufgrund der besonderen Finanzierungsform durch Fördermittel und nur geringfügiger Eigenerträge sind herkömmliche Betrachtungen des Jahresergebnisses bzw. daraus abzuleitender Kennzahlen auf die ecce GmbH nicht anwendbar. Die ecce GmbH erzielte in 2016 ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Die Finanzierung des eigenen Geschäftsbetriebs sowie der unter 1 genannten Projekte war durch den Abruf der genehmigten Mittel aus den Förderbescheiden gesichert.

3. Nachtragsbericht

Wesentliche Risiken und weitere Vorfälle von besonderer Bedeutung, außer den in diesem Bericht genannten, haben sich im Berichtsjahr und auch nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

Risikobericht

Ein erhöhtes Betriebsrisiko ist nicht festzustellen. Die Zuwendungsbescheide der Projekte für 2017 liegen vor. Die Finanzierung der Betriebskosten ist erstmals mehrjährig durch die Zielvereinbarung für die Jahre 2016 bis 2018 abgesichert.

Prognosebericht

Das Förderprogramm des Landes aus Mitteln des MFJKKS für die Kreativ Quartiere wird in 2017 nicht nur fortgeführt, sondern in einigen Städten Höhepunkte bzw. die Fertigstellung von über Jahren gewachsenen Entwicklungen zeigen - z.B. im Viktoria Quartier Bochum, in Ruhrort Duisburg und Essen City.Nord.

Die hohe Nachfrage im neuen Förderstrang des IFK-Programms des MFKJKS führt zu einer Erhöhung des Etats im Jahr 2017 von 250.000 Euro auf ca. 700.000 Euro. Ausgesuchte Projekte können in Absprache mit dem MFKJKS schon in 2017 NRW-weit pilotiert werden.

Das Forum d'Avignon Ruhr findet am 7. September 2017 in Essen statt - voraussichtliches Thema wird „Kultur 360 Grad“ sein. Erstmals wird der NICE Award nicht am Abend des Forums vergeben, sondern am Vorabend.

Im Jahr 2017 setzt sich die Kooperation mit dem MWEIMH fort - mit zwei zusätzlichen Schwerpunkten: Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in NRW durch eine digitale Strategie und einer Innovations-Residenz im Ruhrgebiet, um Know-How Transfer aus Europa umzusetzen. Partner sind dabei erstmals große Institutionen und Firmen - wie das Dortmunder U oder Innogy. Der NICE Award und der CID NRW werden unverändert durchgeführt.

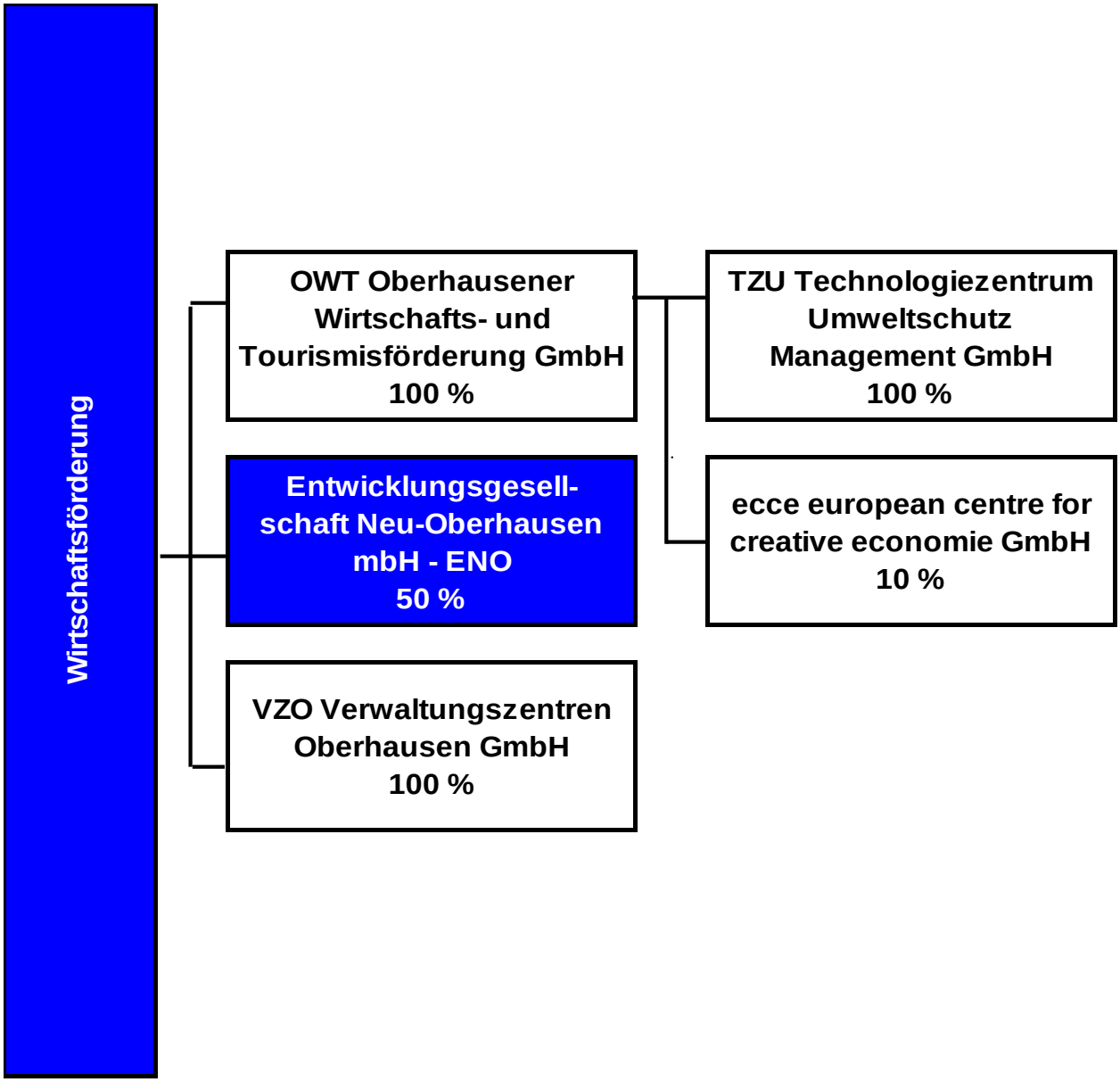
Die EU-Strategie war 2016 erfolgreich und wird in drei Handlungsfeldern fortgeführt: die Förderung von kulturellen kreativen Innovationen, die Verbesserung von Rahmenbedingungen für Kreativunter-nehmerInnen in Europa und den Einsatz für eine holistische Forschungsagenda in Europa. Der Erfolg des Jahres 2016 ist zugleich die Basis für eine intensive Fortführung in 2017: Die erste Initiativ-Resolution des EU-Parlaments zur Kreativwirtschaft vom 13. Dezember 2016 enthält wesentliche Elemente der Strategien und Pilotprojekte von ecce - von Spillover bis zur Forschung.

Der N.I.C.E. Award wird 2017 wieder vom Wirtschaftsministerium des Landes NRW gefördert und das Preisgeld wird mit Unterstützung der Städte aus dem Ruhrgebiet wieder 20.000 € betragen. Das Vorabendprogramm 2016 hat sich bewährt und wird 2017 fortgeführt - mit dem besonderen Ziel, weitere Vertreter der NRW-Wirtschaft zur Teilnahme an der NICE Award Verleihung zu gewinnen.

Dortmund, 01. Februar 2017

ecce - european centre for creative economie GmbH

Prof. Dieter Gorny
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismisförderung GmbH 100 %
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50 %
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100 %
ecce european centre for creative economie GmbH 10 %

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 51
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85036-0
Fax 0208/8503610
e-Mail info@eno-gmbh.de
Internet www.eno-gmbh.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 318,80

Gesellschafter:

	T€	%
1&1 Versatel Deutschland GmbH	0,26	0,09
Albrecht GmbH & Co. Verpachtungs KG	0,26	0,09
August Heine Baugesellschaft mbH & Co. KG	0,61	0,21
Autohaus Kruft GmbH	0,26	0,09
Bangel GmbH & Co. Industriebau-Projektierungs KG	0,50	0,17
BECKERautomobile GmbH & Co. KG	0,61	0,21
B & H Elektro-Anlagenbau GmbH	0,51	0,17
b+w Electronic Systems GmbH	0,51	0,17
Contact gmbH	0,50	0,17
Dazzle Oberhausen GmbH	1,50	0,51
Der Baustoff-Mann Schneider oHG	0,36	0,12
Evers GmbH	0,50	0,17
evo Energieversorgung Oberhausen AG	12,50	4,22
Gehring Archivdepot GmbH	0,51	0,17
GEWA GmbH	0,50	0,17
GSI - Gesellschaft für Schweißtechnik Interna-tional mbH	0,75	0,25
Gutehoffnungshütte Baugesellschaft mbH	0,61	0,21
Harpering EDV-Systeme	0,50	0,17
Hermann Nottenkämper OHG	0,36	0,12
HOFFMANN Malerservice GmbH	0,50	0,17
Kreishandwerkerschaft	0,26	0,09
Lenord, Bauer & Co. GmbH	0,26	0,09
Lohmar & Meller oHG	0,61	0,21
MAN Diesel & Turbo AG	6,39	2,16
Marx Ingenieurgesellschaft mbH	0,50	0,17
Möbel Heck Einrichtungshaus KG	0,31	0,10
Möbelstadt Rück GmbH & Co. KG	0,66	0,22
move elevator GmbH	0,31	0,10

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	12,50	4,22
Plaßmeier GmbH	0,50	0,17
Prosperis Services GmbH & Co. KG	0,50	0,17
Radio NRW GmbH	0,26	0,09
RAG Montan Immobilien GmbH	0,51	0,17
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	1,00	0,34
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerks-gesellschaft mbH	6,39	2,16
Stadt Oberhausen	159,40	53,78
Stadtsparkasse Oberhausen	56,39	19,03
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	12,50	4,22
UVRN-Unternehmensverband-Ruhr-Niederrhein e.V.	0,75	0,25
VERITAS Unternehmensberatungs- und Treuhand GmbH Steuerberatungsgesellschaft	0,50	0,17
Volksbank Rhein-Ruhr eG	0,51	0,17
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	12,50	4,22
Weiterbildungsinstitut WBi GmbH	0,25	0,08

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrien, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusför- derung GmbH — Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Lichtenheld, Frank
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	stellv. Vorsitzender	Walterfang, Heinrich
	Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	Mitglied	Boos, Regina
	Mitglied	Gäng, Thomas
	Mitglied	Gieske, Hartmut
	Mitglied	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	Mitglied	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Lacum, Markus
	Mitglied	Schmidt, Hartmut

Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
Mitglied	Tscharke, Hans Josef
Mitglied	Wittmann, Regina
	Uppenkamp, Bernhard

Prokura: Sprenger, Detlef

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	2,16	0,3	2,62	0,3	2,78	0,3	0,16	6,11
Umlaufvermögen	856,76	99,6	821,45	99,6	860,90	99,6	39,45	4,80
Rechnungsabgrenzungsposten	1,06	0,1	0,93	0,1	1,05	0,1	0,12	12,90
Bilanzsumme	**859,98**	**100,00**	**825,00**	**100,00**	**864,73**	**100,00**	**39,73**	**4,82**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	669,97	77,9	627,08	76,0	656,91	76,0	29,83	4,76
Rückstellungen	176,78	20,6	186,24	22,6	188,20	21,8	1,96	1,05
Verbindlichkeiten	13,22	1,5	11,68	1,4	19,63	2,3	7,95	68,07
Bilanzsumme	**859,98**	**100,00**	**825,00**	**100,00**	**864,73**	**100,00**	**39,73**	**4,82**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	20,98	0,00	192,56
sonstige betriebliche Erträge	220,93	222,43	20,61
Personalaufwand	290,29	310,05	273,87
Abschreibungen	1,26	0,97	0,93
sonstige betriebliche Aufwendungen	935,44	916,82	870,68
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,35	0,04	0,03
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	12,04
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-984,73	-1.005,37	-944,31
außerordentliche Aufwendungen	4,48	4,48	
außerordentliches Ergebnis	-4,48	-4,48	
sonstige Steuern	0,36	0,38	0,39
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-989,58	-1.010,24	-944,70
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		-1.010,24	-944,70

Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-989,58	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-4.716,89	#DIV/0	-490,60	%
Eigenkapitalrentabilität:	-59,63	-161,10	-143,81	%
Cash-Flow:	-988,32	-1.009,27	-943,77	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	120,95	111,21	106,59	T€
Personalaufwandsquote:	120,00	139,39	128,47	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,25	0,32	0,32	%
Eigenkapitalquote:	77,91	76,01	75,97	%
Fremdkapitalquote:	22,09	23,99	24,03	%

e.) Lagebericht

Ertragslage

Das Jahresergebnis der ENO des Geschäftsjahres 2016 weist einen Jahresfehlbetrag von T€ 945 aus. Gegenüber dem Jahresfehlbetrag 2015 von T€ 1.010 bedeutet dies eine Ergebnisverbesserung von rd. T€ 65.

Diese Reduzierung des Fehlbetrages ergibt sich teilweise durch die nicht planbare Entwicklung der jährlich nach den Ergebnissen einer versicherungsmathematischen Berechnung anzupassenden Rückstellung für eine Pensionsausgleichsverpflichtung für einen ehemaligen Geschäftsführer. Durch die allgemeine Zinsentwicklung mussten der Rückstellung nicht geplante Mittel in Höhe von T€ 2 zugeführt werden. Im Vorjahr betrug die Zuführung T€ 20.

Im Jahresabschluss 2016 wirken sich die Änderungen des Mitte 2015 beschlossenen Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) aus. Mit dieser Vorschrift wurden unter Anderem Umgruppierungen zwischen den einzelnen Finanzpositionen verbindlich vorgeschrieben. Für die ENO bedeutet dies insbesondere, dass die bisher unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen verbuchten Kostenerstattungen durch die OWT/WFO und die PBO nunmehr als Umsatzerlöse ausgewiesen werden. Hieraus ergibt sich die Steigerung der Umsätze von T€ 21 im Vorjahr auf T€ 193 im Berichtsjahr ebenso wie die Reduzierung der Sonstigen betrieblichen Erträge von T€ 221 auf T€ 21.

Bei den Personalaufwendungen wirkt sich die o.a. Reduzierung der Aufwendungen für Altersversorgung ergebnisverbessernd aus.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T€ 871 sind mit T€ 750 im Wesentlichen für die mit der WFO geschlossenen Projektverträge angefallen. Dieses Vertragsvolumen liegt vereinbarungsgemäß um T€ 30 unter demjenigen des Vorjahres.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag 2016 von T€ 945 mit einer Entnahme aus der Kapitalrücklage in gleicher Höhe zu verrechnen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2016 beträgt T€ 865 (Vj.: T€ 825).

Der Jahresfehlbetrag soll durch eine entsprechende Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen werden. Diese Kapitalrücklage wurde in 2016 durch die gesellschaftsvertraglich festgelegten Zahlungen der Stadt Oberhausen (T€ 435) sowie der privaten Gesellschafter um insgesamt T€ 978 erhöht. Der Zuschuss der privaten Gesellschafter von T€ 543 liegt um T€ 2 unter der diesbezüglichen Zuführung 2015 von T€ 545.

Die Kapitalrücklage reduziert sich durch die nicht ergebnisrelevante Wertberichtigung ausstehender Gesellschafterzuschüsse. Die teilweise seit mehreren Jahren bestehenden Forderungen wurden, sofern eine Zahlung nicht mehr zu erwarten war, durch Reduzierung der Kapitalrücklage ergebnisneutral ausgebucht. Unabhängig von dieser handelsrechtlich gebotenen Wertkorrektur wird im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten weiterhin versucht, die Forderungen zu realisieren.

Nach Ausgleich des Jahresfehlbetrages liegt die Kapitalrücklage mit T€ 362 um T€ 33 über derjenigen des Vorjahres.

Der Bestand der Kapitalrücklage zum 31.12.2016 liegt nach Ausgleich des Jahresfehlbetrages bei T€ 362 (Vj.: T€ 330). Das Vermögen der Gesellschaft ist weiterhin durch umfängliche flüssige Mittel und eine hohe Eigenkapitalquote geprägt. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Das laufende Geschäftsjahr 2017 wird gemäß des vom Aufsichtsrat am 08.12.2016 beschlossenen Wirtschafts- und Erfolgsplans voraussichtlich mit einem Jahresfehlbetrag von 962 T€ enden. Abgedeckt werden soll dieser Fehlbetrag über den Zuschuss der Stadt Oberhausen von T€ 435 sowie die Betriebskostenzuschüsse des Gesellschafterkreises Wirtschaft in Höhe von T€ 539. Der sich hieraus ergebende Überschuss von T€ 12 soll die Kapitalrücklage entsprechend stärken.

In den Folgejahren ist auf Grund der ab 2017 weiter vorgesehenen Anpassung der Projektverträge und der Weiterberechnung von Personalaufwendungen mit ausgeglichenen Ergebnissen zu rechnen.

Eine vorratsweise Erhöhung des Stammkapitals ist derzeit nicht beabsichtigt, da die Gesellschaft zum 31.12.2016 über eigene Anteile in Höhe von rd. T€ 22 verfügt, die für eine Weiterveräußerung zur Verfügung stehen und die Übernahme von Stammeinlagen ermöglichen.

Ausreichende Immobilienangebote und ein umfassendes Serviceangebot sind wesentliche Faktoren für eine dynamische, erfolgreiche Strukturentwicklung und für den Erhalt sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Nach wie vor verfügt die Wirtschaftsförderung über sehr wenige eigene Flächen, die für die Realisierung gewerblicher Maßnahmen geeignet sind. Dies beschränkt sich jetzt im Wesentlichen auf die Bereiche des ehemaligen Stahlwerkgeländes – dem sogenannten BusinessPark.O, auf die MAN GHH-Flächen an der Kirchhellener- und der Steinbrinkstraße und auf die Restfläche im Bereich des Marina-Parks.

Im Hinblick auf die noch zu entwickelnden großen Gewerbeflächen an der Waldteichstraße (ehem. nationale Kohlenreserve) und an der von-Trotha-Straße (ehem. Zeche Sterkrade) steht die Wirtschaftsförderung in engem Kontakt mit der Stadt und den jeweiligen Eigentümern.

Vor diesem Hintergrund haben Kooperationen mit privaten Grundstücks- und Immobilieneigentümern eine besondere Bedeutung. Der Bereich Immobilienmanagement wird auch zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen. In diesem Zusammenhang ist auch die Mitgliedschaft der Stadt Oberhausen im „Flächenpool NRW“ zu sehen. Hier geht es im Wesentlichen darum, definierte, brachliegende Flächen in enger Abstimmung mit den Grundstückseigentümern einer neuen Nutzung zuzuführen.

„Auf der Grundlage des zum 01.01.2007 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen ENO und der Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT) (ehemals Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)) wurde die OWT seitens der ENO mit der Realisierung der Wirtschaftsförderungsprojekte beauftragt.

Die zum Teil bereits 2007 initiierten und bis heute erfolgreich weitergeführten Einzelprojekte werden in enger Kooperation zwischen ENO und OWT realisiert. Impulse aus Politik und Wirtschaft werden aufgegriffen und setzen in den Projekten und Veranstaltungen wichtige Eckpunkte.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Inhalte:

- Projektentwicklung, Immobilienvermarktung, Flächenvermarktung; Akquisition und Neuansiedlung, Flächenmanagement örtlich und überörtlich
- Unternehmensservice, Bestandsentwicklung, Bestandspflege und Potenzialberatung, Leitmärkte, Kreativwirtschaft, Innovationsförderung, Wissenstransfer
- Weiterbildung /Qualifizierung
- Kooperation mit anderen Unternehmensnetzwerken z. B. Business Partner Club, Unternehmerverbandsgruppe, Startercenter NRW; RVR, TMO, CityO
- Geschäftsstraßenmanagement
- Auslandsmärkte
- Betreuung von jungen Unternehmen: Intensivberatung, Durchführung von regelmäßigen Workshops, Seminaren und Treffen
- Standortmarketing sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Teilnahme und Standmanagement bei den internationalen Immobilienmessen EXPO REAL in München und MIPIM in Cannes sowie der nationalen Polis Convention in Düsseldorf

Die Darstellung ist weder abschließend noch auf das laufende Geschäftsjahr beschränkt. Um nachhaltige Wirkungen zu erzielen, sind sie auf Dauer angelegt, werden kontinuierlich weiterverfolgt, an die jeweiligen Situationen angepasst und entsprechend gewichtet.“

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Provisionseinnahmen durch Vermittlung von Grundstücksflächen können gegenwärtig kaum kalkuliert werden, da alle Gewerbeflächen, für die die Wirtschaftsförderung originär zuständig war, vermarktet sind. Allerdings ist die ENO an der Entwicklung von Liegenschaften und Immobilien beteiligt, so dass mittelfristig wieder entsprechende Umsatzerlöse realisierbar erscheinen.

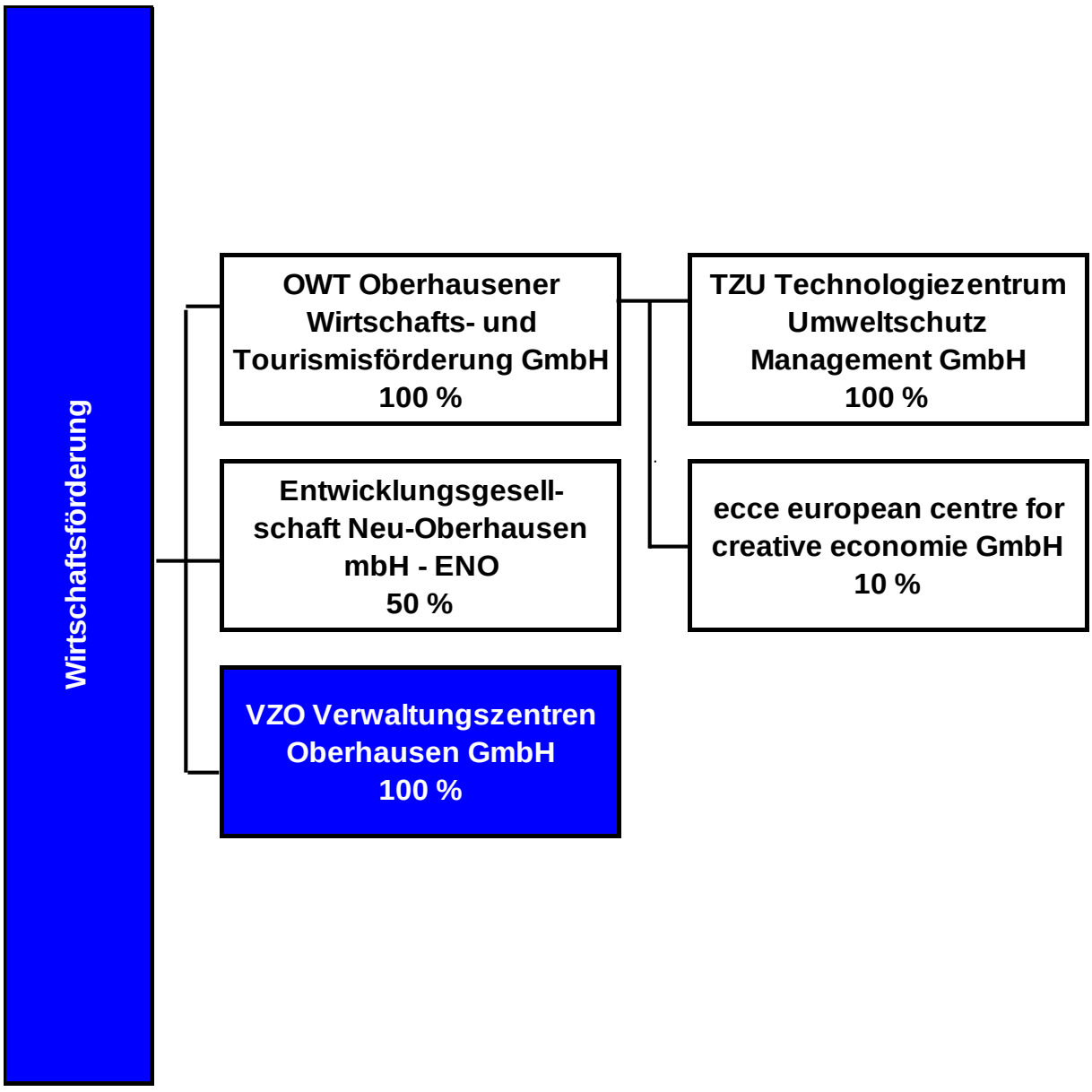
Die Zuführungen der Gesellschafter zur Sicherung der Finanzierung der ENO sind weiterhin rückläufig und eine nennenswerte Steigerung ist trotz Akquise nicht absehbar, obwohl im Geschäftsjahr 2016 und 2017 neue Gesellschafter gewonnen werden konnten. Deren Zuschusszahlungen können jedoch die wegen Kündigungen bzw. Insolvenzen ausfallenden Zuschüsse nicht vollständig kompensieren.

Das ppp-Modell der ENO gewährleistet eine intensive Kooperation zwischen Unternehmen und Wirtschaftsförderung. Die Vergabe von Projektaufträgen an die Wirtschaftsförderung gibt der Gesellschaft die Möglichkeit, Einfluss auf das operative Geschäft zu nehmen.

Oberhausen, 11. April 2017

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO

Frank Lichtenheld
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismisförderung GmbH 100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 100 %
Entwicklungsgesell-schaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 50 %
ecce european centre for creative economie GmbH 10 %
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 100 %

VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/594 7000
Internet	-
Mitarbeiter/-in Telef.	0208/825 2806

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Um- und Neubau (als Generalübernehmer) sowie die Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck die künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren sowie die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszweckes an anderen Unternehmen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

MAN Gutehoffnungshütte AG	Grundstückskaufvertrag vom 18.08.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Betreibervertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Mietvertrag zwischen der VZO GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26. September / 25. Oktober 2001
Stadt Oberhausen	Mietvertrag für das Parkhaus am Eugen-zur-Nieden-Ring vom 23.07.2009

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kalthoff, Horst
	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Schmidt, Jürgen

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränderungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	27.257,08	91,8	27.304,79	92,0	26.416,73	92,4	-888,06	-3,25
Umlaufvermögen	2.428,04	8,2	2.357,67	7,9	2.169,14	7,6	-188,53	-8,00
Rechnungsabgrenzungsposten			0,88	0,0			-0,88	-100,00
Bilanzsumme	**29.685,12**	**100,00**	**29.663,34**	**100,00**	**28.585,87**	**100,00**	**-1.077,47**	**-3,63**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.610,04	8,8	3.813,18	12,9	3.079,41	10,8	-733,77	-19,24
Rückstellungen	79,06	0,3	14,30	0,0	1.535,18	5,4	1.520,88	10.635,52
Verbindlichkeiten	26.996,03	90,9	25.835,86	87,1	23.971,28	83,9	-1.864,58	-7,22
Bilanzsumme	**29.685,12**	**100,00**	**29.663,34**	**100,00**	**28.585,87**	**100,00**	**-1.077,47**	**-3,63**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.033,34	4.203,23	4.217,46
sonstige betriebliche Erträge		1,22	0,70
Materialaufwand	344,06	356,56	625,18
Personalaufwand	14,06	27,60	
Abschreibungen	1.078,12	1.173,53	1.172,58
sonstige betriebliche Aufwendungen	187,55	269,20	17,01
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46,43	49,62	47,94
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	996,31	997,53	1.064,97
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.459,67	1.429,65	1.386,37
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	106,63	226,51	1.620,13
sonstige Steuern		-0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.353,05	1.203,14	-233,76
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-557,53	795,52	1.498,65
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	795,52	1.998,65	1.264,89

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	33,55	28,62	-5,54	%
Eigenkapitalrentabilität:	74,57	66,31	-12,88	%
Cash-Flow:	2.431,16	2.376,67	938,81	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				
Personalaufwandsquote:	0,35	0,66		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,82	92,05	92,41	%
Eigenkapitalquote:	8,79	12,85	10,77	%
Fremdkapitalquote:	91,21	87,15	89,23	%

e.) Lagebericht

Der Rat der Stadt Oberhausen hat 1998 den Erwerb des leerstehenden Bürokomplexes im Zentrum von Oberhausen-Sterkrade und die Gründung der VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS) mit einem Stammkapital von 25.000,-- € beschlossen. Mit dieser Maßnahme sollte eine Unterstützung des Nebenzentrums Sterkrade erfolgen; so konnten 600 Arbeitsplätze für die Sterkrader Innenstadt dauerhaft gesichert und deren Struktur damit gestärkt werden.

Seitens der Stadt Oberhausen sollten mit der Realisierung des Technischen Rathauses Sterkrade insbesondere ein verbesserter Bürgerservice und Haushaltskonsolidierungsbeiträge durch die Einsparung von Unterhaltungs- und Sanierungskosten sowie organisatorische Synergieeffekte realisiert und den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern moderne Arbeitsbedingungen geboten werden.

Um dieses erfolgreiche Konzept zukünftig auch für andere kommunale Projekte nutzen zu können hat der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 30.09.2013 beschlossen, den bis dato auf das Technische Rathaus Sterkrade beschränkten Gesellschaftszweck auf „Um- und Neubau sowie Verwaltung und Vermarktung von Verwaltungszentren in Oberhausen“ zu erweitern und dies gleichzeitig mit der Umfirmierung der VZS in „VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH“ (VZO) verbunden.

1. <u>Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft und der Lage der Gesellschaft</u>

Die 1999 begonnene Baumaßnahme zur Neukonzeptionierung der alten GHH-Hauptverwaltung wurde im Juni 2002 abgeschlossen. Nach Fertigstellung erfolgte eine direkte Vermietung an die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) als Generalmieterin des Technischen Rathauses, die wiederum (neben der Eigennutzung von Teilflächen) im Wesentlichen an die Stadt Oberhausen untervermietet.

Die VZO wurde im Juni 2007 durch die Stadt Oberhausen mit dem Bau eines Parkhauses beauftragt. Die Fertigstellung des Objektes erfolgte planmäßig im Juni 2009; Betreiberin des Parkhauses ist die OGM.

Der Rat der Stadt Oberhausen mit Beschluss vom 15.09.2014 die VZO mit der Realisierung des Projektes „JobCenter Untere Marktstraße“ –erneut in Kooperation mit der OGM beauftragt. Hierin sollen die bisherigen dezentralen Oberhausener JobCenter-Standorte, für die die Baugenehmigungen kurzfristig auslaufen, zur Verbesserung der Betriebsabläufe zentralisiert und gleichzeitig das Quartier „Untere Marktstraße“ revitalisiert werden. Zu diesem Zweck hat die VZO bisher Grundstücke in einem Gesamtwert von ca. 2,6 Mio. € erworben; im Geschäftsjahr 2015 erfolgte der vollständig aus Eigenmitteln finanzierte Abriss der Altbausubstanz. Die Fertigstellung des den aktuellen Anforderungen entsprechender Neubauprojektes ist für das 3. Quartal 2018 geplant.

Die Darlehen zur Finanzierung der bisherigen Baumaßnahmen sind allesamt langfristig aufgenommen, Prolongationen stehen kurzfristig nicht an. Für das Neubauprojekt JobCenter werden die entsprechenden Finanzierungsverhandlungen derzeit durchgeführt. Die Finanzierung aller anfallenden Schuldendienste für die Bestandsdarlehen ist über die Mieteinnahmen sichergestellt; die aktuellen langfristigen Darlehen sind in voller Höhe über eine Bürgschaft der Stadt Oberhausen, eingetragene Grundschulden bzw. Abtretungserklärungen abgesichert.

Kontokorrentdarlehen wurden im Geschäftsjahr 2016 nicht in Anspruch genommen; es wurden 2016 auch keine weiteren Darlehen aufgenommen. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten konnten im Berichtsjahr planmäßig um 1.616 T€ reduziert werden.

Zum Stichtag 31.12.2016 waren bei der VZO lediglich 2 Geschäftsführer ehrenamtlich beschäftigt; alle übrigen betriebsnotwendigen Leistungen wurden eingekauft.

Der operative Geschäftsbetrieb der VZO bestand im Berichtszeitraum in der Vermietung des Technischen Rathauses sowie des Parkhauses am Eugen-zur-Nieden-Ring sowie der Konzeptionierung des Projektes JobCenter (siehe auch 2. / Zukünftige Entwicklung). Die Mieterlöse konnten im Berichtsjahr 2016 in der kalkulierten Höhe erzielt werden.

Dennoch wurde Im Geschäftsjahr 2016 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 234 T€ erwirtschaftet. Dieser ist maßgeblich auf die Bildung einer Steuerrückstellung für Vorjahre (1.519 T€) zurückzuführen, welche aufgrund einer noch laufenden Betriebsprüfung für die Geschäftsjahre 2012-2015 hinsichtlich der erweiterten Gewerbesteuerkürzung aus Vorsichtsgründen gebildet wurde. Neutralisiert man diese Rückstellungsbildung zeigt sich, dass das operative Ergebnis des Vorjahres sogar übertroffen werden konnte.

Gemäß den städtischen Vorgaben zum Haushaltssanierungsplan sind aus dem Vorjahresergebnis 500 T€ an die Gesellschafterin Stadt Oberhausen ausgeschüttet worden, so dass sich zum 31.12.2016 Gewinnvorträge in Höhe von 1.499 T€ ergaben; der Geschäftsjahresfehlbetrag 2016 soll mit diesen Vorträgen verrechnet werden.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich somit zum Bilanzstichtag auf 3.079 T€ (Eigenkapitalquote 10,77%) und gibt der VZO die notwendigen Handlungsspielraume zur Realisierung des o. g. Neuprojektes bzw. für die weiterhin geplanten Gewinnausschüttungen.

Insgesamt ist die Geschäftstätigkeit der VZO langfristig ausgerichtet. Bedingt durch die in den Projektzyklen anfänglich hohen Zinsaufwendungen und Abschreibungen entstanden der Gesellschaft in der ersten Phase kontinuierlich Verluste, die zu einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag geführt haben, welcher aber nunmehr aus eigenen Mitteln abgebaut werden konnte.

2. Zukünftige Entwicklung

Auf die seit Mai 2017 laufende steuerliche Betriebsprüfung wurde bereits unter Punkt 1 im Rahmen der Erläuterungen zum Jahresfehlbetrag hingewiesen. Weitere Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach dem 31.12.2016 nicht eingetreten.

Hinsichtlich der Ergebnisplanungen 2017 ff. ist zu beachten, dass bedingt durch den Verbrauch der steuerlichen Verlustvorträge die Ergebnisse in vollem Umfang Steuern vom Einkommen und Ertrag unterliegen. Darüber hinaus werden sich auch die Auswirkungen des Projektes „JobCenter“ in Ergebnis und Bilanz niederschlagen, wobei auch dieses langfristig gewinnbringend für die VZO kalkuliert ist.

Die Jahresergebnisse 2017 ff. werden auf Grund der o. g. Voraussetzungen (insbesondere durch die fortgesetzte Entschuldung und der damit einhergehenden Reduzierung des Zinsaufwandes) auch unter Berücksichtigung des Projektes „JobCenter“ wiederum positiv ausfallen und entsprechen dem mehrjährigen Businessplan der Gesellschaft.

Seit dem 01.01.2001 ist die OGM (ebenfalls eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen) langfristige Generalmieterin für den Gesamtkomplex "Technisches Rathaus Sterkrade". Per Vertrag übernimmt die OGM den Betrieb und die Verwaltung für das Gebäude, einschließlich Finanzierung und Abrechnung der Nebenkosten sowie der Unterhaltung von Dach und Fach.

Für das Projekt „JobCenter“ soll die gleiche Betriebsstruktur gewählt werden: die OGM wird wiederum Generalmieterin für das noch zu errichtende Gebäude und übernimmt im Rahmen eines Betreibervertrages auch Betrieb und Verwaltung; mit dem Jobcenter Oberhausen (Bundesagentur für Arbeit) als Endnutzer ist ein Untermietvertrag geschlossen.

Im Rahmen der Errichtung des JobCenters soll ein weiteres städtisches Infrastrukturprojekt realisiert werden: auf dem Dach des neu zu errichtenden Gebäudekomplexes ist auf Betreiben der Stadt die Errichtung eines integrierten Dachgewächshauses – Projekt „Altmarktgarten“ - geplant. Mit Bescheid des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung vom 08.12.2015 wurde der Stadt Oberhausen eine nicht rückzahlbare Projektförderung in Höhe 90% zugesagt, der Eigenanteil von 10% wird von der Stadt übernommen. Diese Förderung setzt gem. Zuwendungsbescheid die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs *für das Gesamtgebäude* voraus. Entsprechend sind die weiteren Planungen zunächst ruhend gestellt, da die Wettbewerbsergebnisse abzuwarten bleiben. Die Durchführung des Wettbewerbs erfolgte im Geschäftsjahr 2016, die Jurysitzung fand im November 2016 statt. Der Gewinnerentwurf des Berliner Architekturbüros Kuehn Malvezzi bildet die Grundlage für die konkreten Gebäudeplanungen. Die Baufertigstellung soll im Eivernehmen mit dem zukünftigen Endnutzer im 3. Quartal 2018 erfolgen. Zur Umsetzung des Teilprojektes „Altmarktgarten“ wurde ein Durchleitungsvertrag zwischen der Stadt und der VZO auf der Grundlage des Zuwendungsbescheides geschlossen. Es wird davon ausgegangen, dass der VZO durch die Realisierung dieses Teilprojektes sowie für den weiteren Betrieb keine Kosten entstehen. Die Betriebskosten sind nach bisherigen Verhandlungen vom Träger der städtischen Grünflächenunterhaltung zu übernehmen.

Alle der VZO zufließenden Mieterträge dienen nach Abzug der Betriebskosten fast ausschließlich der Bedienung der Darlehen. Liquide Mittel zur Bedienung der Schuldendienste stehen der VZO in ausreichender Höhe zur Verfügung. Bedingt durch die Tilgungen der Darlehen zur Finanzierung des Umbaus des TR Sterkrade ergeben sich direkte positive Auswirkungen auf die zukünftigen Jahresergebnisse (Reduzierung Zinsaufwand).

3. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Wegen langfristiger Darlehensverträge mit festen Zinssätzen, langfristiger Mietverträge mit der OGM (und der Stadt für Teilflächen des Parkhauses) und langfristiger OGM-Betreiberverträge ergeben sich aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft keine erkennbaren Risiken, zumal es sich bei der OGM ebenfalls um eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen handelt.

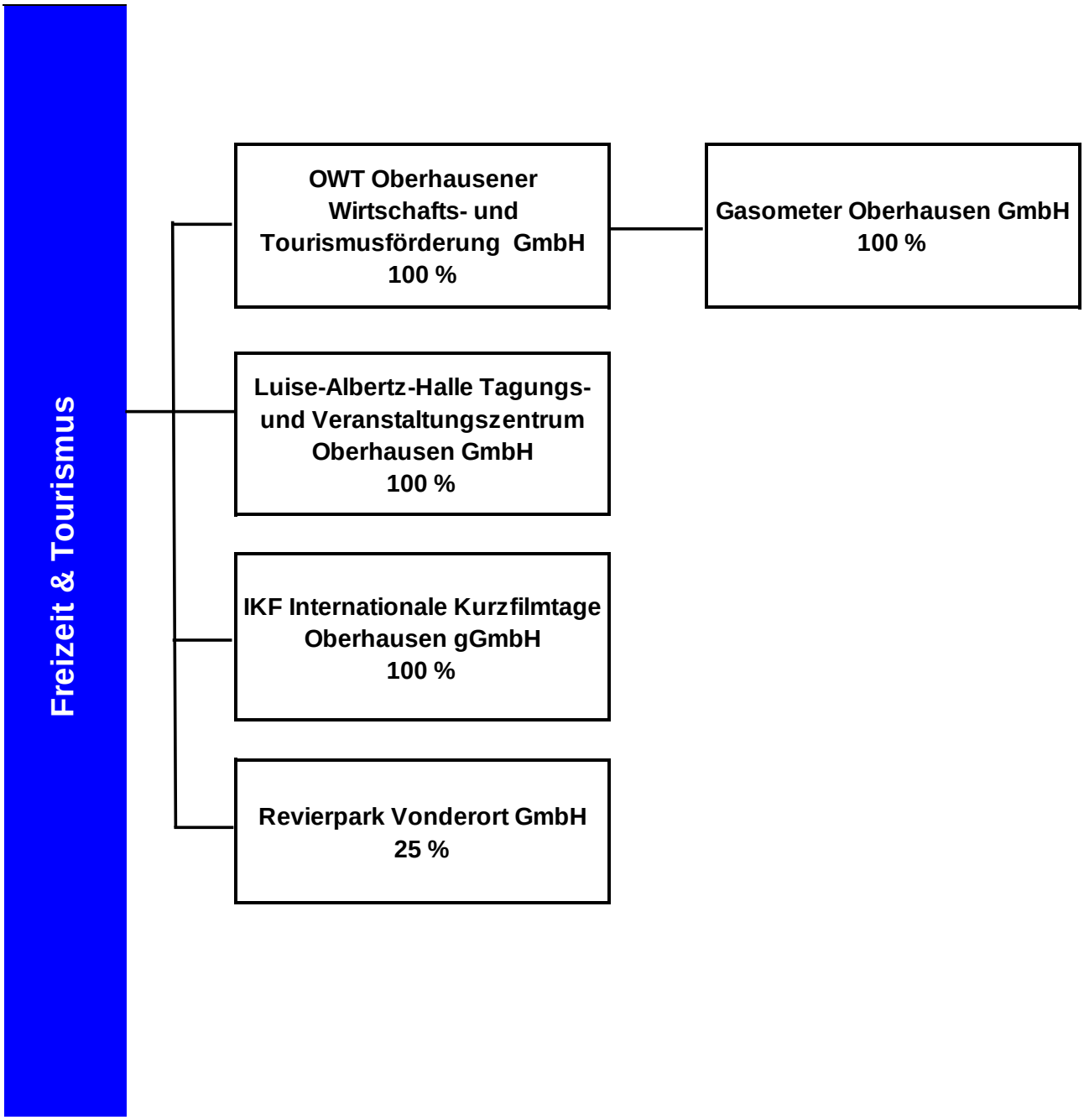
Hinsichtlich der Baumaßnahme JobCenter wurde im Rahmen eines mit der OGM im Juni 2016 geschlossenen Generalübernehmervertrages das Risiko der Baukostenüberschreitung weitestgehend minimiert.

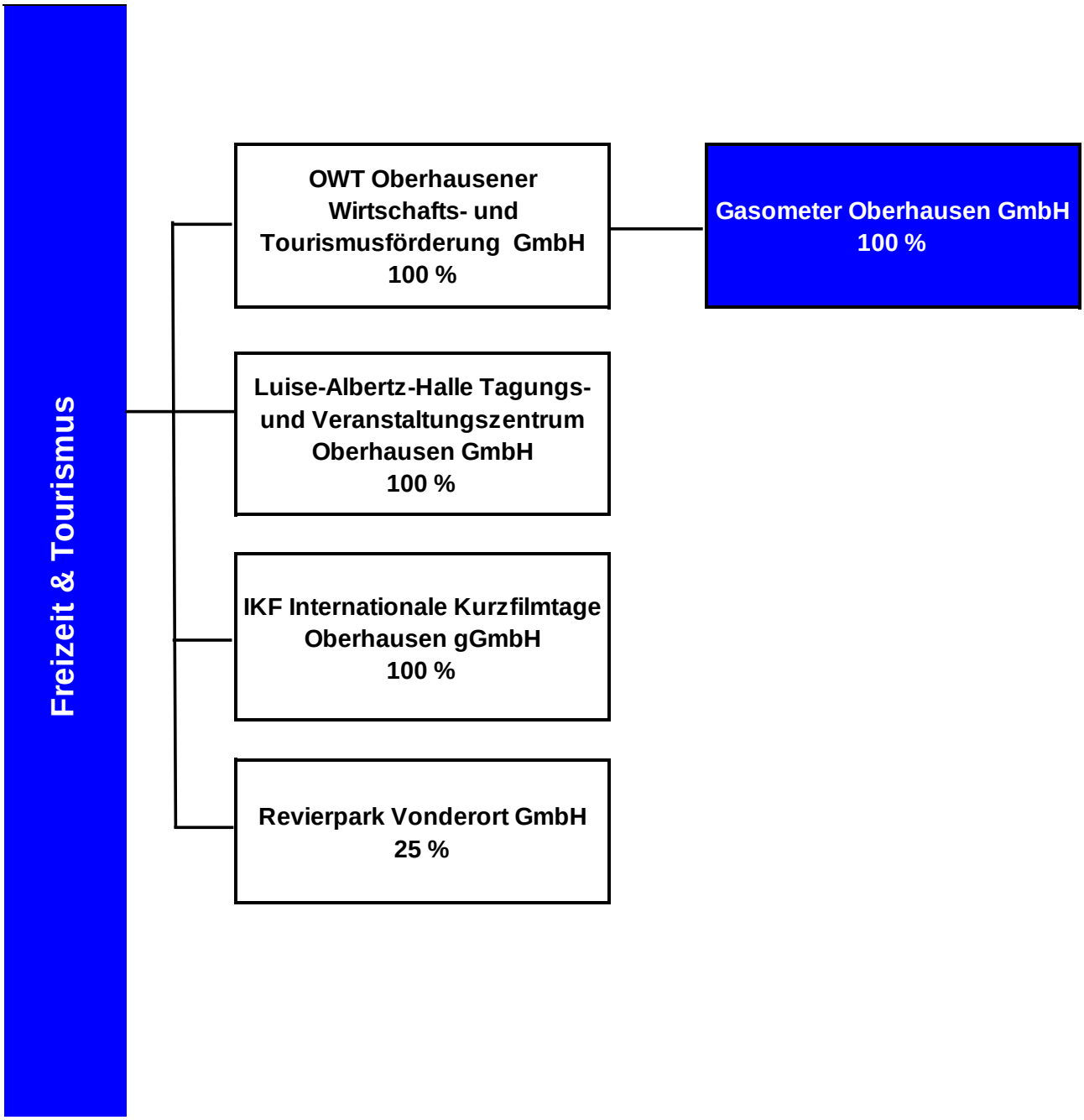
Oberhausen, Juli 2017

VZO – Verwaltungszentren Oberhausen GmbH

Hartmut Schmidt / Horst Kalthoff
Geschäftsführung

Freizeit & Tourismus




Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 100 %
Gasometer Oberhausen GmbH 100 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100 %
Revierpark Vonderort GmbH 25 %

Gasometer Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-30
Fax	0208/85037-33
e-Mail	info@gasometer.de
Internet	www.gasometer.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in TDM: 50,00

Gesellschafter:

	TDM	%
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Gasometers.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Schmitz, Jeanette
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	51,37	2,2	214,49	14,0	177,88	4,0	-36,61	-17,07
Umlaufvermögen	2.268,40	97,8	1.312,93	85,9	4.223,90	96,0	2.910,97	221,72
Rechnungsabgrenzungsposten	0,14	0,0	0,14	0,0			-0,14	-100,00
Bilanzsumme	**2.319,91**	**100,00**	**1.527,56**	**100,00**	**4.401,78**	**100,00**	**2.874,22**	**188,16**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	2.186,61	94,3	1.354,55	88,7	3.416,00	77,6	2.061,45	152,19
Rückstellungen	15,16	0,7	18,66	1,2	611,71	13,9	593,05	3.178,19
Verbindlichkeiten	118,14	5,1	145,62	9,5	374,07	8,5	228,45	156,88
Rechnungsabgrenzungsposten			8,72	0,6			-8,72	-100,00
Bilanzsumme	**2.319,91**	**100,00**	**1.527,56**	**100,00**	**4.401,78**	**100,00**	**2.874,22**	**188,16**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.766,61	978,99	4.803,91
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,05	-1,67	-1,30
sonstige betriebliche Erträge	291,01	262,00	258,99
Materialaufwand	1.285,86	1.185,58	1.385,64
Personalaufwand	412,36	386,15	487,14
Abschreibungen	17,06	31,11	67,76
sonstige betriebliche Aufwendungen	481,72	449,85	448,77
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,83	0,27	0,16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,11		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-137,62	-813,09	2.672,46
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-24,53	0,00	592,04
sonstige Steuern	17,48	18,97	18,97
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-130,57	-832,06	2.061,45
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	875,75	745,18	-86,87
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	745,18	-86,87	1.974,58

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-7,39	-84,99	42,91	%
Eigenkapitalrentabilität:	-9,06	-57,72	143,01	%
Cash-Flow:	-113,51	-800,94	2.129,21	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.028,83	619,66	2.530,80	T€
Personalaufwandsquote:	20,04	31,16	9,62	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,21	14,04	4,04	%
Eigenkapitalquote:	94,25	88,67	77,61	%
Fremdkapitalquote:	5,75	11,33	22,39	%

e.) Lagebericht

Lagebericht für die Gasometer Oberhausen GmbH

Im Geschäftsjahr 2016 wurde die Ausstellung „Wunder der Natur“ im Gasometer präsentiert. Diese Ausstellung, die am 10. März 2016 eröffnet wurde, verzeichnete bis zum Ende des Jahres 741.478 Besucher. Damit war „Wunder der Natur“ die erfolgreichste Einzelausstellung in der Bundesrepublik in 2016. Aber auch für die Gasometer Oberhausen GmbH war 2016 das erfolgreichste Ausstellungsjahr seit dem Umbau des Gasometers in eine Ausstellungshalle.

Den hohen Besucherzahlen standen entsprechende Umsatzerlöse in Höhe von 4.803.910 Euro gegenüber, davon 4.294.875 Euro Eintrittsgelder. Die restlichen Umsatzerlöse generierten sich aus der Vermietung der Gastronomie und des Bookshops, dem Angebot der Audioguides, Sponsoring und Außenwerbung. Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 258.991 Euro beinhalteten in erster Linie den Zuschuss zur Grundsicherung über den RVR in Höhe von 245.880 Euro.

Den Erlösen gegenüber standen die Produktionskosten für die Ausstellung „Wunder der Natur“, die Betriebskosten der Ausstellung sowie die Gesellschaftskosten für das Geschäftsjahr. Das Geschäftsjahr konnte mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.061.450 Euro abgeschlossen werden.

Bei der Vermögenslage der Gesellschaft stellen die liquiden Mittel mit 3.931.814 Euro den Hauptteil des Gesamtvermögens in Höhe von 4.403.222 Euro dar. Das Eigenkapital beträgt 3.416.003 Euro.

Durch den überaus großen Erfolg der Ausstellung „Wunder der Natur“ konnte die durch das Geschäftsjahr 2015 angespannte Finanzlage der Gesellschaft entschärft und ins Positive geführt werden. Anhand der letzten beiden Geschäftsjahre ist jedoch sehr deutlich geworden, wie eng die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft mit dem Erfolg der jeweiligen Ausstellung verknüpft ist, und wie schnell eine weniger erfolgreiche Ausstellung die Gesellschaft in finanzielle Schwierigkeiten bringen kann. Umso wichtiger ist es, dass bei erfolgreichen Ausstellungen die generierten Einnahmen im Unternehmen verbleiben und einer Rücklage zugeführt werden können. Nur so kann gesichert werden, dass in wirtschaftlich schwierigeren Jahren, die Gasometer Oberhausen GmbH nicht sofort in ihrer Existenz bedroht ist.

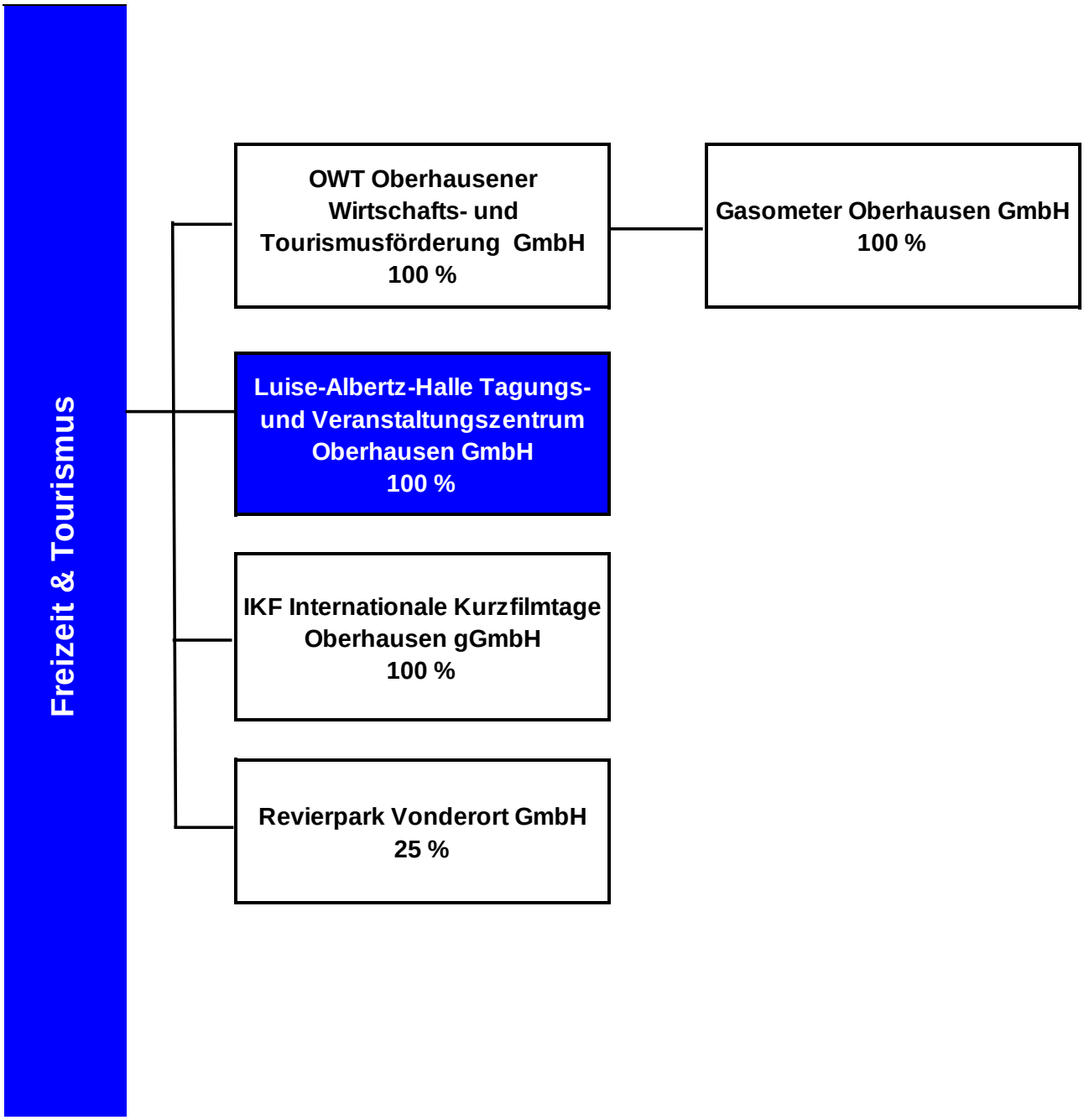
Bis zum Jahr 2016 wurde die bauliche Unterhaltung des Gasometers über Mittel des Landes NRW und des Regionalverbandes Ruhr (RVR) gefördert. Dieser 10-Jahres-Vertrag lief im Geschäftsjahr 2016 aus. Da der Gasometer zu den herausragenden Industriedenkmälern des Ruhrgebietes gehört, wird ein neuer Vertrag (2017-2026) geschlossen, der die bauliche Unterhaltung (Grundsicherung) sowie anfallende größere Maßnahmen (Instandsetzung) auch in den nächsten zehn Jahren unterstützen wird.

Obwohl für die Instandsetzung vom RVR 4.469.963 Euro für diese Periode zur Verfügung gestellt werden wird, reicht die Summe bei weitem nicht aus, um die notwendigen Sanierungsmaßnahmen am Gasometer – insbesondere Erneuerung des Korrosionsschutzes – finanzieren zu können. Es wurde ein Gesamtsanierungsaufwand von zirka 10,5 Millionen Euro netto geschätzt. Die Gesellschaft versucht daher, weitere Fördermittel zu generieren. Ohne weitere Förder-mittel ist die dringend notwendige Sanierung des Gebäudes nicht möglich. Nach Aussage des Statikers, müssen die Korrosionsschutzmaßnahmen spätestens in 2020 durchgeführt werden, wenn die Standsicherheit des Gebäudes nicht ernsthaft gefährdet werden soll.

Oberhausen, 30. März 2017

Gasometer Oberhausen GmbH

Jeanette Schmitz
Geschäftsführung


Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 100 %
Gasometer Oberhausen GmbH 100 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100 %
Revierpark Vonderort GmbH 25 %

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Düppelstraße 1
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 859080
Fax	0208 / 8590811
e-Mail	Info@cc-oberhausen.de
Internet	www.cc-oberhausen.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in TDM: 500,00

Gesellschafter:

	TDM	%
Stadt Oberhausen	500,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle Oberhausen.

Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 GO: NW. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zu Benutzung offen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Die Gesellschaft kann den die Luise-Albertz-Halle betreffenden Grundbesitz erwerben, verwalten und veräußern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Deutsche Leasing für Sparkassen und Mittelstand GmbH	Mietkaufvertrag Großenkücheneinrichtung vom 01.10.2008.
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen vom 1.10.2000
Hubert Imhoff GmbH	Gastronomie Pachtvertrag für die Zeit vom 01.04.2016 - 31.12.2017
Hubert Imhoff GmbH	Pachtvertrag vom 26.03.1999
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Dienstleistungsvertrag (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 21.12.2007 (ehem. Vertrag mit WBO)
Stadt Oberhausen	Grundstücksübertragungsvertrag vom 08.02.1999

Stadt Oberhausen	Verlustausgleichsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH vom 08.02.1999 unter Berücksichtigung der Nebenabrede vom 13.02.2003

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schmidt, Hartmut
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzender	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied gem. § 113 GO	Willecke, Thomas
	Mitglied	Bruckhoff, Peter
	Mitglied	Hoff, Marc
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Radtke, Dorothee

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränderungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	5.690,50	79,9	5.542,41	80,2	5.388,19	80,9	-154,22	-2,78
Umlaufvermögen	199,79	2,8	181,87	2,6	209,08	3,1	27,21	14,96
Rechnungsabgrenzungsposten	0,44	0,0	1,38	0,0	2,51	0,0	1,13	81,88
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.227,07	17,2	1.184,25	17,1	1.059,56	15,9	-124,69	-10,53
Bilanzsumme	**7.117,80**	**100,00**	**6.909,91**	**100,00**	**6.659,35**	**100,00**	**-250,56**	**-3,63**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	37,07	0,5	30,57	0,4	30,99	0,5	0,42	1,37
Verbindlichkeiten	7.080,73	99,5	6.879,35	99,6	6.628,36	99,5	-250,99	-3,65
Bilanzsumme	**7.117,80**	**100,00**	**6.909,91**	**100,00**	**6.659,35**	**100,00**	**-250,56**	**-3,63**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	752,12	751,41	676,32
sonstige betriebliche Erträge	12,27	36,61	19,69
Materialaufwand	724,35	748,62	611,58
Personalaufwand	280,30	303,80	300,73
Abschreibungen	179,81	177,90	179,20
sonstige betriebliche Aufwendungen	273,89	309,78	287,09
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,07	0,05	0,05
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	304,51	289,95	277,60
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-998,39	-1.041,98	-960,12
sonstige Steuern	106,88	91,17	91,17
Erträge aus Verlustübernahmen	1.175,98	1.175,98	1.175,98
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	70,71	42,83	124,69
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	70,71	42,83	124,69

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-146,95	-150,80	-155,44	%
Eigenkapitalrentabilität:	1.563,14	2.645,95	843,16	%
Cash-Flow:	-925,47	-955,25	-872,10	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	127,40	131,34	116,00	T€
Personalaufwandsquote:	36,67	38,55	43,21	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	79,56	79,81	80,51	%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e.) Lagebericht

Berichterstattung zum öffentlichen Zweck und zur Zweckerreichung

Die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH) ist im Jahre 1965 gegründet worden. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Oberhausen.

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der für Tagungs-, Kongress-, Veranstaltungs-, Kultur- und Bildungszwecke in den Jahren 1999/2000 umgebauten Luise-Albertz-Halle. Hierzu darf sich die Gesellschaft an Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen. Sie ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die dieser Unternehmenszweck gefördert werden kann.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

Der Zwecksetzung nach dem Gesellschaftsvertrag ist die Gesellschaft in allen Geschäftsfeldern nachgekommen.

Gesamtwirtschaftliches Umfeld und Geschäftsverlauf

Deutschlandweit hält der Veranstaltungsmarkt sein hohes Niveau: Im Jahr 2016 haben rd. 394 Mio. Teilnehmerinnen und Teilnehmer an 3,02 Mio. Veranstaltungen teilgenommen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen leichten Rückgang der Veranstaltung bei einer minimalen Zunahme der Teilnehmer.
Das Angebot an Veranstaltungsstätten ist um 1,5 % gewachsen, wobei der Anteil der Kongresse, Tagungen und Seminare um 5,6 % gestiegen ist. Bei dieser Veranstaltungsart haben insbesondere die großen Größenklassen zugenommen. Fast 60% der Kongresse, Tagungen und Seminare werden von maximal 100 Teilnehmern besucht. Dieser Anteil ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Bei den kleinen und mittleren Größenklassen gab es leichte Abnahmen, dafür eine spürbare Zunahme bei der Größenklasse von 1.001 bis 2.000 Teilnehmern und auch bei Großveranstaltungen. Die Zunahme von Großveranstaltungen schlägt sich auch in der zunehmenden Internationalisierung auf Teilnehmerseite nieder. Die Zahl der ausländischen Teilnehmer ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 % auf 8,8 % angestiegen. Die Veranstaltungsdauer bleibt weiterhin konstant bei 1,6 Tagen. Die Prognosen für die Zukunft sind insgesamt positiv. Sowohl im Hinblick auf die Buchungssituation im laufenden Jahr als auch auf die künftige Entwicklung des Veranstaltungsmarktes sind die Anbieter sehr zuversichtlich.

Die LAH hat in den vergangenen Jahren stets ein deutlich negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erzielt. Die Hauptursachen hierfür liegen in den nicht über die Preise gedeckten Fixkosten sowie in der unzureichenden Eigenkapitalausstattung. Die Stadt Oberhausen zahlt zum Ausgleich dieses Ergebnisses jedes Jahr einen auf max. TEUR 1.176 begrenzten Verlustausgleich, sofern das Eigenkapital nicht mind. TEUR 150 beträgt. Die Höhe des Verlustausgleichs innerhalb dieses Rahmens ist außerdem gemäß Verlustausgleichsvereinbarung von dem tatsächlichen Liquiditätsbedarf der LAH abhängig und somit nicht an Ertragskennziffern gebunden.

In den Jahren 2008 bis 2016 wurde der Verlustausgleich jeweils in voller Höhe gezahlt. Auch in den zukünftigen Jahren kann auf die Verlustausgleichszahlung bei der prognostizierten Ertragslage und Finanzlage nicht verzichtet werden.

Im Jahr 2016 hat die LAH unter Berücksichtigung des Gesellschafterzuschusses in Höhe von TEUR 1.176 ein positives Jahresergebnis von TEUR 125 erzielt. Gegenüber dem Vorjahresergebnis von TEUR 43 bedeutet dies eine leichte Verbesserung von TEUR 82.

Ertragslage der LAH

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren:

LAH Oberhausen Erfolgsplanung in TEUR	**Ist 2015**	**Plan 2016**	**Ist 2016**
Umsatzerlöse	**751,4**	**770,0**	**676,5**
davon Halle	595,8	600,0	509,2
davon Gastronomie	155,6	170,0	167,1
sonstige Erträge	36,6	10,0	19,7
Erträge	**788,0**	**780,0**	**696,0**
Materialaufwand	-748,6	-732,0	-611,5
davon übrige Aufwendungen	-9,2	-12,0	-9,4
davon Aufwand für bez. Leistungen	-425,1	-420,0	-375,3
davon Aufwand Veranstaltungen	-314,3	-300,0	-226,8
Personalaufwand	-303,8	-310,0	-300,7
Abschreibungen	-177,9	-167,0	-179,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-309,8	-320,0	-287,1
sonstige Steuern	-91,2	-91,0	-91,1
Aufwand	**-1.631,3**	**-1.620,0**	**-1.469,7**
EBIT	**-843,3**	**-840,0**	**-773,7**
Finanzergebnis	-289,9	-270,0	-277,6
davon Zinsertrag	0,0	0,0	0,0
davon Zinsaufwand	-289,9	-270,0	-277,6
Ergebnis gew. Geschäftstätigkeit	**-1.133,2**	**-1.110,0**	**-1.051,3**
Erträge aus "Verlustübernahme"	1.176,0	1.175,0	1.176,0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**42,8**	**65,0**	**124,7**

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr und der Planung um TEUR 75 bzw. TEUR 94 gesunken. Der hierin enthaltene Umsatzanteil aus der Gastronomie wirkt sich wegen der vertraglich vereinbarten Erhöhung der Pachtzahlung gegenläufig aus. Die reduzierten Umsätze im Vermarktungsgeschäft beruhen auf dem Rückgang umsatzträchtiger Veranstaltungen. Hier wirkt sich die geänderte Konkurrenzsituation aus, da sich in der Stadt eine Großveranstaltungshalle im reduzierten Anspruchssegment etabliert hat, in die einfache Veranstaltungen abgewandert sind. Für die LAH bedeutet dies, dass potenzielle Veranstalter von den Mehrwerten Service und Betreuung überzeugt werden müssen.
Die reduzierten Umsatzerlöse konnten durch entsprechend geringere Materialaufwendungen und Sonstige betriebliche Aufwendungen kompensiert werden. Der den Veranstaltungen direkt zuzuordnende Materialaufwand liegt hierbei mit TEUR 227 deutlich unter dem Vorjahresergebnis von TEUR 314 sowie der Planvorgabe von TEUR 300.

Der Gesamtaufwand von rund TEUR 1.470 liegt ebenfalls deutlich unter demjenigen des Vorjahres von TEUR 1.631 und der auf dieser Basis erstellten Planzahl von TEUR 1.620. Somit konnten die reduzierten Umsätze kompensiert werden.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit bleibt wie in den Vorjahren deutlich negativ und führt nur in Verbindung mit der Zahlung des Gesellschafters Stadt Oberhausen zu einem positiven Jahresüberschuss.

Vermögens- und Finanzlage der LAH

Die Vermögenslage ist unverändert geprägt durch die hohe Anlagenintensität der Geschäftstätigkeit. Das Sachanlagevermögen beträgt TEUR 5.361 und entspricht somit 80,5% der Bilanzsumme. Das Congress-Centrum Oberhausen (CCO) ist mittelfristig finanziert. Dem langfristig gebundenen Kapital stehen TEUR 4.761 bzw. 71,5% der Bilanzsumme mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag reduziert sich durch den Jahresüberschuss 2016 in Höhe von TEUR 125 von TEUR 1.184 in 2015 auf nunmehr TEUR 1.060, d.h. die Überschuldung besteht unverändert.

Die Liquidität der LAH wurde auch im Geschäftsjahr 2016 durch die ratierliche Inanspruchnahme eines Liquiditätssicherungsdarlehens einer städtischen Beteiligungsgesellschaft sichergestellt. Zum Bilanzstichtag wird hierzu ein Bestand von TEUR 1.461 ausgewiesen.

Wesentliche Veränderungen

Zur Verbesserung der Bilanzstruktur hat die Stadt Oberhausen als Gesellschafterin der LAH am 13.02.2017 eine Kapitalerhöhung in einer Gesamthöhe von EUR 1.500.000,00 Mio., verteilt auf die Jahre 2017 und 2018, beschlossen. Dieses Kapital dient zur Ablösung des bestehenden Liquiditätssicherungsdarlehens. Die auf das Geschäftsjahr 2017 entfallende Tranche wurde im April 2017 ausgezahlt und entsprechend zur Ablösung des bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen Darlehensbetrages genutzt. Anfang 2018 wird der verbleibende Anteil für die Rückzahlung der ab dem II. Halbjahr 2017 erneut aufzunehmenden Darlehensbeträge zur Verfügung stehen. Mit Realisierung der Kapitalerhöhung soll die LAH voraussichtlich mit Feststellung des Jahresabschlusses 2018 ein positives Eigenkapital ausweisen.

Der bisherige Geschäftsführer der LAH hat sein Amt zum Jahresbeginn 2017 aus persönlichen Gründen niedergelegt. Die Gesellschafterversammlung hat die Abberufung sowie die Bestellung der neuen Geschäftsführer am 13.02.2017 beschlossen. Die Eintragungen im Handelsregister wurden am 23.03.2017 vorgenommen.

Unternehmenssteuerung und Risikomanagement

F 1. Organisation der Risikoanalyse

Regelmäßige Hochrechnung für das laufende Jahr, die den Verlauf der Umsatzentwicklungen aufzeigen, sowie unterjährige Erfolgsplanungen bilden die Basis, den Fortbestand der Gesellschaft zu gewährleisten und gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Es wird ein umfangreiches Benchmarking durchgeführt, um das Wettbewerbsverhalten der Konkurrenz zu analysieren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in diese Prozesse eingearbeitet und sensibilisiert. Zur Werterhaltung unserer Immobilie werden regelmäßig Instandhaltungsaufwendungen durchgeführt, sodass die Nutzung zukünftig uneingeschränkt möglich sein sollte.

F 2. Ertrags-, Liquiditäts- und Ausfallrisiken

Die LAH ist abhängig von der Entwicklung des Veranstaltungsmarktes, insbesondere im regionalen Umfeld. Durch gezielte Maßnahmen wird versucht, Wettbewerbsvorteile gegenüber der Branche zu erreichen.

Stark belastend für die Rentabilität und die Liquidität sind insbesondere die erheblichen Finanzierungskosten der Immobilie. Aus diesem Grund hat die Sicherung der Liquidität (Zahlungsfähigkeit) höchste Priorität für die Gesellschaft. Durch einen vereinbarten Kreditrahmen mit einer städtischen Beteiligungsgesellschaft wurde der sich aus der kontinuierlichen Liquiditätsplanung ergebende Kapitalbedarf im Berichtsjahr sichergestellt.

Ausfallrisiken bestehen branchentypisch, werden jedoch durch aktives Forderungsmanagement überwacht. Es besteht ein funktionierendes Mahnwesen. Im Bedarfsfall werden Forderungen per Anwalt bzw. gerichtlich beigetrieben.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

G 1. Prognosebericht

Die in der Gesellschafterversammlung am 25.07.2017 beschlossenen Planungen für die Folgejahre 2017 bis 2022 weisen ein konstantes Anbuchungsverhalten und relativ konstante Fixkosten aus. Das sich somit weiterhin ergebende negative Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit soll auch zukünftig durch gleichbleibende Zuschüsse der Stadt Oberhausen ausgeglichen werden.

Die bisherigen Planungen der Gesellschafterin sahen vor, das CCO zum Jahresbeginn 2018 möglichst von einem Generalpächter betreiben zu lassen. Untersuchungen, die im Auftrag der Stadt Oberhausen angestellt wurden, haben gezeigt, dass ein freier Markt für Betreiber von Veranstaltungshallen nicht existiert. Derzeit wird durch persönliche Ansprache bekannter Akteure versucht, einen Betreiber zu identifizieren. Die Geschäftsführung geht zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass die derzeitige Betriebsstruktur mit selbst erbrachter Veranstaltungsorganisation und verpachteter Gastronomieleistung mittelfristig beibehalten werden wird.

G 2. Chancenbericht

Mit der zuvor beschriebenen Kapitalerhöhung ändert sich die bilanzielle Situation der LAH deutlich. Auch die finanzielle Situation wird sich durch die laufenden Einsparungen von Zinsaufwendungen verbessern. Hieraus sollten sich auch bei der Prolongation der verbleibenden Darlehen deutliche Verbesserungen der Konditionen ergeben.

Die neue Geschäftsführung strebt eine Optimierung des Auftritts des CCO in der öffentlichen Wahrnehmung an. Wie auch von Branchenkennern und Unternehmensberatern bestätigt wurde, ist das Kongresszentrum in den Fachzeitschriften und –organisationen seit Jahren nicht vertreten.

Die neue Geschäftsführung hat es sich zur Aufgabe gemacht, das CCO wieder in den Focus der Veranstalter zu rücken und somit eine Verbesserung der Auslastung zu erreichen. Die verbesserte wirtschaftliche Situation bietet hier gewisse, wenn auch eng begrenzte, Chancen, durch Optimierung der Werbemittel, Nutzung sozialer Medien sowie weitere Maßnahmen Aufmerksamkeit für das Kongresszentrum zu erzielen. Darüber hinaus sollen bestehende Zusammenarbeiten mit Veranstaltern optimiert bzw. neue Kooperationen vereinbart werden.

Die zufriedenen Bestandskunden werden bei diesen Maßnahmen nicht aus den Augen verloren.

G 3. Risikobericht

Die Gesellschaft wird auch in den kommenden Jahren planmäßig keine ausreichenden finanziellen Mittel aus der üblichen Geschäftstätigkeit generieren, um ihren laufenden Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher grundsätzlich gefährdet und nur unter der Annahme der kurz- und mittelfristigen Aufrechterhaltung der folgenden wesentlichen Maßnahmen möglich:

Fortführung der mit einer sechsmonatigen Kündigungsfrist zum Jahresende kündbaren Verlustausgleichsvereinbarung zwischen der Stadt Oberhausen und der LAH, welche einen jährlichen ertragswirksamen Liquiditätszuschuss von bis zu TEUR 1.176 vorsieht.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses liegen der Geschäftsführung keine Hinweise darauf vor, dass die Stadt Oberhausen ihre in der Vergangenheit stetig gewährten Zuschüsse nicht auch künftig in unverändertem Umfang aufrechterhalten wird. Der vorliegende Jahresabschluss wurde daher unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

Fortführung der nebenamtlichen Geschäftsführung
Die zurzeit nebenamtliche Geschäftsführung entlastet das Personalbudget der LAH ähnlich wie die in den letzten Jahren erfolgte unentgeltliche Tätigkeit des Geschäftsführers. Eine hauptamtliche Geschäftsführung müsste sich durch zusätzliche Veranstaltungen selbst refinanzieren. Die Voraussetzungen für eine grundsätzlich wünschenswerte hauptamtliche Aufgabenwahrnehmung sollen durch die oben beschriebenen Optimierungsmaßnahmen mittelfristig herbeigeführt werden.

Im Personalbereich setzt die LAH auch künftig auf einen Kernstamm von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin. Durch die sehr dünne Personaldecke ergeben sich zwangsläufig Risiken.

Ein weiteres Risiko besteht im Personalbereich darin, dass den Beschäftigten über die Rheinische - Zusatzversorgung - Versorgungskasse, Köln, („RZVK“), Ansprüche auf Versorgungsrenten und andere Leistungen zustehen. Da die Zusatzversorgungskasse als Unterstützungskasse konzipiert ist, besteht eine Einstandspflicht der LAH für etwaige Deckungslücken zwischen anteiligem Vermögen der LAH an der Unterstützungskasse und Versorgungsansprüchen der versicherten Beschäftigten. Zum Ausgleich dieser Deckungslücke erhebt die RZVK derzeit einen jährlichen Sanierungsbeitrag von

ihren Mitgliedern in Höhe von derzeit 3,5% auf die beitragspflichtigen Löhne und Gehälter. Risiken bestehen insbesondere in der weiteren Entwicklung dieses Beitrages sowie in der allgemeinen demographischen Entwicklung, die steigende Umlagesätze erwarten lässt.

Die Rahmenbedingungen erlauben es der LAH grundsätzlich nicht, Risiken einzugehen (z. B. für eigene Veranstaltungskonzepte Geld einzusetzen). Es ist eine der wesentlichen Aufgaben der Geschäftsführung, Rahmenbedingungen und Prozesse der Risikominimierung für die LAH festzulegen, deren Einhaltung zu überwachen und mit den Beschäftigten (insbesondere im Vertrieb) regelmäßig die Entwicklung der Risiken in den jeweiligen Bereichen zu analysieren. Grundlage für ein gutes Risikomanagement ist die zuverlässige und schnelle Versorgung der Geschäftsführung mit relevanten Informationen zum Verlauf des Geschäftes. Die Geschäftsführung informiert sich permanent über die Entwicklung wesentlicher Kennzahlen der Geschäftstätigkeit der einzelnen Bereiche und über die monetären Ergebnisse.

Der Wettbewerb im Veranstaltungsstättenmarkt im Rhein-Ruhr-Gebiet hat in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich zugenommen. In dem Markt sind Anbieter tätig bzw. es drängen Anbieter in ihn hinein, die über ein breites Serviceportfolio und auch etablierte Kundenbeziehungen verfügen. Die zukünftige Entwicklung der LAH hängt wesentlich davon ab, wie gut es dem Unternehmen gelingt, als spezialisierter Dienstleister für alle Veranstaltungsformen am Markt adäquate Preise für seine Dienstleistungen durchzusetzen.

Die Umsatzplanungen unterliegen immer einer gewissen Unsicherheit, da die Verträge mit den Kunden immer kurzfristiger geschlossen werden und es oft nur Einzelverträge für Veranstaltungen gibt. Die in den Planrechnungen 2017 ff. berücksichtigten Vermietungsumsätze müssen trotz der Prognoseunsicherheit erreicht werden. Alternativ müssen Aufwandsreduzierungen realisiert werden. Nach Einschätzung der Geschäftsführung bestehen bei der Stadt Oberhausen weder Möglichkeiten noch die Bereitschaft, den Verlustausgleich zu erhöhen.

Die von der LAH für namhafte Kunden durchgeführten Veranstaltungen sind teilweise mit einer erheblichen Wirkung in der Öffentlichkeit verbunden. Qualitätsmängel bei der Leistungserbringung können daher zu einer negativen Außenwirkung führen, die den Verkauf der angebotenen Leistungen und damit die zukünftige Geschäftsentwicklung in signifikantem Umfang beeinträchtigen würde.

Das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfungen Bergisches Land, Solingen, führt zurzeit bei der LAH GmbH eine steuerliche Außenprüfung für die Geschäftsjahre 2012 – 2015 durch. Ein Betriebsprüfungsbericht liegt noch nicht vor.

Ausblick

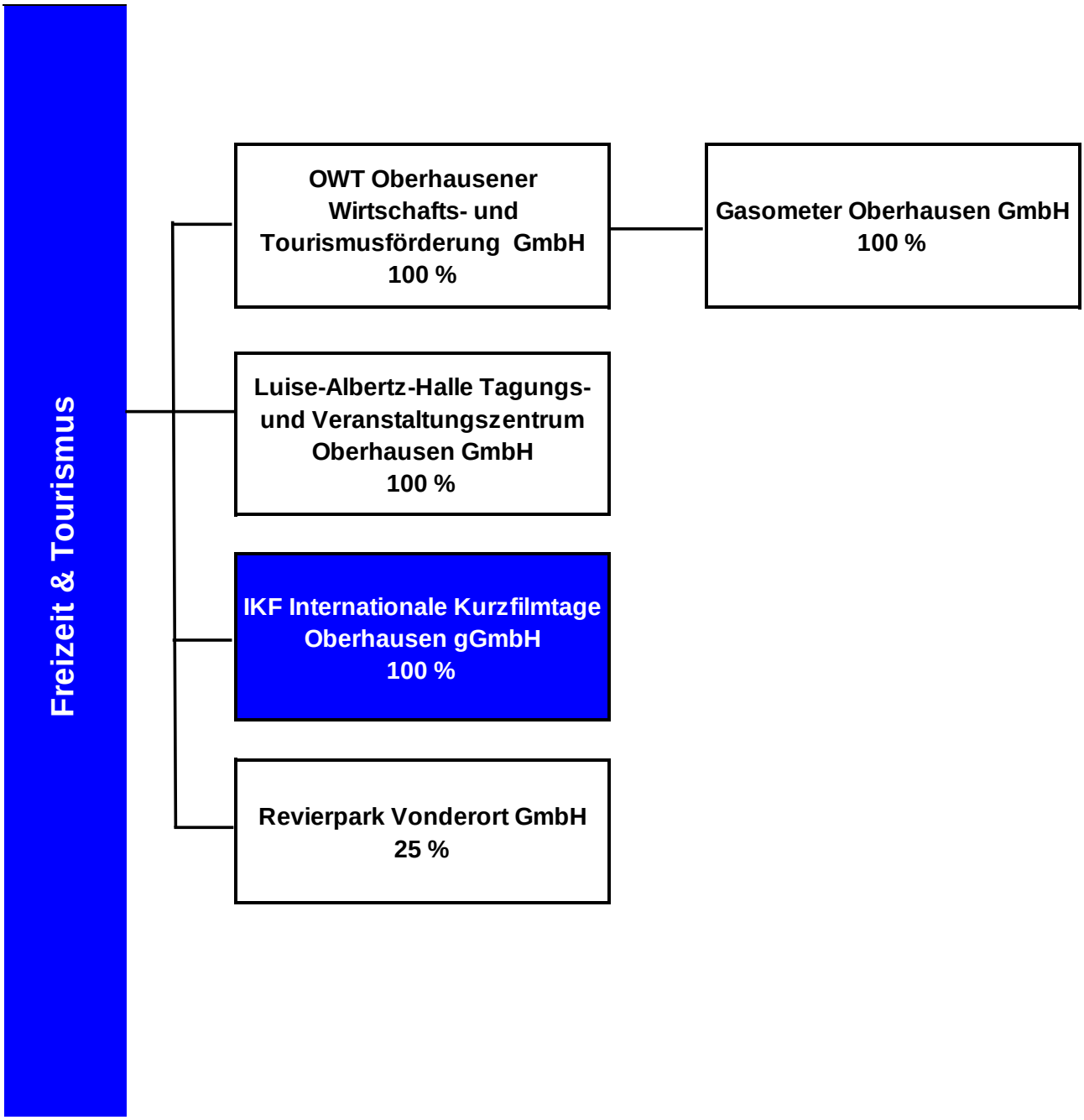
Sofern die von der Gesellschafterin Stadt Oberhausen vorgesehene Verpachtung des Gesamtbetriebs des CCO nicht umsetzbar ist, wird auch nach Auslauf des bis zum 31.12.2017 geschlossenen Gastronomiepachtvertrages eine Fortführung des Vermietungsgeschäfts in Eigenregie mit gesonderter Verpachtung des Gastronomiebetriebs notwendig werden. Über die endgültige zukünftige Ausrichtung wird die Stadt Oberhausen voraussichtlich Ende August 2017 entscheiden.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass es der LAH mit Hilfe der unter Abschnitt E. erläuterten Kapitalerhöhung möglich ist, ihre laufende Liquidität unter Berücksichtigung des städtischen Verlustausgleichs selbst sicherzustellen. Mit Hilfe der geplanten Maßnahmen zur Steigerung der Wahrnehmung am Markt soll die Auslastung möglichst erhöht und somit eine weitere Verbesserung der Jahresergebnisse erzielt werden.

Oberhausen, 11. August 2017

Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

Detlef Sprenger / Klaus Lerch
Geschäftsführung


Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 100 %
Gasometer Oberhausen GmbH 100 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100 %
Revierpark Vonderort GmbH 25 %

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Grillostr. 34 46045 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208 / 825 2420
Fax	0208 / 825 5413
Internet	info@kurzfilmtage.de
Internet	www.kurzfilmtage.de
Rechtsform:	gGmbH
Stammkapital in T€:	25,57

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,57	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und anderer kurzer Formen technischer Medien.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftzweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag vom 03.12./18.12.2009 im Bereich der Materialwirtschaft, Post- und Botendienste, Medienwerkstatt, Druck und Grafik, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit,Telekommunikation und IT
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Film- und Videoarchivs
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Grundstücks Grillostr. 34 nebst aufstehendem Gebäude inkl. Inventar
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Gass, Lars Henrik
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Wolter, Marita
	Mitglied gem. § 113 GO	Hüttemann, Claudia
	Mitglied	Arlt, Gerd
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Brodrick, Helmut
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Derksen, René
	Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
	Mitglied	Dröhne, Manuel
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Kauenhowen, Eva
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Köster, Volker
	Mitglied	Lepges, Gerd
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Walther, Andrea-Cora
	Mitglied	Wrobel, Hans-Günter
	Mitglied	Schmidt, Georgis
	Mitglied	Kaiser, Manuela
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Kocks, Sandra
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
	stellv. Mitglied	Benter, Christian
	stellv. Mitglied	Bongers, Sonja
	stellv. Mitglied	Flecken, Sebastian
	stellv. Mitglied	Prof. Dr. Günter, Roland
	stellv. Mitglied	Haller, Thomas
	stellv. Mitglied	Ilhan, Nuran
	stellv. Mitglied	Kösling, Anja
	stellv. Mitglied	Luchmann, Volker
	stellv. Mitglied	Mertens, Ursula
	stellv. Mitglied	Nowak, Annemarie
	stellv. Mitglied	Pascheberg, René
	stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee
	stellv. Mitglied	Schneider, Josef
	stellv. Mitglied	Schucker, Rainer
	stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
	stellv. Mitglied	Stöck, Gerold
	stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	stellv. Mitglied	Wolter, Horst
	stellv. Mitglied	Holstein, Friedhelm
	stellv. Mitglied	Schuler, Anne

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	71,79	23,2	52,50	14,6	34,92	11,1	-17,58	-33,49
Umlaufvermögen	234,05	75,8	303,10	84,4	277,83	87,9	-25,27	-8,34
Rechnungsabgrenzungsposten	3,04	1,0	3,56	1,0	3,18	1,0	-0,38	-10,67
Bilanzsumme	**308,88**	**100,00**	**359,16**	**100,00**	**315,93**	**100,00**	**-43,23**	**-12,04**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	106,68	34,5	109,23	30,4	112,23	35,5	3,00	2,75
Sonderposten mit Rücklagenanteil	56,34	18,2	40,14	11,2	23,94	7,6	-16,20	-40,36
Rückstellungen	136,19	44,1	147,67	41,1	148,60	47,0	0,93	0,63
Verbindlichkeiten	6,67	2,2	13,78	3,8	31,16	9,9	17,38	126,12
Rechnungsabgrenzungsposten	3,00	1,0	48,35	13,5			-48,35	-100,00
Bilanzsumme	**308,88**	**100,00**	**359,16**	**100,00**	**315,93**	**100,00**	**-43,23**	**-12,04**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	130,33	124,04	137,85
sonstige betriebliche Erträge	1.268,07	1.237,12	1.242,46
Materialaufwand	729,33	699,00	715,84
Personalaufwand	565,72	548,43	549,95
Abschreibungen	17,24	22,52	24,32
sonstige betriebliche Aufwendungen	83,81	88,58	86,92
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,12	0,06	0,02
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2,41	2,70	3,31
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,17	0,16	0,31
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	2,25	2,54	3,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	2,25	2,54	3,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2014	31.07.2015	31.07.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,72	2,05	2,18	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,11	2,33	2,68	%
Cash-Flow:	19,49	25,06	27,32	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	155,38	151,24	153,37	T€

Personalaufwandsquote:	40,45	40,29	39,84	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2014	**31.7.2015**	**31.7.2016**	Angaben in
Sachanlagenintensität:	21,12	13,39	9,99	%
Eigenkapitalquote:	34,54	30,41	35,52	%
Fremdkapitalquote:	65,46	69,59	64,48	%

e.) Lagebericht

Entwicklung

Die Gesellschaft hat seit ihrer Gründung im Jahr 1999 ihr Leistungsspektrum kontinuierlich gesteigert und seit dem Jahr 2000 beinahe verdoppelt. Durch Innovationen und stetige strategische Weiterentwicklung können sich die Kurzfilmtage in der immer größer werdenden Festivallandschaft seit mehr als sechs Jahrzehnten behaupten. Eine Herausforderung stellte und stellt weiterhin die rasante digitale Entwicklung im Filmbereich, aber auch der Datenverarbeitung dar. Wirtschaftlicher Mitteleinsatz sowie zusätzlich erreichte Mittel ermöglichten es, mit der Digitalisierung weitgehend Schritt zu halten. Zudem konnten durch gemeinsame Nutzung bzw. Entwicklung mit anderen Festivals die Investitionskosten z. B. in den Bereichen Technik und Onlineservices für den Einzelnen erheblich reduziert werden. Im Berichtsjahr konnte zudem der Umzug des umfangreichen Filmarchivs, einhergehend mit dem Austausch von mehr als tausend Filmdosen, in das neue Stadtarchiv mit besseren Lagerbedingungen abgeschlossen werden.

Nachdem mit Einsetzen der Finanzkrise im Jahr 2009 die Sponsoringerlöse deutlich zurückgegangen waren, konnten im Jahr 2010 zur Deckung von allgemeinen Kostensteigerungen im Personalbereich bei der Stadt Oberhausen und für den Bereich der Sachmittel beim Land Nordrhein-Westfalen Zuschussanhebungen erreicht werden. Trotz leichter Erholung der Wirtschaftslage kann an das Niveau der Sponsoringerlöse der Vergangenheit nicht annähernd angeschlossen werden. Die Möglichkeit weggefallene Sponsoringerlöse durch Stiftungszuwendungen zu ersetzen, wird durch das extrem niedrige Zinsniveau erschwert. Allgemeine Kostensteigerungen zehren erreichte Zuschussanhebungen weitgehend auf. Nach der Neuauflage des EU-MEDIA Programms mit angepassten Förderbedingungen konnte die Gesellschaft erstmals seit Jahren ab dem Festivaljahr 2014 wieder eine EU-Förderung erreichen. Darüber hinaus wurde im Berichtsjahr nach langjährigen Bemühungen wieder eine Festivalförderung durch den RVR bewilligt. Hierdurch können kurzfristig mögliche Unterdeckungen in der Festivalfinanzierung vermieden werden. Die notwendige Planungssicherheit und eine finanzielle Absicherung des Festivals können aber nur durch öffentliche Zuschüsse gewährleistet werden, die zudem mittelfristig auch allgemeine Kostensteigerungen berücksichtigen. Sowohl Sponsoringerlöse als auch Stiftungszuwendungen können auf Grund ihrer Unsicherheit in weiten Teilen nur für einzelne Projekte und Programme herangezogen werden, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Wie in den Vorjahren lag das Hauptaugenmerk der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2015/16 in der Erfüllung des ihr vorgegebenen Satzungszwecks. Mit der Durchführung des Festivals und den Aktivitäten im Bereich Archiv/Verleih sowie Sonderprojekten wurden diese satzungsmäßigen Aufgaben wahrgenommen.

In der Aufsichtsratssitzung vom 09.06.2015 wurden die inhaltlichen und finanziellen Ziele für das Geschäftsjahr 2015/16 festgelegt. Der Wirtschaftsplan wurde im Geschäftsjahresverlauf fortgeschrieben und in der Aufsichtsratssitzung vom 12.04.2016 letztmalig den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die im angepassten Wirtschaftsplan festgelegten finanziellen und inhaltlichen Ziele für das Geschäftsjahr 2015/16 wurden weitgehend erreicht. Öffentliche Zuwendungen wurden in beantragter Höhe bewilligt.

Mit über 20.000 Eintritten inklusiver aller Nebenveranstaltungen verzeichneten die Kurzfilmtage einen Rekord. Insbesondere Studentengruppen der Filmhochschulen wurden erneut durch besondere Konditionen angesprochen. Auch das Fachinteresse blieb hoch, knapp 1.100 Industrievertreter aus rund 50 Ländern akkreditierten sich. Durch den Feiertag am 5. Mai, der auf das Festival fiel, konnten nicht in gewohntem Maße Kinder- und Jugendprogramme für Schulen durchgeführt werden. Im Vergleich zum Vorjahr, das ebenfalls durch den Maifeiertag das Schulangebot einschränkte, sind die Eintritte konstant.

Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gemeinnützige GmbH schließt mit Ende des Geschäftsjahres 2015/16 erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr ab. Das Jahresergebnis weist einen leichten Überschuss aus, der der satzungsmäßigen Rücklage zugeführt werden sollte.

Die Kostenentwicklung differierte in einigen Positionen vom Plan auf Grund vorzunehmender Rückstellungen, Kostensteigerungen, aber auch Kostenreduzierungen, die zum Zeitpunkt der Planerstellung nicht vollends absehbar waren. Jedoch konnten Mehrausgaben in einigen Positionen durch Minderausgaben an anderer Stelle deutlich ausgeglichen

werden. Im Berichtsjahr geplante digitale Weiterentwicklungen, wie Website-Anpassungen, Ausbau von Online-Services sowie die Einrichtung einer Online-Datenbank konnten aus Zeitgründen nicht mehr vollständig umgesetzt werden. Dies sowie die Neuausrichtung der Distributionswege für Magazin und Plakate führten in der Öffentlichkeitsarbeit zu deutlichen Minderausgaben. Kosten für digitale Anpassungen werden sich in Teilen ins kommende Geschäftsjahr verlagern. Bereinigt um Kosten für einmalige Projekte liegen die Aufwendungen für bezogene Leistungen in der Summe unter den Planansätzen. Diese Abweichung resultiert überwiegend aus der Verlagerung eines Projektteiles in das kommende Geschäftsjahr sowie aus dem verstärkten Einsatz von befristet Angestellten und Aushilfen zur Betreuung einzelner Programmsegmente und zur Durchführung von einmaligen Projekten statt des Einsatzes von Honorarkräften. Diese befristeten Anstellungen führen ebenso wie zu bildende Rückstellungen auch zu einer Abweichung vom angepassten Planansatz im Bereich der Personalkosten.
Mit Ablauf des Geschäftsjahres beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers, sowie eine Mitarbeiterin in Elternzeit. Auf Grund der Elternzeit wurde bis Juli 2016 eine Vertretungsregelung getroffen. Zwei der Mitarbeiter sind auf Teilzeitbasis mit flexibler Jahresarbeitszeit eingestellt, vier auf Teilzeitbasis mit verringerter Wochenarbeitszeit. Zwei weitere Mitarbeiter werden auf der Basis von Werkverträgen für das Festival aktiv. Weiterhin beschäftigt die Gesellschaft stundenweise zwei freie Mitarbeiter im Bereich des Archivs und Verleihs. Für den Festivalbetrieb beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zwischen 15 und 20 Aushilfen. Kuratoren, Künstler, Autoren, Übersetzer und Filmvorführer werden auf Basis von Werk- und Honorarverträgen beschäftigt. Ziel der Personalplanung ist eine vernünftige Balance zwischen Kostenreduktion und Kontinuität. In allen Bereichen, in denen dies möglich ist, wird entweder in Teilzeit oder sogar auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Bei bestimmten Tätigkeiten ist dies aber sowohl aus arbeitsrechtlicher Perspektive als auch mit Blick auf das Qualitätsmanagement kaum darstellbar. Der Personalkostenanteil für fest angestelltes Personal kann weiterhin als konstant angesehen werden und liegt aktuell bei 36,6% (Vorjahr 36,5%).

Auch im Festivaljahr 2016 haben die Kurzfilmtage den in der Vergangenheit eingeschlagenen Weg fortgesetzt, Kostensenkungen zu erreichen bzw. Kostensteigerungen zu vermeiden. Jedoch können selbst durch äußerst wirtschaftlichen Mitteleinsatz inflationsbedingte Kostensteigerungen nicht dauerhaft vollständig aufgefangen werden, auch wenn diese weiterhin unter dem vom Statistischen Bundesamt angegebenen Index liegen. Einsparpotentiale zu ermitteln, ohne das Leistungsspektrum einzugrenzen, wird zunehmend schwieriger. Die Umsetzung noch ermittelter Einsparpotentiale steht zudem in Abhängigkeit von Investitionen, die die Gesellschaft aus laufenden Mitteln kaum aufbringen kann.

Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Zur Finanzierung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber wurden im Herbst/Winter 2015 Anträge auf Projektförderung gestellt, die durchgehend wie beantragt bewilligt wurden. Die bewilligte EU-Förderung wurde im Berichtsjahr nicht ertragswirksam erfasst, da der reale Anspruch erst im Herbst/Winter 2016 nach der Auswertung des Abschlussberichts mit dem Nachweis der Anspruchsvoraussetzungen, insbesondere mit dem geforderten Anteil von 70% europäischer Filme, als tatsächlich entstanden angesehen werden kann. In Vorjahren festgestellte, nicht nachvollziehbare Abweichungen in der Bewertung der förderfähigen Anzahl an Filmen, lassen aus Vorsichtsgründen eine erfolgswirksame Erfassung erst nach Vorliegen des Auswertungsberichts im folgenden Geschäftsjahr zu.

In den vorangegangenen Jahren wurde das Projektsponsoring weitgehend von Stiftungen übernommen, nachdem im Zuge der Wirtschaftskrise Wirtschaftsunternehmen sich zunehmend aus der Kulturförderung zurückgezogen haben. Stiftungsförderungen werden den sonstigen betrieblichen Erträgen zugeordnet und führen gegenüber den Vorjahren zu geringeren Anteilen im Bereich Umsatzerlöse. Der Anteil der Umsatzerlöse an der Gesamtleistung erreicht im Berichtsjahr einen Wert von 10%. Die erreichten Umsatzerlöse unterschreiten bedingt durch die Verschiebung eines Projektanteils in das kommende Geschäftsjahr den angepassten Planansatz um knapp 3%, liegen jedoch geringfügig über dem Vorjahreswert (9,2%). In den Bereichen Sponsoring und Anzeigen wurden die angepassten Planansätze nur knapp erreicht. Die Sponsorenerlöse von Wirtschaftsunternehmen liegen im Berichtsjahr leicht über denen des Vorjahres und können ebenso wie Anzeigenerlöse als beinahe konstant angesehen werden und tragen weiterhin zur Finanzierung des Festivals bei. Die Erlöse aus dem Verleih sanken im Vergleich zum Vorjahr um 50%. Begründet liegt dieser Rückgang in dem Verzicht auf die Tournee „Oberhausen on Tour“ im Berichtsjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Tournee stets Aufwendungen in etwa gleicher Höhe gegenüber stehen. Ohne Berücksichtigung der Tourneeerlöse konnten die Erlöse aus dem Verleih leicht gesteigert werden und erreichten das angepasste Plansoll. Die Eintrittserlöse sanken trotz Rekord bei den Eintritten um rd. 10%, da mehr Veranstaltungen als im Vorjahr kostenlos angeboten wurden, etwa die Ausstellung im Verein für aktuelle Kunst, die mehrere Hundert Eintritte verzeichnete. Die Umsatzerwartungen wurden daher leicht unterschritten und lagen rd. 7% unter dem Planansatz.

Trotz vieler Anstrengungen im Bereich der Umsatzerlöse erreichen diese nicht die Höhe der Geschäftsjahre vor Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009. Im Vergleich zum Vorjahr konnte jedoch insbesondere durch Kooperationen, aber auch durch sonstige Dienstleistungen ein Zuwachs in Höhe von 10% verzeichnet werden. Trotz intensiver Akquise ist eine deutlich positive Entwicklung der Einnahmesituation im Bereich Sponsoring in nächster Zukunft nicht zu erwarten. Durch bewilligte Zuschüsse öffentlicher Geldgeber, Zuwendungen und erreichte Umsatzerlöse war das Festival zu jeder Zeit finanziell abgesichert.

Auf Grund der Vorlage der Steuererklärungen erhielt die Gesellschaft am 19.08.2016 vom Finanzamt Oberhausen-Süd, vorbehaltlich der Nachprüfung, den Freistellungsbescheid für 2015 zur Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer. Laut

Freistellungsbescheid ist die Körperschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient. Ausgenommen hiervon ist der von der Körperschaft unterhaltene wirtschaftliche Geschäftsbetrieb, der der Steuerpflicht unterliegt.
Neben den gewöhnlichen Aktivitäten wurden im Geschäftsjahr 2015/16 erneut zusätzliche einmalige Projekte durchgeführt, für die sowohl von Zuschussgebern als auch Stiftungen und sonstigen Institutionen zweckgebundene Mittel zur Verfügung gestellt wurden.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet und kann als solide betrachtet werden. Die Bilanzsumme beträgt 316 TEUR und weist einen Anteil an liquiden Mitteln von 80,3% aus. Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Das Eigenkapital in Höhe von 112 TEUR setzt sich zusammen aus gezeichnetem Kapital und satzungsmäßiger Rücklage nach § 58 Nr. 6 AO und erreicht eine Quote von 35,5%.

Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gemäß § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2015/2016

Durch die Wahrnehmung der unter 1. dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2015/2016 haben sich nicht ereignet.

Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Hauptziel der Gesellschaft ist auch weiterhin die langfristige Sicherung und offensive Weiterentwicklung des Festivals. Dies bezieht sich zum einen auf die Akquise von Sponsoren und Medienpartnern, die Einbindung weiterer öffentlicher Zuschussgeber und Partner für Einzelprojekte, zum anderen auf die Erschließung von neuen Besuchergruppen sowie die Entwicklung neuer Projekte.

Das Festival hatte in der Vergangenheit im Vergleich mit der Festivallandschaft in Deutschland eine überproportionale Quote an privaten Mitteln erreicht. Eine intensive Ansprache der Privatwirtschaft bleibt auch weiterhin für das Festival unerlässlich. Die letzten wirtschaftlichen Ergebnisse zeigen jedoch, dass Sponsoring als Finanzierungsquelle für die Kernaufgaben des Festivals keine geeignete Perspektive darstellt und nur über Fördermittel eine notwendige Planungssicherheit gegeben ist. Mit Sponsoringerlösen ebenso wie mit Stiftungszuwendungen können vor allem einzelne Projekte und (temporäre) Programme, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen, finanziert werden. Projektgebundene Förderungen bedeuten jedoch neben direkten Projektkosten oftmals innerbetrieblichen Mehraufwand bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Buchhaltung usw. Aus diesem Mehraufwand resultierten eindeutig Mehrkosten für die Gesellschaft durch Mehrstunden, die zum Jahresende vergütet werden müssen und die finanziell nur knapp von den Förderungen gedeckt sind. Bei allem Renommee, das auf diesem Wege erreicht werden kann, darf daher nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Finanzierung des Kerngeschäftes der Kurzfilmtage immer schwieriger wird.

Bei stagnierenden Zuschüssen ist eine dauerhafte Finanzierung des Festivals in der bisherigen Form nicht denkbar und kann das Leistungsspektrum auch nicht aufrecht erhalten werden. Mit den Zuschussanpassungen in den Vorjahren wurde der Gesellschaft mittelfristig der finanzielle Spielraum gegeben, notwendige Anpassungen und Erweiterungen im Bereich Personal und Sachmittel zu decken und unvorhersehbare Aufwendungen aufzufangen. Mit dem Einsatz neuer Kommunikationswege und angepassten modernen Arbeitsmethoden ist es in den letzten Jahren gelungen, in vielen Bereichen Kostensenkungen zu erreichen bzw. Aufwandssteigerungen zu verhindern, ohne die Unterdeckungen nicht zu vermeiden gewesen wären. Die Kostensteigerungen der Gesellschaft sind überaus moderat. Es werden alle Anstrengungen unternommen, diesen Weg fortzusetzen. Die erreichte EU-Förderung verschafft der Gesellschaft nur kurzfristig leichten finanziellen Spielraum, da die erreichten Zuschusserhöhungen bereits im Vorjahr durch unabwendbare allgemeine Kostensteigerungen aufgezehrt waren. Für das Geschäftsjahr 2016/2017 sowie für Folgejahre wird die Geschäftsführung daher alle Anstrengungen unternehmen, die Voraussetzungen zur Erfüllung der Förderkriterien des EU MEDIA-Programms zu schaffen und somit mittelfristig einen zusätzlichen Zuschussgeber zu gewinnen. Darüber hinaus ist die Geschäftsführung bestrebt, die Festivalförderung durch den RVR dauerhaft zu erreichen. Langfristig kann die Festivalfinanzierung nur durch Zuschüsse gesichert werden, die die allgemeinen Kostensteigerungen berücksichtigen.

Die Sponsoringakquise wurde in der Vergangenheit fortlaufend verbessert, etwa durch aufwändig gestaltete digitale Unterlagen mit aussagekräftigem Zahlenmaterial zur Leistungsbilanz und zu den Darstellungsmöglichkeiten. Seit der Finanzkrise ist es jedoch trotz leichter Erholung der Wirtschaftslage schwierig, die Erlössituation zu halten oder gar deutlich zu verbessern. Sowohl große Unternehmen als auch Stiftungen haben mit Blick auf die ungewisse Konjunkturentwicklung bzw. das sehr niedrige Zinsniveau ihr Engagement im Bereich Kultur eingeschränkt oder sogar

eingestellt. Insbesondere Partner aus Vorjahren reduzierten ihr Engagement bzw. verlagerten es auf andere Bereiche. Es ist erkennbar, dass sich im gesamten Kulturbereich ein ähnliches Bild zeigt. Es ist vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen derzeit nicht absehbar, ob und ggf. wann eine positive Entwicklung wieder einsetzen wird.
Zur Sicherung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber werden jährlich Anträge auf Projektförderung gestellt. Neben den bereits eingeführten Zuschussgebern werden je nach Projektstand auch weitere mögliche öffentliche Fördergeber angesprochen. Für das Festivaljahr 2017 werden alle Anträge auf öffentliche Förderung bis Ende des Jahres 2016 gestellt. Eine Aussage zur Wahrscheinlichkeit der Bewilligungen kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden.

Die Stadt Oberhausen als alleinige Gesellschafterin hat im Festivaljahr 2010 nach zehn Jahren mit gleicher Zuschusshöhe eine Anpassung bewilligt, da auf Grund der rückläufigen Umsatzerlöse Personalkostensteigerungen nicht mehr wie in der Vergangenheit allein von der Gesellschaft aufgefangen werden konnten. Überfällige Gehalts- und Honoraranpassungen konnten vollständig umgesetzt werden. Will man einen Leistungsrückgang vermeiden, werden allein zur Deckung zukünftiger jährlicher Personalkostensteigerungen weitere Anpassungen notwendig. Die Geschäftsführung hat der Gesellschafterin vorgetragen, den Zuschuss, wie im Festivaljahr 2015 erstmalig geschehen, auch zukünftig jährlich um wenigstens 1% anzupassen.

Auf Grund der unsicheren Haushaltssituationen bei Bund, Ländern und Gemeinden und der angespannten wirtschaftlichen Situation kann die Gesellschaft kein wirklich aussagekräftiges Szenario zur möglichen Entwicklung der Zuschüsse erstellen. Zumindest wurden bisher keine weiteren Kürzungen angekündigt. Sollten Anpassungen ausbleiben oder sich sogar Kürzungen bei öffentlichen Zuschussgebern ergeben, so werden voraussichtlich Leistungsspektrum und Leistungsbilanz des Festivals hiervon unmittelbar und deutlich betroffen sein.

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde der Vertrag mit dem Festivalkino Lichtburg Filmpalast für die Dauer von fünf Jahren neu verhandelt. Das Niveau des Mietzinses konnte gehalten werden. Zur Deckung zu erwartender allgemeiner Kostensteigerungen ist eine jährliche Anpassung des Mietzinses in Höhe von 1,5 v.H. festgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2010/2011 wurde der Vertrag mit der OGM GmbH überarbeitet und in einem verringerten Leistungsumfang für die Dauer von fünf Jahren neu geschlossen. Der Leistungsvertrag beinhaltet eine automatische Verlängerung um ein Jahr, soweit nicht gekündigt wird.

Im Geschäftsjahr 2016/17 sind drei befristete Teilzeitverträge neu zu verhandeln, wobei deutliche Veränderungen nicht zu erwarten sind. Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH wird im Geschäftsjahr voraussichtlich neun angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers, beschäftigen. Auf die Besetzung einer Ausbildungsstelle muss aus finanziellen Gründen verzichtet werden. Die unmittelbare Festivalvorbereitung kann nach wie vor nur unter Zuhilfenahme von kurzfristigen Aushilfen, Zeitarbeits- und Honorarkräften sowie freien Mitarbeitern erfolgen. Um einen reibungslosen Festivalbetrieb mit stetig wachsenden Anforderungen zu gewährleisten und den Mehraufwand für projektbezogene Förderungen abzudecken, werden auch in diesem Bereich weitere Anpassungen notwendig werden.

An der Aufschlüsselung der steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betätigungsfelder der Gesellschaft in die Zweckbetriebe „Festival“ und „Archiv & Verleih“ sowie dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb „Anzeigen, Sponsoring, Verkauf von Marchandiseartikeln“ wird auch künftig festgehalten.

Die Geschäftsführung ist bestrebt, die internationale Bedeutung und Anerkennung des Festivals fortlaufend neu zu behaupten. Dabei steht die behutsame Weiterentwicklung der historischen Substanz des Festivals im Mittelpunkt der Bemühungen der Markenführung. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig wahrzunehmen, auf diese zu reagieren, sie in Programme zu übertragen und dafür auch neue Zielgruppen zu erschließen, hat in Oberhausen eine lange Tradition. Insbesondere im Bereich des Kurzfilms ist die ständige Regenerierung des Fachpublikums dringend erforderlich. Nur eine fortgesetzte strategische internationale Vernetzung mit wichtigen Partnern, ein Programmprofil, das höchsten Ansprüchen im internationalen Vergleich genügt, sowie eine anhaltend intensive und kreative Öffentlichkeitsarbeit können die Gesellschaft nachhaltig sichern.

Weiterhin steht vor allem die strategische Weiterentwicklung der Bereiche Onlineauftritt, Filmbildung und Kunstmarkt auf der Agenda.Hier wurden in den letzten zehn Jahren bereits außerordentlich gute Ergebnisse erzielt, zuletzt mit der Einführung des SEMINARS, das sich an Filmemacher, Kuratoren und Wissenschaftler gleichermaßen richtet und sich vollständig über Teilnahmegebühren finanziert. Aus diesem Projekt erwuchsen weitere Impulse für Fachbesucher, das Festival zu besuchen.

Eine große Herausforderung stellt derzeit auch die Weiterentwicklung der Aktivitäten zur Ansprache eines Breitenpublikums dar, insbesondere durch eine neue Gestaltung und Verteilung von Printprodukten, in der Außenwerbung, aber vor allem auch im Bereich E-Marketing (Soziale Medien und Website).

Die Datenbank der Kurzfilmtage wird künftig für externe Nutzer noch komfortabler. In diesem Bereich sind wegen der rasanten technischen Entwicklung stetig Aufwendungen nötig, insbesondere mit Blick auf die Vernetzung von Onlineauftritt und Datenbanken. Die Kurzfilmtage setzen derzeit ein gemeinsames Online-Datenbank-Projekt mit Filmfestivals in den Niederlanden um. Durch die gemeinsame Entwicklung und Nutzung sollen Investitionen erheblich reduziert werden. Für Fachbesucher und Breitenpublikum entsteht so ein weitaus größeres und vor allem

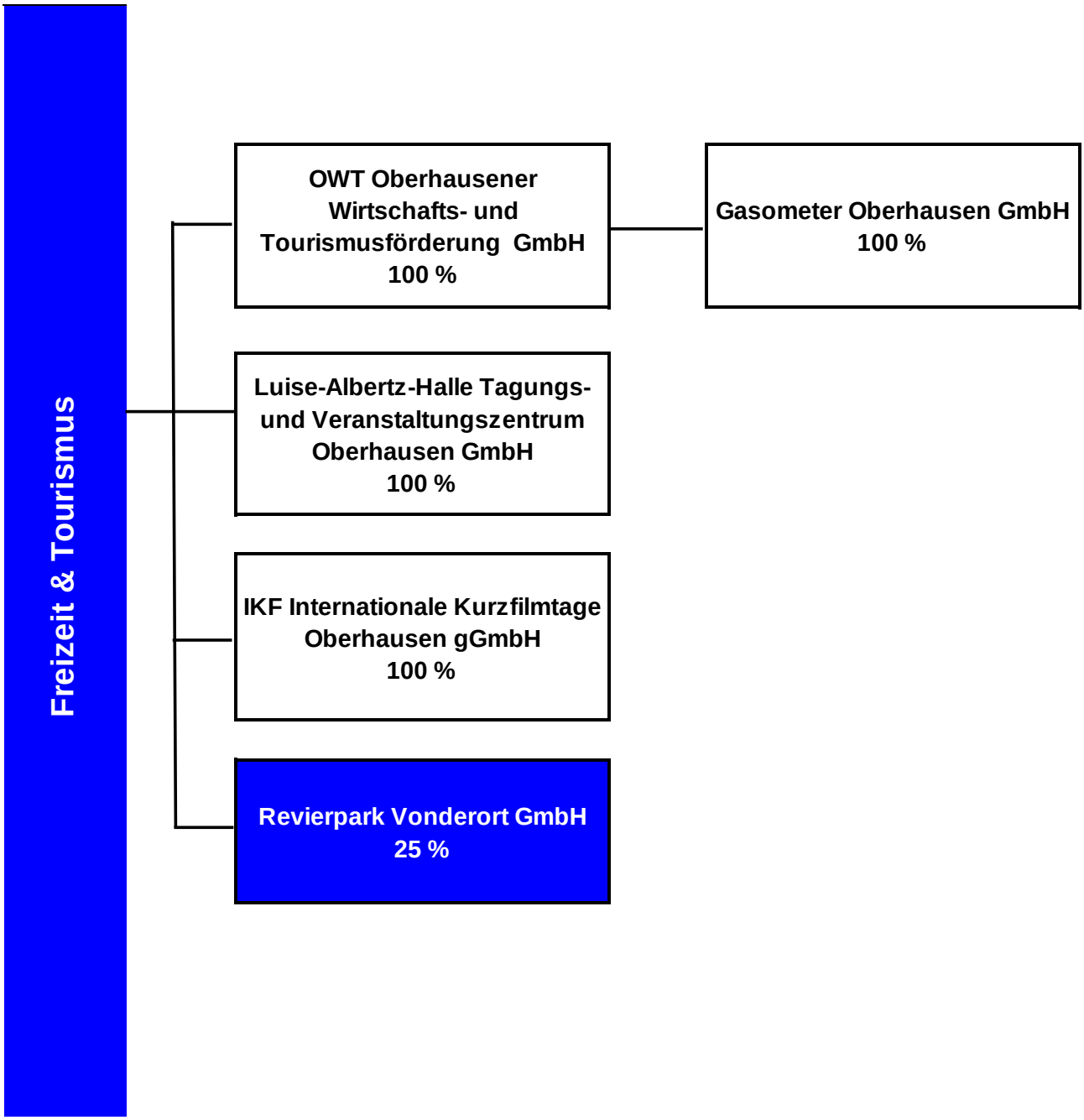
nutzerfreundliches Angebot mit vielfältigeren Serviceangeboten und verbesserten Bewegtbildern. Nach einem Versuchsdurchlauf 2016 wird die neue Datenbank zur 63. Festivalausgabe 2017 vollumfänglich eingesetzt werden können.

Auf lokaler Ebene werden weiterhin Bemühungen unternommen, für das ehemalige Europa-Kino neue Perspektiven auch für andere Akteure in der Stadt zu entwickeln und Fördermöglichkeiten zu erschließen.

Oberhausen, 26. September 2016

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

Dr. Lars Henrik Gass
Geschäftsführer


Freizeit & Tourismus
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 100 %
Gasometer Oberhausen GmbH 100 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 100 %
Revierpark Vonderort GmbH 25 %

Revierpark Vonderort GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bottroper Str. 322
46117 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/999680
Fax	0208/9996899
e-Mail	info@revierpark.com
Internet	www.revierpark.com

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 41,00

Gesellschafter:

	T€	%
Regionalverband Ruhr	20,50	50,00
Stadt Bottrop	10,25	25,00
Stadt Oberhausen	10,25	25,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrags den Zweck, der Bevölkerung einen Park - den Revierpark Vonderort - mit seinen Einrichtungen zur Sportausübung und zur Erholung zur Verfügung zu stellen.

Mit den Anlagen und Einrichtungen bezweckt die Gesellschaft die Förderung des Sportes und die Erholung der im Umkreis der Parkanlage wohnenden gesundheitlich besonders gefährdeten Bevölkerung.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Es wird kein wirtschaftlicher Erwerb oder Gewinn angestrebt. Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Das Vermögen und alle Einrichtungen der Gesellschaft dürfen nur für gemeinützige Zwecke im Sinne des Gesellschaftsvertrages verwendet werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Diverse	Verschiedene Pachtverträge bezüglich der gastronomischen Bereiche, des Betriebs von Kiosken, einer Minigolfanlage und eines Bootsverleihs

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Münich, Elke
	Geschäftsführer	von der Heide, Jochem
	Geschäftsführer	Loeven, Willi
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bischoff, Jörg
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied gem. § 113 GO	Müller, Klaus
	Mitglied	Emmerich, Karl-Heinz
	Mitglied	Dr. Hubbert, Eva-Maria
	Mitglied	Krey, Thomas
	Mitglied	Pfingsten, Jutta
	Mitglied	Wissing, Matthias
	Mitglied	Wittmann, Regina
	Mitglied	Geise, Hans-Christian
	Mitglied	Kowalewski, Utz
	Mitglied	Wilkending, Sonja

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränderungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.881,42	86,0	1.574,14	73,1	1.329,58	71,6	-244,56	-15,54
Umlaufvermögen	305,06	13,9	578,75	26,9	526,09	28,3	-52,66	-9,10
Rechnungsabgrenzungsposten	1,55	0,1	1,51	0,1	0,62	0,0	-0,89	-58,94
Bilanzsumme	**2.188,03**	**100,00**	**2.154,40**	**100,00**	**1.856,29**	**100,00**	**-298,11**	**-13,84**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.431,82	65,4	1.607,73	74,6	1.465,25	78,9	-142,48	-8,86
Sonderposten mit Rücklagenanteil	118,13	5,4	95,63	4,4	73,13	3,9	-22,50	-23,53
Rückstellungen	77,68	3,6	117,11	5,4	60,75	3,3	-56,36	-48,13
Verbindlichkeiten	558,28	25,5	330,68	15,3	254,44	13,7	-76,24	-23,06
Rechnungsabgrenzungsposten	2,13	0,1	3,26	0,2	2,74	0,1	-0,52	-15,95
Bilanzsumme	**2.188,03**	**100,00**	**2.154,40**	**100,00**	**1.856,29**	**100,00**	**-298,11**	**-13,84**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.269,04	2.321,49	2.345,69
sonstige betriebliche Erträge	698,79	1.228,27	811,91
Materialaufwand	1.406,45	1.447,50	1.326,04
Personalaufwand	1.392,64	1.495,16	1.503,13
Abschreibungen	340,75	316,24	265,63
sonstige betriebliche Aufwendungen	416,53	461,48	536,10
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,02	0,03	0,02
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2,85	0,60	0,02
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-591,35	-171,19	-473,30
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5,55	0,16	-0,91
sonstige Steuern	-35,11	8,48	10,84
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-561,79	-179,84	-483,24
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-340,75	-316,24	-265,63
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-221,04	136,40	-217,61

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-24,76	-7,75	-20,60	%
Eigenkapitalrentabilität:	-33,99	-12,22	-28,72	%
Cash-Flow:	-221,04	136,40	-217,61	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	211,99	273,06	225,54	T€
Personalaufwandsquote:	46,92	42,12	47,60	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	85,90	73,07	71,63	%
Eigenkapitalquote:	65,44	74,63	78,93	%
Fremdkapitalquote:	34,56	25,37	21,07	%

e.) Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen der Gesellschaft

Zweck und betrieblicher Aufbau

Die Gesellschaft wurde 1971 gegründet zum Betrieb eines Freizeit- und Naherholungsparks mit großem Freizeitangebot.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Sports und der öffentlichen Gesundheitspflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kultur und des Landschaftsschutzes für die im regionalen Umkreis wohnende Bevölkerung. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb des öffentlichen Badbereiches für das Jedermannschwimmen, verschiedene Kursangebote, Programm- und Veranstaltungsangebote in den Einrichtungen der Gesellschaft sowie die Bereitstellung der Spiel- und Sportflächen im Revierpark Vonderort.

Zur Erfüllung ihres Zwecks betreibt die Gesellschaft folgende Anlagen bzw. hat diese verpachtet:

Revierpark Vonderort mit 32 Hektar Grundfläche, inkl. Rundwanderweg, abwechslungsreichen Spiel-, Sport- und Erholungsflächen, regelmäßige Konzerte, Tischtennisplatten und Ballspielfelder, Ruder- und Tretbootfahren, Rodelbahn,

Solbad mit Warmliege- und Außenschwimmbecken, Frei- und Wellenbad, Saunalandschaft mit Finnischer Sauna, Blockbohlensauna, Dampfsauna, Erdsauna, Teichsauna sowie Bio/Valo-Bädern.

Rahmenbedingungen

Das Geschäft der Gesellschaft ist im Allgemeinen von zahlreichen externen Faktoren abhängig. Neben saisonalen und witterungsbedingten Schwankungen zählen dazu insbesondere die verstärkte Konkurrenz durch verschiedene neue Freizeitangebote im Umkreis von Oberhausen, die Entwicklung der Energie- und Wasserpreise sowie die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte. Die grundlegende konjunkturelle Situation in 2016 in unserem Einzugsgebiet hat sich eher belebend auf die Nachfrage ausgewirkt.

Aufgabenbedingt kann die Gesellschaft – ohne Zuschüsse der Gesellschafter – kein kostendeckendes Geschäft betreiben. Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben, erfordern auch zukünftig Zuschüsse zu den laufenden Betriebskosten und zu Investitionen durch die Gesellschafter.

Wir bemessen unser Geschäftsergebnis im Wesentlichen nach der Erfüllung unserer öffentlichen und gemeinnützigen Zwecksetzung und der Einhaltung der Vorgaben des Wirtschaftsplans; dabei spielen die Besucherzahlen, die Eintrittspreise, die erzielten Umsätze sowie unsere Material- und Personalaufwendungen eine wichtige Rolle.

Die PROVA Unternehmensberatung GmbH hat im Rahmen der Betriebsführung im Jahr 2012 ein Zukunftskonzept für den Revierpark Vonderort erarbeitet, das dem Verwaltungsrat vorgestellt wurde. Inhaltlich wurde dabei vor allem auf nachhaltige Entwicklungen gezielt, die die Gesellschaft künftig vor allem wirtschaftlich stärken sollen. Die Umsetzung des Zukunftskonzeptes erfolgte bereits im Laufe der vergangenen Jahre mit der Überarbeitung der Marketingstrategie und den Marketingmaterialien sowie der Attraktivierung des Saunabereiches. Des Weiteren folgten im Jahr 2013 und 2014 z. B. die Aufsalzung des Außenbeckens mit Selen und die Einrichtung eines neuen Shopkonzeptes im Eingangsbereich des Solbades. Im Jahr 2014 wurde darüber hinaus die Belebung des Revierparks in den Vordergrund gestellt, mit den Eventreihen Holi Oberhausen und dem Public Viewing Fest zur Weltmeisterschaft in Brasilien wurde der Parkbereich der Öffentlichkeit wieder näher gebracht. Insgesamt 17.000 Menschen besuchten in dieser Zeit den Revierpark. In 2016 wurde durch ein Energiecontracting ein BHKW eingebaut und angeschlossen, wodurch schon erste Reduzierungen in den Energiekosten für das Berichtsjahr zu verzeichnen sind. Der Betrieb und das Ergebnis des Revierparks sind abhängig von der kontinuierlichen Zuschussgewährung der Gesellschafter. Trotz Kostensteigerungen gerade im Bereich Personal (abhängig vom Ergebnis der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes) und einem absehbar steigenden Bauunterhaltungsaufwand wird dieser Zuschuss nicht angepasst. Durch die angespannte Haushaltssituation der Gesellschafter ist eine Anpassung der Zuschüsse auch in den Folgejahren nicht in Aussicht gestellt.

In 2016 wurde durch das umgesetzte Pachtmodell ein BHKW zur Jahresmitte eingebaut und angeschlossen, wodurch schon erste Reduzierungen in den Energiekosten für das Berichtsjahr zu verzeichnen sind.

Die Erlössituation der Gesellschaft wird von saisonalen und witterungsbedingten Schwankungen beeinflusst. Durch den verspäteten Sommer im Jahr 2016 war es aus der Personalplanung durch Saisonverträge nicht möglich flexibel zu reagieren und das Freibad länger aufzuhalten. Erlössteigerungen aus Eintrittspreisanpassungen sind im Hinblick auf die im Einzugsgebiet vorhandene Mitbewerbersituation nur sehr marginal möglich. Zum 01.01.2016 wurde eine Preiserhöhung für den Saunabereich umgesetzt.
Im Rahmen der Betriebsführung durch die PROVA, werden durch inhaltliche Neuaufstellungen in den Bereichen Sauna und Solebad, Grundlagen für eine höhere Attraktivität der Gesamtanlage geschaffen. Diese Maßnahmen werden dazu beitragen, auch in den Folgejahren die Besucherzahlen auf dem derzeitigen Niveau zu stabilisieren.

Diese Strategie wird auch im Jahr 2017 fortgesetzt. Eine Attraktivitätssteigerung und eine Anpassung an die Marktanforderungen durch gezielte Investitionen sind in den Folgejahren allerdings unabwendbar.

Ende 2015 wurde wurde von der Stadt Oberhausen ein Förderantrag zur Bereitstellung von Fördermitteln für die Sanierung und Attraktivierung des Freibades im Revierpark Vonderort gestellt. Der Bewilligungsbescheid wurde Ende 2016 erteilt. Die Baumaßnahmen werden im September 2017 beginnen. Die Stadt Oberhausen wird die Revierpark Vonderort GmbH mit einem Überleitungsvertrag mit der Durchführung der Baumaßnahme betrauen. Die Abwicklung wird durch einen bereits beauftragten Projektsteuerer koordiniert. Der Projektsteuerer wird auch für die Abrechnung der Fördermittel verantwortlich sein. Auf den Revierpark Vonderort werden durch die Baumaßnahme keine Haftungsrisiken und finanzielle Belastungen zukommen.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse konnten im Vergleich zum Vorjahr nicht gesteigert werden. Zusätzlich hat eine Restzahlung einer Schadenersatzleistung aus einem zum Teil gewonnen Rechtsstreit von rd. 91 T€ die Ergebnissituation positiv beeinflusst. Dem gegenüber stehen reduzierte Energiekosten durch das umgesetzte Pachtmodell BHKW, aber gestiegene Kosten in den Personalbereich durch Tarifanpassungen.

Den gesamten Erlösen und Erträgen in Höhe von 3.158 T€ (Vorjahr: 3.550 T€) standen Ausgaben und Abschreibungen in Höhe von 3.630 T€ (Vorjahr 3.721 T€) gegenüber.

Die Gesellschafter haben einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 651 T€ (Vorjahr: 636 T€) gezahlt, der in den Erträgen enthalten ist. Ergänzend wurde ein Investitionskostenzuschuss von 341 T€ (Vorjahr: 356 T€) als Zuführung zur Kapitalrücklage geleistet.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich somit auf -472 T€ (Vorjahr: -171 T€). Dies entspricht einem Kostendeckungsgrad von 87,0 % (Vorjahr: 95,4 %).

Durch sonstige Steuern von rd. 11 T€ ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von -483 T€ (Vorjahr: -180 T€).
Die Abschreibungen in Höhe von 266 T€ wurden der Kapitalrücklage entnommen, sodass im Ergebnis ein Bilanzverlust von 218 T€ erwirtschaftet wurde.

Gegenüber dem Vorjahr sind folgende Veränderungen festzustellen:

Gesamteinnahmen

Bei den Gesamteinnahmen war bei den Erlösen aus Eintritten, Mieten und Pachten eine Minderung um 26 T€ (- 1,1 %) von 2.346 T€ auf 2.372 T€ zu verzeichnen. Der Anstieg der Erlöse im Bereich Solbad konnte die rückläufigen Einnahmen im Saunabereich kompensieren. Die Erlöse des Freibades sind im Vergleich zum Vorjahr (wetterbedingt) durch die o.g. Problematik gesunken. Zusätzlich sind Ausfälle der Mieteinnahmen Gastronomie in den Sommermonaten zu verzeichnen.

Die Umsatzentwicklungen ergeben sich wie folgt:

	2016	2015	Veränderung	
	T€	T€	T€	
Solbad	1.489	1.395	94	6,7%
Freibad	54	70	- 16	- 22,9%
Sauna	538	637	- 99	- 15,5%
Mieten und Pachten	125	135	- 10	- 7,4%
Übrige	140	135	5	3,7%
	2.346	2.372	- 26	- 1,1%

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 812 T€ deutlich unter dem Vorjahresniveau von 1.178 T€. Das ist auf die vereinnahmten Versicherungsentschädigungen und Schadensersatzzahlungen von insgesamt 403 T€, sowie auf Erträge aus der erfolgswirksamen Ausbuchung von verjährten Altverbindlichkeiten in Höhe von 108 T€ im Vorjahr 2015 zurückzuführen.

Gesamtaufwendungen

Bei den Gesamtaufwendungen war eine Reduzierung um 91 T€ (- 2,5 %) von 3.721 T€ auf 3.630 T€ zu verzeichnen. Die Aufwendungen teilen sich wie folgt auf:

1.326 T€ = 36,5 % Materialaufwand inkl. Energiekosten (Vorjahr: 1.448 T€ = 39,0 %)
1.503 T€ = 41,4 % auf Personalkosten (Vorjahr: 1.495 T€ = 40,2 %)
266 T€ = 7,3 % auf Abschreibungsaufwand (Vorjahr: 316 T€ = 8,5 %)
536 T€ = 14,8 % auf Sonstige betriebliche Aufwendungen (Vorjahr: 461 T€ = 12,3 %)
- 1 T€ = 0,0 % Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Vorjahr: 1 T€ = 0,0 %)

Bei den Materialaufwendungen ergaben sich reduzierte Energiekosten durch die Umsetzung des Pachtmodells BHKW zur Mitte des Jahres. Jedoch stiegen durch den Bau des BHKWs und das Alter der Anlage die Fremdleistungen für die Instandhaltungen.

Durch die Tariferhöhungen wurden die Personalkosten im Vergleich zum Vorjahr um 8 T€ überstiegen.

Der Abschreibungsaufwand reduzierte sich wegen geringer Investitionen im Vergleich zum Vorjahr um 50 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere aufgrund der Miete der mobilen Heizkessel bis zur Mitte des Jahres und dem Umschluss an das BHKW um rd. 75 T€ gestiegen.

Finanz- und Vermögenslage

71,6 % der Bilanzsumme von 1.856 T€ auf der Aktivseite entfallen auf das Anlagevermögen, 78,9 % der Passivseite auf das Eigenkapital.

Auf der Aktivseite ist das Anlagevermögen abschreibungsbedingt um 245 T€ gesunken. Die liquiden Mittel haben sich aufgrund geringerer Einzahlungen durch Umsatzerlöse um T€ 61 verringert.

Die Investitionen des Jahres 2016 beschränkten sich mit 21 T€ (Vorjahr: 9 T€) ausschließlich auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Der gezahlte Gesamtzuschuss der Gesellschafter (Betriebskostenzuschuss und Investitionskostenzuschuss) ist seit dem Jahr 2007 unverändert mit Ausnahme von Sonderzuschüssen in Höhe von je 113 T€ in den Jahren 2009 und 2010 für die Saunainvestition. Letztere wurden in einen Sonderposten eingestellt, der über eine Laufzeit von 10 Jahren analog zum entsprechenden Anlagevermögen aufgelöst wird.

Da die geleisteten Betriebskostenzuschüsse nicht ausreichten, wurde der Abschreibungsaufwand in Höhe von 266 T€ der Kapitalrücklage entnommen. In die Kapitalrücklage wurden 341 T€ als Investitionskostenzuschuss einbezahlt, so dass diese unter Berücksichtigung des Bilanzgewinnes des Vorjahres (136 T€) in Summe um 212 T€ zunahm. Der ausgewiesene Bilanzgewinn/-verlust stellt die Differenz zwischen Jahresergebnis und Abschreibungen dar.

Die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft sind grundsätzlich geordnet. Das langfristig gebundene Vermögen ist durch langfristiges Eigenkapital finanziert. Die Gesellschaft ist grundsätzlich in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gem. § 108 Abs. 2 GO NW für das Geschäftsjahr 2016

Durch die Wahrnehmung der unter 1.1 dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

5. Risikobericht

Die Geschäftsführung hat ein angemessenes Risikoüberwachungssystem eingerichtet und entsprechende Berichtspflichten festgelegt. Dazu wurde ein interner Katalog mit möglichen Risikofeldern, potenziellen Risikoausprägungen und Risiko eingrenzenden Maßnahmen entwickelt, der planmäßig fortgeschrieben wurde.

Durch die permanente Überwachung der Risiken der Gesellschaft können sowohl auf der Erlös- als auch auf der Kostenseite frühzeitig negative Entwicklungen erkannt und notwendige Maßnahmen ergriffen werden, um das Wirtschaftsergebnis möglichst im Rahmen des Wirtschaftsplans zu halten. Monatliche Controlling Sitzungen vertiefen diesen Prozess, mögliche Abweichungen können somit schnell erkannt, analysiert und behoben werden. Die Geschäftsführung hat somit einen stetigen und aktuellen Überblick über die wirtschaftlichen Entwicklungen der GmbH.

Durch das in Juni 2016 ans Netz gebrachte BHKW sind konstantere Verbräuche und besser zu kalkulierende Kosten entstanden. Für das Jahr 2017 kann von den reduzierten Energiekosten ausgegangen werden.

Sowohl die Gebäude als auch die Anlagentechnik sind in allen Bereichen des Revierparks vergleichsweise alt. Es besteht jederzeit das Risiko eines nicht geringen Reparaturaufwandes, bei dem kurzfristig die Liquidität des Unternehmens gefährdet sein könnte. Kurz-, mittel- und langfristig werden zur Eingrenzung dieses Risikos bereits regelmäßig Unterhaltungsmaßnahmen vorgenommen. Die Technik und die Betriebsleitung arbeiten stetig an einer Prioritätenliste, so dass die Anlage nach und nach auf einen aktuellen und energieeffizienten Stand gebracht werden kann. Aufgrund der finanziellen Engpässe werden diese Maßnahmen über mehrere Jahre gestreckt.

In 2015 wurde ein Teilbeschluss des Gerichtes zum Streitfall Baumängel am Solebecken erlassen. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass Schäden am Solebecken dem Grunde nach bereits vorhanden sind. Eine Berücksichtigung

dieser drohenden Instandhaltungen kann mangels Erfassungsmöglichkeit einer Aufwandsrückstellung außerhalb der Grenzen des § 249 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 HGB im aktuellen Jahresabschluss nicht abgebildet werden. Das Solebecken wird bereits stetig überprüft und an notwendigen Stellen insbesondere im Kellerbereich Instand gesetzt. Das Solebecken wird jedes Jahr neu bewertet und wird auch in 2017 weiteren Reparaturvorgängen unterzogen werden müssen.

Das Dach des Freizeithauses und des Solbades wurden durch kleinere Reparaturarbeiten instandgesetzt. Der Bereich des Kesselhauses wurde im Zuge des BHKWs saniert.

Die Erfüllung der Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben, erfordern auch zukünftig Zuschüsse durch die Gesellschafter. Eine noch weitere Reduzierung dieser Zuschüsse hätte gravierende Einschränkungen der Angebotspalette zur Folge und würde die Entwicklung der Gesellschaft in der bestehenden Form gefährden. Weitere Investitionen stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit und der Unterstützung durch die Gesellschafter. In Anbetracht des fixierten Zuschussniveaus der Gesellschafter hängt die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft einschließlich der Liquidität und Schuldendienstfähigkeit verstärkt vom Verlauf des operativen Geschäftes ab.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2017 sind nach dem Wirtschafts- und Betriebsplan Erlöse und Erträge in Höhe von 2.439 T€, Aufwendungen von 3.650 T€, ein Betriebskostenzuschuss in Höhe von 676 T€ sowie ein Investitionszuschuss (Zuführung zur Kapitalrücklage) in Höhe des Abschreibungsaufwandes 2015 von 316 T€ vorgesehen. Dem Investitionszuschuss steht eine geplante Rücklagenentnahme für den laufenden Geschäftsbetrieb von 642 T€ gegenüber.

Die Umsetzung der seit Anfang 2017 gültigen „GOBD Anforderungen“ an das Kassensystem werden durch die Installation eines lizensierten Servers durch die Kassenfirma EWV gewährleistet. Weitere beachtenswerte Investitionen sind für 2017 nicht vorgesehen.

Die Erlöse in 2017 wurden auf der Grundlage des Eintrittspreiskonzeptes sowie den Erfahrungswerten der letzten drei Jahre erstellt. Für das erste Quartal 2017 liegen die Besucherzahlen für Bad und Sauna deutlich unter dem Vorjahresniveau, aufgrund von dem kältesten Januar seit 50 Jahren und den bedingten Witterungseinflüssen. Außerdem begünstigt die kalte Jahreszeit Abwanderungen in nahe Ski- und Rodelgebiete, wie das Sauerland. Das erste Quartal liegt somit hinter den Planungen.

Weitere Optimierungen im Bereich der Energieeffizienz werden angestrebt, um kurz-, mittel- und langfristig Kosten zu senken. Zusätzlich werden durch den Einbau des BHKW und einen noch nicht vorliegenden BAFA-Bescheid für das Jahr 2016 in Summe Erträge von rd. 22.000 € erwartet, die jedoch erst nach Vorliegen des Bescheides im Geschäftsjahr 2017 zu vereinnahmen sind.

In 2017 soll der Freibadbereich mit einer geplanten Investitionssumme von 2.458.230,00 € (Die Fördergelder werden zu 90% vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung übernommen und 10% durch den Gesellschafter Stadt Oberhausen) technisch und auch optisch neu aufgestellt werden. Das derzeitige Freibad ist teilweise abgängig. Das Sanitär und Restaurant Gebäude ist an einigen Stellen feucht und macht die Bewirtung der Gastronomie somit unmöglich. Die restlichen Bereiche des Freibades sind in dieser Saison noch in Benutzung (Rutsche, Wellenmaschine, Beckenumläufe, Kinderplanschbecken).

Eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen in Gestalt höherer Gesellschafterzuschüsse ist – obwohl dringend geboten – auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Es ist daher das Ziel der Gesellschaft, die Wirtschaftlichkeit und Effizienz bei den Einnahmen und Ausgaben weiter zu verbessern und nachhaltige Maßnahmen auf der Basis des Zukunftskonzeptes umzusetzen, um das Gleichgewicht der Liquidität mittelfristig zu erhalten.

Die Städte Oberhausen und Bottrop sowie der Regionalverband Ruhr haben in den Sitzungen Ihrer politischen Gremien der Verschmelzung der Revierpark-Gesellschaften Vonderort, Mattlerbusch sowie Nienhausen auf das Freizeitzentrum Kemnade zur Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH zugestimmt. Es soll vereinbart werden, dass der Geschäftsbetrieb der übertragenden Gesellschaften mit Wirkung vom 01.01.2017 an auf Rechnung der übernehmenden Gesellschaft geführt wird.

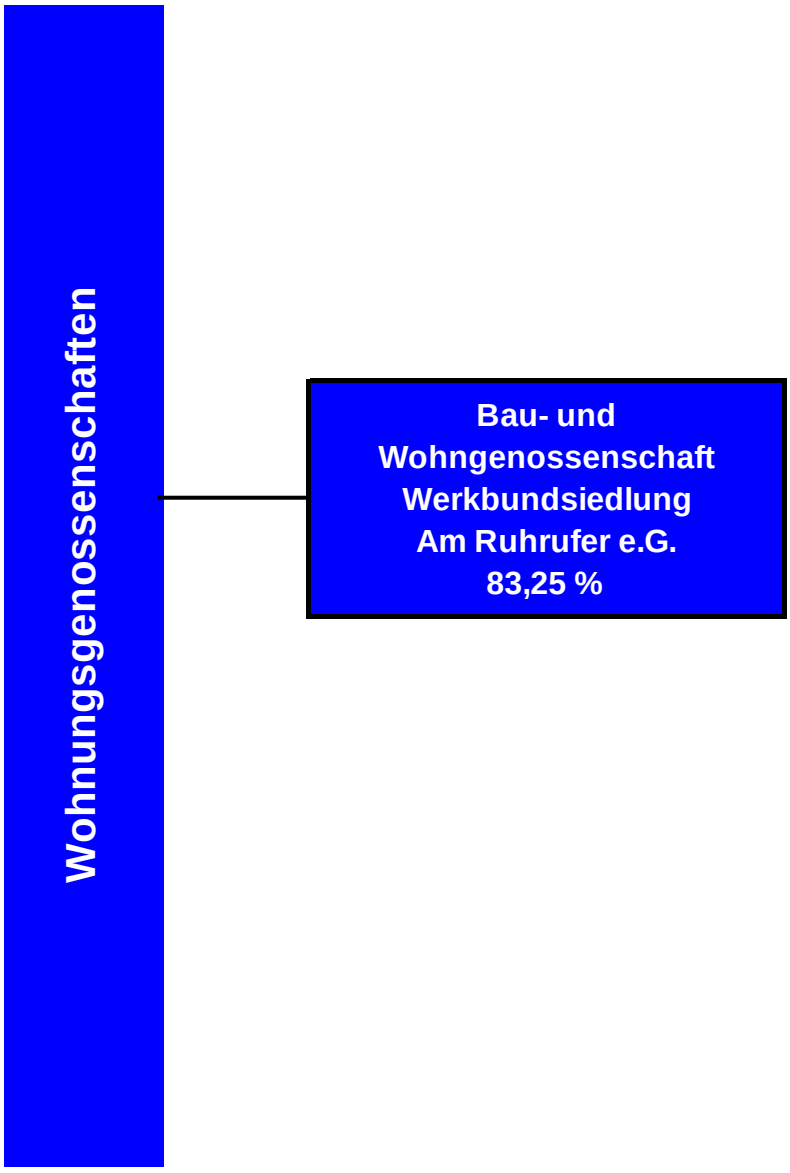
Alle Rechte und Verbindlichkeiten, die in der Revierpark Vonderort GmbH begründet worden sind, sollen ohne Einschränkung auf die übernehmende Gesellschaft übergehen.

Oberhausen, im Juni 2017

Revierpark Vonderort GmbH

Elke Münich / Willi Loeven / Jochem von der Heide
Geschäftsführung

Wohnungsgenossenschaften



Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hauerweg 16
46049 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: eG
Stammkapital in T€: 201,45

Gesellschafter:

	T€	%
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	33,74	16,75
Stadt Oberhausen	167,70	83,25

Gegenstand des Unternehmens:

Errichtung und Bewirtschaftung von Wohneinheiten und Gemeinschaftsanlagen mit verschiedenen Rechts- und Nutzungformen im Bebauungsplangebiet Nr. 137 B - Behrensstr./Fährstr.'/Am Ruhrufer Sanierungsgebiet Zechengelände Alstaden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Vorstand:	Vorsitzender	Schlünzen, Helmut
	Mitglied	van Bremen, Harald
	Mitglied	Mühle, Stefan
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Hammen, Margret
	Mitglied	van Suntum, Ute
	Mitglied	Nagel, Werner
	Mitglied	Schulz-Ebers, Carina
	Mitglied	Vermöhlen, Nadine
Generalversammlung:	Mitglied	Willecke, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.416,37	92,5	1.540,09	91,2	1.528,88	92,5	-11,21	-0,73
Umlaufvermögen	112,53	7,4	147,81	8,8	123,49	7,5	-24,32	-16,45
Rechnungsabgrenzungsposten	1,95	0,1					0,00	
Bilanzsumme	**1.530,85**	**100,00**	**1.687,91**	**100,00**	**1.652,37**	**100,00**	**-35,54**	**-2,11**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	537,23	35,1	539,42	32,0	555,42	33,6	16,00	2,97
Rückstellungen	2,00	0,1	4,00	0,2	6,00	0,4	2,00	50,00
Verbindlichkeiten	991,62	64,8	1.143,38	67,7	1.090,29	66,0	-53,09	-4,64
Rechnungsabgrenzungsposten			1,10	0,1	0,66	0,0	-0,44	-40,00
Bilanzsumme	**1.530,85**	**100,00**	**1.687,91**	**100,00**	**1.652,37**	**100,00**	**-35,54**	**-2,11**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	136,18	133,40	143,34
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-3,37	3,53	-0,97
sonstige betriebliche Erträge	19,80		
Materialaufwand	59,15	58,37	58,55
Abschreibungen	26,19	28,93	29,20
sonstige betriebliche Aufwendungen	7,60	10,08	4,73
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,58	0,92	0,63
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29,84	31,80	26,76
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	31,41	8,68	23,76
sonstige Steuern	6,45	7,00	7,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	24,96	1,68	16,76
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2,82	3,28	3,30
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	24,50	1,67	16,18
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3,28	3,30	3,88

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	18,32	1,26	11,69	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,67	0,31	3,04	%
Cash-Flow:	51,14	30,61	45,96	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				

Personalaufwandsquote:				%

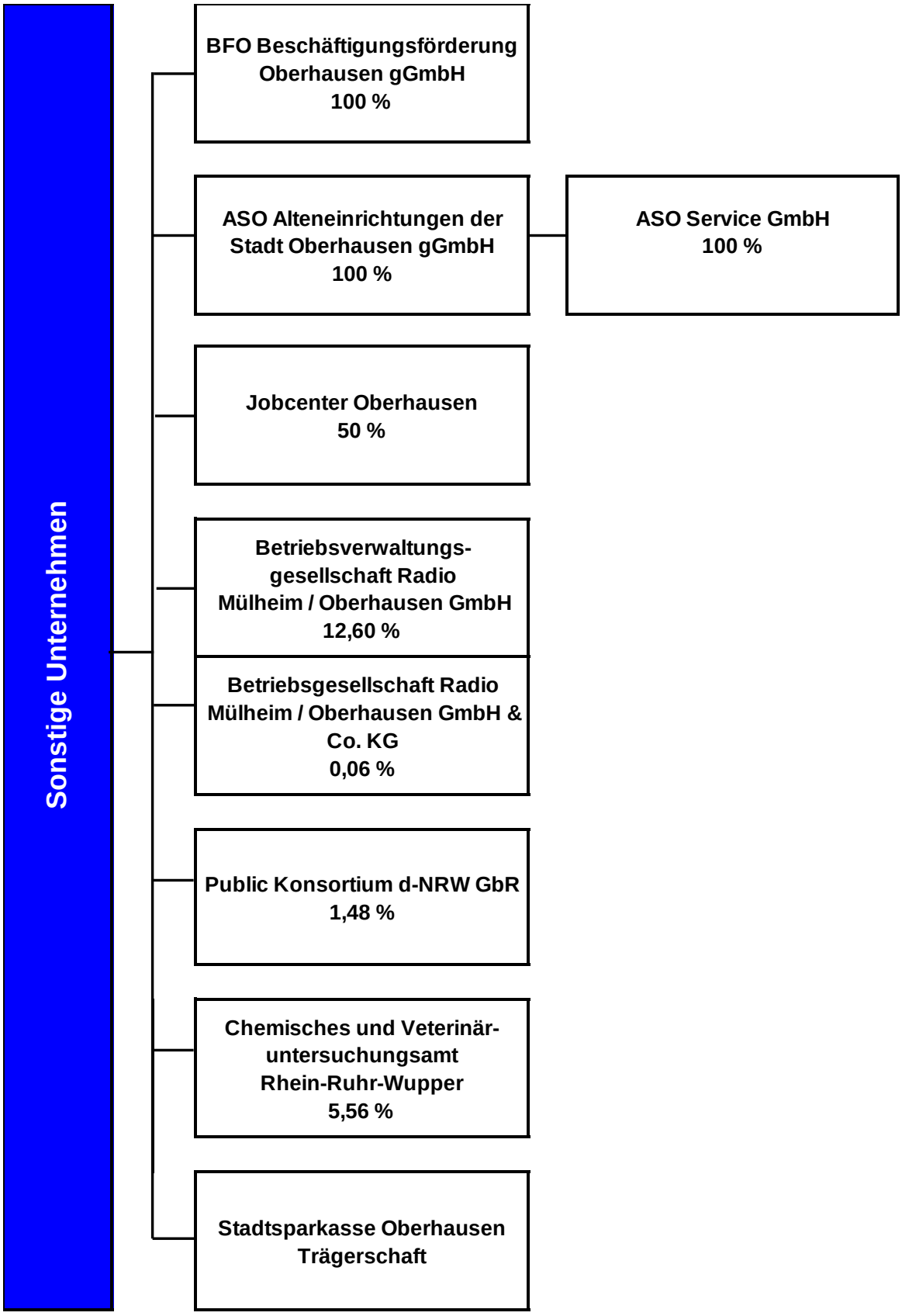
dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

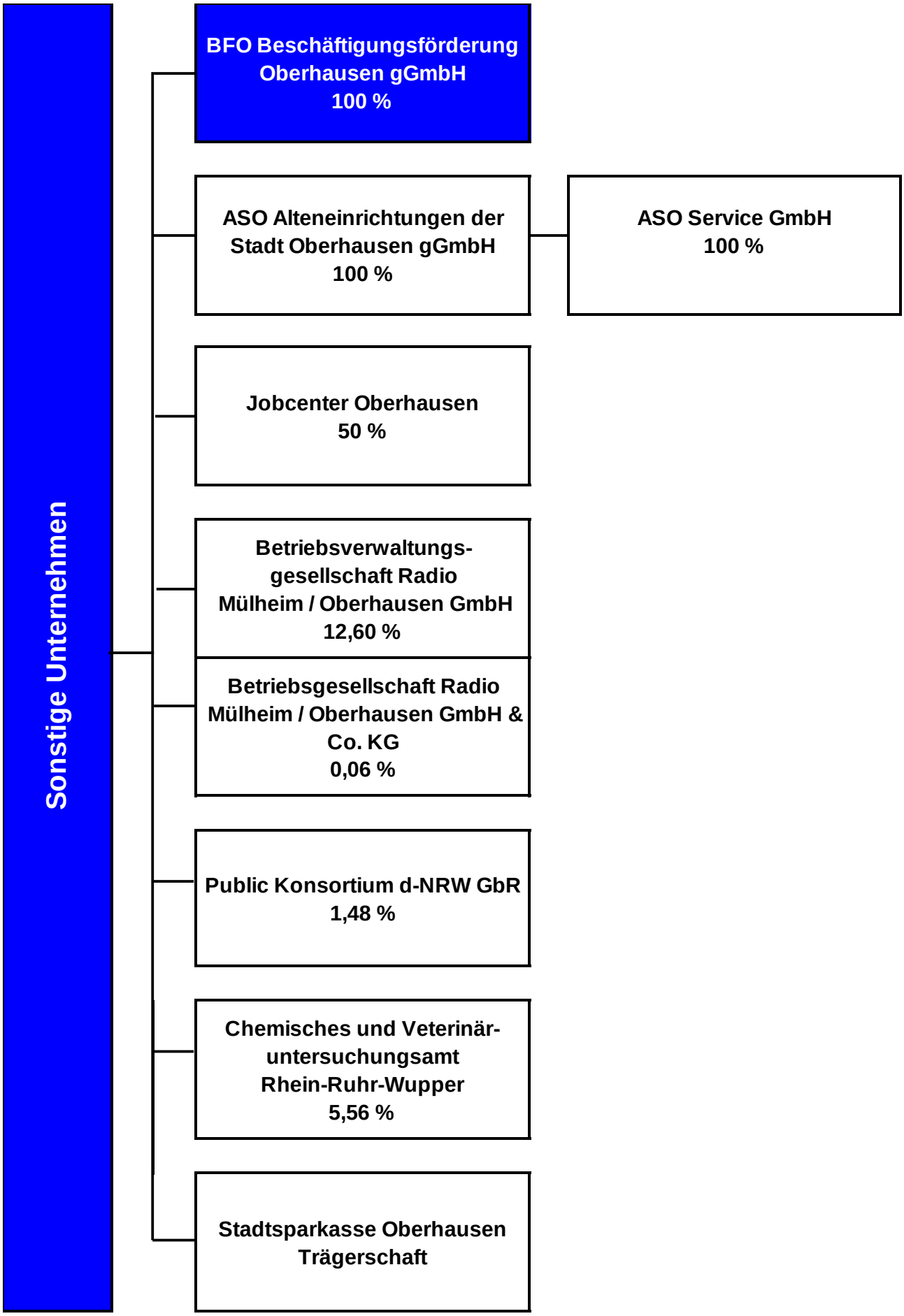
	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,52	91,24	92,53	%
Eigenkapitalquote:	35,09	31,96	33,61	%
Fremdkapitalquote:	64,91	68,04	66,39	%

e.) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.

Sonstige Unternehmen




Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 100 %
ASO Service GmbH 100 %
Jobcenter Oberhausen 50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH 12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG 0,06 %
Public Konsortium d-NRW GbR 1,48 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper 5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Gewerkschaftsstraße 76-78
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/46839100
Fax	0208/46839111
e-Mail	achim.kawicki@bfo.oberhausen.de
Internet	-

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- die aktive Beschäftigungsförderung, die sich an die am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen richtet, insbesondere an
-- Sozialhilfeempfänger/innen, die aufgrund Arbeitslosigkeit oder unzureichenden Erwerbseinkommens Sozialhilfe beziehen
-- Arbeitslose, die von Sozialhilfebedürftigkeit bedroht sind,
-- Geringqualifizierte und Jugendliche ohne Schul- und/oder Berufsabschluss
-- Berufsrückkehrer/innen nach der Familienphase

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00
Stadt Oberhausen	Vereinbarung mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00 (Leistungsvertrag)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Kawicki, Achim
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Münich, Elke

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied gem. § 113 GO	Beulshausen, Andreas
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Hansen, Heike
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Kösling, Anja
	Mitglied	Lampe, Siegfried
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Matzat, André
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Pascheberg, René
	Mitglied	Pusch, Jörg
	Mitglied	Radtke, Dorothee
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Walther, Andrea-Cora
	Mitglied	Werner, Yannah
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Gohlke, Klaus
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Mitglied	Derksen, René
	stellv. Mitglied	Hake, Michael
	stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	stellv. Mitglied	Kirsten, Hildegard
	stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	stellv. Mitglied	Laß, Heike
	stellv. Mitglied	Paß, Eugen
	stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta
	stellv. Mitglied	Rubin, Dirk
	stellv. Mitglied	Rudl, Rainer
	stellv. Mitglied	Sahin, Bülent
	stellv. Mitglied	Sporkmann, Bernhard
	stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
	stellv. Mitglied	Werdelmann, Andreas
	stellv. Mitglied	Wesely, Kai
	stellv. Mitglied	Wolter, Horst
	stellv. Mitglied	Wolter, Marita
	stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan
	stellv. Mitglied	Kaiser, Manuela
	stellv. Mitglied	Schadt, Stefanie
	stellv. Mitglied	Simmuteit, Ralf
	stellv. Mitglied	Weirich, Detlef († 03.03.2017)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	7,13	4,3	3,51	2,5	0,96	0,8	-2,55	-72,65
Umlaufvermögen	158,28	95,7	138,19	97,5	116,08	99,2	-22,11	-16,00
Bilanzsumme	**165,40**	**100,00**	**141,69**	**100,00**	**117,04**	**100,00**	**-24,65**	**-17,40**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	132,62	80,2	114,24	80,6	87,44	74,7	-26,80	-23,46
Rückstellungen	12,45	7,5	11,00	7,8	12,90	11,0	1,90	17,27
Verbindlichkeiten	20,33	12,3	16,45	11,6	16,70	14,3	0,25	1,52
Bilanzsumme	**165,40**	**100,00**	**141,69**	**100,00**	**117,04**	**100,00**	**-24,65**	**-17,40**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	159,58	160,26	161,48
sonstige betriebliche Erträge		0,32	0,38
Personalaufwand	150,00	154,34	163,15
Abschreibungen	5,45	3,62	2,55
sonstige betriebliche Aufwendungen	24,23	21,01	22,96
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,05	0,00	0,01
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-20,05	-18,38	-26,80
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-20,05	-18,38	-26,80
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-20,05	-18,38	-26,80
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-12,57	-11,47	-16,59	%
Eigenkapitalrentabilität:	-15,12	-16,09	-30,64	%
Cash-Flow:	-14,60	-14,76	-24,25	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	53,19	53,53	53,95	T€
Personalaufwandsquote:	94,00	96,11	100,80	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,31	2,48	0,82	%
Eigenkapitalquote:	80,18	80,62	74,71	%
Fremdkapitalquote:	19,82	19,38	25,29	%

e.) Lagebericht

1. Ausgangslage

Vor dem Hintergrund der zum 01.04.2012 beschlossenen Neuregelungen des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, entschied der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung am 19.03.2012 und nachfolgend die Gesellschafterversammlung der BFO am 26.04.2012, den operativen Geschäftsbetrieb der BFO zum 31.12.2012 einzustellen. Diese Entscheidungen wurden in der Ratssitzung am 19.11.2012 und in der Gesellschafterversammlung am 21.11.2012 insoweit geändert, dass der Geschäftsbetrieb der BFO gGmbH nicht vollständig zum 31.12.2012 eingestellt wird, sondern die Tätigkeit der Beratungsstelle Jugend und Beruf über den 31.12.2012 hinaus bei der BFO gGmbH verbleibt.

2. Geschäftsentwicklung / Erfüllung des Gesellschaftszweckes

Während des gesamten Jahres 2016 wurde die vom Land NRW geförderte „Beratungsstelle Jugend und Beruf" weitergeführt, die seit der Betriebsaufnahme im Jahr 2001 bei der BFO angesiedelt ist. Im Geschäftsjahr wurde die Beratungstätigkeit durch eine Teilzeit- und zwei Vollzeitfachkräfte durchgeführt. Die Zielgruppe der zu beratenden benachteiligten Jugendlichen im Übergang von der Schule zum Beruf gliedert sich unverändert insbesondere in folgende Personengruppen:

Haupt-, Förder- und Gesamtschüler/Innen vorwiegend im 9. und 10. Schulbesuchsjahr
sozial und individuell beeinträchtigte Jugendliche
schulmüde und schulverweigernde Jugendliche
Abbrecher/Innen schulischer und beruflicher Bildungsgänge
berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungsplatz
arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche
Jugendliche mit Migrationshintergrund
Jugendliche Empfänger/Innen von Arbeitslosengeld II.

Das Angebot der Beratungsstelle „Jugend und Beruf" der BFO beinhaltet sowohl die klassische Einzelberatung als auch zielorientierte Gruppenveranstaltungen.
Die BFO ist mit ihrer tatsächlichen Geschäftstätigkeit der Erfüllung Ihres Gesellschaftszweckes auch im Jahr 2016 erfolgreich nachgekommen.

3. Organisatorische und personelle Entwicklung

Drei Fachkräfte waren im gesamten Jahr 2016 tätig. Die Geschäftsführung wird weiterhin nebenamtlich durch einen städtischen Beamten sichergestellt.

4. Finanzielle Entwicklung

Vor dem Hintergrund der Haushaltssanierung der Stadt Oberhausen und der Verpflichtung der Gesellschaft, die in Vorjahren gebildeten Rücklagen nach § 58 Abs. 6 AO mittelfristig abzubauen, weist die Gesellschaft zum 31.12.2016 einen planmäßigen Verlust in Höhe von TEUR 26 aus. In der Finanzplanung 2017 – 2021 sind weitere Verluste in Höhe von TEUR 56 eingeplant. Nach Verbrauch der Rücklage ist die Finanzierung der Gesellschaft durch erhöhte Gesellschafterzuschüsse sichergestellt.

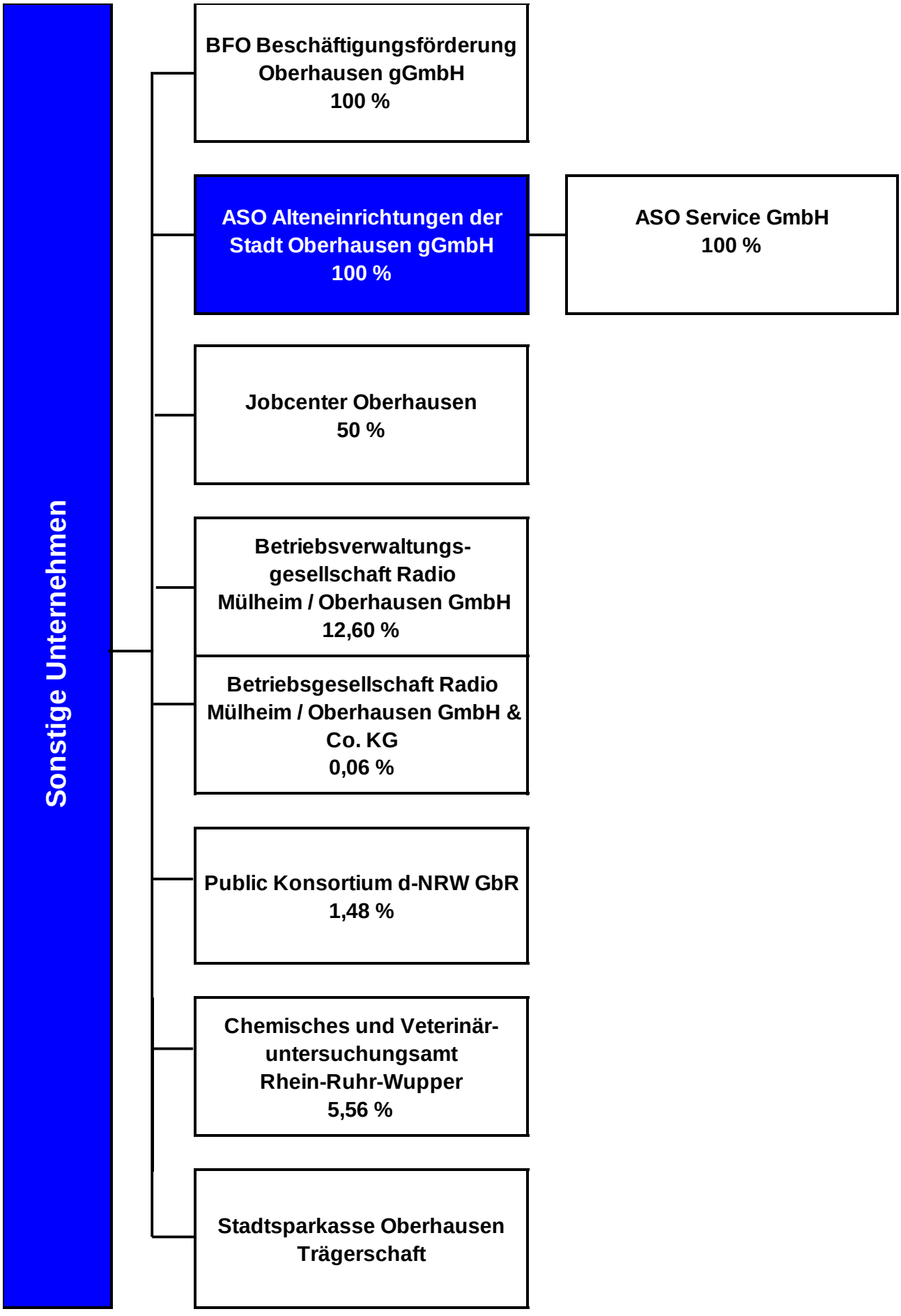
5. Ausblick und Fazit

Seit dem 01.01.2013 verbleibt als Aufgabe der BFO die Tätigkeit der Beratung von benachteiligten Jugendlichen, die sich im Übergang von der Schule in den Beruf befinden. Ob und inwieweit in Zukunft wieder weitere satzungskonforme Tätigkeiten durch die BFO ausgeführt werden sollen, ist weiterhin abhängig von einer Entwicklung auf dem Gebiet der kommunalen Beschäftigungsförderungspolitik und der weiteren Ausrichtung durch die Gesellschafterin Stadt Oberhausen.

Oberhausen, 06.04.2017

BFO - Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH

Achim Kawicki
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06 %
Public Konsortium d-NRW GbR
1,48 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/691200
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@oberhausen.de
Internet	www.aso-ggmbh.de

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege in der Regel alter Menschen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft Altenpflegeheime. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft Alten- und Betreuerwohnungen und betreibt eine Tagespflegeeinrichtung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
ASO Service GmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH
Diverse	Heimverträge, Pachtverträge, Mietverträge, Betreuungsverträge
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 27.05.2002
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag vom 17.12.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Spiecker, Udo
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Münich, Elke

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied gem. § 113 GO	Bohnes, Frank
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Hansen, Heike
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Kösling, Anja
	Mitglied	Lampe, Siegfried
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Matzat, André
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Pascheberg, René
	Mitglied	Pusch, Jörg
	Mitglied	Radtke, Dorothee
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Walther, Andrea-Cora
	Mitglied	Werner, Yannah
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Beulshausen, Andreas
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Mitglied	Derksen, René
	stellv. Mitglied	Hake, Michael
	stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	stellv. Mitglied	Kirsten, Hildegard
	stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	stellv. Mitglied	Laß, Heike
	stellv. Mitglied	Paß, Eugen
	stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta
	stellv. Mitglied	Rubin, Dirk
	stellv. Mitglied	Rudl, Rainer
	stellv. Mitglied	Sahin, Bülent
	stellv. Mitglied	Sporkmann, Bernhard
	stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
	stellv. Mitglied	Werdelmann, Andreas
	stellv. Mitglied	Wesely, Kai
	stellv. Mitglied	Wolter, Horst
	stellv. Mitglied	Wolter, Marita
	stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan
	stellv. Mitglied	Kaiser, Manuela
	stellv. Mitglied	Schadt, Stefanie
	stellv. Mitglied	Simmuteit, Ralf
	stellv. Mitglied	Weirich, Detlef († 03.03.2017)

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ASO Service GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		**2015**		**2016**		**Veränder-ungen**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	10.113,06	77,3	9.971,52	80,3	9.662,88	75,8	-308,64	-3,10
Umlaufvermögen	2.968,09	22,7	2.443,15	19,7	3.074,23	24,1	631,08	25,83
Rechnungsabgrenzungsposten	3,23	0,0	3,77	0,0	4,22	0,0	0,45	11,94
Bilanzsumme	**13.084,38**	**100,00**	**12.418,45**	**100,00**	**12.741,33**	**100,00**	**322,88**	**2,60**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.933,14	30,1	3.469,43	27,9	3.728,34	29,3	258,91	7,46
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,05	0,0	0,02	0,0			-0,02	-100,00
Rückstellungen	2.466,70	18,9	2.449,79	19,7	2.582,41	20,3	132,62	5,41
Verbindlichkeiten	6.204,54	47,4	6.012,21	48,4	5.987,94	47,0	-24,27	-0,40
Rechnungsabgrenzungsposten	479,95	3,7	487,01	3,9	442,64	3,5	-44,37	-9,11
Bilanzsumme	**13.084,38**	**100,00**	**12.418,45**	**100,00**	**12.741,33**	**100,00**	**322,88**	**2,60**

bb) GuV

	2014	**2015**	**2016**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	18.940,32	19.236,34	19.862,61
sonstige betriebliche Erträge	1.384,01	872,10	979,58
Materialaufwand	4.247,06	4.457,82	4.528,46
Personalaufwand	11.651,98	11.448,51	11.298,92
Abschreibungen	298,21	358,65	344,11
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.312,77	4.271,68	4.377,21
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	66,96	0,65	0,05
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25,47	35,99	34,45
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-144,21	-463,56	259,08
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,42	0,15	0,17
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-144,62	-463,71	258,91
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-144,62	-463,71	258,91

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,76	-2,41	1,30	%
Eigenkapitalrentabilität:	-3,55	-11,79	7,46	%
Cash-Flow:	153,58	-105,06	603,02	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	65,35	67,71	75,79	T€
Personalaufwandsquote:	57,33	56,93	54,21	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	73,06	75,94	71,55	%
Eigenkapitalquote:	30,06	27,94	29,26	%
Fremdkapitalquote:	69,94	72,06	70,74	%

e.) Lagebericht

1. Entwicklung des operativen Geschäfts

Die ASO gGmbH betreibt 3 stationäre Pflegeeinrichtungen mit insgesamt 459 Plätzen.Davon entfallen 99 Plätze auf „Haus Bronkhorstfeld“, 60 Plätze auf die „Seniorenresidenz am OLGA-Park“ sowie 300 Plätze auf das „Louise-Schroeder-Heim“.

Jahresdurchschnittlich konnte mit einer Auslastungsquote von 84,7 % (Vorjahr: 86,9 %) nur ein Auslastungsniveau erreicht werden, das 2,2 % unter dem des zuletzt erzielten Niveaus liegt.

Die Auslastung im „Haus Bronkhorstfeld“ lag bei 98,58 % (Vorjahr: 97,97 %) in der„Seniorenresidenz am OLGA-Park“ bei 97,71 % (Vorjahr: 98,73 %) und im „Louise-Schroeder-Heim“ bei 77,50 % (Vorjahr: 80,82 %).

Das „Louise Schroeder Tagespflegezentrum“ konnte ebenso wie das „Tagespflegezentrum am Steigerhaus“ mit einer Auslastungsquote von 102,13 % (Vorjahr: 100,48 %) bzw. 98,12 % (Vorjahr: 103,62 %) auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Der ambulante Betriebszweig des Unternehmens hat sich mit dem „Elly-Heuss-Knapp-Quartier / Häuslichen Pflegedienst“ ebenfalls erneut am Oberhausener Pflegemarkt behaupten und seinen Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahr sogar noch steigern können. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt nach wie vor im Bereich des betreuten Wohnungsbestandes auf dem Gelände an der Elly-Heuss-Knapp-Straße.

Der vermietete Wohnungsbestand umfasst nach Bezug von Haus 5/5a nunmehr insgesamt 238 Wohnungen. Die Auslastung liegt im Berichtsjahr bei 100 %. Dies belegt die hohe Attraktivität des vorgehaltenen Wohnungsbestandes und bestätigte zugleich die Richtigkeit der vom Rat der Stadt und vom Aufsichtsrat getroffenen Entscheidung, in 2014 weitere 58 Wohnungen fertiggestellt zu haben.

2. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

<u>Vermietung des Erdgeschosses von Haus I/ LSH</u>

Ende 2015 war der Aufsichtsrat der Empfehlung der Geschäftsführung gefolgt, den stationären Heimbetrieb im Bereich von Haus I des Louise-Schroeder-Heims bzw. die dort befindlichen 32 Pflegeplätze aufzugeben. Für das dortige erste Obergeschoss konnte im Berichtsjahr eine langfristige Folgenutzung gefunden werden. Die gesamte Fläche wurde vollständig an ein bundesweit agierendes Unternehmen vermietet, das die dortigen Räumlichkeiten zur Weitervermietung an eine selbstbestimmte ambulante Wohngruppe für intensiv pflegebedürftige und beatmete Menschen nutzen möchte. Der Mietvertrag zwischen der ASO gGmbH und dem Unternehmen wurde zum 01.03.2016 geschlossen und sieht eine Mietzeit bis zum 31.12.2020 mit Verlängerungsoption vor. Der vereinbarte Mietzins liegt in einer Größenordnung, wie sie im Falle eines weiteren Heimbetriebs in Form der sog. Investitionskostensätze hätte erzielt werden können. Für die ASO gGmbH war die Vermietung u.a. attraktiv, weil von ihr keinerlei bauliche Veränderungen und Schönheitsreparaturen durchgeführt werden mussten.

Neue Leitungsstruktur im stationären Pflegedienst

Im Interesse einer Optimierung der Leitungsstruktur des Pflegedienstes wurde die Pflegedienstleitung im Louise-Schroeder-Heim zum 01.08.2016 auf eine Stelle konzentriert und die Funktion der stellvertretenden Leitung auf reine Abwesenheitszeiträume begrenzt. Gleichzeitig wurde die ehemalige VK-Stelle der Qualitätsbeauftragten wieder besetzt, um die Pflegedienstleitungen der stationären Einrichtungen und die Wohnbereichsleitungen zu entlasten.

Kündigung des Dienstleistungsvertrages bezüglich des betriebsärztlichen Dienstes

Der Dienstleistungsverpflichtete war über mehrere Monate seinen vertraglichen Pflichten nicht mehr nachgekommen. Mahnungen und nicht eingehaltene Beteuerungen des Dienstleisters zwangen die Geschäftsführung zunächst zur ordentlichen und schließlich zur fristlosen Kündigung des Vertrages. Die betriebsärztlichen Leistungen konnten erfreulicherweise kurzfristig an einen anderen betriebsärztlichen Dienst vergeben werden.

Erledigung des Rechtsstreits mit den dänischen Eigentümern der Seniorenresidenz am OLGA-Park

Das OLG Düsseldorf hatte im Juni 2014 einen Betrag von rd. 265.000,00 € gegen die ursprünglichen Verpächter der Immobilie zugunsten der ASO gGmbH ausgeurteilt und entschieden, dass weitere Ansprüche auf Grund der zwischenzeitlichen Veräußerung ggf. an die neuen Eigentümer gerichtet werden müssten. Mitte Dezember 2014 wurde Klage beim Landgericht Duisburg gegen die dänischen Eigentümer erhoben. Das Verhalten der Beklagten machte u.a. eine zeitaufwändige Übersetzung der Klageschrift erforderlich, so dass diese erst im Februar 2016 in Dänemark zugestellt werden konnte. Unter dem Druck des für Oktober angesetzten Verhandlungstermins und des Umstandes, dass ein am Erwerb Interessierter seine Kaufabsicht zwingend von einer vorherigen Erledigung des Rechtsstreits abhängig gemacht hatte, kam es zu einem Vergleichsangebot, das im Wesentlichen bis zum 30.12.2016 eine Zahlung von 600.000,00 € zur Befriedigung der geltend gemachten Ansprüche vorsah. Da die seit 2008 mit den Verfahren beauftragten Rechtsanwälte Kapellmann und Partner die ausgehandelte Summe als sehr gutes Ergebnis bewertet hatten, wurde vom Aufsichtsrat in einer Sondersitzung am 28.09.2016 die Annahme des Vergleichs beschlossen. In dem vom LG Duisburg am 24.10.2016 protokollierten Vergleich wurde ausdrücklich klargestellt, dass weder der Abschluss noch die Abwicklung eines Kaufvertrages über das Grundstück Bedingung oder Geschäftsgrundlage für das Zustande-kommen oder die Erfüllung des Vergleichs sind. Gleichzeitig wurde der ASO gGmbH das Recht zugestanden, beim Ausbleiben der Vergleichssumme die Aufrechnung gegen weitere Pachtzinsforderungen zu erklären. Tatsächlich konnte am Stichtag kein Geldeingang verzeichnet werden.

Verhandeln eines neuen Pacht- und Instandhaltungsvertrages für die Seniorenresidenz am OLGA-Park

Wie bereits erwähnt, hatten die dänischen Eigentümer einen Investor gefunden, der die Immobilie erwerben wollte, der aber als zwingende Vorab-Voraussetzung die Beendigung des vor dem LG Duisburg geführten Rechtsstreits gefordert hatte. Diese Voraussetzung war mit dem eben erläuterten Vergleich erfüllt. Die evtl. Käufer waren aber nicht bereit, in den bestehende Pacht- und Instandhaltungsvertrag einzutreten, da dieser nach deren Einschätzung eine zu große Bevorteilung der Pächterin enthalten würde. Im Dezember des Berichtsjahres war es schließlich gelungen, den Inhalt eines neuen Vertrages abzustimmen, der eine ausgewogene Risikoverteilung mit größeren Einflussmöglichkeiten der ASO gGmbH vorsah. Im Gegensatz zu der bisherigen Regelung sollte die ASO gGmbH künftig selbst über die Anschaffung neuer Einrichtungsgegenstände entscheiden können, die dann auch im Eigentum der ASO gGmbH verbleiben würden.

Ein neuer Vertrag wurde vor allem deshalb verhandelt, weil die mögliche Insolvenz der dänischen Eigentümer mit massiven Problemen verbunden sein könnte, zu denen u.a. ein Ausfall der Vergleichssumme, eine fehlende Aufrechnungsmöglichkeit und eine evtl. Kündigung des Vertrages durch den Insolvenzverwalter zählen könnten. Das Ausbleiben der Vergleichssumme ließ Rückschlüsse auf die fehlende Liquidität der Schuldnerin und die Einschätzung zu, dass die Insolvenzgefahr durchaus gegeben war.

Brandschutzmaßnahmen innerhalb von Haus III des Louise-Schroeder-Heims

Der Gebäudekomplex an der Osterfelder Siepenstraße ist bekanntlich von der ASO gGmbH gepachtet. Verpächterin ist der ASO Eigenbetrieb. Im Interesse der im Haus III lebenden Betagten wurde zu Beginn des Berichtsjahres eine umfassende Überprüfung des dortigen Brandschutzes vorgenommen und unter Beteiligung eines Architekten, eines Brandschutzsachverständigen sowie der zuständigen Behörden ein Maßnahmenkatalog erarbeitet. Die Umsetzung der dort festgelegten brandschutzmäßigen Ertüchtigung sollte u.a. sicherstellen, dass der Heimbetrieb im Bereich von Haus III zumindest für einen Zeitraum von etwa drei Jahren noch aufrechterhalten werden kann. Bis dahin sollte entweder dieser Gebäudetrakt modernisiert oder durch einen Neubau ersetzt werden. Im Berichtsjahr konnten die meisten Maßnahmen bereits realisiert werden.

Mit einem Abschluss wird im zweiten Quartal 2017 gerechnet. Seitens der Pächterin wird darauf hingewiesen, dass die vom Eigenbetrieb veranlassten Maßnahmen die betrieblichen Arbeitsabläufe erheblich beeinträchtigen und darüber hinaus auch die wohnliche Atmosphäre belasten.

Entscheidung des Rates zugunsten eines Ersatzneubaus

In den zurückliegenden Berichtsjahren wurde bereits auf die Notwendigkeit einer strategischen Neuausrichtung der zum Louise-Schroeder-Heim gehörenden Gebäudesubstanz hingewiesen. Auf Grundlage der seit 2015 vorliegenden Schwachstellenanalyse wurde im Berichtsjahr geprüft, wie am effektivsten auf die benannten Schwachstellen reagiert und dem Auslastungsproblem der Pächterin begegnet werden kann. Der Fokus der Überlegungen richtete sich dabei auf Haus III, denn dieser Gebäudeteil dürfte ab August 2018 ohne umfassende Modernisierung und Ertüchtigung des Brandschutzes nicht mehr als stationäre Pflegeeinrichtung genutzt werden. Von besonderer Bedeutung für die strategische Neuausrichtung war, dass nach dem von der Stadtverwaltung erstellten Gutachten zwar aktuell ein Überangebot an stationären Pflegeplätzen in Oberhausen besteht, es sich aber abzeichnet, dass bereits in vier Jahren der stationäre Bedarf auf Grund der vorhersehbaren Entwicklung wieder steigen wird. Ein theoretisch denkbarer Abbau aller im Haus III vorgehaltenen 118 Plätze würde dazu führen, dass in Oberhausen dann keine ausreichende stationäre Infrastruktur mehr gegeben wäre. Aus diesem Grunde spricht sich das Gutachten gegen eine kompensationsfreie vollständige Aufgabe von Haus III bzw. der dort bestehenden 118 Plätze aus. Darüber hinaus wäre diese Option für die Pächterin nur mit Kündigungen aller Heimverträge und mit betriebsbedingten Kündigungen von ca. 60 ASO-Beschäftigten zu realisieren gewesen. Schon wegen der insoweit nicht gewollten sozialen Konsequenzen wurde diese Option nicht weiter verfolgt, sondern die strategische Neuausrichtung durch die verbliebenen beiden Optionen „Modernisierung“ oder „Ersatzneubau“ untersucht. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der denkbaren Alternativen sahen Verwaltung der Stadt Oberhausen, Betriebsleitung des ASO-Eigenbetriebs und Geschäftsführung der ASO gGmbH in dem Ersatzneubau die zukunftsorientiertere Lösung und schlugen deshalb dem Rat der Stadt die Errichtung eines Ersatzneubaues mit 80 Plätzen vor. Diesem Vorschlag ist der Rat am 21.11.2016 gefolgt.

Insgesamt sprachen folgende Überlegungen für die Errichtung des Ersatzneubaus:

Anerkennung und volle Refinanzierung der Investitionskosten für den Ersatzneubau mit 80 Plätzen im Umfang von ca. 8,256 Mio. Euro (€ 1.947,24 x 53 qm x 80).

Der Ersatzneubau würde die modernste Einrichtung am Oberhausener Pflegemarkt sein und allen Anforderungen gerecht, die an eine zukunftsfähige stationäre Einrichtung gestellt würden.

Gesonderte Versorgungsverträge für den Ersatzneubau und für die bestehende Altsubstanz (Haus II); diese ermöglichen:

Die „refinanzierte“ Reduzierung der Doppelzimmer (von bisher 37 um 17) durch Umsetzung der gesetzlichen Notwendigkeit der 80/20-Einzelzimmerquote im Haus II.

Eine evtl. refinanzierbare Anpassung der „Altsubstanz“ von Haus II an ein neues zukunftsorientiertesPflege-/Wohngruppenkonzept.

Eine wahrscheinlich dauerhafte Lösung der Auslastungsproblematik des Louise-Schroeder-Heims durch voraussichtlich höhere Auslastung im Haus II und gute bis sehr gute Auslastung im Ersatzneubau.

Erhalt und Sicherung der ASO-Arbeitsplätze.

Erhalt einer wirtschaftlich sinnvollen Zahl an stationären Pflegeplätzen bzw. weitere Sicherung der stationären pflegerischen Infrastruktur.

Flächengewinn für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Quartiers im Verbund mit betreutem Wohnen, ambulanter Pflege sowie teilstationärer und voll-stationärer Pflege.

3. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2016 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 259 T€ (Vorjahr: Jahres-fehlbetrag 464 T€).

Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 207 T€ von 19.656 T€ auf 19.863 T€ und entfallen dabei auf die Erträge aus Vergütungssätzen (allgemeinen Pflegeleistungen, Unterkunft und Verpflegung), aus gesondert berechenbaren Investitionsaufwendungen (nach Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen), aus Zusatz- und Transportleistungen sowie aus den sonstigen Leistungserlösen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich im Geschäftsjahr um 540 T€ auf 979 T€ und entfallen dabei auf den Geldeingang aus 2017 aus dem im Oktober 2016 abgeschlossenen Vergleichsverfahren mit dem dänischen Rechtsnachfolger als Verpächter der OLGA über die fehlende Einrichtung, die gemäß Pachtvertrag durch diesen (bzw. den Rechtsvorgänger Bangel & Plaßmeier GbR) zu stellen gewesen wäre.

Der Materialaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 84 T€ auf 4.528 T€ geringfügig.

Der Personalaufwand ging um 150 T€ auf 11.299 T€ durch die Reduzierung des Personalbestands im Zusammenhang mit der rückläufigen Auslastung im LSH zurück. Demgegenüber wurden im Berichtsjahr zwei neue Altersteilzeitverträge abgeschlossen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 106 T€ auf 4.377 T€. Hierbei stiegen insbesondere die Aufwendungen für Instandhaltung alters- sowie anfallsbedingt, die Mietaufwendungen und die Abschreibungen auf Forderungen.

Der Anstieg der Mietaufaufwendungen ist im Wesentlichen auf die pachtrelevante Berücksichtigung der anteiligen Darlehenstilgung anstelle der Abschreibungen zurückzuführen, da letztere durch Erreichen des planmäßigen Nutzungsdauerendes nunmehr niedriger als die Tilgung waren und gemäß Mietvertrag dem ASO Eigenbetrieb zumindest der Schuldendienst zu refinanzieren ist.

Die Abschreibungen sanken im Geschäftsjahr um 15 T€ auf 344 T€.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr tilgungsbedingt nur geringfügig um 1 T€ verändert.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag nicht gedeckt. In Höhe der Unterdeckung von 78 T€ (Vorjahr Unterdeckung 526 T€) ist das Umlaufvermögen nicht mit langfristigem Kapital finanziert. Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist auf 75 % nach 76 % am Vorbilanzstichtag gesunken.

Die Liquidität II. Grades ist auf 901 T€ (Vorjahr 445 T€) gesunken und deckt den Finanzierungsbedarf im betrieblichen Bereich 0,52 Monate (Vorjahr 0,26 Monate).

4. Risikobericht

Die gesamte zur eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gehörende Gebäudesubstanz ist ausschließlich und langfristig an die ASO gGmbH verpachtet worden. Der im Zeitpunkt der GmbH-Gründung vereinbarte Pachtzins hat in der Vergangenheit zu Gunsten der Verpächterin bzw. der Stadt sichergestellt, dass die Erstellungskosten in vollem Umfange refinanziert werden konnten.

Das operative Geschäft des Unternehmens wurde auch im Berichtsjahr durch die unzureichende Vermarktungssituation des Louise-Schroeder-Heims belastet. Der Grund liegt vor allem in den baulichen Gegebenheiten dieses größten Oberhausener Pflegeheims, das im Gegensatz zu neuen Einrichtungen über einen sehr hohen Doppelzimmeranteil verfügt. Auf die rückläufigen Auslastungsquoten und die damit verbundenen Belastungen des Betriebsergebnisses der ASO gGmbH als Pächterin wird jedoch durch den beschlossenen Ersatzneubau und die ebenfalls beschlossene Modernisierung von Haus II einschl. Abbau von Doppelzimmern effektiv und nachhaltig eingegangen. Beide Maßnahmen entsprechen der Erwartung der Pächterin, seitens der Verpächterin bzw. seitens des ASO Eigenbetriebs auch an der Siepenstraße ein Pachtobjekt zur Verfügung gestellt zu bekommen, das eine zukunftsfähige stationäre Pflege ermöglicht und die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, um im örtlichen Wettbewerb bestehen zu können. Bis zum Abschluss der geplanten Baumaßnahmen werden aber selbst bei problemfreiem Verlauf mindestens drei Jahre vergehen, so dass die ASO gGmbH frühestens ab 2020/2021 wieder positive Jahresergebnisse erzielen dürfte. Seitens der Pächterin wird aber nicht daran gezweifelt, dass sie dann an die frühere erfolgreiche Geschäftsentwicklung anknüpfen wird und sich dauerhaft am Oberhausener Pflegemarkt behaupten kann. Eine Stärkung des ASO Verbundes erhofft sich die Geschäftsführung nicht zuletzt auch aus der Ratsentscheidung vom November 2016, dass ein Teil des bislang vom ASO Verbund aufzubringenden Schuldendienstes für verschiedene Darlehen von der Stadt übernommen wird.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass trotz des für die ASO gGmbH schwierigen Berichtsjahres keine bestandsgefährdenden Risiken zu erkennen sind.

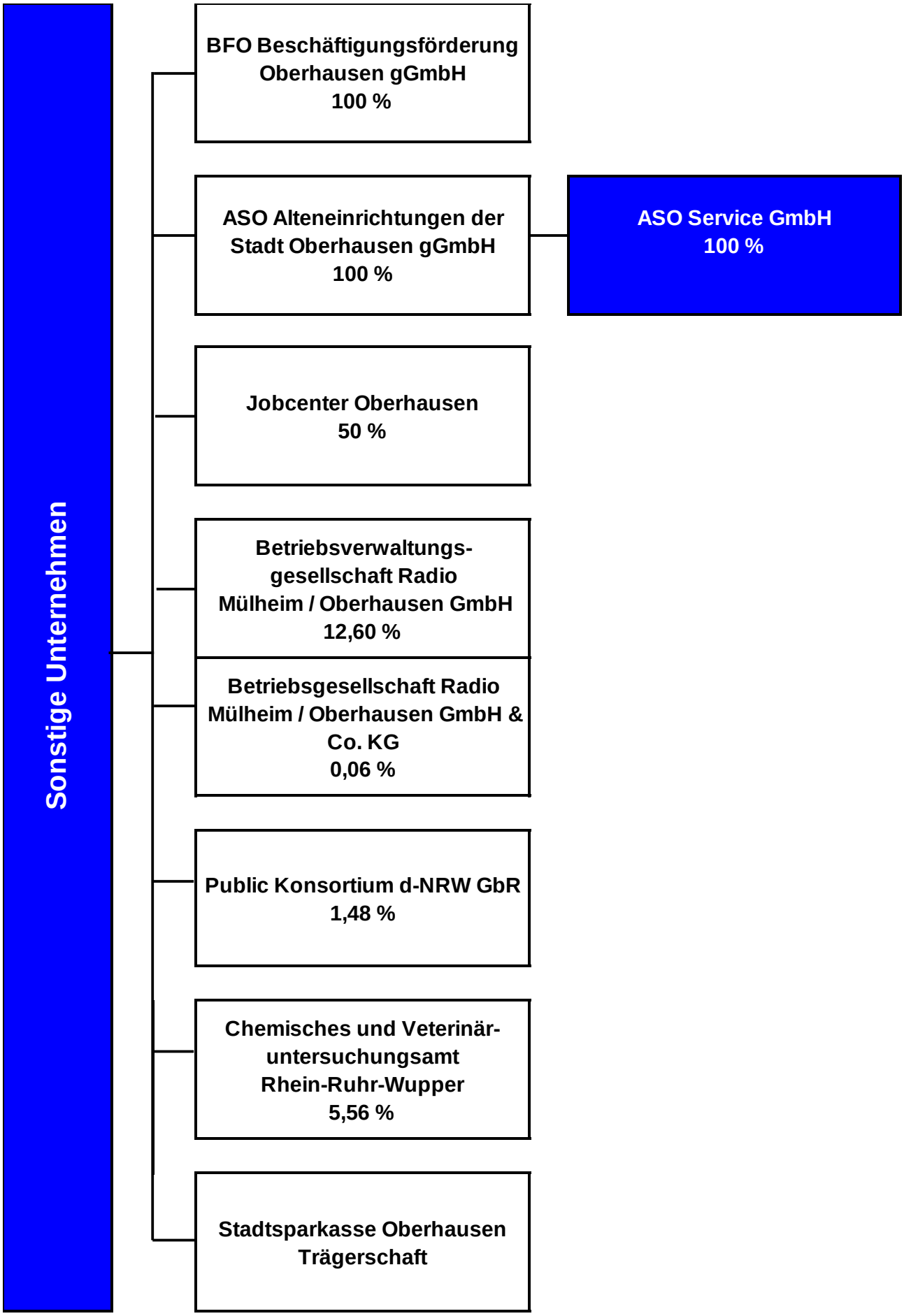
5. Prognosebericht

Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, dass durch die vom Rat der Stadt im Jahr 2016 vorgenommene Weichenstellung für das Louise-Schroeder-Heim die Grundlage für eine finanziell positive Entwicklung der ASO gGmbH und damit des gesamten ASO Verbundes geschaffen worden ist. Notwendig ist es jedoch, ergänzend auch dem Anliegen der ASO gGmbH Rechnung zu tragen und deren Belastung durch den zzt. noch bestehenden Pachtvertrag an die sich seit Abschluss des Vertrages veränderte Situation anzupassen.

Oberhausen, 29. März 2017

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Udo Spiecker
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06 %
Public Konsortium d-NRW GbR
1,48 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

ASO Service GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/6911
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@oberhausen.de
Internet	-

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die ausschließliche Erbringung von Dienstleistungen aus den Bereichen Gebäudereinigung, Küchen-, Catering-, Wäscherei- und Stationshilfen für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Spiecker, Udo
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Münich, Elke

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	58,69	100,0	56,05	100,0	66,89	100,0	10,84	19,34
Bilanzsumme	**58,69**	**100,00**	**56,05**	**100,00**	**66,89**	**100,00**	**10,84**	**19,34**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	25,00	42,6	25,00	44,6	25,00	37,4	0,00	0,00
Rückstellungen	12,70	21,6	9,40	16,8	19,70	29,5	10,30	109,57
Verbindlichkeiten	20,99	35,8	21,65	38,6	22,19	33,2	0,54	2,49
Bilanzsumme	**58,69**	**100,00**	**56,05**	**100,00**	**66,89**	**100,00**	**10,84**	**19,34**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	866,90	1.034,07	1.109,14
sonstige betriebliche Erträge	0,52	0,11	39,80
Personalaufwand	854,24	1.019,21	1.132,61
sonstige betriebliche Aufwendungen	13,18	14,97	16,33
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	17,70	18,47	19,15	T€
Personalaufwandsquote:	98,48	98,55	98,58	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	42,59	44,60	37,38	%
Fremdkapitalquote:	57,41	55,40	62,62	%

e.) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Der ASO-Unternehmensverbund

Weiterentwicklung des ASO-Unternehmensverbundes durch Gründung der ASO Service GmbH

Die gesamten Aufgaben des ehemaligen Stadtamtes 54/Amt für Alteneinrichtungen sind zum 1. Januar 1993 auf die neu gegründete eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ übertragen worden. Das operative Geschäft dieser Einrichtung ist entsprechend dem Ratsbeschluss vom November 2001 aus der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung herausgelöst und auf die „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ übertragen worden. Diese hat ihren Geschäftsbetrieb am 1. Januar 2002 aufgenommen. Ende 2002 hat der Rat der Stadt beschlossen, den ASO Verbund aus „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ und „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ um ein weiteres Unternehmen zu ergänzen, und zwar um die „ASO Service GmbH“. Diese Gesellschaft ist zum 1. Februar 2003 als 100 %-ige Tochter der bereits bestehenden gGmbH gegründet worden und soll künftig ausschließlich haus-wirtschaftliche Dienstleistungen für das Mutterunternehmen erbringen. Organe der ASO Service GmbH sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung. Geschäftsführer ist Herr Udo Spiecker.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.1 Umsatz- und Ertragsentwicklung

Die Gesamterträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf € 1.148.933,51

Der vorgenannte Betrag entspricht im Wesentlichen den tatsächlich entstandenen Personalkosten. Diese werden der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH monatlich in Rechnung gestellt, und zwar aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft ohne Umsatzsteuer. Gleiches gilt für den in Rechnung gestellten Betrag zur Abdeckung der entstandenen Allgemeinkosten, die ebenfalls von der ASO gGmbH getragen werden müssen.

2.2 Personalbereich

Im Jahresdurchschnitt 2016 waren in der ASO Service GmbH insgesamt 28,48 Kräfte beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies durchschnittlich 1,79 Vollkräfte mehr. Auf den vorgenannten „Vollkraftstellen“ wurden durchschnittlich 60 Mitarbeitende beschäftigt. Zum 31.12.2016 waren insgesamt 30,44 „Vollkraftstellen“ mit insgesamt 62 Mitarbeitenden besetzt.

Die veränderten Zahlenwerte sind auf die im Berichtsjahr erforderlichen betriebswirtschaftlichen Personalanpassungen zurückzuführen.

2.3 Investitionen

Investive Maßnahmen wurden und werden aufgrund der rechtlichen Konstruktion der ASO Service GmbH nicht von dieser durchgeführt oder finanziert. Investitionen werden vielmehr ausschließlich über den ASO Eigenbetrieb bzw. die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH abgewickelt. Auf deren Jahresabschlüsse wird insoweit an dieser Stelle verwiesen.

2.4 Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 37 % der Bilanzsumme ein. Am 31.12.2016 errechnet sich eine Liquidität II. Grades von 29 T€ (Vorjahr 25 T€), der ein betriebsgewöhnlicher monatlicher Finanzbedarf von 96 T€ (Vorjahr 86 T€) gegenübersteht.

3. Risikobericht

Da der überwiegende Teil der Beschäftigten der ASO Service GmbH im hauswirtschaftlichen Bereich des stationären Betriebszweiges der ASO gGmbH eingesetzt ist und dieser zugleich den Unternehmensschwerpunkt der Muttergesellschaft bildet, muss das besondere Augenmerk auf die wirtschaftliche Entwicklung der ASO gGmbH und die Auslastungsquoten der drei stationären Einrichtungen gerichtet werden: Während die Auslastung sowohl der Seniorenresidenz am OLGAPark als auch von Haus Bronkhorstfeld wie im Vorjahr mit fast 98 % bzw. 99 % gehalten werden konnte, muss hinsichtlich des LouiseSchroederHeims erneut ein Rückgang um weitere knapp 3 % auf nunmehr rd. 78 % konstatiert werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind bekannt und liegen im Wesentlichen an dem hohen Doppelzimmeranteil im Louise-Schroeder-Heim und an zahlreichen Problemen der dortigen Gebäudesubstanz. In den zurückliegenden Berichtsjahren wurde bereits auf die Notwendigkeit einer strategischen Neuausrichtung der zum Louise-Schroeder-Heim gehören-

den Gebäudesubstanz hingewiesen. Auf Grundlage der seit 2015 vorliegenden Schwachstellenanalyse wurde im Berichtsjahr geprüft, wie am effektivsten auf die benannten Schwachstellen reagiert und dem Auslastungsproblem dieses Hauses begegnet werden kann.

Der Fokus der Überlegungen richtete sich dabei auf Haus III, denn dieser Gebäudeteil dürfte ab August 2018 ohne umfassende Modernisierung und Ertüchtigung des Brandschutzes nicht mehr als stationäre Pflegeeinrichtung genutzt werden. Von besonderer Bedeutung für die strategische Neuausrichtung war, dass nach einem von der Stadtverwaltung erstellten Gutachten zwar aktuell ein Überangebot an stationären Pflegeplätzen in Oberhausen besteht, es sich aber abzeichnet, dass bereits in vier Jahren der stationäre Bedarf auf Grund der vorhersehbaren Entwicklung wieder steigen wird. Ein theoretisch denkbarer Abbau aller im Haus III vorgehaltenen 118 Plätze würde dazu führen, dass in Oberhausen dann keine ausreichende stationäre Infrastruktur mehr gegeben wäre. Aus diesem Grunde spricht sich das Gutachten gegen eine kompensationsfreie vollständige Aufgabe von Haus III bzw. der dort bestehenden 118 Plätze aus. Darüber hinaus wäre diese Option für die ASO gGmbH und die ASO Service GmbH nur mit Kündigungen aller Heimverträge und mit betriebsbedingten Kündigungen von ca. 60 ASO-Beschäftigten zu realisieren gewesen. Schon wegen der insoweit nicht gewollten sozialen Konsequenzen wurde diese Option nicht weiter verfolgt, sondern die strategische Neuausrichtung durch die verbliebenen beiden Optionen „Modernisierung“ oder „Ersatzneubau“ untersucht. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der denkbaren Alternativen sahen die Verwaltung der Stadt Oberhausen und die Leitung des ASO Verbundes in dem Ersatzneubau die zukunftsorientiertere Lösung und schlugen deshalb dem Rat der Stadt die Errichtung eines Ersatzneubaues mit 80 Plätzen vor. Diesem Vorschlag ist der Rat am 21.11.2016 gefolgt.

Bis zur Fertigstellung des Ersatzneubaus bzw. bis zum Bezug des neuen Gebäudes muss noch geklärt werden, ob Haus III abgerissen oder einer anderen Verwendung zugeführt werden kann. Diese Frage ist u.a. für die ASO Service GmbH von besonderer Bedeutung, weil sich die Wäscherei im Kellerbereich von Haus III des LouiseSchroederHeims befindet. Sollte Haus III deshalb aufgegeben werden, müssten für die Wäscherei alternative Räumlichkeiten oder für die Wäschereinigung alternative organisatorische Lösungen gefunden werden. Von den in der Wäscherei Beschäftigten stehen acht (umgerechnet 4,8 Vollkraftstellen) im Dienst der ASO Service GmbH.

Die von der ASO Service GmbH abgedeckten Aufgabenfelder bleiben durch die aufgezeigten baulichen Veränderungen zumindest im Wesentlichen erhalten. Sollte die Zentralwäscherei der Muttergesellschaft zu einem späteren Zeitpunkt ersatzlos geschlossen werden, könnten die dort Beschäftigten in andere Funktionsbereiche wechseln.

Bestandsgefährdende Risiken sind aber trotz des für die ASO gGmbH schwierigen Berichtsjahres nicht zu erkennen.

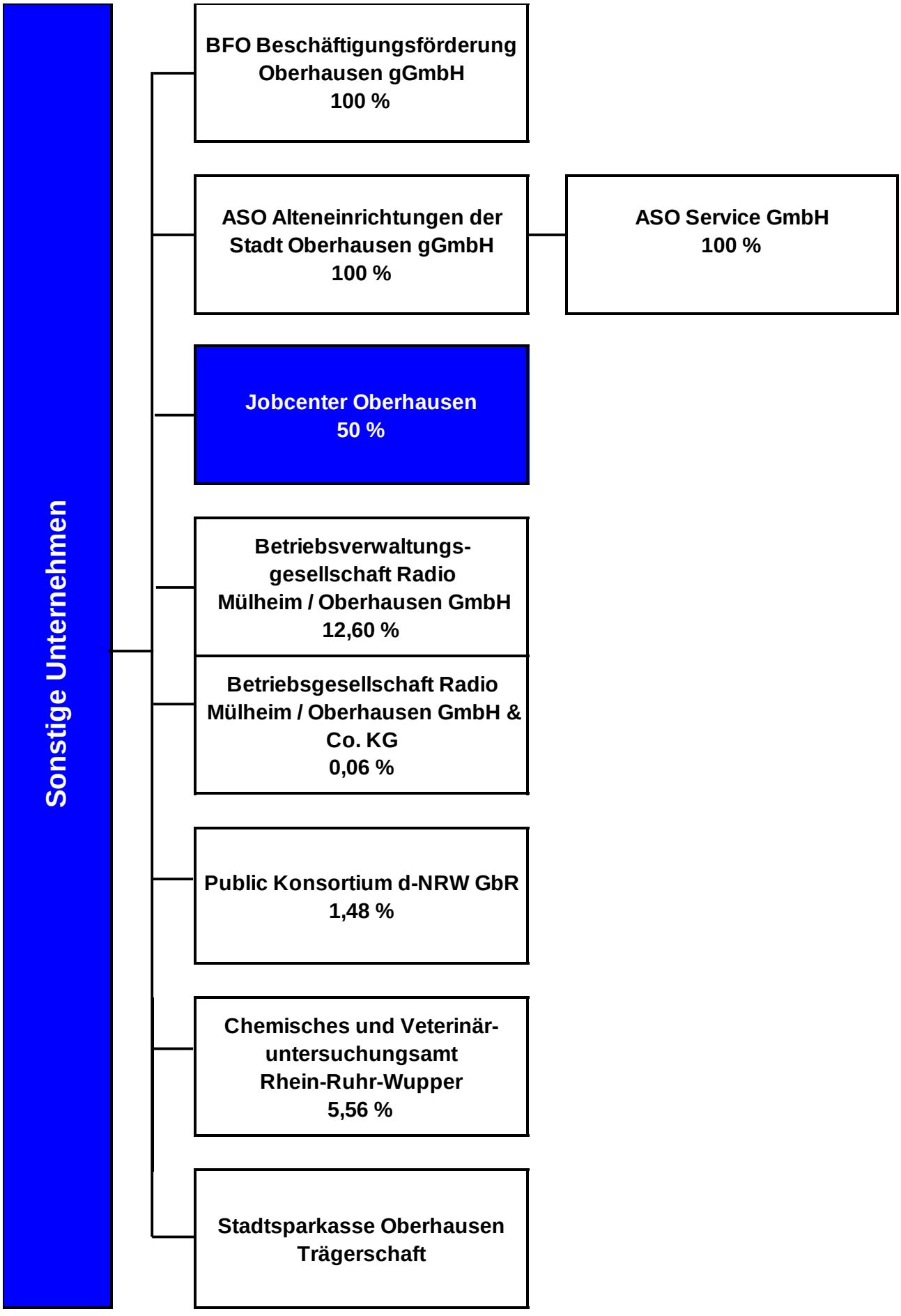
4. Prognosebericht

Aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft und des Gesellschaftszwecks ist die Entwicklung der ASO Service GmbH untrennbar mit der Geschäftsentwicklung der ASO gGmbH als Muttergesellschaft verbunden. Auf die rückläufigen Auslastungsquoten und die damit verbundenen Belastungen des Betriebsergebnisses der ASO gGmbH wird jedoch durch den beschlossenen Ersatzneubau und die ebenfalls beschlossene Modernisierung von Haus II einschl. Abbau von Doppelzimmern effektiv und nachhaltig eingegangen. Beide Maßnahmen werden sicherstellen, dass der Muttergesellschaft auch an der Siepenstraße mittelfristig wieder eine Gebäudesubstanz zur Verfügung gestellt wird, die eine zukunftsfähige stationäre Pflege ermöglicht und die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, um im örtlichen Wettbewerb bestehen zu können. Bis zum Abschluss der geplanten Baumaßnahmen werden zwar selbst bei problemfreiem Verlauf mindestens drei Jahre vergehen, so dass die Muttergesellschaft frühestens wieder ab 2020/2021 positive Jahresergebnisse erzielen dürfte. Seitens der Geschäftsführung wird aber nicht daran gezweifelt, dass die ASO gGmbH wieder an die frühere erfolgreiche Geschäftsentwicklung anknüpfen wird und der ASO Verbund sich am Markt behaupten kann. Eine Stärkung des Verbundes dürfte sich auch insoweit aus der Ratsentscheidung vom November 2016 ergeben, als ein Teil des bislang vom ASO Verbund aufzubringenden Schuldendienstes für verschiedene Darlehen u.U. von der Stadt übernommen werden soll.

Oberhausen, 29. März 2017

ASO Service GmbH

Udo Spiecker
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06 %
Public Konsortium d-NRW GbR
1,48 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Jobcenter Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 261
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208-8506855
e-Mail Jobcenter-Oberhausen@jobcenter-ge.de
Internet www.jobcenter-oberhausen.de

Rechtsform: Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis
Stammkapital in T€: 0,00

Gesellschafter:

	T€	%
Agentur für Arbeit Oberhausen	0,00	50,00
Stadt Oberhausen	0,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zur einheitlichen Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende bilden die Agentur für Arbeit und die Stadt Oberhausen als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine gemeinsame Einrichtung gem. § 44 b Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Das Jobcenter nimmt gemäß § 44 b Abs. 1 Satz 2 SGBII die Aufgaben der Träger wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zur Bildung und Ausgestaltung einer gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)

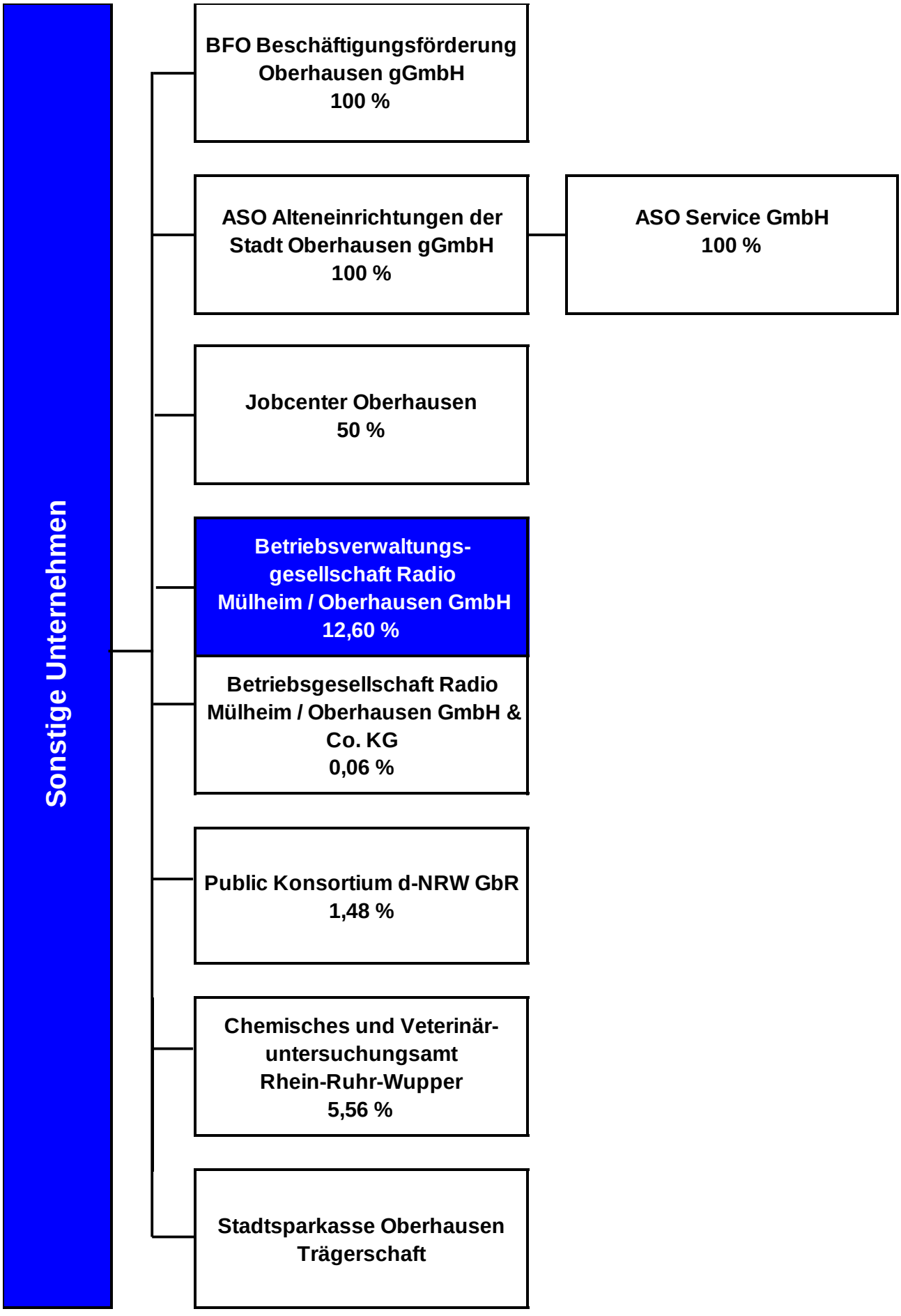
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weinand, Uwe
Trägerversammlung:	Vorsitzende	Münich, Elke
	stellv. Vorsitzender	Koch, Jürgen
	Mitglied	Claes, Christiane
	Mitglied	Engbroks, Wilhelm
	Mitglied	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef

	Mitglied	Artz, Christiane
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Bohnes, Frank
	stellv. Mitglied	Abt-Nölle, Monika
	stellv. Mitglied	Brands, Beatriks
	stellv. Mitglied	Dimmek, Ulrich
	stellv. Mitglied	Fax, Rainer
	stellv. Mitglied	Muss, Ralf
	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Seibert, Judith
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
Beirat:	Vorsitzende	Schulte, Elisabeth
	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Bohnes, Frank
	Mitglied	Costecki, Britta
	Mitglied	Cotta, Uwe
	Mitglied	Greven, Henrike
	Mitglied	Groß-Mühlenbruch, Werner
	Mitglied	Harfst, Reinhard
	Mitglied	Jakobs, Ursula
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Michaelsen, Hans
	Mitglied	Piontkowski, Frank
	Mitglied	Reuschenbach, Monika
	Mitglied	Steinhoff, Marion

e.) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06 %
Public Konsortium d-NRW GbR
1,48 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 99
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500794
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de
Internet	www.92.9radiomuelheim.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	3,10	12,40
Stadt Oberhausen	3,15	12,60
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	18,75	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Kommanditgesellschaft "Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG" als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.

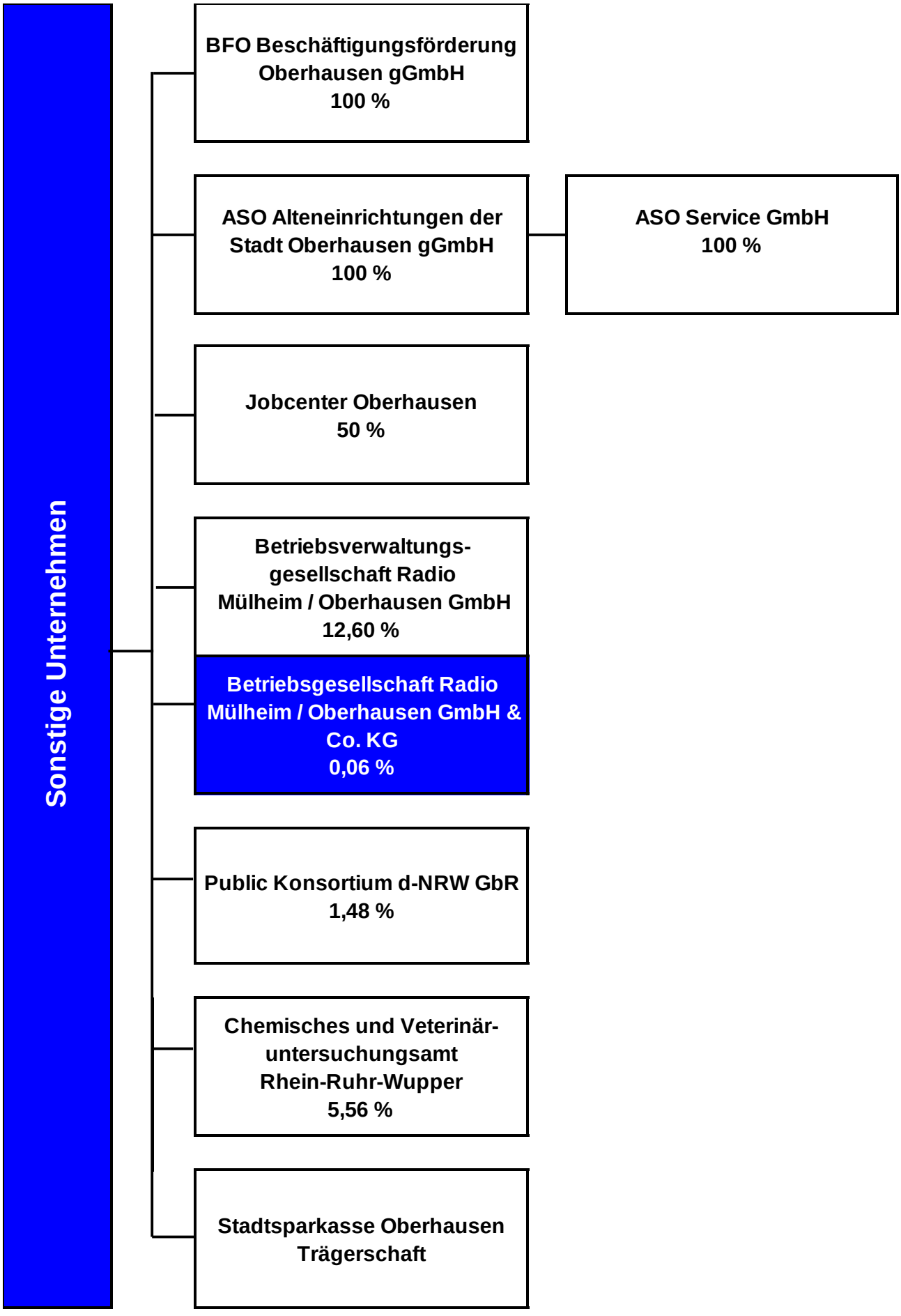
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Thölen, Sven
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

Prokura:	Prokurist	Peters, Björn

e.) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06 %
Public Konsortium d-NRW GbR
1,48 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 99
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500764
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de
Internet	www.92.9radiomuelheim.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 2.170,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	1,24	0,06
Peter Fiele (+ 07.06.2017)	540,02	24,89
Stadt Oberhausen	1,24	0,06
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	1.627,50	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen.

Dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen.

Für den Vertragspartner Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen.

Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Untrnehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernde Geschäfte vornehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Thölen, Sven
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

e.) Lagebericht

1. Geschäftsmodell

Die Tätigkeit der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verbreitung von Hörfunkwerbung, die Zurverfügungstellung von Sende- und Produktionstechnik für die vertraglich gebundene Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., sowie die Erstattung der durch die Veranstaltergemeinschaft verursachten Kosten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG ist nach dem Landesmediengesetz verpflichtet, die Sende- und Produktionstechnik für die Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. zur Verfügung zu stellen und die dort verursachten Kosten zu übernehmen.

Das Kerngeschäft der Betriebsgesellschaft ist die Vermarktung von Hörfunkwerbung im lizenzierten Sendegebiet der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., der Lokalfunkmarken „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“. Sie bedient sich hier der Dienstleistungen der Westfunk GmbH & Co. KG, die im eigenen Namen für fremde Rechnung mit qualifiziertem Verkaufs- und Marketingpersonal für die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG im Sendegebiet tätig ist.

radio NRW produziert und liefert täglich das Rahmenprogramm, das im Anschluss an die originär im Sender produzierten Lokalstunden auf den Frequenzen von „Radio Mühlheim“ und „Radio Oberhausen“ gesendet wird. radio NRW lässt die Werbeminuten vor der jeweils vollen Stunde von der Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, national vermarkten und bestreitet daraus die Produktion des Rahmenprogramms. Nach Abzug der Kosten werden, neben einer Gewinnabschöpfung durch die Gesellschafter in Höhe von 15 %, die Überschüsse nach einem Umlageschlüssel der erzielten Reichweiten der Lokalfunksender in NRW verteilt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2016 setzte sich die positive Stimmung in der Wirtschaft und bei den Konsumenten aus dem Vorjahr fort. Im Dezember 2016 lag der ifo-Geschäftsklima-Index mit einem Index von 111,0 um 3,6 Punkte über dem Index im Januar 2016 (Indexwert 2005 = 100,0). Der GfK-Konsumklima-Index lag im Dezember 2016 bei 9,8, zu Jahresbeginn lag dieser Wert bei 9,4 Punkten.

Die positiven Rahmenbedingungen wirken sich entsprechend auf die Werbeaufwendungen der Unternehmen in Deutschland aus. Insgesamt gaben die Werbetreibenden 30,3 Mrd. € (+1,4 Mrd. €) für Werbung aus, ein Plus von 4,9 % gegenüber dem Vorjahr. Die Werbeausgaben für die Gattung Radio erhöhte sich um 8,9 % überdurchschnittlich, so dass sich der Gesamtanteil dieser Gattung von 5,8 % (2015) auf 6,1 % im Jahre 2016 erhöhte.

2.2 Ertragslage

Die Werbezeitenerlöse lagen im Geschäftsjahr 2016 mit 1.545 T€ annähernd auf Vorjahresniveau (- 3 T€).

Die Überschussbeteiligung von radio NRW für die Betriebsgesellschaft lag im Geschäftsjahr 2016 mit 560 T€ deutlich über dem Vorjahresniveau (+97 T€). Ein Grund liegt in der gestiegenen Gesamtausschüttung von radio NRW durch höhere Umsätze aus der nationalen Vermarktung. Zudem konnten die Reichweiten der Sender gesteigert werden. Die durchschnittliche Stundenreichweite (Mo.-So.) von „Radio Mülheim“ lag mit 7,3 % (gem. E.M.A. NRW 2016 I) um 1,4 % über dem Vorjahreswert; dieser Wert lag bei „Radio Oberhausen“ mit einem Plus von 1,0 % bei 10,2 %. Der Anteil bei den „Hörern gestern Montag – Freitag“ bei „Radio Mülheim“ erhöhte sich – gem. E.M.A. NRW 2016 I – auf 27,8 % (Vorjahr: 24,4 %). Bei „Radio Oberhausen“ verbesserte sich dieser Wert um 4,4 % auf 37,1 %.

Bei den Aufwendungen verringerte sich der Materialaufwand um 26 T€ und die allgemeinen Verwaltungskosten um 15 T€. Im Gegenzug erhöhten sich die die Reise-, Bewirtungs- und Werbekosten um 61 T€ und die Aufwendungen aus Kostenumlagen und Dienstleistungen um 51 T€.

Das Ergebnis nach Steuern verbesserte sich um 13 T€ und lag zum Jahresende bei -131 T€.

Die Werbezeitenerlöse lagen um 25 T€ unter dem Ansatz im Wirtschafts- und Stellenplan 2016, die Ausschüttungsbeträge von radio NRW lagen um 172 T€ deutlich über der Planung. Die Kosten lagen über Planniveau, das Planergebnis konnte insgesamt um 36 T€ übertroffen werden.

2.3 Finanzlage

Die Gesellschaft finanziert sich über Einnahmen aus der Vermarktung von Werbezeiten und Sonderwerbeformen (inklusive Onlineangeboten). Aufgrund der Einbeziehung in das inländische Cash-Pooling der FUNKE MEDIENGRUPPE ist die Liquidität jederzeit gesichert.

2.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme liegt zum Jahresabschluss 2016 bei 3.495 T€ und damit um 220 T€ über dem Vorjahr. Auf der Passivseite erhöhten sich die zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleisteten Einlagen um 100 T€ und die Verbindlichkeiten um 84 T€. Auf der Aktivseite reduzierte sich das Anlagevermögen um 32 T€. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen erhöhten sich um 111 T€ sowie die nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteile von Kommanditisten um 131 T€ auf 3.003 T€.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme verringerte sich und liegt bei 2 %. Hierbei handelt es sich um Anlagevermögen für Produktions- und Sendetechnik, Betriebs- und Geschäftsausstattung im Wert von insgesamt 78 T€.

Die nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteile von Kommanditisten in Höhe von 3.003 T€ sind durch Darlehen in Höhe von 2.731 T€ und geleitete Einlagen zur Kapitalerhöhung von 100 T€ gedeckt. Für den verbleibenden Verlust in Höhe von 172 T€ liegt eine Patronatserklärung der Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. Essen Kommanditgesellschaft vor.

2.5 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Das Geschäftsjahr 2016 wurde mit einem negativen Ergebnis abgeschlossen. Die Prognose aus dem Vorjahr wurde übertroffen. Die Geschäftsführung ist daher mit dem Geschäftsverlauf, unter Berücksichtigung der bereits erwarteten negativen Entwicklung, zufrieden. Insgesamt ist Relevanz von Hörfunk als Werbemedium weiterhin gegeben. Um dieses auch für die Zukunft zu sichern, wird es in den kommenden Jahren wichtig werden, die digitalen Entwicklungen zu verfolgen, prüfen und zu bedienen.

3. Chancen und Risiken

3.1 Chancen

Die Gattung „Radio“ konnte den Marktanteil ausbauen. Aktuell gibt es keine Anzeichen, dass sich dieses in den kommenden Jahren signifikant verändern wird. Im Jahr 2017 sollen die digitalen Auftritte des Senders relauncht und ausgebaut werden, um verstärkt die werberelevante Zielgruppe 14-49 Jahre zu erreichen.

Zum Jahresende 2016 haben sich die Geschäftsführer aller Betriebsgesellschaften aus dem Verbund „Lokaler Hörfunk NRW“ darauf verständigt die regionale Vermarktung mit gemeinsamen Produkten und Angeboten zu verstärken. Hierdurch sollen vorhandene Umsatzpotentiale gehoben werden, von denen mittelfristig auch die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG profitieren wird.

Im Jahr 2017 wird die erste Stufe des novellierten WDR-Gesetzes umgesetzt. Die bisherigen Werbezeiten im Programm des WDR von 90 Minuten pro Tag über 3 Sender werden nun auf 75 Minuten über 2 Sender reduziert. Ab 2019 erfolgt eine weitere Einschränkung auf 60 Minuten über 1 Sender für den WDR. Hierdurch ergeben sich für den privaten Hörfunk neue Ertragsmöglichkeiten, da die an Radio interessierten Werbetreibenden ihre Werbung verstärkt über die 45 Sender des Lokalfunks NRW ausstrahlen müssen.

Diese Zusatzerlöse können jedoch nur gehoben werden, wenn die vorhandenen Werbezeiten besser ausgenutzt werden und weitere Werbezeiten von den Veranstaltergemeinschaften zur Verfügung gestellt werden. Hierzu bedarf es Abstimmungsgespräche und Vereinbarungen zwischen den Veranstaltergemeinschaften und Betriebsgesellschaften. Für 2017 wurde beschlossen, eine neue, landesweite Buchungsplattform für die nationale Werbung bei radio NRW anzuschaffen. Auf dieser Basis sollen auch weitere Optimierungen im zeitlich begrenzten Werbezeitenangebot möglich werden. Nur bei positiver Entwicklung der anstehenden Abstimmungs- und Umsetzungsschritte sind neue Erlöse für die Stärkung des Gesamtsystems zu erwarten.

3.2 Risiken

Die Gesellschaft wird durch folgende Risiken beeinflusst:

Markt- und Wettbewerbsrisiken

Der Lokalfunk steht in direkter Konkurrenz zum WDR. Die WDR-Gruppe arbeitet aktuell intensiv an der Neugestaltung der einzelnen Programme, um über die verschiedenen Programme von 1Live bis WDR 5 möglichst viele Hörer für ihr Programm zu gewinnen. Diese Aussteuerung ist für die Sender des privaten Hörfunks in NRW nicht möglich, da es pro Verbreitungsgebiet nur eine Lizenz, und damit nur die Möglichkeit zur Ausstrahlung eines Programms, gibt. Sollten die Veränderungen beim WDR von den Hörern angenommen werden, könnten diese zu sinkenden Reichweiten führen.

Digitale Angebote wie Internetradioprogramme und Streamingdienste erhöhen die Konkurrenz. Der Verbund der Lokalfunkanbieter NRW muss die digitalen Angebote verbessern und ausbauen, um auch hier eine Relevanz zu erhalten. Diesbezüglich wurden zum Jahresende 2016 Entscheidungen getroffen, die in 2017 umgesetzt werden müssen. Wichtiger Bestandteil ist hier die Etablierung eines CMS, welches nach Möglichkeit von allen Lokalfunkstationen in NRW genutzt wird.
Durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind für 2017 keine gravierenden Auswirkungen auf dem lokalen und regionalen Werbemarkt zu erwarten.

Rechtliche Risiken

Die erteilten rundfunkrechtlichen Lizenzen sind mit bestimmten Auflagen verbunden und konzentrationsrechtlichen Meldepflichten unterworfen, deren Beachtung und Befolgung wesentlich für den Bestand der Genehmigungen sind. Diese Sendelizenzen sind in Deutschland zeitlich befristet erteilt. Die Lizenz wurde der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. im Geschäftsjahr 2015 um 10 Jahre bis zum 31.08.2025 verlängert. Eine Verlängerung der Fristen wird in der Regel gewährt, jedoch ohne Garantie. Die Lizenzen und Genehmigungen beinhalten zum Teil auch Auflagen, deren Nichtbefolgung die Landesmedienanstalten auch während der Laufzeit zu einem Widerruf berechtigen.

Gesamtrisiko

Für den Prognosezeitraum des nächsten Geschäftsjahres identifizieren wir keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Geschäftsführung beobachtet das wirtschaftliche Umfeld stetig und erarbeitet Maßnahmen, die die Entwicklung der Berichtsgesellschaft im Geschäftsjahr 2017 unterstützen. Damit soll einer negativen Entwicklung vorgebeugt und falls notwendig, entgegengetreten werden.

Risikomanagement

Die Geschäftsführung kann auf ein implementiertes Risikomanagement zurückgreifen. Somit besteht die Möglichkeit Risiken zu erkennen, abzuwenden und zu minimieren. Bewährte Planungs-, Reporting- und Controlling-Systeme helfen, um bei der Betriebsgesellschaft eine Risikobewertung vornehmen zu können und diese entsprechend zu steuern.

Prognosebericht

Bei den Konjunkturprognosen für Deutschland schwanken die Werte, je nach Quelle, zwischen 1,4 % und 1,8 % für 2017. Dieser Ausblick wird sich positiv auf die Nachfrage nach Werbezeiten auswirken.

Trotz der sinkenden Reichweiten der Sender „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ erwartet die Geschäftsführung stabile Werbezeitenerlöse. Jedoch sind hierdurch niedrigere Ausschüttungsbeträge seitens radio NRW möglich, zumal die nationalen Umsätze bei radio NRW nicht auf dem Niveau von 2016 zu erwarten sind.

Das Kostenniveau der Gesellschaft wird leicht unter dem Vorjahresniveau erwartet.

Die durchschnittlichen Stundenreichweiten der Sender „Radio Mülheim“ (5,1 %) und „Radio Oberhausen“ (7,3 %) sind, gemäß E.M.A. 2017 I (März 2017), in der Gruppe der über 14-jährigen (Mo-So) gesunken. Bei der Erstellung des Wirtschafts- und Stellenplanes wurde mit einer durchschnittlichen Reichweite beider Sender von 8,0 % eine deutlich bessere Reichweite erwartet. Die geplanten Ausschüttungsbeträge von radio NRW werden daher nicht erreicht werden können. Die Betriebsgesellschaft wird die Veranstaltergemeinschaft, soweit möglich, unterstützen um eine weitere Verbesserung der Reichweite zu erzielen.

Zum Jahresende 2016 haben sich die Geschäftsführer aller Betriebsgesellschaften auf die Veränderung des Erlösverteilschlüssels von radio NRW in 3 Stufen bis 2019 geeinigt. Diese Vertragsänderung muss nun von allen 45 Betriebsgesellschaften in NRW durch Gesellschafterbeschlüsse genehmigt und vorgenommen werden, nur dann wird die Umstellung wirksam. Diese Veränderung würde sich insgesamt leicht positiv auf die Ausschüttungsbeträge der Gesellschaft, die bisher im Wirtschafts- und Stellenplan eingestellt sind, auswirken, und zudem den Erhalt des Gesamtsystems stützen. Zudem soll durch die Hebung der Zusatzpotentiale bei der Werbezeitenvermarktung das Ergebnis der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG gestärkt werden.

Im Jahr 2016 wurden im Lokalfunksystem NRW bezüglich der Programmausrichtung, der Optimierung der Werbezeitenvermarktung und der Entwicklung von digitalen Plattformen und Produkten wichtige Entscheidungen getroffen. In vielen

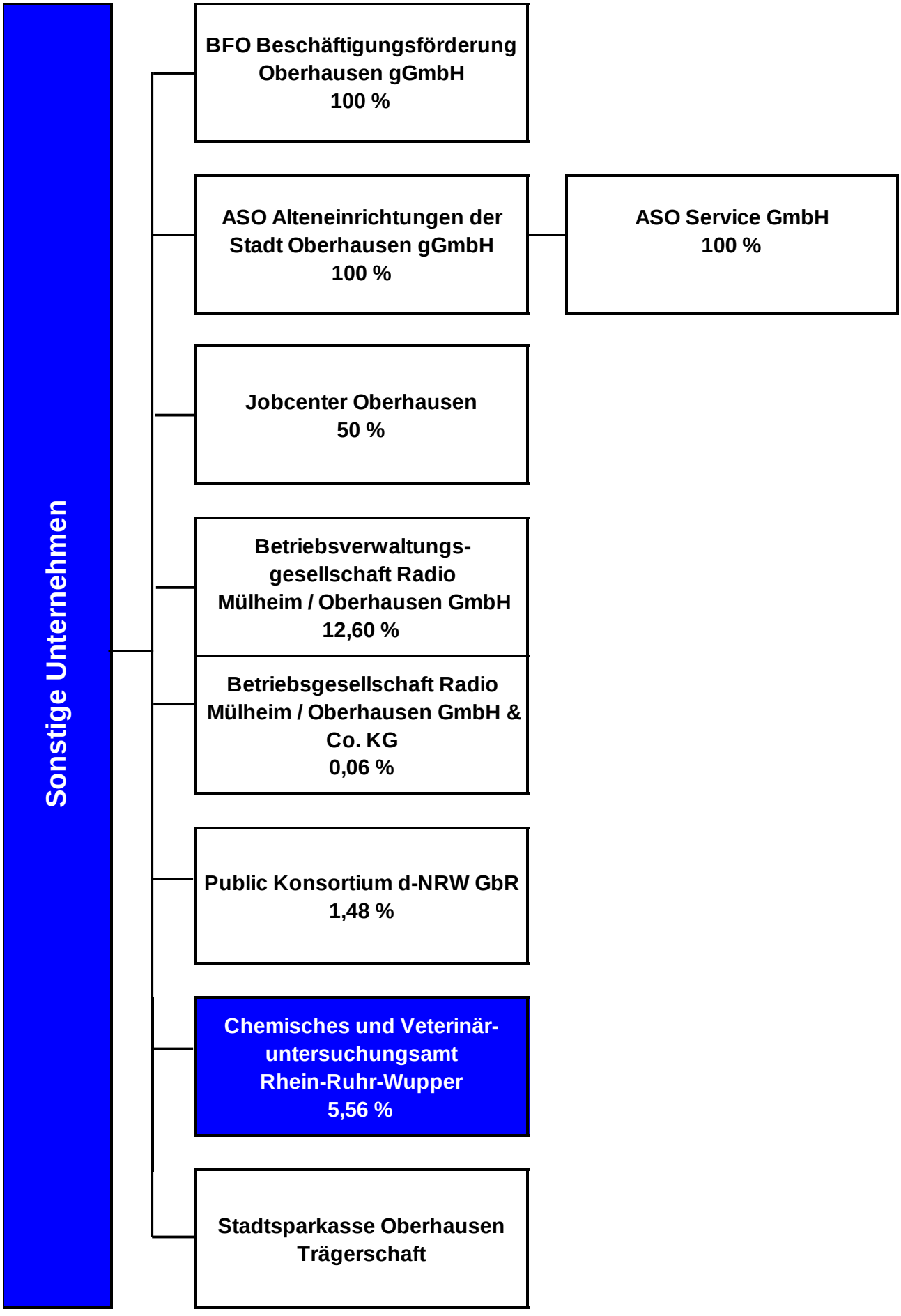
Punkten ist hier der Rahmenprogrammanbieter radio NRW involviert. Diese Entscheidungen müssen im Geschäftsjahr 2017 zur Umsetzung gelangen. Auch die lokale Programmproduktion muss sich weiter den neuen Herausforderungen stellen.

Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet die Geschäftsführung ein negatives Ergebnis leicht unterhalb des Jahresabschlusses 2016.

Essen, 16.03.2017

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG
Oberhausen

Sven Thölen
Geschäftsführer


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06 %
Public Konsortium d-NRW GbR
1,48 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Deutscher Ring 100
47798 Krefeld

Kontakt:

Telefon 02151/849-0
Fax 02151/849-4042
e-Mail poststelle@cvua-rrw.de
Internet www.cvua-rrw.de

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 270,00

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Wesel	15,00	5,56
Land NRW	135,00	50,00
Stadt Duisburg	15,00	5,56
Stadt Essen	15,00	5,56
Stadt Krefeld	15,00	5,56
Stadt Mülheim	15,00	5,56
Stadt Oberhausen	15,00	5,56
Stadt Remscheid	15,00	5,56
Stadt Solingen	15,00	5,56
Stadt Wuppertal	15,00	5,56

Gegenstand des Unternehmens:

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Horn, Detlef
		Pöll, Reiner
Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Dr. Krüger, Christiane
	stellv. Vorsitzender	Berensmeier, Ralf
	Mitglied gem. § 113 GO	Ohletz, Horst
	Mitglied	Krumpholz, Ralf
	Mitglied	Raskob, Simone
	Mitglied	Dr. Steinfort, Frank
	Mitglied	Cyprian, Ulrich
	Mitglied	Nocke, Matthias
	Mitglied	Dr. Delschen, Thomas
	Mitglied	Reul-Nocke, Barbara
	Mitglied	Welzel, Jan

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	9.013,25	33,3	9.311,20	28,0	8.982,10	26,8	-329,10	-3,53
Umlaufvermögen	17.840,99	66,0	23.819,81	71,6	24.315,81	72,7	496,00	2,08
Rechnungsabgrenzungsposten	177,70	0,7	158,20	0,5	171,22	0,5	13,02	8,23
Bilanzsumme	**27.031,93**	**100,00**	**33.289,21**	**100,00**	**33.469,12**	**100,00**	**179,91**	**0,54**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	11.922,49	44,1	9.422,72	28,3	7.745,05	23,1	-1.677,67	-17,80
Rückstellungen	13.918,05	51,5	22.358,78	67,2	24.417,61	73,0	2.058,83	9,21
Verbindlichkeiten	1.092,27	4,0	1.203,59	3,6	856,84	2,6	-346,75	-28,81
Rechnungsabgrenzungsposten	99,12	0,4	304,11	0,9	449,63	1,3	145,52	47,85
Bilanzsumme	**27.031,93**	**100,00**	**33.289,21**	**100,00**	**33.469,12**	**100,00**	**179,91**	**0,54**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	17.438,43	17.461,61	17.552,22
sonstige betriebliche Erträge	16,99	64,95	3,03
Materialaufwand	7.078,19	6.834,93	6.758,62
Personalaufwand	4.910,85	8.368,38	7.470,98
Abschreibungen	1.302,39	1.192,91	1.142,18
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.887,47	3.632,49	3.861,20
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12,98	2,38	0,04
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	289,50	-2.499,77	-1.677,68
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	289,50	-2.499,77	-1.677,68
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	570,36		
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	859,85		
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	-2.499,77	-1.677,68

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,66	-14,32	-9,56	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,43	-20,97	-17,80	%
Cash-Flow:	1.591,88	-1.306,86	-535,50	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	169,47	178,84	167,19	T€
Personalaufwandsquote:	28,13	47,75	42,56	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	23,89	19,26	18,28	%
Eigenkapitalquote:	44,11	28,31	23,14	%
Fremdkapitalquote:	55,89	71,69	76,86	%

e.) Lagebericht

1. Überblick

1.1 Rechtlicher Rahmen

Basierend auf dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) wurden in ganz NRW integrierte Untersuchungsämter (CVUÄ) gebildet. Mit der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 13.11.2008 hat das damalige Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) zum 01.01.2009 das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Träger der Anstalt waren im Berichtsjahr neben dem Land Nordrhein-Westfalen die Städte Duisburg, Essen, Oberhausen, Mülheim, Wuppertal, Remscheid, Solingen und Krefeld sowie der Kreis Wesel. Jede dieser Trägerkommunen hat im Verwaltungsrat, dem höchsten Organ der Anstalt, einen Sitz und ist mit einer Stimme vertreten; das Land NRW hat zwei Sitze und ist mit der gleichen Anzahl aus der Summe der kommunalen Stimmen, also mit neun Stimmen, vertreten.

1.2 Organisation

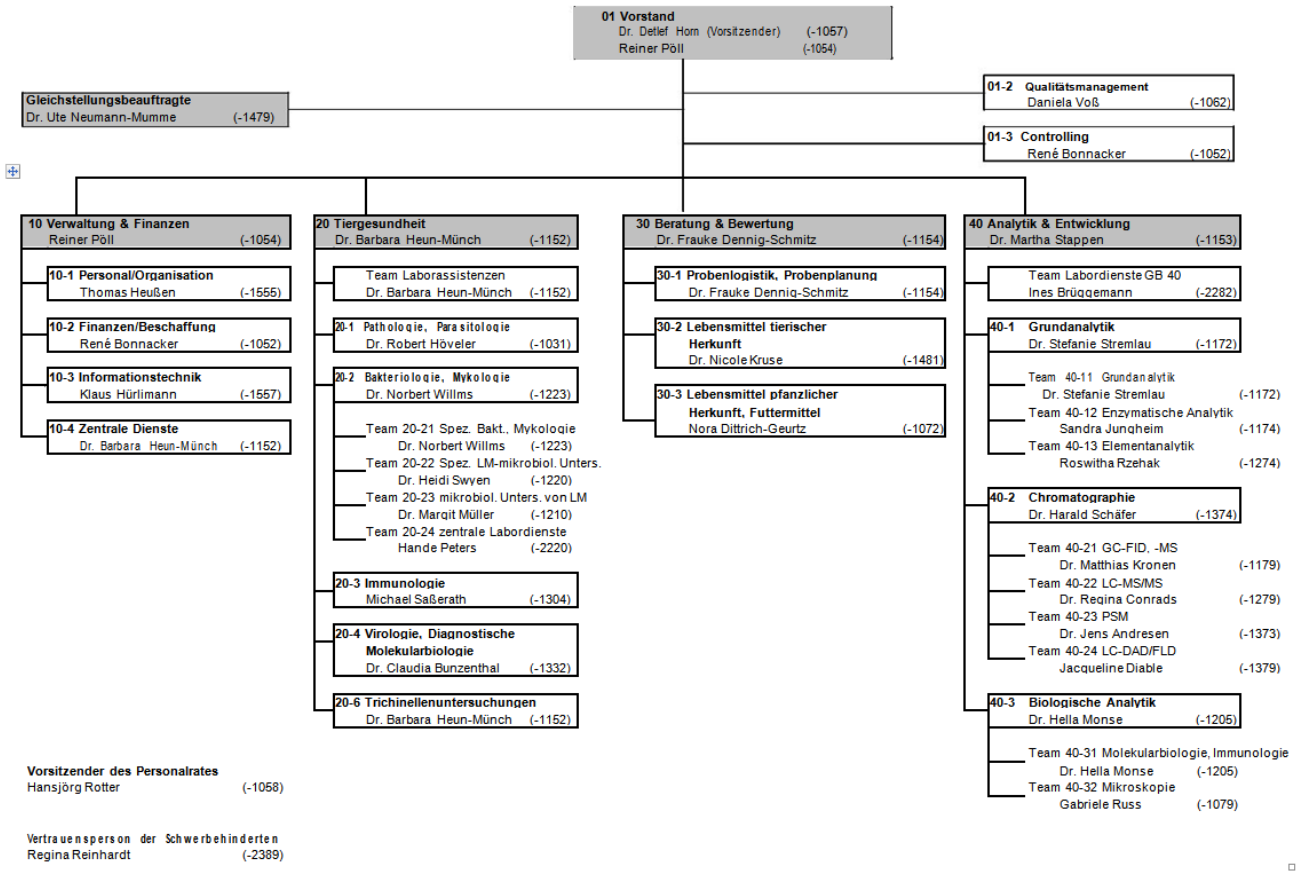
Nach § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet das Untersuchungsamt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt das CVUA-RRW gerichtlich und außergerichtlich und stellt somit das geschäftsführende Organ der Organisation dar. Mitglieder des Vorstandes sind:

Vorstandsvorsitzender: Herr Dr. Detlef Horn

Vorstandsmitglied: Herr Reiner Pöll

Das CVUA-RRW gliedert sich in vier Geschäftsbereiche, die jeweils in Fachgebiete unterteilt sind.

Die Organisation im Berichtsjahr ist dem folgenden Organigramm zu entnehmen:



1.3 Finanzielle Rahmengrundsätze

Entsprechend den Regelungen des § 12 Abs. 1 IUAG NRW richten sich die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Prüfung des CVUA-RRW nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Die Grundsätze der Finanzierung des CVUA-RRW sind in einer Finanzsatzung fixiert.

1.4 Aufgabenkatalog

Die Aufgaben des CVUA-RRW erstrecken sich nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen des § 4 IUAG NRW auf die Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel-und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Darüber hinaus wurden dem CVUA-RRW mit der v.g. Errichtungsverordnung die Durchführung vergleichbarer Aufgaben auf dem Gebiet des Gentechnikrechts und der Untersuchung von Tierarzneimitteln, mit Ausnahme der Untersuchung von Fertigarzneimitteln, übertragen. Die genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Das CVUA-RRW übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind.

In Angelegenheiten bzgl. des Aufgabenbereichs, insbesondere in Fragen der amtlichen Kontrolle, berät die Anstalt die Träger und, soweit dies die Satzung vorsieht, auch Dritte.

Das CVUA-RRW wirkt mit bei:

- der Koordinierung und Durchführung europa-, bundes-, landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in der amtlichen Überwachung tätig sind,
- der Kontrolle von Betrieben und
- der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereichs.

Die Untersuchungsanstalt führt im Rahmen ihrer Aufgaben wissenschaftliche Entwicklungsarbeiten und Maßnahmen zur Qualitätssicherung durch. Auch ist das CVUA-RRW verpflichtet, Aufträge eines Trägers oder mehrerer Träger auszuführen, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen und die Finanzierung durch den Auftraggeber gesichert ist. Das CVUA-RRW kann Aufträge Dritter ausführen, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen. Für die Ausführung von Aufträgen Dritter sind mindestens kostendeckende Gebühren und Entgelte zu erheben.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Entsprechend dem oben dargestellten Aufgabenkatalog kann festgestellt werden, dass das CVUA-RRW ausschließlich hoheitliche Aufgaben wahrnimmt. Steuerverpflichtungen aufgrund gewerblicher Tätigkeiten sind nicht erkennbar.

1.5 Tätigkeitsfelder des CVUA-RRW

Dem integrativen Ansatz des IUAG NRW folgend, erstrecken sich die Aktivitäten des CVUA-RRW über den gesamten Bereich des Verbraucherschutzes von der Erzeugung gesunder Futtermittel, der Tierproduktion, der Erzeugung und Gewinnung der Lebensmittel in der Land- und Fleischwirtschaft über die Herstellung und den Vertrieb von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika („from farm to fork“ bzw. „from stable to table“). Darüber hinaus führt das CVUA-RRW Untersuchungen zur Überwachung nach dem Gentechnikgesetz durch. Dementsprechend ist die Untersuchungsanstalt im Wirtschaftsjahr 2016 in fünf Tätigkeitsfeldern aktiv geworden:

Bereich des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches:
1) Lebensmittel, Bedarfsgegenstände und Kosmetika
2) Futtermittel
3) Fleischhygiene

Bereich der Bekämpfung von Zoonosen und Tierseuchen sowie des Tierschutzes:
4. Tiergesundheit

Bereich Gentechnik:
5. Überwachung nach dem Gentechnikgesetz

1.6 Überblick über die Branche

Im Berichtsjahr 2016 existieren in ganz NRW fünf integrierte Untersuchungsanstalten (CVUA Ost-westfalen-Lippe in Detmold zum 01.01.2008, CVUA Rhein-Ruhr-Wupper in Krefeld zum 01.01.2009, CVUA Münsterland-Emscher-Lippe in Münster zum 01.07.2010, CVUA Rheinland zum 01.01.2011 und CVUA Westfalen zum 01.01.2014), die alle auf der Grundlage des IUAG NRW errichtet wurden.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsverlauf

2.1.1 Audit des CVUA-RRW durch die DAkkS

Auf der Basis eines umfangreichen Audits wurde das CVUA-RRW mit Bescheid vom 25. Juni 2015 durch die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) für den Zeitraum bis zum 1. Januar 2019 akkreditiert. Die Akkreditierung wird durch Audits der DAkkS regelmäßig überprüft; in 2016 hat das CVUA-RRW erfolgreich an einem Überwachungsaudit durch die DAkkS teilgenommen.

2.1.2 Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung

Anlass für die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) ist:

Die gesetzliche Vorschrift für die Finanzierung der Untersuchungsanstalten durch Gebühren und Entgelte (§ 14 Abs.1 IUAG NRW):

„Für die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Durchführung der nach § 4 oder einer auf Grund von § 3 Abs. 1 Satz 2 Nummer 1 erlassenen Rechtsverordnung zugewiesenen Aufga-ben erhebt die Untersuchungsanstalt vom Gebührenschuldner soweit gesetzlich vorgesehen Gebühren, im Übrigen von den Trägern, weiteren beteiligten Kommunen und dem Land Entgel-te. Näheres regelt eine Satzung."

Politischer Wille ist, dass künftig Gebühren für alle amtlichen Untersuchungen erhoben wer-den. Eine rechtssichere Gebührenkalkulation auf Vollkostenbasis soll durch Einrichtung einer KLR in allen Untersuchungsanstalten in NRW ermöglicht werden.

Ermittlung der Entgelte/Umlagen der Träger insgesamt:

Die Ermittlung der Entgelte/Umlagen der Träger insgesamt ist erforderlich für alle Bereiche, die nicht oder nicht vollständig über Gebühreneinnahmen finanziert werden. Eine vollständige Auf-teilung der Entgelte zwischen Land und Kommunen über die KLR ist fachlich nicht möglich und widerspricht der politischen Gründungsgrundlage der Ämter.

Im Jahr 2016 ist der Grundstein für die Einführung einer KLR gelegt worden.

2.1.3 Entgeltentwicklung und die Auswirkungen des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes NRW

Der Vorstand hat der AG Entgelte in ihrer Sitzung am 07.09.2016 die für das Wirtschaftsjahr 2017 notwendigen Aufwendungen einschl. der möglichen Aufwandsreduzierungen durch Geschäftsprozessoptimierung vorgestellt. Dabei wurde insbesondere auf die Auswirkungen des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes NRW (DRModG NRW), das zum 01.07.2016 in Kraft getreten ist, eingegangen. Durch diese gesetzlichen Änderungen kommt es zu einer Umstellung der Versorgungslastenteilung für die Rückstellung von Pensionsverpflichtungen. Ein zum 21. April 2017 veröffentlichtes Gesetz, das u.a. das Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11.12.2007 ändert, mildert die Auswirkungen des DRModG NRW für das CVUA-RRW ab. Die Einführung des DRModG NRW in Kombination mit der immer noch anhaltenden Niedrigzinsphase hat den Aufwand für Personalkosten weiterhin über Gebühr auch im Jahr 2016 ansteigen lassen.

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 10.11.2016 eine Entgelterhöhung um 3,46 % für das Jahr 2017 beschlossen.

2.1.4 Schwerpunktbildung NRW

Das MKULNV hat am 16. November 2016 die landesweite Schwerpunktbildung über die Änderung der Errichtungsverordnung auf Grundlage des § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) veröffentlicht. Die Verordnung tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

2.2 Geschäftsergebnis

Das CVUA-RRW hat das Wirtschaftsjahr 2016 im Rahmen der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresfehlbetrag von ca. 1.678 Tsd. € abgeschlossen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Jahresergebnis um rund 822 Tsd. € (Jahresfehlbetrag 2015: rund 2.500 Tsd. €) verbessert.

2.2.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse des CVUA-RRW beliefen sich auf 17.552 Tsd. € und setzten sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung	IST 2016	IST 2015	Differenz
Umsatzerlöse	17.552.216,87 €	17.461.607,70 €	90.609,17 €

Gebühren	1.088.063,12 €	1.021.458,90 €	66.604,22 €
Entgelte	16.440.926,00 €	16.440.148,80 €	777,20 €
sonstige Umsatzerlöse	23.227,75 €	0,00 €	23.227,75 €

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 91 Tsd. € gestiegen. Die Vergleichbarkeit der Umsätze zum Vorjahr ist eingeschränkt, da erstmalig in 2016 die Umsetzung des § 277 Abs.1 HGB erfolgt ist. Die unter sonstige Umsatzerlöse enthaltenen Beträge i.H.v. rund 23 Tsd. € wurden im Vorjahr unter den sonstigen betrieblichen

Erträgen ausgewiesen. Diese setzten sich hauptsächlich aus Erstattungen von Untersuchungskosten und Beihilfen der Tierseuchenkasse (TSK) für Maßnahmen der Seuchenverhinderung und Förderung der Tiergesundheit zusammen.

Bezeichnung	IST 2016	IST 2015	Differenz
Entgelte	16.440.926,00 €	16.440.148,80 €	777,20€
Landesentgelt	9.955.900,00 €	9.955.900,00 €	0,00 €
kommunales Entgelt	6.471.329,00 €	6.471.329,00 €	0,00 €
sonstiges Entgelt	13.697,00 €	12.919,80 €	777,20 €

Die Umlagenquote (Verhältnis der Entgelte der Träger zu den Umsatzerlösen) betrug 93,59 %.

Neben diesen Erträgen sind im Wirtschaftsjahr 2016 sonstige finanzwirksame Erträge in Höhe von rund 3 Tsd. € verbucht worden. Diese setzten sich hauptsächlich aus Auflösungen von Rückstellungen zusammen.

2.2.2 Aufwendungen

Die betrieblich bedingten Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 94 Tsd. € gestiegen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten hauptsächlich Personalkosten für das gestellte Personal. Der Anteil für das gestellte Personal ist im Vergleich zum Vorjahr um rund 181 Tsd. € gesunken. Die Löhne und Gehälter des eigenen Personals sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 89 Tsd. € gestiegen. In den kommenden Jahren werden die Aufwendungen für bezogene Leistungen weiter sinken und die Löhne und Gehälter steigen. Diese Verschiebung bei den Aufwendungen ist dadurch begründet, dass gestelltes Personal sukzessive durch eigenes ersetzt werden wird. Die Aufwendungen für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 987 Tsd. € gesunken, dies ist durch den Wechsel der Bewertungsmethode der Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen im Vorjahr zu begründen. Die anhaltende Niedrigzinsphase wirkt sich auch im Jahr 2016 kostentreibend auf die Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen aus. Die Kosten für den Probentransport beliefen sich auf rund 27 Tsd. €.

Die im Wirtschaftsjahr ermittelten Abschreibungen in der Höhe von ca. 1.142 Tsd. € liegen um rund 51 Tsd. € unter den Abschreibungen des Vorjahres.

2.3. Vermögens- / Finanzlage

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr von 33.289 Tsd. € auf 33.469 Tsd. € gestiegen. Dies ist hauptsächlich durch die Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Kombination mit der anhaltenden Niedrigzinsphase begründet.

2.3.1 Kennzahlen zur Erfolgslage:

Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-	1.677.676,42 €
Umsatzerlöse		17.552.216,87 €
Umsatzrendite in %		
(Umsatzrendite I in %)		**-9,56%**

Cashflow		1.555.326,66 €
Eigenkapital		7.745.047,28 €
Eigenkapitalrendite in %		
bezogen auf Cashflow		**20,08%**

Jahresüberschuss/-fehlbetrag		
+ Zinsen und ähnliche		
Aufwendungen	-	1.677.676,42 €
Bilanzsumme		33.469.121,71 €
Gesamtkapitalrendite in %		**-5,01%**

2.3.2 Kennzahlen zur Vermögenslage

Eigenkapital	7.745.047,28	€
Bilanzsumme	33.469.121,71	€
Eigenkapitalquote in %	**23,14%**	
Rückstellungen	24.417.605,00	€
Bilanzsumme	33.469.121,71	€
Rückstellungsquote in %	**72,96%**	
Anlagevermögen	8.982.095,60	€
Bilanzsumme	33.469.121,71	€
Anlagenintensität in %	**26,84%**	
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei KI und Schecks + sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens	11.423.311,92	€
Bilanzsumme	33.469.121,71	€
Quote der flüssigen Mittel in %	**34,13%**	
Eigenkapital	7.745.047,28	€
Anlagevermögen	8.982.095,60	€
Anlagendeckung in %	**86,23%**	

2.3.3 Kennzahlen zur Liquidität

Cashflow		
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**-**	**1.677.676,42 €**
+ Abschreibungen (auf immat. VGdAV und SAV + VGdUV)		**1.142.175,08 €**
+ Erhöhung Pensionsrückstellungen		**2.090.828,00 €**
Cashflow		**1.555.326,66 €**

2.4 Gewinnverwendung, Bildung von Rücklagen

Es liegt für das Jahr 2016 kein Gewinn vor, der zur Rücklagenbildung verwendet werden könnte.

3. Prognosebericht

3.1 Branchenbericht

3.1.1 Einführung von Gebühren für amtliche Untersuchungen

Mit der Veröffentlichung der VO (EU) 2017/625 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 15. März 2017 über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel ist zu folgern, dass es auf europäischer Ebene bei der Regelung bleibt, dass es den Mitgliedstaaten weiterhin möglich ist, Gebühren für amtliche Regeluntersuchungen zu erheben. Als Voraussetzung für die Einführung von Untersuchungsgebühren gelten die vollendete Umsetzung der Schwerpunktbildung, ein „gebührengerechtes" und risikoorientiertes Probenahmekonzept sowie transparente Kostenstrukturen bei den CVUÄ, die eine rechtssichere Gebührenkalkulation ermöglichen. Zur Erhebung gerichtsfesten Gebühren muss eine Grundlage geschaffen werden, auf der standardisiert, transparent und nachvollziehbar in allen fünf CVUÄ eine Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt werden kann. In 2016 wurde zwischen den CVUÄ und Land NRW ist der Grundstein für diese Grundlage gelegt worden.

3.2 Unternehmensspezifische Entwicklungen

3.2.1 Akkreditierung des CVUA-RRW

Das CVUA-RRW hat im Jahre 2016 das Konzept für die organisatorische Umsetzung der Schwerpunktbildung umgesetzt. Damit ist eine Konzentrierung des CVUA-RRW auf bestimmte Untersuchungsbereiche verbunden. Daraus folgt, dass der Umfang der Untersuchungsbereiche und die Zahl der Methoden, die akkreditiert werden müssen, besser gesteuert werden können. Darüber hinaus wird die EN ISO/IEC 17025, die die Grundlage der Akkreditierung bildet, aktuell einer Revision unterzogen. Während die Konzentration auf bestimmte Untersuchungsbereiche aufwandsreduzierend wirkt, ist mit der Revision der EN ISO/IEC 17025 die Gefahr der Ausweitung des Akkreditierungsaufwands verbunden.

3.2.2 Trichinellen

Im Rahmen der Schwerpunktbildung hat das CVUA-RRW die Verantwortung hinsichtlich des Themas „Trichinellen" übernommen. Mit der Veröffentlichung der v.g. VO (EU) 2017/625 wurden die zukünftigen Anforderungen an die Trichinellenuntersuchungsstellen festgelegt. Das CVUA-RRW wird zukünftig nicht mehr die Verantwortung für die Akkreditierung der kommunalen Untersuchungsstellen übernehmen müssen. Unklar bleibt die Zukunft der Untersuchung auf Trichinellen im Rahmen der Fleischhygiene insgesamt. Der Abschied von der flächendeckenden Untersuchung könnte hier zu einem massiven Anstieg der Untersuchungen im CVUA-RRW führen.

4. Risikobericht

4.1. Branchenbericht

4.1.1. Schwerpunktbildung NRW

Mit der Schwerpunktbildung sollen sowohl die Effizienz als auch die Qualität der amtlichen Unter-suchung erhalten und gesteigert werden. Das Land Nordrhein-Westfalen möchte seine Führungsrolle im gesundheitlichen Verbraucherschutz - insbesondere im Untersuchungsbereich - auch in Zukunft behalten. Die Schwerpunktbildung ist so zu gestalten, dass sie zukunftsfähig, robust und krisenfest ist. Dies erfordert die dauerhafte Bereitstellung der notwendigen Ressourcen.

4.2. Unternehmensspezifische Entwicklungen

4.2.1. Akkreditierung des CVUA-RRW

Für die Tätigkeit als amtliches Labor ist die Akkreditierung unabweisliche Voraussetzung. Den eu-ropäischen Vorgaben folgend wurde die Aufgabe aller Akkreditierungen in Deutschland auf eine Akkreditierungsstelle, der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) in Berlin, durch das Gesetz über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) vom 07.08.2009 übertragen. Mit der Akkreditierung durch die DAkkS sind die Kosten für die Akkreditierung signifikant gestiegen.

4.2.2 Entgeltentwicklung

Ohne die Einführung von Untersuchungsgebühren oder weitere Entgeltsteigerungen auch in den nächsten Jahren werden auf Dauer die Rücklagen des CVUA-RRW nicht ausreichen. Die vom Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 10.11.2016 beschlossene Entgelterhöhung um 3,46 % für das Jahr 2017 trägt zwar zur Reduzierung des strukturelle Defizits der Anstalt bei, führt aber nicht zu einer dauerhaften ausreichenden Entlastung.

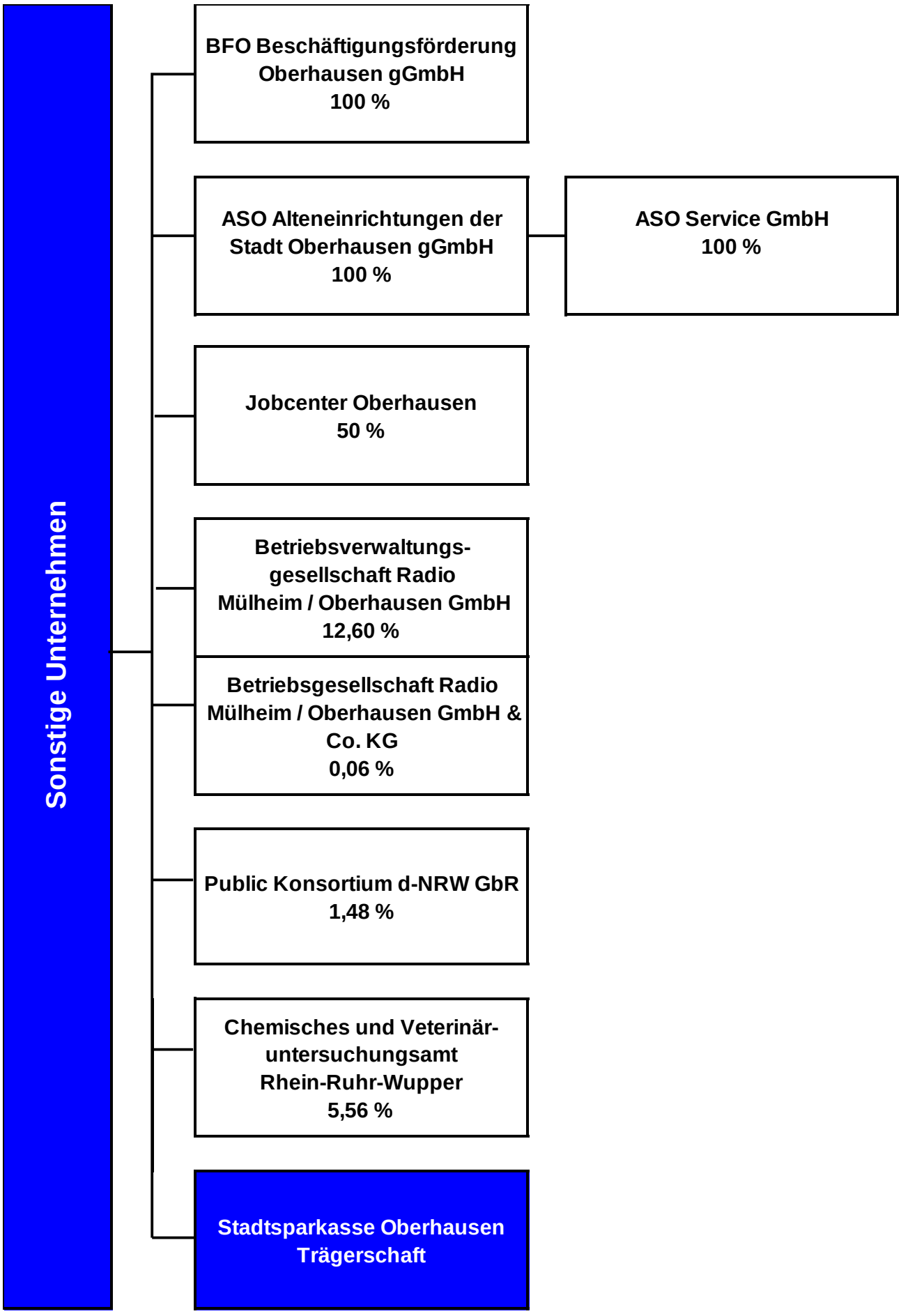
4.2.3 Trichinellen

Mit dem Inkrafttreten der VO (EU) 2017/625 obliegt dem CVUA-RRW zukünftig nicht mehr die Verantwortung für die Akkreditierung der kommunalen Untersuchungsstellen. Eine mögliche Ausweitung der Untersuchungstätigkeit auf Trichinellen würde durch die zusätzlichen Gebühreneinnahmen wirtschaftlich kompensiert.

Krefeld, 28. April 2017

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper - Anstalt des öffentlichen Rechts -

Dr. Detlef Horn / Reiner Pöll
Vorstandsvorsitzender / Vorstandsmitglied


Sonstige Unternehmen
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungs-gesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,06 %
Public Konsortium d-NRW GbR
1,48 %
Chemisches und Veterinär-untersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
5,56 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft

Stadtsparkasse Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Wörthstraße 12
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8340
Fax	0208/8343231
e-Mail	mailto:info@stadtsparkasse-oberhausen.de
Internet	http://www.stadtsparkasse-oberhausen.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 0,00

Träger:

	T€	%
Stadt Oberhausen	0,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stadtsparkasse Oberhausen mit dem Sitz in Oberhausen ist eine mündelsichere dem gemeinsamen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

Wichtige Verträge

b) Besetzung der Organe (Stand: 31.12.2016)

Vorstand:	Vorsitzender	Uppenkamp, Bernhard
	Mitglied	Mebus, Oliver
	stellv. Mitglied	Gäng, Thomas
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	M.d.L. Große Brömer, Wolfgang
	1. stellv. Vorsitzender	Schranz, Daniel
	2. stellv. Vorsitzender	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Benter, Christian
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Wittmann, Regina
	Mitglied	Wolter, Horst
	Mitglied (AN)	Berg, Thorsten
	Mitglied (AN)	Ehrlich, Dietmar
	Mitglied (AN)	Nockmann, Thomas

Mitglied (AN)	Zimmermann, Thomas
Mitglied (AN)	Zorn, Klaus
stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter
stellv. Mitglied	Cordes, Hubert
stellv. Mitglied	Gödderz, Sandra
stellv. Mitglied	Goeke, Martin
stellv. Mitglied	Jacobs, Silke
stellv. Mitglied	Müthing, Christa
stellv. Mitglied	Nakot, Werner
stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee
stellv. Mitglied	Schuler, Immanuel
stellv. Mitglied (AN)	Höffner, Stefan
stellv. Mitglied (AN)	Klima, Michael
stellv. Mitglied (AN)	Rauhut, Sebastian
stellv. Mitglied (AN)	Sommerfeld, Kerstin
stellv. Mitglied (AN)	Zwingmann, Nina

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Castra Grundstückverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	0,40	0,40
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	56,39	19,03
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	10.570,00	0,28
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	23,01	9,00
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	25,00	100,00
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	32.808,64	1,65
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	1.539,48	1,78
RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner II mbH	6,16	24,65
S Bargeldlogistik GmbH	300,00	30,00
S-Direkt-Verwaltungs GmbH & Co. KG	314,30	0,70
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	8,29	6,63
S-International Rhein-Ruhr GmbH	65,00	10,40
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	122,50	49,00
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	261,72	2,18
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	100,00	100,00
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	127,50	51,00
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	0,51	0,40
mittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH	2,25	9,00
RW Beteiligungs GmbH	0,32	1,30
RW Gesellschaft für Anteilsbesitz I mbH	1,30	5,19
RW Holding Aktiengesellschaft	238,91	0,32

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Barreserve	45.616,92	1,9	45.244,68	2,0	92.792,63	3,9	47.547,95	105,09
Forderungen an Kreditinstitute	285.213,30	11,9	153.396,71	6,6	170.622,45	7,2	17.225,74	11,23
Forderungen an Kunden	1.600.864,34	66,7	1.713.786,35	73,9	1.748.519,30	73,8	34.732,95	2,03
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	265.814,60	11,1	212.294,65	9,2	166.601,19	7,0	-45.693,46	-21,52
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	90.440,08	3,8	89.114,93	3,8	89.208,24	3,8	93,31	0,10
Beteiligungen	38.498,01	1,6	37.372,08	1,6	37.688,08	1,6	316,00	0,85
Anteile an verbundenen Unternehmen	252,50	0,0	252,50	0,0	252,50	0,0	0,00	0,00
Treuhandvermögen	4.340,98	0,2	1.422,77	0,1	839,95	0,0	-582,82	-40,96
Immaterielle Anlagewerte	18,16	0,0	10,12	0,0	5,23	0,0	-4,89	-48,32
Sachanlagen	54.529,35	2,3	51.859,33	2,2	48.699,89	2,1	-3.159,44	-6,09
Sonstige Vermögensgegenstände	1.718,34	0,1	1.214,47	0,1	2.159,57	0,1	945,10	77,82
Rechnungsabgrenzungsposten	276,07	0,0	257,97	0,0	223,27	0,0	-34,70	-13,45
Aktive latente Steuern	13.825,80	0,6	12.846,60	0,6	12.676,10	0,5	-170,50	-1,33
Bilanzsumme	**2.401.408,47**	**100,00**	**2.319.073,16**	**100,00**	**2.370.288,39**	**100,00**	**51.215,23**	**2,21**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	581.684,00	24,2	449.750,58	19,4	444.959,76	18,8	-4.790,82	-1,07
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.596.499,75	66,5	1.638.848,84	70,7	1.688.443,27	71,2	49.594,43	3,03
Verbriefte Verbindlichkeiten	24.377,42	1,0	27.377,09	1,2	28.872,58	1,2	1.495,49	5,46
Treuhandverbindlichkeiten	4.340,98	0,2	1.422,77	0,1	839,95	0,0	-582,82	-40,96
Sonstige Verbindlichkeiten	2.096,80	0,1	1.738,61	0,1	2.305,08	0,1	566,47	32,58
Rechnungsabgrenzungsposten	420,75	0,0	336,93	0,0	5.293,02	0,2	4.956,09	1.470,96
Rückstellungen	35.747,07	1,5	37.894,99	1,6	39.875,47	1,7	1.980,48	5,23
Nachrangige Verbindlichkeiten	13.167,77	0,5	13.167,52	0,6	2.670,64	0,1	-10.496,88	-79,72
Genußrechtskapital	1.822,92	0,1	1.656,39	0,1	1.484,48	0,1	-171,91	-10,38
Fonds für allgemeine Bankrisiken	31.830,05	1,3	35.163,74	1,5	37.163,74	1,6	2.000,00	5,69
Eigenkapital	109.420,95	4,6	111.715,70	4,8	118.380,40	5,0	6.664,70	5,97
Bilanzsumme	**2.401.408,47**	**100,00**	**2.319.073,16**	**100,00**	**2.370.288,39**	**100,00**	**51.215,23**	**2,21**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Zinserträge	70.268,73	63.240,58	59.623,91
Zinsaufwendungen	26.021,01	24.178,42	17.306,48
Laufende Erträge	3.444,25	3.311,56	2.813,46
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	280,00	200,00	265,00
Provisionserträge	20.741,29	20.996,61	22.153,73
Provisionsaufwendungen	626,50	618,64	702,93
Sonstige betriebliche Erträge	2.501,17	2.278,78	2.449,08
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	49.902,53	48.978,14	47.236,58
hierin: Personalaufwand	28.295,34	28.410,42	27.290,32
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	3.920,70	4.005,01	3.701,51
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.552,68	2.462,58	4.578,76
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	6.219,11	2.863,28	620,61
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	789,35	2.963,15	1.297,00
Zuführung/Entnahme Fond Bankenrisiken	10.971,93	3.333,69	2.000,00
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	9.669,85	6.351,17	11.102,53
Steuern vom Einkommen und Ertrag	8.450,21	3.833,34	4.221,13
Sonstige Steuern	192,58	223,08	216,70
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.027,07	2.294,75	6.664,70
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.027,07	2.294,75	6.664,70

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,08	2,62	7,85	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,95	2,10	5,97	%
Cash-Flow:	1.027,07	2.294,75	6.664,70	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	187.964,82	174.798,30	174.242,49	T€
Personalaufwandsquote:	29,87	32,38	32,16	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,27	2,24	2,05	%
Eigenkapitalquote:	4,56	4,82	4,99	%
Fremdkapitalquote:	95,44	95,18	95,01	%

e.) Lagebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Stadtsparkasse Oberhausen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Wesentliche Grundlage neben dem Kreditwesengesetz (KWG) ist das Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG NW). Zentraler Inhalt des Sparkassengesetzes NW ist der öffentliche Auftrag und das Regionalprinzip.
Hiernach hat die Stadtsparkasse Oberhausen die Aufgaben:

- Der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.
- Die Stärkung des Wettbewerbs im Kreditgewerbe.
- Die Förderung der finanziellen Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung.
- Die Versorgung im Kreditgeschäft vornehmlich des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.
- Zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- und Schuldnerberatungsstellen beizutragen.

Die Sparkasse ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in Düsseldorf. Hierüber ist sie dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. mit Sitz in Berlin angeschlossen. Träger der Stadtsparkasse Oberhausen ist die Stadt Oberhausen.

Die Sparkasse ist dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Dieses ist seit dem 3. Juli 2015 als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt. Das System besteht aus 13 Sicherungseinrichtungen:

- den elf regionalen Sparkassenstützungsfonds,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Das Geschäftsmodell der Stadtsparkasse Oberhausen ist das einer Vertriebssparkasse. Die Beratung und der Verkauf von Finanzprodukten und Dienstleistungen bilden dabei den Hauptvertriebsansatz. Das Fundament dafür bilden der faire und partnerschaftliche Umgang mit Kunden sowie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Grundlegende Leitidee der geschäftlichen Aktivitäten ist das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“. Diese ist u. a. durch ein einfaches Produktportfolio, eine konservative, benchmarkorientierte Vermögensanlage, reduzierte Prozesskosten durch Standardisierung sowie eine wenig komplexe Steuerung gekennzeichnet.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2016 um real 1,9% und damit in ähnlicher Größenordnung wie in den beiden vorangegangenen Jahren (2015: +1,7%, 2014:+1,6%).

Positive Wachstumsimpulse kamen im vergangenen Jahr vor allem von den Konsumausgaben, die allein 1,8%-Punkte zum BIP-Wachstum beitrugen. Obwohl der staatliche Konsum (+4%) noch deutlicher ausgeweitet wurde als der private Konsum (+2%), leistete letzterer mit 1,1%-Punkten einen höheren Wachstumsbeitrag, was auf das größere Volumen des privaten Konsums zurückzuführen ist.

Die Bruttoanlageinvestitionen trugen wie bereits in den beiden Vorjahren positiv zum Wachstum bei, diesmal mit 0,5 %-Punkten (2014: 0,7 %-Punkte; 2015: 0,3 %-Punkte). Nach einem schwachen Jahr 2015 (+0,3%) für Bauinvestitionen ging es für diese in 2016 mit einem Plus von 3,0% wieder kräftig nach oben. Vor allem im Wohnungsbau nahm die Bautätigkeit kräftig zu (+4,2%), im Vorjahr lag das Plus bei nur 1,5%. Bei den Ausrüstungsinvestitionen hingegen wurde der gute Wert des Vorjahres (+3,7%) verfehlt und lediglich ein Wachstum von 1,1% verzeichnet.

Der Außenhandel nahm in 2016 weiter zu. Da jedoch die deutschen Exporte mit 2,6% weniger stark stiegen als die Importe, die um 3,7% zunahmen, fiel der Außenbeitrag, d.h. der Wachstumsbeitrag des Außenhandels, negativ aus (-0,2%). Trotz der höheren Steigerungsrate importseitig, lagen die Exporte aus Deutschland sowohl in nominaler wie auch in preisbereinigter Betrachtung weiterhin deutlich über den Importen. Mehr als die Hälfte des Außenhandelsüberschusses entfällt auf den Handel mit Drittstaaten, weitere knapp 30% resultieren aus dem Handel mit EU-Staaten außerhalb der Eurozone und lediglich 16% des Überschusses entstehen im Handel mit anderen Euro-Ländern.

Der langanhaltende positive Trend auf dem deutschen Arbeitsmarkt setzte sich auch im vergangenen Jahr fort. Wie die Bundesagentur für Arbeit bekannt gab, erreichte die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr einen neuen Höchst-

stand. Im Jahresdurchschnitt waren 43,5 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig, über 400.000 bzw. 1% mehr als in 2015. Im vergangenen Jahr betrug die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 6,1% (2015: 6,4%).

Die gute Beschäftigungslage in Deutschland findet sich im Ruhrgebiet eingeschränkt wieder. Die Arbeitslosenquote konnte hier von 10,3 % auf 10,0 % reduziert werden.

Eine Trendwende hat es im vergangenen Jahr möglicherweise bei der allgemeinen Preisentwicklung gegeben. In 2016 lag die Inflationsrate mit einem Plus von 0,5% nochmals sehr niedrig, aber erstmals seit 2011 wieder leicht über dem Wert des Vorjahres (+0,3%). Deutlicher als der Jahresdurchschnitt fiel jedoch die Preissteigerung im Jahresverlauf aus. Nachdem die Preisdynamik im ersten Halbjahr mit Werten zwischen -0,1% und +0,5% noch gering ausfiel, wurden im Herbst Preissteigerungen von +0,7%/+0,8% erreicht (jeweils im Vergleich zum Vorjahresmonat). Im Dezember führten deutlich gestiegene Energiepreise zu einer Inflationsrate von +1,7% - eine höhere Rate hatte es zuletzt im Juli 2013 gegeben.

Ähnlich dem Vorjahr konnte Oberhausen in 2016 einen Anstieg der Bevölkerung verzeichnen. Es leben nun 212.460 Menschen nach 211.888 Ende 2015 in Oberhausen. Hintergrund ist die steigende Anzahl von Geburten und die Zuwanderung.

Die Zahl der Arbeitslosen in Oberhausen sank im Jahresvergleich auf 11.532 und ergab im Dezember 2016 eine Arbeitslosenquote von 10,5 %. Die in der Schuldnerquote zum Ausdruck kommende Überschuldung von privaten Verbrauchern hat sich zum Vorjahr von 14,70% auf 15,09 % erhöht und liegt deutlich über der bundesdurchschnittlichen Marke von 10,06 %. Aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergaben sich keine nennenswerten negativen Einflüsse auf den Geschäftsverlauf der Stadtsparkasse Oberhausen.

1.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Zahl der Kreditinstitute in Deutschland hat sich im Jahr 2016 weiter um 95 Institute reduziert. Die Zahl der Sparkassen ging auf 396 zurück.

Aufgrund des Niedrigzinsumfeldes tätigte die Bundesbank in 2015 eine Umfrage zur Ertragslage und Widerstandfähigkeit deutscher Kreditinstitute. Die Erhebung basiert auf fünf Zinsszenarien. Dabei wurden zum einen institutseigene Plan- und Prognosedaten erhoben. Zum anderen mussten die Kreditinstitute für vier vorgegebene Zinsszenarien Ergebnis-Simulationen durchführen. Aus diesen Berechnungen wurde festgestellt, dass die Ergebnisse vor Steuern bis 2019 um mind. 25 % sinken werden. Auch im Jahr 2016 war bereits eine zunehmende Belastung in Folge des vorherrschenden Niedrig- bzw. Negativzinsumfeldes für die Kreditinstitute zu beobachten.

Die rheinischen Sparkassen verzeichneten im Jahr 2016 eine moderate Belebung ihres Kundenkreditgeschäftes. Das Kundenkreditvolumen erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2015 um 0,7 Mrd. € oder 0,6 % auf 113,2 Mrd. €.

Schwerpunkt der Kreditnachfrage waren vor allem Kredite an Firmenkunden und der Bereich private Wohnungsbaukredite. Das Volumen der Kredite an Firmenkunden stieg im Jahresverlauf um 1,1 Mrd. € oder 2,0% auf 56,3 Mrd. €. Die Kreditnachfrage der Firmenkunden wurde durch die nach wie vor extrem günstigen Finanzierungsbedingungen beflügelt.

Der Zuwachs im Kreditgeschäft mit Privatpersonen fiel im Jahr 2016 deutlich geringer aus. Der Kreditbestand erhöhte sich nur noch um 0,6 % auf 46,4 Mrd. €. Während bei Konsumentenkrediten ein Bestandsrückgang von 5,8 % auf 6,9 Mrd. € zu verzeichnen war, blieb das Geschäft mit privaten Wohnbaukrediten weiter expansiv. Hier kam es zu einem Plus von 1,8 % auf 39,6 Mrd. €

Die höheren privaten Konsumausgaben wurden bei gestiegenen Realeinkommen und weiterhin niedriger Sparneigung zunehmend aus laufenden Einkommen und damit zu Lasten des Konsumenten-kreditgeschäftes finanziert. Die weiterhin hohe Immobiliennachfrage in Verbindung mit dem historisch niedrigen Zinsniveau befeuerte gleichzeitig die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten.

Die Kundeneinlagen der rheinischen Sparkassen erhöhten sich nochmals deutlich um 4,3 Mrd. € oder 3,8 % auf 117,6 Mrd. €. Dies bedeutet trotz geringer Einlagenzinssätze den höchsten prozentualen Zuwachs seit dem Jahr 2001.

Die gravierenden Veränderungen in der Struktur der Kundeneinlagen hielten angesichts der Fortsetzung der extremen Niedrigzinsphase auch in 2016 an. Die Liquiditätspräferenz der Kunden ist ungebrochen hoch. Viele Kunden belassen fällige Beträge in den Sparkassen, parken diese jedoch in Anlageformen mit täglicher Verfügbarkeit.

Das Kunden-Wertpapiergeschäft der rheinischen Sparkassen fiel im Jahr 2016 wieder deutlich unter das Niveau der Vorjahre. Der Wertpapierumsatz erreichte mit 15,1 Mrd. € (-18,1 %) den niedrigsten Wert seit Ende der 1990er Jahre.

Die zuvor getroffenen Aussagen zu der Branchenentwicklung treffen mit Ausnahme des dargestellten Wertpapiernettoabsatzes sowie der Entwicklung im Konsumentenkreditgeschäft tendenziell auch auf die Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen zu.

2. Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Die Bilanzsumme sowie das Geschäftsvolumen der Stadtsparkasse Oberhausen haben sich im Jahr 2016 durch den Zufluss weiterer Kundeneinlagen spürbar erhöht.
Im Kundengeschäft konnte die Sparkasse ihre Position als größtes örtliches Kreditinstitut behaupten. Aufgrund der plangemäßen Entwicklung in den meisten Geschäftsfeldern sind wir mit der Geschäftsentwicklung insgesamt zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt einige wesentliche Zahlen zur Geschäftsentwicklung:

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	Veränderung
	Mio.€	Mio.€	in Mio.€	in %
Bilanzsumme	2.370,3	2.319,1	51,2	2,2
Geschäftsvolumen	2.424,3	2.380,2	44,1	1,9
Jahresüberschuss nach Steuern	6,7	2,3	4,4	191,3
Barreserve	92,8	45,2	47,6	105,3
Forderungen an Kreditinstitute	170,6	153,4	17,2	11,2
Forderungen an Kunden	1.748,5	1.713,8	34,7	2,0
Eigene Wertpapierbestände	255,8	301,4	-45,6	-15,1
Sachanlagen	48,7	51,9	-3,2	-6,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	445,0	449,8	-4,8	-1,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.688,4	1.638,8	49,6	3,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	28,9	27,4	1,5	5,5
- Nachrangige Verbindlichkeiten	2,7	13,2	-10,5	-79,5
- Sicherheitsrücklage	111,7	109,4	2,3	2,1
Eventualverbindlichkeiten	54,0	61,1	-7,1	-11,6
	111,7			
- Nettoabsatz Wertpapiere	33,8	-2,4	36,2	1.508,3
- Vermittlungssumme Lebensversicherungen (Wertungssumme)	29,3	27,9	1,4	5,0
- Abschlusssumme Bausparverträge	41,1	38,7	2,4	6,2
Vermittlung Konsumentenkredite	22,0	21,2	0,8	3,8

Bilanzsumme

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme um 51,2 Mio. € (= 2,2 %) erhöht. Der Hauptgrund für diese Entwicklung ist der Zufluss an bilanziellen Einlagen unserer Kunden.

Kreditgeschäft

Unser bilanzielles Kundenkreditgeschäft verzeichnete im Jahr 2016 eine Ausweitung von 34,7 Mio. €. Ursächlich für diesen Anstieg ist zum einen der Bereich der Wohnungsbaufinanzierungen. Hier konnten wir im Jahr 2016 – unterstützt durch ein weiterhin stabiles Vermittlergeschäft – eine spürbare Bestandsausweitung erzielen. Zum anderen hat auch eine zum Jahresende erhöhte Inanspruchnahme von Kreditlinien durch gewerbliche und kommunale Kunden zum dargestellten Kreditwachstum beigetragen. Im sonstigen Kundenkreditgeschäft konnten wir den Bestand stabil halten.
Bei der Beurteilung des Kreditgeschäfts ist zu berücksichtigen, dass in 2016 Konsumentenkredite in Höhe von 22,0 Mio. € an den S-Kreditpartner vermittelt wurden. Unsere im Vorjahr getroffenen Einschätzungen bezüglich der erwarteten Entwicklung im Kreditgeschäft sind somit durchgängig eingetreten.

Barreserve, eigene Wertpapierbestände und Interbankengeschäft

Die eigenen Wertpapierbestände sowie die Forderungen an Kreditinstitute haben sich saldiert um 28,4 Mio. € verringert. Demgegenüber erhöhte sich der Barbestand um 47,6 Mio. €. Hintergrund für diese Entwicklung sind die Fälligkeiten von Wertpapieren im Eigenbestand sowie die gestiegenen Kundeneinlagen. Die Wiederanlage der Fälligkeiten sowie die Anlage der deutlich gestiegenen Einlagen von Kunden erfolgten soweit möglich in risikoarmen Wertpapieren sowie in

Termingeldern von deutschen Kreditinstituten. Darüber hinausgehende Liquidität wurde bei der Deutschen Bundesbank vorgehalten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind insgesamt um 4,8 Mio. € bzw. 1,1 % gesunken.

Einlagengeschäft

Im Jahr 2016 konnten wir trotz weiter sinkender Kundenkonditionen erneut einen deutlichen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von 49,6 Mio. € bzw. 3,0 % verzeichnen. Die im Vorjahr ausgesprochene Erwartung einer Seitwärtsentwicklung der Einlagenbestände wurde somit übertroffen. Haupttreiber für die positive Bestandsentwicklung waren deutliche Zuwächse bei täglich fälligen Einlagen. Bei Anlagen mit fester Laufzeit haben wir hingegen einen Bestandsrückgang verzeichnet.

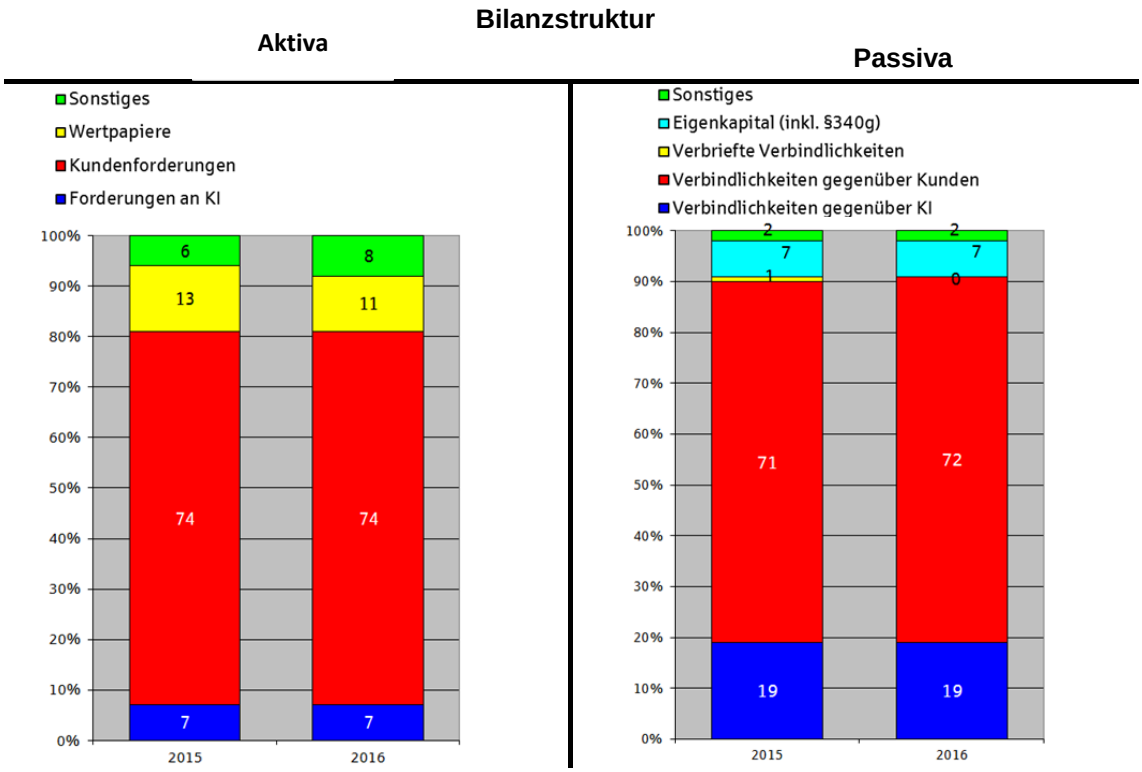
Der Anstieg der verbrieften Verbindlichkeiten resultiert aus der Teilnahme der Stadtsparkasse Oberhausen an einem Kreditsicherungsgeschäft innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe, bei welchem die Sparkasse aufgrund der symmetrischen Ausgestaltung der Transaktion entsprechende Inhaberschuldverschreibungen begeben hat.

Bilanzstruktur

Die Bilanzstruktur der Stadtsparkasse Oberhausen ist geprägt durch das Kundengeschäft. Dieses stellt auf der Aktivseite mit 74 % weiterhin den herausragenden Bilanzposten dar. Gegenüber dem Vorjahr ist sowohl der Anteil der Forderungen an Kunden als auch der Anteil der Forderungen an Kreditinstitute prozentual unverändert. Der Verbandswert der Forderungen an Kunden ging um 1 %-Punkt auf 72 % zurück und wurde damit um 2 %-Punkte übertroffen. Der Anteil der Wertpapierbestände hat sich relativ betrachtet um 2 %-Punkte auf 11 % verringert.

Die dominierende Position auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 72 % dar. Infolge der absolut gestiegenen Bestände hat sich der relative Anteil um 1 %-Punkt erhöht. Der Abstand der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zum Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen beträgt 6 %-Punkte und ist damit unverändert.

Der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beträgt unverändert 19 %. Durch den um 2 %-Punkte gestiegenen Verbandswert liegt der Anteil jedoch nur noch um 5 %-Punkte oberhalb des Verbandswertes.



Relativ betrachtet hat sich der Umfang des Kundengeschäftes am gesamten Geschäftsvolumen (Aktiv- und Passivgeschäft) kaum verändert.

Bilanzneutrales Geschäft

Das bilanzunwirksame, provisionstragende Kundengeschäft hat sich im Jahr 2016 differenziert entwickelt. Eine weitere Steigerung des Vermittlungsvolumens konnte mit einem Plus von 0,8 Mio. € bzw. 3,8 % im Bereich der Konsumentenkredite verzeichnet werden. Unsere im Vorjahr getroffene Einschätzung einer leichten Steigerung im Jahr 2016 wurde somit erreicht.

Im Bereich des Kundenwertpapiergeschäftes sind die Bruttoumsätze erneut gestiegen. Dabei fällt der Nettoabsatz, gegenüber einem leicht negativen Wert im Vorjahr, in 2016 deutlich positiv aus. Der Absatz von Lebensversicherungsprodukten ist gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mio. € oder 5,0 % gestiegen, ebenso die Abschlusszahlen von Bausparverträgen (2,4 Mio. € bzw. 6,2 %). In den genannten Bereichen wurden die im Vorjahr prognostizierten Entwicklungen eines leichten Anstiegs (Wertpapiergeschäft) bzw. eines leichten Rückgangs (Bauspargeschäft) somit übertroffen.

3. Darstellung und Analyse der Lage

3.1 Ertragslage

Die nachfolgenden Ausführungen zur Ertragslage stützen sich neben der Betrachtung der Gewinn- und Verlustrechnung auch auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation. Im Rahmen des Betriebsvergleiches erfolgen eine detaillierte Darstellung der Erfolgspositionen im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme und eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnispositionen.

Mit einem Bilanzgewinn im Geschäftsjahr 2016 von 6,7 Mio. € wurde das Vorjahresergebnis (2,3 Mio. €) deutlich übertroffen. Mit dem erzielten Jahresergebnis sind wir vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus, den schwierigen Bedingungen am Standort Oberhausen sowie der Tatsache, dass die für das Jahr 2016 formulierten Ziele bzw. Planungen vollständig erreicht werden konnten, sehr zufrieden.

Die nachfolgende Übersicht zeigt wesentliche Zahlen zur Ertragslage und deren Entwicklung:

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	42,3	39,1	3,2	8,2
Lfd. Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen	2,8	3,3	-0,5	-15,2
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0,3	0,2	0,1	50,0
Provisionsüberschuss	21,5	20,4	1,1	5,4
Sonstige betriebliche Erträge	2,4	2,3	0,1	4,3
Summe Erträge	**69,3**	**65,3**	**4,0**	**6,1**
Personalaufwand	27,3	28,4	-1,1	-3,9
Sachaufwand	19,9	20,6	-0,7	-3,4
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen	3,7	4,0	-0,3	-7,5
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere	0,7	0,1	0,6	600,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4,6	2,5	2,1	84,0
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	2,0	3,3	-1,3	-39,4
Jahresüberschuss vor Steuern	**11,1**	**6,4**	**4,7**	**73,4**
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-4,2	-3,9	-0,3	7,7
Sonstige Steuern	-0,2	-0,2	0,0	0,0
Jahresüberschuss nach Steuern	**6,7**	**2,3**	**4,4**	**191,3**
Rücklagendotierung	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzgewinn	**6,7**	**2,3**	**4,4**	**191,3**

Insgesamt sind die Erträge laut Gewinn- und Verlustrechnung deutlich um 4,0 Mio. € oder 6,1 % auf 69,3 Mio. € gestiegen. Wesentliche Ursachen für den Anstieg der Erträge sind überproportional gesunkene Zinsaufwendungen, die trotz ebenfalls stark gesunkener Zinserträge zu einem Anstieg des Zinsüberschusses geführt haben. Die gesunkenen Zinsaufwendungen resultieren dabei überwiegend daraus, dass im Jahr 2015 noch Aufwendungen aus der vorzeitigen Schließung von Swap-Geschäften in Höhe von 2,8 Mio. € enthalten waren. Zusätzlich führten die geänderten Abzinsungsvorschriften im Bereich der Pensionsrückstellungen zu Entlastungen i. H. v. 1,9 Mio. €. Im Provisionsbereich sind die Erträge um 1,1 Mio. € bzw. 5,4 % gestiegen. Durch in 2016 weiter wirksam werdender Altersteilzeitvereinbarungen

aus den Vorjahren konnte der Personalaufwand trotz einer Lohnsteigerung im März von 2,4 % gesenkt werden. Der gesamte Aufwand inklusive der Abschreibungen auf Sachanlagen vor Bewertung und Steuern konnte um 2,1 Mio. € bzw. 4,0 % gesenkt werden. Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) verbesserte sich auf 80,1 % (Vorjahr 85,0 %).

Auf Basis des einheitlichen Betriebsvergleiches der Sparkassen, der eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnissen (z. B. aperiodische Erträge und Aufwendungen, Sonderabschreibungen) vorsieht, ergibt sich demgegenüber eine gegenüber dem Vorjahr verschlechterte CIR von 77,0 % (Vorjahr: 76,5 %).

Das zinstragende Geschäft stellt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle dar. Infolge des im Jahresverlauf 2016 anhaltenden Niedrig- bzw. Negativzinsniveaus sind sowohl der Zinsertrag als auch der Zinsaufwand weiter gesunken. Dabei ist der Zinsaufwand deutlich stärker gesunken als der Zinsertrag, so dass der Zinsüberschuss insgesamt um 3,2 Mio. € oder 8,2 % gestiegen ist. Bezogen auf die gegenüber dem Vorjahr marginal gesunkene durchschnittliche Bilanzsumme ergibt sich für die Stadtsparkasse Oberhausen – ermittelt nach den Regeln des Betriebsvergleiches der Sparkassen – ein Rückgang der Zinsspanne von 1,92 % in 2015 auf 1,83 % im Jahr 2016.

Der Provisionsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. € bzw. 5,4 % gesteigert werden. Ursächlich hierfür ist insbesondere eine Steigerung des Provisionsertrages aus dem Giroverkehr.

Hinsichtlich der Entwicklung der Aufwandspositionen greifen weiterhin die in den Vorjahren umgesetzten Maßnahmen aus dem internen Zukunftsprojekt „Stadtsparkasse Oberhausen 2020“, dass in 2016 als „Zukunftsprojekt Stadtsparkasse Oberhausen 2025“ weitergeführt wurde. Zur Realisierung des angestrebten Personalabbaus und der damit verbundenen zukünftigen Kostenentlastungseffekte wurden in den Vorjahren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestimmter Jahrgänge aus der Sparkasse sowie den Tochtergesellschaften der Sparkasse Altersteilzeit- bzw. Abfindungsangebote unterbreitet. Zum 31.12.2016 befinden sich insgesamt 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Arbeits- oder bereits in der Freistellungsphase des Altersteilzeitmodells. Daraus ergibt sich trotz der Lohnsteigerung von 2,4 % ein Rückgang des Personalaufwands um 1,1 Mio. € (3,9 %).

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) konnten gegenüber dem Vorjahreswert um 1,8 Mio. € oder 3,7 % gesenkt werden. Ebenso wie beim Personalaufwand konnte auch beim Sachaufwand eine Reduzierung von 0,7 Mio. € oder 3,4 % erreicht werden. Bei der Entwicklung des Sachaufwandes ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2016 Aufwendungen i. H. v. insgesamt 0,6 Mio. € für die neue europäische Bankenabgabe sowie den Beitrag für die Zielausstattung des institutsbezogenen Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe geleistet wurden.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen konnten gegenüber dem Vorjahr leicht gesenkt werden. Die größte Investition stellt dabei der Umbau einer ehemaligen Filiale in ein wohnwirtschaftlich und gewerblich genutztes Objekt dar.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditbereich sowie den erforderlichen Abschreibungen im Wertpapier- und Beteiligungsbereich beläuft sich im Jahr 2016 auf einen Aufwand von 0,7 Mio. € nach einem Aufwand von 0,1 Mio. € in 2015 (G.u.V.-Positionen 13 - 16). Den Fonds für allgemeine Bankrisiken haben wir mit weiteren 2,0 Mio. € dotiert.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt weiterhin auf Basis der Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) und der bereits in 2013 zusätzlich eingeführten Höchstgrenze für die Pauschalwertberichtigung in Höhe des erwarteten Verlustes für 12 Monate aus der Berechnung des Kreditrisikos mit dem Kreditrisikomodell „CreditPortfolioView“. Insgesamt ergibt sich damit per Ende 2016 eine Auflösung der Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 1,1 Mio. €. Der Effekt durch die vorgenommene Kappung der Höhe der Pauschalwertberichtigung beläuft sich auf 3,4 Mio. € (Vorjahr: 2,0 Mio. €).

Negativ entwickelten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung. Hintergrund hierfür sind u. a. Aufwendungen für Prozesskostenrückstellungen im Zusammenhang mit laufenden Rechtsstreitigkeiten. Insgesamt ergibt sich eine Erhöhung der Aufwendungen von 2,5 Mio. € auf 4,6 Mio. €.

Nach einem steuerlichen Aufwand in Höhe von 4,1 Mio. € im Vorjahr besteht im Jahr 2016 ein Steueraufwand von insgesamt 4,4 Mio. €. Hierin sind Auflösungen aus der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB (latente Steuern) in Höhe von 0,2 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €) enthalten.

Die Vertretung des Trägers entscheidet nach der Feststellung des Jahresabschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses. Eine Ausschüttung ist aufgrund der bestehenden Ausschüttungssperren gemäß § 268 Abs. 8 HGB sowie § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB nicht möglich. Das Gesamtergebnis ermöglicht eine Aufstockung des Eigenkapitals um 6,7 Mio. €.

Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2016 beträgt 0,28 %.

Entsprechend unserer Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung im Jahr 2016 konnten wir beim Verwaltungsaufwand eine spürbare Reduzierung erreichen. Hinsichtlich des Bewertungsergebnisses aus dem Kreditgeschäft konnte die positive Einschätzung sogar übertroffen werden, während die Ergebnisbelastung aus dem Wertpapier-Bewertungsergebnis aufgrund der Entwicklungen an den Kapitalmärkten höher als erwartet ausfiel. Die übrigen Ergeb-

niskomponenten entwickelten sich entsprechend unserer Einschätzung, so dass im Ergebnis ein Jahresüberschuss oberhalb unserer Erwartung erzielt werden konnte.

3.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die bankaufsichtsrechtlich geforderten Liquiditätsquoten wurden von uns deutlich übertroffen. Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag im Jahr 2016 in einer Bandbreite zwischen 2,02 und 2,70, während sich eine LCR (Liquidity Coverage Ratio) zwischen 1,81 und 3,79 ergab.
Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in der erforderlichen Höhe unterhalten.

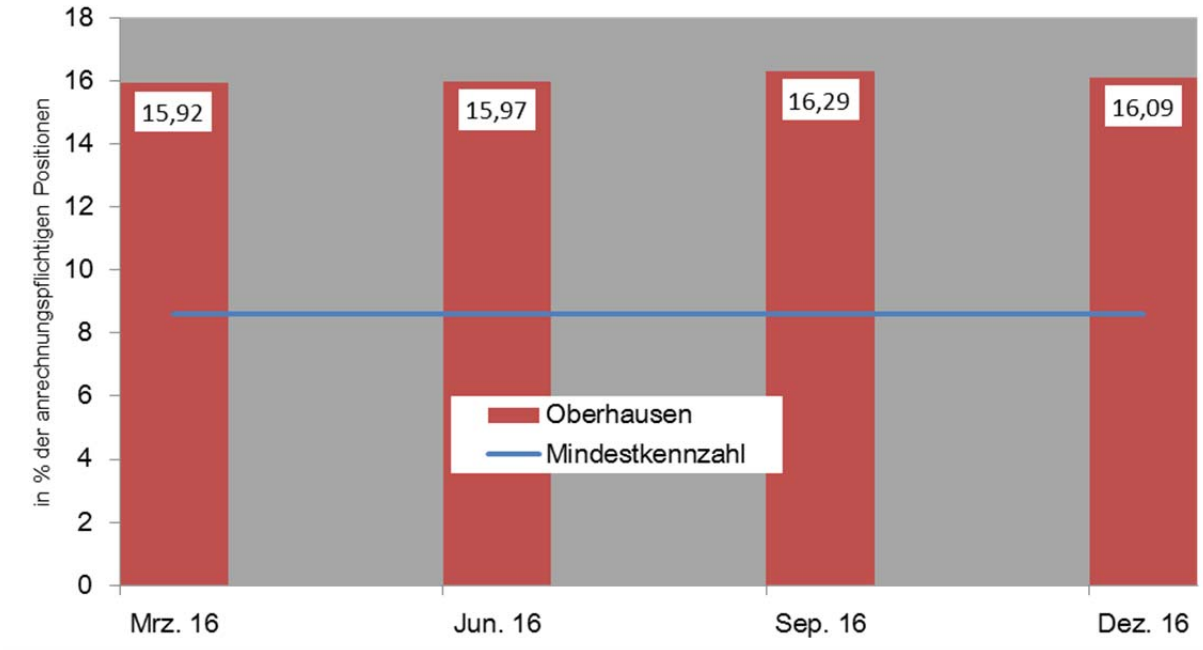
Die Kreditlinie bei der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) wurde bis September 2016 mit Ausnahme eines Tages nicht in Anspruch genommen. Danach erfolgte seitens der Stadtsparkasse Oberhausen eine Kündigung der eingeräumten Linie. Offenmarktgeschäfte wurden im Jahr 2016 nicht getätigt.

3.3 Vermögenslage

Nach der Zuführung des Bilanzgewinns 2015 beträgt die Sicherheitsrücklage 111,7 Mio. €. Auf Basis des SpkG NW wird der Rat der Stadt Oberhausen über die Verwendung des gesamten Bilanzgewinnes 2016 in Höhe von 6,7 Mio. € entscheiden. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Stadtsparkasse Oberhausen über umfangreiche weitere Eigenmittelbestandteile im Sinne der EU-Verordnung Capital Requirements Regulation (CRR). So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken um 2,0 Mio. € auf insgesamt 37,2 Mio. € aufgestockt. Hiervon sind 7,9 Mio. € für mögliche zukünftige Risiken aus der mittelbaren Verlustübernahme für die Erste Abwicklungsanstalt der WestLB AG reserviert.
Ursprünglich waren für die Erste Abwicklungsanstalt im Rahmen einer Ansparlösung über 25 Jahre Rücklagen für erwartete und unerwartete Verluste zu bilden. Die Ansammlung der Rücklage begann bereits mit dem Jahresabschluss 2009. Mit Schreiben vom 09.05.2016 hat der RSGV die rheinischen Sparkassen informiert, dass eine Aussetzung der zukünftigen Ansparleistungen der Ansparrücklage für die EAA sowie eine unterjährige Aufhebung der Zweckbindung der im Jahresabschluss 2015 vorgenommenen Dotierung des Sonderpostens nach § 340g HGB möglich ist. Die Stadtsparkasse Oberhausen hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und sowohl die Zweckbindung des 2015er-Ansparbetrages aufgehoben als auch im Jahresabschluss 2016 für diesen Zweck keinen Sonderposten gemäß § 340g HGB gebildet.

Die im Jahr 2009 aufgenommenen nachrangigen Verbindlichkeiten wurden in 2016 größtenteils zurückgeführt und betragen somit nur noch nominal 2,6 Mio. €.

Die geforderte Mindest-Eigenmittelquote gemäß der CRR wird von der Stadtsparkasse Oberhausen deutlich übertroffen. Das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel bezogen auf die Summe der risikogewichteten Positionswerte überschreitet gemäß der Berechnung per 31.12.2016 mit einer Gesamtkennziffer von 16,1 % (Vorjahr: 16,1 %) deutlich den von der Bankenaufsicht im Jahr 2016 geforderten Mindestwert von 8,625 % (inklusive Kapitalerhaltungspuffer).



Gesamtkapitalquote gemäß CRR 2016

Die Kernkapitalquote der Stadtsparkasse Oberhausen, definiert als Verhältnis des Kernkapitals zu den Risikopositionen, beträgt per Ende 2016 13,0 % (Vorjahr: 12,5 %).

Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen entsprechend den strengen Bewertungsmaßstäben unseres Hauses ausreichend Rechnung getragen worden. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage der Stadtsparkasse Oberhausen unter Berücksichtigung der branchenspezifischen Entwicklungen als zufriedenstellend zu bezeichnen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die für das Jahr 2016 formulierten Ziele bzw. Planungen vollumfänglich erreicht werden konnten. Die Finanz- und Vermögensverhältnisse sind geordnet. Allerdings belasten das anhaltende und noch verschärfte Niedrig- bzw. Negativzinsniveau sowie weitere regulatorische Anforderungen die Ertragslage weiter.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personalbereich

Unsere Mitarbeiterzahl hat sich im Jahr 2016 von 576 um 14 Beschäftigte auf 562 reduziert. Enthalten sind darin noch 35 Beschäftigte mit Altersteilzeitvereinbarungen, die in den kommenden Jahren zu entsprechenden Personalrückgängen führen werden.

Zum Stichtag 31.12.2016 gehörten 38 Auszubildende in insgesamt 3 Ausbildungsjahrgängen zu unseren Mitarbeitern. Die Stadtsparkasse Oberhausen unterstreicht damit ihre Bereitschaft zur Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung, insbesondere für die Stadt Oberhausen, und die Bedeutung, die unser Haus der Ausbildung junger Menschen beimisst. Die Ausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann bildet die Basis für einen erfolgreichen Weg in der Sparkassenorganisation und eine gesicherte Zukunft. Im Januar 2016 haben 13 der Auszubildenden die Abschlussprüfung zum Bankkaufmann/-frau vor der Industrie- und Handelskammer absolviert. 7 Auszubildende übernahmen wir in unbefristete Angestelltenverhältnisse, 4 Auszubildende erhielten 12-Monatsverträge und 2 Auszubildende 6-Monatsverträge.

Einer Teilzeitbeschäftigung sind 179 Mitarbeiter/-innen nachgegangen (inklusive Altersteilzeitkräfte).
Als Folge der Verlagerung von Abteilungen unseres Hauses in die gemeinsamen Tochterunternehmen mit der Sparkasse Mülheim an der Ruhr arbeiten nunmehr 61 Mitarbeiter/-innen im Rahmen einer Entsendung bei den Tochterunternehmen.

Gesellschaftliches Engagement

Mit ihrem gemeinnützigen Engagement ist die Stadtsparkasse Oberhausen ein wichtiger Pfeiler des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt. In 2016 beträgt das Fördervolumen aus Spenden, Stiftungen und Sponsoring sowie den Fördermitteln aus dem PS-Zweckertrag rund 1,0 Mio. Euro.

Zu der Stiftungsinitiative der Stadtsparkasse Oberhausen gehören zehn Stiftungen. Dazu zählen die Sparkassen-Bürgerstiftung sowie die Stiftung Oberhausener Bürger. Letztere ist auch Trägerstiftung für weitere acht nicht rechtsfähige Stiftungen: Kultur und Bildung, Kinder- und Jugendförderung, Helft helfen, Förderung des Spitzensports in Oberhausen, Gemeinsam bewegen, die Irmgard und Heinrich Grünewald-Stiftung, die Fred-Arthecker-Stiftung und die Stiftung Erich und Inge Beck. Weiterhin gehört der Hermann-und-Luise-Albertz-Stiftungsfonds zur Stiftung Oberhausener Bürger. Jede Stiftung verfolgt eigene Förderschwerpunkte, allen gemeinsam ist das Ziel, Oberhausen noch attraktiver und lebenswerter zu machen.

Die Stiftung Oberhausener Bürger setzt hierbei auf die langfristige Förderung von Projekten aus den verschiedensten Bereichen wie Soziales, Bildung, Kultur, Jugend- und Altenhilfe, Natur- und Umweltschutz, Gesundheit und Sport. Das treuhänderisch verwaltete Stiftungskapital beträgt zum 31.12.2016 3,68 Mio. €. Aufgrund testamentarischer Verfügungen wird die Stiftung Oberhausener Bürger perspektivisch Trägerin von weiteren 13 Treuhandstiftungen.

Die Sparkassen-Bürgerstiftung ist die älteste Stiftung der Stiftungsinitiative der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie wurde bereits 1983 errichtet. Die Förderschwerpunkte der Sparkassen-Bürgerstiftung liegen in den Bereichen Kultur, Wohlfahrtswesen, Bildung, Kinder- und Jugendförderung sowie dem Heimatgedanken. Seitdem hat die Sparkassen-Bürgerstiftung gemeinnützige Vereine, karitative und wohlfahrtspflegerische Organisationen, Bildungsprojekte sowie vielfältige kulturelle und heimatpflegerische Projekte in Oberhausen mit einem Gesamtvolumen von rund 15,09 Mio. € gefördert.

Das Stiftungskapital der Sparkassen-Bürgerstiftung liegt zum 31.12.2016 bei 4,15 Mio. €. Im vergangenen Jahr wurden 38 Förderanträge bewilligt.

C. Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementziele und -methoden

1.1 Aufsichtsrechtliche Vorgaben für das Risikomanagement

Die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Bemessung, Kontrolle und Steuerung der wesentlichen Risiken eines Kreditinstitutes finden sich in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

1.2 Risikomanagementsystem, -ziele und –methoden

Die zentralen strategischen Ziele der Stadtsparkasse Oberhausen sind es, das betriebsnotwendige Mindestergebnis zu erreichen sowie mittel- bis langfristig den Unternehmenswert über die Verbesserung der Rentabilität zu steigern. Einen Teilaspekt dieses Zieles stellt die rentable Nutzung des Eigenkapitals durch das bewusste Eingehen von Risiken, deren aktive Steuerung sowie die gezielte Transformation von Risiken dar. Hierbei verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“. Für eine erfolgreiche Durchführung dieser Aufgaben ist es für die Sparkasse unabdingbar, dass sie die mit der Geschäftstätigkeit untrennbar verbundenen Risiken zeitnah erkennt, bewertet, umfassend steuert und die Steuerungsmaßnahmen laufend überwacht.

Wesentlicher Bestandteil unserer Risikomanagementsysteme ist die Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Risiken werden bewusst eingegangen, wenn sie zur Erzielung von Erträgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind. Die Übernahme von Risiken ist in der Stadtsparkasse Oberhausen in eine G.u.V.-orientierte Gesamtbanksteuerung eingebunden, die das Erreichen der mittel- bis langfristigen Finanzziele sicherstellen soll.
Für alle risikorelevanten Geschäfte ist bis in die Ebene des Vorstands eine funktionelle Trennung zwischen Markt und Marktfolge festgelegt. Zwischen der Risikosteuerung und der Risikokontrolle besteht mindestens eine personelle Funktionstrennung. Durch die Ausgestaltung der Aufbau- (und Ablauf-)Organisation wird sichergestellt, dass miteinander unvereinbare Tätigkeiten durch unterschiedliche Mitarbeiter durchgeführt werden. Im Rahmen des Risikomanagements sind die Abteilungen Unternehmenssteuerung, KreditService sowie die Interne Revision beteiligt.

Der Abteilung Unternehmenssteuerung obliegt die risikoüberwachende Funktion. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme sowie das Risikocontrolling der einzelnen Risikokategorien. Dies beinhaltet auch die regelmäßige Durchführung angemessener Stresstests für die wesentlichen Risiken. Die Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist eine weitere Kernaufgabe. Die Abteilung Unternehmenssteuerung ist organisatorisch von den Marktbereichen getrennt.

Die Betreuung der im Kreditbereich eingesetzten Rating- und Scoring-Systeme sowie des Frühwarnsystems zur frühzeitigen Identifizierung wesentlicher Risiken obliegt der Abteilung KreditService. Sie ist organisatorisch ebenfalls vom Marktbereich getrennt.

Die Interne Revision prüft die Einhaltung der festgelegten internen Regeln sowie der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Sie überprüft die Angemessenheit und Wirksamkeit des Managements der einzelnen Risikoarten und begleitet als unabhängige Instanz die Weiterentwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme.
Eine Darstellung der Aufbauorganisation im Risikomanagement sowie der Ausgestaltung der Risikomanagement- und -controllingprozesse findet sich im Risikohandbuch der Stadtsparkasse Oberhausen. In der vom Vorstand festgelegten Risikostrategie sind ferner die Ziele und Leitlinien verankert, die die Stadtsparkasse mit der Risikoübernahme und -steuerung verfolgt.

Die Beurteilung der Risiken erfolgt hinsichtlich ihrer G.u.V.-Wirkungen und im Bereich der Zinsänderungsrisiken zusätzlich im Rahmen eines vermögenswertorientierten Value-at-Risk-Ansatzes. Zur Quantifizierung der einzelnen Risiken werden Szenarioanalysen durchgeführt, die auf historischen bzw. erwarteten Veränderungen von risikobeeinflussenden Parametern beruhen. Soweit eine explizite Quantifizierung der Risiken aufgrund des Entwicklungstandes der Systeme noch nicht möglich ist, tragen wir dem durch die Festlegung eines plausibilisierten Risikobetrages im Rahmen unseres Risikotragfähigkeitskonzepts Rechnung. Diese Art der Limitfestlegung kam im Jahr 2016 beim Beteiligungsrisiko teilweise sowie bei der Ableitung des Risikodeckungspotenzials beim Modellrisiko zum Tragen. Darüber hinaus führen wir auf Basis der für die jeweiligen Risiken identifizierten wesentlichen Risikofaktoren ergänzende Stressszenarien durch, die die Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse abbilden. Die Stresstests erstrecken sich dabei auch auf die angenommenen Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekte innerhalb und zwischen den einzelnen Risikoarten.

Im Rahmen der Steuerung der Risiken setzen wir zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken Finanzderivate ein. Darüber hinaus ist die Sparkasse per 31.12.2016 an vier Kreditbasket-Transaktionen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Daraus resultieren 14 Credit Default Swaps (jeweils ein Credit Default Swap je eingebrachtem Engagement), bei denen die Sparkasse aufgrund der vorgegebenen Symmetrie der Transaktion einerseits Sicherungsgeber, andererseits aber auch Sicherungsnehmer ist. Zudem hat die Sparkasse eine Beteiligungsposition über den Verkauf von Aktienfutures abgesichert. Die per 31.12.2016 bestehenden Finanzderivate können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden. Daneben hat die Sparkasse innerhalb ihres Spezialfonds in 2016 Finanzderivate zur Absicherung von Zinsänderungs- und Aktienkursrisiken eingesetzt.

Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der in der Sparkasse eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme existieren Notfallpläne für die Sparkasse sowie für deren Tochtergesellschaften.

1.3 Risikotragfähigkeitskonzeption

Zentrales Element unserer Risikosteuerung ist das implementierte Risikotragfähigkeitskonzept. Die Stadtsparkasse Oberhausen hat im Jahr 2016 ein periodenorientiertes System eingesetzt. Dem Ansatz liegt dabei der Fortführungsansatz (Going-Concern-Sicht) zugrunde, nach dem die Fortführung des Geschäftsbetriebes auch im Belastungsfall sichergestellt sein muss. Die periodische Risikotragfähigkeitsbetrachtung wird als primärer und einziger Steuerungskreis in der Sparkasse definiert.

Darüber hinaus erfolgte eine Begrenzung der Risikoübernahme durch die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen (Zinsrisiko-Koeffizient, Eigenkapitalquote bzw. Kernkapitalquote und Liquiditätskennzahlen).

In der periodenorientierten Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresüberschuss der Sparkasse hat. Der Going-Concern-Sichtweise folgend zielt das Risikotragfähigkeitssystem dabei auf die Sicherung einer Mindesteigenkapitalquote und eines Mindestjahresüberschusses ab. Demzufolge bilden im Rahmen der periodenorientierten Risikotragfähigkeit das über die intern festgelegte Mindest-Eigenkapitalquote hinausgehende freie Eigenkapital und das geplante Betriebsergebnis nach Abzug der erwarteten Verluste aus dem Kundenkreditgeschäft die Risikodeckungsmasse. Existierende nachrangige Verbindlichkeiten und Genussrechte werden entsprechend dem Fortführungsansatz nicht in die Risikodeckungsmasse einbezogen. Zur Ermittlung des endgültigen Risikodeckungspotenzials wird von der zuvor ermittelten Risikodeckungsmasse ein Puffer für das Modellrisiko und ein Betrag für die geplante zukünftige Belastung aus latenten Steuern abgezogen.

Anschließend legt die Geschäftsleitung entsprechend ihrer Risikoneigung fest, welchen Anteil des Risikodeckungspotenzials sie als Risikolimit zur Verfügung stellt. Dieses wird anschließend auf die unterschiedlichen Risikokategorien Bewertungsrisiko Wertpapiere (inkl. Adressenrisiko, Zinsänderungsrisiko und Spreadrisiko aller Risikopositionen im Depot A), unerwartete Adressrisiken Kundenkreditgeschäft, Zinsspannenrisiko (inkl. Bestands-, Margen- und Optionsrisiko), Provisionsüberschussrisiko, Liquiditätsrisiko, Verwaltungskostenrisiko, Beteiligungsrisiko sowie Operationelles Risiko verteilt.

Über die Limiteinhaltung wird monatlich mit Hilfe eines Ampelsystems berichtet, wobei die gelbe Ampelstufe bei einer 80-prozentigen Limitauslastung erreicht wird.

Die Risikodeckungsmasse wird wie in der nachfolgenden Tabelle dargestellt auf die einzelnen Risikoarten aufgeteilt. Da gemäß der Methodik der Risikoquantifizierung im Risikotragfähigkeitskonzept unterjährige Limitverschiebungen vorgenommen werden, stellen die dargestellten Anteile für das Jahr 2016 den Stand per 31.12.2016 dar.

GuV-Limit für	**2016 %-Anteil**	**2015 %-Anteil**
Bewertungsrisiko Wertpapiere	44,6	41,3
Adressenrisiken Kundengeschäft	19,5	31,0
Zinsspannenrisiko	9,2	2,6
Provisionsüberschussrisiko	3,2	4,9
Verwaltungsaufwand	3,7	2,8
Operationelle Risiken	6,7	6,5
Beteiligungen	9,2	9,3
Liquiditätsrisiken	3,9	1,6
GuV-Limit gesamt	**100,0**	**100,0**

Die von der Sparkasse durchgeführten Maßnahmen zur Erhöhung der Granularität im Kundenkreditportfolio sowie die verbesserten Eingangsparameter in dem zu Grunde liegenden Kreditportfoliomodell zeigen ihre Wirkung in einer absoluten und relativen Verringerung des benötigten Risikolimits gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg des Risikolimits für das Zinsspannenrisiko resultiert zum einen aus der Aufnahme der Risikoarten Bestands- und Margenrisiko (im Vorjahr gemeinsam mit dem Provisionsüberschussrisiko im Absatzrisiko enthalten) sowie des nunmehr als wesentlich eingestuften Optionsrisikos. Zum anderen führt das Niedrig- und Negativzinsumfeld zu höheren Risiken.

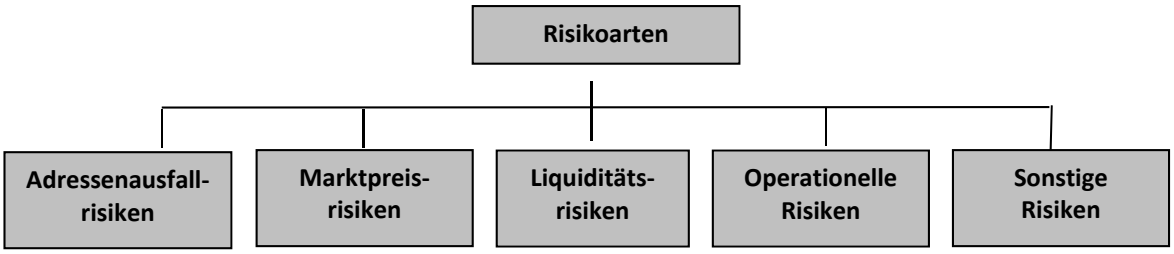
1.4 Risikoreporting

Über die eingegangenen Risiken, die existierenden Risikokonzentrationen sowie die Auslastung der verschiedenen Limite wird dem Gesamtvorstand monatlich im Rahmen eines umfassenden Gesamtrisikoreports schriftlich berichtet. Die Ausführungen enthalten neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risikosituation und der Limitauslastungen auch Handlungsempfehlungen zur Risikosteuerung, über die der Vorstand entscheidet. Der Risikoreport wird vierteljährlich um einen ausführlichen Kreditrisikoteil sowie Ausführungen zu den Operationellen Risiken ergänzt. Darüber hinaus werden in dem Risikoreport halbjährlich die Ergebnisse der durchgeführten Stresstests sowie des Liquiditätskostenverrechnungssystems dargestellt. Ergänzend erhält der Vorstand mindestens wöchentlich einen Report über die Marktpreis- und Adressenausfallrisiken der Eigenhandelsgeschäfte. Eine Ad-hoc-Berichterstattung erfolgt bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung.

Der Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan der Stadtsparkasse Oberhausen hat einen Risikoausschuss gebildet, der die Grundsätze der Risikopolitik und Risikosteuerung der Sparkasse mit dem Vorstand berät. Der Risikoausschuss wird vierteljährlich ausführlich über die von der Sparkasse eingegangenen Risiken und die aktuellen Auslastungen sämtlicher Risikolimite informiert. Die zentralen Aspekte aus dem Risikoreport werden dem gesamten Verwaltungsrat ebenfalls quartalsweise vorgestellt.

2. Darstellung der wesentlichen Risikoarten

Die Risiken, die wir im Rahmen unseres Risikomanagement- und -controllingsystems steuern, haben unterschiedliche Ursachen und bedürfen speziell abgestimmter Instrumente und Methoden zu deren Erfassung und Begrenzung. Die zentralen Risiken stellen für uns dabei folgende Risikoarten dar:



2.1 Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken verstehen wir die Gefahr des Ausfalls vertraglich zugesicherter Leistungen, so dass die Definition des Adressenausfallrisikos zum einen den Ausfall, zum anderen aber auch bereits eine mögliche Bonitätsverschlechterung einer Person oder eines Unternehmens beinhaltet.

Zu den Adressenausfallrisiken zählt die Stadtsparkasse Oberhausen folgende Risikokategorien:

1. Kreditrisiko
   Das Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr einer Bonitätsverschlechterung (Bonitätsrisiko) und/oder des Ausfalls (Ausfallrisiko) einer Person oder einer Unternehmung, zu der eine Kreditbeziehung besteht.

2. Kontrahentenrisiko
   Unter Kontrahentenrisiko verstehen wir das Risiko, dass eine Gegenpartei – vornehmlich im Bereich der Eigenhandelsgeschäfte – ausfällt und die entsprechende Position zum aktuellen, für die Sparkasse ungünstigeren Marktkurs abgewickelt werden muss. Das Kontrahentenrisiko zielt damit auf den Schwebezustand von Geschäften ab.

3. Emittentenrisiko
   Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls eines Emittenten von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten.

4. Länderrisiko
   Das Länderrisiko im grenzüberschreitenden Kreditgeschäft besteht in der Gefahr, dass Zins- und Tilgungsleistungen ausländischer Kreditnehmer nicht termingerecht, nicht vollständig oder gar nicht geleistet werden, wobei die Zahlungsunfähigkeit oder die fehlende Zahlungsbereitschaft durch das Land verursacht wird, in dem der Schuldner ansässig ist, und nicht durch den Schuldner oder durch dessen Bonität.

5. Beteiligungsrisiko
   Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Eigenkapitalbeteiligung an Dritten Verluste entstehen.

Insgesamt lässt sich das Adressenausfallrisiko der Sparkasse in drei große Bereiche gliedern: das Risiko aus dem Kundenkreditgeschäft, das Beteiligungsrisiko sowie das Adressenausfallrisiko aus Eigenhandelsgeschäften.

Die Basis für die Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bildet die Risikostrategie der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie enthält neben den Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft auch die unter Berücksichtigung der Gesamtbankrisikotragfähigkeit geplanten Aktivitäten im Kreditgeschäft. Dazu gehören neben risikobegrenzenden Maßnahmen auch Aktivitäten zur Weiterentwicklung des Instrumentariums der Kreditrisikosteuerung. In der Risikostrategie hat die Sparkasse Leitlinien bezüglich Kreditarten, Einzelkreditvolumen, Rating sowie Branchen der Kreditnehmer festgelegt. Hierdurch werden Bonitätsrisiken sowie Risikokonzentrationen eingeschränkt.

Zur Beurteilung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft auf Kundenebene setzt die Sparkasse die Rating- und Scoringverfahren des DSGV ein. Derzeit werden im gewerblichen Kreditgeschäft das DSGV-Standard-Rating, das ImmobiliengeschäftsRating bzw. das ImmobilienKompaktRating sowie das KundenKompaktRating eingesetzt. Im

privaten Kreditgeschäft wird neben den anlassbezogenen Antragsscorecards für Private Baufinanzierungen sowie für Konsumentenkredite die Bestandsbewertung KundenScoring eingesetzt, die eine fortlaufende Risikobetrachtung aller Privatgirokonten und Konsumentenkredite durchführt und monatlich automatisch eine Note erstellt. Im kommerziellen Immobiliengeschäft wird das dafür vorgesehene Ratingverfahren verwendet. Die Rating- und Sco-ringergebnisse bilden die Basis für die Festlegung risikoadjustierter Kreditkonditionen. Die Bonität einzelner Kreditnehmer wird zudem jährlich durch die Interne Revision der Sparkasse in umfangreichen Stichproben geprüft.

Der überwiegende Teil des gewerblichen Kreditgeschäftes entfällt auf Kreditnehmer in Risikoklassen mit moderaten Ausfallwahrscheinlichkeiten. Bezogen auf das zugrunde liegende Kreditvolumen weisen 42,1 % (Vorjahr 40,3 %) eine Ratingnote zwischen 1 und 5 auf. Der Volumensanteil in den Ratingklassen 1 bis 9, auf die sich die kreditgeschäftlichen Aktivitäten im gewerblichen Neukunden-geschäft gemäß der Risikostrategie 2016 konzentrieren sollen, liegt bei 83,2 % (Vorjahr 80,8 %). Unter zusätzlicher Einbeziehung der Ergebnisse des im Privatkundensegment eingesetzten KundenScorings beträgt der Volumensanteil in den Rating- bzw. Scoringklassen 1 bis 9 sogar 88,4 % (Vorjahr 86,6 %). Die Aufteilung des Kreditbestandes der Sparkasse auf die Ratingklassen findet sich in den folgenden Tabellen.

Gewerbliches Kundenkreditgeschäft		
Ratingnote	2016 %-Anteil	2015 %-Anteil
1-5	42,1	40,3
6-9	41,1	40,5
10-15	11,6	12,8
16-18	5,2	6,4
Summe	100,0	100,0

Kundengeschäft gesamt		
Ratingnote	2016 %-Anteil	2015 %-Anteil
1-5	64,7	62,2
6-9	23,7	24,4
10-15	8,0	8,9
16-18	3,6	4,5
Summe	100,0	100,0

Zur Früherkennung von Kreditrisiken auf Kundenebene wird ein automatisiertes System eingesetzt, das hinsichtlich definierter Frühwarnindikatoren auffällig gewordene Kreditnehmer identifiziert. Die durch das Frühwarnsystem ab einer Mindestgröße identifizierten Kunden des Bereiches Unternehmenskunden werden risikoabhängig nach Prüfung durch die Bereiche Unternehmenskunden und Marktfolge Kredit den Segmenten Normalbetreuung, Intensivbetreuung, der Sanierungs- oder der Abwicklungsbetreuung zugeordnet.

Für den Eintritt von Adressenausfallrisiken hat die Sparkasse durch die Bildung von Wertberichtigungen und Vorsorgereserven angemessene Vorkehrungen getroffen. Wertberichtigungen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen nach den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der existierenden Sicherheiten mit ihrem wahrscheinlichen Realisationswert, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch zu erwarten sind. Die Angemessenheit der vorgesehenen Wertberichtigungen ist Prüfungsgegenstand der Internen Revision. Latente Ausfallrisiken werden darüber hinaus durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

Das Kreditvolumen (inklusive Avale) nach Kundensegmenten verteilt sich per Ende 2016 wie folgt:

	31.12.2016 %-Anteil	31.12.2015 %-Anteil
Firmenkunden	18,0	18,6
Gewerbekunden	6,8	7,1
Geschäftskunden	0,7	0,7
Bauträger	0,9	1,1
Existenzgründer	0,7	0,8
Kommunale Kunden	31,7	31,7
Großkunden	1,2	0,7
Privatkunden	40,0	39,3
Summe	100,0	100,0

Die Beurteilung der Kreditrisiken auf Portfolioebene erfolgt insbesondere durch das Kreditportfoliomanagement-Tool CPV (CreditPortfolioView). Mit Hilfe dieses Programms wird eine Analyse des Kreditportfolios hinsichtlich der Darstellung der erwarteten Verluste und des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs (CreditValue-at-Risk) sowie der Berechnung von Größenkonzentrationen (Klumpenrisiken) und deren Wirkung auf den CreditValue-at-Risk des Gesamtportfolios vorgenommen. Darüber hinaus erfolgt eine Risikobeurteilung durch die Analyse des gesamten Kreditportfolios hinsichtlich unterschiedlicher Kriterien wie z. B. der Branchen-, Größenklassen-, Sicherheiten- oder Ratingverteilung.

Hinsichtlich der Verteilung der hereingenommenen Sicherheiten ergibt sich aufgrund des Geschäftsmodells in der Sparkasse eine deutliche Konzentration auf grundpfandrechtliche Sicherheiten. Die wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Grundpfandrechte machen dabei – bezogen auf die verrechneten Sicherheitenbeträge – 89,0 % (Vorjahr 87,7 %) des Gesamtvolumens aus.

Die Branchenverteilung im gewerblichen Kundenkreditportfolio bestimmt sich im Wesentlichen aus dem Geschäftsgebiet der Sparkasse und gestaltet sich per 31.12.2016 wie folgt:

	31.12.2016 %-Anteil	31.12.2015 %-Anteil
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	0,2	0,2
Energie, Wasser, Bergbau	1,6	1,7
Verarbeitendes Gewerbe	8,8	9,4
Baugewerbe	9,4	9,6
Kraftfahrzeughandel	4,0	4,3
Großhandel	5,3	5,3
Einzelhandel	4,7	4,9
Verkehr, Nachrichten	4,6	5,5
Kredit- u. Versicherungswesen	5,9	5,0
Gastgewerbe	7,0	6,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	28,0	27,8
Dienstleistungen für Unternehmen	10,3	9,9
Öffentliche und private Dienstleistungen	7,7	7,1
Bauträger	2,5	2,9
Summe	100,0	100,0

Die Anteile der einzelnen Branchen sind im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant. Wesentliche Veränderungen zum Vorjahr gibt es nicht.

Die mit einem Anteil von 28,0 % mit Abstand größte (Ober-)Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ setzt sich aus verschiedenen Teilbranchen zusammen, die wiederum den beiden Bereichen Gewerbe- oder Wohnungsbau zugeordnet werden können. Aufgrund der insgesamt hohen Volumina in der Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie der zuvor dargestellten Konzentration auf grundpfandrechtliche Sicherheiten werden in der Risikostrategie der Sparkasse spezielle Regelungen zur Risikoüberwachung und -begrenzung festgelegt. Darüber hinaus berücksichtigt die Sparkasse das gesamtgeschäftsbezogene Risiko sinkender Immobilien- und Grundstückspreise im Rahmen der simulierten Stresstests.

Die Großkredite gemäß Artikel 387ff. der CRR in Verbindung mit § 13 Abs. 1 KWG machten am 31.12.2016 das 1,12-fache der am Bilanzstichtag anrechenbaren Eigenmittel aus (31.12.2015: das 0,79-fache). Dem Grundsatz einer angemessenen Kredit- und Risikosteuerung wird die vorhandene größenmäßige Schichtung somit gerecht.
Auch per Ende 2016 weist die Stadtsparkasse Oberhausen im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt einen stark überproportionalen Anteil an öffentlichen und korrespondierend dazu einen unterdurchschnittlichen Anteil an privaten und gewerblichen Kreditnehmern auf.

	31.12.2016 %-Anteil	31.12.2015 %-Anteil
Öffentliche Haushalte	30,7	30,6
Unselbstständige Privatpersonen	35,0	35,0
Unternehmen	34,1	34,2
Sonstige	0,2	0,2
Summe	100,0	100,0

Für das Jahr 2016 ergibt sich im Kundenkreditgeschäft ein leicht positives Bewertungsergebnis für die Sparkasse. Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Risikoreduzierungen im Kreditportfolio zeigen damit ihre Wirkung. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft des Jahres 2016 ist damit leicht besser als der Verbandsdurchschnitt. Das Risikolimit für unerwartete Adressenrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft wurde im gesamten Jahr 2016 eingehalten.

Im Rahmen der Kreditportfoliosteuerung hat die Sparkasse bereits in Vorjahren an Kreditbasket-Transaktionen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe teilgenommen. Im Jahr 2016 wurden weitere Engagements in eine neue Kreditbasket-

Transaktion eingebracht. Daraus resultieren Credit Default Swaps, bei denen die Sparkasse aufgrund der Symmetrie der Transaktion sowohl Sicherungsgeber als auch Sicherungsnehmer ist.
Bei den von der Stadtsparkasse Oberhausen gehaltenen Beteiligungen handelt es sich insgesamt um strategische Positionen, die langfristig gehalten werden. Im Vordergrund stehen die Grundsätze des Verbundgedankens (bankbezogene Beteiligungen) und der öffentliche Auftrag (standortfördernde Beteiligungen zur Förderung des Geschäftsgebietes). Renditeorientierte Beteiligungen werden derzeit nicht gehalten. Das Beteiligungsportfolio der Stadtsparkasse Oberhausen wird dominiert von den vier größten Einzelbeteiligungen der Sparkasse. Dabei handelt es sich zum einen um die Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, der wiederum an diversen Unternehmen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt ist. Zum anderen existieren Beteiligungen an der Erwerbsgesellschaft der Sparkassen-Finanzgruppe zum Erwerb der Landesbank Berlin (LBB), der Rheinischen Sparkassen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG sowie an der RW Gesellschaft öffentlich rechtliche Anteilseigner II GmbH. Die RW-Beteiligung war im Jahr 2016 durchgängig durch den Verkauf von Aktien-Futures abgesichert. Im Jahr 2016 wurde das von der Sparkasse definierte Risikolimit für Beteiligungen durchgängig eingehalten.

Für die Eigenhandelsgeschäfte im Sinne der Mindestanforderungen an das Risikomanagement hat die Sparkasse detaillierte Regelungen bezüglich des zulässigen Kontrahenten- und Emittentenkreises sowie - bezogen auf die unterschiedlichen Geschäftsarten - hinsichtlich der zulässigen Volumina je Kontrahent / Emittent eingesetzt. Zur Beurteilung des Adressenausfallrisikos werden externe Ratings und weitere öffentlich zugängliche Informationen herangezogen.

Bei der Einschätzung der verschiedenen Marktsegmente hinsichtlich einer vorhandenen Aktivität bzw. Inaktivität ergeben sich keine Veränderungen zum Vorjahr. Mit Ausnahme der Märkte für Kreditstrukturen sowie des Spezialfonds als Ganzes werden sämtliche Marktsegmente als aktiv eingeschätzt, so dass bei der Ermittlung der beizulegenden (Zeit-)Werte im Wesentlichen nicht auf Bewertungsmodelle zurückgegriffen werden muss. Bedingt durch die negative Entwicklung der Wertpapiermärkte zu Beginn des Jahres 2016 hat die Sparkasse zum 31.12.2016 ein negatives Bewertungsergebnis aus dem Wertpapierbereich ausgewiesen. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten – nahezu sämtliche geratete Direktanlagen der Stadtsparkasse Oberhausen mit Ausnahme der Kreditstrukturen, zwei Laufzeitfonds und eines Pfandbriefes verfügen per Jahresende über ein Rating im Investment Grade-Bereich – wird allerdings erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten tatsächlichen Ausfällen im Bereich der Eigenanlagen kommen wird.

Das im Spezialfonds der Sparkasse gehaltene Engagement in Anleihen aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) beläuft sich per Ende 2016 auf insgesamt 7,2 Mio. EUR (Kurswert ohne Stückzinsen). Davon entfallen 1,9 Mio. EUR auf italienische Staatsanleihen, 1,8 Mio. EUR auf spanische Staatsanleihen und 1,2 Mio. € auf irische Staatsanleihen. Darüber hinaus befindet sich eine Griechenlandanleihe über nominell 0,1 Mio. EUR im Bestand, die allerdings keinen relevanten Zeitwert mehr aufweist. Die restlichen Anleihen gegenüber privaten Schuldnern stellen besicherte Anleihen (1,4 Mio. EUR Spanien, 0,9 Mio. EUR Italien) mit unterschiedlichen Laufzeiten dar. Darüber hinaus befinden sich in Laufzeitfonds der Sparkasse Anleihen gegenüber privaten Schuldnern aus Italien, Irland, Portugal und Spanien in Höhe von 11,9 Mio. EUR. Das Gesamtengagement der Sparkasse in Wertpapieren (inklusive der im Spezialfonds enthaltenen Aktienwerte i. H. v. 2,2 Mio. EUR) aus wirtschaftsschwachen Euro-Staaten beläuft sich auf insgesamt 21,4 Mio. EUR (Kurswert inkl. Stückzinsen, Vorjahr: 23,0 Mio. EUR).

Eine separate Limitierung der Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen erfolgte für das Jahr 2016 nicht. Diese wurden gemeinsam mit den weiteren Risiken aus Eigenanlagen im Bewertungsrisiko Wertpapiere zusammengefasst, welches zum Stichtag 31.12.2016 eingehalten wurde.

Der Anteil von Kreditstrukturen am gesamten Depot A der Stadtsparkasse Oberhausen hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht und liegt bei 11,2 % (Vorjahr 8,9 %). Ursächlich hierfür sind die Reduzierung des Gesamtvolumens des Depot A und die Ausweitung des Volumens an Kreditstrukturen durch die Teilnahme an einer neuen Kreditbasket-Transaktion**.**

2.2 Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken sind mögliche Ertrags- und Vermögenseinbußen zu verstehen, die sich aus der Veränderung von Marktpreisen ergeben. Bei den Marktpreisrisiken werden die folgenden Risikoarten unterschieden: Zinsänderungsrisiko (im Zusammenhang mit Eigenhandelsgeschäften und auf Gesamtbankebene), Spread-Risiko, Währungsrisiko, Aktienkursrisiko, Immobilienrisiko, Optionsrisiko und Rohwarenrisiko. Für die Sparkasse weisen insbesondere das Zinsänderungs-, das Spread- und das Aktienkursrisiko eine zentrale Bedeutung auf.

Als Folge der Anlagerestriktionen der Sparkasse ist die Struktur ihrer Eigenanlagen geprägt durch Tages- und Termingelder, in- und ausländische öffentliche Anleihen und Inhaberschuldverschreibungen (IHS) von inländischen Kreditinstituten. Das Volumen der Eigenanlagen der Sparkasse hat sich im Laufe des Jahres 2016 vor allem durch fehlende Anlagemöglichkeiten nochmals reduziert. Bedingt durch fehlende geeignete Wiederanlagemöglichkeiten im Bereich der IHS inländischer Kreditinstitute ist der Anteil deutlich gesunken und im Gegenzug der Anteil der Termingeldanlagen bei anderen Instituten der Sparkassen-Finanzgruppe deutlich gestiegen.

	31.12.2016 %-Anteil	31.12.2015 %-Anteil
Termingelder	21,0	14,0
Pfandbriefe	6,5	5,8
In- und ausländische öffentliche Anleihen	22,9	23,4
IHS inländischer Kreditinstitute	21,6	31,3
Unternehmensanleihen	10,1	6,8
Aktien	6,4	6,1
Kreditbaskets	8,6	7,5
Sonstige	2,9	5,1
Summe	100,0	100,0

Bei komplexeren Instrumenten greift die Sparkasse auf das Fremdmanagement in Form eines Spezialfonds zurück. Die größten Anlageklassen innerhalb des Spezialfonds stellen europäische Staatsanleihen, Unternehmensanleihen sowie gedeckte Schuldverschreibungen dar. Die ebenfalls in dem Spezialfonds gehaltenen Aktienbestände werden in der Tabelle de facto zu hoch ausgewiesen, da die per Ende 2016 existierende Teilabsicherung der Aktienpositionen nicht berücksichtigt ist.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken aus Eigenhandelsgeschäften erfolgt anhand einer G.u.V.-orientierten Ermittlung des Abschreibungsrisikos. Sämtliche Marktpreisrisiken des Eigenanlagegeschäftes werden mindestens wöchentlich, in der Regel aber täglich durch die Abteilung Unternehmenssteuerung nach Art und Höhe bewertet und an die Geschäftsleitung kommuniziert.

Als langfristiger, strategischer Investor geht die Stadtsparkasse Oberhausen keine Investments in Spread-Risiken zur Erzielung kurzfristiger Kursgewinne ein. Der Erwerb von Creditspread-behafteten Wertpapieren erfolgt unter Berücksichtigung der angestrebten Granularität des Depot A auf Basis einer positiven Einschätzung des Kreditrisikos im Rahmen der Risikostrategie. Die sich im Zeitablauf ggf. ergebenen Schwankungen des Spreadniveaus müssen dabei im Rahmen der Risikotragfähigkeit ausgehalten werden können. In ihrem Risikotragfähigkeitskonzept hat die Stadtsparkasse Oberhausen das Spread-Risiko im Rahmen des Limits Bewertungsrisiko Wertpapiere berücksichtigt.

Neben den Berechnungen für die Eigenhandelsgeschäfte wird auch eine Beurteilung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene vorgenommen. Das Risiko wird sowohl hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung als auch im Hinblick auf mögliche Wertveränderungen der verzinslichen Vermögens- und Schuldpositionen untersucht. Die Ergebnisse der Risikobetrachtung werden der Geschäftsleitung im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes monatlich vorgelegt.

Im Rahmen der G.u.V.-orientierten Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt die Messung auf der Grundlage von Simulationsberechnungen, die alle Bilanzpositionen und deren voraussichtliche Entwicklung einbeziehen.

Bei der wertorientierten Risikobetrachtung werden alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht abgebildet. Für Geschäfte ohne feste Zins- und/ oder Kapitalbindungen werden dabei produktspezifische Annahmen zugrunde gelegt. Die Annahmen werden dabei sowohl für einzelne Produkte aus historischen Daten abgeleitet als auch für einzelne Produkte über eine Analyse und Prognose der zukünftigen Entwicklung von Zinsänderungen und Kundenverhalten. Für den aus dem Gesamt-Cash-Flow der Sparkasse errechneten Barwert wird anschließend das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Dieses errechnet sich auf Basis einer historischen Simulation von Renditeveränderungen über den Planungshorizont von 12 Monaten mit einem Konfidenzniveau von 99 %. Bei der Steuerung des Zinsänderungsrisikos verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen grundsätzlich eine passive Steuerung. Dabei orientiert sich die Sparkasse an einer als effizient eingeschätzten Benchmark (gleitender 10-Jahres-Durchschnitt), wobei die Höhe des maximalen Risikos durch die Einhaltung des Zielwertes von 10,5 % bezogen auf das (modifizierte) aufsichtsrechtliche Prüfkriterium determiniert wird. Abweichungen zeigen ggf. Bedarf von Steuerungsmaßnahmen an und dienen als zusätzliche Information für zu tätigende Geschäfte.

Im Rahmen der Steuerung des gesamten Zinsbuches setzt die Sparkasse Zinsswaps ein. Nähere Informationen können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden. Zur Absicherung der in einem Spezialfonds gehaltenen Positionen wurden während des Jahres 2016 ebenfalls Finanzderivate eingesetzt. Die Absicherungen der Zins- und Aktienkursrisiken erfolgten dabei über Futuregeschäfte sowie über Optionen.

Zur Begrenzung der Risiken aus Marktpreisrisiken hat die Sparkasse auf Basis des eingesetzten Risikotragfähigkeitskonzepts Limite definiert, die die Übernahme von Marktpreisrisiken auf ein für die Stadtsparkasse Oberhausen tragbares Niveau begrenzen.

Unter Verwendung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Zinsänderungen von +/- 200 Basispunkten sowie des aufsichtlich vorgegebenen Einbezugs von Pensionsverpflichtungen hat die Stadtsparkasse Oberhausen die definierte 20%-Grenze zur Einstufung als „Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“ im Sinne des BaFin-Rundschreibens Nr. 11/2011 im Jahr 2016 durchgängig unterschritten. Es ergeben sich dabei die folgenden Wertänderungen per 31.12.2016:

Zinsschock (+/- 200 BP) per 31.12.2016 in Mio. EUR	
Wertänderung +200 BP	Wertänderung -200 BP
-29,3	-3,0

Mit Ausnahme des Risikolimits für das Zinsspannenrisikos des Folgejahres werden sämtliche für Marktpreisrisiken im Risikotragfähigkeitskonzept bereitgestellten Limite per 31.12.2016 eingehalten. Eine veränderte Berechnungsmethodik, die den Einbezug von negativen Zinsen umfasst, führte am Jahresende 2016 zu der Überschreitung des Risikolimits für das Zinsspannenrisiko des Folgejahres. Dieser Überschreitung standen allerdings ausreichend freie Limite bei anderen Risikoarten gegenüber. Darüber hinaus wurden sämtliche Risikolimite im Bereich des Marktpreisrisikos während des gesamten Jahres 2016 eingehalten.

2.3 Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken werden in das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko sowie das Marktliquiditätsrisiko unterteilt. Unter dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Beim Refinanzierungsrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Als Marktliquiditätsrisiko bezeichnet man schließlich die unterschiedliche Leichtigkeit und Schnelligkeit, mit der Finanzmarktprodukte zu einem fairen Preis wieder veräußert werden können.

Als eine zentrale Basis für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit der Sparkasse dienen die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Liquiditätskennzahlen (Kennzahl gemäß Liquiditätsverordnung und Liquidity Coverage Ratio). Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag im abgelaufenen Jahr – wie in den Vorjahren – stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0 und wies am Jahresende einen Wert von 2,13 auf. Die einzuhaltende Mindestquote der Liquidity Coverage Ratio (LCR) betrug 0,70 für das Jahr 2016. Diesen Wert konnte die Sparkasse im Jahr 2016 jeweils deutlich einhalten. Per 31.12.2016 lag die LCR bei einem Wert von 1,81.

Darüber hinaus wird das Liquiditätsrisiko mittels vier standardisierter Szenariorechnungen sowie einer Liquiditätsübersicht beurteilt. Letztgenannte stellt eine Liquiditätsablaufbilanz mit kumulierter Cash-Flow-Betrachtung dar und umfasst einen Betrachtungshorizont von 5 Jahren. Durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge versucht die Sparkasse Liquiditätsrisiken zu vermeiden. Zur Steuerung der Liquidität bestehen inoffizielle Kreditlinien bei mehreren Landesbanken. Als weiteres Instrument stehen der Sparkasse Offenmarktgeschäfte der Europäischen Zentralbank zur Verfügung, die jedoch im Jahres 2016 nicht in Anspruch genommen wurden. Zur Sicherstellung eines ausreichenden Liquiditätspuffers unterhält die Sparkasse einen entsprechenden Bestand an refinanzierungsfähigen Titeln, die als Sicherheit zur Durchführung von Offenmarktgeschäften bei der EZB hinterlegt sind.

Zur Beurteilung des Refinanzierungsrisikos werden die benötigten institutionellen Geldaufnahmen sowie die am Kapitalmarkt zu zahlenden Refinanzierungsaufschläge von der Sparkasse fortlaufend überwacht. Darüber hinaus werden die potenziellen Auswirkungen eines schlagend werdenden Refinanzierungsrisikos in entsprechenden Szenariobetrachtungen beleuchtet. Aufgrund der positiven Entwicklung der Kundeneinlagen sowie aufgrund von fälligen Wertpapieren im Depot A war – analog zum Vorjahr – auch in 2016 keine Erfordernis zur Aufnahme längerfristiger Refinanzierungsmittel gegeben.

Hauptrefinanzierungsquelle der Sparkasse sind die Kundeneinlagen. Zur Begrenzung des Refinanzierungsrisikos und zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsquellen treibt die Stadtsparkasse Oberhausen die Erschließung alternativer Refinanzierungsquellen voran. Im Vordergrund steht dabei die Teilnahme an einer Pfandbrief-Pooling-Transaktion. Dazu wurden im Jahr 2016 die Tätigkeiten zum Aufbau einer entsprechenden Deckungsmasse weiter vorangetrieben.

Das Marktliquiditätsrisiko wird generell durch die Auswahl der zulässigen Vermögensklassen im Rahmen der Vermögensallokation sowie bei Investitionsentscheidungen hinsichtlich der konkreten Anlagealternative berücksichtigt. Zur Begrenzung des Marktliquiditätsrisikos hat die Sparkasse dabei in ihren Organisationsrichtlinien qualitative und quantitative Mindestanforderungen für die Eigenhandelsaktivitäten definiert. Neben der Festlegung eines benötigten Mindestratings der Emission/des Emittenten sind z. B. auch höhere Volumenslimite für öffentliche Anleihen und Pfandbriefe definiert, die über eine vergleichsweise hohe Marktliquidität verfügen.

Die Stadtsparkasse Oberhausen hat auch in 2016 Eigenhandelsaktivitäten betrieben. Die in 2016 getätigten Wertpapierkäufe im Eigenbestand beschränkten sich, neben der aufgrund der Transaktionssymmetrie zu zeichnenden Kreditbasket-Anteile, auf ein Wertpapier einer öffentlichen Stelle, Inhaberschuldverschreibungen von deutschen Kreditinstituten sowie einen Immobilienfonds. Das für Liquiditätsrisiken bereitgestellte Limit im periodischen Risikotragfähigkeitskonzept wurde in 2016 – wie im Vorjahr – durchgängig eingehalten.

2.4 Operationelle Risiken

Unter Operationellen Risiken sind die Risiken zusammengefasst, die zu Schäden für die Sparkasse infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge von externen Einflüssen führen können. In dieser Definition ist auch das Rechtsrisiko enthalten, d. h. die Gefahr von Schäden durch Rechtsprozesse, Klagen, etc.

Zur Identifizierung zukünftiger wesentlicher Schadenspotenziale werden jährlich Szenarien über mögliche Schadensereignisse aus den risikorelevanten Bereichen der Sparkasse und der Tochtergesellschaften erhoben und anschließend in Form einer Risikolandkarte dargestellt. Zur Schaffung einer einheitlichen Datenbasis und als Grundlage für die Ableitung von entsprechenden Maßnahmen werden des Weiteren die bereits eingetretenen Schäden aus Operationellen Risiken laufend in einer zentralen Schadensfalldatenbank erfasst.

Zur Begrenzung und Steuerung von Operationellen Risiken existieren aufgrund der vielschichtigen Ursachen diverse Regelungen und Verfahren in der Stadtsparkasse Oberhausen. Potenziellen Schäden durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit regelmäßig von der Internen Revision überwacht wird. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch bedarfsgerechte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt und im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems überprüft. Für technische Risiken wie den Ausfall technischer Geräte und der erforderlichen EDV-Programme existieren entsprechende Notfallkonzepte, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufes auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner sollen Operationelle Risiken durch die Auswahl zuverlässiger Dienstleister vermindert werden. Darüber hinaus bestehen Versicherungen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen. Zur Umsetzung der Anforderungen des § 25h Abs. 1 KWG nimmt die Sparkasse die Dienstleistungen der S-Service Rhein-Ruhr GmbH in Anspruch, in der die hiermit verbundenen Tätigkeiten in einer zentralen Stelle angesiedelt sind.

Die Abwendung von Rechtsrisiken wird durch die Nutzung aktueller Vertragsvordrucke des Deutschen Sparkassenverlages und bei außerhalb des Standards liegenden Verträgen durch die Einbindung unserer in die S-Service Rhein-Ruhr GmbH ausgelagerten Rechtsabteilung erreicht. Im Bedarfsfall bedient sich die Sparkasse zusätzlicher externer Rechtsberatung.

Der nach Berücksichtigung von Zahlungen aus Versicherungen, Haftungsfonds o. ä. verbleibende Nettoschaden aus originären Operationellen Risiken weist in der Stadtsparkasse Oberhausen wie in den Vorjahren auch im Jahr 2016 keine nennenswerte Höhe auf. Das festgelegte Limit für operationelle Risiken wird per 31.12.2016 eingehalten. Im Jahresverlauf kam es zu drei Stichtagen zu Limitüberschreitungen. Diese resultierten aus der Berücksichtigung möglicher Belastungen aus verschiedenen rechtlichen Verfahren und führten zu einer unterjährigen Erhöhung des Risikolimits.

Mögliche Risiken im Rahmen von gerichtlichen Auseinandersetzungen existieren im Zusammenhang mit dem Ausfall von ehemaligen Kreditnehmern. Die Rechtsauffassung der Sparkasse, dass die entsprechenden Klagen unbegründet sind, wird durch Einschätzungen der mit den Verfahren betrauten Anwälte gestützt. Daneben wird die juristische Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse fortgeführt. Zum 31.12.2016 hat die Sparkasse für die zuvor beschriebenen Verfahren eine entsprechende Rückstellung für Prozesskosten in angemessener Höhe gebildet.

Ein weiteres Rechtsrisiko besteht aus möglichen Haftungsrisiken wegen fehlerhafter Widerrufsbelehrungen in Kreditverträgen. Hierfür hat die Sparkasse zum 31.12.2016 eine entsprechende Rückstellung gebildet, die das Risiko der Inanspruchnahme angemessen abdeckt.

2.5 Sonstige Risiken

Im Rahmen unseres Risikotragfähigkeitskonzeptes hat die Sparkasse auch für das Provisionsüberschussrisiko und das Aufwandsrisiko im Verwaltungskostenbereich durch die Reservierung von Risikodeckungsmasse Vorsorge getroffen. Analog zum Vorjahr wurden die eingeräumten Risikolimite auch per 31.12.2016 eingehalten. Auch im Jahresverlauf wurden die Risikolimite durchgängig eingehalten. Darüber hinaus berücksichtigt die Stadtsparkasse Oberhausen auch Modellrisiken in ihrem Risikotragfähigkeitskonzept, wobei das Modellrisiko sowohl in das Zinsspannenrisiko mit einbezogen wurde als auch im Rahmen der Ableitung des Risikodeckungspotenzials als Abzugsposten berücksichtigt wurde. Damit trägt die Sparkasse dem Risiko Rechnung, dass die hinter den zum Teil komplexen, im Rahmen der Banksteuerung verwendeten, Modellen stehenden Annahmen in der Praxis nicht oder nur teilweise eintreten.

In den letzten Jahren ist darüber hinaus das Reputationsrisiko verstärkt in den Fokus der Risikobetrachtung gerückt. Das Reputationsrisiko stellt für die Sparkasse ein Folgerisiko dar, da es i. d. R. dann (zusätzlich) entsteht, wenn andere wesentliche Risiken (z. B. operationelle oder Adressenausfallrisiken) schlagend werden. Negative Effekte bei Eintritt des Reputationsrisikos dürften sich insbesondere in Form eines Abzugs von Kundeneinlagen ergeben. Dieses Risiko wird implizit über das Limit für Liquiditätsrisiken abgedeckt, welches im Jahr 2016 durchgängig eingehalten wurde.

Zur Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB) wurde im Dezember 2009 die Errichtung einer Abwicklungsanstalt beschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Beteiligungsanteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem festgelegten Höchstbetrag zu übernehmen. Auf die Stadtsparkasse Oberhausen entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Somit besteht das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko hat die Sparkasse im Rahmen der Jahresabschlüsse 2009 bis 2014 eine bilanzielle Vorsorge gebildet. Eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs durch den RSGV im Jahr 2016 ergab, dass die bereits gebildeten Reserven der Jahre 2009 bis 2014 voraussichtlich für die während der Abwicklung entstehenden Verluste ausreichen und dass somit

bis auf weiteres keine weitere Vorsorge gebildet werden muss. Die Zweckbindung der im Jahresabschluss 2015 durchgeführten Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB konnte zudem rückgängig gemacht werden.

3. Gesamtbild der Risikolage

Das Jahr 2016 war, wie bereits das Jahr 2015, unter Risikogesichtspunkten durch eine sehr positive Entwicklung im Bereich des Kundenkreditgeschäfts geprägt, so dass die Sparkasse in der Lage war, Risikovorsorge aufzulösen. Für Beteiligungen mussten nur geringfügige Abschreibungen vorgenommen werden. Im Bereich der Wertpapiere musste die Sparkasse Abschreibungen vornehmen, die jedoch unter dem Wert des Vorjahres liegen. Das weiterhin vorherrschende Niedrig- und Negativzinsumfeld führte zu einer Belastung des Zinsergebnisses.

Analog zum Vorjahr war auch in 2016 auf Gesamthausebene die Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben.
Die per 31.12.2016 bestehenden Risiken der Sparkasse haben sich gegenüber dem Vorjahresstichtag leicht erhöht. Ursächlich hierfür ist vor allem ein Anstieg des Zinsänderungsrisikos, das aufgrund des Niedrig- und Negativzinsumfeld deutlich erhöht wird. Die Risiken aus Eigenanlagen der Sparkasse (Adressenrisiken und Marktpreisrisiken) sind gegenüber dem Vorjahr bedingt durch einen reduzierten Bestand im Depot A rückläufig. Das Adressenrisiko aus dem Kundenkreditgeschäft ist ebenfalls gesunken. Hier zeigen zum einen die in den vergangenen Jahren durchgeführten Maßnahmen zur Erhöhung der Granularität des Kreditportfolios Wirkung. Zum anderen führen die günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen zu verbesserten Risikowerten. Die Risikowerte der weiteren wesentlichen Risiken der Sparkasse befinden sich per 31.12.2016 auf dem Niveau des Vorjahres. Insgesamt ist das Verhältnis der eingegangenen Risiken der Sparkasse zur Vermögens- und Ertragslage als angemessen zu bezeichnen; das Gesamtbankrisiko wird durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt.

Vor dem Hintergrund der bestehenden Risikoposition liegt der Fokus im Risikocontrolling der Sparkasse auf den Risiken aus den Eigenanlagen, dem Adressenrisiko aus dem Kundenkreditgeschäft sowie auf dem Zinsänderungsrisiko. Aufgrund der größtenteils guten Bonität der zum Jahresende im Depot A enthaltenen Emittenten wird erwartet, dass es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten tatsächlichen Ausfällen kommen wird. Das Volumen der Eigenanlagen hat sich zudem im Jahresverlauf 2016 deutlich reduziert, da für fällige Eigenanlagen keine adäquaten Wiederanlagemöglichkeiten existierten, die den Rahmenbedingungen der Sparkasse entsprachen. Die granulare Struktur gemäß den definierten Volumenlimiten für Emittenten und Kontrahenten hat sich dabei nicht maßgeblich verändert. Im Bereich der Adressenrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft verfolgt die Sparkasse das Ziel die mittlerweile erreichte Granularität des Kreditportfolios zu erhalten und möglichst weiter zu erhöhen.

D. Prognosebericht

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Daten des vergangenen Jahres zeigen für Deutschland zunächst eine durchaus positive Ausgangslage: Ein solides BIP-Wachstum von 1,9%, die gestiegene Beschäftigung, die gesunkene Arbeitslosigkeit, ein Plus im Staatshaushalt.
Einige Rahmenbedingungen haben sich jedoch im Verlauf des letzten Jahres verschlechtert. Vor allem sind die politischen Risiken und die Gefahr von Terroranschlägen größer geworden. Mit dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt ist der islamistische Terror endgültig in Deutschland angekommen und verunsichert die Gesellschaft. Auch der Brexit-Entscheid und die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika bergen politische und ökonomische Risiken. Es wird abzuwarten bleiben, inwiefern die USA ein verlässlicher Handelspartner bleiben oder verstärkt eine protektionistische Haltung einnehmen werden.

Das Wachstum wird im Jahr 2017 erneut von der starken inländischen Nachfrage getrieben. Gemäß der Prognose des IWH (Institut für Wirtschaftsforschung Halle) werden alle inländischen Verwendungskomponenten positiv zum Wachstum beitragen. Den höchsten Wachstumsbeitrag erwarten die Wirtschaftsforscher von den privaten und staatlichen Konsumausgaben.

Das nominale Volkseinkommen wird in 2017 voraussichtlich weiter zunehmen. Beim verfügbaren Einkommen wird ein weiter Anstieg erwartet von +2,6% bis +2,8%. Damit stehen auch unter Berücksichtigung der Inflation (~ 1,5%) im laufenden Jahr mehr Mittel für den Konsum und/oder das Sparen zur Verfügung. Neben den steigenden Einkommen fördert auch in 2017 die gute Arbeitsmarktsituation den privaten Konsum. Dementsprechend wird ein weiterer Anstieg der privaten Konsumausgaben erwartet.

Die Bundesbank-Volkswirte erwarten für das Jahr 2017 ein Wirtschaftswachstum von 1,8%.

Die Verbraucherpreise in Deutschland werden im laufenden und kommenden Jahr voraussichtlich deutlich stärker ansteigen als in den vergangenen Jahren. Die Prognosen zum Jahreswechsel (d.h. im Dezember veröffentlicht) liegen zwischen 1,3% und 1,6% für 2017 und 1,5 – 2,0% im kommenden Jahr. Wesentliche Ursache ist die Energiepreisentwicklung. Damit nähert sich die Inflationsrate deutlich der EZB-Zielmarke von knapp 2% an. Ob dies jedoch zu einer entsprechenden Änderung der ultralockeren Geldpolitik führen wird, ist zu bezweifeln. So hatte der EZB-Präsident Mario Draghi jüngst eine weitaus striktere Definition von Preissteigerung verkündet, an der man sich orientieren wolle.

Auch die Investitionen werden das Wachstum im laufenden Jahr weiter beflügeln. Die Wirtschaftsforscher der großen Forschungsinstitute rechnen mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen um 1,5% - 2,7% in 2017.

Der Außenhandel wird in diesem Jahr voraussichtlich deutlich zunehmen, sowohl auf der Import- wie auch auf der Exportseite. Die Prognosen liegen zwischen +2,6% und +4,9% bei den Importen und zwischen +1,4% und +3,6% bei den Exporten. Der Außenbeitrag wird den Prognosen von IfW (Institut für Weltwirtschaft), RWI (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung) und IWH zufolge auch in diesem Jahr negativ ausfallen und das gesamtwirtschaftliche Wachstum um 0,2 bis 0,4 %-Punkte drücken. Mögliche Risiken für den Außenhandel sind u.a. der Brexit sowie eine mögliche Änderung der Außenhandelspolitik der Vereinigten Staaten. Zunehmender Protektionismus in der wichtigsten Wirtschaftsmacht der Welt wäre negativ für den deutschen Außenhandel und könnte über die kurzfristigen negativen Effekte hinaus mittel- bis langfristig zu einer Gegenentwicklung zur Globalisierung führen mit entsprechenden Wohlfahrtsverlusten.

Auch im kommenden Jahr wird ein weiterer Anstieg der Erwerbstätigkeit erwartet, so dass die Schwelle von 44 Mio. Erwerbstätigen überschritten werden sollte. Die in den vergangenen Jahren gestiegene Zahl an Flüchtlingen wird sich auch in diesem Jahr nur teilweise auf dem Arbeitsmarkt auswirken, da viele wegen Integrationsmaßnahmen erst verzögert in den Arbeitsmarkt eintreten. Da zu erwarten ist, dass die meisten Asylbewerber zunächst keinen Arbeitsplatz finden werden, wird sich die Zahl der Arbeitslosen leicht erhöhen bzw. nicht so stark sinken, wie es angesichts der kräftig steigenden Erwerbstätigkeit und der demographischen Entwicklung sonst der Fall sein könnte. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote wird sich in Summe in 2017 kaum ändern, die Prognosen liegen zwischen 5,9% und 6,1% (2016: 6,1%).

2. Branchenentwicklung

Trotz eines günstigen Konjunkturumfeldes sollte das Zinsniveau weiterhin auf einem historisch niedrigen Niveau verbleiben. Diese Ansicht wird gestützt aufgrund der weiterhin expansiven Ausrichtung der Geldpolitik der EZB, die ihren Hauptrefinanzierungszins 2017 voraussichtlich weiterhin sehr niedrig halten wird und das Wertpapierankaufsprogramm weiterführen will.

Das weiterhin niedrige Zinsniveau wird ein Belastungsfaktor für die deutschen Banken und Sparkassen darstellen. Daher ist mit weiteren Kostenreduzierungen, Fusionen (vor allem bei kleinen Instituten), Abbau von Filialen und Mitarbeitern in der deutschen Kreditwirtschaft auszugehen.

Weitere regulatorische Maßnahmen, wie der Aufbau eines zentralen europäischen Kreditregisters („AnaCredit“) durch die EZB, die Einführung eines zusätzlichen Finanzreportings (FINREP), Änderungen in den risikogewichteten Aktiva, die 5. MaRisk Novelle, Mifid II etc., werden auch zukünftig eine große Herausforderung für die Kreditinstitute sein und zu einer Kostenerhöhung führen.

Die robuste Einkommens- und Beschäftigungssituation in Deutschland und die insgesamt positiven Konjunkturaussichten dürften die Entwicklung der Kreditwirtschaft dagegen unterstützen.

Im Hinblick auf die Sicherstellung der zukünftig geforderten höheren Kernkapitalquoten dürfte sich der Trend zur Umschichtung der Aktivitäten in risikoarme Geschäftsfelder fortsetzen. Im Blickpunkt stehen hierbei vor allem inländische Firmenkunden mit guter Bonität, um die ein starker Wettbewerb unter Inkaufnahme von knappen Margen besteht.
Aus der im europäischen Vergleich deutlichen Überversorgung mit Bankdienstleistungen ergibt sich für alle Bankengruppen der Bedarf ihre Geschäftsmodelle zu überprüfen und Überkapazitäten weiter abzubauen.

3. Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen

Im Zentrum der Geschäftsaktivitäten der Sparkasse steht das Ziel der Erwirtschaftung der benötigten Jahresüberschüsse zur Erreichung der angestrebten Eigenkapitalquoten. Vor dem Hintergrund des kreditwirtschaftlichen Umfeldes (Stichworte Niedrigzinsniveau/Negativzinsen und den damit verbundenen Ertragsbelastungen) stehen in den nächsten Jahren die konsequente Senkung der Verwaltungskosten sowie die Fortsetzung der Begrenzung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft auf niedrigem Niveau im Fokus unserer Anstrengungen. Hierzu haben wir in unserem weiter geführten internen Zukunftsprojekt „Stadtsparkasse Oberhausen 2025“ zahlreiche Maßnahmen erarbeitet. Zentrale Ansatzpunkte für die Reduzierung der Verwaltungskosten stellen die strategische Ausrichtung der eigenen Tochtergesellschaften, die weitere Optimierung des eigenen Immobilienbestandes sowie ein weiterer Mitarbeiterabbau dar. Die Fortführung der in den letzten drei Jahren zu beobachtenden Entwicklung deutlich reduzierter Kreditrisikokosten wollen wir über eine weiterhin risikoorientierte Kreditpolitik, kontinuierliche Mitarbeiterfortbildung und ein effizientes Kreditrisikomanagement mit klaren regelbasierten Verfahren erreichen. Dazu zählt auch die Fortsetzung des Abbaus bzw. der Begrenzung von Risikokonzentrationen.

Ausgehend von diesen übergeordneten Handlungsschwerpunkten erwarten wir die nachfolgend beschriebene Entwicklung für das Jahr 2017. Diese Einschätzungen haben Prognosecharakter. Trotz der vorhandenen Steuerungsinstrumente können die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen.

Im Privatkundenkreditgeschäft wird sich der starke Wettbewerb im Baufinanzierungsgeschäft mit anderen Anbietern fortsetzen. Hinzu kommt ein begrenztes Angebot an Baugebieten in unserem Geschäftsgebiet. Über eine weiterhin enge

und nochmals ausgeweitete Zusammenarbeit mit Vermittlern und Vermittlerplattformen wollen wir den Bestand an Wohnungsbaufinanzierungen moderat ausbauen.

Bei der Vermittlung von Konsumentenkrediten erwarten wir wiederum eine leichte Steigerung, während wir im gewerblichen Kreditgeschäft aufgrund unserer risikoorientierten Kreditpolitik und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Trägergebiet tendenziell von einer Seitwärtsentwicklung bis hin zu einer geringen Ausweitung ausgehen. Für den Bereich der Kommunalkredite planen wir mit einer Seitwärtsentwicklung**.**

Hinsichtlich der Entwicklung der Einlagenbestände erwarten wir zwei gegenläufige Effekte. Grundsätzlich gehen wir trotz des niedrigen Zinsniveaus von einem nochmals spürbaren Anstieg aus. Dem steht allerdings die Erwartung einer rückläufigen Entwicklung im Bereich von hochvolumigen gewerblichen Einlagenbeständen gegenüber, so dass per Saldo maximal ein moderater Anstieg erwartet wird. Allerdings prognostizieren wir im Einlagenbereich einen deutlichen Rückgang der Margen. Bei dem in den letzten Jahren vorherrschenden Trend hin zu den variablen Einlagen erwarten wir auch im Jahr 2017 keine Änderung.

Insgesamt erwarten wir sowohl hinsichtlich der Entwicklung des Kundengeschäftsvolumens als auch der Bilanzsumme eine leichte Steigerung.

Schwerpunkte im Bereich des provisionstragenden Vermittlungsgeschäfts bilden die Versorgung unserer Kunden mit Altersvorsorge- sowie Bausparprodukten, das Vermittlungsgeschäft mit Konsumentenkrediten sowie das Kundenwertpapiergeschäft. Im Unternehmenskundenbereich bildet die Vermittlung von derivativen Produkten und Lösungen im Auslandsgeschäft ein weiteres wichtiges Standbein. Insgesamt ergibt sich für das provisionstragende Vermittlungsgeschäft eine differenzierte Erwartungshaltung. Während hinsichtlich der Absatzvolumina im Bauspar- und Wertpapiergeschäft insgesamt eine Seitwärtsentwicklung erwartet wird, gehen wir im Bereich des Lebensversicherungsgeschäftes von einem moderaten Rückgang aus**.**

Auf Basis unserer Planungsrechnungen gehen wir vor dem Hintergrund des weiter reduzierten und abgeflachten Zinsniveaus für das Jahr 2017 von einem deutlich rückläufigen ordentlichen Zinsergebnis aus. Das Zinsergebnis bleibt allerdings weiterhin die wichtigste Ertragsposition.

Für das ausgewiesene Provisionsergebnis erwarten wir hingegen eine spürbare Steigerung. Hintergrund hierfür ist die volle Ergebnisauswirkung der in 2016 angepassten Preise im Geschäftsgirobereich. Insgesamt bleiben die Erträge aus dem Giroverkehr auch im Jahr 2017 eine wesentliche Stütze des Provisionsergebnisses.

Bei den Verwaltungsaufwendungen erwarten wir bezogen auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation, bei dem eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnispositionen erfolgt, insgesamt eine leichte Steigerung der Kosten. Dabei steht einem leicht rückläufigen Sachaufwand ein spürbarer Anstieg des Personalaufwands gegenüber. Hinsichtlich der Mitarbeiterzahl zeichnet sich allerdings weiter eine sinkende Tendenz ab.

Im Kreditgeschäft gehen wir aufgrund der in der Vergangenheit konsequent vorgenommenen Vorsorge für latente Kreditrisiken, der risikoaversen Kreditpolitik sowie dem positiven konjunkturellen Umfeld auch im Jahr 2017 von einer nur moderaten Belastung des Jahresergebnisses aus. Auch beim Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft erwarten wir unter Berücksichtigung unserer Kapitalmarktprognose keine wesentlichen Belastungen.

Das Fördervolumen aus Spenden, Stiftungen und Sponsoring wird sich im Jahr 2017 auf wiederum hohem, voraussichtlich aber in Summe leicht reduziertem Niveau bewegen.

Auf Basis des Schreibens vom 09.05.2016, mit welchem der RSGV die rheinischen Sparkassen informiert hat, dass eine Aussetzung der zukünftigen Ansparleistungen der Ansparrücklage für die EAA möglich ist, gehen wir auch für das Jahr 2017 davon aus, keinen entsprechenden Teil unseres Gewinnes als zweckgebundene bilanzielle Vorsorge in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB einzustellen.

Risiken für den erwarteten Unternehmenserfolg stellen Bestandsrückgänge im Bereich der Kundenforderungen, ein sich noch verstärkender Wettbewerb im Bereich der privaten Baufinanzierung, eine mögliche negative konjunkturelle Entwicklung verbunden mit steigenden Kreditrisiken, hohe Einlagenzuwächse, ein massiver schneller Zinsanstieg, ein noch weiterer Rückgang bzw. eine noch weitere Verflachung der Zinskurve sowie neue Belastungen an den Kapitalmärkten durch eine Eskalation bestehender oder neuer Krisenherde dar.

Unter Würdigung aller genannten Risiko- und Belastungsfaktoren, der erwarteten Geschäftsentwicklung und der weiteren Umsetzung unseres Kostensenkungs- und Optimierungsprogrammes gehen wir für das Jahr 2017 zusammenfassend von einer spürbar rückläufigen ordentlichen Ergebnissituation aus. In Kombination mit der oben beschriebenen Prognose einer weiterhin moderaten Belastung aus dem Bewertungsergebnis Kreditgeschäft erwarten wir einen gegenüber dem Vorjahr spürbar rückläufigen Jahresüberschuss, der allerdings weiterhin eine Stärkung des Eigenkapitals der Stadtsparkasse Oberhausen zulässt.

Bei einem fortdauernden Niedrig- bzw. Negativzinsniveau ist auch in den Folgejahren – ohne die Umsetzung gegenläufiger Maßnahmen – über einen rückläufigen Zinsüberschuss mit einem nennenswerten Rückgang des Betriebsergebnisses vor Bewertung zu rechnen. Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen wird auf Basis

der vorausschauenden Liquiditätsplanung jederzeit gegeben sein. Dies beinhaltet auch die Einhaltung der Liquiditätsanforderungen aus der europäischen CRR-Verordnung.

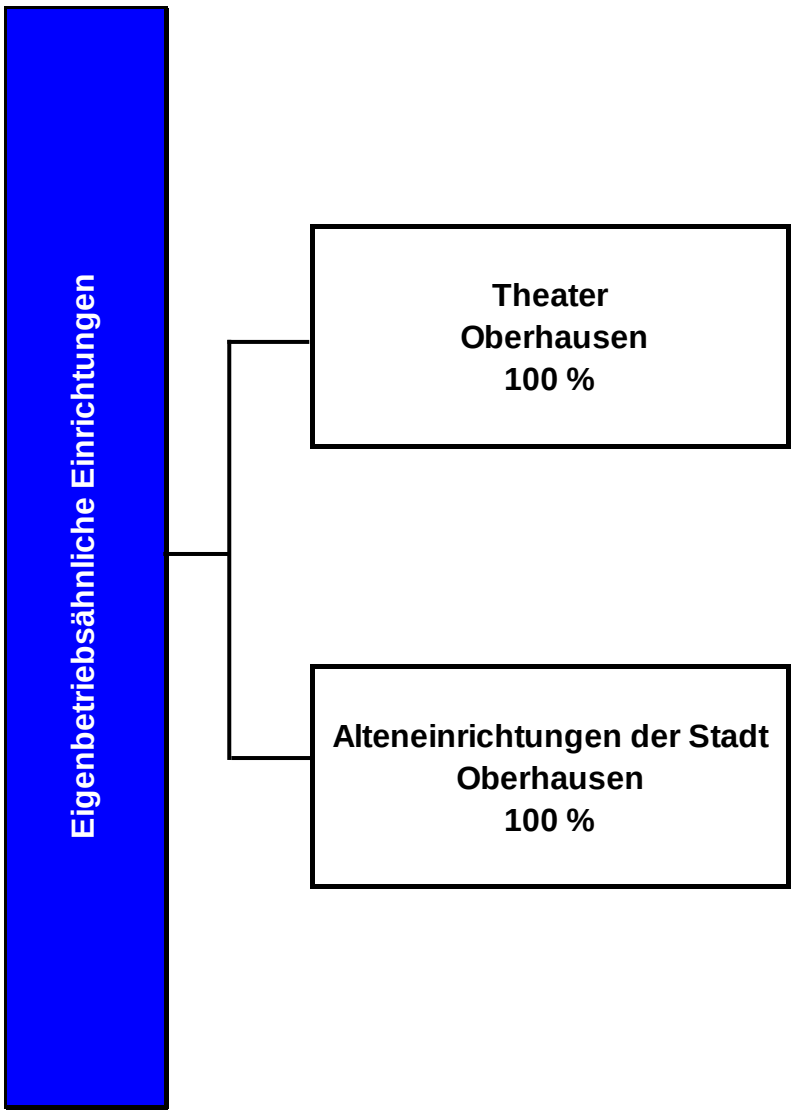
Die ebenfalls der CRR-Verordnung entstammenden gesetzlichen Eigenmittelanforderungen sehen bei einzelnen Eigenmittelbestandteilen eine nur noch teilweise bzw. abschmelzende Anerkennung vor. Dieser Effekt wird allerdings durch die positiven Auswirkungen des Jahresabschlusses 2016 überkompensiert, so dass es per Saldo zu einer deutlichen Erhöhung der Eigenmittel und – in Kombination mit einem leichten Anstieg der Risikoaktiva – zu einer ebenfalls spürbaren Erhöhung der Eigenmittelquote kommt. Die aufsichtsrechtlichen Mindest-Eigenmittelanforderungen werden wir auch weiterhin deutlich übertreffen.

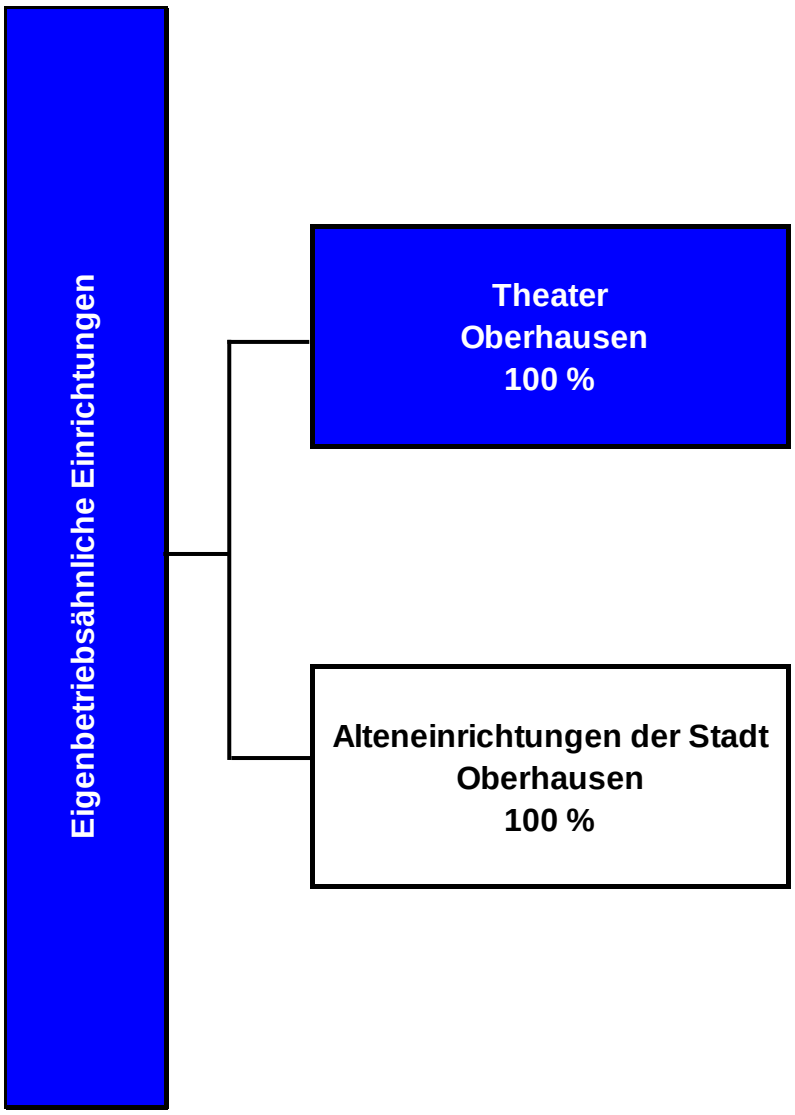
Oberhausen, März 2017

STADTSPARKASSE OBERHAUSEN

Uppenkamp / Mebus / Gäng
Vorstand

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen




Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
Theater Oberhausen 100 %
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 100 %

Theater Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Ebertstr. 82
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85780
Fax	0208/8578325
e-Mail	info@theater-oberhausen.de
Internet	www.theater-oberhausen.de

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in TDM: 100,00

Gesellschafter:

	TDM	%
Stadt Oberhausen	100,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Das Theater der Stadt Oberhausen bildet eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung und wird auf der Grundlage der gsetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betreibssatzung geführt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
Stadt Oberhausen	Treuhandüberlassungsvertrag vom 01.12.1998 zur Nutzung des Grundstücks (inkl. Gebäude) Ebertstraße 82 einschließlich fest verbundener Einbauten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Theaters

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Carp, Peter
	Betriebsleiter	Hennemann, Jürgen
Betriebsausschuss:	Mitglied	Arlt, Gerd
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Brodrick, Helmut
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Derksen, René
	Mitglied	Dittmeyer, Jürgen
	Mitglied	Dröhne, Manuel
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Kauenhowen, Eva
	Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	Mitglied	Köster, Volker
	Mitglied	Lepges, Gerd
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Walther, Andrea-Cora
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied	Wrobel, Hans-Günter
	Mitglied	Schmidt, Georgis
	Mitglied	Kaiser, Manuela
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
	stellv. Mitglied	Benter, Christian
	stellv. Mitglied	Bongers, Sonja
	stellv. Mitglied	Flecken, Sebastian
	stellv. Mitglied	Prof. Dr. Günter, Roland
	stellv. Mitglied	Haller, Thomas
	stellv. Mitglied	Ilhan, Nuran
	stellv. Mitglied	Kösling, Anja
	stellv. Mitglied	Luchmann, Volker
	stellv. Mitglied	Mertens, Ursula
	stellv. Mitglied	Nowak, Annemarie
	stellv. Mitglied	Pascheberg, René
	stellv. Mitglied	Radtke, Dorothee
	stellv. Mitglied	Schneider, Josef
	stellv. Mitglied	Schucker, Rainer
	stellv. Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
	stellv. Mitglied	Stöck, Gerold
	stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	stellv. Mitglied	Wolter, Horst
	stellv. Mitglied	Holstein, Friedhelm
	stellv. Mitglied	Schuler, Anne

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	797,41	87,3	854,22	84,4	752,75	85,8	-101,47	-11,88
Rechnungsabgrenzungsposten	116,09	12,7	157,82	15,6	124,30	14,2	-33,52	-21,24
Bilanzsumme	**913,50**	**100,00**	**1.012,04**	**100,00**	**877,05**	**100,00**	**-134,99**	**-13,34**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	102,44	11,2	107,58	10,6	121,91	13,9	14,33	13,32
Rückstellungen	439,95	48,2	468,40	46,3	426,42	48,6	-41,98	-8,96
Verbindlichkeiten	341,11	37,3	306,86	30,3	278,72	31,8	-28,14	-9,17
Rechnungsabgrenzungsposten	30,00	3,3	129,20	12,8	50,00	5,7	-79,20	-61,30
Bilanzsumme	**913,50**	**100,00**	**1.012,04**	**100,00**	**877,05**	**100,00**	**-134,99**	**-13,34**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	490,98	579,85	578,94
sonstige betriebliche Erträge	9.270,93	9.305,50	9.389,25
Materialaufwand	878,26	929,40	757,31
Personalaufwand	6.786,16	7.136,47	7.340,53
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.087,71	1.805,01	1.856,01
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,46		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9,33	14,48	14,33
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	9,33	14,48	14,33
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	9,33	14,48	14,33

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2014	31.07.2015	31.07.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,90	2,50	2,48	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,02	15,55	13,32	%
Cash-Flow:	9,33	14,48	14,33	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	80,68	83,07	83,77	T€
Personalaufwandsquote:	69,52	72,19	73,64	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2014	31.7.2015	31.7.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	11,21	10,63	13,90	%
Fremdkapitalquote:	88,79	89,37	86,10	%

e.) Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Theater Oberhausen wird als Öffentliche Einrichtung in der Rechtsform einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung betrieben und hat aufgrund seiner Satzung vom 19. Juni 2006 den Auftrag , die Darstellende Kunst mit Durchführung von Theateraufführungen und mit der Öffnung zu anderen Kunstgattungen zu fördern. Es betreibt dabei auch ein Kinder- und Jugendtheater. Das Theater Oberhausen wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) und nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Das Theater Oberhausen wird überwiegend öffentlich finanziert und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO).

Die Stadt Oberhausen ist eine im Strukturwandel befindliche Stadt im westlichen Ruhrgebiet mit ca. 212.000 Einwohnern. Weitere theatertragende Städte im Umfeld sind Duisburg, Moers, Essen und Gelsenkirchen.

Ertragslage

In Klammern : jeweils der Vorjahreswert

In der Spielzeit 2015/16 wurden in Oberhausen 326 (327) Veranstaltungen mit 53.756 (58.325) Besuchern durchgeführt. Die Platzausnutzung der eigenen Produktionen betrug 65,7 % (72,4 %) der angebotenen Plätze. Der Spielplan umfasste im Großen Haus 15 (14), im Malersaal 11 (12) und in Außenspielstätten und Rauchbar 6 (4) Produktionen bzw. Veranstaltungsreihen. Ferner fanden 38 (44) Gastspiel- und Sonderveranstaltungen statt.

Das Theater Oberhausen gastierte mit 19 (7) eigenen Abstechern.

Entwicklung der **Umsatzerlöse:**

	31.07.16 EUR	31.07.15 EUR
Eintrittseinnahmen und Abstecher	578.935,21	579.853,46

Das wirtschaftliche Ergebnis schloss mit einem Jahresüberschuss von EUR 14.328,99 (Vorjahr EUR 14.477,12) ab.

Die **Erträge** lagen um TEUR 54 über dem Planansatz. Die Mehreinnahmen betreffen im Wesentlichen die Einnahmen aus projektbezogenen Sonderzuschüssen und Eintrittseinnahmen TIP.

Auf der Kostenseite lagen die **Personalkosten** um TEUR 60 über dem Planansatz.

Minderaufwendungen bei den **Sachkosten** (TEUR 50) betreffen im Wesentlichen Bühnenausstattung und Gebäudekosten.

Die Entwicklung im Bereich Personal stellt sich wie folgt dar:

Zahl der Beschäftigten	1.8.16	31.7.15	Veränderung
Künstler u. Künstl.-techn-Pers.	57,5	57,5	0,0
Verwaltungspersonal	10,0	10,0	0,0
Arbeiter	51,8	51,5	0,3
	119,3	119,0	0,3

Der Aufwand betrug TEUR 3.316 für Künstler und BTT –Kräfte und TEUR 3.000 für Beschäftigte nach TVöD. Gesetzliche und tarifvertragliche Sozialaufwendungen beliefen sich auf TEUR 1.449. Im Aufwand für das Künstl. Pers. sind auch Kosten für Gastschauspieler, -Regisseure und –Ausstatter enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31. Juli 2016		31. Juli 2015		Verän-derung
	TEUR	%	TEUR	%	
Unfertige Ausstattungen	31	3,6	11	1,1	20
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2	0,2	4	0,4	-2
Forderungen an die Stadt Oberhausen	23	2,6	250	24,7	-227
Übrige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	657	74,9	246	24,3	411
Kasse / Bank	164	18,7	501	49,5	-337
Gesamtvermögen	877	100,0	1.012	100,0	-135
Rücklagen	72	8,2	61	6,0	11
Gewinn	50	5,7	47	4,7	3
Eigenkapital	122	13,9	108	10,7	14
Sonstige Rückstellungen	427	48,7	468	46,2	-41
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	202	23,0	224	22,1	-22
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	126	14,4	212	21,0	-86
Kurzfristiges Fremdkapital	755	86,1	904	89,3	-149
Gesamtkapital	877	100,0	1.012	100,0	-135

Das **Eigenkapital** entwickelte sich wie folgt:

	01.08.2015	Zuführung	Auflösung	31.07.2016
Eingefordertes gezeichnetes Kapital	0,00	0,00	0,00	0,00
Allg.Rücklage	14.366,02	14.477,12	0,00	28.843,14
Zweckgebundene Rücklage	46.527,61	0,00	3.579,04	42.948,57
Gewinn	46.688,48			
Aufl. zweckgeb.Rücklage		3.579,04		
Einstellung Allg.Rückl.			14.477,12	
Jahresüberschuss		14.328,99	0,00	
Gewinn				50.119,39
	107.582,11	32.385,15	18.056,16	121.911,10

Entwicklung der Rückstellungen:

	01.08.2015	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.07.2016
Instandhaltung der Alarmierungsanlage	80.000,00	59.500,00	0,00	0,00	20.500,00
Zuwendung 13. Gehalt	87.500,00	0,00	0,00	0,00	87.500,00
Jahresabschlussprüfung	23.000,00	23.000,00	0,00	26.000,00	26.000,00
Instandsetzung der Steuerung der Obermaschinerie	157.691,99	145.615,54	12.076,45	0,00	0,00
Übrige	120.207,72	62.698,03	1.602,73	236.511,00	292.417,96
	468.399,71	290.813,57	13.679,18	262.511,00	426.417,96

Risikobericht

Die bestandsgefährdenden Risiken werden regelmäßig im Rahmen des Risikomanagements überprüft. Durch fachlich begleitete Betriebsbegehungen sowie die regelmäßige Wartung und Instandsetzung der Anlagen kann die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls der Anlagen verringert werden. Erst 2012 wurden rd. TEUR 270 zur Sicherstellung der Betriebs- und Arbeitssicherheit der technischen Anlagen aufgewendet. Auch den Folgen Höherer Gewalt (z.B. die Vernichtung eines Teil oder des gesamten Theatergebäudes, der Werkstätten und Probebühnen) wird durch regelmäßige Maßnahmen des Brandschutzes, turnusmäßige TÜV- bzw. Sachverständigenprüfungen und Wartungspläne für die maschinellen Anlagen begegnet.

Den entsprechenden Maßnahmen wird durch ausreichende Vorsorge im Wirtschaftsplan Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz wird durch den Rechtsbereich der Stadt Oberhausen sichergestellt. Auch weniger gravierenden Risiken wird durch angemessene organisatorische Maßnahmen begegnet.

Das Besucherverhalten wird in regelmäßigen Sitzungen analysiert.

Veränderungen des Kommunalen- und des Landeszuschusses unterliegen nicht den Handlungsmöglichkeiten der Theaterleitung.

Prognosebericht

Zur künftigen Entwicklung ist unverändert festzustellen, dass die Lebensfähigkeit des Theaters von der Bezuschussung durch die Stadt Oberhausen abhängig ist. Hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung muss weiterhin auf die äußerst angespannte Haushaltslage der Stadt Oberhausen verwiesen werden. Für das Wirtschaftsjahr 2016/17 liegt ein mit Datum vom 22.06.2015 durch den Rat der Stadt Oberhausen beschlossener Wirtschaftsplan vor, welcher einen städtischen Zuschuss in Höhe von TEUR 8.465 ausweist. Vor diesem Hintergrund gehen wir von einem ausgeglichenen Ergebnis für 2016/17 aus. Auch für 2017/18 wurde der Wirtschaftsplan mit einem städtischen Zuschuss von TEUR 8.605 bereits am 21.11.2016 beschlossen.

Aufgrund des Stärkungspaktes für überschuldete Kommunen (§ 76 GO NRW) ist die Stadt Oberhausen verpflichtet, ab 2012 für zehn Jahre durchschnittlich mindestens 40 Mio. EUR p.a. einzusparen. Nach dem Haushaltssanierungsplan (HSP) 2012ff soll durch massive Einsparungen und Einnahmeverbesserungen bereits 2017 unter Einberechnung der Stärkungspakt-Mittel der Haushaltsausgleich erfolgen. Ab 2021 ist die Stadt verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt ohne Stärkungspakt-Mittel vorzulegen.

Die im HSP 2012ff ausgewiesene Einsparvorgabe für das Theater in Höhe von 2.0 Mio. Euro für den Fall einer Kooperation/Fusion mit einem anderen Theater wurde mit dem HSP 2016 durch Ratsbeschluss vom 16.11.2015 aufgehoben und durch einen Prüfauftrag ersetzt.

Gemäß HSP 2013 ff hält der Rat der Stadt weiterhin die Existenz der städtischen Bühnen für unverzichtbar. Das Theater hat in der Zeit von 2008 bis heute rd. 1.100 TEUR jährlich eingespart. Diese Vorgaben waren ohne eine grundsätzliche Gefährdung des Theaterbetriebes umsetzbar. Darüber hinausgehende Einsparmaßnahmen würden allerdings die Fortführung des Theaters in seiner jetzigen Form mit Sicherheit infrage stellen.

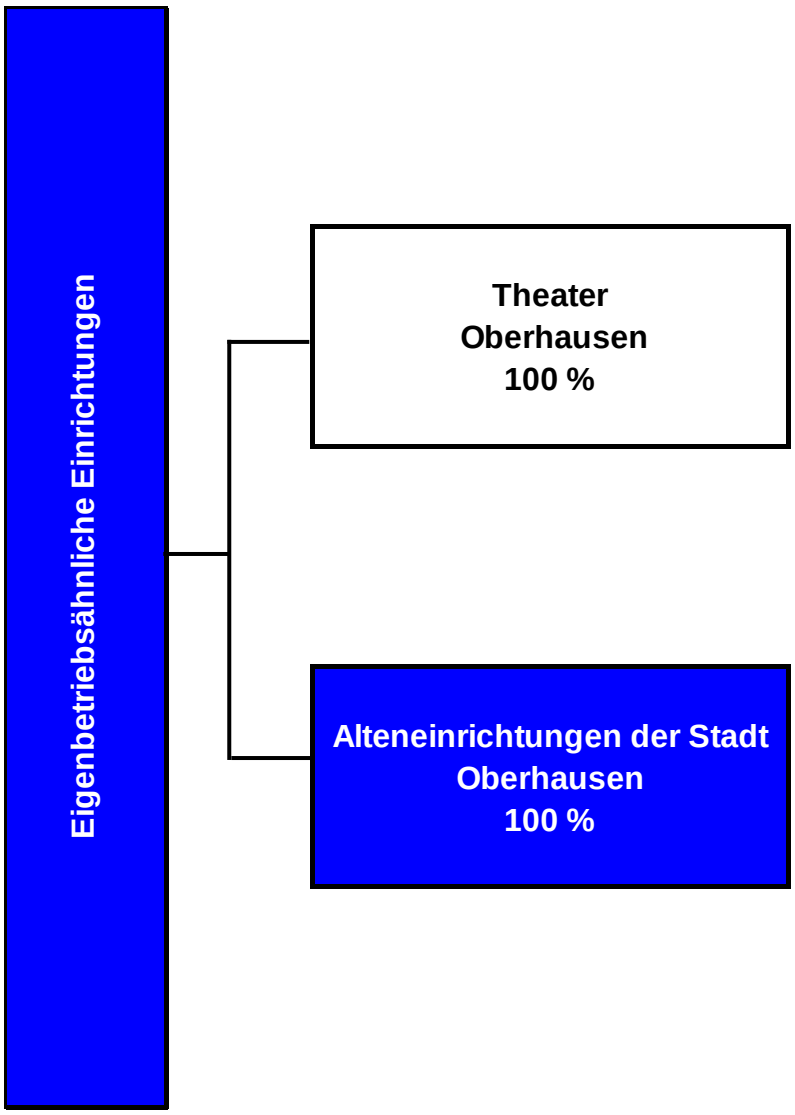
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben

Oberhausen, 21.Januar 2017

Theater Oberhausen

Peter Carp / Jürgen Hennemann
Betriebsleitung


Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
Theater Oberhausen 100 %
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 100 %

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/6911
Fax	0208/691770
e-Mail	udo.spiecker@oberhausen.de
Internet	www.aso-ggmbh.de

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in T€: 1.789,52

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Oberhausen	1.789,52	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen ist die vermögens-rechtliche Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und stationären Pflege in der Regel alter Menschen (Personenkreis im Sinne des § 53 der Abgabenordnung).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
Diverse	Mietverträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2016)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Spiecker, Udo
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Oberste-Kleinbeck, Kirsten
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Brands, Beatriks
	Mitglied	Breuckmann, Ludgerus
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Hansen, Heike
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Kösling, Anja
	Mitglied	Lampe, Siegfried
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Matzat, André
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Pascheberg, René
	Mitglied	Pusch, Jörg
	Mitglied	Radtke, Dorothee
	Mitglied	Runkler, Hans-Otto
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Tscharke, Hans Josef
	Mitglied	Walther, Andrea-Cora
	Mitglied	Werner, Yannah
	stellv. Mitglied	Albrecht-Mainz, Elia
	stellv. Mitglied	Derksen, René
	stellv. Mitglied	Hake, Michael
	stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	stellv. Mitglied	Kirsten, Hildegard
	stellv. Mitglied	Köhler, Hans-Jürgen
	stellv. Mitglied	Laß, Heike
	stellv. Mitglied	Paß, Eugen
	stellv. Mitglied	Prakken, Jolanta
	stellv. Mitglied	Rubin, Dirk
	stellv. Mitglied	Rudl, Rainer
	stellv. Mitglied	Sahin, Bülent
	stellv. Mitglied	Sporkmann, Bernhard
	stellv. Mitglied	Stelzer, Johannes
	stellv. Mitglied	Werdelmann, Andreas
	stellv. Mitglied	Wesely, Kai
	stellv. Mitglied	Wolter, Horst
	stellv. Mitglied	Wolter, Marita
	stellv. Mitglied	M.d.L. Zimkeit, Stefan
	stellv. Mitglied	Kaiser, Manuela
	stellv. Mitglied	Schadt, Stefanie
	stellv. Mitglied	Simmuteit, Ralf
	stellv. Mitglied	Weirich, Detlef († 03.03.2017)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2014		2015		2016		Veränder-ungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	24.130,53	88,8	23.333,15	89,0	22.572,92	88,8	-760,23	-3,26
Umlaufvermögen	3.050,11	11,2	2.873,88	11,0	2.853,82	11,2	-20,06	-0,70
Bilanzsumme	**27.180,64**	**100,00**	**26.207,03**	**100,00**	**25.426,75**	**100,00**	**-780,28**	**-2,98**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.482,19	20,2	5.575,16	21,3	5.792,87	22,8	217,71	3,91
Sonderposten mit Rücklagenanteil	515,38	1,9	496,98	1,9	484,14	1,9	-12,84	-2,58
Rückstellungen	171,43	0,6	130,70	0,5	119,41	0,5	-11,29	-8,64
Verbindlichkeiten	21.011,65	77,3	20.004,19	76,3	19.030,33	74,8	-973,86	-4,87
Bilanzsumme	**27.180,64**	**100,00**	**26.207,03**	**100,00**	**25.426,75**	**100,00**	**-780,28**	**-2,98**

bb) GuV

	2014	2015	2016
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	2.247,16	2.217,27	2.302,66
sonstige betriebliche Erträge	107,98	20,83	19,15
Abschreibungen	916,12	929,49	915,72
sonstige betriebliche Aufwendungen	450,65	511,81	518,29
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,65	0,30	0,16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	716,01	683,34	649,47
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	274,01	113,76	238,48
sonstige Steuern	19,16	20,78	20,78
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	254,85	92,98	217,71
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	254,85	92,98	217,71

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,34	4,19	9,45	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,88	1,70	3,90	%
Cash-Flow:	1.170,98	1.022,47	1.133,43	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	#DIV/0	#DIV/0	#DIV/0	T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,78	89,03	88,78	%
Eigenkapitalquote:	20,17	21,27	22,78	%
Fremdkapitalquote:	79,83	78,73	77,22	%

e.) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Der ASO-Verbund

Der ASO-Verbund besteht aus den beiden privatrechtlichen Gesellschaften „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ und „ASO Service GmbH“ sowie aus der öffentlichrechtlichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“.

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Entsprechend der aktuellen Betriebssatzung vom Juni 2015 liegt der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung in der vermögensrechtlichen Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und der stationären Pflege in der Regel alter Menschen. Der Zweck der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt somit nicht im operativen Bereich der pflegerischen Dienstleistungspalette, sondern in der eigenen Vermögensverwaltung.

Organe der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sind gemäß Eigenbetriebsverordnung und Betriebssatzung der Betriebsausschuss und der Betriebsleiter. Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden von den Mitgliedern des Sozialausschusses wahrgenommen. Betriebsleiter ist Herr Udo Spiecker.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks- und Gebäudekomplexe an der Elly-Heuss-Knapp-Straße und an der Siepenstraße 30 richtet sich zunächst nach den beiden Pachtverträgen, die am 20. Juni 2002 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen für eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bausubstanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um sogenannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen.

Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind, wie bereits vor Gründung der ASO gGmbH im Jahre 2001, über die vermögensverwaltende eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum).

Der sich auf die Grundstücke und Gebäudekomplexe an der Elly-Heuss-Knapp-Straße beziehende Pachtvertrag vom 20. Juni 2002 wurde am 22.12.2006 dahingehend redaktionell verändert, dass eindeutig klargestellt wurde, dass Sonderabschreibungen von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung getragen werden müssen und nicht in den von der ASO gGmbH zu tragenden Pachtzins einbezogen werden können.

Durch eine weitere Änderung des Pachtvertrages vom 22.12.2006 wurde die zum „Haus Bronkhorstfeld“ gehörende Grundstücksfläche und die zu ihm gehörende Gebäudesubstanz aus der Pachtzinsberechnung vom 20.06.2002 herausgelöst und insoweit auf die besonderen Regelungen des Pachtvertrages vom 22.12.2006 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH für das neu errichtete „Haus Bronkhorstfeld“ verwiesen.

Nach vorangegangener Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss wurde hinsichtlich der Elly-Heuss-Knapp-Straße gelegenen Grundstücke und Gebäudekomplexe im Juli 2009 die dritte Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 vertraglich vereinbart. Danach wurde die bislang im Wesentlichen mit Haus II bebaute Grundstücksfläche ausparzelliert und besonderen vertraglichen Regelungen unterworfen.

Diese sehen für diese Teilfläche eine Pachtdauer von 50 Jahren vor, verpflichteten den ASO Eigenbetrieb als Verpächterin zum Abriss der auf der Teilfläche befindlichen Gebäudesubstanz und berechtigen die ASO gGmbH als Pächterin, die überlassene Fläche zu satzungsgemäßen Zwecken zu nutzen, insbesondere zu bebauen und an Dritte weiterzuverpachten. Der Pachtzins setzt sich zusammen aus einem einmaligen Zuschuss für den vom ASO Eigenbetrieb zu tragenden Abriss von Haus II (in 2010) und dauerhaft jährlichen Zuschüssen in Höhe der noch auf Haus II liegenden jährlichen Darlehensverpflichtungen.

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur der Elly-Heuss-Knapp-Straße

Mit dem Abriss von Haus II des aus Haus I und Haus II bestehenden „Haus am Brunnen“ und der im Juli 2009 vereinbarten dritten Änderung des Pachtvertrages vom 20.06.2002 sollten die Voraussetzungen für die Errichtung eines Ersatzneubaus geschaffen werden. Dieser sollte entsprechend der Ratsentscheidung aus Februar 2009 auf der Abrissfläche errichtet werden, und zwar über die ASO gGmbH.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen wurden jedoch von dieser die mit dem Bau gegebenenfalls verbundenen Risiken als zu hoch eingeschätzt, so dass der Aufsichtsrat der ASO gGmbH sich im Dezember 2009 für die Alternative des Wirtschaftsplans 2010 entschieden hatte, die den ursprünglich geplanten Neubau nicht mehr vorsah. Die abschließende Entscheidung durch die politischen Gremien wurde im Frühjahr 2010 getroffen. Der Rat der Stadt beschloss am 03.05.2010, von dem ursprünglich geplanten Ersatzneubau abzusehen und den Heimbetrieb im „Haus am Brunnen“ (Haus I) spätestens bis zum Ablauf der von Feuerwehr und Bauordnung akzeptierten Übergangsfrist (30.06.2011) einzustellen.

Zugleich wurde vom Rat beschlossen, nach Einstellung des Heimbetriebs das „Haus am Brunnen“ abzureißen und die mit dem Abriss verbundenen Kosten von der ASO gGmbH tragen zu lassen. Ferner wurde diese verpflichtet, auch die auf dem Haus noch liegenden Darlehensverpflichtungen ebenfalls dauerhaft auch nach dem Abriss zu tragen.

Der Rat der Stadt und der ASO-Aufsichtsrat hatten sich nicht nur gegen den Ersatzneubau, sondern auch dafür ausgesprochen, für die durch den Abriss von „Haus am Brunnen“ frei werdende Fläche Nutzungsalternativen unter der Prämisse Wohnen, Betreuen und Versorgen älterer Menschen zu erarbeiten. Zugleich wurde der Geschäftsführer der ASO gGmbH von deren Aufsichtsrat beauftragt, mit der Stadt Oberhausen als Grundstückseigentümerin Kaufverhandlungen hinsichtlich der für die Bebauung notwendigen Fläche aufzunehmen. Darüber hinaus sollte die Frage des Erhalts des Saales an der Elly-Heuss-Knapp-Straße bzw. der damit verbundene Kostenaufwand über das Architekturbüro Dr. Schramm-Fronemann Partner, Gelsenkirchen, geklärt werden.

Auf der Grundlage der abgearbeiteten Prüfaufträge wurden von der Stadt als Eigentümerin und der ASO gGmbH folgende Entscheidungen in 2011 getroffen:

- Der Saal an der Elly-Heuss-Knapp-Straße soll nicht abgerissen, sondern neu gestaltet werden.
- Auf der durch den Abriss vom „Haus am Brunnen“ frei werdenden Fläche sollen zwei sich gegenüberliegende Gebäude mit 30 bzw. 28 Wohnungen errichtet werden. Die Wohnungen verteilen sich auf jeweils 3 Geschosse zuzüglich Staffelgeschoss. In den beiden Staffelgeschossen sollen pro Gebäude 4 frei finanzierte Wohnungen entstehen, während die übrigen 50 Wohnungseinheiten mit öffentlichen Fördergeldern errichtet werden sollen.
- Die für den Neubau benötigte Grundstücksfläche wird ebenso wie die auf den Saal entfallende Fläche an die ASO gGmbH veräußert.
- Die mit dem Abriss von „Haus am Brunnen“ verbundenen Kosten sind von der ASO gGmbH zu tragen.

Am Ende des Jahres 2011 stand fest, dass das von der ASO gGmbH geplante Projekt auch die beantragte öffentliche Förderung erfahren würde, so dass die Realisierung des Bauvorhabens und eine dauerhafte adäquate Folgenutzung der fraglichen Grundstücksfläche gewährleistet sein würden. Der Grundstückskaufvertrag wurde im September 2011 geschlossen, die Eigentumsumschreibung von der Stadt auf die ASO gGmbH erfolgte im Juli 2012. Ende 2012 wurde mit dem Bau der beiden Häuser an der Elly-Heuss-Knapp-Straße 5 und 5 a begonnen. Im Juli 2014 waren alle Wohnungen bezogen.

2. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

Erneuerung des Fernwärmenetzes im Elly-Heuss-Knapp-Quartier

Der Sozialausschuss als Betriebsausschuss hatte im April 2015 entschieden, von der geplanten Erneuerung des Fernwärmenetzes für die an der Elly-Heuss-Knapp-Straße gelegenen „Bungalows" zunächst abzusehen und statt neuer Fernwärmeleitungen zum Zwecke der Erprobung vier „Bungalows" mit sog. SplitLuft/WasserWärmepumpen auszustatten, die installierten Anlagen im Laufe der Heizperiode 2015/2016 energetisch zu verfolgen und erst nach Auswertung der Erfahrungen abschließend zu entscheiden, ob auch die anderen Gebäude entsprechend ausgerüstet werden sollen.

Unerwartet legte der örtliche Energieversorger im Mai des Berichtsjahres ein Angebot vor, das im Wesentlichen eine Verpflichtung der EVO vorsah, auf eigene Kosten das komplette Fernwärmenetz zu erneuern, zu warten und in Stand zu halten. Als Gegenleistung müsste sich der ASO Eigenbetrieb verpflichten, für einen Zeitraum von15 Jahren einen Fernwärmelieferungs-Sondervertrag mit Individualpreisregelung abzuschließen. Die damit verbundenen Gesamtkosten lagen weit unter den Kosten, die sonst in die Wärmepumpen hätten investiert werden müssen. Der Betriebsausschuss beschloss daher im Juni, das EVO-Angebot anzunehmen und von einer Installation weiterer Wärmepumpen abzusehen. Ende 2016 wurde mit den Erdarbeiten begonnen, mit einem Abschluss wird etwa Mitte 2017 gerechnet.

Brandschutzmaßnahmen innerhalb von Haus III des Louise-Schroeder-Heims

Im Interesse der im Haus III lebenden Betagten wurde zu Beginn des Berichtsjahres eine umfassende Überprüfung des dortigen Brandschutzes vorgenommen und unter Beteiligung eines Architekten, eines Brandschutzsachverständigen sowie der zuständigen Behörden ein Maßnahmenkatalog erarbeitet. Die Umsetzung der dort festgelegten brandschutzmäßigen Ertüchtigung sollte u.a. sicherstellen, dass der Heimbetrieb im Bereich von Haus III zumindest für einen Zeitraum von etwa drei Jahren noch aufrechterhalten werden kann. Bis dahin sollte entweder dieser Gebäudetrakt modernisiert oder durch einen Neubau ersetzt werden. Im Berichtsjahr konnten die meisten Maßnahmen bereits realisiert werden. Mit einem Abschluss wird im zweiten Quartal 2017 gerechnet. Aus Sicht der Betriebsleitung war erfreulich, dass der Kostenaufwand erheblich unter dem Betrag gelegen hatte, mit dem zunächst gerechnet worden war. Seitens der Pächterin wird allerdings darauf hingewiesen, dass die vom Eigenbetrieb veranlassten Maßnahmen die betrieblichen Arbeitsabläufe erheblich beeinträchtigen und darüber hinaus auch die wohnliche Atmosphäre belasten.

Entscheidung des Rates zugunsten eines Ersatzneubaus

In den zurückliegenden Berichtsjahren wurde bereits auf die Notwendigkeit einer strategischen Neuausrichtung der zum Louise-Schroeder-Heim gehörenden Gebäudesubstanz hingewiesen. Auf Grundlage der bereits vorliegenden Schwachstellenanalyse wurde im Berichtsjahr geprüft, wie am effektivsten auf die benannten Schwachstellen reagiert und dem Auslastungsproblem der Pächterin begegnet werden kann. Der Fokus der Überlegungen richtete sich dabei auf Haus III, denn dieser Gebäudeteil dürfte ab August 2018 ohne umfassende Modernisierung und Ertüchtigung des Brandschutzes nicht mehr als stationäre Pflegeeinrichtung genutzt werden. Von besonderer Bedeutung für die strategische Neuausrichtung war, dass nach dem von der Stadtverwaltung erstellten Gutachten zwar aktuell ein Überangebot an stationären Pflegeplätzen in Oberhausen besteht, es sich aber abzeichnet, dass bereits in vier Jahren der stationäre Bedarf auf Grund der vorhersehbaren Entwicklung wieder steigen wird. Ein theoretisch denkbarer Abbau aller im Haus III vorgehaltenen 118 Plätze würde dazu führen, dass in Oberhausen dann keine ausreichende stationäre Infrastruktur mehr gegeben wäre. Aus diesem Grunde spricht sich das Gutachten gegen eine kompensationsfreie vollständige Aufgabe von Haus III bzw. der dort bestehenden 118 Plätze aus. Darüber hinaus wäre diese Option für die Pächterin nur mit Kündigungen aller Heimverträge und mit betriebsbedingten Kündigungen von ca. 60 ASO-Beschäftigten zu realisieren gewesen. Schon wegen der insoweit nicht gewollten sozialen Konsequenzen wurde diese Option nicht weiter verfolgt, sondern die strategische Neuausrichtung durch die verbliebenen beiden Optionen „Modernisierung" oder „Ersatzneubau" untersucht. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der denkbaren Alternativen sahen Verwaltung der Stadt Oberhausen, Betriebsleitung des ASO-Eigenbetriebs und Geschäftsführung der ASO gGmbH in dem Ersatzneubau die zukunftsorientiertere Lösung und schlugen deshalb dem Rat der Stadt die Errichtung eines Ersatzneubaues mit 80 Plätzen vor. Diesem Vorschlag ist der Rat am 21.11.2016 gefolgt.

Insgesamt sprachen folgende Überlegungen für die Errichtung des Ersatzneubaus:

- Anerkennung und volle Refinanzierung der Investitionskosten für den Ersatzneubau mit 80 Plätzen im Umfang von ca. 8,256 Mio. Euro (1.947,24 x 53 qm x 80).
- Der Ersatzneubau würde die modernste Einrichtung am Oberhausener Pflegemarkt sein und allen Anforderungen gerecht, die an eine zukunftsfähige stationäre Einrichtung gestellt würden.
- Gesonderte Versorgungsverträge für den Ersatzneubau und für die bestehende Altsubstanz (Haus II); diese ermöglichen:
- Die „refinanzierte" Reduzierung der Doppelzimmer (von bisher 37 um 17) durch Umsetzung der gesetzlichen Notwendigkeit der 80/20-Einzelzimmerquote im Haus II.
- Eine evtl. refinanzierbare Anpassung der „Altsubstanz" von Haus II an ein neues zukunftsorientiertes Pflege-/Wohngruppenkonzept.

- Eine wahrscheinlich dauerhafte Lösung der Auslastungsproblematik des Louise-Schroeder-Heims durch voraussichtlich höhere Auslastung im Haus II und gute bis sehr gute Auslastung im Ersatzneubau.
- Erhalt und Sicherung der ASO-Arbeitsplätze.
- Erhalt einer wirtschaftlich sinnvollen Zahl an stationären Pflegeplätzen bzw. weitere Sicherung der stationären pflegerischen Infrastruktur.
- Flächengewinn für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Quartiers im Verbund mit betreutem Wohnen, ambulanter Pflege sowie teilstationärer und vollstationärer Pflege.

Bis zur Fertigstellung des Ersatzneubaus bzw. bis zum Bezug des neuen Gebäudes müsste durch die Verwaltung geklärt werden, ob Haus III abgerissen oder einer anderen Verwendung zugeführt werden kann. Die durch einen Abriss freigemachten Flächen könnten einer neuen Nutzung zugeführt werden.

Europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen für den Ersatzneubau

Eine rechtliche Prüfung hatte zu dem Ergebnis geführt, dass die Planungsleistungen für den vom Rat beschlossenen Ersatzneubau zwingend europaweit ausgeschrieben werden müssen. Das Vergabeverfahren konnte zwar auf Grund einer Dringlichkeitsentscheidung noch im Dezember des Berichtsjahres eingeleitet werden, dürfte aber erst im April 2017 zur abschließenden Auftragserteilung führen.

3. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2016 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 218 T€ (Vorjahr 93 T€).

Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 84 T€ von 2.219 T€ auf 2.303 T€ und entfallen dabei im Wesentlichen auf die Mieterlöse von der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH mit 2.286 T€ (Vorjahr 2.205 T€) sowie Mieterlösen von Dritten mit 13 T€.

Die Abschreibungen sind um 13 T€ auf 916 T€ gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 7 T€ auf 519 T€ angestiegen (Vorjahr 512 T€). Hierbei erhöhten sich der Bedarf an Instandhaltungen sowie die Versicherungssummen und die damit verbundenen Beitragssätze.

Das Finanzergebnis verbesserte sich tilgungsbedingt um 34 T€ auf -649 T€.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag nicht gedeckt. Die Unterdeckung hat sich um 47 T€ von 2.538 T€ auf 2.491 T€ verbessert.

Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist zum Vorbilanzstichtag mit 79 % gegenüber dem Vorjahr unverändert (Vorjahr 79 %).

Die Liquidität II. Grades ist auf 1.655 T€ (Vorjahr 1.718 T€) gesunken und deckt den Finanzierungsbedarf im betrieblichen Bereich 9,4 Monate (Vorjahr 9,6 Monate).

4. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2016 bis zur Aufstellung dieses Lageberichtes in 2017 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Eigenbetriebes.

5. Risikobericht

Die zur eigenbetriebsähnlichen Einrichtung gehörende Gebäudesubstanz ist ausschließlich und langfristig an die ASO gGmbH verpachtet. Der bislang vereinbarte Pachtzins hatte in den zurückliegenden 15 Jahren sichergestellt, dass die gesamten Erstellungskosten in vollem Umfange refinanziert werden konnten. Wegen des vertraglichen Konstruktes bzw. wegen der engen rechtlichen Verflechtung von eigenbetriebsähnlicher Einrichtung und der ASO gGmbH muss im Rahmen dieses Risikoberichts auf die finanzielle Situation der Pächterin hingewiesen werden. Diese wurde auch im Berichtsjahr erneut durch eine unzureichende Vermarktungssituation des Louise-Schroeder-Heims belastet. Der Grund liegt vor allem in den baulichen Gegebenheiten dieses größten Oberhausener Pflegeheims, das im Gegensatz zu neuen Einrichtungen über einen sehr hohen Doppelzimmeranteil verfügt. Auf die rückläufigen Auslastungsquoten und die damit verbundenen Belastungen des Betriebsergebnisses der Pächterin wird jedoch durch den beschlossenen Ersatzneubau und die ebenfalls beschlossene Modernisierung von Haus II einschl. Abbau von Doppelzimmern effektiv und nachhaltig eingegangen. Beide Maßnahmen entsprechen der Erwartung der Pächterin, seitens der Verpächterin bzw. seitens des ASO Eigenbetriebs auch an der Siepenstraße ein Pachtobjekt zur Verfügung gestellt zu bekommen, das eine zukunftsfähige stationäre Pflege ermöglicht und die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, um im örtlichen Wettbewerb bestehen zu können. Bis zum Abschluss der geplanten Baumaßnahmen werden aber selbst bei problemfreiem Verlauf mindestens drei Jahre vergehen, so dass die Pächterin frühestens wieder ab 2020/2021 positive Jahresergebnisse erzielen dürfte. Seitens der Verpächterin wird nicht daran gezweifelt, dass die Pächterin wieder an die frühere erfolgreiche Geschäftsentwicklung anknüpfen wird und der ASO Verbund sich am Markt behaupten kann. Eine Stärkung des Verbundes erhofft sich die Betriebsleitung nicht zuletzt auch aus der Ratsentscheidung vom November 2016, dass ein Teil des bislang vom ASO Verbund aufzubringenden Schuldendienstes für verschiedene Darlehen u.U. von der Stadt übernommen wird.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass trotz des für die Pächterin schwierigen Berichtsjahres keine bestandsgefährdenden Risiken zu erkennen sind.

6. Prognosebericht

Die Betriebsleitung ist zuversichtlich, dass durch die vom Rat der Stadt im Jahr 2016 vorgenommene Weichenstellung für das Louise-Schroeder-Heim die Grundlage für eine finanziell positive Entwicklung der ASO gGmbH und damit des gesamten ASO Verbundes getroffen worden ist. Notwendig ist es jedoch, ergänzend auch dem Anliegen der ASO gGmbH Rechnung zu tragen und deren Belastung durch den zzt. noch bestehenden Pachtvertrag an die sich seit Abschluss des Vertrages veränderten Situation anzupassen.

Oberhausen, 29. März 2017

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

Udo Spiecker
Betriebsleiter

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Stand 31.07.2017)

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlungen, Gesellschafterversammlungen

	Bevollmächtigte/r der STOAG	Bongers, Sonja	Flore, Manfred	Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH	Geschäftsführung der FSO Verwaltungs- GmbH	Geschäftsführung der STOAG	Lichtenheld, Frank	Middendorf, Michael	Motschull, Frank	Münich, Elke	Overkamp, Werner	Schmidt, Jürgen	Schranz, Daniel	Tsalastras, Apostolos	Vorstand der evo AG	Willecke, Thomas
ASO gGmbH										X						
ASO Service										X						
BFO										X						
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG				X												
Biostrom Oberhausen Management GmbH															X	
d-NRW								X								
ecce GmbH							X									
ENO														X		
evo						X										
FMR																
FSO GmbH & Co.KG	X				X											
FSO Verwaltungs- GmbH	X															
Gasometer														X		
GMVA													X			
IKF														X		
KSBG															X	
KSBG Kommunale Verw. GmbH															X	
LAH														X		
Lokalfunk														X		
Lokalfunk Verw. mbH														X		
OB-Netz															X	
OGM													X			
OVP											X					
OWT														X		
PBO											X					
Quantum															X	
RWE Aktiengesellschaft	X															
RW Holding	X															
RWW			X													
STOAG		X														
strasserauf GmbH															X	
TZU														X		
VKA													X			
VZO												X				
Werkbundsiedlung Am Ruhrufer																X
WBO													X			

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Aufsichtsräten u. ä.

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	FMR	GMVA	IKF	LAH	OGM	OWT	PBO	Revierpark (Beirat)	SSO	STOAG	WBO
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)		X				(X)			X	X				
Arlt, Gerd								X								
Axt, Birgit															X	
Axt, Norbert					X		(X)									
Bandel, Frank							X									
Barwanietz, Thomas								X								
Bennewa, Helmut	X	X						(X)								
Benter, Christian								(X)						X		
Beulshausen, Andreas	(X)	X														
Bischoff, Jörg											X					
Blanke, Andreas																X
Bohnes, Frank	X															
Bongers, Sonja	X	X						(X)	X							X
Boos, Regina				X							X					
Brands, Beatriks	X	X														
Breuckmann, Ludgerus	X	X														
Brodrick, Helmut								X								
Broß, Klaus Dieter					X			X	X					(X)		
Bruckhoff, Peter									X							
Cordes, Hubert								X		X				(X)		
Derksen, René	(X)	(X)						X								
Dilly, Mark										X						
Dittmeyer, Jürgen								X								
Dröhne, Manuel								X								
Dubbert, Karin	X	X						X								
Emmerich, Karl-Heinz					X											X
Flecken, Sebastian								(X)								
Flore, Manfred								X		X				X		
Gäng, Thomas				X												
Girrullis, Sebastian	X	X														
Gödderz, Sandra								X			X			(X)		
Goeke, Martin														(X)		
Gohlke, Klaus		(X)														
Große Brömer, Wolfgang				X			X				X	X		X		
Hake, Michael	(X)	(X)														

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	FMR	GMVA	IKF	LAH	OGM	OWT	PBO	Revierpark (Beirat)	SSO	STOAG	WBO
Haller, Thomas								(X)								
Hansen, Heike	X	X														
Hausmann-Peters, Gundula	(X)	(X)														
Hoff, Marc									X							
Holstein, Friedhelm								(X)								
Höppner, Chris								(X)								
Hüttemann, Claudia								X								
Ilhan, Nuran								(X)								
Ingendoh, Holger											X					
Jacobs, Silke					X									(X)		
Kamps, Jochen	X	X														
Karacelik, Yusuf										X						
Karschti, Albert														X		
Kauenhowen, Eva								X								
Kirsten, Hildegard	(X)	(X)														
Koch, Lühr Otto Werner Klaus														X		X
Kocks, Sandra								(X)								
Köhler, Hans-Jürgen	(X)	(X)						X	X							
Kösling, Anja	X	X						(X)								
Köster, Volker								X								
Krey, Thomas													X			
Lampe, Siegfried	X	X														
Laß, Heike	(X)	(X)														
Lauxen, Sabine							(X)									X
Lenz, Eugen	X	X														
Lepges, Gerd								X								
Lösken, Kathrin	X	X														
Luchmann, Volker								(X)								
Marx, Petra											X					
Matzat, André	(X)	(X)														
Mersmann, Ingo								X								
Mertens, Ursula								(X)								
Motschull, Frank							X						X			
Müthing, Christa							(X)					X		(X)	X	
Nakot, Werner										X				(X)		
Nowak, Annemarie								(X)								
Nowak, Werner															X	

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	FMR	GMVA	IKF	LAH	OGM	OWT	PBO	Revierpark (Beirat)	SSO	STOAG	WBO
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	X				X									X	
Ohletz, Horst			X													
Opitz, Stefanie	X	X														
Osmann, Denis															X	
Pascheberg, René	X	X						(X)								
Paß, Eugen	(X)	(X)														
Prakken, Jolanta	(X)	(X)														
Preißler, Lydia	(X)	(X)						(X)								
Pusch, Jörg	X	X														
Radtke, Dorothee	X	X						(X)	X					(X)		
Real, Ulrich															X	
Röpell, Armin										X						
Rubin, Dirk	(X)	(X)														X
Rudl, Rainer	(X)	(X)														
Runkler, Hans-Otto	X	X								X				X	X	
Sahin, Bülent	(X)	(X)						X								
Schadt, Stefanie	(X)	(X)														
Scheffler, Stefan															X	
Schmidt, Georgis								X								
Schmidt, Jürgen										X						
Schranz, Daniel				X	X						X	X		X		
Schucker, Rainer								(X)								
Schuler, Anne								(X)								
Schuler, Immanuel																X
Sporkmann, Bernhard	(X)	(X)														
Stehr, Simone Tatjana								(X)		X						
Stelzer, Johannes	(X)	(X)														
Stöck, Gerold								(X)								
Telli, Ercan	X	X						X								
Tonn, Gaby	(X)	(X)														
Tsalastras, Apostolos															X	
Tscharke, Hans Josef	X	X		X				X						X		
Tüzün, Saadettin								(X)			X					
Walther, Andrea-Cora	X	X						X						(X)		
Werdelmann, Andreas	(X)	(X)														
Werner, Yannah	X	X														

	ASO gGmbH	BFO	CVUA-RRW	ENO	evo	FMR	GMVA	IKF	LAH	OGM	OWT	PBO	Revierpark (Beirat)	SSO	STOAG	WBO
Wesely, Kai	(X)	(X)														
Willecke, Thomas									X							
Willing-Spielmann, Ulrike	X	X						(X)								X
Wissing, Matthias													X			
Wittmann, Regina				X								X		X		
Wolter, Horst	(X)	(X)						(X)						X		
Wolter, Marita	(X)	(X)						X							X	
Wrobel, Hans-Günter								X								
Zimkeit, Stefan	(X)	(X)								X						

X Mitglied
(X) stellvertretendes Mitglied
Vertreter/in gemäß § 113 (2) GO

Besetzung der Betriebsausschüsse

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Albrecht-Mainz, Elia	(X)	(X)
Arlt, Gerd		X
Barwanietz, Thomas		X
Bennewa, Helmut	X	(X)
Benter, Christian		(X)
Bongers, Sonja	X	(X)
Brands, Beatriks	X	
Breuckmann, Ludgerus	X	
Brodrick, Helmut		X
Broß, Klaus Dieter		X
Cordes, Hubert		X
Derksen, René	(X)	X
Dittmeyer, Jürgen		X
Dröhne, Manuel		X
Dubbert, Karin	X	X
Flecken, Sebastian		(X)
Flore, Manfred		X
Girrullis, Sebastian	X	
Gödderz, Sandra		X
Hake, Michael	(X)	
Haller, Thomas		(X)
Hansen, Heike	X	
Hausmann-Peters, Gundula	(X)	
Holstein, Friedhelm		(X)
Höppner, Chris		(X)
Ilhan, Nuran		(X)
Kamps, Jochen	X	
Kauenhowen, Eva		X
Kirsten, Hildegard	(X)	
Köhler, Hans-Jürgen	(X)	X
Kösling, Anja	X	(X)
Köster, Volker		X
Lampe, Siegfried	X	
Laß, Heike	(X)	
Lenz, Eugen	X	
Lepges, Gerd		X
Lösken, Kathrin	X	
Luchmann, Volker		(X)
Matzat, André	(X)	

	ASO Eigenbetrieb	Theater Oberhausen
Mersmann, Ingo		X
Mertens, Ursula		(X)
Nowak, Annemarie		(X)
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	X	
Opitz, Stefanie	X	
Pascheberg, René	X	(X)
Paß, Eugen	(X)	
Prakken, Jolanta	(X)	
Preißler, Lydia	(X)	(X)
Pusch, Jörg	X	
Radtke, Dorothee	X	(X)
Rubin, Dirk	(X)	
Rudl, Rainer	(X)	
Runkler, Hans-Otto	X	
Sahin, Bülent	(X)	X
Schadt, Stefanie	(X)	
Schmidt, Georgis		X
Schucker, Rainer		(X)
Schuler, Anne		(X)
Sporkmann, Bernhard	(X)	
Stehr, Simone Tatjana		(X)
Stelzer, Johannes	(X)	
Stöck, Gerold		(X)
Telli, Ercan	X	X
Tonn, Gaby	(X)	
Tscharke, Hans Josef	X	X
Tüzün, Saadettin		(X)
Walther, Andrea-Cora	X	X
Werdelmann, Andreas	(X)	
Werner, Yannah	X	
Wesely, Kai	(X)	
Willing-Spielmann, Ulrike	X	(X)
Wolter, Horst	(X)	(X)
Wolter, Marita	(X)	X
Wrobel, Hans-Günter		X
Zimkeit, Stefan	(X)	

X Mitglied
(X) stellvertretendes Mitglied

Vergütungsbericht 2016

(tlw. gerundet)

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Spiecker, Udo	Geschäftsführer	140.000,00
ASO Service GmbH		
Geschäftsführung		
Spiecker, Udo	Geschäftsführer	3.000,00
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Kawicki, Achim	Geschäftsführer	6.000,00
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)		
Vorstand		
Dr. Horn, Detlef	Vorsitzender	79.153,78
Pöll, Reiner		79.835,50
ecce - european centre for creative economy GmbH		
Geschäftsführung		
Prof. Gorny, Dieter	Geschäftsführer	79.392,32
evo Energieversorgung Oberhausen AG		
Aufsichtsrat		
Schranz, Daniel	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 (	8.581,73
Böddeling, Bernd	1. stellv. Vorsitzender	1.918,27
Dr. Schröder, Achim	1. stellv. Vorsitzender	8.834,14
Wehling, Klaus	1. stellv. Vorsitzender	2.877,40
Püttmann, Uwe	2. stellv. Vorsitzender (AN)	7.875,00
Axt, Norbert	Mitglied	5.250,00
Broß, Klaus Dieter	Mitglied	5.250,00
Dr. Glimpel, Thomas	Mitglied	5.250,00
Dr. Schulte, Franz-Josef	Mitglied	5.250,00
Emmerich, Karl-Heinz	Mitglied	5.250,00
Jacobs, Silke	Mitglied	3.346,15
Rauhut, Diana	Mitglied	3.346,15
Reichardt, Jürgen	Mitglied	5.250,00
Ludwig, Andreas	Mitglied (AN)	5.250,00
Michel, Ralf	Mitglied (AN)	5.250,00
Neuhaus, Jürgen	Mitglied (AN)	5.250,00
Tirbs, Markus	Mitglied (AN)	5.250,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
Vorstand		
Gieske, Hartmut	Mitglied	282.518,69
Homberg, Bernd	Mitglied	258.403,62

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH

Aufsichtsrat		
Wichert, Udo	Vorsitzender	1.800,00
Dr. Heidinger, Michael	stellv. Vorsitzender	1.800,00
Buchmann, Jürgen	Mitglied	1.800,00
Dr. Kalkühler, Kathrin	Mitglied	1.800,00
Dr. Schiele, Ralf	Mitglied	1.800,00
Gieske, Hartmut	Mitglied	1.800,00
Homberg, Bernd	Mitglied	1.800,00
Klement, Roland	Mitglied	0,00
Manderfeld, Markus	Mitglied	1.650,00
Wansing, Heinz	Mitglied	1.800,00
Geschäftsführung		
Döking, Thomas Josef	Geschäftsführer	0,00
Engel, Michael	Geschäftsführer	0,00
Dr. Spindler, Klaus	Sprecher	0,00

Gasometer Oberhausen GmbH

Geschäftsführung		
Schmitz, Jeanette	Geschäftsführerin	99.341,99

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

Geschäftsführung		
Dr. Gass, Lars Henrik	Geschäftsführer	98.300,89

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

Aufsichtsrat		
Kufen, Thomas	Vorsitzender	10.500,00
Sikorski, Ralf	1. stellv. Vorsitzender	11.100,00
Link, Sören	2. stellv. Vorsitzender	10.500,00
Britz, Franz-Josef	Mitglied	2.266,67
Dr. Bartels, Ralf	Mitglied	8.600,00
Dr. Heidinger, Michael	Mitglied	8.000,00
Eiskirch, Thomas	Mitglied	8.600,00
Halbeisen, Karl-Josef	Mitglied	7.400,00
Jung, Andreas	Mitglied	8.600,00
Melis, Ralf	Mitglied	8.600,00
Monegel, Ulrich	Mitglied	8.600,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
Muth, Heiner	Mitglied	8.000,00
Pehlke, Guntram	Mitglied	8.600,00
Prof. Dr. Hermanns, Julia	Mitglied	8.600,00
Rohde, Horst	Mitglied	8.600,00
Schranz, Daniel	Mitglied	8.600,00
Sierau, Ulrich	Mitglied	8.000,00
Süpke, Sabine	Mitglied	8.600,00
Wolff, Christine	Mitglied	8.000,00
Woll, Klaus Dieter	Mitglied	8.600,00
Straus, Michael	Mitglied (AN)	8.600,00
Geschäftsführung		
Bückemeyer, Dietmar	Geschäftsführer	12.000,00
Schröder, Carsten	Geschäftsführer	198.171,55

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

Aufsichtsrat		
Bongers, Sonja	Vorsitzende	104,32
Broß, Klaus Dieter	stellv. Vorsitzender	78,24
Bruckhoff, Peter	Mitglied	78,24
Hoff, Marc	Mitglied	104,32
Köhler, Hans-Jürgen	Mitglied	104,32
Radtke, Dorothee	Mitglied	78,24
Willecke, Thomas	Mitglied gem. § 113 GO	52,16
Geschäftsführung		
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	0,00

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Geschäftsführung		
Schneider, Jörn	Geschäftsführer	205.467,74

OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

Aufsichtsrat		
M.d.L. Zimkeit, Stefan	Vorsitzender	5.120,00
Stehr, Simone Tatjana	stellv. Vorsitzende	3.840,00
Broll, Marianne	stellv. Vorsitzende (AN)	1.600,00
Heweling, Detlef	stellv. Vorsitzender (AN)	3.200,00
Cordes, Hubert	Mitglied	2.560,00
Dr. Dilly, Mark	Mitglied	1.280,00
Flore, Manfred	Mitglied	2.560,00
Karacelik, Yusuf	Mitglied	2.560,00
Köhler, Hans-Jürgen	Mitglied	1.280,00
Nakot, Werner	Mitglied	2.560,00
Röpell, Armin	Mitglied	2.560,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
Runkler, Hans-Otto	Mitglied	2.560,00
Bitter, Iris	Mitglied (AN)	1.493,33
Gryszka, Dagmar	Mitglied (AN)	1.493,33
Hansmeier, Udo	Mitglied (AN)	1.066,67
Heweling, Detlef	Mitglied (AN)	3.200,00
Mazura, Hubert	Mitglied (AN)	1.493,33
Zander, Jutta	Mitglied (AN)	2.560,00
Zwick, Andrea	Mitglied (AN)	1.066,67
Schmidt, Jürgen	Mitglied gem. § 113 GO	2.560,00
Geschäftsführung		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	100.599,00
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	193.584,00

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH

Geschäftsführung		
Klunk, Peter	Geschäftsführer	0,00
Lichtenheld, Frank	Geschäftsführer	0,00

Revierpark Vonderort GmbH

Geschäftsführung		
Loeven, Willi	Geschäftsführer	4.757,73
von der Heide, Jochem	Geschäftsführer	4.757,74
Münich, Elke	Geschäftsführerin	4.457,74
Verwaltungsrat		
Tscharke, Hans Josef	Vorsitzender	300,00
Dr. Hubbert, Eva-Maria	Mitglied	300,00
Emmerich, Karl-Heinz	Mitglied	300,00
Geise, Hans-Christian	Mitglied	100,00
Höving, Norbert	Mitglied	0,00
Kowalewski, Utz	Mitglied	300,00
Krey, Thomas	Mitglied	200,00
Pfingsten, Jutta	Mitglied	300,00
Wilkending, Sonja	Mitglied	100,00
Wissing, Matthias	Mitglied	300,00
Wittmann, Regina	Mitglied	300,00
Ketzer, Paul	Mitglied gem. § 113 GO	0,00
Motschull, Frank	Mitglied gem. § 113 GO	300,00
Müller, Klaus	Mitglied gem. § 113 GO	0,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
Stadtsparkasse Oberhausen		
Verwaltungsrat		
M.d.L. Große Brömer, Wolfgang	Vorsitzender	13.660,00
Schranz, Daniel	1. stellv. Vorsitzender	10.460,00
Runkler, Hans-Otto	2. stellv. Vorsitzender	8.590,00
Benter, Christian	Mitglied	8.240,00
Brands, Beatriks	Mitglied	4.120,00
Flore, Manfred	Mitglied	10.222,10
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	Mitglied	3.720,00
Tscharke, Hans Josef	Mitglied	4.770,00
Wittmann, Regina	Mitglied	3.820,00
Wolter, Horst	Mitglied	4.420,00
Berg, Thorsten	Mitglied (AN)	4.220,00
Ehrlich, Dietmar	Mitglied (AN)	4.220,00
Nockmann, Thomas	Mitglied (AN)	9.686,60
Zimmermann, Thomas	Mitglied (AN)	8.972,60
Zorn, Klaus	Mitglied (AN)	3.620,00
Broß, Klaus Dieter	stellv. Mitglied	350,00
Cordes, Hubert	stellv. Mitglied	357,00
Gödderz, Sandra	stellv. Mitglied	600,00
Goeke, Martin	stellv. Mitglied	350,00
Jacobs, Silke	stellv. Mitglied	0,00
Müthing, Christa	stellv. Mitglied	0,00
Nakot, Werner	stellv. Mitglied	300,00
Radtke, Dorothee	stellv. Mitglied	0,00
Schuler, Immanuel	stellv. Mitglied	0,00
Höffner, Stefan	stellv. Mitglied (AN)	600,00
Klima, Michael	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Rauhut, Sebastian	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Sommerfeld, Kerstin	stellv. Mitglied (AN)	300,00
Zwingmann, Nina	stellv. Mitglied (AN)	0,00
Vorstand		
Uppenkamp, Bernhard	Vorsitzender	397.510,46
Mebus, Oliver	Mitglied	287.492,24
Gäng, Thomas	stellv. Mitglied	241.446,16
STEAG GmbH		
Aufsichtsrat		
Pehlke, Guntram	Vorsitzender	39.000,00
Vassiliadis, Michael	stellv. Vorsitzender	30.000,00
Auerhahn, Karlheinz	Mitglied	20.000,00
Bückemeyer, Dietmar	Mitglied	13.000,00
Dr. Bartels, Ralf	Mitglied	25.000,00
Dr. Brinkmann, Frank	Mitglied	22.000,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
Dr. Götz, Thomas	Mitglied	20.000,00
Dr. Neuhaus, Arndt	Mitglied	9.000,00
Gieske, Hartmut	Mitglied	20.000,00
Held, Stefan	Mitglied	22.000,00
Jochum, Gerhard	Mitglied	20.000,00
Prof. Dr. Knorre, Susanne	Mitglied	20.000,00
Schifferings, Christof	Mitglied	24.000,00
Spohn, Dietmar	Mitglied	25.000,00
Straus, Michael	Mitglied	20.000,00
Hagemeier, Bernd	Mitglied (AN)	20.000,00
Halbeisen, Karl-Josef	Mitglied (AN)	19.000,00
Melis, Ralf	Mitglied (AN)	22.000,00
Muth, Heiner	Mitglied (AN)	20.000,00
Rohde, Horst	Mitglied (AN)	25.000,00
Woll, Klaus Dieter	Mitglied (AN)	20.000,00
Geschäftsführung		
Rumstadt, Joachim	Vorsitzender	1.251.000,00
Baumgärtner, Michael	Mitglied	872.000,00
Dr. Cieslik, Wolfgang	Mitglied	956.000,00
Geißler, Alfred	Mitglied	869.000,00

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Aufsichtsrat		
Runkler, Hans-Otto	Vorsitzender	5.250,00
Osmann, Denis	1. stellv. Vorsitzender	3.940,00
Michalik, Herbert	2. stellv. Vorsitzender (AN)	3.940,00
Axt, Birgit	Mitglied	2.625,00
Müthing, Christa	Mitglied	2.625,00
Nowak, Werner	Mitglied	2.625,00
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	Mitglied	2.625,00
Real, Ulrich	Mitglied	2.625,00
Scheffler, Stefan	Mitglied	2.625,00
Wolter, Marita	Mitglied	2.625,00
Kamps, Thorsten	Mitglied (AN)	2.625,00
Michalik, Manfred	Mitglied (AN)	2.625,00
Ricken, Norbert	Mitglied (AN)	2.625,00
Stemmer, Michael	Mitglied (AN)	2.625,00
Tsalastras, Apostolos	Mitglied gem. § 113 GO	2.625,00
Geschäftsführung		
Klunk, Peter	Geschäftsführer	34.819,00
Overkamp, Werner	Geschäftsführer	199.408,00

Mandatsträger	Funktion	Vergütung in EUR
Theater Oberhausen		
Geschäftsführung		
Carp, Peter	Betriebsleiter	184.000,00
Hennemann, Jürgen	Betriebsleiter	116.000,00
TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH (verschmolzen auf die OWT zum 13.07.2016)		
Geschäftsführung		
Muckel, Franz	Geschäftsführer	78.750,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH		
Geschäftsführung		
Lerch, Klaus	Geschäftsführer	123.000,00
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Kalthoff, Horst	Geschäftsführer	5.000,00
Schmidt, Hartmut	Geschäftsführer	0,00
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Woidtke, Karsten	Geschäftsführer	121.729,70
Guthoff, Maria	Mitglied	108.776,74

Anlagen

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung

(Rechtsstand: 31.07.2016)

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

§ 107 GO NRW - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und

3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,

2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten

- Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),

- Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW - Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluß, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, daß der Jahresabschluß und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,

9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

   a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

   b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

   c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

   d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann gegeben, wenn in Gesellschafts-

vertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muß sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

   a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

   b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

   c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,

- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und

- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder

- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschußpflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a GO NRW - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Absatz 1, § 107a Absatz 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Absatz 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können diesem Arbeitnehmervertreter angehören. Arbeitnehmervertreter können von der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat entsandt werden, wenn diese mehr als zwei Aufsichtsratsmandate besetzt. In diesem Fall ist ein angemes-

sener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 gegeben, wenn bei mehr als zwei von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Wird ein Aufsichtsratsmandat oder werden zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen diese als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sein. Werden mehr als zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen mindestens zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sind.

(3) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von den Beschäftigten des Unternehmens oder der Einrichtung gewählten Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Neuwahl zu verlangen. In diesem Fall können die Beschäftigten eine neue Vorschlagsliste wählen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(4) § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie § 9 des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 114 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, gelten für die nach Absatz 3 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter, der als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt ist, die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Absatz 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(5) Zur Wahl der Vorschlagsliste nach Absatz 3 sind alle Beschäftigten des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Personen aufgenommen werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung ist die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Absatz 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(6) Die Wahl der Vorschlagsliste erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen des Betriebsrats und der Beschäftigten. Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens einem Zehntel der Wahlberechtigten, jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Sieht der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens oder der Einrichtung die Stellvertretung eines verhinderten Aufsichtsratsmitglieds vor, kann in jedem Wahlvorschlag zusammen mit jedem Bewerber für diesen ein stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Ein Bewerber kann nicht zugleich als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Wird ein Bewerber gemäß Absatz 3 als Aufsichtsratsmitglied bestimmt, so ist auch das zusammen mit ihm vorgeschlagene stellvertretende Mitglied bestimmt. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

(7) Der Bürgermeister teilt dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ des Unternehmens oder der Einrichtung die Namen der vom Rat für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und ihrer im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder mit. Gleichzeitig informiert er die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und die im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder.

(8) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, ist gleichzeitig auch das zusammen mit ihm nach Absatz 6 Satz 5 bestimmte stellvertretende Mitglied abberufen oder ausgeschieden. Wird ein stellvertretendes Mitglied von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet es aus anderen Gründen als stellvertretendes Mitglied aus dem Aufsichtsrat aus, bleibt die Position des stellvertretenden Mitglieds unbesetzt. Für den abberufenen oder ausgeschiedenen Arbeitnehmervertreter bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 3 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden unmittelbar oder mittelbar mit insgesamt mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt sind:

1. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine neue Vorschlagsliste gewählt werden. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

2. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 8 gilt Nummer 1 Satz 1 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

3. Für die nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 108 b GO NRW - Regelung zur Vollparität

(1) Nach Maßgabe der folgenden Regelungen kann für die fakultativen Aufsichtsräte kommunal beherrschter Gesellschaften, die von den bis zum 31. Oktober 2020 amtierenden kommunalen Vertretungen zu bestellen sind, auf Antrag eine Ausnahme von der in § 108a geregelten Drittelparität zugelassen werden.

(2) Die Ausnahme ist von der Gemeinde, die die Gesellschaft beherrscht, schriftlich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde unter Beifügung eines entsprechenden Ratsbeschlusses und des vorgesehenen Gesellschaftsvertrages zu beantragen. Sind an der kommunal beherrschten Gesellschaft zwei oder mehr Gemeinden beteiligt, muss der Antrag von sämtlichen an der Gesellschaft beteiligten Gemeinden unter Beifügung der entsprechenden Ratsbeschlüsse gestellt werden.

(3) Die zuständige Aufsichtsbehörde hat die Ausnahme zuzulassen, wenn die in Absatz 2 genannten Unterlagen ordnungsgemäß vorliegen und der Gesellschaftsvertrag den sonstigen Anforderungen des § 108a und der nachfolgenden Absätze entspricht. Die Zulassung der Ausnahme durch die zuständige Aufsichtsbehörde bedarf vor ihrem Wirksamwerden der Genehmigung des für Inneres zuständigen Ministeriums.

(4) Sind sämtliche Aufsichtsratsmandate von der Gemeinde zu besetzen, können abweichend von § 108a Absatz 1 Satz 3 bis zur Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Wird die Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nicht zu dem von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagenen Personenkreis gehört. Außerdem muss der Gesellschaftsvertrag für den Fall, dass eine Abstimmung im Aufsichtsrat

Stimmengleichheit ergibt, regeln, dass noch in derselben Sitzung des Aufsichtsrats eine erneute Abstimmung über denselben Gegenstand herbeigeführt wird, bei der der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen hat.

(5) Ist ein Teil der Aufsichtsratsmandate von Gesellschaftern zu besetzen, die die Vorschriften des 11. Teils nicht unmittelbar, sinngemäß oder entsprechend anzuwenden haben, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass die Mehrzahl der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate mit Personen besetzt wird, die nicht von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagen werden.

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 108a. Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

§ 109 GO NRW - Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, daß außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 111 GO NRW - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluß auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v.H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i.S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 - Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, daß ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, daß ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung

den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluß des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, daß ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muß der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 116 GO NRW – Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.

(2) Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(3) In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,

2. der ausgeübte Beruf,

3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,

4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,

5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(5) Der Gesamtabschluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabschlusses entsprechende Anwendung.

(6) Der Gesamtabschluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

(7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 GO NRW - Beteiligungsbericht

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen. Der Beteiligungsbericht ist dem Jahresabschluss nach § 95 beizufügen, wenn kein Gesamtabschluss nach § 116 aufzustellen ist.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 394 AktG

Aufsichtsratsmitglieder, die auf Veranlassung einer Gebietskörperschaft in den Aufsichtsrat gewählt oder entsandt worden sind, unterliegen hinsichtlich der Berichte, die sie der Gebietskörperschaft zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht. Für vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, gilt dies nicht, wenn ihre Kenntnis für die Zwecke der Berichte nicht von Bedeutung ist.

§ 395 AktG

(1) Personen, die damit betraut sind, die Beteiligungen einer Gebietskörperschaft zu verwalten oder für eine Gebietskörperschaft die Gesellschaft, die Betätigung der Gebietskörperschaft als Aktionär oder die Tätigkeit der auf Veranlassung der Gebietskörperschaft gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder zu prüfen, haben über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen aus Berichten nach § 394 bekanntgeworden sind, Stillschweigen zu bewahren; dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr.

(2) Bei der Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen dürfen vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, nicht veröffentlicht werden.

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde stehen unterschiedliche öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Formen zu Verfügung.

Im Wesentlichen sind dies:

in öffentlich-rechtlicher Form:

- Regiebetrieb,
- eigenbetriebsähnliche Einrichtung,
- Eigenbetrieb,
- Anstalt des öffentlichen Rechts,

in privatrechtlicher Form:

- GmbH,
- Aktiengesellschaft,
- eingetragene Genossenschaft.

Nachfolgend werden die Besonderheiten der einzelnen Rechtsformen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt kurz erläutert.

Regiebetrieb

Der Regiebetrieb ist ein rechtlich und wirtschaftlich unselbstständiger Betriebszweig der Stadt, der rechnungsmäßig gemäß der kameralistischen Einnahmen- und Ausgabenrechnung ausschließlich im Haushaltsplan der Stadt erfasst wird. Soweit es sich um kostenrechnende Einrichtungen (Gebührenhaushalte) handelt, wird eine Betriebsabrechnung im Rahmen der erweiterten Kameralistik durchgeführt.

Der Regiebetrieb ist organisatorisch uneingeschränkt in die Gemeinde eingebunden.

Steuerrechtlich kann ein Regiebetrieb zum Betrieb gewerblicher Art (BgA) werden, wenn er nicht überwiegend der Ausübung der „öffentlichen Gewalt“ (Hoheitsbetrieb) dient.

Eigenbetrieb / eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Eigenbetriebe sind verselbstständigte gemeindliche wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie werden gemäß Eigenbetriebsverordnung NW (EigVO NW) mit eigener Betriebssatzung und eigenem (kaufmännischem) Rechnungswesen geführt; ihr Vermögen ist als Sondervermögen vom übrigen Gemeindevermögen getrennt.

Der Eigenbetrieb verfügt zwar über eigene Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleiter, Werksausschuss); die Kompetenzen dieser Organe werden jedoch vom Rat der Stadt in der Betriebssatzung festgelegt. Insgesamt untersteht der Eigenbetrieb dem Rat und dem Oberbürgermeister.

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind solche Betriebe, die nach der Definition des § 107 GO NW nicht als wirtschaftliche Betätigung gelten, die aber dennoch nach den Vorschriften der EigVO NW betrieben werden.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 114a GO NW (AöR)

Die AöR ist eine Mischform zwischen Eigenbetrieb und GmbH. Ihre Rechtsverhältnisse werden nach der GO NW durch eine Satzung geregelt, welche die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Sparkassen

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftet die Gemeinde als Gewährträgerin uneingeschränkt. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Gewährträgerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses, Beanstandungsrecht des Hauptverwaltungsbeamten, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur der Gesellschaft wird im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben und kann von den Gesellschaftern unter Beachtung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes (GmbHG) relativ frei und flexibel geregelt werden, so dass die Eigenheiten und Erfordernisse der jeweiligen Gesellschaft optimal berücksichtigt werden können.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden; grundsätzlich besteht hierzu (mit Ausnahme der mitbestimmten Gesellschaften mbH) jedoch keine Pflicht.

Einflussmöglichkeiten des Rates bestehen ausschließlich im Rahmen des Gründungsbeschlusses (Gestaltung des Gesellschaftsvertrages etc.) sowie über Weisungen an die jeweiligen Vertreter/innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung und Empfehlungen an die städtischen Vertreter/innen im Aufsichtsrat.

Aktiengesellschaft

Wie die GmbH ist auch die Aktiengesellschaft (AG) eine privatrechtliche Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auch hier wird die innere Struktur der Gesellschaft in der Satzung festgeschrieben. Allerdings enthält das Aktiengesetz (AktG) eine Vielzahl von verbindlichen Regelungen und Formvorschriften, so dass den Aktionären für eine flexible Gestaltung unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Gesellschaft nur wenig Spielraum verbleibt.

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat, der hier, im Gegensatz zur GmbH, zwingend vorgeschrieben ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates sind im Prinzip die gleichen wie bei der GmbH. Da allerdings zum einen die Satzung den restriktiven Anforderungen des AktG genügen muss und zum anderen die Entscheidungskompetenzen der Hauptversammlung durch das AktG vorgegeben und nicht frei gestaltbar sind, sind die Einflussmöglichkeiten letztlich geringer als bei der GmbH.

eingetragene Genossenschaft

Wie die GmbH und die AG hat auch die e. G. eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur richtet sich nach der Satzung, die den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes (GenG) Rechnung tragen muss.

Organe der e.G. sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung bzw. bei Genossenschaften mit mehr als dreitausend Mitgliedern die Vertreterversammlung.

Anders als bei der GmbH oder der AG, bei der die Höhe des gehaltenen Kapitals über die Anzahl der Stimmen in der Gesellschafterversammlung bzw. Hauptversammlung entscheidet, hat hier jeder Genosse, unabhängig von der Anzahl seiner Genossenschaftsanteile, nur eine Stimme. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt äußerst gering.

Im Übrigen kann im Rahmen der Vertreterversammlung nur eine natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die auch Mitglied der Genossenschaft ist, zum Vertreter bestellt werden. In den Fällen, in denen aufgrund der Anzahl der Mitglieder die Vertreterversammlung das Organ der Genossen ist, hat die Stadt als juristische Person des öffentlichen Rechts keine Möglichkeit, ein Mitglied zu entsenden.

stadt
oberhausen

Beteiligungsrichtlinien
der Stadt Oberhausen

Stand:

Ratsbeschluss 16.12.2002

Richtlinien über die
wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche
Betätigung der Stadt Oberhausen

(Beteiligungsrichtlinien)

P r ä a m b e l

Die Stadt Oberhausen hat in den vergangenen Jahren in weitreichendem Maße Gesellschaften zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben gegründet. Die Argumente dafür waren unterschiedlich. Neben erwarteten Effektivitätssteigerungen und der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung waren auch Strukturwandelaspekte für die Entscheidung maßgebend, Aufgaben in privaten Rechtsformen wahrzunehmen.

Unabhängig von der Frage in welcher Rechtsform städtische Aufgaben erledigt werden, muss der Rat der Stadt die ihm von den Bürgerinnen und Bürgern übertragene Verantwortung sowie die in der Gemeindeordnung festgeschriebenen Rechte wahrnehmen können. Hierzu müssen die Steuerungsmöglichkeiten des Rates und der einzelnen Ratsmitglieder weiter gestärkt werden.

Durch die Ausweitung der städtischen Beteiligungen stellen sich neue Anforderungen an die Arbeit der politischen Gremien und an die Verwaltung. Insbesondere die Sicherung der politischen Steuerung des Rates und die umfassende Information der Ratsmitglieder muss gewährleistet sein.

Dazu sind konzernpolitische Vorgaben notwendig. Hierdurch werden politische Wertungen mit städtischem Gesamtbetrachtungsansatz möglich. Die Grundlagen dafür werden durch die nachfolgenden Beteiligungsrichtlinien geschaffen.

1. Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung

Die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Oberhausen richtet sich nach den in der Gemeindeordnung NW (GO NW) festgelegten Grundsätzen.

2. Geltungsbereich

„Beteiligungen“ im Sinne dieser Richtlinien sind alle nach den Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechts des Landes Nordrhein- Westfalen zulässigen Formen der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden, derer die Stadt Oberhausen sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient.
Diese Richtlinien gelten grundsätzlich in allen Fällen, in denen die Stadt Oberhausen an juristischen Personen des privaten oder öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 20 % beteiligt ist, für alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung, sowie sinngemäß für eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts, soweit keine übergeordneten Regelungen entgegen-

stehen. Sie binden Rat und Verwaltung sowie die entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter in den Organen und Gremien der Beteiligungen.

3. Steuerung der Beteiligungen

3.1. Die Steuerung der Beteiligungen im Sinne dieser Richtlinien vollzieht sich durch

- den Rat der Stadt Oberhausen,
- den Hauptausschuss,
- den Finanzausschuss,
- die Fachausschüsse,
- den Verwaltungsvorstand,
- die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten.

3.2. Die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten (Beteiligungsverwaltung) sichert die Wahrung der kommunalen Rechte und Pflichten in den Beteiligungen.

4. Zuständigkeiten im Rahmen der Beteiligungsverwaltung

4.1 Rat der Stadt Oberhausen

Der Rat der Stadt beschließt

- Grundsätze und Ziele der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Oberhausen,
- über Gründung, Erweiterung, Auflösung, Veräußerung sowie Änderung der Rechtsform einer Beteiligung,
- über Rechtsgeschäfte, die den Einfluss der Stadt Oberhausen auf Beteiligungen verändern,
- die Bestellung und Abberufung der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Oberhausen in Gesellschaftsversammlungen, Aufsichtsräten und vergleichbaren Organen und Gremien,
- Änderungen der Gesellschaftsverträge,
- den Beteiligungsbericht,
- in für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten über Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen sowie Empfehlungen und -soweit rechtlich zulässig- Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Aufsichtsorganen und -gremien.

Der Rat ist für die Gesamtsteuerung der städtischen Beteiligungen zuständig.

4.2 Hauptausschuss

4.2.1 Der Hauptausschuss berät alle Angelegenheiten vor, die vom Rat der Stadt zu beschließen sind und erteilt entsprechende Beschlussempfehlungen.

4.2.2 Der Hauptausschuss erhält im Rahmen der Gesamtsteuerung der Beteiligungen regelmäßig Berichte über von ihm ausgewählte Beteiligungen . Über Berichtsintervalle entscheidet er im Einzelfall.

Berichtet wird u.a.

- über die Tätigkeiten, Zielvereinbarungen und Ergebnisverläufe der Beteiligungsgesellschaften, insbesondere über wirtschaftliche, personelle und finanzielle Entwicklungen,
- außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung über erhebliche Veränderungen der prognostizierten Entwicklungen.

Der Hauptausschuss stellt die Beachtung des gesamtstädtischen Interesses gegenüber den Beteiligungen sicher.

In für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten kann er Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen und Empfehlungen an die Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsorganen und -gremien beschließen, sofern dies dem Rat nicht möglich ist.

4.2.3 Der Hauptausschuss ist als Fachausschuss zuständig für die Beschlüsse über Zielvereinbarungen für die Gesellschaften des Strukturwandels und die Kontrolle ihrer Einhaltung.

4.2.4 Der Hauptausschuss beschließt Rahmenbedingungen über die grundsätzliche Struktur der Verträge und Anstellungsbedingungen der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen, soweit vorhanden. Die Entscheidung über Auswahl und Anstellung trifft das jeweilige Aufsichtsorgan oder -gremium. Der/ die Vertreter/in der Stadt in der Gesellschafterversammlung oder dem ihr entsprechenden Organ nimmt die Bestellung vor, soweit nicht gesetzlich etwas anderes vorgeschrieben ist. Einzelheiten der Verträge, Entlohnung und Prämienzahlungen sind jeweils durch einen im Gesellschaftsvertrag oder der Satzung festzulegenden Personalausschuss des Aufsichtsrates zu bestimmen.

4.3 Finanzausschuss

Der Finanzausschuss berät alle Angelegenheiten der Beteiligungen, die finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Haushalt und das Vermögen der Stadt Oberhausen haben, insbesondere Zuschüsse, Verlustabdeckungsverträge, und Bürgschaften.

4.4 Fachausschüsse

Die Fachausschüsse beschließen die strategischen Zielvereinbarungen und kontrollieren ihre Einhaltung durch die Beteiligungen, die inhaltlich in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

Hierzu erhalten sie regelmäßige Berichte über Abarbeitung dieser Zielvereinbarungen. Über Berichtsintervalle und Gestaltung des Berichtswesens entscheiden sie im Einzelfall.

Die Fachausschüsse werden über Abweichungen von den Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung informiert.

Sie erhalten auf Wunsch Berichte über die Kontrolle der Aufgabenerledigung der Gesellschaften in ihrem Aufgabenbereich und, im Rahmen der Budgetierung, über die Verwendung der entsprechenden Haushaltsmittel.

4.5. Verwaltungsvorstand

Der Verwaltungsvorstand ist zuständig für die Koordination der Arbeit der städtischen Beteiligungen, die Durchsetzung der städtischen Gesamtinteressen und die Gesamtkontrolle der Aufgabenerledigung der Beteiligungen durch die Stadt. Grundsätzlich sollen Dezernentinnen und Dezernenten die Aufgaben der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafterversammlungen und diesen vergleichbaren Organen wahrnehmen. Die Zuordnung erfolgt analog zur Zuordnung der Beteiligungen zu den Fachausschüssen.

4.6 Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten

4.6.1 Die zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten hat folgende Aufgaben:

A. Unabhängige Beratung und Information bei allen die Beteiligungen betreffenden Angelegenheiten

- Abstimmung der Beschlüsse des Rates der Stadt und seiner Ausschüsse mit den Zielen und Planungen der Beteiligungen,
- Überwachung der sich aus den Gesellschaftsverträgen, Geschäftsordnungen und vergleichbaren Regelungswerken für die Gesellschaften und ihre Organe ergebenden Pflichten,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes,
- haushaltsmäßige Abwicklung der beteiligungsrelevanten Angelegenheiten.

B. Beschluss- und Vertragsvorbereitung

- Vorbereitung von beteiligungsrelevanten Gremienbeschlüssen ggfls. in Kooperation mit zuständigen Verwaltungseinheiten,
- Vorbereitung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen sowie Geschäftsordnungen,
- Prüfung der Vereinheitlichung von bestehenden Gesellschaftsverträgen und Satzungen (dabei soll den Aufsichtsräten ein umfassender Zuständigkeitskatalog übertragen werden),
- Vorbereitung von Prokuristinnen- und Prokuristen-, Vorstands- und Geschäftsführer/innen-Verträgen,
- Vorbereitung von Rats- und Ausschussbeschlüssen.

C. Beschluss- und Verfahrenskontrolle

- Überprüfung der mit der Beteiligung angestrebten Ziele anhand der politischen Beschlüsse,
- Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen.

D. Beratung und Information bei allen die Beteiligung betreffenden Angelegenheiten

- insbesondere der Ratsmitglieder
- der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafts- und Aufsichtsgremien
- der Verwaltung
- der Geschäftsführungsorgane in Beteiligungsangelegenheiten.

E. Rechtliche Prüfungen

- Zulässigkeit von Beteiligungen und Maßnahmen, die die Beteiligungen betreffen
- Notwendigkeit und Zulässigkeit von Unterbeteiligungen.

F. Strategie- und Finanzcontrolling

- Wahrnehmung des Informationsrechtes der Stadt als Gesellschafterin
- Vorbereitung von Zielvereinbarungen
- Erarbeitung eines Controllingkonzeptes
- Einführung einer einheitlichen und konsolidierungsfähigen Rechnungslegung
- Organisation eines Erfahrungsaustausches über betriebliche Controllingmaßnahmen der Gesellschaften
- Entwicklung und Wahrnehmung eines an kommunalpolitischen Zielen orientierten Finanz- und Zielcontrollings
- Entwicklung und Wahrnehmung eines Risikomanagements für die Stadt

G. Aktenführung

- Aufbewahrung der Beteiligungsakten
- Aufbewahrung der Anstellungsverträge der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen.

4.6.2 Zur Steigerung der Effektivität der Aufgabenwahrnehmung nimmt die zuständige Verwaltungseinheit an den Sitzungen der Aufsichtsräte und der Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften mit Gaststatus teil soweit höherrangiges Recht dem nicht entgegensteht.

5. Beteiligungscontrolling

5.1 Durch das Beteiligungscontrolling wird die zentrale Planung, Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen durch die Stadt Oberhausen sichergestellt. Dazu ist es erforderlich, Zielvereinbarungen zu definieren, die als Grundlage für das Beteiligungscontrolling dienen.

5.2 Die Zielvorgaben und Rahmenbedingungen werden durch die Gremien des Rates der Stadt beschlossen. Sie sollen Festlegungen in folgenden Bereichen enthalten:

- Strategie

  Strategische Zielvereinbarungen berücksichtigen

  - stadtentwicklungspolitische Anforderungen,
  - finanzwirtschaftliche Aspekte,
  - Angebot an Bürgerinnen und Bürger.

- Operatives Geschäft

  Zielvorgaben im operativen Bereich können u. a. umfassen:

  - innerorganisatorische Angelegenheiten,
  - Umfang der Anforderungen aus gesetzlichen Bestimmungen (Berichte im Rahmen des KonTraG).

- Finanzwirtschaft

  Zielvereinbarungen können folgendes Spektrum umfassen:

  - Haushalt der Stadt (Zuschusshöhe/Gewinne),
  - städtisches Vermögen,
  - Anforderungen aus dem KonTraG,
  - Wirtschaftsplan (z. B. Umsätze der Gesellschaft).

5.3 Die Einhaltung der Zielvereinbarungen wird durch ein Berichtswesen dokumentiert. Bei außergewöhnlichen Abweichungen werden Gegensteuerungsmaßnahmen aufgezeigt und den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

5.4 Das regelmäßige Berichtswesen für die Einzelgesellschaften erfolgt gestaffelt nach der Bedeutung der Beteiligungen für die Stadt. Eine entsprechende Staffelung, sowie Einzelheiten zur Gestaltung des Berichtswesen beschließt der Hauptausschuss. Im Rahmen des Berichtswesens wird ein betriebswirtschaftliches Kennzahlensystem für die Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung eingeführt. Eine Gesamtübersicht über die über die Entwicklung der Beteiligungen erfolgt zweimal jährlich.

6. Rechte und Pflichten der Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen

6.1.1 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen wahren die Interessen der Stadt Oberhausen und sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden, soweit nicht höherrangiges Recht entgegensteht.

Die Verwaltung bereitet auf der Grundlage der Sitzungsunterlagen Stellungnahmen für die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen vor und gibt Beschlussempfehlungen.

6.1.2 Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in

- Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen unterrichten den Rat und die Ausschüsse im Rahmen deren Zuständigkeit,

- Aufsichtsräten sowie vergleichbaren Organen und Gremien (bestellt nach § 113 GO) unterrichten den Oberbürgermeister und in Absprache mit diesem die zuständigen Ausschüsse, der Oberbürgermeister den Rat und den Hauptausschuss

über alle wesentlichen Angelegenheiten der Beteiligungen frühzeitig und umfassend.

6.1.3 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen setzen sich aktiv für die Umsetzung dieser Beteiligungsrichtlinien ein und tragen dafür Sorge, dass entsprechende Anweisungen an die jeweils Verantwortlichen in den Beteiligungen ergehen. Zudem arbeiten sie in ihren Organen und Gremien darauf hin, dass die in diesen Beteiligungsrichtlinien genannten Punkte, soweit sie nicht Inhalt des jeweiligen Gesellschaftsvertrages oder der jeweiligen Satzung sind, in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführungen und Aufsichtsorgane und -gremien manifestiert werden.

7. Inkrafttreten

7.1 Diese Beteiligungsrichtlinien treten am *01.01.2003* in Kraft.

Anlage 1

Beteiligungsrichtlinien

Geltungsbereich: alle un-/mittelbaren Beteiligungen ab 20% sowie alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung

Zuständigkeiten:

Rat	Hauptausschuss	Finanzausschuss	Fachausschuss	Verwaltung
• Grundsätze / Ziele • Gründungsbeschlüsse, Einflussänderungen, Aufgabe von Beteiligungen u.a. • Gremienbesetzung • Gesellschaftsverträge • Beteiligungsbericht • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten	• Vorberatung Ratsvorlagen • Berichte für ausgewählte Beteiligungen . Tätigkeiten, Zielvereinbarungen, Ergebnisse . besondere Entwicklungen • Beschluss über Zielvereinbarungen und Kontrolle für Gesellschaften des Strukturwandels • Mitspracherecht Struktur Verträge und Anstellungsbedingungen Geschäftsführungen • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten	• Vorberatung über alle haushalts- und vermögensrelevanten Angelegenheiten der Beteiligungen, insbesondere . Zuschüsse . Verlustabdeckungen . Bürgschaften	• Beschlüsse über strategische Zielvereinbarungen, die inhaltlich in die Zuständigkeit fallen • Berichte (auf Wunsch) zur Aufgabenerledigung der Beteiligungen • Information über Abweichungen von Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung	• Koordination • Beschluss- und Vertragsvorbereitung • Beschluss- und Verfahrenskontrolle • Beratung • rechtliche Prüfung • Strategie- und Finanzcontrolling • Aktenführung • Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats/der Gesellschafterversammlung

Anlage 2

Zuordnung der Gesellschaften zu städtischen Ausschüssen
(Gesellschaften, an denen die Stadt mit min. 20% beteiligt ist, sowie alle Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung)
stadt oberhausen
Beteiligungsrichtlinien
Schulausschuss
WBO (Schulangelegenheiten)
OGM (Haustechn. Dienst, Schulbausanierung)
Umweltausschuss
WBO (Grün/Gebühren)
OGM (Beschaffung, Facility Management)
GMVA
EVO Energieversorgung
Sportausschuss
WBO (Sportanlagen)
OGM (sportspez. Angelegenheiten)
Revierpark Vonderort
Sozialausschuss
BFO
ASO
Planungsausschuss
STOAG (Verkehrsplanung)
TMO Zentrenmanagement
Bau- und Wohngenossenschaft Am Ruhrufer e.G.
Kulturausschuss
IKF
Theater
Hauptausschuss
GEG, TZU, OBauFö, PBO, OVZ, OVP, ENO, VZS, Schloss, Gasometer, CPO, TMO (Tourismus), LAH

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASO	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
BFO	Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BSO KG	Biostrom Oberhausen GmbH & CO. KG
BVR	Busverkehr Rheinland
ca.	circa
CPO	Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH
CVUA-RRW	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
DM	Deutsche Mark
DSD	Duales System Deutschland
e. G.	eingetragene Genossenschaft
ecce	european centre for creative economy GmbH
EEG	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien
EigVO NW	Eigenbetriebsverordnung NW
ekz	Einkaufszentrale für Bibliotheken GmbH
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	EURO
ENO	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
e. V.	eingetragener Verein
evo	Energieversorgung Oberhausen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEG	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH
GenG	Genossenschaftsgesetz
GE-WO	Gemeinnützige Wohnungsbau e. G. Oberhausen-Osterfeld
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKDO	Gesellschaft für kommunale Dienste Oberhausen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMVA	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein
GO NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
ha	Hektar
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
hast	Haushaltsstelle
IKF	Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
i. L.	in Liquidation

inkl.	inklusive
KG	Kommanditgesellschaft
KOSTAT-DST	Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag GmbH
KSBG KG	Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG
LAH	Luise-Albertz-Halle
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft NW
LGO	Landesgartenschau Oberhausen GmbH
Mio.	Millionen
MVA	Müll-Verbrennungsanlage
Nr.	Nummer
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH
OB-Netz	Oberhausener Netzgesellschaft mbH
o. g.	oben genannte
OGM	Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
OLGA	Oberhausener Landesgartenschau 1999
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OVP	O.Vision Projektgesellschaft mbH
OVZ	O.Vision Zukunftspark GmbH
OWT	Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
PBO	Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH
PPP	Public-Private-Partnership
rd.	rund
RVR	Regionalverband Ruhr
RW	Rheinisch-Westfälisch
RWE	RWE AG
RWW	Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft
RZO	Recycling-Zentrum Oberhausen
SpkG	Sparkassengesetz
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
STOAG	Stadtwerke Oberhausen GmbH
TASi	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TCO	TheatrO CentrO GmbH
TDM	Tausend Deutsche Mark
TEUR	Tausend EURO
TMO	Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
TZU	Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
UA	Unterabschnitt
u. a. m.	und anderes mehr
UMSICHT	Institut für Umwelt- und Sicherheitstechnik

VkA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
vorl. Ist	vorläufiges Ist
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
VU	Verkehrsunternehmen
VZO	Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
VZS	Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
WBO	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WFO	Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
WE	Wohneinheiten
ZV	Zweckverband

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 382
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 306
ASO Service GmbH 314

Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. 294
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH 324
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG 328
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH 300
Biostrom Oberhausen Management GmbH 94
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 98

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) 334

ecce - european centre for creative economy GmbH 240
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. 168
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 248
evo Energieversorgung Oberhausen AG 70

Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH 162
FSO GmbH & Co.KG 170
FSO Verwaltungs-GmbH 184

Gasometer Oberhausen GmbH 264
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 194
GMVA GmbH & Co. KG 200
GMVA Verwaltungs-GmbH 205

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 276

Jobcenter Oberhausen 320

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 122
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 152

LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 268

Oberhausener Netzgesellschaft mbH 86
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH 28
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH 66
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 228

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH 60

Quantum GmbH 104

Revierpark Vonderort GmbH 286
RWE Aktiengesellschaft 188
RW Holding Aktiengesellschaft 192
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 212

Stadtsparkasse Oberhausen 346
STEAG GmbH 156
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 38
strasserauf GmbH 116

Theater Oberhausen 374
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 236

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 208
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH 256

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 52